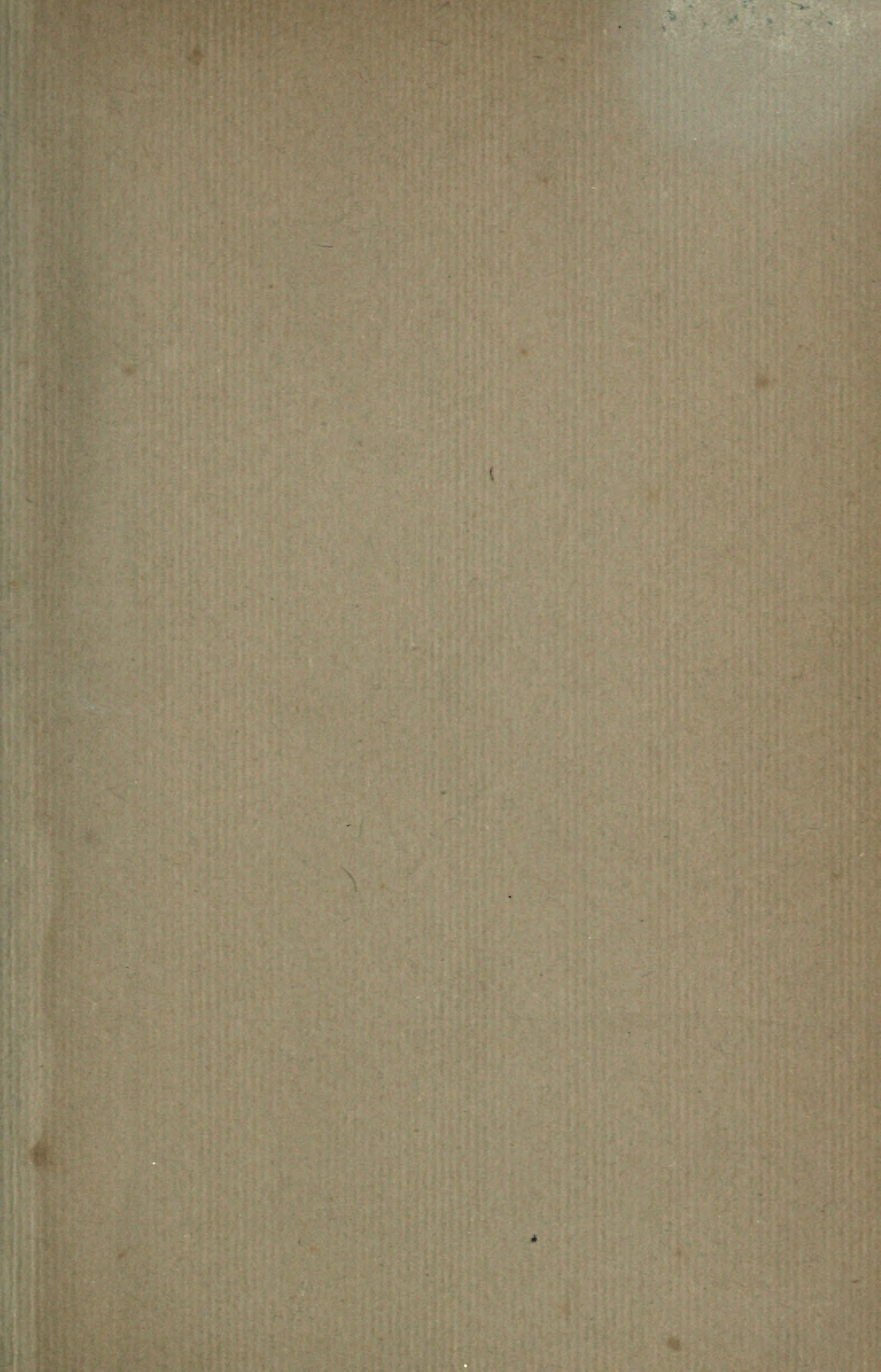
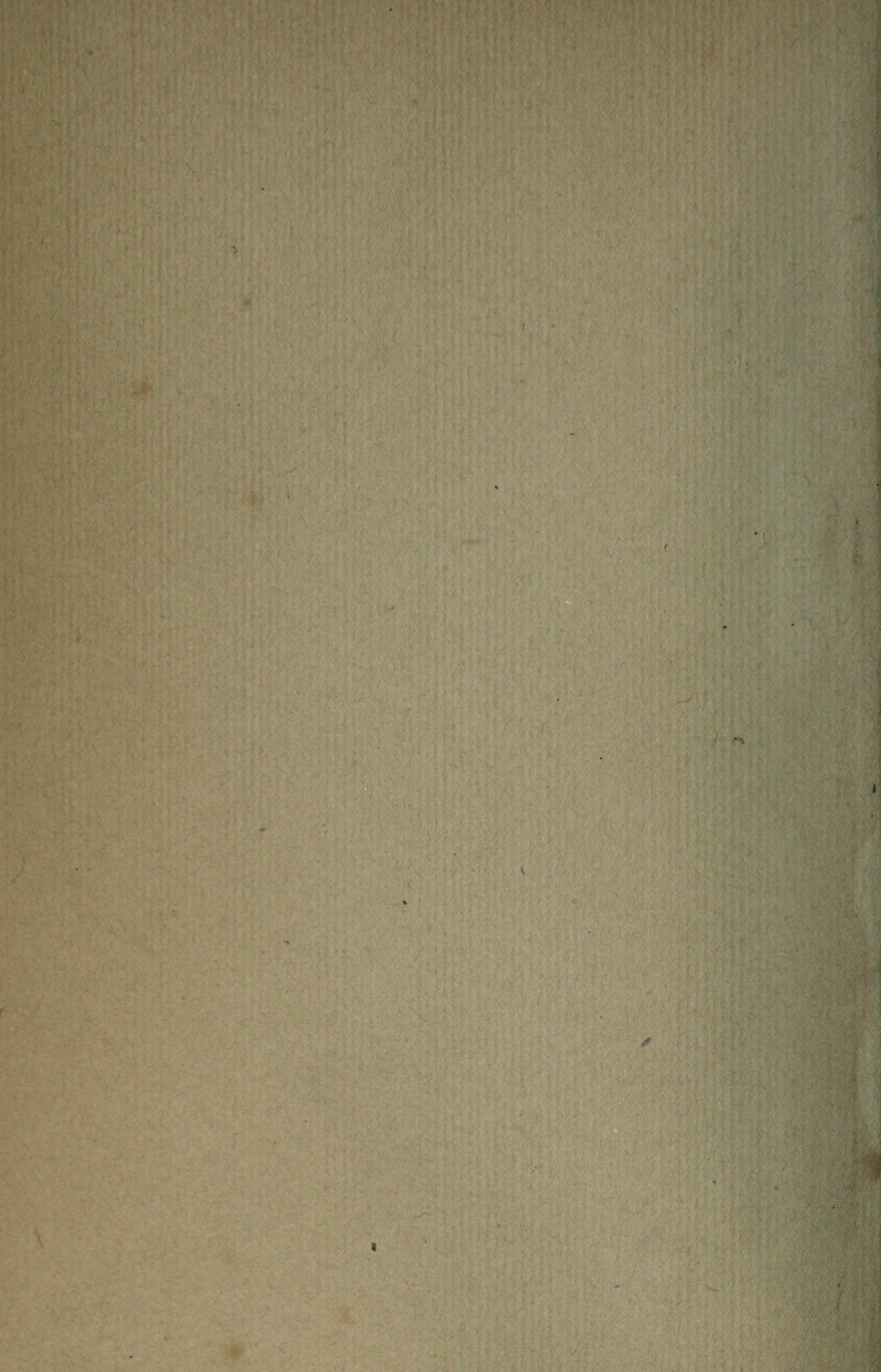
Hermann Oncken

Historisch-politische Aufsätze und Reden





Historisch-politische Aufsätze und Reden

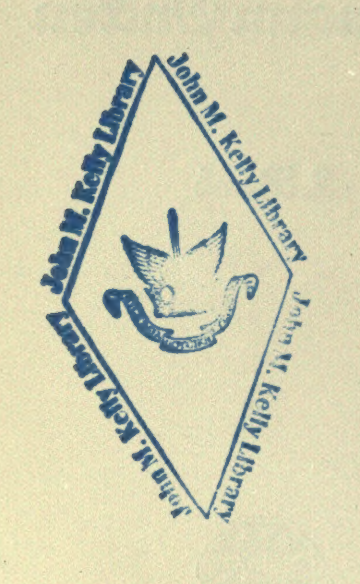
von

Hermann Oncken

2. Band



München-Berlin 1914
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

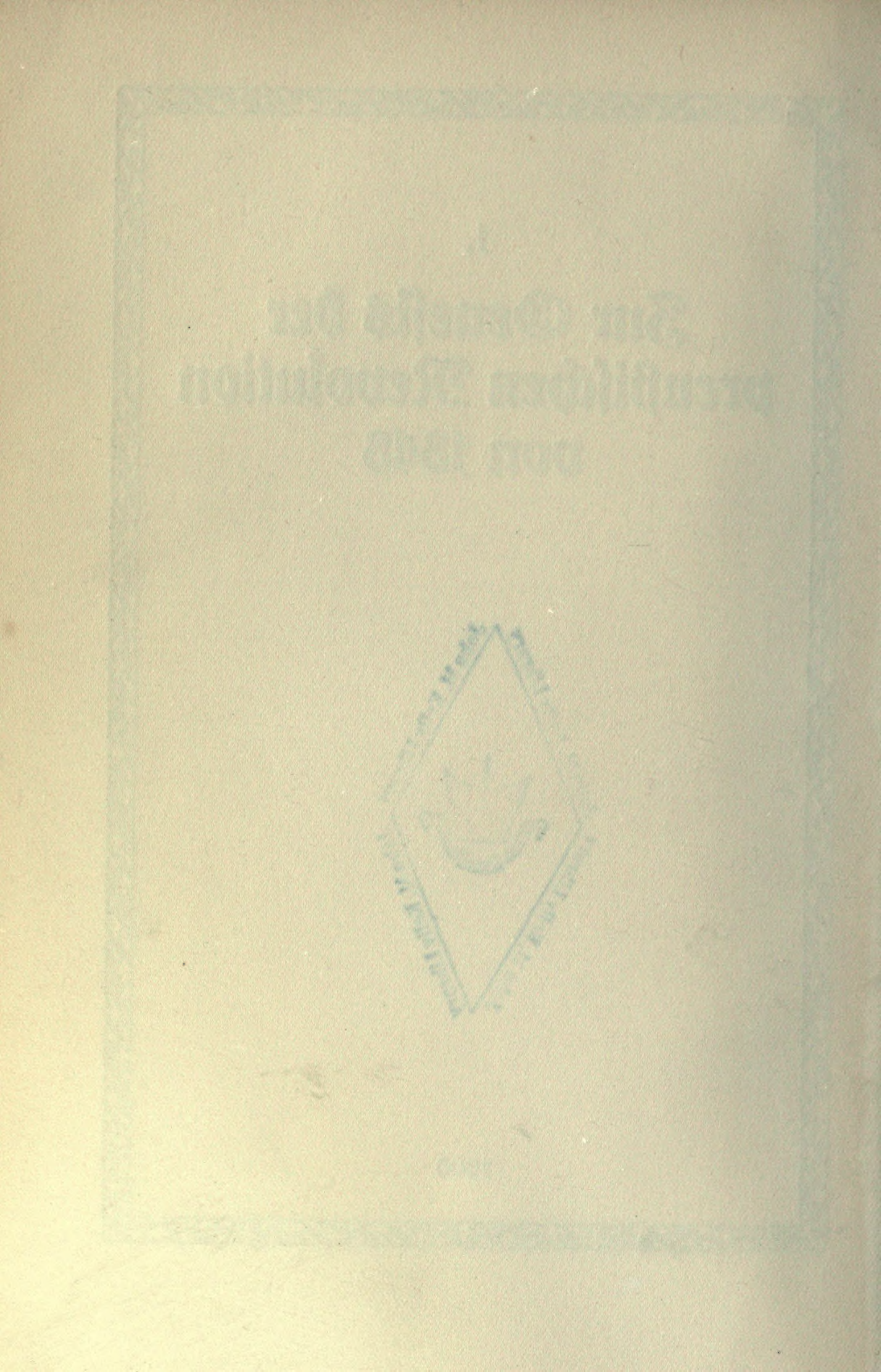


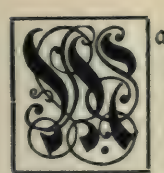
Inhalts-Verzeichnis

1.

Zur Genesis der preußischen Revolution von 1848

1900





an pflegt wohl die wissenschaftliche Erörterung der Probleme der preußischen Revolution mit dem Hinweis auf den Gegensatz zwischen den heute noch in unversöhnter Schärfe einander gegenübertretenden Parteidogmen und der allmählich sich klärenden „objektiven" Anschauung der Historiker einzuleiten. Nichts gewisser, als daß die politischen und geistigen Erben der Parteien von 1848 jene Ereignisse auch heute noch mit den Augen ihrer Väter ansehen und hüben wie drüben ihre Ansicht wie ein Schiboleth für die Orthodoxie ihres politischen Glaubensbekenntnisses hochhalten. Wo in den Debatten des preußischen Abgeordnetenhauses in den letzten Jahren diese Dinge gestreift wurden, da war es, als wenn halbverschollene Klänge politischer Leidenschaft wieder auflebten und die alten Feinde wieder in die Arena herabstiegen, zur Abwehr und zum Angriff gerüstet. Beide Parteien ohne das Vermögen und ohne die Neigung, die andere in ihrer historischen Stellung zu begreifen: zwischen den Schlagworten zur Bezeichnung der Revolution, dem inneren Jena, dem verdammungswürdigen Jahre der Schmach, und den großen Errungenschaften der preußischen Sturm- und Drangperiode liegt ein so weites Feld, daß man vergeblich nach einem Wege gegenseitiger Verständigungsmöglichkeiten sucht. Das Aufwecken der alten Erinnerungen diente vielmehr dazu, die Parteien nur vergessen zu lassen, daß sie heute längst auf einem gemeinsamen Boden stehen, daß ihr Widerstreit nicht mehr wie vor einem halben Jahrhundert den Kampf der extremen Prinzipien darstellt, sondern in Wirklichkeit zu einem lebendigen Gärungsstoff der Verfassung des preußischen Staates geworden ist; gleichwie die Whigs und Tories, seit 1688 aus der Antinomie der Extreme herausgedrängt, in den Kreis des Bestehenden verwiesen wurden und seitdem bei aller Fortdauer des Streites den inneren Gegensatz auszugleichen begannen.

Um so mehr sollte es Aufgabe und Pflicht der Geschichtschreibung sein, den Gegensatz parteipolitisch befangener Überzeugungen in einer höhern Instanz der Erkenntnis aufzulösen und eine den Kern der Dinge treffende historische Auffassung zu begründen: frei von Neigung und Eifer zu

begreifen, was die Parteien des Tages nicht billig zu beurteilen vermögen. Man kann nicht gerade sagen, daß sie für diese Aufgabe noch gar nichts getan hätte. Gewiß haben die historischen Studien es vermocht, durch sorgfältige Sammlung und Sichtung des Quellenmateriales eine Reihe von Vorgängen in der Revolution von der legendarischen Verdunkelung zu reinigen und in gesicherter Form vor die Augen zu stellen — wobei man leider beobachtet, daß die von der Wissenschaft zerpflückten Parteimärchen in der öffentlichen Meinung munter weiter leben. Aber das sind nur die niederen Funktionen der historischen Methode: die höhere Aufgabe ist, das Verständnis der wirkenden Kräfte in der großen Auseinandersetzung der Elemente des preußischen Staates mit den Mitteln historischer Analyse zu erschließen, die Handlungen der leitenden Männer im innern Zusammenhange zu erkennen und damit erst zur unbefangenen Würdigung der einzelnen Vorgänge und des Gesamtverlaufes vorzudringen. Diese Aufgabe scheint mir von der historischen Wissenschaft noch nicht gelöst zu sein. In der Beurteilung der Märzereignisse besteht keineswegs eine Übereinstimmung auch nur über die Fragestellung bei wichtigen Kontroversen, über die Formulierung der einschneidendsten historisch-politischen Probleme. Infolgedessen sind kaum ernstliche Versuche der Auseinandersetzung unternommen, so daß in der Wissenschaft nicht minder parallele Reihen unterschiedener Lösungsversuche nebenander herlaufen als in der politischen Tradition. Es drängt sich auch in die Geschichtschreibung etwas von dem dogmatischen Charakter der parteipolitischen Sätze und damit der Neigung, zu richten, wo man lieber erst verstehen sollte. Daran leidet z. B. selbst die für weitere Kreise einflußreich gewordene Darstellung H. v. Sybels mehr, als der Ton ruhiger Objektivität auf den ersten Blick verrät.

Auch dem neuerdings erschienenen Buche von Wilhelm Busch[1]) kann ich keinen Fortschritt in der angedeuteten Richtung zuschreiben. Es bewegt sich, was Auffassung und Einzel-

---

[1]) Wilhelm Busch, Die Berliner Märztage von 1848. Die Ereignisse und ihre Überlieferung. München und Leipzig, Oldenbourg. 1899.

forschung betrifft, durchaus in den von Sybel vorgezeichneten Bahnen. Besonders in der Untersuchung einiger Kontroversen über Einzelheiten des 18. und 19. März ist Busch noch über seinen Vorgänger hinausgediehen, in selbständiger und solider Forschung dessen Resultate nachprüfend und mit Hilfe neueren Materiales ergänzend. Für die Feststellung des äußern Tatsachenbestandes ist somit sein Buch von Verdienst und durch seine saubere Arbeit berufen, manche zählebige Legende beseitigen zu helfen, es scheint für einige Zeit das letzte Wort dessen zu sprechen, was die historische Methode, wie sie einmal angewandt ist, aus der immer noch wachsenden Flut der Zeugnisse als „Wahrheit" ermitteln kann.

Das Buch von Busch zerfällt in zwei Teile: eine Darstellung, die Revolution und der König, die nach rascher allgemeiner Einführung die Ereignisse der Woche vor der Revolution und ganz eingehend die des 18. und 19. März behandelt, und eine Untersuchung, nach einer Übersicht über die Überlieferung Ansätze zu einer Kritik der Quellen, an einzelnen Problemen durchgeführt. So werden die Ereignisse vor dem Schloß am Mittag des 18. März, die Ereignisse im Schloß am Morgen des 19. März bis zum Rückzugsbefehl, der Befehl zum Rückzug der Truppen und seine Ausführung, schließlich der Fluchtplan des Königs eindringlich untersucht, zum Teil also dieselben Fragen, die schon Sybel gleichzeitig mit der Darstellung in seinem großen Werke einer gesonderten kritischen Behandlung unterzogen hat.

Treffend bemerkt ein Rezensent, daß das Interesse Buschs wohl von eben dieser kritischen Untersuchung ausgegangen sein dürfte. Der Charakter seines Buches, in Anlage und Ökonomie, ist damit gekennzeichnet. Man sieht in der Darstellung eben diejenigen Partien, denen die Einzeluntersuchungen zugrunde liegen, durchaus in den Vordergrund gerückt, andere Fragen dagegen zurückgeschoben oder kaum gestreift. Vor allem aber: die allgemeine Einführung erweckt überhaupt den Eindruck, als wenn sie erst nachträglich um die Untersuchung der Zusammenstöße am 18. und 19. März

herumkomponiert wäre, statt ihrerseits Leitmotiv und Schlüssel zum Verständnis der Krisis zu bringen. Den Ausgangspunkt der Sonderuntersuchungen bildet nicht eine ins Innerste dringende Würdigung der Antriebe der Politik Friedrich Wilhelms, sondern der mit fast voraussetzungsloser kritischer Methode abgewandelte Versuch, herausgegriffene Detailfragen gewissermaßen durch ein exaktes Zeugenverhör zu lösen. Dieser Standort scheint mir nicht richtig gewählt zu sein: in den Dingen, statt über den Dingen.

Schon allein die Beschaffenheit der Zeugnisse, aus denen die historische Wahrheit gleichsam destilliert werden soll, hätte Bedenken gegen den eingeschlagenen Weg erwecken müssen. Die Zeugnisse über die Märztage sind durchweg Lebensäußerungen derselben politischen Kräfte, deren Zusammenstoß die Katastrophe bringt: sie sind daher erst richtig abzuschätzen, wenn man diese Kräfte verstehen gelernt hat, nicht aber imstande, uns von sich aus zu deren Verständnis zu leiten. Ihre Eigenart, als Ganzes genommen, besteht vielmehr darin, daß wir unmittelbar aus ihnen über den Ursprung und den Verlauf der Revolution außerordentlich wenig lernen können.

Danach lassen sich die der Quellenkritik gestellten Aufgaben bestimmen. Die von Busch gegebene Kritik, Einteilung und Charakteristik der Quellen bleibt wesentlich bei einer äußerlichen Anordnung stehen, ohne die Hauptfragen überhaupt in Angriff zu nehmen.

Eine wirkliche Scheidung und Wertung der Quellen, zumal wo sie auf Männer an leitender Stelle zurückgehen, läßt sich nur aus der vollendeten Kenntnis dieser Männer heraus geben. Die politische Stellung der Berichterstatter ist ein wichtigeres Kriterium als das der Gleichzeitigkeit. Man sieht dann sofort, daß diese einzelnen Berichte nur die ins Gebiet der literarischen Kontroverse übertragene Fortsetzung von Gegensätzen enthalten, die vorher in der praktischen Politik tätig waren. Unter diesem Gesichtspunkte sind die Zusammenhänge der Quellen untereinander zu ermitteln.

Ein Beispiel. Die erste kompilatorische Zusammenfassung der ganzen Ereignisse unter einem höhern politischen

Gesichtspunkt, und zwar in ausgesprochenster Parteigesinnung, geschieht in Heinrich Leos „Signatura temporis" (November 1848), die im Januar 1849 ohne Nennung des Verfassers von der Kreuzzeitung zur Verteilung gebracht wird. Und tatsächlich ist sie kaum das Werk eines einzelnen, eher das gemeinsame Werk der Kamarilla, die gleichzeitig ihren ersten Sieg durch die Berufung des Ministeriums Brandenburg erfochten hat; in demselben Moment, wo die Partei sich durchsetzt, sorgt sie sogleich für die historiographische Festlegung der Vergangenheit in ihrem Sinne. Zu den Quellen Leos gehört nicht, wie Busch meint, der Polizeipräsident von Minutoli — der politische Standpunkt beider ist sehr verschieden und es fehlt an jeder persönlichen Beziehung zwischen ihnen —: vielmehr ist gerade an den Stellen, wo Busch diesen Gewährsmann sucht, die wirkliche Quelle nachweisbar: die damals bereits begonnenen Aufzeichnungen des Generals Leopold von Gerlach. Dieser erzählt selbst (1, 236), daß er bei der ersten Vorlesung des Manuskripts am 8. November sofort einiges verbessert und dann dem gesinnungsverwandten Historiker seine eigenen Papiere zur Verfügung gestellt habe; wir können nunmehr an der Hand der gedruckten Denkwürdigkeiten Gerlachs genau die Nachrichten bezeichnen, die Leo dieser Quelle nachträglich entnommen hat. Und nicht genug mit dieser Beihilfe: die Kamarilla sucht für die von ihr konstruierte Geschichtsauffassung den König selbst zu gewinnen, durch eine Vorlesung des Manuskripts (21./22. November), sie gewissermaßen durch die Krone sanktionieren zu lassen. Gewiß nicht zur Ermittlung der historischen Wahrheit, sondern im Dienste des Parteiinteresses. Gerlach erzählt von dieser Vorlesung bei Hofe: „Nur bei dem Entschluß zu der Proklamation ‚an meine lieben Berliner' sagte der König, sie sei allein von ihm ausgegangen, niemand habe sie ihm geraten." Sich allein vindiziert der König die Verantwortlichkeit für diesen entscheidenden Akt; sein Einspruch richtet sich zunächst gegen die ursprüngliche Annahme Leos, daß Vincke ihn damals bestimmt habe, aber weiterhin auch gegen jeden anderen Versuch, ihn zuungunsten eines anderen zu entlasten. Und trotzdem sind in dem Drucke Leos (S. 31) die durchaus der Aufzeichnung

Gerlachs (1, 140) entsprechenden Sätze stehen geblieben: „(Der König) schrieb eine Proklamation nieder, deren Veröffentlichung er dem gewissenhaften Urteile des Herrn v. Bodelschwingh anheimgab. Diese Proklamation an die Einwohner von Berlin in der Nacht vom 18. zum 19. März, welche Herr v. Bodelschwingh sofort und ohne alle Modifikation der Druckerei übergab" usw. So wird trotz des königlichen Bekenntnisses mit halben Worten die letzte Verantwortung doch dem politischen Gegner zugeschoben — nicht ohne Erfolg für die spätere Gestaltung der Tradition.

Die Antworten auf diese Parteischrift konnten nicht ausbleiben. Sie steht geradezu im Mittelpunkt eines Kreises von Gegenschriften, die ausschließlich oder vorwiegend von ihr hervorgerufen sind. In der ersten Reihe stehen darunter die Erwiderungen der angegriffenen Minister, Bodelschwingh, Canitz, Arnim-Boitzenburg. Die Parteien also, die sich vor dem 18. März am Hofe gegenübergestanden hatten, beginnen nun die Auseinandersetzung vom historischen Standpunkt aus. Aber man täuscht sich, wenn man aus dieser Debatte einen wirklich tiefen Einblick in den Gang der Dinge erwartet. Nur widerstrebend gehen diese Männer an die Aufgabe, einige Rechenschaft über ihre Rolle in den Märztagen zu hinterlassen; Bodelschwingh wird nur zu einigen kurzen Bemerkungen durch die „Signatura" herausgefordert, während das meiste dessen, was er überhaupt gesagt hat, in einem erst nach vier Jahrzehnten der Allgemeinheit mitgeteilten Privatbriefe steht. Alle Aufzeichnungen aber der amtlich an den Ereignissen beteiligten Personen zeigen ein gewisses Bestreben, die eigene Person zu entlasten und mehr oder weniger einen Teil der Verantwortlichkeit anderen zuzuschieben. Diese Tendenz ist bei den einzelnen verschieden entwickelt, unbewußt vorhanden ist sie überall. Sie wird aber eingeschränkt von einem zweiten Bestreben, das für die historische Forschung noch ungleich verhängnisvoller ist: die Person des Königs möglichst aus dem Spiele zu lassen und gegen etwaige Rekriminationen zu decken. Dadurch wird die entscheidende Persönlichkeit aus der Debatte ausgeschieden, alle Beziehungen der Minister zum Könige erscheinen in einer ganz unsicheren Beleuchtung;

vieles verschwindet in dem Dunkel gänzlichen Schweigens. Die Folge ist, daß die Polemik sich vielfach um Nebendinge und Äußerlichkeiten dreht und sie in den Vordergrund rückt, als wenn in ihnen die Entscheidung gelegen hätte. Die traditionelle öffentliche Meinung, sowieso lieber an der Schale der Dinge haftend, ist dann vielfach bei dieser Verschiebung des Kernpunktes der Streitfrage stehen geblieben.

Trat schon das hohe Beamtentum nur mit großer Zaghaftigkeit aus seiner altgewohnten Reserve heraus, so fiel es den hohen Militärs noch schwerer, die Zurückhaltung aufzugeben. Im Mai richtete Bismarck im Namen der altmärkischen Royalisten noch ohne Erfolg die dringende Bitte an den General von Prittwitz, „eine, insoweit die dienstlichen Rücksichten es gestatten, genaue und mit Beweisstücken versehene Darstellung der Berliner Ereignisse vom militärischen Standpunkt sobald als möglich der Öffentlichkeit übergeben zu lassen", damit der demokratischen Legendenbildung über die Haltung der Armee begegnet werde. Erst als in der Armee selbst unrichtige Auffassungen seines Verhaltens Boden gewannen, nahm Prittwitz in einer handschriftlich gedruckten Erklärung vom 22. Oktober 1848 den ersten Anlauf zu seiner Rechtfertigung, und in einer 1850 anonym erschienenen Schrift des Obersten Schulz über die Berliner Märztage fand er dann eine mittelbare Form, etwas über seinen Anteil zu sagen. Wie wenig das war, beweist die Tatsache, daß er nach seiner Entlassung im Jahre 1854 eine umfangreiche Rechtfertigungsschrift drucken ließ. Er wurde noch im letzten Augenblicke bewogen, die ganze Auflage seines Buches vor der Veröffentlichung zu vernichten. Nach den von Sybel aus handschriftlichen Exzerpten mitgeteilten Bruchstücken zu urteilen, hat Prittwitz in seiner Schrift, wenn auch nicht alles, so doch genug zu sagen beabsichtigt.

Aus alledem ergibt sich, wie sparsam die Ausbeute aus den Aufzeichnungen der vornehmsten Berichterstatter ist, und weiterhin, daß wir die eigentlichen Aufgaben der Quellenkritik erst dadurch angreifen, daß wir in die inneren Zusammenhänge dieser Überlieferung eindringen. Dadurch lassen sich an manchen Stellen die Anfänge parteimäßiger Legenden-

bildung aufdecken. Eine wertvolle Handhabe bietet uns der Umstand, daß wir in Gerlachs Denkwürdigkeiten in eine der Werkstätten dieses Prozesses hineinblicken können, obendrein eine der wenigen Quellen, in der die kritische Sonderung der Nachrichten nach ihrer Herkunft sich bewerkstelligen läßt. In den meisten zur Gattung der Memoiren gehörigen Aufzeichnungen ist das gar nicht möglich. Von vielen gilt, was ich in einem besonderen Falle, anläßlich der Memoiren des Prinzen Kraft Hohenlohe betonte, daß sich im Laufe der Zeit das Gebiet des persönlich Erlebten über seine natürlichen Grenzen hinaus erweitert und unbewußt auch Erinnerungen und Urteile anderer mit verarbeitet, bis der Erzählende schließlich, was er häufig gehört und dann selbst weiter erzählt hat, als persönlich Erlebtes zu besitzen glaubt. Trifft das überhaupt für jede Art persönlicher Überlieferung zu, so ganz besonders für das Gedächtnis dieser Tage, die bei Siegern und Besiegten — wenn man von beiden reden darf — die tiefsten politischen Leidenschaften aufgerüttelt hatten und noch jahrelang die Fragen nach dem Warum und Wie immer von neuem mit heißem Eifer aufleben ließen. Diese methodische Erwägung sollte von vornherein gegen alle neu erscheinenden memoirenähnlichen Erinnerungen aus dem Jahre 1848, soweit sie erst später aus dem Gedächtnis niedergeschrieben sind, mißtrauisch machen.

Auf jedem Wege werden wir zu dem gleichen Resultat geführt, die außerordentliche Relativität der Quellen einräumen zu müssen. Sie sind fragmentarisch und zerrissen, unzureichend im höchsten Grade, sie verweigern die Antwort in entscheidenden Fragen, sie bieten häufig ein Gemisch von Richtigem und Falschem. Vor allem aber: diese Quellen sind durchweg selbst ein Stück der Revolution. Die Zeugen sind großenteils zugleich Mithandelnde, alle erfüllt von den Wirkungen und Gegenwirkungen der Revolutionsbewegung, von dem rasenden Gang der Ereignisse in ihren innersten Kräften gepackt und in den Wirbel gerissen; in jeder Minute handeln und sprechen sie aus ihrer halbunbewußten Parteistellung heraus. Und je nachdem diese verschieden ist, reden die einzelnen Berichterstatter, so gewissenhaft und urteils-

fähig sie an sich auch sind, plötzlich eine andere Sprache, sehen mit anderen Augen, hören mit anderen Ohren: man muß zunächst die Revolution selber verstehen, um diese Zeugen verstehen zu können. Und so hat es auch einen rein methodischen Grund, wenn man in allen Einzelfragen sich mit dem gleichen Resultat bescheiden muß: daß sich durch das Zeugenverhör allein — so sicher dabei auch die Methode gehandhabt wird — wohl äußerliche Vorgänge auf Stunde und Minute bestimmen und in ihren unmittelbaren Zusammenhang einreihen lassen, daß aber die höhere Wahrheit des historischen Geschehens daraus schlechterdings nicht ermittelt werden kann.

So bieten die unmittelbaren Quellenberichte über die Märztage nicht die genügende Unterlage zum Verständnis der Krisis, sie zwingen uns vielmehr, uns nach einem anderen Ausgangspunkt umzusehen. Da es sich in den Detailfragen der Einzelvorgänge am 18. und 19. März nur um zufällige Symptome des großen Revolutionsprozesses handelt, so müssen wir uns sagen, daß wir die einzelnen Symptome nur verstehen können, wenn wir uns über den Charakter der Gesamterscheinung klar sind und aus ihr den vornehmsten Maßstab zur Beurteilung des Besonderen entnehmen. Sieht man davon ab, so wird man nur unzureichende Antworten auf die wichtigsten Fragen erhalten; z. B. wenn man die verschiedenen Phasen in der Haltung Friedrich Wilhelms vorwiegend aus seiner jeweiligen Seelenstimmung oder aus der jeweiligen Einwirkung berufener und unberufener Ratgeber erklären will, statt den entscheidenden Grund in seinen letzten politischen Zielen zu suchen, denen er auch inmitten aller Erschütterungen, in jeder Wendung, treu zu bleiben sucht. Und ebenso steht es mit allen anderen Gruppen der Bewegung, dem hohen Beamtentum, den Generalen, den Führern der Landtagsopposition, der Bürgerschaft, ob sie nun zu Hause bleibt oder in die Revolte hineingezogen wird. Mehr oder minder bewußt wohnt diesen einzelnen Klassen eine ganz bestimmte Tendenz inne, die ihr Verhalten in den Märztagen erklärt, wie individuell verschieden auch die Antriebe des einzelnen gestaltet sein mögen. Und diese allgemeinen Voraussetzungen der einzelnen politischen Kreise sind in dem

Buche von Busch nicht mit der erforderlichen Sicherheit und Schärfe herausgearbeitet. Die Folge ist, daß auch die psychologische Analyse der Einzelvorgänge bei dem äußerlichen Hergange stehen bleibt und die wesentlichsten Erklärungsmomente außer acht läßt; das Ergebnis ist schließlich, daß das gewonnene Bild höherer historischer Wahrheit ermangelt.

Suchen wir daher die Aufgabe der Geschichtschreibung höher zu richten als auf eine vorwiegend antiquarische Untersuchung und Ermittlung der einzelnen Vorgänge, suchen wir vielmehr den Sinn des Ereignisses zu ergründen, im Zusammenhang preußisch-deutscher Geschichte ihre elementarste Krisis in unserem Jahrhundert zu verstehen. Wir werden dann den handelnden Personen gegenüber gerechter sein und der gefährlichen Lockung widerstehen, den wie ein Schicksal mit Naturgewalt daherstürmenden Gang der Dinge mit Lob und Tadel weise zu begleiten. Nichts ist billiger als das Richten. Gar mancher der Mithandelnden hat nachher sich mit Recht darauf berufen, daß man klüger sei, wenn man vom Rathause komme; ein großer Teil der Memoirenliteratur will in erster Linie anschuldigen oder entschuldigen, und die Parteien haben je nach Bedarf sich für die ihnen geläufige Auffassung diese gegenseitigen Rekriminationen zu eigen gemacht. Aber nicht das Amt des Historikers ist es, sie zu sammeln oder in meist subjektiver Willkür eine Auslese daraus zu veranstalten; gerade einem so ungeheuren Ereignis wie der Revolution der Elemente eines Staatswesens gegenüber kann er keinen unglücklicheren Standpunkt einnehmen, als wenn er sich statt zum Begreifen zum Fällen von Urteilssprüchen gedrungen fühlt. Das Beispiel unserer Größten zeigt, daß gar zu leicht ein Stück der politischen Sympathien und Antipathien des einzelnen in die Formulierung des Urteils aufgenommen wird. Wozu daher im geeigneten Momente auseinandersetzen, wie der oder der würde richtiger gehandelt haben, wie dadurch die oder die verhängnisvollen Folgen höchst wahrscheinlich hätten vermieden werden können — als wenn nicht jeder neue Moment neue Möglichkeiten heraufgeführt und die Parteien doch wieder gezwungen hätte, so zu handeln, wie sie nach der Summe ihrer Antriebe handeln mußten.

Im folgenden versuche ich von der generellen Auffassung der Politik Friedrich Wilhelms auszugehen. Indem ich dies Gesamtereignis anders als Busch beurteile, werde ich auch zu einem abweichenden Verständnis der Märztage geführt werden.

Bismarck bemerkt in seinen Gedanken und Erinnerungen: „Der latente deutsche Gedanke Friedrich Wilhelms IV. trägt mehr als seine Schwäche die Schuld an den Mißerfolgen unserer Politik nach 1848". Kürzer und treffender läßt sich der Kern unseres Problems nicht bezeichnen. Allerdings sucht Bismarck nur die Mißerfolge der Politik nach 1848 zu erklären, er hat vornehmlich die durch den Namen des Generals von Radowitz charakterisierte preußische Unionspolitik der Jahre 1849 bis 1851 im Auge. Aber sein Gedanke läßt sich mit vollem Fug auf das Revolutionsjahr selber, insbesondere auf die Märztage, anwenden. Ist doch die Union Radowitzens nur der letzte halb resignierte Ausläufer einer Politik, die in schüchternem Ansatz schon im November 1847 angebahnt wird, dann aber im Februar unter den Sturmzeichen der Revolution sich lebhafter hervorwagt, sich immer unwiderstehlicher die Gesinnung des Königs und seiner Ratgeber in Ministerium und Diplomatie unterwirft und schließlich nach der Mitte des März auf die Kunde von dem Wiener Zusammenbruch offen ihr Programm enthüllt. Dieses Programm ist das Patent vom 18. März: es ist nicht allein aus der innerpreußischen Entwicklung zu verstehen, sondern in erster Linie ein Wendepunkt in der deutschen Politik Preußens, und indem es die europäische Stellung der beiden deutschen Großmächte unmittelbar berührt, ist es, wie Ranke die Revolution überhaupt bezeichnet hat, ein europäisches Ereignis. Der im Patent erfochtene Sieg des Ministers Bodelschwingh in der innerpreußischen Politik ist ein integrierender Bestandteil der Politik Radowitz oder, wie wir sie mit demselben Rechte nennen dürfen, der Politik Friedrich Wilhelms IV. Innerhalb vierundzwanzig Stunden nach der Proklamierung erleidet der neue Kurs Krisis und Katastrophe; um mit dem Worte Bismarcks zu reden, in dem latenten deutschen Gedanken,

nicht wie Sybel und Busch wollen, in der Schwäche des Königs liegt auch die innerste Wurzel des Ursprungs und Verlaufs der preußischen Revolution. Aus dem Munde des großen Realpolitikers erhält eines der Axiome der historisch-politischen Anschauung Rankes eine klassische Bestätigung, wie überhaupt die Stellung Bismarcks innerhalb der geistigen Strömungen unseres Jahrhunderts an dieser Verwandtschaft vortrefflich orientiert wird. Unter dem Einfluß der auswärtigen Verhältnisse ist in Preußen auch dieses Mal, ebenso wie es in der Stein-Hardenbergschen Reformperiode geschah, die folgenreichste innere Wandlung zustande gekommen.

Als Friedrich Wilhelm, in seinen Anträgen auf Bundesreform vom November 1847 durch die Revolution überholt und vorwärtsgetrieben, vor der Frage steht, wie er der ansteigenden Flut der Bewegung begegnen soll, zeigt er eine zwiefache Tendenz.

Auf der einen Seite möchte er eine kräftige kriegerische Stellung einnehmen. Er stimmt den Vorschlägen Metternichs auf Herstellung einer solidarischen Haltung der Mächte, eines centre d'entente, wenn auch schon mit charakteristischer Modifikation, zu. Und mehr noch als die internationale Vereinigung liegt ihm die Wirkung seiner Rüstungen auf Deutschland am Herzen; er lehnt alle Angriffszwecke ab und betont seine Friedensliebe: „aber der Zustand Teutschlands," schreibt er an Bunsen, „macht es uns zur Pflicht, kräftig aufzutreten." So denkt er Anfang März daran, zwei Armeekorps aufzustellen, eins bei Kreuznach, das andere in Thüringen, um gegen jeden revolutionären Losbruch in Südwestdeutschland und Mitteldeutschland gewappnet zu sein: mit darauf zielenden Anträgen wird der General von Schack an eine Anzahl kleinerer Höfe gesandt.

Auf der andern Seite entschließt er sich, der Gefahr durch Entgegenkommen die Spitze abzubrechen, eine günstige Stimmung der deutschnationalen Kreise für die Radowitzischen Pläne einer in die preußische Hegemonie hinüberleitenden Bundesreform zu gewinnen, und zwar durch die Bewilligung konstitutioneller Reformen in seinem Lande. An dieser Stelle hat die Tätigkeit Bodelschwinghs seit Anfang März

nachdrücklich eingesetzt, jetzt erst mit dem Erfolge, der früher nie zu hoffen gewesen wäre. Der Schlüssel für diese sonst kaum zu erklärende Nachgiebigkeit des Königs gegenüber den Reformvorschlägen seines Ministers liegt in seinem längst gehegten, nun aber glühend erwachten deutschen Ehrgeiz. Man darf diese merkwürdige Wendung des Königs nun nicht so einfach fassen, wie Gerlach es tut: der König habe schon am 8. März „den von ihm verabscheuten Konstitutionalismus an Bodelschwingh konzediert." Auch wenn Busch für diesen Vorgang den Satz formuliert: „Am 12. März war somit beim König und Ministerium die große und entscheidende Wendung zum Konstitutionalismus geschehen", so könnte das klingen, als wenn der König selbst durch einen glatten Entschluß sein eigenes System, wie nur etwas die Sache heiligster Überzeugung für ihn, aufzugeben und durch ein anderes ihm innerlichst entgegengesetztes System kurzerhand abzulösen begonnen hätte. Der von dem reaktionären General gebrauchte politische Kunstausdruck ist keineswegs in seiner doktrinären Bedeutung zu verstehen. Der König hat schwerlich das Bewußtsein gehabt, daß er persönlich sein Selbst aufgab; wie es in Wirklichkeit mit ihm stand, zeigt seine Antwort an die Berliner Deputation vom 14. März, in der er die Notwendigkeit sehr allmählichen Ausbaues betont, Worte, aus denen die Liberalen wahrlich nicht hätten entnehmen können, daß er einer der Ihrigen geworden wäre. Man darf König und Minister in dieser Frage nicht auf den gleichen Fuß stellen, ohne die feinen Unterscheidungen gänzlich zu verwischen und der psychologischen Analyse des Königs eine falsche Grundlage zu geben. Trägt schon die Politik des Königs und die Radowitzens eine individuell verschiedene Färbung bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung, so weichen seine konstitutionellen Absichten von denen Bodelschwinghs ganz erheblich ab. Der innerlich konstitutionell gesinnte Minister ist durchaus der treibende, Friedrich Wilhelm der bei allem Widerstreben nur durch die großen deutschen Aussichten der neuen Ära mitgezogene Teil. Er möchte sich selbst über die Bedeutung seiner Wendung hinwegtäuschen, er sucht sich die Reform nur als eine Fortbildung seiner eigenen Ideen

auszulegen, er glaubt nur den Namen, nicht den Inhalt der Sache zu bewilligen. Mit halbem Herzen macht er den Weg mit, und in diesem innern Widerspruch liegen die Keime der späteren Schwäche.

Der Hauptgrund seiner Anpassungsfähigkeit liegt darin, daß die Konzession ihm wesentlich unter dem Gesichtspunkt eines Mittels zum Zweck erscheint. Der Zweck aber, preußische Hegemonie in Deutschland, heiligt in etwas das ihm grundsätzlich bedenkliche Mittel.

Offen räumt er später dem General Gerlach ein, „der Konstitutionalismus habe wegen Deutschland anerkannt werden müssen." Und auch für Bodelschwingh, dem die Notwendigkeit der konstitutionellen Wendung viel mehr Überzeugungssache ist, haben diese Motive eine besondere Geltung. In einem vertraulichen Schreiben an seinen Vetter Georg Vincke gibt er diesem Gedanken den unumwundensten Ausdruck: „Vollkommen erkenne ich auch, daß wir große Reformen in unseren Zuständen vornehmen müssen, um die Meinung Deutschlands zu gewinnen"; er wünscht die einflußreichsten Männer des Landtags, in erster Linie Vincke, zur schleunigsten Vorbesprechung herbei, „und zwar — um es offen zu sagen — nicht so sehr für den Landtag, als für Deutschland, wohin Deine Reden dringen werden, und worauf wir auch sehr zu sehen haben." Also: der populärste Name der preußischen Konstitutionellen gewissermaßen als Anziehungskraft für die Politik des neuen Kurses, Konstitutionalismus als Hilfskonstruktion für die preußische Bundesreform! Bodelschwingh stand mit diesen Anschauungen keineswegs allein im Ministerium und in der Diplomatie; wohin man in der hohen Beamtenschaft blickt, begegnet man verwandten Tendenzen. Vor den ehrgeizigen Zielen und gleichmäßig vor dem Druck der Revolution wichen auch bei den konservativeren Staatsmännern Friedrich Wilhelms die doktrinären Antipathien zurück. Lehrreich zeigt sich das an dem bezeichnenden Vorschlage, den der Minister des Auswärtigen, Canitz, den Österreichern empfahl, an der Spitze ihrer schlagfertigen Armee in Italien die revolutionären Italiener nicht niederzuwerfen, sondern ihnen eine Konstitution zu geben: „mit der Aufhebung des

Gegensatzes absoluter und konstitutioneller Monarchie würde die Stellung Österreichs in Italien bedeutend verändert, der kaiserliche Adler könnte seine Schwingen wieder frei entfalten, Frieden stiften und nötigenfalls ihn erzwingen." In Wien mußte man das als offenbaren Hohn ansehen, aber es war nicht so gemeint. Man glaubte ja selber nach dem Rezept handeln zu können.

Das stellte sich allerdings gleich heraus, daß die Rechnung der Politik Friedrich Wilhelms mit jener doppelten Tendenz einen Fehler hatte. Mit einem schlagfertigen Heere, dem eigensten Mittel des absolutistischen Staates, die Revolution niederwerfen und gleichzeitig, vor dem Andrang der Revolution zurückweichend, in das Fahrwasser des konstitutionellen Staates hinübergleiten, im Innern alle gebundenen Kräfte lösen, um in Deutschland selbst eine schüchtern revolutionäre Politik betreiben zu können: das ging nicht an. Jeder Schritt, den Bodelschwingh dem Könige auf dem Wege konstitutioneller Reformen abrang, machte das kriegerische Auftreten unmöglicher; ohne daß man sich dessen bewußt war, wurde man immer mehr getrieben als daß man Herr der Bewegung geblieben wäre. Die Rücksicht auf Deutschland drängte den Preußen immer weiter voran, denn auch die übrigen deutschen Fürsten, fast alle von dem ersten Anlauf der Bewegung überrannt, suchten es zu machen, wie Friedrich Wilhelm es selbst wollte: auf den Wogen zu schwimmen, denen sie nicht hatten standhalten können. Jeder natürlich so gut seine Kräfte es zuließen; die ganz kleinen, indem sie sich mit vollen Armen in die Flut stürzten, bereit, sich von der großen deutschen Nation mediatisieren zu lassen; die mittleren mit einem stärkeren Gefühl der Selbsterhaltung, womöglich gar mit heimlichen Ausdehnungsgelüsten gegen die gar zu wehrlosen Kleinen, aber der Revolution gegenüber ohne jede Kraft des Widerstandes, etwa denkend wie Ernst August von Hannover: „Wenn es mit den Tories nicht mehr geht, werde ich es mit den Whigs probieren"; alle aber laut ihr Deutschtum bekennend, selbst der Bayer und Österreicher, alle bereit, sich keinem Rufe der Nation zu versagen. Die Pläne kriegerischer Demonstration gegen die Bewegung mußten für die preußische Politik so-

fort zurücktreten, wenn man sich von den andern Fürsten nicht den Rang wollte ablaufen lassen. Als der General von Schack von seiner Reise an die Höfe am 15. März zurückkam, erklärte er die Stimmung in Deutschland für sehr gefährlich; wenn der König die preußischen Grenzen überschreite, laufe er bei der Stimmung in Preußen Gefahr, der eigenen Faust nicht mehr mächtig zu sein. Am Ende weiß auch der Militär nur dieselbe Auskunft wie die Minister und die Gesandten: „es bleibe nichts übrig, als sich der Leitung der für die Einheit Deutschlands ausgebrochenen Bewegung zu bemächtigen." Der König antwortet: „Nicht wahr, die Jakobinermütze aufsetzen?" In zugespitzter Pointe der Gedanke, den wir zur Erklärung der preußischen Politik ausgeführt haben. Am andern Tage kamen die Nachrichten von dem Zusammenbruch in Wien. Jetzt war kein Augenblick mehr zu verlieren. Bodelschwingh setzte am 17. März das Patent, das die große Wendung enthielt, in der Ministerialsitzung durch, und am andern Tage, als es veröffentlicht worden war, konnte er befriedigt sagen, in ähnlichem Gedankengange wie der König: „Preußen hat seine Revolution bereits gemacht."

Das sind die Wurzeln der neuen Politik Preußens: in die Revolution selbst führen sie hinab. An die Revolution als Gesamtereignis, nicht an die geringfügigen Tumulte in Berlin bis zum 18. März hat man dabei zu denken. Nirgends erkennt man, daß diese Aufläufe eine wesentlich treibende Kraft für die Entschließungen des Königs geliefert hätten, wie Busch es neben den andern Momenten betont. Weder aus den Quellen noch aus dem Gang der Dinge selbst läßt es sich belegen, daß Friedrich Wilhelm „ohne die eigene bedrohte Lage inmitten der zunehmenden Gärung in der preußischen Hauptstadt die Wendung nicht würde gemacht haben." Vielmehr stehen diese Vorspiele auch mit den Ereignissen des 18. und 19. März nur in einem sehr auf der Oberfläche liegenden Zusammenhange, und das historische Verständnis der Berliner Revolutionstage vermag daraus nicht allzuviel zu profitieren.

Das Entscheidende ist, daß die Monarchie Friedrichs des Großen in diesem Augenblicke den Boden ihres Ursprungs

verläßt. Im Innern lockert sie die eisernen Klammern, mit denen das Königtum durch Heer und Beamtentum seine Schöpfung umschlossen hielt, und ruft zur Rekonstituierung Elemente auf, die den Staat, so wie er damals bestand, sprengen mußten. Nach außen reißt sie, ohne es sich sofort einzugestehen, die Beziehungen in Stücke, auf denen die europäische Stellung Preußens seit einem Menschenalter beruhte.

Im Innern mußte die neue Gesetzgebung alle bis dahin gebundenen Kräfte des Staates, die von der allgemeinen Bewegung aufgerüttelt wurden, nun vollends schrankenlos entfesseln. Allerdings bestand die alte Monarchie nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form, sondern hatte bereits ihr Wesen umzubilden begonnen. Zunächst durch die Reformen der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung; hat man doch noch neuerdings an der Entstehungsgeschichte der Städteordnung gezeigt, daß sie das Fundament des bisherigen Staates angriff, und sie sogar als eine der großen Demonstrationen gegen den Militarismus des alten Systems bezeichnet. Und dann waren die Elemente, die die Träger der allmählichen Umbildung des Staates waren, durch die Erwerbungen des Königtums von 1815 noch gewaltig verstärkt worden: große Landesteile traten in den Staat ein, deren Gesellschaft und Institutionen unter der langjährigen Fremdherrschaft den Einflüssen der französischen Revolution preisgegeben gewesen, zum Teil in vorgeschrittener Demokratisierung begriffen waren; unmittelbar zogen die in der Reformgesetzgebung schüchtern adoptierten Ideen von 1789 in die preußische Monarchie ein. Noch hatte dieser Staat ein Menschenalter hindurch sein Gebiet äußerlich mit den alten Mitteln zusammenzuhalten verstanden, aber mit immer geringerem Vertrauen auf die Zukunft; man hatte nicht vermocht, das provinzielle Sonderleben zu einem einheitlichen preußischen Staatsbewußtsein durch neue und freie Institutionen umzuschmelzen; man war dem rasch aufwachsenden Bundesgenossen jener neuen Elemente, dem modernen Katholizismus, der zwei Fünftel der Gesamtheit ausmachte, immer unsicherer gegenübergetreten. Immer stärker waren die Dinge in Fluß gekommen, hochgestaut vor den hemmenden Schranken. Jetzt, als das Königtum selbst die

Schleusentore zaghaft ein wenig öffnen wollte, brachen sie sich im Nu die breiteste Bahn und rissen die Ufer und alles Umland mit sich. Im Vorjahre waren die Provinzen zum erstenmal in Berlin erschienen, vom König zu bescheidener Mitarbeit berufen; jetzt begannen sie, in die Leitung der Dinge gestellt, die Umbildung des Staates in die Hand zu nehmen, der Liberalismus des rheinischen Bürgertums nicht minder als die in den entschiedenen Konstitutionalismus übertretenden ständischen Tendenzen des ostpreußischen und schlesischen Adels. Jetzt erst begann sich die Opposition der katholischen Untertanen als geschlossene Macht dem Königtum entgegenzusetzen. Und schließlich traten die verschiedenen bisher zurückgedrängten sozialen Schichten der Bevölkerung vor, sowohl die, welche ihre junge wirtschaftliche Machtstellung auch politisch zur Geltung bringen wollten, als die, welche für ihre wirtschaftliche Bedrängnis in politischen Gewährungen das Heilmittel erblickten. Alle Elemente des preußischen Staates rangen sich los aus den gelockerten Banden des alten Systems. Es war eine historische Notwendigkeit, daß es so kam, aber das Gefährliche lag darin, daß diese Wendung mit der großen Erschütterung Europas und der Umwälzung der äußeren Politik zusammenfiel. Da mochten vor dem Ansturm solcher Kräfte die Urheber der neuen Ära sich im Sommer wohl wie der Zauberlehrling Goethes vorkommen und verzweifelt nach dem Meister ausschauen, der die Geister wieder bannen könne.

Sogleich bei der Wendung im März begann das neue Regime selbst nach Bundesgenossen außerhalb des Kreises der politischen Potenzen zu suchen, die bisher den Staat ausgemacht hatten. Man bedurfte ihrer. Und wie rasch trieb man dabei voran! Wenn z. B. Bodelschwingh am Vormittag des 18. März den Berliner Magistrat aufforderte, schleunigst eine Deputation in das Schloß zu entsenden, damit der große Entschluß offiziell verkündigt werden könne, wenn er die Führer der ständischen Opposition von 1847 zur Unterstützung seiner Politik in die Hauptstadt berief, was tat er anders, als diese ihren Anteil an der Leitung begehrenden Elemente von oben her zur Aktion zu ermutigen? Schon diese unverfänglichen Anknüpfungen blieben nicht ohne Folgen. Man

denke an die Abordnungen, die den König seitdem immer stürmischer überlaufen und die Rolle unberufener Ratgeber ergreifen; man denke an das Auftreten Vinckes am Abend des 18. März, da er sich dem König wie eine selbständige Macht gegenüberstellt, mit dem Rechte zu tadeln und zu warnen.

Aber noch mehr! Die Idee Radowitzens war, die Waffe der Nationalität, die er als die gewaltigste Kraft der Gegenwart erkannte, den Feinden der rechtlichen Ordnung zu entreißen und dem König von Preußen in die Hand zu drücken. Die preußischen Staatsmänner waren jetzt dazu bereit, der König trotz innerlichsten Widerstrebens gewonnen. Aber indem man die Waffe ergriff, ließen die Massen sie nicht fallen; und sie konnten sie ehrlicher führen, denn sie bedeutete für sie nicht einen Faktor einer politischen Rechnung, sondern war zu einer großen und heiligen Leidenschaft geworden, die nicht nur die Edelsten der Nation mit hinreißender Kraft durchdrang, sondern auch ein Gefolge sich widerstreitender Tendenzen bis zur demokratischen und sozialistischen Republik hin in tollem Wirbel hinter sich herzog. Ein unwiderstehlicher Bundesgenosse gewiß, ob aber nicht allzumächtig für die verschämten preußischen Nationalitätspolitiker? Bei der ersten Wendung mußte man erkennen, daß der Gedanke der Nationalität ein zweischneidiges Schwert für den preußischen Staat war: als die preußischen Polen nun auch das Ihre auf Grund des neuen Rechtstitels verlangten und erhielten. Die bloße Konsequenz führte die Regierung in Posen von einer Demütigung zur andern. Und was noch schwerer wog, war die Wirkung nach außen: nachdem die neue deutsche Politik sofort den Bruch mit Österreich gebracht hatte, wurde Preußen durch seine Haltung in der polnischen Frage dem alten russischen Verbündeten auf das tiefste entfremdet. Mit einem Schlage war die europäische Stellung der Großmacht Preußen von Grund aus umgestaltet.

Jetzt werden wir die Position der Regierung verstehen, als sie auf dem Wege von Reformen, die in Ansehung ihres grundstürzenden Charakters selber Revolution sind, von der großen Bewegung auch äußerlich erfaßt, von der Straßenrevolte vor den Toren des Königsschlosses überrascht wird.

Der alte absolute Staat wäre eventuell damit fertig geworden. Nicht aber diese Regierung, die das Rückgrat aus dem bisherigen Staatswesen herausnehmen und durch ein anderes ersetzen will, die das Verhältnis Preußens zum Deutschen Bunde und zur europäischen Völkergemeinschaft umstürzen muß und für den neuen Kurs auch einen Stoß des revolutionären Windes in ihren Segeln auffangen möchte: dieser Regierung sind die Hände gelähmt. Aus der inneren Schwäche dieser Position muß man das Kommende verstehen. Das ist wichtiger als die Suche nach einzelnen äußerlichen Fehlgriffen, die nicht ausbleiben können, aber nur Symptome sind, oder gar den letzten Grund des Fehlschlagens in einem Zögern zu erblicken, das „der populären Propaganda immer weiteren Vorsprung gelassen habe." Das eingeschlagene Tempo hat rasch genug abwärts geführt.

Soll man nun gar die Frage nach der Möglichkeit des Sieges auf diesem Wege ganz verneinen? Gewiß so wenig als man die rätselhaften Gaben des Genius historisch ermessen kann. Es hat in der Geschichte immer Männer gegeben, die das Unmögliche möglich machten. Die großen Fortschritte des Völkerdaseins sind von ihnen ausgegangen. Das ist weltgeschichtliche Größe. Sie war nicht das Erbteil des Königs, der auf dem Throne Friedrichs des Großen sehnsüchtig seines Ahnen gedachte. In seinem Innern waren beide Kräfte lebendig, die miteinander rangen; von manchen Strömungen des Neuen berührt, hing er doch mit seinem Herzen an dem Alten. Der beste Beleg für die Kraft des deutschen Gedankens, daß dieser preußische König selber die Führung der „Germanomanen" übernehmen mußte. War er doch zugleich mit dem Vergangenen so verwachsen, daß er „das Selbst des preußischen Staates", wie Ranke urteilt, zu retten vermocht hat. In dieser Zwiespältigkeit lag es begründet, daß er halb wollend, halb widerstrebend an das Große ging, und mit Verlangen und Abscheu dann den ganzen Verlauf der deutschen Revolution begleitete. Er hat die politische Formel nicht gefunden, Vergangenheit und Zukunft zu verbinden, denn beides war in seinem Innern nicht durch die Kraft eines einheitlichen Willens ausgeglichen. Aus halbem Wollen aber werden keine weltgeschichtlichen Taten geboren.

Und wie der Führer, so seine Helfer: es ist nicht schwer zu erkennen, weshalb das altpreußische Beamtentum in dieser Krisis versagen mußte. Die meisten Darstellungen der Revolutionstage verfahren in der Beurteilung und Motivierung der Handlungen, der Verknüpfung der Ereignisse, als wenn damals ein gesunder Organismus sich seiner ungestörten Funktionen zu bedienen fähig gewesen wäre. Als wenn die Umwälzung nicht den Staat selbst und seine leitenden Männer ebensogut wie die Straßenmassen ergriffen hätte! „Welche Gewalt", schreibt Gerlach später von einer Reihe preußischer Staatsmänner des Jahres 1848, „hat die Revolution über alle diese Männer ausgeübt."

Ich gehe dazu über, an der vorgetragenen Gesamtauffassung einige auch von Busch untersuchte Einzelfragen aus den Revolutionsvorgängen nachzuprüfen, um für sie eine befriedigendere Lösung zu finden, als es die Sybel-Buschsche Darstellungsweise vermag.

Eine der umstrittensten und schwierigsten Fragen heißt: Wie ist es möglich, daß große Teile der Berliner Bevölkerung sich an dem ursprünglich von berufsmäßigen Revolutionären eingeleiteten Straßenkampfe beteiligen, wenn auch nicht alle auf den Barrikaden mit der Flinte in der Hand, so doch mit ungeteilter Sympathie auf seiten der Kämpfenden? Wie ist das Phänomen des mit der Revolte zusammenfließenden Bürger- und Arbeiteraufstandes zu erklären? Auf der einen Seite hat man sich mehr mit dem Anlasse als mit den Gründen der Erscheinung beschäftigt und die Episode der beiden Zufallsschüsse zum Angelpunkt der Krisis gemacht: dann bleibt für den Anteil der Berliner Bürger nur das triviale Wort Mißverständnis übrig. Eine Geschichtschreibung, die sich damit begnügt, ist genau so im Rechte, aber auch genau so harmlos wie jene braven Männer, die in den Nachmittagsstunden des 18. März, gleich nach den beiden Schüssen, ein großes Stück weißer Leinwand mit den Worten: „Es ist ein Mißverständnis! Der König will das Beste!" in schwarzen Lettern bemalten und es dann, zwischen zwei Stangen aufgespannt, auf dem Schloßplatz spazieren führten. Auf der andern Seite

sucht ein bei einigen Parteien nicht unbeliebter Lösungsversuch den Kern des Revolutionsheeres als „une cohue de Juifs, de Polonais et de Français“ zu charakterisieren. Gewiß waren einzelne polnische Elemente mit ihren besonderen Zielen in der Menge tätig; auch von der jüdischen Bevölkerung, die als preußische Untertanen minderen Rechtes naturgemäß radikal waren, nahmen manche an der Erregung und Kampfesstimmung einen geräuschvollen Anteil. Daß aber Bürger, Gesellen und Arbeiter, auch Studenten, das Hauptkontingent der Kämpfer stellten, lehrt schon ein Blick in das Verzeichnis der Märzgefallenen, lehren Hunderte von unanfechtbaren Zeugnissen. Und deshalb dürfen, wie das wohl geschieht, auch die unbekannten, hinter der Menge stehenden revolutionären Führer mit dem fertigen Aufstandsprogramm nicht zu sehr in den Vordergrund gerückt werden. Die von Busch dankenswert gesammelten Zeugnisse dafür müssen selbst bei der vorsichtigen Art, in der er diese Frage behandelt, als federleicht bezeichnet werden; mit dem von einem ungenannten Gewährsmann in Hannover belauschten Bruchstück eines Gesprächs unbekannter Berufsrevolutionäre läßt sich doch nicht viel anfangen. Busch gesteht das selbst schließlich ein: „Die beste Bestätigung bietet der Gang der Ereignisse selbst, der in seinen Hauptmomenten einfach nicht zu erklären ist, wenn wir die planmäßig vorbereitende und eingreifende Führung streichen wollen.“ Ich sehe davon ab, daß ich mir diese Führung nur minder einheitlich und erheblich planloser vorstellen kann. Der Kern des eben formulierten Problems wird durch diese Annahme überhaupt nicht berührt. Wir müssen auch dann fragen: Weshalb ordnet sich ein Teil des Bürgertums dieser ihm selbst unbekannt gebliebenen Führung unter? Wie war es möglich, daß die Lügen der Radikalen über die Provokation des Kampfes durch die Armee, insbesondere die böswillige Erfindung von der Leitung des Kampfes durch den Prinzen von Preußen geglaubt wurden und die Bürger auf die Barrikaden trieben?

Ich meine, es war ein richtiger Instinkt, der nicht allein die revoltelüsternen Straßenhelden, sondern auch dieses politisch halbmündige Bürgertum den eigentlichen Gegner der neuen Ordnung in der Armee, insbesondere im Offizierkorps,

erblicken ließ. Die Armee war das stärkste Element der bisherigen Staatsordnung, ihr unwandelbares Fundament, während Königtum und Beamtentum sich zu wandeln begannen, in ihrer Gesamtheit von dem Geiste der neuen Zeit nicht berührt. Es konnte nicht anders sein, als daß sie innerlichst der von oben entfesselten Umwälzung widerstrebte. Das hat ihr vornehmster Vertreter, der Prinz von Preußen, tief genug empfunden, obwohl er in äußerlichem Gehorsam seinen Namen unter das Patent vom 18. März setzen ließ. Die Stimmung der Armee war schon in der Woche vor dem Losbruch über die zögernde Haltung der Behörden gereizt, sie wollte den Kampf nicht, sie provozierte ihn nicht, aber sie atmete auf, als er begann.

Nichts bezeichnet die hier vorwaltenden Tendenzen feiner als ein Gespräch, das General von Gerlach am Abend (8¾ Uhr) des 18. März mit dem Prinzen von Preußen auf dem Schloßplatze führte: „Ich (Gerlach) sagte ihm (dem Prinzen), daß ich mich freute, daß es wieder zum Kampf gekommen wäre, die Feinde hätten wir wieder gegenüber und nicht wie heut Vormittag unter uns. Er meinte, der König hötte das Recht, jetzt alle Konzessionen zurückzunehmen." Diese kurzen Bemerkungen erschließen den inneren Zusammenhang der Dinge im historisch-politischen Verstande, während er in der aktenmäßigen Darstellung von Busch gänzlich untergegangen ist. Die Freude Gerlachs über den Ausbruch des Kampfes entstammt nur der politischen Erwägung; man wird unwillkürlich an Bismarck erinnert, der es für einen politischen Fehler hält, daß Wrangel bei seinem Einzug in Berlin im November die Bürgerwehr durch Verhandlungen zum freiwilligen Abzuge bewog, und zwar aus dem Grunde: „wenn es zum kleinsten Gefecht gekommen wäre, so wäre Berlin nicht durch Kapitulation, sondern gewaltsam eingenommen, und dann wäre die politische Stellung der Regierung eine andere gewesen." So auch Gerlach. Mit den „Feinden heut Vormittag unter uns" kann er niemanden anders meinen als die Deputationen im Schloß, die der Rheinländer unter Führung des liberalen Oberpräsidenten, die des Magistrats und der Stadtverordneten, die bekanntlich Bodelschwingh selbst herbeschieden hatte, also politische Kräfte, welche die

neue Politik des Königtums, mehr oder minder gern, soeben als Bundesgenossen anrief oder sich gefallen ließ: in letzter Linie ist dieser Feind im eigenen Lager die neue Politik selbst und ihre Vertreter im Rate des Königs. Die Antwort des Prinzen zieht bereits die Konsequenz dieser Gesinnung. Indem sie das Patent vom 18. März kurzsichtig genug als Konzession an den Straßenpöbel faßt, kann sie dem Kampfe der Truppen kein geringeres Ziel als die Zurücknahme des Patentes setzen. In diesem Gegensatze war Wilhelms eigentliche Gesinnung deutlich; der Haß seiner Gegner traf darin mit instinktiver Sicherheit das Richtige.

So lebt denn in dem armeefeindlichen Instinkt der bürgerlichen Barrikadenkämpfer offenbar ein richtiger politischer Gedanke. In den beiden Heerlagern des Straßenkampfes treten in gesammelter Stärke zwei Staatsanschauungen einander gegenüber, die alte der absolutistisch-militärischen Monarchie, die neue des umgestalteten Preußens, diese sogleich in das Extreme ausgeartet: beide Elemente begehren innerlichst eine Auseinandersetzung mit den Waffen, einen Kampf auf Leben und Tod, jene von der Ordnung der Disziplin zurückgehalten, diese in hitziger Gewalttat den Ausbruch provozierend. Und nun begreifen wir die peinliche Lage derjenigen Elemente des Staates, denen nichts Schlimmeres als dieser Zusammenstoß begegnen konnte: der Politik der neuen Ära, voran des Königs selbst und seiner konstitutionellen und „germanomanen" Ratgeber. In dieser Mittelstellung liegt der tragische Konflikt im Leben des Königs. Er soll mit den Machtmitteln des alten von ihm aufgegebenen Staates, von dem er sich innerlich gar nicht losgelöst hat, die vorgeschrittensten derjenigen Elemente niederwerfen, an deren Seite ihn die Konsequenzen seiner deutschen Politik geführt haben. Darin liegt der Widerspruch, und in seinem Gefolge alle Halbheit, alles Schwanken, alle Schwäche in seinen einzelnen Handlungen. Nicht allein aus unmännlicher und sentimentaler Weichheit, wie man immer will, sind sie zu erklären: der preußische König, der in den Abendstunden sich verzweifelnden Tränenausbrüchen hingibt, empfindet am schmerzlichsten doch, daß der kühne Flug seiner deutschen Politik in den ersten

Anfängen scheitert und nun ihn selber, Königtum und Staat, in die allgemeine Katastrophe hinabzieht.

Und nicht minder verstehen wir von hier aus die Haltung der anderen Elemente, die den Kampf nicht wollen, dem Königtum ergeben sind und doch wie halbe Bundesgenossen der Empörer erscheinen. Die „gutgesinnten" Kreise des Bürgertums, die Männer des „Mißverständnisses", die in immer neuen Deputationen vor den König dringen und mit ihren schwächlichen Vermittlungsvorschlägen naturnotwendig die Sache der Revolutionäre fördern. Vor allem aber die Führer der ständischen Landtagsopposition von 1847, die der Revolution fast mit verschränkten Armen gegenüberstehen und, vom rein militärischen Standpunkt beurteilt, nahezu als Verräter erscheinen müssen. Das historische Verständnis ihrer Stellung wird vielleicht besser als durch Anklagen an historischen Beispielen erläutert. Wie die deutschen Reichsstände insgesamt bis 1521 in der durch Luthers Auftreten entfesselten antiklerikalen Bewegung einen willkommenen Bundesgenossen für ihre Gravamina gegen Rom erblicken; wie Egmont und Oranien die Greuel des Bildersturmes eine Weile gewähren lassen, weil der Druck auf die geängstete und hilfsbedürftige Brüsseler Regierung im Interesse ihrer ständischen Ambitionen liegt; wie in der französischen Revolution ein Teil der Aristokratie, nach der Rolle des parlamentarischen Adels nach englischem Vorbilde lüstern, die Anfänge der Bewegung gegen das absolute Königtum begrüßt: ein ähnliches Verhältnis offenbart sich auch hier. So ist das vielerörterte Auftreten Vinckes vor dem König am Abend des 18. März zu verstehen, so die zweideutige Beweglichkeit des Fürsten Felix Lichnowsky, der zu der ersehnten Rolle eines preußischen Mirabeau nur ein vordringliches Temperament, nicht aber Kraft und Charakter mitbringt. Der ständisch-konservative protestantische Freiherr aus Westfalen und der ultramontan-legitimistisch gesinnte schlesische Magnat: beide nichts weniger als Gesinnungsgenossen derer auf der Straße, aber Wortführer eines Elementes, das im bisherigen Preußen nicht die erstrebte Geltung gefunden hatte: beide können nicht wünschen, daß die Armee die vollständige Nieder-

werfung der Gegner herbeiführe und damit die Aussicht auf die Rückkehr zu dem alten absolutistisch-militärisch-bureaukratischen Systeme eröffne.

Verfolgen wir den Verlauf dieser Krisis noch bis zur Katastrophe.

Einer der Irrtümer, die sich immer mehr in der historischen Literatur festzusetzen scheinen, ist die allzugünstige Auffassung der Lage am Morgen des 19. März. Gewiß, die Truppen hatten überall gesiegt und mit großer Tapferkeit und rühmlichster Hingebung den ersten Teil des vorgenommenen Programms erledigt. So einfach aber war die Sachlage doch nicht, daß der neueste militärische Beurteiler sagen darf: „Vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet, stand mithin die Gefechtslage so günstig wie nur denkbar. Am 19. März morgens bedurfte es nur des einen Wortes „Vorwärts", und beim ersten Anlauf wären die wenigen Häuser und Barrikaden genommen worden, welche sich noch in den Händen der Aufständischen befanden. Etwa nach Verlauf von einer bis zwei Stunden würde General Prittwitz dem König haben melden können: Ganz Berlin liegt Euer Majestät zu Füßen". Wäre dem wirklich so gewesen — auch Busch schließt sich dieser Auffassung an —, dann würde der von dem kommandierenden General von Prittwitz dem König um Mitternacht erstattete Bericht ein völliges Rätsel sein. Man höre seinen Plan: im Besitz der gewonnenen, während der Nacht noch hier und da zu ergänzenden Stellung will Prittwitz zunächst den Eindruck auf die Stadt und die Revolution abwarten; unterwerfe sich die Stadt nicht, sondern dauere die Aufregung noch einige Tage länger an, dann lasse sich die erlangte Stellung allerdings mehrere Tage behaupten; dagegen seien die Truppen nicht stark genug, die ganze Stadt Straße für Straße zu nehmen, was der General mit einem kriegsgeschichtlichen Beispiel und militärischen Gründen (vor allem der Notwendigkeit, Reserven hinter den siegreichen Angriffskolonnen zurückzulassen, um den Wiederaufbau der Barrikaden und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Rücken der Truppen zu verhindern) zu beweisen unternimmt; für diesen Fall will er die Truppen aus der Stadt herausziehen, dann die

Stadt zernieren und beschießen. Der Sieger selbst denkt also nicht daran, am andern Morgen in einer bis zwei Stunden die Stadt dem König zu Füßen zu legen.

Dieses Gutachten des Generals würde, wenn die heutigen militärischen Beurteiler recht hätten, nur aus einer völligen Verkennung des gewonnenen Sieges zu erklären sein. Man hat kein Recht, sie dem vortrefflichen Soldaten vorzuwerfen. In seinen Grundlinien muß der Bericht durchaus dem tatsächlichen Stande der Dinge entsprechen. Und doch will ich daneben es nicht für ausgeschlossen halten, daß in die Färbung des Gutachtens, zumal in die ausmalende Erörterung der äußersten Möglichkeiten, etwas wie vielleicht unbewußte Berechnung hineingespielt hat. Es führt mich darauf eine merkwürdige und, soviel ich sehe, wenig beachtete Stelle in dem Tagebuch Leopolds von Gerlach. Er schreibt am 30. Januar 1852: „Wenn ich auch sehr betrübt bin über die Stimmung des Königs, so befestigt mich in meiner Unterwerfung doch die klare Anschauung, daß Prittwitz und Brandenburg durch ihre innere und daher auch äußere Opposition gegen die Person des Königs nicht allein innerlich in Sünde, sondern auch äußerlich in grobe Fehler gefallen sind. Prittwitz hätte den Skandal des 19. März, den er jetzt stark mitverschuldet, ohne diese Opposition von uns abgewandt; er hatte hinreichende Eigenschaften dazu. Aus dieser Opposition sprach er von Mangel an Truppen, von der Möglichkeit die Stadt verlassen zu müssen; aus derselben Opposition gehorchte er Bodelschwingh, ließ die Truppen sich unter der Hand verkrümeln, schickte die auswärtigen Truppen nach ihren Kantonnements und gab den anderen die Erlaubnis, nach den Umständen ebenfalls fortzugehen." Gerlach ist im März durchaus Gesinnungsgenosse des Generals Prittwitz, an dieser Stelle aber spricht er einmal nicht als militärischer Parteimann, sondern in seiner großartigen Eigentümlichkeit von seiner höhern Warte als Royalist de pur sang. Über das, was er unverkennbar andeutet, kann kein Zweifel sein. Er glaubt dem Gutachten Prittwitzens eine Tendenz vorwerfen zu dürfen, dem König die Lage bedenklicher oder doch wenigstens ungewisser, als sie wirklich

war, zu schildern; das konnte natürlich nur in der Absicht geschehen, die Dinge länger und fester in den Händen der militärischen Gewalt zu belassen, und höchstwahrscheinlich weiterhin in der Hoffnung, den König von weiteren Konzessionen zurückzuhalten oder gar zur Ausnutzung des Sieges im reaktionären Sinne hinzuführen. Seine „innere Opposition“ ist ja gegen die Politik des Königs vom Morgen des 18. März gerichtet. Gerlach, der, wie wir sahen, diese Gesinnung selber teilt, ist hier der denkbar unbefangenste Zeuge. So würden die Revolutionskämpfer und die Bürger mit ihrer Fiktion eines Gegensatzes zwischen der kampfbegierigen Soldateska und dem friedliebenden König, soweit sie damit auch über das Ziel hinausschossen, wiederum auf dem rechten Wege gewesen sein. Und solche dumpfen Gefühle hatten in diesen Stunden die Herrschaft über die leidenschaftlich erregten Massen gewonnen, jede Ahnung wurde vom Hasse tausendfach vergrößert.

Mit Recht hebt Gerlach zugleich hervor, daß Prittwitz am Vormittag des 19. März, erbittert über die immer weiter treibenden Konzessionen, die Dinge schließlich ihren Gang gehen und nach dem Rückzugsbefehl, was in einem Sinne sein gutes Recht war, allein die militärischen Gesichtspunkte walten läßt. So hat auch er — ich beabsichtige das hier nicht weiter auszuführen — seinen Anteil an dem Verhängnis. Es liegt mir fern, ihn deshalb zum Sündenbock zu machen oder ihm auch nur eine bestimmt formulierte Verschuldung nachzuweisen; nur wenn man, wie Busch jetzt noch mehr als seine Vorgänger versucht, den hochverdienten General zu dem eigentlichen Helden dieser Tage erheben will, dann muß zur Anbahnung eines besseren Verständnisses auch die Kehrseite hervorgehoben werden. Gerade in dieser, an sich vollendet sorgsamen Erörterung von Busch zeigt sich wiederum, daß auch das gewissenhafteste Zeugenverhör nicht zum Ziele führt, wenn die entscheidenden Motive der handelnden Personen, von denen in den Akten und Berichten wenig steht, außer acht gelassen werden.

Hatte es in der Absicht des Generals gelegen, den König festzuhalten, dann schlug seine Rechnung sofort fehl. Man hat

bisher die Wirkungen wenig beachtet, welche die in dem militärischen Gutachten entwickelten Möglichkeiten eines mehrtägigen Kampfes auf die Stimmung Friedrich Wilhelms ausüben mußten; er vertraute danach seiner Waffe vielleicht nicht so unbedingt, wie er es hätte tun dürfen. Er wurde nur noch in der Richtung bestärkt, die ihm sein weichmütiges Empfinden so gut wie das Flehen der Bürgerdeputationen und die Ratschläge der ständischen Führer als gewiesenen Weg empfahlen: vor allem aber brauchte er auf diesem Wege die bisher inne gehaltenen Linien seiner Politik nicht aufzugeben. Denn das halte ich zur Beurteilung der „Proklamation an meine lieben Berliner" für das gewichtigste Moment, daß sie mit der Entschlossenheit der Verzweiflung den Versuch macht, an der Politik des neuen Kurses festzuhalten.

Gewiß sprachen da auch rein menschliche Empfindungen mit. Je länger der blutige Kampf dauerte, desto tiefer wurde die Kluft zwischen den Parteien. Man darf auch die Wirkung des Kampfes auf die Truppen nicht unterschätzen, wenn man in die Psychologie des Revolutionskampfes eindringen und die später eingetretene ungeheure Verschärfung der Gegensätze verstehen will. Auch die Erbitterung der Truppen mußte in der Berührung mit der blutlechzenden Grausamkeit der Berufsrevolutionäre sich in steter Wechselwirkung bis zur Siedehitze steigern, hüben und drüben das wachrufen, was Treitschke als die tierischen und dämonischen Mächte der Geschichte zu bezeichnen pflegte.

Aber konnten denn dem König die Folgen dieses siegreich durchgeführten Vernichtungskampfes bei der einmal eingenommenen Stellung seiner Politik erwünscht sein? Der Sieg der Armee bedeutete mittelbar Verzicht auf die deutsche Idee. Er hätte nach dem Siege sich der Macht in die Arme werfen müssen, die ihn, halb wider seinen Willen, gerettet hatte. Denn Staaten leben mit innerer Notwendigkeit nicht nur nach dem Prinzip, das sie geschaffen, sondern auch nach dem, das in einer Lebensfrage ihr Selbst erhalten hat. Man denke an die „innere Opposition" des Generals von Prittwitz, an jene Worte des Prinzen von Preußen: braucht man sich für Preußen auch nicht Perspektiven wie in Österreich

auszumalen, wo nach dem November 1848 die militärischen Staatsretter Schwarzenberg, Windischgrätz, Jellachich als Herren der Lage den Regierungswechsel erzwingen und die politische Führung an sich reißen, so erscheint es doch fraglich, ob nach einem völlig durchgeführten Siege der Armee die Politik des Patentes vom 18. März, was die Gestaltung der innerpreußischen Verhältnisse angeht, sich noch hätte halten lassen. In dem Blut eines mehrtägigen Straßenkampfes wäre auch die deutsche Politik Friedrich Wilhelms und Radowitzens erstickt worden.

Ob das nicht überhaupt schon am 18. März geschehen war, ist eine andere Frage. Friedrich Wilhelm glaubte jedenfalls noch retten zu können. In dieser Erwägung sehe ich den Hauptgrund zur Abfassung der Proklamation. Es geht gar nicht an, sie nur, mit Busch, aus purer weinerlicher Schwäche des Königs, aus dem einzigen Verlangen nach „Frieden um jeden Preis" zu erklären. Man würde dem König damit unrecht tun. Steht es doch fest, daß Prittwitz ihn um Mitternacht gar nicht in einer Verzweiflungsstimmung verlassen hat, sondern ganz gefaßt, offenbar schon vorbereitet, mit seinen Gedanken vollständig ins reine zu kommen, in freier königlicher Entschließung eine Stellung oberhalb der kämpfenden Elemente des Staates im Interesse der Zukunft des Gesamtstaats zu nehmen. Der Satz seiner Proklamation, in dem aus der Mischung der auf ihn eindringenden Motive seine innersten Gedanken aufsteigen, sind die Schlußworte: die Berliner sollen vergessen, wie der König vergessen will, „um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird". So glaubt der König auch jetzt noch bei seiner Politik bleiben zu können, wenn er die Armee auf ihrem Siegeslaufe festhält und dem geschlagenen Gegner die Hand zur Versöhnung bietet.

Ich brauche von der ungeheuren Selbsttäuschung des Königs über die praktischen Folgen seines Entschlusses nicht zu reden. Dieser Schritt mit seinen verhängnisvollen Wirkungen soll auch nicht gerechtfertigt werden — der Historiker hat auch hier weder Ankläger noch Verteidiger zu sein —, aber er wird

durch die Erwägung jenes Momentes verständlicher gemacht, als er bisher war. Er ist nicht mehr eine plötzliche Überraschung, aus dem seelischen Zusammenbruche eines einzelnen zu erklären, sondern nur ein Glied in der Kette jener im Eingang charakterisierten Politik — allerdings ihre Katastrophe.

Man erörtert wohl noch die Rolle Bodelschwinghs bei der Publikation der königlichen Ansprache. Indem der König sie ihm übersendet, formuliert er allerdings den Befehl zum sofortigen Druck in einer Weise, die dem Minister jede Freiheit zu selbständigen Korrekturen überläßt: einer der im Wesen dieses Regimes begründeten Versuche, ein Stück der Verantwortung von sich selber auf einen andern scheinbar abzuschieben. Man kann den Minister unmöglich tadeln, daß er von seiner Befugnis keinen Gebrauch machte, sondern nur den Befehl sah, den er als treuer Diener seines selbstherrlichen Königs zu befolgen hatte. Das war eben die traditionelle Stellung des alten Beamtentums der absoluten Krone Preußen, zu einer Eigenmächtigkeit großen Stiles ebensowenig imstande wie die Armee zur Gegenrevolution. Auch den von Busch ausgesprochenen Tadel kann ich sachlich nicht für hinreichend begründet halten. Merkwürdigerweise will auch Lorenz gerade in diesem Momente, ganz wider seine sonstige Gewohnheit, in Bodelschwingh einen Schuldigen abfassen, indem er ihn an seine „gepriesene konstitutionelle Doktrin" und an seine Verpflichtung erinnert, „den König von der Ersprießlichkeit ministerieller Gegenzeichnung zu überzeugen." Kann es aber etwas Seltsameres geben als in den gewaltigen Gang des revolutionären Natureignisses die papierne Formalie einer korrekt konstitutionellen Doktrin einzuschalten? Wir stoßen auch hier auf den Mangel der meisten Darstellungen der Revolution: ihr Unvermögen, sich in die revolutionäre Psychologie einzuleben. In deren Rahmen ist für die Fragen der Etikette und des regelmäßigen Instanzenzuges so wenig Platz wie für die hergebrachten Verantwortlichkeitsbegriffe.

Ich halte hier inne. Die Entscheidung ist gefallen. Was nun kommt, sind nur noch Konsequenzen, die wie ein unabwendbares Schicksal eine die andere jagen und in ihrer atem-

losen Hast den handelnden Willen des einzelnen fast untergehen lassen. Auch für diesen weitern Verlauf hat die Untersuchung von Busch das Detail der Tatsachen mit Sorgfalt durchforscht und manche Einzelheit ermitteln können. Daß ich in der Beurteilung auch weiterhin von ihm abweiche, wird sich nach dem Vorangegangenen ebenso von selbst verstehen. In seinem Sinne ist es konsequent gedacht, wenn er in dem anscheinenden Anlauf des Generals von Prittwitz, den Rückzugsbefehl zu widerrufen, noch die letzte Peripetie der Tragödie sehen will: „Hätten diese wenigen Minuten dem Prinzen und dem General gehört, so wäre das Schreckliche von der Monarchie noch in diesem Augenblick abgewendet worden." Aber es ist kein Zweifel: diese Zufallshistorie würde in den nächsten vierundzwanzig Stunden noch hundertmal die Entscheidung an einem Haare hängend, begriffen in dem Inhalt weniger Minuten, zu sehen wähnen, ohne über die Gründe der Katastrophe klüger zu werden. Denn sie läßt auf ihrer Bühne nur schemenhafte Akteurs ohne Fleisch und Blut eine Handlung ohne alle historische Perspektive spielen, statt das Ringen lebendiger politischer Gewalten zu schildern, die von einer lange vorbereiteten Erschütterung gepackt, zum Teil nur dumpf sich ihres Strebens bewußt, gegeneinander getrieben werden: der Elemente eines Staates, die in der allgemeinen Revolution ihr gegenseitiges Verhältnis grundstürzend verändern wollen, nachdem der Staat selbst unter dem revolutionären Anstoß seine europäische und deutsche Stellung aufgegeben hat und von seinen eigenen Leitern seines Wesens entkleidet worden ist, um in der großen Politik andere Wege wandeln zu können. Allein, wenn man die preußische Revolution in diesem Zusammenhange ansieht, kann man zum Verständnis des zufälligen Verlaufes der Berliner Märztage gelangen: die letzten Fragen nach Schuld oder Nichtschuld, Recht oder Unrecht werden nicht zur Entscheidung kommen, aber aus aller Schmach und Schwäche dieser Tage enthüllt sich doch der tiefere Sinn, den zu erfassen im Geiste des Spinozistischen Wortes: „res humanas neque lugere neque ridere, sed intelligere" die höchste Aufgabe des Historikers bleibt.

2.

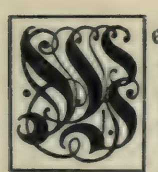
Großherzog Peter von Oldenburg

(1827–1900)

Ein Nachruf

1900





er heute ausländische Beobachter hört, der vernimmt nur eine Stimme darüber, daß der Strom des politischen Lebens in Deutschland immer einheitlicher zu fließen, immer mehr von einer zentralen Richtung gelenkt zu werden beginnt; ohne jede Frage müssen die Dinge sich aus der Ferne so ansehen, weil dem Auslande gegenüber die politische und wirtschaftliche Machtbetätigung des Reiches, manchmal in dem einen persönlichen Willen repräsentiert, sich nur in gesammelter Einheit äußern kann. Ob aber im Innern diese in unserer Geschichte noch niemals zu dauernder Herrschaft gelangte Tendenz siegreich um sich greift, steht doch auf einem andern Blatte. Selbst was von der Generation der alten Unitarier von 1848 und 1866 noch übrig ist, scheint von ihren Idealen zurückgekommen zu sein. Einer ihrer klügsten Vertreter sprach unlängst noch die Meinung aus, daß niemand durch die Umwälzung der Jahre 1870 und 1871 mehr gewonnen habe als die Geschlechter der regierenden Fürsten, und er hatte sich in diese Wendung gefunden, weil sie eben aus dem Geist der Nation heraus geschehen sei und darum gegen die unitarischen Überzeugungen recht behalten habe. Und der Schöpfer der deutschen Einheit, der einstige Antipode jener Unitarier, urteilte am Ende über sein Lebenswerk, daß er „niemals darüber im Zweifel gewesen sei, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade", d. h. nicht bei den einst im unitarischen Sinne tätigen Gewalten. Das war von der Vergangenheit gesprochen, und seitdem, zumal nach dem Hingange Bismarcks, haben sich wieder Momente eines stärkeren Anziehens zentralistischer Neigungen bemerkbar gemacht: jedesmal noch mit dem Erfolge, daß die Empfindlichkeit der in die zweite Linie gedrängten Kräfte gereizt wurde und in bewußter Selbstbehauptung reagierte. Gerade bei jeder derartigen Berührung zeigen sich die alten partikularen Tendenzen lebendig: mögen sie nun in den Dynastien nur die äußerlich sichtbaren Mittelpunkte, aber in dem Landschaftsgefühl der einzelnen Stämme die Wurzel ihrer Kraft haben, oder mögen es, wie Bismarck auch hier vielleicht als politischer Pädagoge urteilt,

„nicht die Stammesunterschiede, sondern dynastische Beziehungen sein, auf denen die zentrifugalen Elemente ursprünglich beruhen". Genug, sie sind vorhanden, und in unserer inneren und äußeren Entwicklung können Möglichkeiten eintreten, in denen es gut sein wird, daß sie nicht verschwinden.

Wer daher die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens verstehen will, muß auch Charakter und Herkunft dieser politischen Potenzen sich verständlich machen können. So verschiedenartig sie nach ihrem Wesen und ihrer Bedeutung sind, sie stellen Objekte historisch-politischer Betrachtung dar, die auch heute nicht übersehen werden dürfen. Sie reizen das Erkenntnisvermögen des Historikers, weil es sich um Individualitäten handelt, die in der langen Geschichte eines fürstlichen Hauses oder eines Landes auf eigentümlichem Wege sich gebildet haben, die also ihrer Natur nach der Schöpfung des einigen Reiches um so mehr widerstreben mußten, als sie selber lebensfähiger geworden waren. Und diese Potenzen zu verfolgen, wie sie an der Reichsgründung auch ihrerseits mitwirkten, zu einem Teile sich selber aufgeben mußten und dann doch wieder auf verwandeltem Boden in ihrer Eigenart sich behaupteten, das ist ein historisches Problem von unmittelbarem Interesse.

Die deutsche Fürstengeneration, deren Leben in diesem Sinne bedeutend war, schrumpft heute immer mehr zusammen. Durch den Hingang des Großherzogs Peter von Oldenburg hat sie einen neuen Verlust erlitten. Auch das in ihm zu Ende gegangene Leben umfaßt in selbständiger Wirksamkeit das halbe Jahrhundert, das die Geschicke unseres Volkes und seiner Fürsten umgewälzt hat; es hatte, in beschränktem Kreise, seinen Anteil daran, das Ganze zu schaffen, und blieb doch wieder in seinem Gange von ganz eigentümlich differenzierten Faktoren des Besonderen bedingt.

Die folgenden Blätter setzen sich in erster Linie das historisch-politische Verständnis einer dynastischen Persönlichkeit unseres Vaterlandes zum Ziele, mit der zugleich die Individualität eines deutschen Bundesstaates verbunden ist. Es ist kein Nachruf speziell biographischen Charakters. Ein solcher kann

es nicht sein, weil nur direkte persönliche Beziehungen dazu berechtigen würden, die mir versagt geblieben sind; statt aus der Quelle lebendiger Anschauung zu schöpfen, vermag ich häufig nur wiederzugeben, was der Niederschlag dieser Persönlichkeit in weiteren Kreisen gewesen ist; auch wo ich dank den gefälligen Mitteilungen Näherstehender die Lücken meiner Kenntnis einigermaßen auszufüllen vermochte, maße ich mir keineswegs an, ein in den satten Farben individuellsten Lebens glänzendes Bild liefern zu können. Die Aufgabe würde um so schwieriger sein, als dem Großherzog die norddeutsche Tugend des s'effacer eignete, die der schon fast wieder verschollene Rembrandtdeutsche an seinen holsteinischen Landsleuten zu rühmen fand, eine vornehme Unaufdringlichkeit des Wesens, der nur eine ganz intime biographische Kunst völlig gerecht wird; eine laudatio in den beim Hinscheiden von Fürstlichkeiten üblichen höfischen Tönen würde ihr vollends übel anstehen. Darum soll in diesem Nachruf der Historiker das erste Wort haben, und er wird weiter ausholen müssen, als der Biograph es nötig gehabt hätte.

In jedem einzelnen deutschen Territorialfürsten wirkt als persönlichste Tradition die Geschichte seines Hauses nach; in jedem einzelnen suchen die Lebensbedingungen und -bedürfnisse seines Territoriums einen politischen Ausdruck zu finden. Beide Quellen der Individualität sind vielfach an derselben Stelle entsprungen. Liegen sie voneinander entfernt — und die folgende Betrachtung wird davon ausgehen —, so wird das Problem komplizierter.

Der Kern des heutigen Großherzogtums Oldenburg ist ein altes gräfliches Territorium an der unteren Weser und Hunte, an den Grenzen von Westfalen und Friesland. Es ist bekannt, daß ein Angehöriger dieses entlegenen und unbedeutenden Dynastengeschlechtes, Graf Christian von Oldenburg und Delmenhorst, um die Mitte des 15. Jahrhunderts vermöge ständischen Wahlrechtes zum Könige von Dänemark und ein Jahrzehnt darauf auch zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein emporstieg: von ihm ist das Herrschergeschlecht begründet worden, das sich während des letzten

halben Jahrtausends unter die ersten Häuser Europas gestellt hat. Ein jüngerer Bruder König Christians war in dem väterlichen Erbe zurückgeblieben; als dessen Nachkommen mit dem letzten oldenburgischen Grafen Anton Günther 1667 ausstarben und der König von Dänemark in den Besitz der Stammgrafschaften gelangte, war die selbständige Existenz dieses Territoriums zunächst abgeschlossen. Der Ursprung seiner neueren staatlichen Existenz liegt erst ein Jahrhundert später und wird einer merkwürdigen Verwicklung dynastischer und internationaler Kombinationen verdankt, in deren Mittelpunkt der Streit zwischen den beiden Linien der Nachkommen Christians I., der königlichen und der gottorpischen Linie, steht. Manches von diesen Dingen ist in den staatsrechtlichen Kontroversen der vergangenen Menschenalter bis in die letzte verstaubte Ecke hinein durchleuchtet worden; hier haben wir sie allein unter dem Gesichtspunkt der Herkunft der heutigen oldenburgischen Dynastie, des Hauses Holstein-Gottorp, zu erörtern.

Bis auf die schleswig-holsteinischen Landesteilungen von 1544 und 1581 führt die Geschichte der Gottorper als eines selbständigen Hauses zurück. Die damals geschaffenen zwei Landesherrschaften erhielten von den Ämtern (Domänen) und Schlössern in Holstein und in Schleswig einen möglichst gleichen Anteil, etwa wie die Ackerbreiten in den verschiedenen Gewannen einer Feldmark unter die Berechtigten verteilt werden: was man im Lehnrecht mit dem Ausdruck Mutschierung bezeichnet, eine Einräumung von Teilen des Lehns zur Sondernutzung an einzelne Ganerben, unbeschadet der Gemeinschaft hinsichtlich der Substanz. Es wurden also nicht etwa selbständige Fürstentümer begründet, sondern die staatsrechtliche Einheit des Landes blieb unverletzt; sie war vornehmlich durch die gemeinsame Regierung, der die in Kommunion gebliebene Ritterschaft, Klöster, adeligen Güter und Städte des Landes unterworfen waren, durch diese gemeinsamen „Stände" der Landschaft und eine Reihe von gemeinsamen Grundgesetzen und Institutionen verkörpert. So gab es seit 1581 in Schleswig-Holstein ständig zwei regierende Fürsten nebeneinander, von denen der eine zugleich die

Königskrone von Dänemark und Norwegen trug und in Kopenhagen residierte, der andere aber im Lande selbst auf dem sagenumwobenen alten Herzogsschlosse zu Gottorp saß. Der Däne hatte den Vorzug der größeren Machtmittel und des Glanzes seiner Würde, er war obendrein auch für den gottorpischen Anteil an Schleswig der Lehnsherr; dagegen erschien der Gottorper auf die Länge als der Mächtigere in den Herzogtümern, weil er als der Landsässige dem ausländischen Einfluß das Gegengewicht hielt und sich zuerst durch Einführung des Erstgeburtsrechtes vor weiterer Zersplitterung bewahrte, während die königliche Linie für einen jüngeren Zweig, den Sonderburger, eine neue, ohne Beteiligung an der gemeinsamen Regierung, aber doch mit Hoheitsrechten in ihrem Anteil ausgestattete Sekundogenitur schuf.

Also war in diesem nationalen Grenzgebiet die Ausbildung des modernen Territorialstaates von eigentümlichen Schwierigkeiten eingeengt. Und während die doppelt repräsentierte landesherrliche Gewalt im Kampfe mit den Ständen immer weiter vordrang und allmählich das ursprüngliche ständische Wahlrecht auf die Primogenitur reduzierte, konnte es nicht ausbleiben, daß in ihrem eigenen Innern der Zwiespalt ausbrach: früh angelegt, aus der unausbleiblichen Reibung lokaler Gegensätze entsprungen, aber zu heller Flamme auflodernd, als die gewaltsamen Veränderungen des 17. Jahrhunderts hineinspielten und aus kleinlichen Händeln ein gewichtiges Moment der europäischen Politik machten. Seit dem verunglückten Eingreifen König Christians IV. in den Dreißigjährigen Krieg und fortan je mehr, je länger die aufsteigende schwedische Macht über den Kopf des älteren dänischen Rivalen hinweg die Vorherrschaft in der Ostsee und in Nordeuropa an sich reißt, setzt eine holstein-gottorpische Sonderpolitik ein. Sie bescheidet sich zunächst, neutral zu bleiben, aber indem sie für ihre selbständigen Regungen doch einer Anlehnung bedarf, ergreift sie notgedrungen in dem Gegensatz der großen Mächte Partei; der Gottorper Herzog wird der traditionelle Verbündete der Könige von Schweden, mehrfach auch durch Familienbande auf das engste an sie geknüpft. Und je nachdem fortan die Entscheidung im großen

fiel, sank auch die Wage der Gottorper zu Boden oder schnellte in die Höhe. Der durch die Siege Karls X. Gustav erzwungene Friede von Roeskilde brachte ihnen 1658 die Aufhebung der dänischen Lehnshoheit über Schleswig und machte sie hier zu souveränen Fürsten. Sobald aber die schwedische Macht erschüttert wurde, hatte auch ihr Verbündeter die Kosten mitzubezahlen; schon unter dieser Konstellation gelang es dem dänischen Könige, der anfangs gemeinsam mit Gottorp die kaiserliche Gesamtbelehnung für die 1667 erledigten Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst erlangt hatte, aus einem langen Prozeß durch Reichshofratsurteil als alleiniger Besitzer des alten Erbes siegreich hervorzugehen; wurden die erbitterten Gottorper dadurch noch tiefer in das feindliche Lager gedrängt, so konnten sie 1689 nur durch europäische Intervention in ihrem Besitze erhalten werden. Noch einmal verbanden sie dann ihr Schicksal mit den Siegen Karls XII., um durch den Zusammenbruch Schwedens im nordischen Kriege vollends ins Verderben gerissen zu werden. Im Jahre 1721 nahm der König von Dänemark den gottorpischen Anteil an Schleswig unmittelbar in Besitz und vereinigte ihn mit dem seinigen; der Gottorper sah sich auf seinen Anteil an Holstein beschränkt. Niemals aber, auch in den Jahren kümmerlichen Exils in Hamburg nicht, gaben sie die Hoffnung auf Rückgewinn auf, wie sie sich niemals zu vertragsmäßiger Anerkennung des Verlustes verstanden; von einem starken Familiengefühl zusammengehalten, nährten sie, als Opfer der Gewalt und des Unrechts, eine unruhige Prätendentenstimmung; immer von neuem waren sie mit ihren geschäftigen Günstlingen und Diplomaten bereit, die Angelegenheiten ihres Hauses mit der europäischen Politik zu verknüpfen.

In überraschender Weise bot ihnen bald die veränderte Konstellation der europäischen Mächte diese Möglichkeit. Die glänzenden Aussichten, die einst das Oldenburger Grafenhaus emporgeführt hatten, schienen sich diesem vom Mißgeschick verfolgten Zweige des Geschlechtes zu erneuern, als der junge Herzog Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp 1741 in Schweden als Thronfolger anerkannt, dann aber von

der Zarin Elisabeth zu ihrem Nachfolger bestimmt wurde und dafür ein anderer Gottorper, Adolf Friedrich, der damalige Inhaber des Bistums Lübeck, den schwedischen Thron bestieg. Die Prätendenten wurden zu europäischen Mächten. Die Sorge vor diesem Aufsteigen mußte in dem bedrohten Dänemark die Neigung zu einem friedlichen Abkommen über den alten Zwist verstärken. Mit den schwedischen Gottorpern kam man bald überein, nicht aber mit dem eigensinnigen Großfürsten Peter, der immer wie ein nach Petersburg verbannter Holsteiner empfand und nach dem Ausdruck Elisabeths sich „das elende Holstein und Kiel nicht aus dem Herzen reißen lassen" wollte. Erst seine große Gemahlin Katharina schloß 1767 mit Dänemark einen — wegen der Minderjährigkeit ihres Sohnes Paul zunächst provisorischen — Vertrag, der alle „in dem zur Beherrschung des ganzen Nordens berufenen und bestimmten Oldenburgischen Hause obwaltenden Uneinigkeiten mit der Wurzel ausrotten" sollte. Danach verzichtete das Haus Holstein-Gottorp zugunsten Dänemarks auf seinen vormaligen Anteil an Schleswig und vertauschte seinen Anteil an Holstein gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, behielt aber von Holstein das Bistum Lübeck. Diesen Bischofsstuhl hatten nämlich die Gottorper seit 1586 in dauerndem Besitz, indem sie anfänglich in den Wahlen ihre jüngeren Prinzen durchgesetzt, mit der Zeit aber eine jüngere Linie eingeführt hatten, die vermöge ihrer an Erblichkeit grenzenden Vertragsrechte mit dem Domkapitel in den erstarrten Formen dieses kleinen geistlichen Stifts sich ein fast selbständiges Fürstentum schuf. Und eben für diesen jüngsten Zweig des Hauses wurden nunmehr die Stammgrafschaften bestimmt, deren Besitz, hundert Jahre zuvor der Erisapfel zwischen den beiden Oldenburger Linien, ihre Versöhnung besiegeln sollte; nachdem Großfürst Paul 1773 den Vertrag bestätigt hatte, übergab er die Grafschaften „zum Etablissement der jüngeren Gottorpischen Linie" dem derzeitigen Fürstbischof von Lübeck, dem Herzog Friedrich August von Holstein-Gottorp. So wurde auf der einen Seite die Ausdehnung der alleinigen Landesherrschaft der königlichen Linie in Schleswig-Holstein, das gepriesene Werk

der Staatskunst des „großen“ Bernstorff, zum Abschluß gebracht, auf der andern Seite ein neues Territorium des Reiches geschaffen oder vielmehr ein altes wiederhergestellt. Vielleicht war es das letzte, das in den verfallenen Körper des alten Reiches eingegliedert wurde; 1774 wurde es zum Herzogtum erhoben, 1778 wurde die vormalige holstein-gottorpische Stimme am Reichstage auf die Herzöge von Holstein-Oldenburg übertragen, und ein Tübinger Staatsrechtslehrer konnte „de novo ducato Oldenburgico“ (1779) eine gelehrte Abhandlung schreiben.

Das ist der Ursprung des heutigen oldenburgischen Staates. Auf den verschlungensten Wegen, durch ein rein dynastisches, dänisch-russisch-holsteinisches Familienabkommen ist er ins Leben gerufen worden. Es ist natürlich, daß die Bedingungen, die ihn schufen, in den späteren Geschicken des Landes und seiner Dynastie als wirkende Kräfte lebendig blieben; auch das Leben des Großherzogs Peter vermag einen Beweis dafür zu liefern, wie lange sich solche politische Traditionen fortpflanzen können und wie sie, scheinbar schon veraltet und erloschen, doch wieder aufleben.

Das Oldenburger Land war damals über ein Jahrhundert ein Nebenland der dänischen Monarchie gewesen, dem deutschen Leben zwar nicht entfremdet, aber der deutsch-dänischen Kultur Kopenhagens erheblich näherstehend. Wie die Grafschaften von den Königen mit einem gewissen pietätvollen Wohlwollen behandelt wurden, so hatte man auch in der unnatürlichen politischen Verbindung kein Unglück gesehen, sondern gern seinen Anteil an einem patriotisch-dynastischen Stolze genommen; etwa wie der Erbe auf einem kleinen entlegenen Bauernhof sich selbstbewußt die Oheime und Vettern zurechnet, die von dem magern Gut hinweg in die weite Welt gegangen sind und es dort zu etwas Großem an Besitz und Ehren gebracht haben; und was mit dem kleinen Hofe irgendwie wirtschaftlich verbunden ist, freut sich der fernen Errungenschaften mit, als wenn sie die eigenen wären. Es ist treffend bemerkt worden, daß man dem erschütternden Ringen des Siebenjährigen Krieges beinahe fremd, in

gesicherter Neutralität gegenüberstand, während man Struensees Erhebung und Fall, die letzte Hof- und Staatskatastrophe, welche die Grafschaften in ihrer Verbindung mit Dänemark mit durchlebten, am eigenen Leibe und in eigener Seele empfand. So war noch bei der Wendung im Dezember 1773 der Glaube allgemein verbreitet gewesen, daß der dänische Oberlanddrost nur einem russischen Platz machen solle. Statt dessen wurden die Oldenburger der politischen und kulturellen Gemeinschaft des deutschen Volkes und einer selbständigen Dynastie zurückgegeben.

Wohl ging das altoldenburgische Territorium mit einem Zweige seines alten Grafenhauses eine neue Verbindung ein. So künstlich die Wege dieser staatlichen Schöpfung waren, eine Kunstschöpfung war es doch nicht. Aber die Zusammenhänge beider führten doch so weit durch die Jahrhunderte zurück, daß die Dynastie Holstein-Gottorp im Lande zunächst fast als eine neue gelten konnte, ähnlich etwa wie in München die Linien der pfälzischen Wittelsbacher, die um dieselbe Zeit das Erbe ihrer bayerischen Vettern antraten. Die neuen Fürsten sind zwar so rasch mit dem Oldenburger Lande verwachsen, wie es nur die Folge beharrlicher und treuer Arbeit sein kann; sie haben zugleich, wie sie durch den Besitz des Bistums Lübeck territorial mit dem Lande Holstein verknüpft blieben, auch in ihrem Charakter niemals den holsteinischen Ursprung verleugnet und sind alle im Laufe ihrer Regierung wieder in Kombinationen verwickelt worden, die in den internationalen Beziehungen des Hauses Gottorp wurzelten. Daher steht die politische Geschichte Oldenburgs noch lange unter der doppelten Einwirkung der Landesinteressen und vorwiegend dynastischer Gesichtspunkte, die je länger, je mehr zusammenfielen, aber zuzeiten auch wohl wieder auseinandergehen konnten.

Es war nicht ohne Bedeutung, daß die Gottorper an eine lebendige kleinfürstliche Tradition im Lande nicht anzuknüpfen vermochten. War hier doch über ein Jahrhundert deutschen Fürstentumes gewissermaßen ausgefallen, das siècle de Louis XIV und seines deutschen Fürstengefolges hatte keine Spuren hinterlassen; Soldatenhandel und Maitressen-

wirtschaft, Schlösserluxus und Jagdlasten und aller Zubehör eines absolutistischen Miniaturhofes waren nur von Hörensagen bekannt. Und in einer Zeit, die bald dieses ganze Wesen zusammenbrechen sah, zeigten die neuen Fürsten Oldenburgs von vornherein keine Neigung, es neu im Lande einzuführen; während des 19. Jahrhunderts auch, das im deutschen Fürstentum manche Rückfälle in die vergangene Manier erlebt hat, würden sie solche Art immer als einen fremden Tropfen in ihrem Blute empfunden haben. Sie waren Söhne des Zeitalters der Aufklärung, dessen Ideen die legitimistische Auffassung des Verhältnisses zwischen Fürst und Untertan längst zersetzt hatten. Im Sinne eines aufgeklärten und wohlmeinenden Despotismus gingen sie an die Arbeit; sie fanden in diesem Bauernlande mit seiner ärmlichen städtischen Kultur und seinem unbedeutenden adligen Grundbesitz keine ständischen Gewalten mehr vor, mit denen sie das Regiment hätten teilen müssen; zwar waren es keineswegs, wie Treitschke bemerkt, „die streitbaren Bauern gewesen, die hier den Adel schon vor Jahrhunderten fast vernichtet hatten", sondern bereits die Landesherrschaft der alten Grafen war seiner Herr geworden; an das reine Beamtenregiment der dänischen Zeit konnten die Herzoge ihre Regierung anknüpfen. Und längst wußten die besten Vertreter des aufgeklärten Despotismus in Deutschland mehr von ihren Pflichten als von ihren Rechten. Als wenn Friedrich der Große das Wort vom ersten Diener seines Staates vorbildlich auch für sie gesprochen hätte, dementsprechend richteten die Gottorper sich im Lande ein, in Arbeit und Pflichttreue; und wenn in unsern Tagen der neue Großherzog seine Regierung mit den Worten eröffnet hat: „Ich betrachte mich als den ersten Diener meiner Oldenburger", so ist damit nicht ein neuer Kurs eingeschlagen worden, sondern die Tradition eines Jahrhunderts hat nur von neuem einen bestätigenden Ausdruck gefunden.

Ihr Begründer ist weniger der erste Herzog, Friedrich August, der während seiner kurzen Regierung noch ganz Holsteiner und dem Lande ziemlich fremd blieb, als vielmehr sein Nachfolger und Neffe Peter Friedrich Ludwig (1785—1829); er erst, obgleich er die längste Zeit nur für einen

regierungsunfähigen Vetter die Administration führte, verflocht die junge Dynastie wahrhaft mit dem Lande; und er bildete in der Führung seines Lebens und seiner Regierung den Typus vor, der sich in seinen Nachfolgern konstant erhielt. In ihm ist die erste der drei Generationen repräsentiert, die — Vater, Sohn und Enkel — bis heute zusammen 115 Jahre, regiert haben und, wie außerordentlich viele Züge der Familienähnlichkeit bezeugen, eine Art innerer Einheit darstellen; zumal der verstorbene Großherzog Peter lenkte in der Grundanlage seines Charakters und in mancher Neigung zu der Art des Großvaters wieder zurück.

Herzog Peter Friedrich Ludwig gehörte seiner ganzen Entwicklung nach den Gruppen des deutschen hohen Adels an, die nicht bloß in ihrem besonderen Vaterlande, sondern in internationalen Beziehungen und in der Gesamtkultur Europas wurzelten. In einer ostpreußischen Garnison des Regiments Holstein war er geboren; denn sein Vater, der Ahnherr also des heutigen großherzoglichen Hauses, war der friderizianische General Georg Ludwig von Holstein, der gleich manchem jüngeren Prinzen sich dem Dienst im Heere des großen Königs gewidmet hatte und sich erst von ihm trennte, als nach seinem verspäteten Eingreifen in die Schlacht bei Torgau ein hartes königliches Wort „das langsame holsteinische Pferd" verletzend getadelt hatte. Gleich darauf vorübergehend nach Petersburg berufen, war er noch in die Katastrophe seines Vetters, des Zaren Peter III., verflochten und bald darauf in Kiel hinweggerafft worden. Dann nahm die Zarin Katharina sich der Erziehung seiner unmündigen Söhne an; weitab von ihrer deutschen Heimat und ihren russischen Verwandten — wer konnte wissen, welcher Bestimmung sie hier oder dort entgegengingen? —, in Bern und Bologna wuchsen sie auf, in schlichter, bürgerlicher Zucht; die eigenhändige Erziehungsinstruktion Katharinas befahl, „daß gleich anfangs dero Gemüter von dem eitlen Wahn des Stolzes und des Vorzugs vor anderen Menschen entfernt würden". Auf einen kurzen russischen Militärdienst Peters folgten Reisen, ein mehrjähriger Aufenthalt in England als Schule für das öffentliche Leben, dann die Zurückgezogenheit eines vornehmen Privatmannes in

Hamburg, bis unerwartete Verwicklungen diesen dynastischen Kosmopoliten zum Nachfolger seines Oheims in Oldenburg und Eutin beriefen. Mit tiefem Pflichtgefühl arbeitete er sich in die neuen Aufgaben dieses kleinen Kreises ein. Durch schwere Schläge in seinem privaten und öffentlichen Leben war er zum ernsten Manne gebildet worden. Die anspruchslose Schlichtheit seines Auftretens entsprach seiner innersten Neigung; es reizte ihn nicht, seine Sphäre durch äußern Schein zu vergolden. Aber die beschränkten Mittel machten eine sparsame Wirtschaft nötig; heute wird eine kleine städtische Kommune, selbst eine größere bäuerliche Gemeinde des Landes eher über die Verausgabung beträchtlicher Mittel verfügen als damals der Herr des Landes selbst. Ein tüchtiger Haushalter in erster Linie, vermochte er der kargen Einfachheit des öffentlichen Lebens nur in bescheidenem Maße eine gewisse Zier durch seine Lieblingskunst, die Malerei, zu verschaffen; er hatte die Vorliebe dafür schon während seiner Jugend in Italien eingesogen und vererbte sie auf seinen Enkel. Rechtlich und nüchtern durch und durch, vor allem wenn er als arbeitsamer Geschäftsmann dem Wohl des Landes diente. Nüchtern auch in religiösen Dingen, ein protestantischer Christ der Aufklärungszeit. In der Auseinandersetzung mit einem seiner ihm persönlich am nächsten stehenden Beamten, dem Grafen Friedrich Leopold Stolberg, vermochte er wohl bei dessen Konversion vorwurfsvoll zu fragen: „War bei Tag und Nacht Ihnen meine Tür je verschlossen?", denn diese Trennung ging ihm nahe. Der ganze Ideengang Stolbergs aber, das „unbeschreiblich Romantische", blieb ihm schlechterdings unverständlich, und in einem Briefe an die Kaiserin Maria Paulowna von Rußland urteilte er kurzab: „Sein glühender Eifer läßt ihn die Grenzen überschreiten, die das Gute und Rechte erfordern, da ja diese Tugenden selbst nur die Folge einer Verstandesoperation sein können und nicht die eines gleichsam unmittelbaren Antriebes".

Das Zeitalter der europäischen Revolution brachte seinem Lande zunächst eine ansehnliche Vergrößerung. Nicht allein wurde das Bistum Lübeck, durch Verwandlung der überlebten Formen des Stifts in ein weltliches und erbliches Fürstentum,

ihm ohne jedes Mittel unterworfen. Vor allem erhielt er für seinen notgedrungenen Verzicht auf den Elsflether Weserzoll, das wertvollste Vermächtnis der landesherrlichen Politik der alten Grafen — hatten doch von seinen Erträgen in dänischer Zeit die gesamten Kosten der Zivil- und Militärverwaltung bestritten werden können —, als Ersatz das hannoversche Amt Wildeshausen und vom Niederstift Münster die Ämter Vechta und Cloppenburg. Äußerlich war dem Lande eine willkommene Abrundung verschafft worden; innerlich wurde durch diesen Zusatz katholischer Bevölkerung die einheitliche Physiognomie des Landes erheblich verändert. Zunächst freilich blieb keine Zeit, die neuen Erwerbungen mit dem alten Bestande zusammenzuschweißen.

Wie alle deutschen Fürsten, wurde der Herzog durch den Zusammenbruch des Reiches auf eigene Füße gestellt, aber rascher noch als andere sollte er erleben, welches verhängnisvolle Geschenk die Souveränität für einen ohnmächtigen kleinen Dynasten inmitten des europäischen Weltbrandes bedeutete. Nachdem schon der Krieg Napoleons gegen Rußland 1806 zur vorübergehenden Besetzung seines Landes durch holländische Truppen geführt hatte, garantierte der Tilsiter Friede ihm wieder den ungestörten Besitz. Schien doch der Bund zwischen Alexander und Napoleon gerade dem gottorpischen Verwandten des Zaren einige Sicherheit zu gewährleisten. Aber das Umgekehrte geschah: das Herzogtum Oldenburg wurde sogar einer der Anlässe, die die Entzweiung der beiden Weltherrscher hervorriefen und damit in weiterer Folge das Schicksal Europas umgestalten sollten. So wenig einst die französische Republik vor dem elsässischen Besitz deutscher Reichsfürsten und Reichsritter Halt gemacht hatte, ebensowenig konnte Napoleon, wenn er den Krieg gegen England durchkämpfen wollte, auf das Fundament seines Systems, die straffe Durchführung der Kontinentalsperre, verzichten; das war der Grund, weshalb er die Überwachung der Nordseeküste unmittelbar in die Hand zu nehmen sich entschloß und im Dezember 1810 das Herzogtum Oldenburg zusammen mit Holland, den Hansestädten und den übrigen Teilen der Nordseeküste dem Kaiserreiche einverleibte. Er war nicht ohne Gefühl dafür, daß er durch

diesen Bruch des Tilsiter Vertrages den Zaren empfindlich beleidigen würde, und hatte einen Anlauf zum Entgegenkommen und zu Entschädigungen genommen, wie es sonst nicht Stil in seiner Diplomatie war. Schließlich hatte er unter dem zwingenden Druck seiner gegen England gerichteten Gesamtpolitik doch den Schritt vollzogen; „le centre de la contrebande avec l'Angleterre", wie er das Herzogtum nannte, sollte ausgelöscht werden, auf die Gefahr hin, daß das russische Bündnis einen argen Stoß erhielt. Die Schwierigkeit begann, als Herzog Peter mit ehrenhafter Anhänglichkeit an sein Land erklärte, „daß man ihn zwar von seinen Landsleuten trennen, aber nimmermehr bewegen könnte, ein Äquivalent für sie anzunehmen", und wider Erwarten die angebotene Entschädigung durch das Erfurter Gebiet stolz und fest ablehnte. Und dann belehrte der russische Protest gegen die Annexion den Kaiser, daß er in dem Zaren doch den Holstein-Gottorper empfindlicher gekränkt hatte, als in seiner Berechnung lag. Zwar wollte auch Alexander, obgleich er den Streich als eine Ohrfeige für eine befreundete Macht empfand, keinen Kriegsfall aus der Kränkung seines dynastischen Ehrgefühls machen; es war keine Frage, daß dieser Streitfall hinter den tieferen Ursachen des Bruches an Bedeutung zurückstand; schien doch etwas Berechtigung darin zu liegen, wenn Napoleon fragte: „à qui fera-t-on croire, que l'Oldenbourg soit le vrai motif de la querelle? Entre des grandes puissances on ne se bat pas pour l'Oldenbourg." Aber der Stein war ins Rollen gebracht. Die russische Politik hatte jetzt eine Gelegenheit, vor ganz Europa einen ostensibeln Vorwurf dem Kaiser Napoleon immer von neuem vorzuhalten, als wenn nur eine bewußte Brüskierung beabsichtigt gewesen wäre; eben an der Art, wie sie hinfort dieses Argument behandelte, erkannte Napoleon, daß sie das Zerwürfnis immer weiter zuspitzen wollte. Darin liegt wohl die zuweilen zu sehr aufgebauschte Bedeutung der Oldenburger Frage, in deren einzelne diplomatische Phasen wir nach den Veröffentlichungen von Bignon, Tatistcheff und vor allem von Albert Vandal einen Einblick gewonnen haben. Man wollte in Petersburg über die dynastische Krän-

kung hinwegsehen, aber man machte eine viel ernsthaftere Sache daraus, wenn man als Ersatz für den Verwandten des Zaren das Großherzogtum Warschau oder ein erhebliches Stück davon verlangte. Denn die oldenburgische Frage mit der polnischen verquicken, schloß für Napoleon eine unannehmbare Forderung in sich: „nein", antwortete er, „und wenn die russische Armee auf dem Montmartre stände." Je drohender die Lage wurde, um so mehr trat das Herzogtum Oldenburg zurück. Das durch einen internationalen Familienvertrag geschaffene Fürstentum war nur noch ein Fangball in dem diplomatischen Kampfe zweier mit Notwendigkeit auf den Bruch lostreibender Weltmächte geworden.

Tief gebeugt hatte der Herzog sein Land verlassen und sich, obgleich ihm immerhin das Fürstentum Lübeck geblieben war, nach Rußland begeben, wo er allein auf Hilfe rechnen konnte. Trotz seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zum Zaren war seine Lage kaum gesicherter als die der vaterlandslosen gottorpischen Prätendenten von ehedem, auf ungewisse Aussichten beschränkt, wie damals, als er als Knabe seinem Vater an den Hof Peters III. gefolgt war; auch seine Söhne traten in diesen neuen Wirkungskreis ein, der Erbprinz als kaiserlicher Gouverneur von Esthland, der jüngere (von dem die heute in Rußland heimisch gewordene Linie der Herzöge von Oldenburg stammt) als Gouverneur von Twer, Nowgorod und Jaroslaw. In den russischen Heeren nahmen sie an den Kriegen von 1812 und 1813 teil, Herzog Peter an der Spitze der freilich nicht zu bedeutenderen Leistungen berufenen russisch-deutschen Legion, bis die Siege der Verbündeten Napoleon wieder aus Deutschland hinauswarfen und auch in Oldenburg die Fremdherrschaft vor den gefürchteten Kosakenschwärmen das Weite suchte.

Im November 1813 ergriff Herzog Peter wieder Besitz von Oldenburg. Welche Unsumme von Not und Bosheit aber hatte dieses Land heimgesucht seit dem 28. Februar 1811, als der französische Kommissar, tags nach der Abreise des Herzogs, in der Lambertikirche zu Oldenburg die neuen Untertanen mit der widerwärtigen Phrase begrüßt hatte: „Franzosen, mit diesem schönen Namen begrüße ich euch

heute, Bewohner dieser Gegenden, welche jüngst noch Oldenburger hießen". Drei Jahre hatten genügt, um die Segnungen der französischen Herrschaft kennen zu lernen. Vielleicht noch das Geringste, am ehesten zu Ersetzende war der kolossale Verlust an Hab und Gut, bei dem einzelnen und bei dem Gemeinwesen; schmerzlicher als diese Ausplünderung war der Verlust an Menschenleben unter den zur Flotte oder zum Landheer Konskribierten, der Tausende, die auf den russischen Schlachtfeldern geblieben, und schließlich derer, die nach voreiliger Erhebung dem Standrecht verfallen waren; das Verderblichste blieb die Lockerung aller Bande unter den entsittlichenden Wirkungen des französischen Präfektenregiments, die Verwilderung der Gemüter, die den Glauben an den Wert und die Beständigkeit der staatlichen Gemeinschaft fast verloren hatten.

Und eben darin lag nach der Wiederherstellung auch die heilsamste und höchste Lehre für Fürst und Volk. Die Souveränität hatte nichts als Unheil gebracht, die fürstlichen Familienbeziehungen hatten nicht ausgereicht es abzuwehren; was hatte alles Bemühen einer wohlmeinenden Regierung genutzt, wenn es mitsamt der ganzen dynastischen Gründung von 1773 widerstandslos von der großen Sturmflut hinweggespült wurde. Erst der Befreiungskampf des deutschen Volkes predigte, worin allein die Rettung liegen konnte: wenn man, wie die anderen dynastischen Schöpfungen Deutschlands, wieder in einem nationalen Ganzen, in den Aufgaben und Zwecken einer großen Volksgemeinschaft festen Halt fand.

So wurde durch die Franzosenzeit bei Fürst und Volk die Richtung auf das gemeinsame Vaterland befestigt; man war oben und unten ein gutes Stück deutscher geworden, als man sich wieder zusammenfand und aus dem tatlosen Selbstgenügen früherer Jahrzehnte in die Anforderungen einer großen Zeit hineinwuchs. Der Anteil am Befreiungskriege mußte zunächst beschränkt sein; erst im Feldzuge von 1815 hatte der Herzog die Freude, ein selbständiges Kontingent oldenburgischer Truppen ins Feld ziehen zu sehen. Und erstand aus dem Kriege auch nicht das eine und ganze Deutsch-

land der Patrioten, so bot wenigstens für das Oldenburger Land der Deutsche Bund einen unvergleichlich größeren Anteil am nationalen Leben, als ihm seit Jahrhunderten beschieden gewesen war.

Noch auf anderthalb Jahrzehnte war es dem Herzog vergönnt, den Neubau seines Staates zu leiten. Er hatte den alten Besitzstand nicht nur hergestellt, sondern ihn auch vergrößern können; freilich waren die entlegenen Gebietstrümmer an der Nahe, die man später als Fürstentum Birkenfeld bezeichnete, ein höchst zweifelhafter Ersatz für das Scheitern seiner auf den Erwerb Ostfrieslands gerichteten und von Rußland vergeblich gegen den hannöversch-englischen Einfluß unterstützten Wünsche; glücklicher war der Gewinn der Herrschaft Jever, die schon den alten Grafen von Oldenburg gehört hatte und, nach einer fast abenteuerlichen dynastischen Rundreise über das fürstliche Haus Anhalt-Zerbst, die Zarin Katharina und das Kaiserreich Rußland, in die frühere Verbindung zurückkehrte. Alle alten und neuen Gebiete mußten jetzt zu einem Staatsganzen vereinigt, die Verwaltung mußte auf straffer bureaukratischer Grundlage reorganisiert, die wirtschaftliche Wiederherstellung mit den vorhandenen sparsamen Mitteln versucht werden; als Herzog Peter starb, hatte er im Gedächtnis seiner Landsleute seinen Namen für immer mit diesem Neubau des Staates verknüpft. Sein Sohn P a u l F r i e d r i c h A u g u s t (1829—1853) trat ein reiches Erbe an treuer, landesväterlicher Arbeit an, und auf allen Gebieten öffentlichen Lebens hat er seinem Vorsatz, „sein angestammtes Land zu einem deutschen Musterstaat zu machen", rastlos nachgelebt.

Als Mensch brachte er zu dieser Aufgabe mehr mit als mancher andere. Seine Erziehung hatte der Vater noch ganz im Geiste der Fürstenerziehung des 18. Jahrhunderts durch eigene Anweisung geleitet und ihr das Ideal der Humanität, die „unermüdliche Ausbildung des Geistes und des Herzens", zum Ziele gesetzt; auf den im Sinne allgemeiner Bildung, nicht etwa militärischer Standeserziehung, angelegten Jugendunterricht waren das Universitätsstudium in Leipzig und lange Reisen in England und

Südeuropa gefolgt. Wohl unterschied er sich in manchem von dem Vater. Die Erlebnisse der ersten Mannesjahre hatten in ihm doch einen lebhaften Anteil an militärischen Dingen erweckt. Dem Jüngling hatte auf dem Erfurter Fürstenkongreß der französische Übermut Tränen des Zornes ins Gesicht getrieben, die dem scharfen Blicke Napoleons nicht entgingen; mit um so freudigerem Hochgefühl hatte er sich am russischen Feldzug, bei Tarutino und Borodino, rühmlich beteiligt, und seine Haltung in der Schlacht bei Leipzig erschien dem preußischen Kronprinzen als Muster; als er zur Regierung gelangt war, legte er besonderen Wert darauf, die militärischen Einrichtungen seines Landes den Anforderungen des Deutschen Bundes gemäß zu gestalten. Die deutschnationale Stimmung war seit jenen Jugenderinnerungen schon stärker als in dem Vater entwickelt, so daß er in der Zeit der bösesten Reaktion sich nicht scheute, dem Vater zu schreiben: „man müsse die sogenannten demagogischen Umtriebe zwar mit Ernst, aber ohne Härte behandeln: der Ursprung sei ein guter und reiner." Man hat seine Bedeutung „mehr in dem, was er war, als in dem, was er tat", gesehen; denn nach dem ernsten und gemessenen Vater fiel zunächst die ungemeine Liebenswürdigkeit dieser Persönlichkeit auf. Ein ihm nahestehender kluger Beobachter urteilt: „Er war einer der liebenswürdigsten Menschen, die gelebt haben, einer der wenigen, die wohl nie einen persönlichen Gegner oder Feind gehabt haben. Sein hervorragendster Zug war die reinste Herzensgüte und Menschlichkeit." Und das Urteil Fernerstehender beweist, daß darin keine höfische Schmeichelei lag; auch der sehr nach dem Herzen urteilende König Friedrich Wilhelm IV. meinte einmal: „Er gehört zu den wenigen Menschen, denen man gut sein muß, man mag wollen oder nicht." Seinem Vater glich Großherzog August in der rastlosen Tätigkeit in den Regierungsgeschäften; fast auf allen Gebieten ging er mit persönlichster Initiative voran, und schon der frühe Morgen fand ihn um 6 Uhr am Schreibtisch; wie er in Rußland als Urheber des Esthländischen Bauerngesetzes von 1815 ein gutes Andenken hinterließ, so zeigte er in der Regierung seines Landes fast überall eine glückliche Hand.

Und doch sollte diese segensreiche Regierung gleich im Beginn einen bedenklichen politischen Fehler begehen. War unter dem Vater die äußere staatliche Existenz des Landes von den dynastischen Beziehungen, die es geschaffen hatten, mehrfach entscheidend beeinflußt worden, so wiederholte sich unter dem Sohne diese Einwirkung in einer für die innere Entwicklung des Landes unheilvollen Weise: in der großen Frage des Zeitalters, der Einführung einer Verfassung. Die Frage war allerdings gerade in Oldenburg nicht leicht zu lösen, weil alte landständische Institutionen sich im Stammlande nicht erhalten hatten und obendrein die unglücklich zerstreute Lage der einzelnen Territorien Schwierigkeiten bot: es handelte sich um einen Neubau von Grund aus. Großherzog August zögerte nicht Hand daran zu legen. Bald nach der Julirevolution wurde in seinem Rate eine landständische Verfassungsurkunde entworfen, die auf wichtigen Gebieten der Gesetzgebung und Finanzverwaltung der Landesvertretung eine nicht bloß beratende, sondern auch beschließende Mitwirkung einräumen sollte. Das ganze Werk scheiterte jedoch daran, daß die Regierung vor dem Erlaß der Verfassung sich wenigstens im allgemeinen der Zustimmung des Königs von Dänemark und des Kaisers von Rußland, „der beiden Chefs des Hauses Holstein", versichern wollte. Die beiden konservativen Mächte aber übten an dem Entwurfe eine vernichtende Kritik, rieten dringend zur Beschränkung der Konzessionen und verlangten sogar, daß Oldenburg — aus Rücksicht auf die Lage des Fürstentums Lübeck — sich mit der dänischen Regierung und ihren Verfassungsabsichten für Schleswig-Holstein in grundsätzliches Einverständnis setze. Vor diesem Einspruch wich die oldenburgische Regierung zurück. Oldenburg blieb, wie Treitschke, ohne diesen Hergang zu kennen, bemerkt, „bis zum Jahre 1848 der einzige unter den größeren deutschen Staaten, der für die Verwirklichung des Artikel 13 der Bundesverfassung gar nichts tat." Und daß dies geschah, lag nicht etwa an dem üblen Willen oder der absolutistischen Gesinnung seines Fürsten, obgleich es nicht ausbleiben konnte, daß er von beiden Seiten danach falsch beurteilt wurde. Einzig und allein die Rücksicht auf jene dy-

nastischen Kombinationen, aus denen einst der Staat hervorgegangen war, verhinderte den Großherzog und seine Regierung an der strikten Erfüllung der dem Deutschen Bunde und nach eigener feierlicher Anerkennung auch den Untertanen geschuldeten Pflichten. Der politische Fehler lag in dem ersten Schritte, die Zustimmung der beiden Kronen nachzusuchen: damit hatte man sich für den Fall, daß diese Zustimmung versagt oder von Bedingungen abhängig gemacht wurde, die Hände gebunden. Wie tief doch die ausländischen Einflüsse in der vormärzlichen Zeit auf unsere inneren Verhältnisse eingewirkt haben! Ob dem oldenburgischen Bürger und Bauer ein bescheidenes Maß von Mitwirkung an der Beratung seiner Steuerlasten gewährt werden sollte, unterlag der Begutachtung der Kabinette von St. Petersburg und Kopenhagen, und die erste Schuld lag nicht in fremder Anmaßung, sondern in dem noch allzustark in diesen Beziehungen wurzelnden Bewußtsein der Dynastie.

Natürlich rächte es sich, trotz allen guten Willens der Regierung, daß der Staat noch in den Formen des alten, mit seinen allmächtigen Amtmännern schaltenden patriarchalischen Regimentes beharrte, als er von der Revolution des Jahres 1848 ergriffen wurde: jetzt wurde er um so rascher und widerstandsloser umgestaltet. Da man ohne jede Anknüpfung an das historisch Gegebene aus dem Neuen schuf, wurde man durch den gewaltigen Druck der revolutionären Hochflut so weit vorangetrieben, daß das ganze Verfassungswerk nach der radikalen Theorie ausgebaut wurde. Auch nach der Revision von 1852, die auf verfassungsmäßigem Wege, ohne Einmischung des „Reaktionsausschusses" des wiederhergestellten Bundestages, zustande kam, blieben die konstitutionellen Rechte des Landes in einem Umfange bestehen, daß die Verfassung immer noch als eine der liberalsten Deutschlands gelten konnte. Obgleich eigentlich radikale Elemente im Lande keinen Boden hatten und durch die Persönlichkeit des Fürsten keineswegs hatten geweckt werden können, war die Regierung weit zurückgeworfen worden.

Großherzog August empfand diese Wendung in seinen letzten Lebensjahren sehr schmerzlich, etwa wie einen Undank für redliches Bemühen. Trotzdem verharrte er nicht

innerlich in Ablehnung, sondern ergriff die Gedanken der neuen Zeit, vor allem des neuen Deutschlands ohne jeden Rückhalt. Es mochte bei einem Fürsten überraschen, der bis 1848 als ein Gegner jeder Verfassung verschrieen war; auf dem Berliner Fürstenkongreß von 1850 wurde ihm von einem fürstlichen Genossen vorgehalten, er zeige sich mehr „links", als man von ihm geglaubt habe, worauf er scharf bemerkte, es gäbe manche, die sich viel weiter „rechts" befänden, als recht sei. Daß er unter dem Druck der Revolution sich mit der deutschen Idee befreundete, könnte für seine wirkliche Gesinnung nichts beweisen; aber er hielt auch an ihr fest, als die Wasser längst wieder verlaufen waren. Er stand treu zu der preußischen Union und erklärte, im Widerspruch mit seinem Landtage, dabei bleiben zu wollen, „wäre er auch der letzte, in der Überzeugung, daß die Abtrünnigen am Ende doch umkehren würden"; selbst als König Friedrich Wilhelm IV. die Unionsverfassung für unausführbar erklärte, beschwor er ihn in einem Privatschreiben, „standhaft zu bleiben und durch Aufrechterhaltung der Union der Retter Deutschlands zu sein." Für seine Person war er zu jedem Opfer bereit. Hatte sein Vater die europäische Souveränität der deutschen Fürsten nach dem Wiener Frieden als ein Unglück und eine Gefahr betrachtet, so sprach er 1849 offen aus: „Ich für mein Teil werde gern dem Reich die Souveränität, soweit sie ihm gebührt, zurückerstatten; ich weiß sehr wohl, die Fürsten haben am Reich einen Raub begangen, und nicht zu ihrem Vorteil." Seinem Sohne Peter war es dann vorbehalten, in der Tat freiwillig auf Stücke seiner Souveränität zu verzichten, nicht nur zugunsten eines — noch nicht vorhandenen — deutschen Reiches, sondern zugunsten der deutschen Macht, von der er die Neugestaltung des Vaterlandes zuversichtlich erwartete, und das schon lange vor den Ereignissen von 1866 und 1870. Was bei Großherzog August nur noch den letzten Lebensjahren einen tieferen Gehalt gab, das bedeutete für seinen Sohn den Einschlag im entscheidenden Moment seiner politischen Entwicklung.

In der großen Bewegung der deutschen Revolutionsjahre hat der jetzt dahingegangene Großherzog Peter den ersten selb-

ständigen Entschluß als Fürst und Deutscher fassen müssen. Es ist eine alte Wahrheit, daß die Revolution nicht bloß die Massen, sondern auch die Dynastien ergriffen hat, daß sie ihre Berechtigung nicht zwingender offenbaren konnte als dadurch, daß sie die Fürsten selber zu Deutschen machte. Der Lebenslauf, den wir bisher in seinen historischen Voraussetzungen kennen gelernt haben, setzt unter diesem Zeichen ein.

Erbgroßherzog Nikolaus Friedrich Peter (geb. 1827) war ein zwanzigjähriger Jüngling, als er, ganz nach denselben Prinzipien wie sein Vater und Großvater erzogen, nach dem Ausbruch der Revolution von dem Universitätsstudium in Leipzig hinweg an die Seite des Vaters zu selbständiger Mitarbeit an den Ereignissen berufen wurde, die den oldenburgischen Staat von Grund aus umwandelten. So steht schon äußerlich das Jahr, das mit einem hinreißenden Aufwand von edler Leidenschaft dem Vaterland seine Größe und sein Glück zurückerobern wollte, an der Schwelle seines politischen Lebens. Und schon bevor er selber den Thron seiner Väter bestieg, sollte er den Beweis ablegen, daß seine deutsche Gesinnung ihm nicht nur von der Revolutionsfurcht abgenötigt worden, sondern der Ausdruck einer tiefer wurzelnden Überzeugung war. Die erste Probe fand ihn auf dem Scheideweg zwischen seinem deutschen und seinem dynastischen Empfinden, und er wußte, wohin er zu gehen hatte.

Es war die schleswig-holsteinische Frage, die von dieser doppelten Seite her das oldenburgische Fürstenhaus in Mitleidenschaft zog.

Großherzog August hatte nach dem Erlaß des offenen Briefes von 1846 seine Rechte feierlich vorbehalten; während der Revolution, im Kriege mit Dänemark, hatte er an der wackeren Haltung der oldenburgischen Truppen wohl seine Freude gehabt, aber den ganzen Krieg im Grunde nicht gebilligt, da er, hier vorwiegend noch dynastisch empfindend, in einem Familienarrangement über das zukünftige politische Verhältnis der Herzogtümer die beste Lösung der Frage gesehen hätte. Als dann nach der Revolution die beiden Häupter des Oldenburger Hauses, der König von Dänemark und der

Zar Nikolaus, die Regelung der Thronfolge für den dänischen Gesamtstaat in die Hand nahmen, einigten sie sich zunächst über die Person des von russischer Seite empfohlenen jungen Erbgroßherzogs Peter von Oldenburg als ihren Kandidaten für den Fall des Aussterbens der dänischen Königslinie. Es war klar, daß diese Rolle nur auf der Basis des die Integrität des dänischen Gesamtstaates garantierenden Londoner Protokolles übernommen werden konnte. Nach Sybel wäre es der Vater Peters gewesen, der geringe Lust zu dieser bedenklichen Ehre gezeigt hätte; doch hat dieser vielmehr die ganz seinem Sinne entsprechende Aussicht ergriffen, und erst an dem Sohne und seinen Bedingungen ist sie gescheitert. In einer Denkschrift vom 5. September 1850 motivierte der Erbgroßherzog seinem Vater seine Ablehnung. Mit seinem starken Rechtssinn, der zentralen Eigenschaft seines Wesens, ging er von dem alten Satze: „justitia fundamentum regnorum" aus und forderte vor allem gewissenhafte Wahrung der Rechte nach allen Seiten hin. Zunächst gegen den oldenburgischen Zweig seines Hauses und sein eigenes Heimatland, dem für den Fall der Durchführung gewisse Opfer — wahrscheinlich das Fürstentum Lübeck als Mitgift — zugemutet waren: „ich bin zuerst Erbgroßherzog von Oldenburg und habe als solcher heilige Pflichten gegen mein angeborenes Vaterland zu erfüllen." Er wollte um so weniger „aus wenigstens scheinbar ehrgeizigen Absichten Oldenburgs Interessen opfern", als ihn die glänzende Aussicht an sich nicht reizte. „Ich halte", schrieb er, „was meine individuellen Wünsche betrifft, das Gelingen der Kombination für ein persönliches Unglück. Ich habe nicht jenen Ehrgeiz, der vom Besitz einer Krone sich blenden läßt. Ich wünsche mir keine, am wenigsten diese, wo man zwischen zwei feindlichen Parteien stehen wird und außer dem Hasse beider oder wenigstens einer derselben ausgesetzt zu sein, in tausend Gefahren, Ungerechtigkeiten und Inkonsequenzen zu begehen, geraten würde. Als Großherzog von Oldenburg brauche ich keine welthistorische Rolle zu spielen, in Dänemark müßte ich es. Meiner Ehre bin ich es schuldig, keine solche zu übernehmen, die ich nicht durchführen kann." Trotzdem aber wollte er über alle persönlichen

Bedenken hinwegsehen und sich zu der undankbaren Rolle des König-Herzogs bequemen, falls den schwergeprüften Ländern dadurch der Frieden gebracht werden könnte: aber nur unter der einen Grundbedingung, auch den Herzogtümern gegenüber das Recht als feste Stütze auf seiner Seite zu haben. „Ohne Sicherstellung der Rechte der Herzogtümer würde ich nie die beiden Kronen annehmen, auf die Gefahr hin, als der Urheber des Unglücks verschrieen zu werden, welches dann über die betreffenden Länder, über Europa selbst, hereinbrechen würde. Mein gutes Gewissen wird mich dann von aller Schuld freisprechen, aber die Geschichte die Urheber einer so frevelhaft leichtsinnigen Politik nur zu bald verurteilen."

Das erste politische Aktenstück schon zeigt den jungen Fürsten von seinen hauptsächlichsten Seiten: gewissenhafter Rechtlichkeit und nationaler Gesinnung. König Friedrich Wilhelm IV. urteilte über die Denkschrift: „Ich bin in einem Entzücken darüber, aber der junge Herr wird mehr in diesem Sinne handeln als sich aussprechen müssen." Es lag aber auf der Hand, daß er nach einer so offenherzigen Aussprache nicht mehr in die Lage kommen konnte zu handeln. Er kam seitdem für Dänemark und damit auch für Rußland als Kandidat nicht mehr in Betracht. Seine Haltung machte die geplante Kombination hinfällig und trug ihm den heftigen Zorn des Zaren ein, der die Herrschaft des Hauses Holstein-Gottorp in Dänemark im eigenen Interesse gern gesehen hätte. Es kam nunmehr zwischen Dänemark und Rußland eine Einigung über einen andern Thronfolger, den Herzog Christian von Glücksburg, den sog. Protokollprinzen, zustande; diesem ist dann gleich nach seinem Regierungsantritt das von Peter prophezeite Dilemma und die Katastrophe nicht erspart geblieben.

Sobald Peter nach dem Hingange seines Vaters am 27. Februar 1853 den Thron bestiegen hatte, wohl vorbereitet in den Lehrjahren einer ernsten Zeit, zögerte er nicht, auch durch die Tat seine nationale Gesinnung zu betätigen. Schon sein erstes Regierungsjahr brachte mehrere hervorragende Akte, die allerdings nicht das alleinige Verdienst des neuen

Fürsten, sondern schon unter dem Vater vorbereitet waren und erst unter ihm zum formellen Abschluß geführt wurden; aber dem Vollender, der die Folgen dieser Entschließungen zu vertreten hatte, darf gewiß ein Teil des Verdienstes zugerechnet werden. Denn es handelte sich um nichts weniger als die schon in den Revolutionsjahren angelegte, nun aber dauernd entschiedene Wendung Oldenburgs zu Preußen.

Diese Wendung war auf der einen Seite eine Abwendung von Hannover. Sie mochte auf den ersten Blick um so auffälliger erscheinen, als das Hauptgebiet Oldenburgs, vollkommen von dem hannoverschen Königreich umschlossen, wirtschaftlich auf diesen Nachbar durchaus angewiesen und schon seit 1836 mit ihm im Steuerverein zu einem besonderen zollpolitischen Ganzen vereinigt war; dazu kam seit Anfang der fünfziger Jahre auch eine dynastische Verbindung, indem Großherzog Peter und König Georg V. zwei Schwestern, altenburgische Prinzessinnen, heimführten. Aber die wirtschaftliche Verbindung bedeutete für Oldenburg zugleich eine gewisse Abhängigkeit von Hannover, die der Nachbar sowohl in der Behandlung zollpolitischer Fragen als in den seit dem Beginn des Eisenbahnbaues wichtigen Verkehrsfragen rücksichtslos in seinem Interesse ausnutzte; man war schon deswegen froh, als der Widerspruch des Oldenburger Landtages gegen die geplanten Zollerhöhungen des Steuervereins das geldbedürftige Hannover seit 1851 zu Unterhandlungen mit dem preußischen Zollverein drängte. Dazu hatten die Revolutionsjahre gelehrt, daß auch die Gefahr für die politische Selbständigkeit Oldenburgs gerade von diesem Nachbar drohte. In mehreren Entwürfen der Könige, auch in dem Entwurf einer Teilung des Reiches in Kreise von dem österreichischen Minister Schwarzenberg, war Hannover durch die Annexion von Oldenburg und Braunschweig zu einem starken Nordseereich erweitert worden; für Schwarzenberg war der leitende Gedanke, die Mittleren durch die Kleineren so zu stärken, daß sie Preußen gegenüber widerstandsfähiger würden, dieses aber einer sicheren Gefolgschaft beraubt würde; und die Mittleren, auch Hannover, ließen sich solche Aussichten gern gefallen. Die Wahl aber zwischen einer Mediatisierung

durch den König von Hannover und einer Mediatisierung durch das Deutsche Reich konnte für den Oldenburger nicht schwer fallen. Freilich ist es nicht allein die Sorge um die eigene Erhaltung gewesen, die schon Großherzog August und dann seinen Sohn zum treuen Festhalten an der Reichsverfassung, an der preußischen Union und schließlich direkt ins preußische Lager trieben: das ideale Moment, die nur auf diesem Wege mögliche Zukunft des Gesamtvaterlandes, fiel in jeder Phase der Entwicklung für ihre Wendung zu Preußen entscheidend in die Wagschale.

Aus diesen Motiven heraus hat Großherzog Peter am 20. Juli 1853 den Vertrag geschlossen, durch den ein kleines Stück Landes an der Jademündung an Preußen zur Anlegung eines Kriegshafens abgetreten wurde. Die Vorgeschichte dieses Vertrages, seines ersten politischen Aktes von allgemeiner Bedeutung, knüpft rückwärts an die Geschichte der kläglich gescheiterten ersten deutschen Flotte an (schon damals hatte die oldenburgische Regierung sich bemüht, die Verlegung des Reichskriegshafens an die Jade durchzusetzen); vorwärts weist dieses Ereignis auf die Schöpfung der preußischen und dann der neuen deutschen Flotte hin. Auf beiden Seiten waren es Männer, die, Großherzog August voran, an den Flottenplänen der Revolutionsjahre eifrig mitgearbeitet hatten und wenigstens etwas retten wollten; wenn man immer wieder des schmachvollen Ausganges jener Bestrebungen und der Verauktionierung der ersten Reichsmarine gedenkt, sollte man sich doch auch erinnern, daß, dank dem Eifer einiger patriotischer oldenburgischer und preußischer Beamten, aus eben dieser Katastrophe der Ursprung Wilhelmshafens, nach den Worten des Prinzen Adalbert des Hauptfundamentes der neuen Flotte, als eine Morgenröte stolzerer Zeiten aufgestiegen ist. Die Verhandlungen wurden seit ihrem Beginn im Juni 1852 sehr geheim gehalten, schon um die gleichzeitig zwischen dem Zollverein und Steuerverein schwebenden Verhandlungen nicht zu stören; in Preußen waren außer den Unterhändlern nur der König, Prinz Adalbert und Manteuffel eingeweiht. Schon im September 1852 erfolgte die Einigung der beiderseitigen Unterhändler über einen Vertragsentwurf, kraft

dessen Preußen ein kleines Gebiet an der Mündung der Jade nebst dem angrenzenden Wassergebiet, die freie Fahrt auf der Jade, das Recht der Marinepolizei auf der Reede und die nötigen Militärstraßen erhielt, dagegen sich zum Schutze der oldenburgischen Schiffe, des oldenburgischen Seehandels, der oldenburgischen Küsten durch die preußische Kriegsmarine, zur Herstellung einer Flottenstation im Jadebusen und sämtlicher auf der Jade nötigen Schiffahrtszeichen, und schließlich zum Bau einer Eisenbahn verpflichtete, die vom Marineetablissement über Varel und Oldenburg in südlicher Richtung, zum Anschluß an die Köln-Mindener Eisenbahn, führen sollte, sobald Preußens Finanzlage es irgend gestatte. Die Hauptverpflichtung Preußens aber stand in einem von vornherein zur Geheimhaltung ausersehenen Separatvertrage: danach sollte Preußen in dem Streite der Gräflich Bentinckschen Familie über die Erbfolge in den sog. Gräflich Aldenburgischen Fideikommißbesitzungen die Vermittlung übernehmen und den Übergang der dem Großherzog nur als Suzerän untertanen Herrschaft Kniphausen an Oldenburg bewirken; damit sollte nicht bloß ein ärgerlicher Rechtshandel, der sich längst zu einem Rattenkönig von juristischen Kontroversen ausgewachsen hatte, aus der Welt gesetzt, sondern zugleich für das abgetretene Gebiet eine zwanzigmal größere Territorialentschädigung geboten werden. Die günstigen Bedingungen konnten in Oldenburg wohl befriedigen und den Entschluß zur Abtretung erleichtern. Großherzog August erklärte sich dem Könige Friedrich Wilhelm mit der nicht unbedenklichen Aufgabe von Souveränitätsrechten einverstanden, „weil er darin die Anfänge einer maritimen Bedeutung Deutschlands erblicke und der Hoffnung lebe, daß das neue Band, welches zwischen Preußen und Oldenburg geknüpft werden solle, zum Segen beider Länder gereichen und das Wohl Deutschlands fördern werde." Diese von allgemein politischen Gesichtspunkten diktierte Auffassung stieß jedoch in Berlin anfangs auf keine Gegenliebe; nur Prinz Adalbert zeigte ein lebhaftes Interesse, die reaktionäre Partei verhielt sich schon aus Rücksichten ihrer spezifisch preußischen Politik durchaus ablehnend, und der ihr nahestehende Finanzminister von Bodelschwingh

fand in den finanziellen Verpflichtungen das Interesse Preußens keineswegs genügend gewahrt. Während nun der König, nach seiner Art zwischen den Parteien hin und her schwankend, zu keinem Entschlusse kommen konnte, trat eine Stockung ein, während welcher Großherzog August starb und sein Sohn das begonnene Werk mit Eifer aufnahm. Erst nach langen Kämpfen — auch der Prinz von Preußen war jetzt zugunsten des Vertrags in das Geheimnis gezogen — wußte Manteuffel die Unterschrift des Königs zu erlangen. Am 20. Juli 1853 konnte der Vertrag vollzogen werden. Er wurde zunächst ganz geheim gehalten, insbesondere hielt man es für gut, den Zusammenhang der Verträge über die preußischen Entschädigungen und die Vermittlung in der Bentinckschen Sache zu verdecken, indem man in einem Scheinvertrage an Stelle der von Preußen zu beschaffenden Herrschaft Kniphausen eine entsprechende Entschädigung in barem Gelde stipulierte. Die Veröffentlichung erfolgte erst am 9. Januar 1854, nachdem zuvor am 1. Januar 1854 der Eintritt des Steuervereins in den preußischen Zollverein vollzogen und damit die Gefahr eines Querstriches von hannöverscher Seite beseitigt worden war. Mochten auch mehrere preußische Minister auf das äußerste unwillig über den Abschluß sein, die Kammern beider Länder, in völligem Einklang mit der öffentlichen Meinung, nahmen ihn fast einstimmig an. Der größte Zorn über den Vertrag erhob sich in Hannover. Der schon durch die Heimlichkeit verletzte König Georg erblickte darin „eine oldenburgische Unterstützung preußischer Eroberungsgelüste, der Absicht, Hannover mit einem Gürtel von Festungen zu umgeben, und die Anbahnung einer Mediatisierung Hannovers wie Oldenburgs"; er schickte einen Adjutanten nach Oldenburg, um womöglich den „der Bundesverfassung zuwiderlaufenden" Vertrag rückgängig zu machen. Großherzog Peter aber wies in seiner Ablehnung ausdrücklich — was freilich für Hannover kein Trost war — auf den deutsch-nationalen Standpunkt des Vertrages hin. Auf die Mahnung, sich nicht unter die preußischen Kanonen zu begeben, erwiderte er kühl, er meine, die Festung Minden liege näher bei Hannover als Heppens bei Oldenburg.

Die Bedeutung des Vertrages lag mehr in der Zukunft als in der Gegenwart. Im Augenblick vermochte Preußen aus dem „Wasserloch an der Jade", wie auch Bismarck im Parteistil seiner Kreuzzeitungsfreunde spottete, keinen greifbaren Nutzen zu ziehen. Oldenburg gewann zwar die in der Herrschaft Jever belegene Enklave Kniphausen sofort, und konnte, zumal seit der Verbindung mit dem Zollverein, hoffen, sich wirtschaftlich von dem Übergewicht Hannovers zu befreien; die unmittelbaren Wirkungen der noch lange auf dem Papier stehenden Flottenstation ließen natürlich auf sich warten, und in der wichtigen verkehrspolitischen Frage des Eisenbahnbaues vermochte Hannover die Ausführung durch die Verweigerung des Durchlasses durch sein Gebiet erfolgreich zu verhindern: erst nach 1866 konnten die Früchte geerntet werden. Für den Augenblick aber ruhte das eigentliche Gewicht auch nicht in diesen Einzelheiten des Vertrages, sondern vielmehr in seiner symptomatischen Bedeutung für die Gesamtpolitik. Großherzog Peter hatte Partei ergriffen für den Fall, daß die deutschen Einheitsbestrebungen im Sinne der preußischen Hegemonie feste Gestalt annehmen sollten; man wußte unzweideutig, wo er im Augenblick der Entscheidung stehen würde: nicht im Lager derer, die — wie viele seiner Mitfürsten — die Abtretung als eine Sünde gegen den heiligen Geist der Souveränität empfanden, sondern bei denen, die ein patriotisches Opfer im Dienste der Allgemeinheit zu würdigen wußten. Und wenn wir heute eine große Zukunft auf dem Wasser erstreben und mit stolzer Hoffnung das Heer unserer Panzer über den Ozean senden, dann wird der rückwärts gewandte Blick um so dankbarer den Fürsten aufsuchen dürfen, der in trüber Zeit solche Möglichkeiten mitbereiten half.

So war die Stellung Peters in der deutschen Politik gegeben. In den fünfziger und am Anfang der sechziger Jahre finden wir ihn mit Baden, Weimar, Koburg unter den wenigen, die zu Preußen hielten. So schreibt Bismarck im Februar 1858: „Jedenfalls gehört der Großherzog von Oldenburg zu denjenigen deutschen Fürsten, welche entschiedene Hinneigung zu Preußen an den Tag legen, wenn auch seine Intentionen

nicht zu allen Zeiten einen richtigen Ausdruck durch die Organe der oldenburgischen Regierung gefunden haben. Diese Gesinnung des Großherzogs zu erhalten und zu steigern, kann für uns unter Umständen von erhöhter Wichtigkeit sein. Insbesondere bei künftigen Verhandlungen über das Schicksal des Zollvereins kann die Haltung Oldenburgs von wesentlichstem Einfluß auf die Entschlüsse Hannovers sein, welches letztere bei einem entschlossenen Widerstande Oldenburgs nach seiner geographischen Lage kaum imstande sein dürfte, eine von der unsrigen unabhängige Zollpolitik durchzuführen." Aus demselben Jahre liest man in den Memoiren des Herzogs Ernst von Koburg: „So staunt man fast, daß eine Anzahl treuer patriotischer Männer nicht ermüdete. Unter die letzteren zählte in hervorragender Weise auch der Großherzog von Oldenburg, der auch seinerseits das Programm aufgenommen hatte, welches wir seit dem Jahre 1850 verfochten." Im Sinne dieser Politik geschah es, daß Peter sich im Januar 1860, als die Kommandeurstelle des oldenburgisch-hanseatischen Truppenkorps erledigt war, vom Prinzregenten von Preußen den Generalmajor von Fransecky, trotz aller hannoverschen Gegenbemühungen, für diesen Posten erbat. Fransecky hat sich nachmals mit hoher Befriedigung über seinen Wirkungskreis in Oldenburg ausgesprochen und besonders das rückhaltlose Entgegenkommen des Großherzogs gerühmt, der ihn in allen seinen Bestrebungen auf das eifrigste unterstützte und, so erregt auch der König von Hannover ihn vor dem Zündnadelgewehr als „einer völlig unkriegsgemäßen" Waffe warnen ließ, die Bewaffnung der Truppen und den ganzen Dienstbetrieb nach preußischem Muster in persönlichster Initiative durchführte.

In die Beweggründe für Peters allgemeine politische Haltung mischte sich seit Ende der fünfziger Jahre und fortan immer wirksamer noch ein ganz persönliches Moment: sie wurde in steigendem Maße durch die näher rückende schleswigholsteinische Krisis bestimmt.

Schon bei dem Bundesratsbeschluß vom 11. Februar 1858, der die dänische Gesamtstaatsverfassung als nicht in

rechtlicher Wirksamkeit für Holstein und Lauenburg stehend erklärte, schrieb Peter, er hoffe, wenn man sich auch erst im Stadium eines schwachen Anfangs befinde, daß Deutschland auf diesem Wege „seine Ehrenschuld abtragen werde." Im Dezember 1858 verfaßte er unter dem Titel „Die Bedeutung des deutsch-dänischen Konfliktes und seine Wirkung auf Deutschlands innere und äußere Verhältnisse" ein Memorandum, von dem Herzog Ernst von Koburg sagt: „Man darf die umfangreiche Arbeit, welche die Lage Europas aus der genauesten Kenntnis der Dinge schilderte, als eine der ausgezeichnetsten Staatsschriften jener Zeit bezeichnen; da sie in befreundeten Kreisen zirkulierte, fand sie bei patriotischen Männern sofort die größte Beachtung." Prophetisch wurde in ihr betont, daß in der Lösung dieses Konfliktes auch der Wendepunkt für die deutschen Geschicke beschlossen sei. Und fortan war Oldenburg im ganzen Verlauf des Streites derjenige Bundesstaat, der den Übergriffen Dänemarks nach dem Herzen der öffentlichen Meinung in vorderster Reihe entgegentrat; er stellte nach der Einverleibung Schleswigs am 30. März 1863, trotz Bismarcks Abraten, beim Deutschen Bunde die radikalsten Anträge; als erster Bundesfürst protestierte Peter gegen den Regierungsantritt Christians IX. in den Herzogtümern. Er war aber keineswegs in dieser Frage nur ein idealer Vorkämpfer deutschen Nationalgefühls, sondern verband, ganz anders als die öffentliche Meinung gerade von ihm erwartete, sehr reale Zwecke mit seinen Bestrebungen: auf ihrem Grunde ruhte die Hoffnung, durch Wiederbelebung der gottorpischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein selbst derjenige zu werden, der kraft persönlichen Rechtes die Erfüllung der nationalen Wünsche, die Losreißung der Herzogtümer von Dänemark, erringen könne.

Wir kommen damit zu der bedeutendsten Aktion seines politischen Lebens. Ein vollständiger Einblick in ihre Motive und Zusammenhänge ist zurzeit noch nicht möglich; wir kennen sie an entscheidenden Stellen nur aus ihrem Verhältnis zur Politik Bismarcks, deren Auffassung im Buche Sybels durchleuchtet, auf der einen Seite, und auf der andern Seite aus ihrer Beurteilung durch die orthodox-augustenburgische Partei,

wie sie neuerdings noch in der Darstellung von Jansen und Sammer zum Ausdruck gekommen ist. Schon aus diesem Grunde läßt sich ein endgültiges Urteil über die schließlich gescheiterten Bestrebungen nicht fällen. Nur die Zusammenhänge des Gesamtverlaufes und die leitenden Gesichtspunkte Peters können hier gewürdigt werden.

Die Idee reichte schon weit zurück. Als ihr intellektueller Urheber wird in den meisten Quellen der Archivrat Leverkus bezeichnet, der an der Beschaffung des historischen Begründungsmaterials hervorragend beteiligt gewesen ist. Die Hauptsache ist, daß in Peter selber, nachdem er sich einmal mit der Überzeugung seines Rechtes durchdrungen hat, das dynastische Empfinden des Holstein-Gottorpers in voller Stärke wieder auflebt, vielleicht zuerst durch die Kombination von 1850 angeregt, durch die Verbindung mit der antidänischen nationalen Bewegung über sich selber hinausgehoben, aber immer in der Tradition des Hauses am tiefsten wurzelnd. Als Träger dieser Traditionen fühlte sich der Fürst, dem in dieser Aktion die ganze Geschichte seines Hauses, vor allem die seines gottorpischen Zweiges vom 16. bis 18. Jahrhundert, lebendige Gestalt annahm. Bis auf die Verträge von 1460, in denen sein Ahn Christian zum Herzog von Schleswig-Holstein gewählt wurde, mußte man zurückgehen, und von hier aus fortschreitend bis zu den Verträgen hin, durch die die gottorpische Linie im Jahre 1773 aus der aktiven Beteiligung an Besitz und Regierung der Lande rechtlich ausschied, die rechtshistorische Entwicklung aller für die Thronfolgefrage in Betracht kommenden staats-, lehns- und privatfürstenrechtlichen Momente zum Erweis dieser Ansprüche erörtern. Ob diese juristische Begründung stichhaltig war — von der überwiegenden Mehrzahl der staatsrechtlichen Autoritäten wurde sie unbedingt abgelehnt —, kommt für den Historiker nicht in erster Linie in Betracht. Peter stützte darauf das Recht des Anspruches nicht bloß auf den bis 1721 bzw. 1773 im Besitze des Hauses Gottorp befindlich gewesenen und dann auf die königliche Linie übergegangenen Anteil, sondern auf die gesamten Herzogtümer.

Der Anspruch war natürlich nur zu erheben, wenn der näher berechtigte ältere Zweig der gottorpischen Linie, das

russische Kaiserhaus, zustimmte und sein eventuelles Erbrecht dem jüngeren Zweige durch Zession übertrug. Es war dem Großherzog schon im Jahre 1860 gelungen, während eines Aufenthaltes in Petersburg, den Zaren Alexander II. dafür zu gewinnen und eine vom Fürsten Gortschakoff ausgestellte Versicherung nach seinen Wünschen zu erlangen. So führten seine auf dynastisches Recht gegründeten Ansprüche sofort wieder zu ihrer Verquickung mit den internationalen Kombinationen, die 1773 den Staat gegründet hatten. Natürlich mußte ihre Durchführung erheblich gefördert werden, wenn das Gewicht Rußlands zu ihren Gunsten in die Wagschale fiel.

Immerhin war die Position Peters keineswegs günstig. Indem sie sich nur auf dynastische, von Rußland lau unterstützte, in Deutschland sehr gering gewertete Ansprüche gründete, mußte sie alsbald mit der nationalen Bewegung in einen starken Zwiespalt geraten. Daß Peter nun aber, von seinen persönlichen Wünschen fortgerissen, über den dynastischen die nationalen Gesichtspunkte keineswegs aus dem Auge verloren hatte, bewies er von vornherein dadurch, daß er mit seinen Ansprüchen nach der Thronbesteigung Christians IX. zunächst zurückhielt. Obwohl er sie vertraulich sowohl dem Hause Augustenburg als dem König von Preußen mitteilte, wollte er im allgemein-deutschen Interesse nicht eher offen hervortreten, als die Auseinandersetzung mit Dänemark erfolgt sei, um während des Krieges eine Spaltung Deutschlands zu vermeiden.

Erst als der Krieg durch die Erstürmung der Düppeler Schanzen in der Hauptsache entschieden war, zögerte er nicht länger. Am 31. Mai 1864 erklärte der russische Botschafter auf der Londoner Konferenz, daß sein Kaiser durch den Hinfall des Londoner Protokolls von 1852 seine Erbrechte als wieder in Kraft getreten betrachte, sie aber dem Großherzog von Oldenburg übertragen wolle; am 19. Juni traf Peter mit dem Zaren Alexander in Kissingen zusammen und erwirkte im Sinne der früheren Verabredungen ein kaiserliches Handschreiben, das die förmliche Abtretung seiner angeblichen Rechte in Aussicht stellte; am 23. Juni meldete er seine Ansprüche bei dem Bundestage förmlich an. Die Ablehnung in Deutsch-

land war allgemein. Der großen nationalen Bewegung gegenüber, die unter dem Zeichen des angestammten Herzogs Friedrich VIII. Konservative und Liberale, Fürsten und Völker in überschwenglichem Rausche vereinigte, erschien der Großherzog als der Störenfried in der Eintracht, der mit unlauterem Wettbewerb das bessere Recht des Augustenburgers antasten wolle; den Liberalen zumal galt die spezifisch dynastische Begründung als ein unerträglicher Anachronismus — als wenn die Stellung des Augustenburgers sich nicht auf ähnliche Grundlagen gestützt hätte. So häuften sich die Proteste und Kundgebungen von allen Seiten; sie waren in Schleswig-Holstein fast einstimmig und sie blieben auch im Oldenburger Lande nicht aus. So gut wie alle andern deutschen Volksvertretungen stellte sich der oldenburgische Landtag fast einmütig auf die Seite der augustenburgischen Ansprüche; überall im Lande sprachen entschiedene Kundgebungen ihr Bedauern über die Sonderaktion ihres Fürsten aus. Es zeigte sich, daß die Wege der Dynastie und die des Landes, wie sie verschiedener Herkunft waren, auch zuzeiten wieder auseinander gehen konnten; ja für den Fall, daß das Unternehmen Peters gelang, lag eine völlige Trennung der beiden nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit.

Es wäre nicht abzusehen gewesen, wie unter diesen Umständen seine Kandidatur überhaupt eine gewisse Bedeutung erlangen sollte. Aber sie besaß einen platonischen Freund, der über eine andere tatsächliche Macht verfügte als die Begeisterung des Volkes: Preußen. Peter hatte schon sehr früh den König Wilhelm und seinen Minister über seine Absichten und die Zustimmung Rußlands verständigt, und wenn er den König sich keineswegs geneigt gemacht hatte, so war er bei Bismarck doch auf ein gewisses Entgegenkommen gestoßen. Es war klar, daß Bismarck nichts Erwünschteres kommen konnte als die Anmeldung neuer Rechtsansprüche, weil dadurch die Entscheidung der Rechtsfrage erschwert, jedenfalls aber hinausgeschoben wurde. Mit der Losung: rückhaltlose Prüfung der verschiedenen Ansprüche, konnte er die diplomatische Aktion des Augustenburgers zunächst zum Stillstand nötigen, er gewann auf alle Fälle Zeit, um einer Lösung

im preußischen Sinne die Wege zu ebnen. Das alles war so offensichtlich, daß viele kluge Leute eben deswegen die Aktion Peters für eine Diversion der preußischen Politik erklärten. Sodann kam für Bismarck ein besonderer Anlaß hinzu, der oldenburgischen Kandidatur ostentativ — wenn auch mit dem Vorbehalt der Prüfung — das Wort zu reden: er tat mit dieser theoretischen Bevorzugung dem russischen Kaiser einen billigen Gefallen, was er im Interesse seiner Gesamtpolitik, zumal während des dänischen Krieges, nicht verschmähen durfte. So ließ er sich am 10. Juni vom Zaren in Kissingen wegen der freundlichen Aufnahme der Kandidatur beloben, erklärte amtlich und außeramtlich, daß nunmehr die Lage völlig verändert sei, und vermaß sich dem Herzog von Augustenburg gegenüber zu der Rodomontade, er wolle es unternehmen, in drei Tagen die Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg durchzubringen. In Wirklichkeit bedeutete sie für ihn nicht viel mehr als ein neues Eisen in dem Feuer, das vor allen Dingen das gute preußische Schwert zu härten bestimmt war. Daß ein tatsächliches Eingehen auf die Ansprüche Peters für Bismarck außer aller Berechnung gelegen hätte, wird man nicht sagen dürfen, weil der große Realpolitiker stets auch andere Möglichkeiten als die schließlich erfolgte preußische Lösung in Betracht zog. Sollte es äußerstenfalls doch zur Gründung eines neuen Mittelstaates kommen, so zog er allerdings die Persönlichkeit Peters dem Augustenburger vor. Einerseits stand der Großherzog in keiner Beziehung zu den liberalen Politikern, die in Preußen und Deutschland die Stimmung des Volkes beherrschten, die Majoritäten der Parlamente auf ihrer Seite hatten und ihren Einfluß bis tief in die höfischen Kreise, auch in Preußen, ausdehnten; aus Rücksichten der inneren preußischen und der gesamtdeutschen Politik wäre er für Bismarck unvergleichlich annehmbarer gewesen als der ihm eben durch jene Parteiverbindungen unsympathische Augustenburger. Und während dieser in seinen Konzessionen an Preußens militärische und maritime Machtstellung in den Herzogtümern von Bismarck als zu kleinlich auf seine fürstliche Souveränität bedacht erfunden wurde, schien Peter auch in dieser Hinsicht zuver-

lässigere Garantien zu bieten: gerade damals — gewiß im Zusammenhange mit den schleswig-holsteinischen Absichten des Großherzogs — war durch einen neuen Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg die Abtretung im Jadegebiet erweitert worden.

Ob Großherzog Peter zeitweilig auf Bismarcks Unterstützung ernstlich gebaut hat, ist nicht leicht zu bestimmen. Daß er aber keineswegs willens war, dieser Politik als bloßes Werkzeug zu dienen, steht den gegenteiligen augustenburgischen Behauptungen zum Trotz außer Zweifel. Auf die Länge freilich konnte es ihm nicht entgehen, daß er in Wirklichkeit nicht viel anderes vorstellte. Schon in den Monaten, nachdem er die von der öffentlichen Meinung abgelehnte und von der augustenburgischen Partei als „ein Meisterwerk der Rabulistik" verurteilte Begründung seiner Sukzessionsansprüche am 3. November beim Bundestage überreicht hatte, begann er seine Hoffnungen tiefer zu stellen. Er mußte einsehen, daß die meisterhafte Diplomatie Bismarcks, die seiner Kandidatur noch das meiste Wohlwollen zu erweisen fortfuhr, wenn doch einmal nicht das Recht, sondern die Macht entscheiden sollte, die Früchte des Sieges lieber sich selber als jedem andern zu gönnen entschlossen war. Die öffentliche Meinung hatte sich längst an das Schlagwort gewöhnt: Der Großherzog von Oldenburg ist die preußische Annexion auf dem Umweg. Allmählich aber schien die volle Annexion immer deutlicher als die voraussichtliche Lösung emporzusteigen. So kam es für Peter bald nur noch darauf an, sich rechtzeitig mit dem Löwen gutwillig auseinanderzusetzen, als noch länger mit ihm zusammen auf die Jagd zu gehen und ganz ergebnislos heimzukommen. Die entscheidenden Verabredungen sind allem Anschein nach am 1. und 2. Juni 1865 in persönlicher Verhandlung zwischen Peter, König Wilhelm und Bismarck in Berlin getroffen worden. Der Inhalt ist noch nicht genau bekannt geworden. Duncker erzählte anscheinend über diese Zusammenkunft an Bernhardi, der Großherzog sei bereit gewesen, seine Rechte, wenn sie anerkannt würden, auf Preußen zu übertragen; ein paar Wochen vor der Zusammenkunft von Gastein sei darüber ein förmlicher Vertrag verabredet worden und habe

zur Unterschrift bereitgelegen; die Sache sei aber der augustenburgischen Partei und durch sie dem österreichischen Kabinett bekannt geworden. Eine Depesche Bismarcks an den preußischen Gesandten in Oldenburg, Prinzen von Ysenburg, vom 9. Juni 1865 sprach allerdings jetzt die Berücksichtigung des von Oldenburg behaupteten Erbrechts durch Preußen aus, soweit diese Ansprüche sich nachweisen ließen; auch Österreich gegenüber erklärte er sich von neuem zu Verhandlungen über die Einsetzung des Souveräns bereit, falls man in Wien den Großherzog von Oldenburg annehme — um die wohl kaum unerwartete Antwort zu empfangen, daß dieser für Österreich unannehmbar sei.

Als es nun doch noch gleich darauf zu der überraschenden Einigung zwischen Österreich und Preußen im Gasteiner Vertrage kam, scheint Peter jede Hoffnung für sich aufgegeben zu haben. Sehr wahrscheinlich hat er sich damals (er hielt sich gleichzeitig in der Nähe, in Berchtesgaden und Salzburg, auf) mit Bismarck über die Grundlagen seines späteren Verzichtes geeinigt. Die endgültige Abfindung erfolgte erst nach dem Kriege von 1866; durch Staatsvertrag mit Preußen vom 27. September 1866 wurde dem Großherzog für den Verzicht auf alle seine Ansprüche das holsteinische Amt Ahrensböck abgetreten und die Summe von einer Million Taler gezahlt. So endigte die mit großen Hoffnungen unternommene Aktion zwar nicht ohne jedes Ergebnis — das bisher aus zwei zusammenhangslosen Gebietsteilen bestehende Fürstentum Lübeck wurde jetzt erst zu dem heutigen Umfange abgerundet —, aber doch mit einer Enttäuschung, die in den persönlichen Beziehungen des Großherzogs zu Bismarck dauernd einen Stachel zurückgelassen hat.

Innerhalb der deutsch-nationalen Tendenz Peters bildet diese vorwiegend dynastische Bestrebungen verfolgende Episode eine Abirrung. In den Jahren, wo Bismarck das Reich schuf, konnte sie keinen Erfolg haben, sondern erschien, in merkwürdiger Verkettung, als dienendes Glied gerade derjenigen Politik, hinter der sie zuletzt in den Schatten treten mußte. Obgleich dieser deutsche Fürst zu seinem Teile die Begründung der preußischen Hegemonie befördern half, zollte er doch wieder

in einem entscheidenden Augenblick den partikularen Kräften seinen Tribut, auf denen seine Stellung nun einmal beruhte. Geriet er dadurch auch vorübergehend in Situationen, die seiner Gesamthaltung nicht entsprachen, so hat er immerhin der preußischen Politik geringere Schwierigkeiten bereitet als die guten Patrioten, die den Herzog von Augustenburg auf ihren Schild gehoben hatten.

So blieb er auch nach dem Scheitern seiner Pläne seiner preußenfreundlichen Haltung treu. Oldenburg war der erste Bundesstaat, der nach dem Austritt Preußens aus dem Deutschen Bunde ausschied. Während Österreich damals — eine Wiederholung der Situation von 1849/50 — den König von Hannover durch das Angebot Oldenburgs fester an sich zu fesseln gedachte, suchte Peter noch in letzter Stunde durch eine vertrauliche Sendung den königlichen Schwager zur Umkehr zu bewegen. Dann aber begleitete er an der Seite Preußens seine Truppen in den Mainfeldzug.

Großherzog Peter hatte sich so selbständig und mit so innerlichem Anteil an der Vorbereitung der kleindeutsch-preußischen Lösung der nationalen Geschicke beteiligt, daß sein Versuch, auch auf ihre Vollendung entscheidend einzuwirken, durchaus begreiflich ist. Die Denkschrift, die er nach dem Kriege von 1866 über die künftige Verfassung des Norddeutschen Bundes verfaßte, ist wohl dasjenige Dokument von seiner Hand, das am tiefsten in den Kreis seiner politischen Anschauungen einführt, und wie man sie auch beurteilen mag, für seine politische Selbständigkeit ein glänzendes Zeugnis ablegt. Hier fassen wir noch einmal und am festesten das Problem, von dem wir ausgingen, das Problem des Überganges einer Individualität des deutschen Fürstenstandes in das neue Reich.

Die Einleitung der Denkschrift erörtert die ungewöhnlichen Schwierigkeiten, welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes biete: denn sie könne nur ein Provisorium schaffen und doch müsse dieses so gestaltet werden, daß es sich organisch zu einem Definitivum entwickele, und sodann solle die neue Organisation sich vorläufig auf Nord- und Mitteldeutschland

beschränken, müsse aber auch Süddeutschland aufnehmen, ja die Anschlußbestrebungen des Südens durch ihre Beschaffenheit beleben können. Diese schwierige Aufgabe werde nur gelöst werden können, „wenn man sich entschieden von allen doktrinären Theorien lossagt und an die lebensfrischen Elemente sich wendet, unter gleichzeitiger weiser Beachtung der Traditionen der Vergangenheit und der konservativen Prinzipien, und beide miteinander verknüpft ... Die Länder und Völker sind nicht dazu da, die Theoreme der Professoren zu erproben." Da nun die Frage über die Kompetenz der Zentralgewalt schon entschieden sei, so liege der Schwerpunkt in der Gestaltung der Organe des Bundes: das ist der Gegenstand der Denkschrift, die danach in drei Teile gegliedert ist: Name der neuen Schöpfung, Name des Oberhauptes, Organisation des Reichstages.

Der Großherzog dringt zunächst darauf, daß die Bezeichnung Norddeutscher Bund beseitigt werde, als geographisch nicht korrekt und vor allem durch die Erinnerung an den seligen Bund mit einem unangenehmen Klange behaftet. Statt dessen empfiehlt er: „Ich würde einfach die Firma Deutsches Reich wählen. Das Wort Reich hat einen gewissen romantischen Hauch, es knüpft an Traditionen an, welche nie erloschen sind, und wird daher populär werden." Entsprechend sucht er auch nach einem passenden Titel für das Haupt: „Da kann man nur an den Kaiser denken, in Anknüpfung an die alte tausendjährige Tradition. Ich glaube, daß in ganz Deutschland keine Idee populärer ist als die der Wiederherstellung von Kaiser und Reich, und mit Recht. Dies ist nicht bloß Romantik und Gefühlspolitik, es liegt darin ein tiefer Sinn. Dadurch wird der Idee Ausdruck gegeben, daß die Neugestaltung Deutschlands nicht bloß im Interesse der Machterweiterung Preußens geschieht, sondern daß ein wahrhaft nationales Werk geschaffen werden soll." Nur so könne die Annäherung an den Süden angebahnt und vor allem die Form gefunden werden, in der auch der König von Bayern sich dem Reiche werde unterordnen können. „Es ist im konservativen und monarchischen Interesse von großer Bedeutung, daß die Idee, die Kaiserwürde herzustellen, von den Fürsten

angeregt werde, und dem Reichstage schon beim Zusammentritt entgegengetragen wird. Je weniger der Initiative der Nationalvertretung überlassen bleibt, desto besser."

Das Schwergewicht der Denkschrift liegt jedoch in dem auch durch seinen äußerlichen Umfang ausgezeichneten dritten Teil über die Organisation des Reichstages. Der Großherzog verlangt dafür entschieden das Zweikammersystem als unentbehrlich und verwirft das Einkammersystem, „wenn nicht das konservative Interesse preisgegeben und der Demokratie und später dem Cäsarismus der Weg gebahnt werden soll." Und zwar zieht er innerhalb des Zweikammersystems als Gegengewicht des Reichstages unbedingt ein Fürstenhaus einem Staatenhause vor, das etwa wie in der Reichsverfassung von 1849 teils von den Regierungen, teils von den Ständen ernannt werde. „Ganz anders wird die Bedeutung eines wirklichen Fürstenhauses sein, in dem die Landesherrn selbst zu erscheinen berechtigt wären . . . hier knüpft man an die historische Tradition an, denn früher erschienen die Fürsten selbst auf dem Reichstage." Die Zusammensetzung des Fürstenhauses denkt er sich folgendermaßen: „Alle Fürsten, die jetzt den Norddeutschen Bund bilden, erscheinen in der Regel selbst"; und zwar haben die Könige 10 (Bayern ev. 20), die Großherzoge 6, die Herzoge 4, die Fürsten 2 Stimmen; dazu die Delegierten der freien Städte mit je 2 Stimmen; die Fürsten von Hohenzollern, ev. auch die Häupter einzelner paragierter Linien regierender Häuser; die Häupter der mediatisierten Häuser, welche Virilstimme auf dem Reichstage hatten; die Häupter der ebenbürtigen, reichsgräflichen Häuser; diejenigen neuen Mitglieder des Fürstenstandes, die zu kreieren dem Kaiser unter Zustimmung des Fürstenhauses das Recht zustehen würde; eine beschränkte Anzahl vom Kaiser oder auch von Einzelstaaten zu ernennender lebenslänglicher Mitglieder. Für die Leitung der Geschäfte sei eine Kanzlei zu bestellen, bestehend aus einem Kanzler, Vizekanzler und drei Syndicis, welche vom Hause auf Lebenszeit zu wählen wären aus Mitgliedern höherer Gerichte. Jedes Mitglied müsse seinen bestimmten Platz haben; die Plätze seien nach Kategorien abgesondert und innerhalb derselben entscheide der

Rang. Hinsichtlich ihrer Kompetenz sollen beide Häuser des Reichstages ganz gleiche Rechte genießen, „damit das Abgeordneten- oder Volkshaus nicht zu mächtig werde", zumal in der Budgetbewilligung; für die Zusammensetzung des Volkshauses werden wenigstens direkte Wahlen und Diäten abgelehnt. Als „Schlußstein des neuen Baues" wird ein Reichsgericht errichtet, um als Forum für „Sukzessionsstreitigkeiten in den regierenden und mediatisierten Häusern, sowie Konflikte zwischen Regierungen und Ständen" zu dienen.

In den politischen Gedankengang des Großherzogs führen die Motive noch tiefer ein: „Diese Organisation würde meiner innigsten Überzeugung nach die größten Vorzüge bieten und wesentlich zur heilsamen Entwicklung beitragen. Sie schaffte eine bedeutende konservative Macht. Sie gäbe ferner den Fürsten, die zum Besten der neuen Entwicklung einen großen Teil ihrer Rechte opfern müssen, einigen Ersatz, indem sie ihnen die Möglichkeit gäbe, persönlich in würdiger Weise den alten historischen Traditionen entsprechend, auf die allgemeinen nationalen Fragen einzuwirken, und zwar als lebendige Wesen, nicht bloß als schemenhafte ‚Staatsoberhäupter' nach der konstitutionellen Schablone." Auf diesem Wege würde die Vergangenheit in organischer Weise mit der Gegenwart und Zukunft verknüpft. Den mediatisierten Familien gegenüber würde nun endlich die angelobte Gerechtigkeit geübt und zugleich in ihnen ein Kreis treuer Anhänger der neuen Ordnung gewonnen werden. Zum Schluß wiederholt der Großherzog noch einmal seine Überzeugung, mit diesen Ideen „das richtige Mittel zur heilsamen, ruhigen, organischen Entwicklung" gefunden zu haben, während „sonst in nicht ferner Zeit die bedrohlichsten demokratischen und revolutionären Strömungen das Übergewicht erlangen werden."

Der politische Gehalt dieser Denkschrift bildet ein streng geschlossenes Ganze, aus dem man nicht das eine oder das andere Stück herausbrechen darf; nur im Zusammenhang kann man sie zutreffend würdigen, und ihre Eigenart erkennt man am deutlichsten, wenn man den Grundriß, der in ihr

entworfen wird, mit dem von Bismarck geschaffenen Gebäude verglеicht.

Die beiden am ersten in die Augen springenden Charakteristika der Denkschrift sind: sie will, darin verwandt den Ideengängen der Liberalen, den Schwerpunkt der Neuschöpfung in das Reich und seine zentralen Institutionen hineinverlegen; sie will aber zugleich diese zentralen Institutionen so gestalten, daß sie den Traditionen, den konservativen Kräften des Staatslebens einen ganz anderen Raum gewähren, als die auf das Ideal des parlamentarischen Einheitsstaates lossteuernden Liberalen es sich dachten; mit solchen Mitteln hofft sie am ehesten ein Gegengewicht gegen die unitarischen Tendenzen und das Übergewicht der preußischen Kaiserdynastie finden zu können. Man erkennt, unter dem Gesichtswinkel Peters stellte sich das Werk Bismarcks zugleich föderalistischer und zentralistischer, zugleich demokratischer und konservativer dar: föderalistischer insofern, als Bismarck den Schwerpunkt nicht in die einheitlichen Institutionen des Reiches, sondern in das Zusammenwirken der verbündeten Einzelregierungen verlegte, und doch wieder zentralistischer insofern, als er innerhalb dieser Sphäre alles an die Kraft des preußischen Königsstaates band. Der Großherzog erklärt zwar in der Einleitung seiner Denkschrift ausdrücklich, einen anderen Weg einzuschlagen, als die doktrinären Konstruktionen der Professoren es zu tun pflegten, aber im ganzen hat der von ihm aufgestellte Entwurf viel mehr Ähnlichkeit mit jenen Erzeugnissen als mit der durch und durch realistischen Schöpfung Bismarcks; wie kompliziert und konstruiert erscheint der von ihm entworfene Plan neben der einfachen Anknüpfung Bismarcks an die gegebenen Verhältnisse. Und da erkennt man an diesem Beispiel deutlich, wie tief der deutsche Gedanke im Laufe des 19. Jahrhunderts auch die besten Geister des deutschen Fürstenstandes, zumal in den Kleinstaaten, durchdrungen hat; das war es, was Peter seit seinen Jünglingsjahren mit dem Einheitsdrange der Patrioten verknüpfte und von dem Partikularismus mancher Fürsten, besonders der Mittelstaaten, trennte; in diesem Reichsgedanken, dem zuliebe er die Sonderrechte seiner Dynastie opfern will, verschwinden ihm fast die realen

politischen Gewalten, selbst die preußische Krone (es ist nicht ersichtlich, wie er sich ihre Vertretung im Oberhause vorstellte), die doch aus eigener Kraft die Wendung von 1866 herbeigeführt hatte.

Ohne Zweifel bildete für den Großherzog die Sorge vor einer preußisch-unitarischen Zentralisation liberaler Färbung einen treibenden Gedanken bei seinen Vorschlägen. Und allerdings schien eine solche Sorge nach 1866 eine größere Berechtigung zu haben als später im neuen Reiche die Erfahrung bewiesen hat; in dem Norddeutschen Bunde war die Stellung der wenigen Kleinstaaten gegenüber Preußen erheblich gefährdeter als von dem Momente an, wo Süddeutschland in den Bund eintrat. Peter war nicht der einzige Fürst, der damals befürchtete, daß der Anfang vom Ende vor der Tür sei und rettungslos in die Mediatisierung hineintreibe; ihrer aller Sorge war, ins Gedränge zu kommen zwischen den unitarisch-demokratischen Kräften der Massen, die Bismarck mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht aufrief, und dem erdrückenden Schwergewicht der Krone Preußen. Gleichmäßig vor beiden Möglichkeiten suchen sie Rettung in der Ausgestaltung der Reichsverfassung. Es ist auch nicht ohne Grund, wenn Peter für diese Verfassung ein geschlossenes System rechtlicher Garantien gewünscht hätte, während Bismarck bekanntlich die Kompetenzen des Bundes „in elastischen, unscheinbaren, aber weitgreifenden Ausdrücken" gefaßt wissen wollte; der eine suchte nach Sicherstellung des Rechtes der Kleinen, der andere wußte, daß das Schwergewicht der Macht sich am besten innerhalb lockerer Formen durchsetzen werde.

Einen besonderen Wert legt der Großherzog auf die konservativen Elemente seiner Verfassungsvorschläge; dieses Motiv kehrt so häufig wieder, daß die Beurteilung Peters als eines politischen Liberalen schwerlich dabei Raum behält. Verständlich aber wird auch diese Tendenz erst, wenn man erkennt, daß es sich für ihn darum handelt, ein Gegengewicht gegen das demokratische Volkshaus des Einheitsstaates und zugleich die Alleinherrschaft Preußens zu gewinnen. Er findet daher die einzelnen Bestandteile dieser konservativen Elemente nicht, wie Bismarck es getan hat, ausschließlich in den

Regierungen, sondern in einem System von Potenzen von etwas vergilbtem Ansehen. Gewiß bedeutete die historische Tradition auch für den Gründer des Reiches etwas Großes, aber er band sie doch an eine Macht und einen Staat, die sich in der Welt ruhmreich behauptet hatten: dagegen erscheint Peters Vorliebe für die Vertretung mediatisierter reichsfürstlicher und reichsgräflicher Familien, dieses Zurückgreifen auf die leblosen Formen und Erinnerungen des alten Reiches etwas anachronistisch. Bismarck rechnete realpolitisch nur mit den Machtfaktoren, die er vorfand, aber auch mit den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten, je nach dem tatsächlichen Gewicht, das sie besaßen; Peter dagegen wollte künstlich noch andere Traditionen neu beleben, die in der Welt nach 1866 von sich aus keine Geltung mehr hatten. Es hängt das mit ganz persönlichen Anschauungen des Großherzogs, eines genauen Kenners des älteren Reichsrechtes und Privatfürstenrechtes, zusammen; in seinem näheren fürstlichen Umgange dominierten, halb durch Zufall, solche Elemente, die weniger reale Macht als angefochtene oder von der Geschichte zerbrochene Rechtstitel aufzuweisen hatten. Mit Recht hat man darauf aufmerksam gemacht: „Es ward von manchem als eine nicht glückliche Fügung angesehen, daß den Großherzog seine verwandtschaftlichen Beziehungen in nahe Verbindung mit so manchen depossedierten fürstlichen Existenzen gebracht hatten, und es ward gelegentlich die Besorgnis laut, daß durch diese in einer abgestorbenen Vergangenheit wurzelnden Verbindungen ihm die Freude an den lebendigen Strömungen und Bildungen der Gegenwart verkümmert werden möchte."

So erhält sein Entwurf ein auf den ersten Anschein zwiespältiges Ansehen. Es ist eine Art Verquickung des demokratischen Mehrheitsprinzips mit dem traditionellen Prinzip der persönlichen Vertretung Altbevorrechteter, eine Verquickung des alten römischen Reiches deutscher Nation mit den neuen Formen eines modernen parlamentarischen Einheitsstaates. Und es ist begreiflich, daß der schöpferische Minister des Königs von Preußen, der Sieger von 1866, dafür kein Entgegenkommen zeigen konnte. Es wäre diesem natürlich als Widerspruch erschienen, die Häuser Hannover,

Nassau, Hessen-Kassel, Augustenburg aus dem regierenden Fürstenstande zu streichen und die vergessenen Rechte reichsgräflicher Häuser verfassungsmäßig zu erneuern; wenn er schon Konzessionen machte, so wurden sie dem liberalen Gedanken gemacht als Kitt für den neuen Bund der Regierungen, die von Preußen am Leben gelassen waren.

So fielen die Vorschläge Peters zu Boden. Der Minister von Rössing, der im Januar 1867 zu den Ministerkonferenzen über den Verfassungsentwurf in Berlin erschien, suchte zwar mit einer Anzahl seiner Kollegen Fühlung zu gewinnen, um an dem Entwurfe Bismarcks Kritik zu üben, fand aber in den Verhandlungen keine Gelegenheit, mit Änderungsanträgen durchzudringen. Darüber geriet die Zustimmung des Großherzogs zu dem preußischen Verfassungsentwurf ins Schwanken, und es bedurfte, um sie herbeizuführen, eines diplomatischen Zwischenspiels in Oldenburg selbst. Der Großherzog erkannte bei dieser Gelegenheit, daß sein Wort beim Ausbruch des Krieges: Wer mit raten will, muß auch mit taten, bei großen geschichtlichen Neubildungen seine Einschränkungen erfährt. Es war eben nicht anders: auch bei dem Ausbau des Reiches entschied die Macht, die das Schwert hatte in die Wagschale werfen können und die reale Machtverteilung zur Grundlage der Verfassung bestimmte, dergestalt, daß die Kraft des Königsstaates Preußen doch den Kern des neuen Reiches bildete. Und dabei blieb es. Als Großherzog Peter im Herbst 1870 die Stunde für gekommen hielt, um bei Gelegenheit des Anschlusses der süddeutschen Staaten an den Nordbund durchgreifende Verfassungsänderungen durchzusetzen und nunmehr in der Schrift „Die Revision der Norddeutschen Bundesverfassung und die Oberhausfrage" die von ihm ergriffenen „guten und gesunden Gedanken" noch einmal zu vertreten versuchte, da geschah es ohne jeden Erfolg gegenüber dem tatsächlichen Verlauf der Dinge. Denn es zeigte sich, daß auch Bayern sein Interesse besser gewahrt erachtete, wenn es, mit einigen Reservatrechten ausgestattet, seine Machtsphäre im ganzen ungebrochen in das neue Reich hinein nähme; es wußte, daß das Schwergewicht der Dinge auch dem mächtigsten

Mittelstaat nach Preußen genügend freie Bewegung gestatten würde.

Trotzdem hat Peter in diesen Jahren der Reichsgründung mit rückhaltloser Freude die Vollendung dessen erlebt, wofür sein Vater und er schon in den fünfziger Jahren Opfer gebracht hatten. Als er nach der Kapitulation von Metz — während der ganzen Belagerung hatte er sich in der Nähe der oldenburgischen Truppen gehalten —, zum ersten Male die Festung betreten hatte, schrieb er an seine Gemahlin: „Wie erhebend es ist, solche Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung zu erleben, läßt sich nicht schildern. Mehr als 300 Jahre ist Metz Deutschland entrissen gewesen, und mir war es vergönnt, seine Einschließung mit zu erleben und nun am ersten Tage nach seiner Wiedergewinnung diese kolossale Feste betreten zu können und mich am Anblick des herrlichen Domes zu erfreuen, das ist eine große Gnade Gottes." Und die Teilnahme an der Kaiserkrönung in Versailles erfüllte ihn mit ähnlichem Hochgefühl über die Herrlichkeit des Erlebten. „Es ist wirklich rührend", schreibt Abeken, „mit welcher naiven, entzückten Freude der Großherzog von Oldenburg schon neulich und wieder heute ganz hingerissen von dieser Feier sprach. Man sieht doch, auf wie viele die Erinnerung des alten Kaisertums und der alten Kaiserherrlichkeit noch wirkt." Was er als Jüngling hatte scheitern sehen und dann zu seinem Teile mit hatte erstreben helfen, das erfüllte sich jetzt vor ihm in einem einzigartigen Erlebnis. Und diese Freude am Reich hat er sich Zeit seines Lebens nicht verkümmern lassen, auch dann nicht, wenn der Ausbau der Reichsinstitutionen seinen Wünschen nicht entsprach.

Auch seine fürstliche Stellung wurde durch die Ereignisse von 1866 und 1870 im Kerne verändert. Die Dynastien haben ja fast ohne Ausnahme seitdem äußerlich an Macht verloren, aber an innerer Stärke unvergleichlich gewonnen: gerade von unitarischer Seite hat man betont, wie sie über den ihnen einst feindlichen Einheitsdrang des Volkes emporgehoben, seitdem dieser im neuen Reich seine Befriedigung gefunden hat, nunmehr den großen Interessen der Nation nicht mehr abgewandt, sondern enger als je in ihrer ganzen Geschichte

mit ihnen verbunden sind. Wie die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte ihrer Territorien aus der nationalen Gemeinschaft neues Leben geschöpft haben, so ist auch dem Körper der Dynastien, wo sie sich gehalten haben, erst durch die neubegründete nationale Gemeinschaft frisches Blut zugeführt worden. Sie sind wertvoller für die Nation geworden.

Freilich, die Dynastien, die auch ihrerseits bei der Reichsgründung große Opfer gebracht hatten, mußten doch an einer gewissen Grenze stehen bleiben, wenn sie sich in ihrem Selbst behaupten wollten. Es konnte nicht anders sein, als daß auch Peter einer unitarisch gerichteten Reichspolitik liberaler Färbung, wie sie von vielen gefordert wurde, entgegengesetzt blieb und stets auf Erhaltung der föderalistischen Elemente der Reichsverfassung drang. Es hängt damit zusammen, wenn er in seinem Lande die in den 70 er Jahren herrschende nationalliberale Parteigesinnung nicht eben freundlich ansah und wohl gar, bei dem Mangel an eigentlich konservativen Elementen (außer den Katholiken), die noch weiter nach links stehenden, aber minder unitarischen Gruppen des Liberalismus tolerierte. Wo er selbst Gelegenheit fand, im neuen Reiche diesen Überzeugungen nachzuleben, verschmähte er es nicht, seiner reichstreuen Gesinnung unbeschadet. Schon im August 1866 hatte er sich, trotz alles Vorangegangenen, in Berlin im Verein mit dem Grafen Münster persönlich bemüht, Hannover vor der Annexion zu retten, unter der Voraussetzung, daß der König zugunsten des Kronprinzen dem Throne entsage; allein aus dem Grunde, weil er von der Annexion ein allzu starkes Übergewicht Preußens in Norddeutschland und ein schrankenloses Überhandnehmen zentralistischer Neigungen befürchtete. Als im März 1873 das braunschweigische Regentschaftsgesetz für den Fall des Todes des Herzogs ihn zum eventuellen Regenten Braunschweigs bestimmte, erklärte er gern seine Bereitwilligkeit, unter der — nachher nicht eingetretenen — Voraussetzung, daß der Kaiser das Gesetz garantiere; der ihn leitende Gedanke war wiederum, daß die auch von ihm anerkannte Unmöglichkeit der hannoverschen Thronfolge in Braunschweig nicht den Anlaß zu einer verhüllten Annexion geben dürfe. Auch in den folgenden Jahr-

zehnten trat er mehrfach als Vermittler in den Ausgleichsverhandlungen zwischen Preußen und dem vormalig hannoverschen Königshause auf, wozu er durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Welfen berufen war; der Dynastie, deren Politik ihn einst in das preußische Lager getrieben hatte, suchte er nunmehr im gemeinsamen Interesse einen Teil ihrer Stellung wiederzugewinnen.

Zur Befestigung seiner eigenen Dynastie unternahm er nach dem französischen Kriege, das vielfache Zweifel und Lücken aufweisende Familienrecht der jüngeren Linie des Hauses Holstein-Gottorp zu kodifizieren; das Hausgesetz vom 1. September 1872, welches ein Kenner des Privatfürstenrechts als „einen signifikanten Ausdruck des Rechtsbewußtseins der hochadeligen Familie in seiner neuesten Gestalt" bezeichnet, ist sein eigenstes Werk. Als das Oberhaupt des großherzoglichen Hauses, das alle Nachkommen des Herzogs Peter Friedrich Ludwig umfaßt (auch die in Rußland lebende Linie), gilt der regierende Großherzog (Art. 3); wenn daneben als „höchster Chef" des Großherzoglichen Hauses das Oberhaupt der Herzoglich Gottorpischen Hauptlinie, S. M. der Kaiser von Rußland, angeführt wird und ihm das Hausgesetz zur Genehmigung unterbreitet werden soll (Art. 4), so sollten damit nach dem Sinne seines Urhebers dem Kaiser nur die letzten Ehren erwiesen werden und die autonome Konstituierung der jüngeren Linie für alle Zukunft außer Zweifel gestellt sein. Großherzog Peter mußte lange noch mit der Möglichkeit rechnen, daß der außerhalb des Deutschen Reiches und der deutschen Nationalität stehende Zweig seines Hauses einst zur Nachfolge im Großherzogtum berufen sein möchte. Um so tiefer empfand er mit seinem Lande in seinen letzten Lebensjahren das Glück, daß seit der Geburt seines Enkels Nikolaus diese Aussicht nach menschlichem Ermessen weit zurückgewichen war.

Der Haltung der Dynastie in der auswärtigen Politik, in den deutschen Angelegenheiten, verdankt es das Oldenburger Land, daß es unbeschadet seines rückhaltlosen Aufgehens in das Reich sich doch seines territorialen Sonderlebens nicht

zu entäußern brauchte. Und gerade in diesem Sonderleben hat es während der siebenundvierzigjährigen Regierung Peters einen Aufschwung genommen, der auch in diesem kleinsten Kreise die Wahrheit bestätigt, daß das auswärtige und innere Dasein der Staaten eine untrennbare Einheit bildet. Wer heute im Lande selbst die Geschichte dieser Regierung schreiben will, wird auf diese nächstliegende Tätigkeit im Innern, in Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft das Hauptgewicht legen: überall eine reiche Entwicklung, die erfreulicherweise allen Klassen der Bevölkerung mit einer gewissen Gleichmäßigkeit zugute gekommen ist. In diesem halben Jahrhundert ist die wirtschaftliche Kraft des Landes stärker verändert worden als in den letzten drei Jahrhunderten vorher. An dieser Stelle kann dieser Fortschritt weder im ganzen noch im einzelnen gewürdigt werden. Denn der Anteil des dahingeschiedenen Fürsten an diesen Dingen ist nur sehr mittelbar als persönliches Verdienst in Anschlag zu bringen, sondern bleibt vorwiegend in der Pflichttreue beschlossen, mit der er auch hier die Geschäfte seines Amtes geführt hat. Er war darin seinem Vater und seinem Großvater ebenbürtig.

Der Charakter der inneren Regierung Peters ist hier nur noch insofern zu bestimmen, als uns dadurch auch das innerste Wesen seiner Persönlichkeit erschlossen wird. Man hat wohl die Frage aufgeworfen, ob der Großherzog persönlich ein konservativer oder ein liberaler Mann war, und ob die Grundrichtung seiner Regierung in diesem oder jenem Sinne gekennzeichnet war. Die Antwort ist verschieden ausgefallen, sie kann fast mit demselben Rechte so oder so gegeben werden, je nachdem man die Begriffe faßt: vielleicht wird keines dieser parteipolitischen Schlagworte ohne Einschränkung sich auf ihn anwenden lassen.

Großherzog Peter war in seiner persönlichen Haltung auf den ersten Anblick ein konservativer Mann. Er war auf religiösem Gebiete aufrichtig konservativ gesinnt, ohne aber seine eigene Überzeugung zur ausschließlichen Richtschnur seines landesherrlichen Kirchenregimentes — etwa nach dem Vorbilde der lutherischen Landeskirchen Hannovers

und Mecklenburgs — zu machen. Er war ein Konservativer, der human genug dachte, auch die andern gewähren, ja selbst gelten zu lassen: er bestätigte Mitglieder des Protestantenvereins als Geistliche in der Landeskirche, wenn er sich einem bestimmten Wunsche einer Gemeinde gegenüber sah. Nichts wäre aber falscher, als ihn deswegen, wie es nach seinem Tode von demokratischer Seite geschehen ist, als einen kirchlich liberalen Mann zu bezeichnen; noch in seinen letzten Lebensjahren nahm er in einem Schulstreit seine kirchlich konservativ gerichteten Räte gegen den Ansturm des liberalen Landtages entschieden in Schutz. Seine eigene Überzeugung stand ihm fest: ein demütiger Glaube, wie ihn auch der alte Kaiser Wilhelm hatte, kein Prunken und Pochen, und auch kein Bekehren. An seinem Grabe erzählte der Geistliche, als er sich zum letzten Male zur Reise nach dem Süden angeschickt hätte, habe sich seine Aufmerksamkeit auf zwei Schriften hingelenkt, von denen die eine von dem Zustande nach dem Tode handelte, und die andere, von teurer fürstlicher Hand, die Überschrift trug: Ich weiß, daß mein Erlöser lebt. Das war ihm Gewißheit.

Auch in politischen Fragen hielt er, wie wir gesehen haben, an gewissen konservativen Grundsätzen unverbrüchlich fest. Aber auch auf diesem Gebiete war er entschlossen, die Meinungen anderer nicht nach seinem Vorbilde zu modeln — wenn er nicht das Recht auf seiner Seite hatte und die Pflicht erkannte, es ungescheut zu vertreten. Sein Rechtsgefühl war unbedingt für ihn entscheidend. Das zeigte sich besonders in seinem Verhältnis zum Landtage. Der Landtag hatte nach seiner radikalen Jugendzeit in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine Periode einer kompakten Beamtenmajorität, die man wohl mit dem Namen einer oldenburgischen Landratskammer bezeichnet hat; im Laufe der sechziger Jahre machte diese Zusammensetzung der bis heute fortdauernden Platz: ein vorwiegend liberaler Bauernlandtag, in dem das Viertel Katholiken durchweg eine etwas konservativere Haltung einnimmt; wenn der Landtag fortdauernd Neigung zur Ausdehnung seiner Kompetenzen zeigte, so lag dem weniger ein Gegensatz zwischen Krone und Parlament, als die im kleinen

Kreise naheliegende Reibung zwischen der Bureaukratie und den Steuerzahlern zugrunde. Trotzdem kam Peter die längste Zeit mit dem Landtage sehr gut aus; darauf scheint eine gelegentliche Bemerkung Bismarcks, „er sei sehr bauernliberal", zu zielen. Die großen Streitpunkte waren längst ausgeschieden: auswärtige Politik und Militäretat, um die noch Großherzog August heftige Kämpfe mit seinen Landtagen ausgefochten hatte. In den beiden ernstesten Konflikten Peters mit dem Landtage in den Jahren 1876 und 1896 handelte es sich in erster Linie um Fragen des Eisenbahnetats, in denen die Mißgriffe der in einem kleinen Lande nicht immer ausreichenden technischen Kräfte der Volksvertretung Anlaß zu berechtigter Kritik gegeben hatten. Als aber der Landtag das letzte Mal damit einen prinzipiellen Vorstoß verband und ein Mißtrauensvotum gegen zwei Minister mit großer Mehrheit beschloß, in der Hoffnung, sie dadurch aus dem Amte zu verdrängen, wies Peter diesen Versuch zurück, da „in der Wahl dieser Form die Tendenz einer maßgebenden Einflußnahme des Landtags auf Unsere landesherrlichen Entschließungen in betreff der nach dem Staatsgrundgesetz Uns ausschließlich zustehenden Ernennung und Entlassung der Minister zu befinden" sei; er halte es, „zumal im Hinblick auf die allgemeinere Bedeutung dieser Frage für alle monarchischen Staaten Deutschlands für Unsere Pflicht, in diesem Anlaß Unsere verfassungsmäßigen Rechte in ihrem gesamten Umfange entschieden zu wahren, wie auch Wir die dem Landtage zustehenden Rechte während Unserer 43 jährigen Regierungszeit stets gewissenhaft beobachtet haben." Obgleich der Landtag in ähnlicher Zusammensetzung zurückkehrte, erneuerte er den Versuch nicht wieder.

Und doch lag eine Berechtigung vor, wenn dieser selbe Fürst als Liberaler galt und seine Regierung als liberal bezeichnet wurde.

Die Regierungsweise in den kleinen deutschen Staaten wird in der Regel, wenn nicht besondere Ursachen entgegenwirken, eine gewisse liberale Färbung annehmen. In einem großen Staatswesen wird die Einzelpersönlichkeit für den Gesamtzweck naturgemäß schärfer angespannt als in einem

kleinen, manchmal so scharf, daß der moderne Mensch sie nicht ohne Sträuben erträgt; der große Staat wird der Träger der Ideen sein, die ein immer weiteres Feld individueller Betätigung unter seine Aufsicht stellen oder gar unmittelbar in die Aufgaben der von ihm vertretenen Allgemeinheit einbeziehen möchten; in immer steigendem Grade will er heute der große Regulator alles sozialen Lebens werden, in dessen Omnipotenz der Preuße Rodbertus das Ziel aller wirtschaftlichen Entwicklung sah. Dagegen ist in dem kleinen Staate diese Anspannung weder in demselben Maße nötig noch möglich, hier wird eher die Tendenz vorwalten, die individuellen Kräfte sich freier von staatlicher Zucht entfalten zu lassen; die Gefahr bei diesem selbstgenügsamen Ausleben im kleinen Kreise ist nur — wie in der Kleinstaaterei des alten Reiches —, daß die wichtigsten staatlichen Aufgaben nach außen und innen unerfüllt bleiben und somit das Ganze ein klägliches Zerrbild seiner Zwecke wird. In den kleinen Bundesstaaten von heute tritt diese Gefahr zurück, da sie mittelbar, durch ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche, den Ansprüchen einer größeren Volksgemeinschaft unterworfen sind, und man empfindet mehr den Segen, daß sich, von den uniformierenden und zentralisierenden Gewalten weniger berührt, hier und da Bereiche einer eigentümlichen und selbständigen Lebenskraft erhalten. Der politische Fortschritt wird in den weitaus meisten Fällen von dem großen Kreise ausgehen. Dem gegenüber stellen die kleinen Staaten ein mehr retardierendes Moment dar. Der gesamten Volksentwicklung kommt diese Milderung, dieser Ausgleich politischer Gegensätze zunutze, da die soziale Gemeinschaft immer nur den einen Pol des Lebens, der andere aber immer die Freiheit des Individuums bilden wird. In diesem Sinne hat die innere Berechtigung des Partikularismus seit 1866 und 1870 eine Verstärkung erfahren; gerade die liberalen Unitarier von ehemals sehen ein, daß mit der Anhänglichkeit an den kleinen Landesherrn sich die Möglichkeit einer freieren individuellen Bewegung verknüpft. Und der kleine deutsche Bundesstaat wird sich dieser liberalisierenden Tendenz anpassen, um so mehr, wenn er schon von Hause aus, wie es im Oldenburger Lande der Fall

ist, der spezifisch konservativen Kräfte des Beharrens und Regierens, eines ansässigen Adels und Großgrundbesitzes entbehrt, wenn seine soziale und wirtschaftliche Zusammensetzung jener Tendenz noch zu Hilfe kommt.

Mit dieser im kleinen Staate gegebenen Neigung traf bei Großherzog Peter eine persönliche Überzeugung zusammen. So wenig er mit der modernen liberalen Parteidoktrin etwas zu schaffen hatte — das wollte Bismarck doch mit seinem Worte „bauernliberal" ausdrücken —, seine Staatsauffassung trug ein unzweifelhaft liberales Gepräge. Er hat dauernd unter dem Einfluß der politischen und besonders wirtschaftspolitischen Überzeugungen gestanden, die, um die Mitte des Jahrhunderts gebildet, bis in den Ausgang der siebziger Jahre die Besten unseres Volkes beherrscht haben. Jedes Übermaß staatlicher Zucht: Zwang, Regiererei, Polizeiwillkür lag ihm von Natur fern oder war ihm verhaßt; er widerstrebte dem in der Gesetzgebung des Reiches sowohl als seines eigenen Landes. Im Reiche wollte er die Zwangsgesetzgebung gegen die Ultramontanen und Sozialisten nicht mitmachen, weil er grundsätzlich nichts davon erhoffte. Bei der Entscheidung über das Jesuitengesetz enthielt sich die oldenburgische Regierung im Bundesrat ihrer Stimme, und in ihrem eigenen Lande vermied sie peinlich jede kulturkämpferische Neigung; es spielte hier allerdings die Rücksicht auf die katholische Bevölkerung des Münsterlandes mit, die noch 1866 die Parteinahme für Preußen sehr bitter empfunden hatte, aber seit Beginn der siebziger Jahre sich unter die loyalsten oldenburgischen Untertanen stellte. Ebenso blieb Peter für seine Person überzeugt, daß jede Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Zwangsmaßregeln den entgegengesetzten Erfolg haben werde; er urteilte über das Sozialistengesetz: „geistige Bewegungen kann man nicht mit der Polizei bekämpfen", und fuhr auch während der Herrschaft des Sozialistengesetzes fort, sich unmittelbar über den Charakter der Bewegung zu unterrichten.

So blieb er auch nach dem wirtschaftspolitischen Umschwung im Reiche den wirtschaftlichen Grundgedanken des Liberalismus treu. Es war und blieb sein Glaubenssatz, daß durch freiwilligen Zusammenschluß der Einzelkräfte zu gemeinsamer

Tätigkeit das Höchste auch im wirtschaftlichen Leben erreicht werden könne. Ein langjähriger, ihm persönlich und politisch am nächsten stehender Mitarbeiter urteilt, daß die Grundgedanken der auf dem Prinzip staatlichen Zwanges aufgebauten sozialpolitischen Gesetzgebung ihm eher fremd als sympathisch waren. Er fühlte sich fremd und fremder in einer Zeit, da die Wirtschaftskämpfe die einzelnen Klassen der Bevölkerung gegeneinander trieben und eine jede mit Anforderungen an den Staat herantrat. In einer seiner letzten politischen Kundgebungen sagte er: „Der leidenschaftliche Parteigeist, der Materialismus, der sich jetzt überall zeigt und die Interessen der einzelnen Personen oder Berufsgruppen in den Vordergrund stellt und den Blick für das Wohl des Ganzen nicht mehr zu würdigen versteht, sind eine ernste Gefahr für unsere Zukunft." Noch in seinem letzten Lebensjahre gab er äußerst ungern dem Verlangen seiner Landwirte nach, daß die oldenburgische Landwirtschaftsgesellschaft, deren Leistungen in der Form der freien Korporation er besonders hochschätzte, in die Zwangsorganisation einer Landwirtschaftskammer verwandelt werde.

Es lag auf der Hand, daß eine solche Natur alles, was nach Polizeiregiment schmeckte, vollends nicht ertrug. Als vor Jahren einmal ein Handwerksbursche wegen „Beleidigung" des Großherzogs zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden war, gab er alsbald den bestimmten Befehl: „Sofort laufen lassen; kann mich nicht beleidigen. Wenn's ihm im Oldenburger Lande nicht gefällt, mag er weiter gehen." Und wo nun gar die Polizei ihren schützenden Arm über die feineren Gebiete menschlicher Betätigung ausstrecken wollte, da regte sich in dem künstlerisch gebildeten Manne der stärkste Widerspruch: in seinem letzten Lebensjahre urteilte er über die sog. lex Heinze kurzab: „es ist absurd, die Venus von Milo unter die Kontrolle des Gendarmen zu stellen."

So ruht doch auf dem tiefsten Grunde seiner Individualität ein gutes Stück liberaler Ideale, von dem Vater und Großvater schon auf ihn vererbt, durch die Erziehung in ihm befestigt, in seinem eigenen politischen Leben niemals verleugnet. Es war das Humanitätsideal des 18. Jahrhunderts,

das, in gewisser Beschränkung freilich, ihm doch im Blute lag. Er war ein Fürst noch von der alten Generation, auf vornehme Zurückhaltung bedacht, weder zu Prunk noch zu Reden noch zu anderem öffentlichen Hervortreten sehr geneigt: so populär der „alte Peter" in dem Lande war, mit dem er durch ein halbes Jahrhundert gemeinsamer Geschicke verbunden war, er hat diese Popularität niemals gesucht. Der billige fürstliche Sport der „Leutseligkeit" behagte ihm nicht, so manche Züge von gewinnender Herzensgüte und Milde auch erzählt werden. Er empfand auch da einfach und menschlich. Schlicht, wie einst der alte Herzog Peter, ging auch der Enkel durchs Leben.

Die beste Freude genoß er nicht im Verkehr mit der Außenwelt, sondern in der Natur und Kunst. Er hatte zu seinen Gärten und Parkanlagen ein ganz persönliches Verhältnis, zu jedem Baum sogar, denn er blickte auf die ausgebildete lebendige Individualität in der Natur mit der Freude einer künstlerischen Empfänglichkeit; es bedurfte seiner ausdrücklichen Genehmigung, wenn einmal die Axt an einen ihm ans Herz gewachsenen Baumriesen gelegt werden mußte. Am glücklichsten hat er sich nach manchem Urteil gefühlt, wenn er als holsteinischer Gutsherr mit den Seinen leben konnte und an jedem kleinen Ereignis des wirtschaftlichen Kreises seinen ganz persönlichen Anteil nahm. Neben der Natur war es die Kunst, die ihn fesselte: und zwar galt seine Vorliebe, was für den Niederdeutschen eigentümlich zu sein scheint, durchaus der Malerei; mit reicheren Mitteln in glücklicherer Zeit konnte er die Neigungen seines Großvaters Peter, des Gönners von Tischbein, nunmehr wieder aufnehmen. Von früh auf pflegte er diese Neigung, die in ihm ein außergewöhnlich feines Kunstverständnis erzog. Die reichen Sammlungen seiner Privatgalerie, seine regelmäßigen Besuche der Kunstausstellungen in Berlin und München zeugen davon. Er war auch in der Kunst, wie überall im Leben, frei von dogmatischer Bevorzugung einer bestimmten Richtung: er suchte die echte wahre Kunst, wo er sie fand, und konnte noch zuletzt an den Leistungen der neuesten Malerei, mit sicherem Takte zwischen dem Bleibenden und der Mode

scheidend, einen reinen Genuß haben. Vor allem war er ein Verehrer der italienischen Renaissance, deren individuelle Lebensfreude ihn mächtig anzog; sie galt ihm immer als der Probierstein für die Entwicklung der Malerei der Gegenwart; er lebte, wie seine Privatgemächer auch dem Fernstehenden verraten, in dieser Zeit wie mit einem vertrauten Freunde. Und seitdem er zuerst als Jüngling die große Reise nach dem Süden, nach Italien und Griechenland unternommen hatte, die auch für seinen Vater und Großvater stets die Zier des Lebens geblieben war, trieb es ihn, zumal in den letzten Jahrzehnten, regelmäßig über die Alpen, besonders nach Florenz und Venedig, zu längerm Aufenthalt zu reisen, die Galerien und Malerateliers zu besuchen, und sein Auge an der vergangenen und ihm immer lebendig gebliebenen Pracht zu erfreuen.

Wenige Wochen, nachdem er von der letzten Italienreise in die „schwere Oldenburger Luft" zurückgekehrt war, unterlag er einem ihm schon länger beschwerlich gewordenen Leiden, rasch und friedlich, in der Mittagsstunde des 13. Juni 1900. In letztwilligen Verfügungen hatte er die Vermeidung aller unnötigen Pracht bei seinem Begräbnis angeordnet, sich den Blumenschmuck der Kränze und den Trauerpomp in den Straßen verbeten und als Grabschrift die Worte Jesu über den Zöllner gewählt: „Wer sich selbst erhöhet, der soll erniedrigt werden, und wer sich selbst erniedrigt, der soll erhöhet werden." In der schlichten Bescheidenheit seines Lebens, als ein Mensch, der nicht sich selber gesucht hatte, wollte er dahingehen. Und darum soll, was hier zum Gedächtnis eines deutschen Fürsten gesagt ist, auch nicht in Tönen ausklingen, die ihm selber fremd gewesen wären.



3.

Ein Freund Bismarcks: Graf Alexander Keyserling

1903





Der Name des Grafen Alexander Keyserling ist einem größeren deutschen Publikum zumeist wohl nur im Zusammenhange mit dem Leben Bismarcks bekannt geworden. Schon um den Großen zu verstehen, drängt es die Deutschen, auch diejenigen aufzusuchen, die ihm persönlich nahegestanden haben: sie alle trifft ein Strahl des Glanzes, der von einer großen Persönlichkeit ausgeht. Diesen baltischen Edelmann aber hat Bismarck selbst als seinen ältesten und intimsten Freund bezeichnet. Und die dauerhafteste Beziehung in Bismarcks Leben war diese Freundschaft ohne Zweifel, denn schon in der Studienzeit, im Jahre 1833, setzte sie ein, und nach dem Sturze des Kanzlers war Keyserling einer der ersten, der, selber an der Grenze des Lebens angelangt, zu einem längeren Besuch nach Friedrichsruh eilte. Vor allem aber war dieser Mann einer der Freunde, bei denen man begreift, daß sie Bismarck wirklich haben nahestehen können. Fehlte es doch in seiner Umgebung nicht an Leuten, die nur mit erborgtem Lichte leuchteten und rasch unsichtbar wurden, als es nicht mehr auf sie niederfiel, all die Kleinen, die ein großer Wille um sich haben muß und mit der eigenen Wucht noch tiefer herunterdrückt. Um so mehr begrüßt man dann jemanden, der mit eigenem Lichte und in der eigenen Bahn sich behauptet. So steht es mit Keyserling. Er war selber eine Persönlichkeit, aus festem und klangvollem Metall gegossen, und um seiner selber willen verdient er, daß er gekannt werde. Er war mehr als ein Freund Bismarcks, aber eben darum in einem höheren Sinne dieses Ehrentitels erst würdig.

Die vorliegende Briefsammlung[1]) mit ihren fast tausend Briefen ist unbedingt eine der wohltuendsten Veröffentlichungen dieser Art. In diesen beiden Bänden weht die Luft, die nur auf den Höhen des Geistes zu spüren ist, und doch wandelt man in ihr ohne Beschwerde. Schon der jugendliche Keyserling hat eines der Geheimnisse eines vortrefflichen Schriftstellers

---

[1]) Graf Alexander Keyserling. Ein Lebensbild aus seinen Briefen und Tagebüchern, zusammengestellt von seiner Tochter Freifrau Helene Taube von der Issen. 2 Bde. Berlin, Georg Reimer 1902.

erkannt, wenn er schreibt: „Eine gute Beschreibung muß bei aller Genauigkeit nicht das Gepräge der Mühseligkeit an sich tragen, eine Klippe, die meinem Naturell gefährlich ist, die durch Anordnung des Stoffes und Überdenken der Ausdrucksform zu vermeiden ist. Es muß darin ein freies, fröhliches Betrachten durchschimmern, das den ruhigen Ernst des Schriftstellers, aber nicht seine Langeweile durchscheinen läßt." Und so tritt er auch in diesen Briefen niemals im Staube des gelehrten Arbeitskittels oder in dem trivialen Gewande der Alltäglichkeit vor sein Publikum, sondern er bewegt sich frei und sicher wie der wahrhaft Besitzende. Neben dem vielen Armlichen und Mittelmäßigen, das ein gutgemeinter Familiensinn in ähnlichen Briefpublikationen auf den Markt wirft, haben wir hier starkes und eigenes Leben; gegenüber dem Vielen, das im „Fache" aufgeht und darum nur den „Fachmann" wieder befriedigen kann, mutet es hier uns an, als ob man unter den allseitigen Menschen der Renaissance lebte, die, ohne zu dilettieren, in Wissenschaft und Kunst, in Haus und Beruf und Staat, überhaupt in einer tiefen und selbständigen Gedankenwelt eine wahrhafte Persönlichkeit ausleben.

Solche Leute sind in Deutschland selten genug. Einer war der vor einem Jahre heimgegangene Bremer Senator und Bürgermeister Otto Gildemeister, der Politiker und Geschäftsmann, Journalist und Essayist war, zugleich der unübertreffliche Übersetzer von Shakespeare und Byron, von Dante und Ariost und eigentlich in allem aus der einen Wurzel seines Seins herauswirkte. In England findet man diese Verknüpfung der Tätigkeit im öffentlichen Leben mit der Bewegung oberhalb des allgemeinen geistigen Bildungsniveaus häufiger als bei uns. Kommt es etwa daher, daß dort die geistige Elite die politische Herrschaft in der Hand hätte? Oder nicht vielmehr darum, weil die politisch herrschende Klasse seit Generationen in traditionellem Bunde mit der nationalen Bildung steht? Vielleicht sind es verwandte Zusammenhänge, in denen auch der Bremer Patrizier und der Sohn des baltischen Herrengeschlechtes, beide Glieder der in ihrem Kreise politisch herrschenden Kaste, zu den Höhen einer unbefangenen und weiten Bildung hinaufgestiegen sind.

Von vielen Seiten her mag man an den Reichtum der nicht zu erschöpfenden Anregung, den die Keyserlingschen Briefe bieten, herantreten, um jedesmal innerlich bereichert von diesem Werke zu scheiden. Die meisten Leser wird der Mensch an sich anziehen, mit der Wärme und Gerechtigkeit des Gemütes, der unermüdlichen Selbsterziehung durch ein langes Leben hindurch, der Abneigung gegen alles Unwahre und Unschöne, dem Drang in die Tiefe und dem Blick in die Weite: Objektivität im weitesten Umfange des Erkennens geübt und zugleich zum Gesetz der eigenen Lebensführung geworden, aber überall von einer Liebenswürdigkeit des Herzens verschönt, alles so sicher in sich selbst ruhend, daß man fragen möchte, wo denn die Schranken dieses Wesens lagen. Aber nicht über das rein Menschliche wollen wir hier sprechen, denn es spricht besser für sich selber. Nur einige wenige Fäden möchten wir aus dieser Individualität aufgreifen, aber vielleicht gelingt es, diejenigen zu fassen, die in ihr Zentrum führen. Suchen wir die Voraussetzungen auch für die Entwicklung des Einzelindividuums in seiner besonderen Eigenschaft als ζῶον πολιτικόν, als Glied eines politischen Gemeinwesens zu erkennen. Von hier aus wird man auch den Freund Bismarcks am ehesten verstehen.

Der Vater Alexander Keyserlings war sujet mixte, in Kurland ansässig und zugleich Majoratsherr in Ostpreußen. Über den ganzen Osten, soweit das Kolonisationsgebiet der deutschen Ritter reichte, erstreckten sich die verwandtschaftlichen Beziehungen der Familie; eine Welt von Standesgenossen, die damals, als Alexander in demselben Jahre wie Bismarck geboren ward, noch enger über die nationalen Scheidewände hinüber zusammenhielt, als es heute möglich ist. Durch die Familie ging ein starker Zug von Wertschätzung alles Geistigen; Männer, wie der liebenswürdige Freund Friedrichs des Großen, „Césarion“, stehen nicht allein; ein anderer war russischer Diplomat und Präsident der Petersburger Akademie. Und dessen Sohn wieder war ein Freund Kants; Kant ist auf dem ostpreußischen Gute Hauslehrer gewesen und in dauernder Verbindung mit der Familie geblieben; daß der Geist seiner

Philosophie hier von einer Generation zur andern das Salz des Lebens blieb, zeigen diese Briefe.

Zu einer wissenschaftlichen Laufbahn entschloß sich auch Alexander, einer der jüngsten Söhne des kinderreichen Hauses. Seit 1833 studierte er in Berlin, zuerst Jurisprudenz, in Wahrheit bald von seiner Lieblingsneigung zu den Naturwissenschaften geführt, um ihr Studium zu seinem Lebensberufe zu machen. In diesem Jahre schloß er die Freundschaft mit Otto v. Bismarck; der war auch ein Student dem Namen nach, ein anderer freilich als Keyserling, und lebte, nach seinen fröhlichen Göttinger Semestern auch jetzt noch von Examenssorgen ungestört, seiner allgemeinen geistigen Entwicklung auf eigene Faust. Sicher und energisch ging der junge Gelehrte seinen Weg. Im Herbst 1835 unternahm er mit seinem Freunde Blasius eine geographisch-geognostische Reise in die Karpathen; gemeinschaftlich mit demselben konnte er 1839 den ersten Band eines Werkes über die Wirbeltiere Europas herausgeben, das durch die hier zuerst angewandte antithetische Methode der Klassifikation ausgezeichnet ist. Alsdann nach Rußland zurückgekehrt, unternahm er in den nächsten Jahren mehrere wissenschaftliche, namentlich geologische Reisen im russischen Reiche, im Ural- und im Petschoragebiet, hauptsächlich in Gemeinschaft mit dem Engländer Murchison und dem Franzosen Verneuil. Mit Anerkennung begann er sich in der europäischen Republik gelehrter Leute zu bewegen; schon als Jüngling schrieb er: „Gemeinsamkeit in Forschungen verschafft einen Genuß, den ich allen anderen wenigstens zur Seite stelle; und in dem Umfange, wie er mir zuteil geworden ist, kann er nur in Naturwissenschaften stattfinden, wo das mannigfache sinnliche Material die selten gleichartigen Ideen der Individuen ganz zusammenhält, um sie nicht auseinanderfallen zu lassen." Ein Leopold v. Buch und Alexander v. Humboldt Rußlands zu werden, das mochte in seinen Aussichten und Fähigkeiten liegen, denn gleich jenen spannte sich sein naturwissenschaftliches Interesse über alle Gebiete. Aber das 1845 veröffentlichte Petschorawerk, der Schlußstein der ersten geologischen Erforschung Rußlands, blieb seine letzte größere wissenschaftliche Leistung.

Denn inzwischen (1844) hatte er sich mit einer Tochter des allmächtigen russischen Finanzministers Grafen Cancrin vermählt. Größere Aussichten im russischen Staatsdienste schwanden anscheinend bei dem bald darauf erfolgten Tode des Ministers; auch eine Hofstellung bei der bedeutenden und liebenswürdigen Großfürstin Helene, in deren geistig angeregtem Kreise er mit Befriedigung seine Stätte fand, konnte für ihn nicht von Dauer sein. Er sah sich schließlich vor die Wahl gestellt, entweder in der Hauptsache die Bewirtschaftung der Güter in Esthland und Livland, die seine junge Frau ihm mitgebracht hatte, selbst zu übernehmen, oder fernerhin ausschließlich der Wissenschaft zu leben. Mit schwerem Herzen entschied er sich für das erste, nach einem Jahrzehnt hingebender wissenschaftlicher Arbeit wurde er esthnischer Rittergutsbesitzer. Aber selbst wenn er nicht fortgefahren hätte, seine Lieblingsneigungen nebenbei zu pflegen, würde er kein Landjunker geworden sein; die Leitung des landwirtschaftlichen Betriebes gehörte für ihn zu den Dingen, die er mit Pflichttreue, bald auch mit Erfolg, aber doch immer in zweiter Reihe trieb; als Herr von Raiküll in Esthland aber war er in erster Reihe ein politisches Individuum geworden und in eine für ihn neue Sphäre der Tätigkeit eingetreten.

Die Verfassung Esthlands beruhte auf den Prinzipien des Ehrenpflichtdienstes und des freiwilligen Gehorsams. Das Land wurde von der deutschen Ritterschaft, in die Keyserling aufgenommen wurde, verwaltet; ihr war vom Staate die alleinige Verfügung über die Grundsteuer überlassen worden. Auf ihren Landtagen verhandelte die Ritterschaft über die Landesangelegenheiten in freiester Weise und besetzte durch freie Wahl, ohne Bestätigung der Regierung, fast alle Posten des Landes, von den niederen Polizeiposten bis zu den höchsten Justizposten hinauf. Mit geringfügigen Ausnahmen waren alle Ämter Ehrenämter und ihre Annahme obligatorisch: also keine Bureaukratie, alles nur Selbstverwaltung in der Hand der herrschenden, ihrerseits an den Grundbesitz gebundenen Kaste. Von tiefer Abneigung gegen alles bezahlte Beamtentum und allen zentralisierenden Druck des Staates blieb Keyserling immer erfüllt. Man weiß, daß auch der junge

Bismarck in seinen Entwicklungsjahren von ähnlichen Stimmungen zeitweilig auf die Oppositionsseite getrieben ward. Und wenn man den Liberalismus des ostpreußischen Adels seit den dreißiger Jahren auf seine Wurzeln untersucht, wird man erkennen, daß sie in diesen ständischen Gegensätzen gegen Krone und Bureaukratie liegen, nicht aber in den damals von Westeuropa kommenden bürgerlich-konstitutionellen Doktrinen; auch der „Liberalismus" der Auerswald und Saucken war historischen Ursprungs, wenngleich er sich an den neuen Ideen nährte und hier und da von ihnen fortgerissen ward.

An der Spitze der esthländischen Verwaltung stand der Ritterschaftshauptmann, der die Beziehungen zur russischen Staatsregierung vermittelte, auch er unbesoldet, trotz der großen pekuniären Opfer, die das Amt auferlegte. In den Jahren 1856 bis 1862 hat Alexander Keyserling diese Würde unter allgemeinster Anerkennung geführt und seine besten Mannesjahre an die Erhaltung der Landesverfassung gesetzt, ein liberaler Konservativer, um durch Tüchtigkeit, Mäßigung, Gerechtigkeit die Existenz dieses politischen Gebildes gegen die neuen Mächte zu verteidigen, denen das Jahrhundert gehörte.

Im allgemeinen hat unser heutiges politisches Denken keine Sympathie übrig für den alten ständischen Staat, wie er sich hier aus früheren Jahrhunderten in reiner Form erhalten hat, und ebensowenig für die soziale und politische Herrschaft einer kleinen Herrenschicht über die Massen des den Acker bebauenden Landvolks; wie in dem übrigen Europa diese Wirtschaftsformen und die entsprechenden politischen Gestaltungen untergegangen sind, so müssen sie auch hier an dem Rande des Okzidents verschwinden. Über die Verhältnisse in den Ostseeprovinzen urteilen wir als Deutsche immerhin abweichend, denn der deutsche Adel, neben ihm die deutschen Städter und Pastoren, stellen sowohl dem russischen Zartum und seiner Reichsbureaukratie als auch dem lettischen und esthnischen Bauernelement gegenüber die überlegene Kultur dar, aus nationalen Gründen wohl wert, daß sie in ihrer Eigenart erhalten bliebe. Freilich hat der Adel der Ostseeprovinzen der fremden Rasse des Landvolkes gegenüber nicht immer die aus-

gleichende Gerechtigkeit und den Sinn für Reformen gezeigt, wie es Keyserling forderte; vielleicht ist darin, und auch in allem andern, diese letzte Generation der ständischen Verwaltung diejenige gewesen, die sich von den Sünden der Selbstsucht und Verblendung am freiesten erhielt. Und trotzdem ließ sich diese politisch-soziale Herrscherstellung nicht behaupten, und wenn sie auch mit absoluter Vollkommenheit ausgeübt worden wäre: die weltgeschichtliche Konstellation und alle neuen Ideen warfen sich ihr entgegen.

Die Gefahr war da, wenn die alles überflutende nationale Bewegung in Europa verwandte Bestrebungen unter den Russen, und in engeren Grenzen auch unter Letten und Esthen auslöste. Sie kam zugleich von den Tendenzen des geschlossenen Einheitsstaates, die seit mehr als einem Menschenalter das russische Kaiserreich erfaßt haben, wie einst die Monarchie der Bourbonen oder das preußische Königtum. Sie drohte nicht minder, wenn der nach Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland erschallende Ruf: Freiheit und Land auch in diese Provinzen hinüberschlug, in denen die Leibeigenschaft zwar längst abgeschafft war, aber die Fron- und Pachtverhältnisse vielfach einer billigen Regelung entbehrten. Und vollends unhaltbar wurde die Stellung, wenn alle jene Tendenzen zusammenflossen und die russische Regierungspolitik bestimmten; das ließ sich von dem Moment an erwarten, wo an den russischen Grenzen der deutsche nationale Staat erwuchs und scheinbar auf den deutschen Ostseeadel eine politische Anziehungskraft ausüben konnte.

Sehr früh hatte Keyserling diese Gefahr erkannt. Er schrieb am 25. März 1848 nach dem Beginn der deutschen Revolution: „Wenn die direkte Wirkung aller dieser Umtriebe uns, wie ich hoffen kann, nicht berühren wird, so müssen wir doch gewisse weitere Folgen nicht wenig befürchten. Der wilde Nationalismus, der überall erwacht, könnte auch unsere Stellung ungünstig machen, und jedenfalls sind wir bereits durch eine gewaltige Kluft von dem bisherigen europäischen Staatenverbande abgetrennt." Dem Nationalismus, den er das neunzehnte Jahrhundert erobern sieht, stellt er gern den Rationalismus, d. i. das achtzehnte Jahrhundert mit der Weite seiner

Aufklärung und seinem Weltbürgertum gegenüber. Gerade für den Ostseedeutschen konnte die Frage der Erhaltung seines Volkstums sich nicht auf die nationalen Ideen selber, sondern nur auf die kosmopolitischen Ideen stützen. Immer kehrt diese Empfindung bei Keyserling wieder: „Wir stehen auf einem in den gegenwärtigen Strömungen ungemütlichen Posten. Die Humanitätsidee zu vertreten, ist unser Fatum inmitten des Nationalitätenschwindels" (1867 April 18) oder: „Das bestialische Nationalitätsprinzip, wogegen die Religionen nur in gewissen Grenzen und in gewissen Zeiten gewirkt haben, wogegen auch die philosophische Aufklärung sich erst recht ohnmächtig erwiesen hat" (1880 Oktober 11).

Es mag auf den ersten Blick überraschen, daß dieser treue Verteidiger deutscher Art und deutscher Kultur der nationalen Bewegung, durch die wir selber doch ein gutes Stück vorangekommen sind, so abneigend gegenübersteht und gar nicht anders stehen konnte. Aber eben darum ist es nützlich, diese ganzen Dinge, deren Verlauf das politische Leben Keyserlings erfüllt, im Zusammenhange und mit Unbefangenheit durchzudenken. Handelt es sich doch nicht um vereinzelte, sondern um symptomatische Vorgänge, die auch heute noch in allen Reichen ihr Gegenstück finden; nicht nur die russische Zentralisierungspolitik gegenüber den Nationen dauert noch fort, auch das Vorgehen der preußischen Regierung in Posen und Westpreußen zeitigt ähnliche Probleme. Wir sehen in der Entwicklung der Nationalitäten eine der stärksten Triebkräfte des neunzehnten Jahrhunderts, wir gehen vielleicht so weit, in ihrer Ausbildung eine der schönsten Blüten menschlichen Fortschreitens zu erblicken, aber daß sie nicht an sich die höchste menschliche Vollendung darstelle, wie das heiße Blut der reinen Nationalitätspolitiker fordert, wird uns klar, wenn wir in diesem Briefwechsel auf die Kehrseite der Dinge hingewiesen werden. Meistens werden die Völker auf diese Kehrseite erst aufmerksam, wenn ein fremder nationaler Strom reißend ihre alten Kultursitze umbrandet; aber auch von einem höheren Gesichtspunkt aus als dem einseitig nationalen ist von Keyserling über diese Fragen viel Treffendes gesagt worden. Freilich was wiegen diese Worte edler Erkenntnis gegen die den

Völkern auferlegten politischen Notwendigkeiten, die dem einzelnen Volke in diesem Kampf ums Dasein gar keine Wahl mehr lassen.

So hat sich auch Keyserling viele Mühe gegeben, das Mißtrauen der russischen Regierung zu überwinden. Er schrieb einmal an das vorgeordnete Ministerium in Petersburg: „Bei dem Wahn, als handle es sich darum, zu verhindern, daß die hiesigen deutschen Kulturelemente die Einheit des Reiches lockerten, wage ich nicht zu verweilen. Sollte auch die Natur dieser Elemente, die nie zersetzend, sondern bindend und ordnend gewirkt haben, verkannt werden, ihre handgreifliche physische Schwäche kann nicht so sehr über alles Maß ernstlich überschätzt werden." Nur den Feinden Rußlands sei das Deutschtum in den Ostseeprovinzen — gern wies er auf die große Zahl baltischer Staatsmänner und Generale hin — gefährlich geworden, niemals dem russischen Reiche selber. Der allgemeine Gang der weltgeschichtlichen Konstellation blieb jedoch bestimmender für die Regierung als diese unanfechtbaren Vernunftgründe. Es blieb dabei: „weil die Balten den Nationalpatriotismus der Russen nicht haben können, wird ihnen der Reichs- oder Staatspatriotismus bestritten." (1866 Juli 5.)

Und diese Situation verbesserte sich nach den Ereignissen von 1866 und 1870 nicht: sie wurde im Gegenteil exponierter. Die Gründung des Deutschen Reiches wurde geradezu verderblich für das baltische Deutschtum, das bis dahin als politisch ungefährlich angesehen worden war. Keyserling bemerkt wohl mal: „Im Baltenlande versteht man nicht, wie derselbe Staatsmann an der Spitze des kleinen Preußens kühner eintrat für die im Nystader Frieden garantierte Religionsfreiheit, als er es an der Spitze des großen Deutschen Reiches getan", oder: „Baltenland wird gern geopfert auf dem Altar der Einheit Deutschlands." Bismarck mußte, ebenso wie er es gegenüber der Krone Österreich tat, auf das vorsichtigste jeglichen Verdacht vermeiden, daß das geeinte Kleindeutschland deutschnationale, oder wie heute gesagt wird: pangermanische Politik fortzusetzen geneigt sein möchte. Weil der Staat mächtiger geworden war, war zugleich seine europäische Stellung angreifbarer; die innerpreußische Politik gab den Nachbarn

selbst den Anlaß, auf dem Wege der staatlichen Konsolidation voranzuschreiten: „man zieht für unsere Verhältnisse“, schreibt Keyserling, „das Verfahren Preußens in Posen als ein böses Beispiel an.“ Wir erfahren, daß Bismarck allerdings noch einen leisen Versuch gemacht hat, etwas für die Balten zu tun. Als Reichskanzler hat er sich seinem Freunde über seine Aktion ausgesprochen, „die für die Balten in konfessioneller Beziehung unter der vorigen Regierung (Alexanders II., also vor 1881) eine leider nur vorübergehende Lizenz zur Folge hatte. Bismarck schrieb privatim an Gortschakow und wurde in schnöder abweisender Erwiderung ermahnt, dergleichen innere Reichsangelegenheiten nie mehr zu berühren.“

Solange Keyserling an der Spitze der esthländischen Verwaltung stand, schien die Gefahr noch abgewandt werden zu können. Als im Jahre 1859 Bauernunruhen in den Ostseeprovinzen der Regierung eine Handhabe des Einschreitens gaben, gelang es ihm selber, durch persönliches Erscheinen in Petersburg und mit Hilfe seiner persönlichen Beziehungen zum Kaiser und zum Hofe den Sturm zu beschwören. Erst nach seinem Abgang im Jahre 1862 begann die russische Regierung eine Bresche nach der andern in die alte Verfassung zu legen. Nicht in der politischen Stellung als Ritterschaftshauptmann, sondern auf dem rein geistigen Gebiet der nationalen Kultur und Sprache sollte er selbst mit dem neuen System zusammenstoßen.

Einst war er aus einem Gelehrten zum Gutsbesitzer und Politiker geworden: jetzt verschlug ihn eine liebenswürdige Inversion seines Lebensschicksals noch einmal in die Sphäre seiner ursprünglichen Neigungen zurück. Er wurde 1862, für sieben Jahre, Kurator des Dorpatschen Lehrbezirkes, insbesondere auch der Universität Dorpat, eine Art von provinzialem Kultusminister für das Baltenland. Die Vielseitigkeit seiner wissenschaftlichen Interessen befähigte ihn außerordentlich zu diesem Posten; seine Persönlichkeit konnte hier wie eine geistige Oberinstanz in seinem Kreise wirken; in dem lebendigen Gedankenaustausch, in dem fördernden Anteil, mit dem er in das Dorpater Universitätsleben eintrat, konnte er sich ganz ausleben. Über den Kreis seiner ursprünglichen

Fachstudien war er weit hinausgewachsen. Er meinte in diesen Jahren einmal, als er mit Verneuil zusammen die Ergebnisse einer geologischen Reise in die Pyrenäen veröffentlicht hatte, es würde ihm nicht mehr möglich sein, die Erforschung von Gebirgsschichten sich zur Lebensaufgabe zu machen, die sozialen Zustände in Frankreich und Spanien interessierten ihn schon ebenso und mehr noch als die Steine. Aber die Naturwissenschaften im weitesten Sinne hielten ihn gefesselt. Viel weniger die Geschichtswissenschaft, der er immer gegenüberstand wie die Männer, die selber in den Geschäften oder ihnen wenigstens sehr nahe gestanden haben: „die Geschichte muß sich meist mit einem nach Zweckmäßigkeitsrücksichten geordneten Bericht für die Gegenwart begnügen.“ Und als sein einziger Sohn sich diesem Studium zuwandte: „Mir geht es mit meinem Sohn wie dem Huhn mit der ausgebrüteten jungen Ente: mir war die Geschichte stets ein zu flüssiges Element, — ich begreife nicht, wie man sein Leben lang darauf herumzuschwimmen sich entschließen kann. Wo der feste Boden der wiederholbaren Erfahrung oder der unabänderlichen Denkgesetze fehlt, fängt für mich praktisch das Abenteuer, ideell der Roman an. Andere Geister scheinen wieder so organisiert, daß, wo sie auf das Unabänderliche stoßen, die Langeweile für sie anfängt, — sie bedürfen als Grundlage die bewegliche Empfindung.“ Aber wenn er im Grunde seines wissenschaftlichen Denkens Naturforscher war, so wurde er immer wieder von hier aus zu den allgemeinsten und höchsten Fragen geführt. Überall das Leben in der Natur zu ergründen, blieb ihm die vornehmste Aufgabe. Zugleich schritt er über die Grenzen der Wissenschaft hinaus; dauernd beschäftigte er sich mit dem Problem des Traumes; über die Berührung der Naturwissenschaften mit der Religion dachte er tief und ernstlich nach. In religiösen Fragen urteilte er frei, durchaus unabhängig. Sein Christentum war das eines geistigen Aristokraten: ohne Ritus, ohne Dogmen. Mit eigentümlicher Energie suchte er noch in den siebziger Jahren den literarischen Nachweis zu führen, daß der Unsterblichkeitsglaube ursprünglich dem Alten wie dem Neuen Testamente fremd gewesen sei. Plato, Thomas a Kempis, Pascal waren seine Lieblingsschriftsteller.

Auch seine geistige Physiognomie trägt das Gepräge der Freiheit. Welch einen andern Anblick gewährt neben diesem baltischen Edelmann etwa der Durchschnitt des heutigen preußischen Landadels in den alten Provinzen. Eine kleine Anekdote macht das deutlich. Als Keyserling einmal bei seinem ostpreußischen Bruder zum Besuch war, pries er entzückt den engen Anschluß an das öffentliche Leben: welcher Genuß, zweimal täglich Zeitungen zu haben, und „im Gebiete des heiligen Oberpostmeisters Stephan werden die Briefe jedermann auf dem Lande zugetragen wie in der Stadt". Sein Lob fand kein Echo: „Der Königsberger Landrat, Herr von Hüllessem, protestierte gegen meine Heiligsprechung, indem er die Post im allgemeinen, und was dieselbe fördert, für eine sozialdemokratische Ausgeburt hält." Man schrieb erst 1877! Und wie im kleinen so im großen. In Preußen ist der Adel konservativ, alles an Thron und Altar geknüpft, weil die Gesamtheit mit dem Bestehenden im Staate auf das engste zusammenhängt, ihm seine Rittergutsbesitzer, Offiziere und Beamten stellt: ängstlich sperrt man sich überall gegen jeden neuen Lufthauch ab und wird reaktionär bis zur Unproduktivität. Bei dem Balten steht das von vornherein anders: er wird selber von einer absolutistischen Macht bedrückt, die ihm auf politischem Gebiete seine alten Rechte nimmt und auf geistig-religiösem Gebiete mit den Waffen einer borniert-starren Orthodoxie ans Gewissen greift: also wird er hier wie dort, im Geistigen und im Staatlichen, auf eine menschlich freiere Auffassung hinausgedrängt, und in einem erlesenen Geiste wie Keyserling, der in diese Voraussetzungen mit stattlicher eigener Mitgift eintrat, bildet sich so ein vornehmer Typus des geistig Freien heraus. Humanität setzte er, wie wir sahen, der Nationalität gegenüber, Humanität ist auch sein Ideal im geistigen und religiösen Leben: das Ideal des achtzehnten Jahrhunderts. Und es ist nicht zu verwundern. Es ist um eine „harte Staatsgesinnung" und einen festen Glauben eine gute Sache, wenn man sich selber in dem eigenen Staate national, religiös, sozial befriedigt fühlt: steht es aber anders, dann flüchtet sich der Geist darüber hinaus zu reineren und höheren Idealen befreiten Menschentumes.

Im besonderen wird man die Briefe aus dem Universitätsleben Dorpats heute, wo das alles untergegangen ist, mit Wehmut durchblättern. Keyserling war hier infolge der enzyklopädischen Richtung, die sein Geist allmählich annahm, innerlichst befriedigt. Selbst die Erziehung seiner Kinder spiegelt diese Richtung wieder; er leitete sie von früh auf zur Naturerkenntnis an und las mit ihnen die Bibel, er hielt seiner älteren Tochter Vorträge über Kant und gab auch der jüngeren Mathematik- und Physikstunden, er studierte mit seinem Sohne Homer und Plato: alles in dem Geiste der frei forschenden Erkenntnis. Wie viel Tiefes ist in diesen Bänden über Erziehung und Menschenbildung zu lesen!

Vielleicht hatte er gehofft, in dieser ihn ausfüllenden und beglückenden Tätigkeit in Dorpat bis zum Ende zu verharren, aber plötzlich mußte er wiederum von seinem Webstuhl aufstehen. Im Jahre 1869 kam es zu dem längst gefürchteten Zusammenstoß mit der russischen Reaktion. Als die Regierung auf die Beamten seines Ressorts den Zwang ausübte, am Geburtstag des Zaren am Gottesdienst nicht in einer Kirche ihrer Konfession, sondern in der orthodoxen Kirche teilzunehmen, nahm er seine Entlassung. Seine öffentliche Laufbahn war damit in der Hauptsache abgeschlossen. In den letzten Jahrzehnten seines Lebens betätigte er sich noch in mehreren Selbstverwaltungsämtern seiner Provinz; eine erneute Wahl zum Ritterschaftshauptmann aber lehnte er 1872 ab.

Inzwischen war, zumal seit 1866, immer mehr der alte Freund seiner Jugend, Bismarck, in seinen Gesichtskreis getreten, und auch die Schöpfung seines Freundes, das neue Deutsche Reich, begann seine Blicke auf sich zu lenken.

Man wird mit besonderer Genugtuung aus diesen Briefen alle Spuren der Berührung mit Bismarck zusammensuchen. Freilich ist es anfänglich nicht so viel, wie man hoffen möchte. In den Jugendbriefen Keyserlings wird des Jugendfreundes gar nicht gedacht. Auch später fehlt es ganz an unbekannten Briefen Bismarcks. Erst im Jahre 1855, nach 22 Jahren, knüpfte Bismarck wiederum an; und die Antwort Keyserlings

ist neuerdings in dem Anhangsbande zu den „Gedanken und Erinnerungen" bekannt geworden. Aus diesem Briefe fällt ein scharfes Licht auf die Jugendjahre, wenn Keyserling an die Worte Bismarcks von 1833 erinnert: „Konstitution unvermeidlich, auf diesem Wege zu äußeren Ehren, außerdem muß man innerlich fromm sein" — eine Art von frühzeitigem Programm eines großen Lebens! Als Bismarck 1858 Gesandter in Petersburg wurde, sahen die Freunde sich wieder, und fortan auch häufiger; vom ersten Augenblick an, wie wir auch aus den Erinnerungen Keudells erfahren, die alten; Keyserling war gern in dem Petersburger Heim Bismarcks gesehen und dieser besuchte ihn wiederum 1861 in Raiküll. Vielleicht darf man hier die Bemerkung einflechten, daß der Bismarck der fünfziger und sechziger Jahre, dieser hinterpommerisch-altmärkische Junker, sich überhaupt am wohlsten, wie manche Zeugnisse belegen, in dem Kreise der wohlhabenden und politisch selbständigen Edelleute aus Holstein, Mecklenburg, Hannover, Preußen, Kurland, Esthland gefühlt hat; gesellschaftlich suchte er wenigstens diese Beziehungen mehr auf als die Kreise seiner eigentlichen Parteigenossen in der Mark und Pommern, den im Königsdienste ganz aufgehenden Kleinadel. Freilich, was ihn gerade mit Keyserling so eng verband, war noch mehr: der Respekt vor der umfassenden geistigen Potenz, die ihm hier entgegentrat. Und damit rühren wir wohl an den innersten Nerv dieser Freundschaft. Auch Bismarck verfügte, so sehr er eigentlichem Fachwissen abhold war, über eine durch ausgebreitete Lektüre und Beobachtung gepflegte allgemeine Bildung, und wenn wir sie auf ihre Wurzeln zurückverfolgen, so stoßen wir neben anderem in den Studienjahren auf den Umgang mit Keyserling (auch mit Motley und anderen amerikanischen Freunden): vielleicht erhielt er damals schon Antriebe, die bei jeder neuen Berührung im Mannesalter erneute Anregung und Belebung empfingen.

Nachdem Bismarck auf die Höhe gelangt war, besuchte Keyserling ihn zum ersten Male 1867, zum zweiten Male 1868 in Varzin, diesmal zusammen mit seiner Tochter, die über diesen Besuch die Abschnitte ihres Tagebuches veröffentlicht, mit manchen hübschen Einzelzügen aus der häuslichen Art

Bismarcks; mit Vergnügen wird man die burschikosen Ausfälle des Kanzlers über Universitäten und Professoren genießen. Und seitdem verfolgte Keyserling mit wachsendem Anteil den großen Anstieg dieser Lebensbahn.

Fast schien es einen Augenblick, als ob sein eigener Weg, nachdem ihm die Wirksamkeit in der Heimat abgeschnitten war, ihn unmittelbar an die Seite des Jugendfreundes führen sollte. Es ist doch mehr als eine flüchtige Idee Bismarcks gewesen, diesen Mann zum preußischen Kultusminister zu machen. Schon im Juli 1871, nach einem dritten Besuche Keyserlings, hatte der Reichskanzler zu Ägidi geäußert: „Das wäre der rechte Mann wie kein zweiter." Gegen Anfang des Jahres 1872 ist es, wie wir jetzt, ohne eigentliche Einzelheiten, erfahren, zu tatsächlichen Verhandlungen gekommen. Aber von vornherein wies Keyserling den Plan von sich. Und zwar nicht allein aus Rücksicht auf den russischen Hof, auf das Wort, das der Zar über das bloße Gerücht äußerte: „Ce serait une félonie." Seine Gründe lagen noch tiefer und können denjenigen, der diese Entwicklung bisher verfolgt hat, nicht überraschen. Am 18. Januar 1872 schrieb er einem Freunde: „Im Ernst halte ich mich für einen zu sehr vorgeschobenen Mann. Ich halte nur das amerikanische Toleranzwesen für das richtige. Die Einmischung des Priesters in das weltliche Regiment ist widerlich, aber ob die bureaukratische Religion nicht eine noch weniger erträgliche Mißbildung ist?" und bald darauf: „Daß ich auf die Stelle Falks nicht hingehöre, darüber konnte bei Verständigen kein Zweifel sein, denn der Kultus ist nicht gerade meine Sache" (1872 März 11). Man mag es ja bedauern, daß für diese gehaltvolle Persönlichkeit nicht eine für das deutsche Geistesleben unmittelbar wirksame Stellung hat gewonnen werden können, und man mag fragen, ob jeder preußische Kultusminister vorher und nachher mit ihm in eine Reihe gesetzt zu werden verdient. Aber es leuchtet ein, daß er am allerwenigsten der Mann gewesen wäre, im Jahre 1872 Bismarckische Kirchen- und Schulpolitik zu treiben, Kampfpolitik mit allen ihren unausbleiblichen Härten, wie er sie in Rußland am eigenen Leibe erfahren hatte und nimmermehr selber hätte verantworten können: jeder Schritt vorwärts

hätte ihn in Widerspruch mit seinen eigenen Überzeugungen bringen müssen. Seine Kritik des Kulturkampfes in den Briefen der folgenden Jahre liefert im einzelnen die Belege, wie sehr die Absicht Bismarcks eine innere Unmöglichkeit war. Die politische Stellung, die ein jeder von ihnen einnahm, mußte mit der Zeit ihre Überzeugungen immer weiter voneinander treiben.

Im Jahre 1872 war Keyserling nach Deutschland übergesiedelt, der Erziehung seiner jüngsten Tochter halber, aber ihr rasches Hinwelken trieb ihn, nach einem halben Jahre angeregten Aufenthaltes in Weimar, in die Heimat zurück. Und nun, nach dem Tode dieser Tochter, begann, früh genug für den rüstigen und geistig unersättlichen Mann, sich die Vereinsamung des Alters einzustellen. Aber sie verinnerlichte sein Eigenleben noch mehr. Der Gesamteindruck seiner Briefe bringt uns zum Bewußtsein, wie die Abgeschlossenheit auf dem Lande, fern von dem Getriebe der Großstadt und ihren sich jagenden Eindrücken, wenig durch persönlich anregende Berührungen unterbrochen, der Vertiefung des Nachdenkens förderlich ist und zum brieflichen Gedankenaustausch als einzigem Ersatz für die äußere Isolierung hindrängt. Jetzt aber beginnen die Korrespondenten hinwegzusterben, aus der eigenen Familie und unter den Freunden der späteren Jahre, und das Alleinstehen wird fühlbarer. Es wird eine Notwendigkeit für ihn, nun den Gedankenaustausch mit sich selber zu suchen, zu dem Lückenbüßer des Tagebuches zu greifen. Er meinte, als er seine Tagebücher begann[1]), daß ihm keine andere Wahl in der Einsamkeit gelassen sei: „Weniger mag dieser Fall eintreten, wo es viel parlamentarische Verhandlungen und öffentliches Leben im allgemeinen gibt. Aber hier auf dem Lande? Da bleibt nichts übrig, als sich die unnützen Gedanken entweder abzugewöhnen, was den meisten mit Erfolg zu gelingen scheint, oder, wo es zu spät dazu geworden, seine Gedanken niederzuschreiben.“ So wird der Greis in der zweiten Hälfte der siebziger und in den achtziger Jahren ein feiner und

[1]) Sie sind bereits früher veröffentlicht worden („Aus den Tagebüchern des Grafen Alexander Keyserling. Philosophisch-religiöse Gedanken mit einzelnen Zusätzen aus den Briefen“. Stuttgart 1894).

tiefer Beobachter alles dessen, was in der geistigen und politischen Welt um ihn herum vor sich geht; Lektüre von einer Ausdehnung und Vielseitigkeit, wie sie nur einsamer Muße möglich ist, gibt immer wieder frische und fruchtbare Anregung, und er verläßt nichts Gelesenes, ohne sich oder anderen davon Rechenschaft zu geben, oft mit einer Goetheschen Klarheit und Heiterkeit, die alles verschönt, was sie berührt. Man hat ihn bei seinem Tode als einen Weisen geehrt und wahrhaft ein Weiser stellt er sich von der hohen Warte seiner religiösen und politischen Unbefangenheit dar. So gewährt die Lektüre der Briefe und Tagebücher des Alters einen Genuß auch für Leser, die von den verschiedensten Interessenkreisen her an sie herantreten.

Es kann ja nicht ausbleiben, daß dem Urteil des Alternden ganz neue Welten, wie die soziale Politik, verschlossen bleiben; aber eher als von den Schranken wird der Blick immer wieder von den Perlen der Erkenntnis gefesselt. Als ein Beispiel setze ich für den Politiker und Historiker ein Urteil über den Ursprung des russisch-türkischen Krieges hierher: „Ich habe daran gedacht, welchen Grund der spätere Historiker dafür ausfindig machen wird, daß Rußland den orientalischen Kampf gerade jetzt, wo unsere Regeneration doch noch einige Jahre der Ruhe dringlich bedürfte, unternommen hat. Weder die bulgarischen Greuel noch die tollen Nihilistinnen samt den panslavistischen Schwärmern sind ausreichende Gründe. Vielleicht aber die osmanische Konstitution? Jetzt oder nie mehr, mußte Rußland in der äußeren Politik seine traditionellen Ansprüche, die orthodoxe Vormacht für die Christen der Türkei zu sein, zur Geltung bringen. Die osmanische Konstitution durchkreuzte die Grundbestrebungen unserer durch viele Jahrhunderte festgehaltenen äußeren Politik und lieferte ein beengendes Beispiel für unsere innere Politik. So vielleicht bringt man es einst heraus, daß auch für Rußland es sich um eine Existenzfrage handelt" (1877 August 9). Oder: „Es ist etwas Eigenartiges um die Bedeutung der russischen Dichter gleich nach ihrem Tode. Mögen es Künstler sein, wie Puschkin und Turgenjew gewesen, sie werden beim Tode gefeiert wie Freiheitshelden. Tendenz haben sie auch mehr oder weniger immer vertreten; es sind Offenbarer gewesen des National-

geistes. Schiller und Goethe erhoben den deutschen Nationalgeist in die Region des Schönen; die Sprache war ihnen ein Mittel, die menschheitlichen Ideale zu kultivieren. Die großen russischen Schöpfer schöner Literatur steigen mit ihrem Lichte hinab zum Volke und erklären die Barbarei der Heimat realistisch." (1883 August 29.)

Zu der tiefen Resignation der letzten Jahre kamen außer persönlichen Erlebnissen — im Jahre 1884 war auch seine Gemahlin gestorben und sein eigenes Haus war verödet, wenngleich von der Liebe seiner in der Nachbarschaft lebenden Kinder dauernd umgeben — vor allem noch politische Gründe. Die unabwendbare Vollendung der Geschicke der Deutschen lastete wie ein schwarzer Schatten über dem Ausgang seines Lebens. Statt zu verzagen, fragte er immer von neuem, wie man das äußerste abwenden könne. Er urteilte 1885: „Die Agonie der germanischen Landeskultur möglichst zu verlängern, das bleibt die Aufgabe der germanischen Balten", und sah die einzige Rettung darin, daß man die bürgerliche Tüchtigkeit auf das höchste anspanne, um sich dadurch an vorragender Stelle zu behaupten. Als eine Art Programm für die künftigen Wege der Balten formulierte er 1889 die Sätze: „1. Ökonomisch: Aus dem Lande und dem Handel und Gewerbe, aber auch aus dem Staatsdienste muß man sich so viel als möglich Einnahmen schaffen. 2. Legal: Man muß mit dem Buchstaben des Rechts kämpfen um das Recht, unermüdlich und strikt. 3. Politisch: Man muß mit der russischen Intelligenz gehen." Auch in der eigenen Familie erlebte er zum Schluß den allgemeinen Vorgang noch einmal in individueller Weise. Sein Schwiegersohn, Baron Taube, der Gemahl der Herausgeberin dieser Briefe, die dem Vater in jeder Weise am nächsten stand, entschloß sich aus politischen Gründen zur Auswanderung. Und trotz alles Schweren, das für ihn selbst im Verlust des einzigen nachbarlichen Verkehrs lag, billigte Keyserling diesen Schritt: „Die ererbte Bedeutung der Familie in Esthland ist durch Geld nicht wieder zu erlangen, weder hier noch anderwärts. Es bleibt da nur übrig, andere Güter dafür einzutauschen: nationalen Patriotismus, Freiheit und gute Regierung, gute Schulen, religiöse Duldung. Nur

in Deutschland ist das zu haben." Eine alte historische Welt geht unter und neue Ideale stellen sich an ihren Platz. Keyserling gab zwar nicht auf, was ihm immer als das Höchste gegolten hatte: „Die Auswüchse des Patriotismus, der nicht in der Liebe zum Vaterlande, sondern im Haß des Fremden Befriedigung findet, sind unberechenbar. Wann werden die großen Ideen wieder auftreten, die zur Zeit, als das Christentum Expansionskraft erlangte, und wieder um die Wende des jetzigen Jahrhunderts, aus dem Bürgertum Israels und aus den Heidenvölkern, aus beiden eins machten und die Mittelwand des Gesetzes zerstörten?" (Oktober 1888.) Die Sehnsucht aber nach dem, was er selber nicht besaß, klang in der Brust des Greises wie ein tiefer Ton. Er dichtete in diesen Jahren ein Lied und spielte es oft nach eigener Melodie:

O Vaterland, o Vaterland,
Verloren mir auf dieser Welt,
Wie fehlst Du meiner Seele.

Er selbst war zu alt geworden, um wieder hinauszustreben. Und es verstand sich, daß die Masse des baltischen Adels das Beispiel einzelner Auswandernder nicht nachahmen konnte. Man möchte sonst die Vorstellung damit verbinden, wenngleich sie nur ein eitler Wunsch ist, welch einen Gewinn für Deutschland ein solcher Rückfluß im großen bringen könnte. Man denke sich diesen Adel mit seinem Kapital an geistigen Fähigkeiten, an wirtschaftlicher Tüchtigkeit und an politischen Gaben, das für die Nation dort ungenutzt ruht, in unseren eigenen gefährdeten Osten, nach Posen, Westpreußen, Oberschlesien, verpflanzt: um mit dem Rückhalt an dem deutschen Vaterlande und an einer deutschen Regierung seinen historischen Beruf wiederaufzunehmen, den Vorkampf des Deutschtums auf slavischem Boden.

Auch der Mann, von dem wir hier reden, sollte das Vaterland seines Blutes und Geistes vor seinem Tode noch einmal wiedersehen, und allein aus dem Grunde, weil er der Freund des größten Deutschen seiner Tage war. Wenige Woche nach der Entlassung aus seinen Ämtern ließ Bismarck ihm sagen, er möge ihn doch in Friedrichsruh besuchen. Auf eine Einladung Bismarcks im Jahre 1885 hatte er in sein Tagebuch

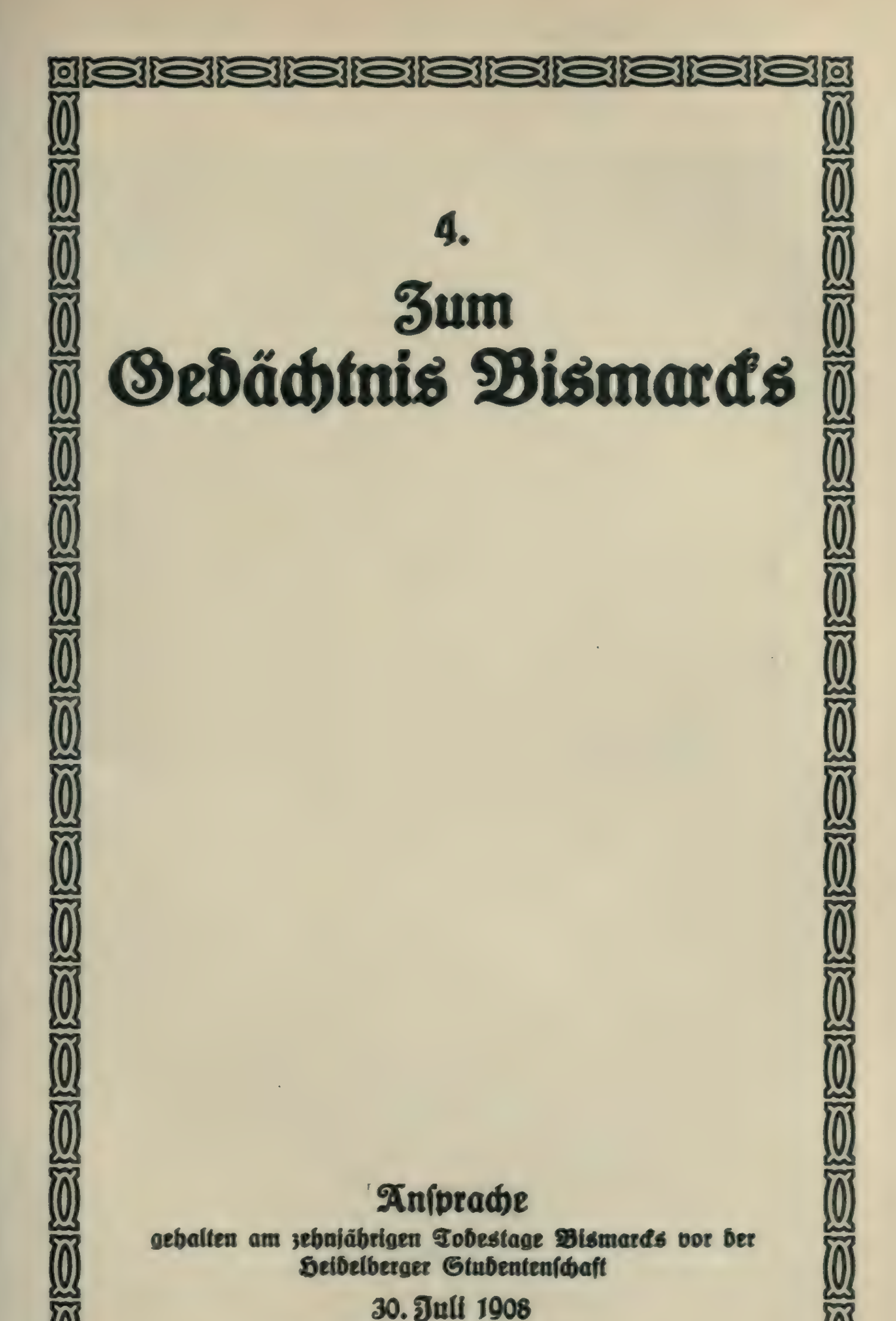
geschrieben: „Es ist mir an ihm ein treuer Freund verblieben, aber die Entfernung ist doch zu groß geworden, in der ich von ihm lebe, und er ist weit und hoch." Jetzt aber war er sofort entschlossen: „vor dem Tode uns wiederzusehen, ist doch ebenso wie sein Wunsch auch der meine." So verbrachte er den Juni 1890 in Friedrichsruh; viele lichtvolle Beobachtungen zeichnete er über diese Tage auf. Die beiden Fünfundsiebzigjährigen glichen einander eher noch weniger als früher: dort noch immer der Kämpfer, der nicht zur Ruhe kommen konnte, an Schillers „Räubern" und Shakespeares „Coriolan" sich erbaute, und hier der Resignierte, der in Weisheit die letzten Schlüsse seiner Erfahrung gezogen hatte. Dieser Gegensatz kam charakteristisch genug zum Ausdruck, wenn Keyserling, durch das laute Grollen Bismarcks in der Öffentlichkeit befremdet, ihm als seine Aufgabe bezeichnete, trotz alles Schweren, das ihn getroffen hätte, eine harmonische Persönlichkeit darzustellen, und der Fürst lebhaft erwiderte: „Wozu soll ich harmonisch sein?" Kurz zuvor hatte Keyserling bei der Lektüre von Köstlins Lutherbiographie eine ähnliche Empfindung gehabt: es war ihm, als offenbare sich in Luther „ein ganz unharmonischer Mensch, von hinreißender Liebenswürdigkeit einerseits, mit brennendem Herzen für das Gute und Wahrhafte, aber auch für das einmal Behauptete mit störrischem Eigensinn." Aber das waren eben die verschiedenen Welten, in denen diese Individualitäten zu Hause waren: dort Luther und Bismarck, die in ihrer Einseitigkeit gewaltigen Willenskräfte, hier der vielseitige Erkenntnisdrang Keyserlings: dort Reformation und preußisch-deutsche Reichsgründung, hier das 18. Jahrhundert oder wenn man will, die moderne Wissenschaft und der Individualismus, dort Natur und Kraft, der Genius der Tat, hier edelste Verfeinerung des Geistes, Objektivität und Harmonie. Fein spottete Keyserling über die Liberalen, die Bismarck nach seinem Sturz gern als Heiligen verehren möchten, aber von Entsetzen gepackt würden, wenn es in dem Heiligenschrein lebendig werde. Aber auch er hielt Bismarcks Hervortreten für ein zielloses Beginnen. Der tragische Ausgang des großen Lebens reizte ihn immer wieder, die Vorgänge durchzudenken und den Schlüssel zu dieser Per-

sönlichkeit zu suchen. Er fand, daß dem Freunde in einem seltenen Maße alles Verehrungsbedürfnis fehle, sowohl passives wie aktives: „Komödie! das ist ihm die gegenseitige Anbetung unter den Menschen. Lieben, ja, das kann er, mit ganzer Seele — aber verehren, nein!"

Kaum ein Jahr nach der Rückkehr in die Heimat verschied er, nach kurzer Krankheit, am 8. Mai 1891. Aufrecht und klar ging er dem Tode entgegen. Bis in das kleinste Detail, mit der Objektivität des Gelehrten, der einen Naturprozeß verfolgt, verzeichnete er noch am Tage vor seinem Hingang den ganzen Verlauf seines Leidens; mit seinen Enkelkindern las er noch in Brehms Tierleben und sprach mit ihrem Hauslehrer den ganzen Abend über Kant und seine Philosophie. So starb er, wie er gelebt hatte. Der Besuch in Friedrichsruh war der Ausklang seines eigenen Lebens gewesen.







4.

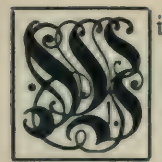
Zum Gedächtnis Bismarcks

Ansprache

gehalten am zehnjährigen Todestage Bismarcks vor der Heidelberger Studentenschaft

30. Juli 1908



ir wollen heute des großen Deutschen gedenken, der vor zehn Jahren von uns schied. Große Männer gehören zu den edelsten Besitztümern einer Nation. Jedes Volk schuldet seinen Führergestalten nicht nur ihre Taten selbst, sondern darüber hinaus noch etwas Höheres, etwas Unsichtbares und nur um so Mächtigeres: das ist der ungeheure moralische Einfluß, den das Einzelleben eines Großen durch sein bloßes Dasein auf den Volkscharakter ausübt. Das gesamte Volk erbt von den Persönlichkeiten seiner großen Söhne deren Eigenstes und Bestes, es wird reicher durch dieses eine Leben, das wie ein seltenes Kunstwerk in seiner Mitte steht: ein Kunstwerk, das alle Tiefen und Höhen des eigenen Wesens der Nation verkörpert und dann wieder fortzeugend auf Generationen hinaus ihre Eigenart bestimmt: eine Summe vorbildlicher idealer Werte, in der Nation und Individuum sich unlöslich durchdringen.

Für uns Deutsche hat der verhängnisvolle Lauf unserer Geschichte es mit sich gebracht, daß wir nur wenige solcher großen Namen besitzen, die der ganzen Gemeinschaft unseres Volkes gleich teuer, unser aller Besitztum sind. Denn die Gestalten der alten Kaiser des römischen Reiches deutscher Nation sind für uns Kinder des neuen Reiches fast verblichen, wie ihre universalen Ziele uns fremd geworden sind. Luther gehört nur dem einen Teile der Nation; diesem Teile allerdings hat seine Verkörperung deutschen Wesens die moralische und geistige Struktur für Jahrhunderte tiefer eindringend bestimmt, als je ein einzelner vorher und nachher vermocht hat. Viel mehr verengt sich der Kreis, dem Friedrich der Große auch als führende Persönlichkeit etwas bedeutet; er steht schon mehr in der preußischen Sondergeschichte als in der deutschen Allgemeingeschichte und wurzelt obendrein in einer der unsrigen fremden Geisteskultur. Und wenn Schiller den Herzen der Jugend noch immer so viel gilt wie drüben der Heimattreue unserer ausgewanderten Söhne, so möchten von Goethe die Ausländer uns gern begreiflich machen: er gehöre doch eigentlich mehr der Welt als dem Volke seiner Geburt. Ist da nicht für die Deutschen des neuen Reiches der Mann, der uns dieses Reich brachte, ihr größter Name, ihr innerlichster Besitz, oder sollte er es nicht vielmehr werden?

Denn er hat eins vor allen andern voraus. Er gehört in die Reihe der Staatengründer der Weltgeschichte, denen die Völker ihr Höchstes, ihr Dasein danken. Wenn überhaupt ein einziger Mann den Ruhmesnamen „Schöpfer des Reiches" verdient, so ist es Otto v. Bismarck. Wohl ist dieses Reich eine Schöpfung der ganzen Nation, aller in ihr ruhenden geistigen und sittlichen Energien — von dem erhabenen Träger der preußischen Krone bis zu dem letzten, der sein Blut in der Schlacht hergab, oder die Arbeit seiner Gedanken, die Tiefe seines Gemütes für das Langersehnte in die Wagschale warf. Aber von einer Seite mußte doch der starke Wille kommen, der die Summe aller jener Kräfte in Bewegung brachte, der das Sehnen in Tat umsetzte, der den Felsblock wälzte und den Weg aus der Wüste fand. In dem heiligen Feuer unserer Einheitsbewegung rief wohl das Dichterwort verlangend nach dem einen Mann aus Millionen: ihm, dem Manne der eigentlichen Initiative, des schöpferischen Willens, wollen wir heute huldigen, denn „im Anfang war die Tat". Er hat den neuen Staat gewollt und er hat ihn gebaut, er hat die junge Großmacht aufgerichtet in der Mitte Europas, umringt von mißgünstigen Nachbarn, vielleicht in dem letzten weltgeschichtlichen Augenblicke — man blicke nur auf das gewaltige Umsichgreifen der Weltmächte von heute —, in dem es auf diesem Wege möglich war. Denn er, er ganz persönlich, faßte die Entschlüsse zu den drei Kriegen von 1864, 1866 und 1870—71, ja den eigentlich entscheidenden großen Schicksalskrieg der deutschen Geschichte zwang er seinem Königshause wie seinem Volke gewaltsam auf und nahm die ungeheure Verantwortung auf seine starken Schultern. So ist er neben Luther einer der größten Revolutionäre der deutschen Geschichte, und zugleich, ebenso wie auch jener, einer ihrer größten Konservativen: daß sie beides zugleich, aber das eine nur um des anderen willen waren, begründet ihre eigentümliche Größe. Als Revolutionär vollendete er die heilsame Rebellion Friedrichs des Großen gegen das alte Reich, er stieß Throne um, drängte Millionen Deutscher hinaus, spielte mit jedem Feuer, das er für seinen Brand brauchte, brachte das altpreußische Königtum mit der demokratischen Idee in ein Geschirr — und zugleich: wie hat

derselbe Mann hernach die historisch gewordenen Kräfte seines Heimatstaates wieder befestigt, die konservativen Grundlagen im Staats- und Wirtschaftsleben in ungeahnter Weise neu belebt. Wie scheint seit dem Zeitalter Bismarcks das geistige Antlitz des deutschen Volkes so von Grund aus verwandelt, daß die Ausländer fast sehnsüchtig des Zeitalters Goethes und Hegels gedenken.

Mehr als andere Staatengründer, mehr noch als Wilhelm von Oranien für die holländische oder als Washington für die amerikanische Republik bedeutet, hat er den Stempel seiner Persönlichkeit in das werdende Gebilde seines Staates eingedrückt, ihn nach seiner Wesensart geprägt. Alle entscheidenden Werkstücke der Reichsverfassung sind von ihm gehämmert und an ihrer Stelle eingefügt. Er hat das preußische Königtum bewahrt vor einer Umbildung in die erbliche Exekutive eines parlamentarischen Staates, und es dann den Weg der Größe geführt; in dem Nationaldenkmal an der Schloßfreiheit in Berlin könnte der weitblickende Genius, der das Roß des Kaisers geleitet, die Züge Bismarcks tragen. Schon in der Reichsverfassung, wie er sie für Norddeutschland im Dezember 1866 an einem Tage diktiert, sind alle konstitutiven Tragbalken von ihm angelegt: der föderalistische Aufriß des Ganzen, zumal in der Verknüpfung von Preußen und Deutschland, dem eigentlichen Probleme unserer heutigen Politik: das allgemeine demokratische Wahlrecht, das gescholtene und unentbehrliche, das doch die dauernde Gewähr unseres nationalen Fortschritts bleibt. Überall finden wir diesen einen schöpferischen Willen wieder in dem Antlitze unseres heutigen Deutschlands, in der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung, in ihrer positiven Leistung, wie in ihren negativen, ja in ihren verderblichen Wirkungen, selbst in dem, was wir beklagen: in den Schärfen, die aus der Seele des Kämpfers, aus den Methoden seiner Politik in die Gestaltung unseres Parteilebens hinübergeflossen sind.

Und nach außen hin dasselbe, Ihnen fast noch geläufigere Bild! Bismarck hat das von ihm geschaffene Reich davor bewahrt, daß es, wie das Königtum Friedrichs des Großen in einem siebenjährigen Kriege, die rasch emporgestiegene

Größe gegen eine europäische Koalition verteidigen mußte, und bei seinem Hingang waren solche Möglichkeiten längst geschwunden. Er ist es gewesen, der das Bündnis mit Österreich-Ungarn — das bis heute der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist — seinem Monarchen in heißem Kampfe abrang. Und wiederum Bismarck hat noch im letzten Jahrzehnt seiner Staatsleitung, in den Jahren 1884—85, das letzte Meisterstück seiner diplomatischen Kunst abgelegt und aus der Weltspannung zwischen Rußland und England fast alles das herausgeholt, was wir an Kolonien in der Welt besitzen: gedenken wir Nachgeborenen heute auch dieser Ruhmestat, da wir erkennen, wie schwer jeder einzelne Schritt vorwärts der zuletzt zur Teilung der Welt gekommenen Großmacht fällt.

So wohnen wir in dem Hause, das er gebaut, und in der Luft der politischen Lebensgemeinschaft, die wir atmen, weht bis zur Stunde sein Geist. Das alles konnte seine Persönlichkeit nur erreichen, weil sie selber eine der tiefsten Ausprägungen deutschen Wesens war. Wie ist uns doch dieser Mensch Bismarck nach und nach vertraut geworden, nach seinem Rücktritt und vollends nach seinem Tode: in seinen Briefen und in seinen Aufzeichnungen, in allen Äußerungen eines privaten Daseins, das er schließlich vor den Augen der Welt zu führen genötigt war. Da treten uns die ursprünglichen Züge seines Wesens nahe: die Freude an der Natur, ob er nun, von den Akten flüchtend, die ersten Schneeglöckchen und eine verlorene Nachtigall im Tiergarten begrüßt oder ob er an einem Nebeltage durch die Kiefernschonungen seiner hinterpommerschen Wälder trabt; da lebt das Naturnahe in ihm auf, der nie ein Stadt- und Stuben- und Büchermensch war. Da erscheint er, die Franzosen stehen mit andächtigem Staunen davor, als der große Jäger, der starke germanische Esser und Trinker, dessen Kraftgefühl kaum ein Maß kannte. Und dann lernten wir die zarten, liebenswürdigen, weichen Züge seiner Natur kennen, in seinem Verhältnis zur Braut, zur Gattin, zu den Kindern — in diesem engen Kreise scheint sich die Welt seines Gemütes fast zu erschöpfen. Denn das Empfinden des Privatmannes wird immer wieder überschattet von den heldenhaften Zügen seines Wesens. Er ist doch der begabteste Sohn jener

deutschen Herrengeschlechter, die über die Elbe zogen und den Slaven das Kolonialland abgewannen. Je tiefer man in sein Werk eindringt, je höher erhebt sich auch das Dämonische in seinem Wesen, das Napoleonartige, das am Ende seines Lebens bis zur Verhärtung in der Macht wächst. Bismarck gehört nicht zu den Musterhelden der Weltgeschichte, zu der achtungswerten Familie Aristides, in der das öffentliche Verdienst in jedem Augenblicke privater Tugend hübsch die Wage hält, sondern das Überströmen seiner Kräfte läßt neben seinen Vorzügen auch die Schwächen hervortreten. Auch hierin war er ein rechter Deutscher, und das macht ihn, denke ich, gerade der deutschen Jugend so teuer: aber er war ein Deutscher, der zugleich das eine besaß, was unserem Volke so selten beschieden war, den politischen Genius.

Er bleibt er selbst, auch als die Tragödie seines Lebens einsetzt. Diese Tragödie ruht tiefer als in der bloß menschlichen Beziehung zwischen einem jungen Kaiser und einem greisen Kanzler, sie ruht in seinem Verhältnis zur Monarchie überhaupt. Wir haben ein Billett König Wilhelms an Bismarck aus den Anfängen des Konflikts mit dem preußischen Landtage, vom 27. Januar 1863: „Ich wollte Sie bei der heutigen Schlacht noch darauf aufmerksam machen, daß heute der Geburtstag meines Enkels ist, also so Gott will, meines zweiten Nachfolgers, was vielleicht bei einer patriotischen Wendung anzubringen wäre.“ So rief denn der Minister an jenem 27. Januar im Landtage den Liberalen die Worte zu: „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden.“ Und er hat dann diese Worte wahr gemacht, der Sohn der Junker, die sich einst nur knirschend den Hohenzollern gebeugt hatten, hat diese einzigartige Institution unerhört erhöht, wie es nur ihre Schöpfer, die beiden großen preußischen Könige des 18. Jahrhunderts, vermocht hatten. Da aber wandte sich der Erbe dieser Macht gegen den Vorkämpfer der Monarchie, und im bittern Grimme der Verbannung mochte Bismarck sich fragen, ob er diese Krone nicht

zu stark gemacht habe. Es ist eine der Tragödien, in denen die überragende Macht großer Staatsmänner in monarchischen Staaten vor ihrem eigenen Prinzip zusammenbricht; was sich früher in blutigen Explosionen entlud — man denke an Aëtius vor Kaiser Valentinian in Ravenna! —, das verlegt jetzt alle Tragik in das Innere des einen Menschenlebens hinein, und von ihm wieder, so haben wir es erschüttert miterlebt, in das Innere der ganzen Nation. Denn der gestürzte Kanzler, der einst als Jüngling erklärt hatte, kein Zeug zum Minister zu besitzen, hatte es noch weniger zu der Rolle eines Ministers a. D., eines stummen und passiven Zuschauers bei den Geschicken seines Volkes. So durchbrach er wieder den Typus, stellte sich zu seinem Werke, wie er wollte, ließ sich nicht lebendig einbalsamieren oder in den Heiligenschrein stellen, wie es Freund und Feind von ihm verlangten, sondern saß grollend wie Achill im Zelte und kostete mit dem Koriolan seines geliebten Shakespeare die letzte Bitterkeit aus, die Eitelkeiten verachtend, immer sorgend in Weisheit, wetternd in Leidenschaft und so sich verzehrend, aber in diesem unerhörten Schicksale von Tag zu Tage mehr geliebt, nun erst mit der Volksseele den geheimnisvollen Bund eingehend, den Unglück fester schmiedet als alle leuchtenden Tage des Glückes. Heute gehört das alles unzertrennlich zu seinem Bilde. Auch der gestürzte Kanzler, der Alte von Friedrichsruh, ist eine historische Figur, eine menschliche Ergänzung seines Heldenlebens, man ist versucht zu sagen: die letzte Vollendung seines ganzen Wesens und Werkes; auch er bleibt ein unvergeßliches Besitztum unseres Volkes.

Längst liegen jene schweren letzten Jahre hinter uns. Mit der zeitlichen Entfernung aber gewinnen wir mehr und mehr die historische Distanz gegenüber der Persönlichkeit Bismarcks. Wie das Hochgebirge aus der Ferne immer beherrschender am Rande des Horizontes emporsteigt, so erhebt sich das Unvergängliche seines Lebenswerkes immer mächtiger, und es tritt zurück, was begrenzt und historisch bedingt, was vergänglich und klein war, was neuem Leben Platz zu machen hat. Und wenn wir das eine von dem andern zu scheiden beginnen, so liegt darin noch keine besserwissende Kritik, sondern es ist in seinem Geiste gedacht. Wie oft hat er nicht in Bildern,

die er gern der Jagd entnahm, die Politik bezeichnet als die Kunst des Möglichen, des Erreichbaren in einer gegebenen Situation. Von nichts war er weiter entfernt, als einen Kanon allgemein gültiger Grundsätze aufzustellen, wie ihn heute die halben und ganzen Bismarckorthodoxen herauslesen möchten aus seinen Werken: ein Kampfeswort der Stunde umprägend zu einem Programm für immer, zehrend von einem Ideenvorrat, den im Geiste Bismarcks zu vermehren und zu erneuern ihnen besser anstände.

Darum wollen wir offen bekennen, daß auch wir heute andere Aufgaben haben, als des greisen Bismarcks Ideenwelt zu kanonisieren. Auch ihm gegenüber dürfen wir nicht Epigonen werden, wie das protestantische Deutschland es nach Luthers Tode wurde, unproduktiv stillstehend und darum rückschreitend; sondern gestehen wir uns lieber, daß selbst sein Rücktritt in der inneren Politik Raum schuf für fortschrittliche Reformen, die unter ihm unmöglich waren, und daß es ein Verdienst unseres jungen Kaisers war, wenn er die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten 1890 nicht in dem Sinne des alten Kämpfers vornahm. Bringt uns doch jeder Tag neue Aufgaben, die über die Richtlinien Bismarckscher Politik hinausgehen — häufig genug nur einen langsamen Fortschritt auf einer mittleren Linie, denn an ihn bleiben unser Volk und unser Staat gebunden mit ihren tiefen wirtschaftlichen, historisch-landschaftlichen und konfessionellen Gegensätzen, mit ihren fremden Bestandteilen und ihren Gegnerschaften ringsum, mit allen den bitteren Erbschaften vergangener Jahrhunderte, den Narben einer langen Leidensgeschichte, die unser nationaler Körper nun einmal an sich trägt.

Nicht bloß neue Aufgaben harren unser, vielleicht auch neue Methoden nationaler Erziehung und Arbeit, neue Ideale politischen Lebens, die das Ideal unseres Helden nicht überflügeln, aber ergänzen und fortbilden. Bismarck war eine Herrennatur mit Herrenidealen, autoritativ veranlagt in aller Elastizität seines Geistes; aus dieser Gesinnung — sie ist die des preußischen Staates und seines eigenen Blutes — handelte er, und ihr vor allem dankte er seine Erfolge; ohne diesen eisernen Gebieterwillen wäre der Verlauf seiner Reichsgründung nicht

zu denken. Die entfesselten Kräfte der Nation auf sich selber zu stellen, das lag ihm ferner. Wohl hatte er Deutschland in den Sattel gehoben, aber solange er atmete, gedachte er die Zügel nicht aus den Händen zu geben. Ihm eigneten die harten staatsbildenden Gaben des Preußentums. Es ist das, was die fremden Nationen rühmen, wenn sie sagen, ein Doppeltes vermöchten die Deutschen: zu befehlen und zu gehorchen; es ist das, was dauernd in Armee und Beamtentum, in den wirtschaftlichen und technischen Organisationen unserem Nationalcharakter die Erfolge sichert; wir werden alles das in künftigen Entscheidungen nicht missen können, ohne uns aufzugeben. Und doch ist darin nicht das letzte Ziel begriffen, weder für den einzelnen noch für die Gesamtheit. Dieses letzte wird in der Erziehung des Individuums zur höchstmöglichen selbständigen Leistungsfähigkeit liegen, zu einem Typus, wie ihn eine Rasse von längerer politischer Reife vielleicht schon vollkommener hervorbringt. Nicht als ob wir fremde Ideale künstlich einzuführen hätten: man kann es so wenig, wie fremde Verfassungen nachahmen. Nationen leben nach dem Gesetz, das sie geschaffen hat. Aber sie schreiten fort in dem Maße, wie sie alle ihre ursprünglichsten Anlagen vertiefen und fortbilden.

Wenn uns eins auf diesen Weg des Fortschritts nötigt, so ist es der heutige Wettkampf der Nationen, der angespannteste, den die Weltgeschichte jemals sah, und mit dem das Schicksal Deutschlands mehr als das irgendeiner anderen Nation verknüpft ist. Gerade in der auswärtigen Politik haben wir es seit dem Rücktritt Bismarcks schwer ertragen, daß dieses einzigartige Kapital seiner politischen Einsicht acht Jahre lang brach lag — wie er es selber wohl am schwersten trug. Allzulange waren wir gewöhnt gewesen, unsere Weltangelegenheiten in der festen und feinen Hand des wachsamsten Steuermannes zu wissen. Seitdem sahen wir bei rauhem Wetter das Steuerruder manchmal schwanken. Heute empfindet das ganze Volk, daß es diese ernstesten Lebensfragen selber miterleben muß. Wie hat die Welt sich seit dem Zeitalter Bismarcks verändert! Die Zeiten der siebziger und achtziger Jahre werden selbst in französischen Geschichtswerken wohl als Zeitalter der deutschen

Hegemonie bezeichnet; nicht einer kriegerisch drückenden Hegemonie im Sinne eines Ludwig XIV. oder Napoleon, sondern nur einer friedlichen Hegemonie, die im Mittelpunkte der Koalitionen das Gewonnene gegenüber dem isolierten Frankreich behauptete und die Achse in den wechselnden Gruppierungen der Mächte bildete. Dieses Zeitalter ist heute abgeschlossen und nur Illusionen täuschen darüber hinweg. Sollen wir darob klagen und den Schuldigen suchen — sollen wir etwa versuchen, in den Kürassierstiefeln Bismarcks weiter breitspurig einherzutreten? Hat wirklich alles an Einem gehangen, der dahinging?

Wer tiefer dringt, wird erkennen, daß eine unvermeidliche Entwicklung diese Wandlung brachte. Bismarcks auswärtige Politik war seit 1871 saturiert, sie wollte es bewußt sein, und sie mußte es sein, wenn sie nicht, nach den raschen Erfolgen deutschen Aufsteigens, alles gegen sich aufrufen wollte. Daher war sie — trotz seines führenden Anteils am Gewinn der Kolonien! — vorwiegend kontinental orientiert. Was ist charakteristischer als die Antwort, die er einem die Aussichten Deutschlands in Ostafrika preisenden Afrikareisenden gab: er deutete auf Metz: „Hier liegt meine Karte von Afrika!" Diese Politik entnahm auch die Berechnungen der Zukunft nur aus der kontinentalen Sphäre: in dieser Beschränkung lag ihre Stärke, aber auch die Grenze. Denn diese kontinentale Politik ließ sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, wenn wir nicht stillestehen, eine Macht zweiten Ranges, eine wirtschaftlich dienende Macht werden wollten. Für eine Nation, die jährlich bald um eine Million Einwohner zunimmt, wächst die gebieterische Notwendigkeit, für deren Aufnahme und Ernährung zu sorgen, entweder den Abfluß dieses Menschenzuwachses innerhalb des nationalen Bereiches zu regeln, oder den Produkten der gesteigerten Beschäftigung einen Zugang zum Weltmarkt zu sichern. Und jeder Tag lehrt uns, wie die wirtschaftlich-kulturelle Erschließung dieses Weltmarktes längst wieder umgeschlagen ist zu einer machtpolitischen Eroberung der Welt in den verschiedensten Formen.

So wurde es die Lebensfrage der großen geeinigten Nation, auch auf diesem Felde ihr natürliches Schwergewicht

geltend zu machen. Das schuf uns neue Gegnerschaften in der Welt, die neuen traten zu den alten, und darüber verschob sich der Schwerpunkt der Entscheidungen. Hier liegt die Wurzel der veränderten Situation. Niemand leugnet, daß Bismarcks geniale Hand die Wendung sicherer und behutsamer vollzogen und im einzelnen manchen Fehler vermieden hätte. Das ist aber eine Frage der Methode, nicht des Prinzips, das über die Bismarcksche auswärtige Politik hinausführen mußte. Die Probleme von heute standen seinem politischen Horizonte ferner: auch in seinen Gedanken und Erinnerungen finden sich nicht viele Voraussagen, die noch positiv auf die Situation der Gegenwart anzuwenden wären. Aber Unvergängliches predigt trotzdem jede Seite: den Sinn für das Reale und Erreichbare, den politischen Takt, das Maß in der Macht.

Darum sollte nichts uns heute ferner liegen als pessimistische Klage. Es gibt einen Brief, noch nicht lange bekannt, den Bismarck am 4. Juli 1867, bald nach der Luxemburger Spannung mit Frankreich, an den Staatssekretär v. Thile schrieb: „Wir müssen den Revolver in der Tasche und den Finger am Abzuge unserem verdächtigen Nachbarn genau nach den Händen sehen, und er muß wissen, daß wir ohne alle Schüchternheit schnell und tödlich feuern, sobald er über unsere Grenze spuckt. Aber wenn wir ihm zuviel zureden, Frieden zu halten, und uns zuviel entschuldigen über unsere guten Absichten und Bestrebungen, so fürchte ich, machen wir ihn dreist, weil er uns für ängstlicher hält als wir sind."

Und nun durchdenke man die damalige Weltkonstellation: Napoleon zwischen Krieg und Drohung schwankend, die Geschlagenen von 1864 und 1866 lüstern nach jeder Revanche, ja ein feindlicher Dreibund im ersten Ansatze, die Annektierten widerwillig, eine welfische Legion in Paris, die Süddeutschen erst lose verbunden und das neue Reich noch unfertig nach innen und außen. Und dennoch diese stolze Sprache! Damit vergleiche man einmal unsere jetzige Gesamtlage. Sie erträgt es, daß dieser Tage, zehn Jahre nach Bismarcks Tode, der Präsident von Frankreich und der russische Zar sich unter englischem Segen verbrüdern, und von Prag bis Moskau, von Warschau bis Posen alle Hoffnungen geschäftig belebt sind, sie erträgt

das ohne Illusion, aber auch ohne Nervosität: der Einbrecher pflegt in der Regel nervöser zu sein als der Hausherr, der auf seinem eigenen Grund und Boden die Augen offen und sein Pulver trocken hält. Erschrecken wir nicht vor Worten wie splendid isolation, die, wenn sie wahr wären — und sie sind es nicht einmal! —, nur den Beweis für unsere Stärke liefern würden. Erinnern wir uns gelassen, wie Bismarck einst, als jene bedrohliche Spannung von 1867 sich entlud, die Intrige der andern durch eine genialere überwand und im Sommer 1870 gegen die anrückenden unterirdischen Laufgänge der Gegner eine Kontremine legte, um nunmehr mit dem höchsten Spiel den höchsten Einsatz zu gewinnen: aber er wagte es nur, weil in der Geburtsstunde der Nation ihr Leben auf dem Spiele stand. Und allein um der höchsten Lebensfragen willen hätte der Urheber dreier Kriege, der den bloßen Präventivkrieg immer verwarf, noch einmal wieder zum Schwert gegriffen.

Rufen wir also nicht immer wieder nach einem neuen Bismarck! Eine Nation kann sich nicht einrichten auf einen genialen Heros, der uns einmal beschieden war, vielleicht aber nicht wieder kommt. Aber sie kann mehr tun, und das eben ist unsere Aufgabe, wenn wir, ein junges Volk, unter Schwierigkeiten unter die alten Weltmächte uns einreihen. Steigern wir unsern nationalen Typus, nicht nur die materielle Schlagkraft — denn sie allein regiert nicht —, sondern die Gesamtheit der politischen Kraftquellen, alle unsere ethisch-kulturellen Werte, die wir zu verwirklichen haben. Aus der freien Luft der See, in die unsere neue Politik hinausführt, aus den stählenden Erziehungseinflüssen der Arbeit in den Kolonien, wo ein jeder auf sich selber steht, weht uns schon ein frischer Wind entgegen, der Wertvolleres mit sich bringt als die unmittelbaren Früchte der wirtschaftlichen Tätigkeit. Er wird uns auch über die Ära Bismarck hinaus in eine Zeit führen, in der wir in seinem Geiste immer wieder erfahren: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.

In diesem hohen Sinne bleibt Bismarck uns ein Erzieher, wie unser pädagogisches Volk sich so gern ausdrückt, nicht für die subalternen Geister, die es aus der Bismarckbibel schwarz auf weiß haben wollen und oft ihm nur das Äußerlichste ab-

sehen, sondern für ein freies fortschreitendes Volk, das im Weiterstreben seines größten Sohnes sich würdig erweist.

So lassen Sie uns heute den zehnjährigen Todestag unseres Staatsgründers als einen nationalen Gedenktag in Zuversicht begehen, und ein solcher Bismarcktag soll den Deutschen dasselbe sein wie den Amerikanern der Washington-Tag — die Erinnerung an den Einen das erhebende Besitztum eines ewig dankbaren Volkes. Und wenn die Flammenschlange der Fackeln über den Neckar auf den Heiligenberg zieht und auf der Bismarcksäule das Feuer auflodert, dann möge in den Herzen der akademischen Jugend der eine Gedanke wiederglühen: daß das Gedächtnis des Einigers unserer Nation uns innerlich einigen, stark und frei machen soll!



5.

Bismarck und sein Werk in der neuesten Geschichtschreibung

1902





it der monumentalen Darstellung Sybels hat die wissenschaftliche Würdigung von Bismarcks Werk erst eingesetzt: was bis dahin von den Volksgenossen vor allem als lebendige Gegenwart unmittelbar empfunden worden war, das rückte nun zum erstenmal in den großen Zusammenhang einer historisch gewordenen Vergangenheit, die man zu überblicken und zu begreifen trachtete: trat doch das Buch zur selben Zeit ans Licht, als mit dem Hingang des alten Kaisers und dem Rücktritt Bismarcks überhaupt ein neues Zeitalter heraufstieg. Und wenn heute, zwölf Jahre nach dem Erscheinen der ersten fünf Bände, eine Volksausgabe veranstaltet wird, so erinnert das auf der einen Seite daran, welche eminente und im ganzen unerschütterte Stellung das Buch Sybels in der Geschichtsliteratur über unsere Reichsgründung von Anfang an eingenommen und sich bewahrt hat, durch Umfang und Stoffreichtum, durch seine wissenschaftliche und künstlerische Bedeutung, durch die Fülle seiner Anregung und politischen Weiterwirkung, und man begrüßt es, daß eine Leistung von so großem literarischen und praktischen Verdienst in einer neuen Gestalt nun weiteren Kreisen zugänglich gemacht wird. Zugleich aber — und dieser zweite Eindruck wird den ersten zwar nicht ganz verwischen, aber sich neben ihm einstellen — werden wir uns angesichts dieser Volksausgabe bewußt, welche Summe neuer Kunde während dieser zwölf Jahre, vielfach durch Sybels Buch erst angeregt und ermöglicht, uns aus den besten und ursprünglichsten Quellen erschlossen wurde, und welcher Aufwand wissenschaftlicher Forschung seitdem bemüht ist, in dem gewaltigen Bergwerk der Sybelschen Darstellung die Stollen tiefer zu treiben, ganz neue Gänge und Ausblicke zu schaffen und auch dem toten Gestein echtes Gold abzugewinnen. Und wenn wir sehen, daß heute auf dem Grunde seines Werkes eine Gesamtansicht erwachsen ist, die an manchen Stellen seine Ergebnisse nicht nur vertieft, sondern auch umgestaltet, dann scheint die Volksausgabe nicht allein als freudig empfangener Gast einzutreten, sondern sie hat ein wenig auch von dem aus der Fremde zurückgekehrten Reisenden an sich, über dessen Land ein neuer König gekommen ist,

und mit der neuen Generation neue Gesichter und neue Gedanken: zu der Ehrerbietung gesellt sich alsbald der prüfende Vergleich. Solches Schicksal wissenschaftlicher Arbeit ist gerade auf dem Gebiete historischer Erkenntnis jüngster Vergangenheit am unvermeidlichsten; jede neue Generation muß ihre Vergangenheit mit anderen und freieren Augen ansehen als die vorige und dann doch wieder vor ihren eigenen Söhnen in den Schatten treten. So ist soeben, bald nach dem Erscheinen der Volksausgabe, das nationale Werk der Allgemeinen Deutschen Biographie in dem ersten Supplementbande dazu gelangt, dem größten Deutschen unserer Tage ein Denkmal zu setzen: in dieser Biographie von Max Lenz setzt sich der Sybelschen eine Darstellung gegenüber, die, mit aller inzwischen erwachsenen Kenntnis gesättigt, aus weiterer Entfernung und mit befreiterem Blick, das Werk Bismarcks bereits wieder anders, aus eigenem Geiste, anzuschauen unternimmt. Beide Bücher fordern daher auf, sie aneinander zu messen, nicht im äußerlichen Sinne, denn das eine ist eine siebenbändige gleichmäßige Geschichtsdarstellung und das andere eine Biographie auf universalhistorischem Hintergrunde, aber in ihrem innerlichen Gehalt und ihrer historiographischen Stellung sie miteinander zu vergleichen, weil ihr eigentliches Thema doch dasselbe ist. Daher mögen einige allgemeine Bemerkungen am Platze sein: nicht zu dem Zwecke, Einzelfragen zu erörtern oder gar nach Rezensentenart etwas vermeintlich besser Gewußtes anzustreichen, sondern um die Hauptsachen des hier behandelten biographischen und weltgeschichtlichen Problems in eine vergleichende Beleuchtung zu setzen: weniger zu urteilen, als den richtigen Boden für ein verständnisvolles Urteil aufzusuchen.[1])

Die historiographische Stellung Sybels zu seinem Stoff ist durchaus nicht auf eine einfache Formel zurückzuführen, sondern mehrfach kompliziert.

---

[1]) Heinrich von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsakten. 7 Bde. Volksausgabe. München und Leipzig 1901, R. Oldenbourg. Max Lenz, Geschichte Bismarcks. (Sonderausgabe aus der Allgemeinen Deutschen Biographie.) Leipzig 1902, Duncker & Humblot.

Bei Lebzeiten des alten Kaisers und während der Reichskanzlerschaft Bismarcks verstand es sich von selbst, daß Sybels Geschichtserzählung zunächst mit einer großen Schwierigkeit zu ringen hatte. Sie betraf das Verhältnis Wilhelms zu Bismarck und den persönlichen Anteil, den jeder von ihnen an dem Erreichten genommen; über die Kämpfe, unter denen Bismarck den König auf seinem Wege hinter sich her gezogen hatte, war dem Historiker ebenso verwehrt zu sprechen wie damals dem großen Staatsmann selber. Sybel suchte wohl gelegentlich mit einer gewandten Floskel an den „harten Auseinandersetzungen und schweren Stunden im königlichen Palaste selber" vorbeizukommen: „jedoch es ist für die Zwecke dieses Buches nicht erforderlich, ihnen im einzelnen zu folgen . . . . denn das ist der einfache und große Zug in der Politik dieser Regierung, daß zuletzt doch immer die sachlichen Momente entscheiden." Innerhalb dieser selbstgewählten Grenzen vermochte er natürlich nicht, das Eigentümliche und Überragende in der Leistung Bismarcks völlig zu treffen, und war sich gewiß dessen bewußt; es hing damit zusammen, wenn man ihm vorwarf, er habe aus dem Königstiger eine zahme Hauskatze gemacht. Erst nach dem Rücktritt Bismarcks begann diese Schranke zu fallen, zunächst für den Altreichskanzler selber, der, von den Hohenzollern fortgestoßen, sich nun herbe und selbstherrlich auf das natürliche Anrecht des Genius auf den historischen Ruhm seiner Taten besann, und vom Tode Friedrichs des Großen bis zum Antritt seines Ministeriums in der preußischen Geschichte nichts als eine Reihe verpaßter Gelegenheiten erblickte. Das wirkte auch auf die Geschichtschreibung befreiend; 1897 konnte Erich Marcks in seiner Biographie Wilhelms den ersten vielbewunderten Versuch machen, das Verhältnis der beiden und die Art des besonderen Anteils eines jeden mit zarter und feiner Psychologie innerlichst nachzuempfinden. Mit festeren Linien, den Blick auf die entscheidenden Entschließungen gerichtet, führte Bismarck selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen" den Griffel für seine Taten; und impulsiv begann sich dagegen das Empfinden der Dynastie und ihres Vertreters zu wehren und von den Ereignissen das größte Stück für den Monarchen selber zu reklamieren.

So sind die Schwierigkeiten, die in monarchischen Staaten im Urteil über die Persönlichkeiten der Regenten liegen, heute erheblich vermindert, aber nicht geschwunden; denn die Dynastie und ihre Traditionen werden mit Recht immer Schonung verlangen und dabei, wie Const. Rößler einmal fein bemerkt hat, immer noch bescheidener sein als die ausschließlichen Traditionen siegreicher Parteien in republikanischen Staaten. In der Biographie von Lenz ist das vorsichtige Abwägen des Anteils beider Persönlichkeiten zurückgetreten hinter der freimütigen und bestimmten Frage: Wessen Geisteskraft und Entschlußkraft hat in den großen Krisen von 1862 bis 1870 die Dinge jedesmal in der Richtung auf den Sieg in Bewegung gesetzt, wer ist in weltgeschichtlichem Sinne der Mann des schöpferischen Handelns gewesen? Und das ist sein Ergebnis, daß das heutige Reich in jedem Stadium seiner Entwicklung durch den Gedanken und den Willen Bismarcks geschaffen worden ist und von ihm aus seinen eigentümlichen Charakter erhalten hat.

Der Historiker, der „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ schrieb, ist nachher doch als der Samuel Pufendorf Bismarcks angesprochen worden, und mit einem gewissen, wenn auch nicht ausschließlichen Rechte. Jedenfalls hat sich durch dieses Verhältnis eine ganz bestimmte Färbung dem Werke Sybels mitgeteilt. Wenn Bismarck ihm die archivalischen Quellen seines Staates zu einer umfassenden zeitgeschichtlichen Darstellung eröffnete, so geschah das von vornherein in dem Gedanken, über die Auswahl des auszuliefernden Stoffes selber zu befinden, für manche Abschnitte alles zu geben, für andere dagegen aus Gründen der Staatsraison die Siegel gar nicht oder nur in beschränktem Maße zu lösen. Somit war hinsichtlich der Einsicht in das Quellenmaterial Sybel unbedingt an die Entschließungen des Meisters gebunden; es gab Gebiete, in denen seine freie Bewegung begrenzt war, und es wäre eine dumme Überheblichkeit der Kritik, von dem Historiker hier ein Schalten mit dem Stoffe zu verlangen, wie es bei der Aufarbeitung von Aktenbeständen längst abgeschlossener Perioden möglich und selbstverständlich ist. Zu dieser mehr formalen Abhängigkeit kam naturgemäß

noch eine tiefere. Von vornherein sah Bismarck sich selber als an dem Sybelschen Werke mitbeteiligt an: „Ich werde demnächst," rief er in der Reichstagssitzung vom 13. Januar 1887 dem Abgeordneten Windthorst zu, „eine Darstellung, die ich längst beabsichtigt habe, aber aus Rücksichten, um alte Empfindungen nicht wieder aufzuwärmen, bisher unterlassen habe, meinerseits, wenn der Kaiser es genehmigt, der Öffentlichkeit übergeben"; und man vermutet nicht ohne Grund, daß er selber die Korrekturen des Werkes gelesen hat. An den wichtigsten Stellen, zumal als sich Sybel die Quellen nach dem Sturze des Kanzlers wieder verschlossen, für die Zeit von 1867 bis 1870, trägt die Auffassung der Dinge vollends die Farbe, die Bismarck selber sah oder gesehen wissen wollte. So konnte es nicht anders sein, als daß der Reichsgründer, der auch das Vergangene mit der Energie des vorwärts gerichteten Willens erblickte, von seinem eigenen Geiste seinem Historiker mitzuteilen bedacht war und Raum für seine eigenen politisch-didaktischen Gedanken verlangte. Daher tauchen Ideenreihen, die in ihrem ganz bismarckisch gefärbten Original uns erst später aus den „Gedanken und Erinnerungen" vertraut geworden sind, gleichsam avant la lettre schon bei Sybel auf, noch nicht in der scharf umrissenen politischen Formulierung des Reichskanzlers, sondern eher akademisch geglättet, aber unverkennbar auf denselben Grundton gestimmt. Dahin gehört die allgemeine Tendenz, Vergangenes vergangen sein zu lassen und nicht unnötig alte Wunden aufzureißen, eher die einstigen Gegensätze in etwas gedämpftem Lichte erscheinen zu lassen, wie es dem Bismarck des Dreibundes und des föderativen Bundesstaates wünschenswert schien; ferner der kleindeutsche Gedanke als notwendige Lösung der deutschen Frage; schließlich die Neigung, die national-deutschen Gedanken auch schon in der preußischen Politik Bismarcks vor 1866 zu betonen.

Gerade diesem Bestreben kam Sybel von der andern Seite mit einer verwandten Neigung zum harmonisierenden Ausgleich der historisch-politischen Auffassung entgegen. Und damit kommen wir zu dem Einfluß, den Sybels eigene politische Ideale auf sein historisches Urteil ausgeübt haben. Er schrieb im Vorwort: „An keiner Stelle des Buches habe ich

meine preußischen und nationalliberalen Überzeugungen zu verleugnen gesucht." In der Darstellung der Revolutionsjahre von 1848 bis 1851 zumal, vom 18. März bis nach Olmütz hin, ist der politische Gesichtswinkel ganz von den nationalen und liberalen Ideen genommen, welche damals Deutschland nach dem Bilde ihrer Träume umzugestalten versuchten. Er urteilt zwar nicht mehr mit der glaubensfreudigen Begeisterung der alten erbkaiserlichen Mitkämpfer selber, aber doch ganz in ihrem Sinne über Personen und Ereignisse, ungerecht vor allem gegen den König, in dem er wie seine Partei fast einen großdeutschen Phantasten sehen will, während der eigentliche Antipode ihrer Politik, der preußisch-konservative Partikularist v. Bismarck, gar nicht in der Schärfe des völligen Gegensatzes gefaßt wird. Es ist immer der gemäßigte Konstitutionelle, der die Erfüllung des Einheitstraumes der Nation nur auf dem Wege für möglich hält, daß der König von Preußen die deutsche Idee ergreift und gegen die partikularistischen Reaktionäre auf der einen und die demokratischen Republikaner auf der andern Seite ein liberales juste milieu deutscher Nation zum Siege führt. Man sieht, wie weit diese Ideale von dem gerade umgekehrten Wege Bismarcks entfernt waren, und es ist unleugbar, daß eine Geschichtsauffassung von derartig doppelpoliger Tendenz nicht ohne innere Widersprüche auskommen kann. Schon in der Darstellung der Revolutionsjahre macht sich das bemerkbar; die Beurteilung Friedrich Wilhelms erscheint dadurch verzeichnet, daß sie bald nach dem Maßstabe der Liberalen, bald nach dem entgegengesetzten der Konservativen unternommen wird. Wenn wir fragen, wie überhaupt eine solche Verquickung zweier Auffassungen zu einer scheinbaren Einheitlichkeit möglich sei, so liegt die Antwort darin, daß nach dem Jahre 1866 die deutsche Geschichte ja im Sinne eines gewissen Ausgleiches zwischen jenen beiden Richtungen verläuft. Es ist somit die spezifische Geschichtsauffassung der Nationalliberalen, die unter dem Drucke von Bismarcks Persönlichkeit in den sechziger und siebziger Jahren auf den größten Teil ihrer alten liberalen Ideale verzichtet, sich dem auf anderer Basis erwachsenen Deutschen Reiche anbequemt haben und nun auch gegenüber der Vergangenheit trachten, das Werk

der Reichsgründung, wie sie nun einmal vollbracht worden ist, in einen harmonischen Einklang mit dem, was man selber gewollt hatte, zu bringen. Diese versöhnliche Verbindung ursprünglich getrennter Tendenzen zu gemeinsamer Arbeit am Vaterlande ist eine politische Notwendigkeit gewesen; es ist verständlich, daß von hier aus auch ein Bedürfnis nach einer entsprechenden Geschichtsauffassung geltend gemacht wurde. Zugleich war das der Punkt, wo sich Sybel mit der Bismarckschen Auffassung der achtziger Jahre, als in dem Kartell fast eine innerliche Verschmelzung der alten Rivalen erreicht schien, tatsächlich berührte.

Trotzdem stellt diese Richtung für eine Historie, der die reine objektive Erkenntnis am höchsten steht, einen Standpunkt dar, der überwunden werden muß. Sie ist um so gefährlicher, als sie nicht eine einseitige und deshalb relativ leicht kontrollierbare Parteiansicht widerspiegelt, sondern eine Verquickung von zwei Staatsanschauungen, die aus getrennter Wurzel entsprungen sind. Die Sybelsche Auffassung gerät deshalb in Gefahr, die Grenzlinien der politischen Gedanken, die in dem Deutschland von 1848—1870 lebten und miteinander rangen, zu verwischen und damit gerade das Spezifische der Leistung Bismarcks zu verkennen. Und je weiter wir uns von diesen Kämpfen zeitlich entfernen, um so dringender wird die Aufgabe, die Erkenntnis von den Rücksichten und Stimmungen vorübergehender politischer Konstellationen gänzlich unabhängig zu machen. Und auch darin steht die Generation von Historikern, der Lenz angehört, ihrem Objekte unbefangener gegenüber; sie ist nicht unter den Eindrücken groß geworden, unter denen die Sybel ihre politischen Überzeugungen bildeten und wandelten, sondern hat auf dem Boden des Errungenen und Sichergestellten nach neuen Idealen mit dem guten Rechte jeder neuen Generation Ausschau gehalten. Wenn sie dabei in eine gewisse Abwendung von der Parteipolitik überhaupt geriet, so lag das nicht an einem Mangel an politischem Sinn, sondern an dem Umstande, daß die fraktionellen Gruppen wenigstens der bürgerlichen Parteien zurzeit nicht über so viel Ideenkraft verfügen, daß sich die denkenden Geister der Nation ihnen restlos anschließen könnten. So ist es gekommen, daß man

das Verständnis der jüngsten Vergangenheit, des Zeitalters Bismarcks, nicht mehr von den bedingten Standpunkten der inneren Politik, als Gefolgsgenossen kleindeutscher und nationalliberaler Ideale versucht, sondern es vielmehr zu fördern glaubt, wenn man es im Rahmen der universalen Politik als des allgemeingültigsten Faktors zu begreifen unternimmt. In dieser Richtung ist der wichtigste Fortschritt derjenigen neueren Auffassung, wie sie in der „Geschichte Bismarcks" von Lenz zum Ausdruck kommt, zu suchen: unabhängiges Urteil gegenüber der Dynastie, unabhängiges Urteil auch gegenüber dem großen politischen Erzieher unseres Volkes, Befreiung von den vorübergehend gültigen Zielen deutscher Politik und alles gipfelnd in einem weltgeschichtlichen Begreifen unserer nationalen Konsolidierung.

Diese ganze Entwicklung der Forschung ist natürlich gefördert worden durch die Aufdeckung eines außerordentlich reichhaltigen neuen Materials, über das Sybel noch nicht verfügen konnte. Diese Publikationen sind zum großen Teil direkt oder indirekt durch Sybels Werk angeregt worden; es ist nicht das geringste Verdienst des Buches, daß es in dieser Richtung sogar befreiend auf die traditionelle Zurückhaltung der hohen preußischen Beamten und Offiziere und ihrer Familien gewirkt hat. Häufig lag das Motiv der Publikation nicht in der Absicht, Sybel zu ergänzen, sondern in der entgegengesetzten, ihn durch neue Materialien aus dem feindlichen Lager zu widerlegen. Und gerade in solchen Fällen knüpfte sich daran in der Regel eine lebhafte Erörterung der kontroversen Fragen; das Hinzutreten gegnerischer Stimmen, Zweifel und Polemik, an der Sybel sich in seinen letzten Jahren noch mit ungebrochener Geistesfrische beteiligte, dienten dazu, die Lösung der Probleme zu fördern. Von den ersten Versuchen Friedrich Wilhelms auf dem Gebiet der deutschen Frage, vom Aufstand des 18. März an bis zu der spanischen Thronkandidatur und der Emser Depesche haben wir eine lange Reihe von eifrig erörterten Streitfragen gewonnen, die uns erst seit Sybels Werk gestellt worden sind und heute vielfach schon anders als von dem Meister gelöst werden. Die ganze Reihe dieser neuen Publikationen hier aufzuzählen, führt zu

weit; nur um die hauptsächlichsten Namen zu nennen, weise ich auf Leopold v. Gerlach und Otto v. Manteuffel, auf Roon und Bernhardi, auf Kaiser Wilhelm I., König Karl von Rumänien und den preußischen Kronprinzen, auf Unruh und Reichensperger, auf Forckenbeck und Stosch, auf Ernst von Koburg und den Kreis des Augustenburgers und schließlich auf den ganzen Reichtum der an den Namen Bismarck geknüpften Veröffentlichungen hin; selbst die dii minorum gentium sind zahlreich in den immer stärker anwachsenden Chorus getreten; noch niemals in der deutschen Geschichte hat man ein derartig angeregtes allgemeines Bedürfnis der führenden Leute, Papiere, Briefe, Memoiren zu veröffentlichen, beobachten können. Es scheint, als wenn die historiographische Leistung Sybels und dann das Auftreten Bismarcks selber ringsum die Zungen gelöst und die Privatarchive geöffnet hätte. Wir sind heute schon fast in der Lage, die wichtigsten Lücken zu bezeichnen, die für den Zeitraum von 1848 bis 1871 in unserer Quellenkenntnis noch bestehen: die Papiere von Joseph v. Radowitz, der Minister der Neuen Ära, die Petersburger Depeschen Bismarcks, Teile der auswärtigen Akten von 1866 bis 1871, und an einzelnen Stellen steht bereits zu erwarten, daß auch diese Lücken ausgefüllt werden. Und nicht minder ist die deutsche Geschichtsschreibung auch in größeren Werken auf dem durch Sybels Vorgang gelockerten Boden in ertragreicher Arbeit bemüht gewesen; nur die Darstellungen von O. v. Lettow-Vorbeck und Friedjung, von Marcks und Rachfahl mögen hier herausgegriffen werden; zu ihnen hat sich soeben Ottokar Lorenz in einer ausführlichen Neubearbeitung der Zeit von 1866 bis 1871 mit einer höchst unberechtigt scharfen Spitze gegen Sybel gesellt.

Aus alledem erhellt, in welchem Maße prinzipiell und materiell die Grundlagen voneinander verschieden sind, auf denen Sybel und Lenz die historische Würdigung der Reichsgründung haben unternehmen können.

Jeder Versuch freilich, dem Werke Bismarcks gerecht zu werden, wird seine Aufgabe von seinem besonderen Standpunkt angreifen; jede Biographie wird zunächst mit dem Maße

gemessen werden müssen, das sie sich selber gesetzt hat. Die Zeit, in der Persönlichkeit und Werk im weitesten Zusammenhange, überall mit gleichmäßigem Eindringen, zur Anschauung gebracht werden können, liegt wohl noch fern; nicht nur, daß neue Quellen noch ununterbrochen erschlossen werden; vor allem versagt für die Zeit von 1871 an unsere Kenntnis der historia arcana der Staatsleitung Bismarcks an vielen Stellen in einem Maße, daß sich nur die Umrisse der Entwicklung entwerfen lassen; das historisch-politische Urteil über die späteren Stadien ist vielfach noch im Fluß begriffen, und mit Recht, denn wir sind von der Gesamtleistung des Bismarckischen Alters noch nicht weit genug entfernt, können ihre Konsequenzen noch nicht sicher genug übersehen, um als Historiker über sie urteilen zu dürfen. So verengt sich heute noch die biographische Aufgabe aus innerlichen und äußerlichen Gründen, und Lenz hat für seine Biographie, die sowieso durch den Rahmen des Gesamtwerkes in gewisse Grenzen eingeschlossen war, eine feste Scheidelinie in der Ausführung gezogen, indem er die Zeit von 1871 viel eingehender behandelte als die nachfolgenden Jahrzehnte.

Überhaupt hat Lenz sein Thema mit energischer Selbstbeschränkung so angefaßt, wie es seinem einmal gesetzten wissenschaftlichen Ziele entsprach. Er hat nicht nur bewußt darauf verzichtet, eine gleichmäßig ausgeführte Darstellung der „Taten" Bismarcks zu geben und die von ihm bewirkten Ereignisse der deutschen Geschichte von 1862 bis 1890 in die Biographie hineinzuarbeiten, sondern er ist noch weiter gegangen. Er hat auch darauf verzichtet, die Entwicklung der Persönlichkeit Bismarcks analytisch vorzuführen, etwa in dem feinsinnig einfühlenden Stile, in dem Marcks seine Kaiserbiographie geschrieben hat, oder in den tiefgezogenen Linien eines Ausländers wie Charles Benoist. Der Titel seines Buches erinnert, anscheinend nicht ohne Absicht, an Rankes „Geschichte Wallensteins" und deutet mit dieser Fassung darauf hin, daß die eigentliche Aufgabe auch hier in dem Problem gesucht wurde, eine Biographie in universalhistorischem Geiste aufzufassen, also denjenigen Schritt über Sybel hinaus zu tun, dessen innerliche Notwendigkeit wir oben bereits aufgezeigt haben.

Vielleicht darf man sagen, daß in der Biographie Rankes auch das Persönliche in dem ein Vierteljahrtausend zurückliegenden Condottiere voll staatengründendem Ehrgeiz mit noch lebensvollerer Plastik herausgearbeitet erscheint, als es in diesem neuen Buche über den im Ehrgeiz seiner Nation aufgehenden Staatengründer unserer Tage der Fall ist. Ich möchte vermuten, obgleich ich mir nicht sicher darüber bin, daß auch das bei Lenz nicht ohne bewußte Absicht und weiter nicht ohne innere Berechtigung geschehen ist. Er darf es verschmähen, den ganzen Reichtum des Individuellen von neuem aufzuschlagen, weil die Gestalt uns allen so lebendig gegenwärtig ist und noch im letzten Jahrzehnt in unerschöpflicher Fülle unmittelbar zu uns gesprochen hat; der Mensch Bismarck ist in diesen Jahren so sehr ein Stück des geistigen Besitztums unserer Nation geworden, daß der Historiker stillschweigend damit rechnen und, wie Lenz es getan hat, seine Kraft auf die universalhistorische Würdigung seiner Taten konzentrieren darf. So glaube ich erklären zu dürfen, was zunächst vielleicht den unvorbereiteten Leser überraschen möchte, daß der Mann der Gegenwart auf seinem weltgeschichtlichen Hintergrunde relativ unpersönlicher gezeichnet wird als jener dämonische General des 17. Jahrhunderts, für den die historische Kunst Rankes auch die Züge seines menschlichen Wesens aus den verschütteten Quellen wiederherstellen konnte.

Daß aber Lenz eine solche Verschiebung des Schwergewichts seiner Biographie vornehmen darf, erhält seine vollgültige Berechtigung aus der Sache selber. Das Ziel von Bismarcks Leben, das er sich vorgesetzt und erreicht hat, ist mit kurzen Worten nichts anderes gewesen, als die welthistorische Konstellation der großen Mächte, wie er sie in den vierziger und fünfziger Jahren vorfand, durch die Tat umzugestalten zugunsten des preußischen Königtums und auf diesem Umwege die Einheit und Machtstellung der deutschen Nation zu erkämpfen. Damit ist gegeben, daß die Abwandlung dieser Konstellation den steten Hintergrund bilden muß, um das Wirken Bismarcks verständlich zu machen; alle Voraussetzungen und Bedingungen seines Handelns liegen dort, und die Folgen jedes seiner Schritte werden dort sichtbar und wirken auf ihren Ur-

heber zurück. So wird das weltgeschichtliche Handeln Bismarcks das eigentliche Thema dieser Biographie. In einheitlichem Stile werden seine Taten nicht aus der Psychologie des privaten Seelenlebens, gewissermaßen als Ausstrahlungen eines willens- und geisteskräftigen Individuums, sondern mit einer Art universalhistorischer Psychologie von dem Zentrum des europäischen Völkerlebens her als realistische Staatskunst erklärt. So erscheint die Biographie von Lenz in gewissem Sinne als eine geistesverwandte Fortführung seines gleichzeitig entstandenen und an Ranke anknüpfenden Essays über die großen Mächte.

Daher fragt sie in erster Linie nach den leitenden Gedanken Bismarcks und nach den Wegen, auf denen er sie kraft seines schöpferischen Willens in der deutschen Reichsgründung ins Leben rief und inmitten der alten Großmächte erhielt. Die Entwicklung dieser Gedanken in den fünfziger Jahren wird in überzeugender Darlegung geschrieben. Und dann sammelt sich die eindringendste Kraft der Untersuchung über den entscheidenden Krisen der Jahre 1862 bis 1866 und 1870; hier gilt es ihr, den Anteil Bismarcks oder, sagen wir es gleich, seine einzigartige weltgeschichtliche Leistung in das Licht deutlichster Tageshelle zu setzen. Und ohne die Mitarbeit der anderen zu verkennen, erscheint Lenz das Eigentümliche der Taten Bismarcks so bedeutend, daß er urteilt: „Es war ganz und gar das Werk des Einen. Wie Bismarck den Norddeutschen Bund allein geschaffen hatte, so konnte er sich auch mit vollem Rechte als den Schöpfer von Kaiser und Reich bezeichnen."

Unter diesem Gesichtspunkte ergibt sich eine ganz bestimmte Stoffverteilung in der Komposition des Buches. In den entscheidenden Jahren, vor allem von 1862 bis 1871, sehen wir Bismarck am Steuerruder, wo sein durchgreifender Wille über allen Widerstand im eigenen und im fremden Lager hinweg jedesmal die Dinge lenkt; und besonders dann, wenn es durch Klippen und Pulverdampf hindurch gegen den Feind geht, um Leben und Tod des Staates, dann vermögen wir in der Darstellung von Lenz auf seine Hand zu sehen und jede Einzelwendung des gesteuerten Kurses zu verfolgen; die verwickeltsten Situationen der inneren Intrigen und der auswärtigen Politik werden zu diesem Zwecke entwirrt. Sobald die Darstel-

lung aber in ruhigere Entwicklungen gelangt, durchfliegt sie wie im freien Ozean weite Strecken; zumal nach 1871, in der gesicherten Bahn des Erreichten, steigt sie in eine immer weitere Entfernung von den Ereignissen hinauf und überblickt vom Zentrum der Staatsleitung aus die großen Umrisse des innern und äußern Staatslebens mit der weiten Wirkung eines Scheinwerfers.

Dieser große Zug der Auffassung ist von Anfang bis zu Ende gleichmäßig innegehalten, in einer gedankengesättigten Prosa von gedrungener Kraft und strenger Schönheit, die sich der wohlbeherrschten Kunstmittel leuchtender Farbengebung und Anschaulichkeit doch nur sparsam bedient und selten einen feurigeren Ton anschlägt, um statt dessen die Wucht der Dinge selber reden zu lassen. Schon in den Anfängen wird, wie auch Ranke es liebt, die welthistorische Situation im Moment von Bismarcks Geburt, mit den Erinnerungen von Belle-Alliance, „den größten des Jahrhunderts vor Bismarcks eigenen Taten", als Auftakt zu diesem Leben geschildert. „So schloß sich der Abgrund, den die Revolution aufgerissen hatte, und alle Anstrengungen der Kabinette waren fortan darauf gerichtet, die Gewalten der Tiefe, welche die große Revolution und ihr gigantischer Sohn geweckt hatten, wieder zu verschließen." Wie sich der Staat Friedrich Wilhelms III. und der König selber zu den immer stürmischer andrängenden neuen Gedanken stellen, wird in dem einleitenden Kapitel ausgeführt. Die Persönlichkeit des Königs erscheint fast als die Antithese Bismarcks: „Die Tugenden, die den Frieden des Hauses und des Staates schmücken, besaß er alle . . . Aber ihm fehlte die wahre Königstugend, die Kraft des Entschlusses, und er hatte vergessen, daß die Krone der Hohenzollern nur in heroischen Kämpfen ihr Daseinsrecht erstritten hatte, daß, wie Bismarck es einmal ausdrückt, die großen Krisen das Wetter bildeten, welches Preußens Wachstum förderte". Darum will Lenz nicht, wie Treitschke es tut, die Versäumnisse dieses Königs entschuldigen; er sieht aber, seiner universalhistorischen Auffassung getreu, die Schwierigkeit für Preußen, den Staat den neuen Ideen zu öffnen und zugleich mit ihnen aufzusteigen, „nicht sowohl auf dem Felde der innern wie auf dem der auswärtigen Politik . . . die Umgestaltung seiner innern Politik mußte

unbedingt zur Abwandlung seiner äußern führen. Wollte Preußen seine Kraft an die Lösung der deutschen Frage setzen, so mußte es vor allem den Mut haben, den Bruch mit den Mächten, denen die Politik des Beharrens das Lebensinteresse war, mit Rußland und dem Österreich Metternichs, zu riskieren und, wo es sein mußte, Europa Trotz zu bieten". Von hier aus bestimmt sich die Aufgabe, die Friedrich Wilhelm III. nicht begriff, die Bismarck aber erfaßt und gelöst hat.

Wie er sie schon sehr früh erfaßt hat, wie er schon in den Revolutionsjahren „bei aller scharfen Vorliebe für die eigentlich reaktionären Forderungen, als seinen Richtpol dennoch auch in den Fragen der innern Politik, den preußischen Machtgedanken" im Auge hat, lesen wir in den folgenden Kapiteln. Und fortan beherrscht das eine Leitmotiv die ganze Schilderung dieses Lebenslaufes: sollte die deutsche Frage durch das preußische Schwert, den preußischen staatlichen Egoismus gelöst werden — das war der Weg Bismarcks von Anfang an —, oder durch die nationale Kraft eines über Dynastien und Territorien stehenden Volkswillens oder durch manche in der Mitte liegende Wege, auf denen sich die edelsten Geister um die Quadratur des Zirkels abmühten? Wir haben bisher keine Biographie Bismarcks, die so geschlossen und einheitlich die Grundzüge seines politischen Wollens aufdeckte und daraus seine ganze Staatsleitung entwickelte. Die fortschreitende Forschung wird bald erkennen, ein wie neues Licht von dieser zentralen Auffassung aus z. B. auf die Geschichte des Verfassungskonfliktes gefallen ist; wie in dieser Zeit Inneres und Äußeres und persönliches Verhältnis zum König miteinander in der Politik Bismarcks verflochten ist, das wird zum ersten Male in dieser Biographie mit eindringendem Scharfsinn bloßgelegt, und darin liegt ein gewaltiger Fortschritt gegen Sybels Buch. Und immer ist der Standpunkt der Beobachtung so hoch gewählt, wie Bismarck ihn in seiner ganzen Laufbahn behauptet hat: von der Gesamtleistung des Staates innerhalb der europäischen Völkergesellschaft aus erscheinen dem Staatsmann und entsprechend auch seinem Biographen die einzelnen Kämpfe, Heeresreform, Niederzwingen der Parlamentsherrschaft, Wirtschaftsfragen, soziale

Kämpfe insgesamt nur als Mittel für einen höheren Zweck: das Aufstreben des Staates in eine der Nationalkraft entsprechende Großmachtstellung, und dann seit 1871 das Behaupten des Staates in dieser Position unter den erschwerten Umständen, die gerade durch sein Aufsteigen geschaffen worden. So erscheint die Staatspraxis Bismarcks als einer der gewaltigsten Belege für das Axiom der Geschichtschreibung Rankes, in deren Spuren Lenz auch hier wandelt, daß das oberste Gesetz des Staatslebens doch immer von seinen auswärtigen Beziehungen diktiert wird. Ob Bismarck selber unter diesem Gesichtspunkt in der späteren Periode nicht manchmal große Gebiete des inneren Staatslebens allzusehr als Mittel für seinen Zweck eingeschätzt und benutzt hat, das mag hier füglich nicht erörtert werden; sein Biograph ist jedenfalls im Recht, wenn er einen seinem Helden kongenialen Standpunkt der Beurteilung konsequent behauptet und der billigen Kritik gegenüber an einer ziemlichen Reserve festhält.

Es ist nicht zu leugnen, daß das Ganze ein schweres Buch geworden ist und vielleicht von sich aus nicht unmittelbar weite Kreise des Publikums erobern wird; dazu wird manchmal zu viel vorausgesetzt, und die diskussive Abhandlung schwieriger Probleme hätte zuweilen wohl einen ausführlicheren Aufriß des sachlichen Untergrundes verlangt, wie es die leichtere Beweglichkeit Sybelscher Darstellung meisterhaft vermag; an anderen Stellen der letzten Abschnitte fordern die knappen Umrisse zur breitern Ausfüllung in späteren Auflagen des Buches auf; auch die sekundär wirksamen Momente innerhalb der politischen Bewegung werden neben dem zentralen Machtgedanken Bismarcks hier und da eine stärkere Berücksichtigung erheischen. Alle solche persönlichen Wünsche wiegen jedoch leicht gegenüber der einen Tatsache, daß die erste wissenschaftliche Würdigung Bismarcks in universalhistorischem Geiste von der deutschen Historie unternommen worden ist. Möge sie auf die Bildung des künftigen Urteils weiterwirken mit der befruchtenden Kraft, die in ihrem nicht so bald auszuschöpfenden Gehalte liegt, und sich in den unausbleiblichen Kontroversen als ein starkes Element zum Fortschritt der Erkenntnis hin bewähren.



6.

Vom jungen Bismarck

1913




rinz Heinz! — dieser Ausruf drängt jede andere Empfindung zurück, wenn man das alle Reize unzerstörbarer Jugendfrische ausströmende Briefbändchen durchfliegt, in dem Jung-Bismarck als Korpsstudent im Kreise seiner Korpsbrüder erscheint.[1]) Prinz Heinz — nicht etwa, weil er es weniger wild getrieben als die andern, sondern weil er aus ihrer Mitte mit der heimlichen Krone des Genius emporragt, als wenn auch er sagen dürfte:

Ich kenn euch all' und unterstütz' ein Weilchen
Das wilde Wesen eures Müßiggangs.
Doch darin tu' ich es der Sonne nach,
Die niederm, schädlichem Gewölk erlaubt
Zu dämpfen ihre Schönheit vor der Welt,
Damit, wenn ihr's beliebt sie selbst zu sein,
Weil sie vermißt ward, man sie mehr bewundre.

Freilich, wenn schon der shakespearische Prinz diese Verse allzufrüh vorwegnimmt — in die Seele des jungen Studiosus v. Bismarck sie zu schreiben, wäre vollends unpsychologisch und verfrüht. Und auch ein Unrecht gegen die Genossen seiner Studienjahre, die ja alle — ich möchte darin nicht mißverstanden werden — keine schlimmen Leute waren: wie sollten diese hannoverschen Beamtensöhne und zukünftigen Beamten, die den Kern des Bestandes der Hannovera ausmachten, es auch sein. Einer der Wertvolleren ohne Zweifel war der Briefempfänger, Gustav Scharlach (†1881 als Geh. Regierungsrat und Amtshauptmann in Münden), geadelt schon dadurch, daß ihn ein Strahl der Freundschaftssonne jenes andern traf; er hat den Blick immerhin, in seinem Freunde, mit der hemmungslosen Zuversicht der Jugend, einen zweiten Talleyrand und Metternich zu prophezeien, und läßt das Niveau seiner Briefe nicht allzutief unter das des andern sinken. Im übrigen fühlt man nicht viel Bedürfnis (was mit Hilfe der Korpslisten wenig Mühe machen würde), festzustellen, wer nun von den andern der dicke Herr, der Jude, der Hamster, der Türke, der Bulle, der Kazike, das Bild, Chasseur gewesen sind: manche sind bald ehrsam zu

---

[1]) Vom jungen Bismarck. Briefwechsel Otto von Bismarcks mit Gustav Scharlach. Weimar, Alexander Duncker, 1912. 139 S. 8° mit 4 Beilagen. Geb. M. 3.

geheimrätlichen Würden in dem Beamtenparadies Althannovers aufgestiegen und höchst anständige und ordentliche Leute geworden, andere aber sind nichts als platte Bursche. Der Lebensstil und der Umgangston, die das Fröhliche, Derbe, Zynische jugendlich forcieren, sind die traditionellen, deren Herkunft bis auf Zachariäs Renommisten im 18. Jahrhundert und noch weiter zurückreicht. In einem Konvolut von Briefen der Korpsbrüder Bennigsens, der ein Jahrzehnt später demselben Korps Hannovera angehörte, fand ich noch alles auf denselben Dreiklang Widersacher, Weiber, Schulden abgetönt und von demselben Bacchus- und Gambrinuslärm durchzogen. Es steckt in diesen noch heute wenig gemildert fortlebenden Traditionen ein Stück alter historischer Sitten und Unsitten und auch ein Stück Herrengefühl, in jenen wurzelnd; damit verknüpft sich die Begier, den Zwang der Sitte und des Hauses auf das heftigste wegzuwerfen, und die aus den Kommersbuchliedern klingende Poesie, um ein Ganzes hervorzubringen, das man, selbst in seinen Exzessen, nicht mit den Augen des Moralisten ansehen darf. Bedenklicher als das völlige Verbummeln einzelner stimmt bei vielen später die rasche Verphilisterung und Verflachung im kleinstädtischen Beamtentum, das Versiegen des Humors und aller geistigen Bedürfnisse — eine Abwandlung, die sogar gewisse typische deutsche Züge (Dingelstedt hat sie einmal in einem hübschen Gedichte behandelt) aufzuweisen scheint. Das kommt doch zum guten Teile auch daher, daß diese Studentenkreise jenes tieferen und innerlicheren Idealismus, wie ihn auch dem jungen Menschen das Verknüpftsein mit dem eigenen Volke entzündet, durchweg entbehren. Wenn man zur Parallele einmal Burschenschafterbriefe aus diesen selben Jahren in die Hand nimmt, so fehlt es an dem Unterton des Bacchus- und Gambrinuslärms mitnichten: aber darüber wogt doch ein herzhaftes Mitleben und Mitschwingen mit den großen Bewegungen der Zeit, mit den geistigen Kämpfen und vor allem mit den Geschicken der Nation. Die Jugendtorheit fehlt nicht — es ist die Generation des Frankfurter Wachensturms —, sie mag gefährlicher sein, weil sie sich größerer Dinge unterfängt, aber sie ist doch getragen von Selbstaufopferung und Idealismus. Statt jenes Herren-

standpunktes eher ein Gefühl, im Dienste der nationalen Idee zu stehen; neben einem derbtraditionellen Genußleben auch die Leidenschaft intellektueller Betätigung, so daß die Briefe dieser Burschenschafter viel reflektierter, aber auch unfarbiger herauskommen — in studentischer Verkleidung scheinen schon die großen Gegensätze unseres politischen Lebens hüben und drüben vorweggenommen zu sein.

Bismarck steht als Student nicht im Lager derer, deren Herzen bei dem Gedanken an die deutsche Nation höher schlugen: er hat mit seinen roten Hannoveranern die Genüsse, zu denen er die robuste Natur des märkischen Junkers mitbrachte, als einer der ersten ausgekostet. Aber wie hebt er sich trotzdem über seine Umgebung hinaus! In seinen Briefen lebt eine shakespearische Kraft der Schilderung, wie sie nur der Anhauch des Genius verleiht; eine runde und farbige Realität des Wortes, eine Treffsicherheit des sprudelnden Witzes, als ob man Mercutio oder die Figuren des Rabelais hörte (man vernehme die Schilderung eines adeligen Kommilitonen: „Der schlanke Freiheitsbaum der Aristokratie, dem zum Menschen alles, zum Kammerherrn nichts fehlt als ein Schloß vors Maul"); eine Ursprünglichkeit des Nichtreflektierten, des Nurerlebten, daß man über dem heißen Eindruck, einer wahrhaften Persönlichkeit zu begegnen, gar nicht zu Atem kommt; und trotz der schnöden Verachtung der geistigen Sphäre doch wieder eine Geistigkeit, die begreifen läßt, warum er, über das Korps hinweg, auch einen Umgang wie Motley und Alexander Keyserling suchte. Das Vollsaftige und Unbändige erscheint in den feinen und geistigen Zügen der vielbewunderten Biographie von Erich Marcks, die einen Teil dieser Briefe schon benutzt hat, ein wenig gedämpft, aber wenn man sie in dem Zusammenhange dieses Bändchens durchliest, drängt es sich jedem Empfänglichen wie eine Naturkraft auf.

Wie sehr Bismarck in diesem Treiben ein Bedürfnis des Kraftüberschusses seiner Natur befriedigte, zeigt sich auch darin, daß er keineswegs die Art und Unart dieses Lebensstils rasch und bewußt überwand, nicht etwa alsbald mit dem Prinzen Heinz gedachte: „merken soll's die Welt, daß ich mein vor'ges Selbst hinweg getan, wie nun auch die, so mir Gesellschaft

hielten"; es ist keine Rede davon, daß bei ihm „die Besserung mit einer Flut so raschen Stromes Fehler weggeschwemmt". Im Gegenteil, er kämpft fast ein Jahrzehnt mit dem, was man moralisierend den alten Adam nennen mag, zugleich aber als Überkraft einer nicht zur Betätigung kommenden Persönlichkeit empfindet: indem er diese nicht der Verphilisterung und Bindung des Beamtentums unterwirft, treibt er um so kompaßloser im Strom des Lebens dahin. Wie wechseln, immer enttäuschend und bald wieder fortgeworfen, in einem rettungslosen Auf und Ab, die Heilungsversuche: Studien und Orgien, Akten und Menschen, Reisen und Landwirtschaft, Philosophie und Liebe — denn im Erotischen entladen sich auch ihm die Urkräfte seines Wesens am unmittelbarsten. So folgt auf die Jahre studentischer Unbändigkeit in der Aachener Zeit, während die alten Freunde schon in Fallingbostel oder Herzberg stille sitzen, eine zweite, weltmännisch gesteigerte Periode, die nun weit gefährlicher an den Rand des Scheiterns treibt. Auf die schon aus Marcks' Biographie bekannte Episode der Verlobung mit einer Engländerin fallen aus den (anscheinend noch nicht benutzten) spätern Briefen neue grelle Schlaglichter; diese englischen Gesellschaftskreise, die in den deutschen Spielbädern irrlichtelieren, erinnern bedenklich an gewisse in Deutschland spielende Kapitel in Thackerays „Vanity fair".

Der junge Goeben, der in tatenarmer Zeit unter den Karlisten Dienste nahm, war wenigstens ein Soldat, der sein Können irgendwo üben wollte. Wohin aber mußte dieser märkische Junker gekommen sein, wenn er anscheinend ernsthaft — ob unter Benutzung seiner englischen Beziehungen? — daran dachte, in dem Afghanenkriege von 1844 in englische militärische Dienste zu treten. Er war schon auf dem Wege, als ihm sein „Vater in einem tränenfeuchten Brief, der von einsamem Alter (73 Jahr, Witwer, taub), Sterben und Wiedersehen sprach, die Heimkehr anbefahl. Ich kam zurück — er starb nicht —", so schreibt der 29 jährige fast zynisch, um dann ein trübes Fazit seiner Existenz zu ziehen: „Mein Umgang besteht in Hunden, Pferden und Landjunkern, und bei letzteren erfreue ich mich einigen Ansehens, weil ich Geschriebenes mit Leichtigkeit lesen kann, mich zu jeder Zeit wie ein Mensch

kleide, und dabei ein Stück Wild mit der Akkuratesse eines Metzgers zerwirke, ruhig und dreist reite, ganz schwere Zigarren rauche und meine Gäste mit freundlicher Kaltblütigkeit unter den Tisch trinke. Denn leider Gottes kann ich nicht mehr betrunken werden, obschon ich mich dieses Zustandes als eines sehr glücklichen erinnere. So vegetiere ich fast wie ein Uhrwerk, ohne besondere Wünsche oder Befürchtungen zu haben". Das ist am 9. Januar 1845 geschrieben — wenige Monate, bevor er den Verkehr mit den Blanckenburgs und Thaddens aufnahm und ein neues Leben mit einem starken Willensakte ergriff.

Von nun an aber hört der Briefwechsel mit Scharlach auf man fühlt es, mit einer gewissen inneren Notwendigkeit: es kann gar nicht anders sein. Erst fünf Jahre später, nach längst vollendeter Umwandlung, folgt ein einziger und letzter Brief Bismarcks vom 4. Juli 1850, auf einen ganz anderen Ton gestimmt, auf die Befriedigung im endlich gefundenen häuslichen Glück und auf die Betätigung in der Politik: hier hatte er diejenigen Entladungsmöglichkeiten seiner Persönlichkeit gefunden, die in den Studienjahren von ihm verschmäht, erst durch die Revolution ihm eröffnet worden waren, die ihm die gemäßesten waren und blieben. Vielleicht, daß er nur um des politischen Postskriptums willen mit dem alten Korpsbruder wieder anknüpfte: denn er fragte ihn, der politisch ein konservativer Gegner des Ministeriums Stüve war, ob er nicht Lust hätte, gelegentlich Korrespondenzen für die Kreuzzeitung zu schreiben; er, Bismarck, sei gern bereit, sie ohne Namensnennung unterzubringen. Der Freund jedoch war zwar konservativ, aber zugleich ein korrekter hannoverscher Beamter: er versagte sich dem Preußen, der, noch mitten im Kampfe gegen Radowitz und die Unionspolitik stehend, ihn gegen den hannoverschen Flügel des Dreikönigsbündnisses hatte mobil machen wollen. Vielleicht erschreckte ihn der maßlose Ton, in dem der über die Revolution triumphierende Junker nun wirklich den nach Friedrich Wilhelms IV. Worte nach Blut riechenden roten Reaktionär spielte, der „den Brand ausschneiden" wollte, ehe es zu spät sei, sollte auch — so hieß es mit einem Bibelzitat aus Offenb. St. Joh. 14, 20 — „das Blut von der

Kelter gehn bis an die Zäume der Pferde, durch tausend 6 Feldwegs". Alles ist jetzt auf Politik bezogen, Lebensglück, Freundschaft und Glaube, und nicht mehr den Prinzen Heinz, sondern König Heinrich V. hört man sprechen:

> Hört ihn verhandeln über Staatsgeschäfte,
> So glaubt ihr, daß er einzig das studiert.
> Horcht auf sein Kriegsgespräch und große Schlachten
> Vernehmt ihr in Musik gesetzt.
> Bringt ihn auf einen Fall der Politik,
> Er wird, wenn's sein muß, gordsche Knoten lösen.



7.

Bismarck, Lassalle

und die Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen

1911

Mit einem Schlußwort 1912



I.



Die Entstehungsgeschichte des allgemeinen Wahlrechts im Deutschen Reiche ist mit der Geschichte der politischen Entwicklung Bismarcks unlöslich verknüpft. In diesem großen Leben gibt es wenige kompliziertere biographische Probleme als dieses eine: wie kam gerade dieser Mann dazu, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, den stärksten demokratischen Einschlag in die Reichsverfassung und die dauernde Gestaltung unserer öffentlichen Zustände, einzuführen? Man stelle sich diesen politischen Charakter vor, seine Herkunft und Denkweise, seine soziale Bedingtheit und innerste Art: den altmärkisch-hinterpommerschen Junker, den Bayard des Königtums und „roten Reaktionär" im Revolutionsjahre, den antikonstitutionellen Ministerpräsidenten der Konfliktszeit und den konservativen Reichskanzler der achtziger Jahre, schließlich den Alten von Friedrichsruh mit dem resignierten Bekenntnis: quieta non movere — Anfang und Ende dieser Entwicklung führen uns in jene Welt von bewußter harter Geschlossenheit, in der noch heute alle Kräfte des Konservatismus sich sammeln. Und trotz alledem ist man versucht, den Schöpfer unserer Reichsverfassung, an seinen Taten gemessen, den erfolgreichsten demokratischen Politiker der ganzen deutschen Geschichte zu nennen. Das erscheint als ein unlöslicher Widerspruch; seine alten Freunde, wie Ludwig Gerlach, empfanden es auch als eine unbegreifliche Verirrung, als er im April 1866 mit dem Programm eines deutschen Parlaments mit demokratischem Wahlrecht hervortrat; und noch heute sieht man an dieser Stelle, gerade im Kreise der Bismarck-Orthodoxen, ob man es offen heraussagt oder nur leise flüstert, die Achillesferse seiner Politik.

Das eine ja ist über jeden Zweifel erhaben, und auch von Bismarck sofort vertraulich bekannt worden: der Entschluß, den er im Frühjahr 1866 in die Öffentlichkeit warf, ist nicht erst damals plötzlich gefaßt worden, ist kein Verzweiflungskoup eines Ministers, der keinen andern Ausweg sah, kein „Notschuß" kurz vor dem deutschen Bürgerkriege, sondern ein Programm, das allmählich in ihm erwachsen war, das längst feststand und

bewußt auf die Stunde des Handelns aufgespart war. Nichts ist reizvoller als das Werden dieser Idee, oder, besser gesagt, das Aufblitzen dieses Entschlusses durch seine verschiedenen Etappen hindurch zu verfolgen. Die Politiker des Nationalvereins glaubten schon 1859 zu wissen, daß dieser Junker für ein deutsches Parlament zu haben sein würde. Als er in den letzten Tagen seiner Frankfurter Bundestagszeit, im Frühjahr 1860, für den Eintritt in das Ministerium in Frage kam, setzte er dem Prinz-Regenten bereits seine Ideen über deutsche Bundesreform und Parlament auseinander; man findet aus diesen Tagen schon ein Billett vom 9. April 1860, in dem er bei seinem Chef Schleinitz sanftmütig anfragt, „ob der Kollege (Österreich) mit ‚Volksvertretung am Bunde' geängstigt werden soll". Damals entschied der Hohenzoller gegen ihn. Auch das Programm, das er in der Denkschrift von Baden-Baden im Juli 1861 dem König vorlegte, gipfelt in einer „nationalen Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundeszentralbehörde, als dem einzigen Bindemittel, welches den divergierenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag": auf dieses Programm hin wollte er von neuem Minister werden. Und als er endlich in der Macht saß und freie Hand hatte, dauerte es nicht lange, bis er, bei der ersten bedrohlichen Situation in Deutschland, das längst erwogene Kampfmittel offen hervorholte. Im Herbst 1863 machte Kaiser Franz Joseph noch einmal den Versuch, auf dem Frankfurter Fürstentage, die Führung der Nation unter den habsburgischen Fahnen an sich zu reißen — und in derselben Stunde übertrumpfte Bismarck die österreichische Aktion, den zaghaften Vorschlag eines Delegiertenparlaments, mit seinem großen Mittel, mit der Forderung einer wirklichen Nationalvertretung, einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgehen solle. Schon war die Furcht vor dem demokratischen Wahlrecht längst in ihm verflogen, zum Entsetzen seiner alten Parteifreunde. Aber die Bedenklichen, vielleicht auch der König, der dieses Programm gebilligt hatte, mochten sich damals damit trösten, daß es nur ein anti-österreichischer Schachzug ohne Konsequenzen und der

Verwirklichung ebenso ferne sei, wie der Anlauf des Fürstentages, die Quadratur des Zirkels zu lösen; so ist auch die öffentliche Meinung, ungläubig und voll Mißtrauen, rasch über diese Episode hinweggeschritten. Für Bismarck aber war es mehr als eine Episode, es war sein Programm. Unmittelbar hernach hat er sich mit Lassalle in Verhandlungen darüber vertieft, wie dieses allgemeine Wahlrecht im einzelnen zu gestalten sei. Und immer, wenn er mit Österreich schlechter stand, in jedem Moment der Spannung zückte er seinen Dolch aufs neue. Bis er dann endlich im April 1866 offen und amtlich den Schlachtruf: Deutsches Parlament und allgemeines Wahlrecht, erschallen ließ, als er daran ging, den Deutschen Bund zu sprengen, Österreich hinauszutreiben und den Grundstein zu einem neuen Reiche zu legen. In allen diesen Aktionen ist das leitende Motiv, die Spitze gegen den deutschen Rivalen, unverkennbar: der Eintritt der Österreicher in das Parlament eines Bundesstaates eine Unmöglichkeit, das Kopfzahlwahlrecht der natürliche Ausdruck für Preußens reale Überlegenheit über die Mittel- und Kleinstaaten, seine demokratische Gestaltung an Popularität von keinem Gegner zu überbieten, die wahrhafte Klammer, die Tiefen der Nation zu erfassen und unwiderruflich an das neue von Preußen geführte Reich zu binden. Diese nationalpolitische, diese deutsche Motivenreihe hat Bismarcks Entschluß vor allem ausgelöst. Darüber gibt es heute nur eine Meinung.

II.

Neben dieser allgemein anerkannten deutschen Motivenreihe läuft noch eine zweite, eine gewissermaßen preußische Motivenreihe. Es wäre verwunderlich, wenn es bei einem Staatsmann, der nur von der Basis der Großmacht Preußen deutsche Politik zu treiben entschlossen war, anders gestanden hätte. Auch wer das allgemeine Wahlrecht nur als Kampfmittel zu nationalpolitischen Zwecken anwenden wollte, mußte sich innerlich und aus Überzeugung damit abgefunden haben, er mußte auch aus seinen preußischen Erfahrungen heraus und im Hinblick auf die preußischen Konsequenzen zur Anwendbarkeit eines schwer wieder zu beseitigenden

Mittels gelangt sein. Und tatsächlich ist für Bismarck der Gedanke des allgemeinen Wahlrechts nicht nur in der deutschen, sondern auch in der preußischen Politik ein Kampfmittel gewesen. Auch in Preußen gab es einen Gegner, den er mit diesem gewagten Experiment zu überflügeln sich getraute: das war das preußische Abgeordnetenhaus, das war der Anlauf der Liberalen zur Parlamentarisierung des preußischen Staates, gegen den er im Konflikt die Begründung eines neuartigen, monarchisch-konstitutionellen Staatstypus durchgefochten hat.

Man war in der preußischen Regierung dieser Jahre weit davon entfernt, in dem Dreiklassenwahlrecht vom 30. Mai 1849 eine preußische Eigentümlichkeit zu sehen, die um jeden Preis zu konservieren sei. Im Gegenteil: dieses Dreiklassenwahlrecht lieferte seit 1859 liberale, seit 1862 immer erdrückendere linksliberale Majoritäten, die aus konstitutionellen und nationalen Gründen die Politik Bismarcks auf das leidenschaftlichste bekämpften und als Endziel die Parlamentarisierung der Verfassung erstrebten. Und je höher in Preußen der Konflikt anstieg, desto geringer wurde die Aussicht für diese Regierung, jemals andere Majoritäten mit einem Wahlrecht zu erzielen, dessen Ergebnisse mit der Zeit nur noch radikaler ausfielen. Mochte die Institution auch im Jahre 1849 als ein brauchbares Sicherheitsventil gegen demokratische Überflutung erschienen sein und sich eine Weile bewährt haben, unter diesen Umständen mußte sie natürlich an Wertschätzung und Geltung bei der Regierung verlieren. Daher begann Bismarck, schon wenige Monate nach dem Antritt seines Ministeriums, das Dreiklassenwahlrecht scharf zu kritisieren und alsbald auch — für eine Natur seines Schlages verstand sich das von selbst — nach einem anderen Wahlrecht auszuspähen, das stärkere Garantien versprach. So verschob sich allmählich in den Konfliktsjahren die Parteilage dergestalt, daß die Liberalen mit der bedrohten Verfassung auch das geltende Wahlrecht konservieren wollten, mit dessen Ergebnissen sie durchaus zufrieden waren, während der die Verfassung beugende konservative Minister sich immer mehr mit dem Gedanken einer Liberalisierung oder vielmehr Demokratisierung dieses Wahlrechts durchdrang.

Ratgeber und Argumente kamen von verschiedenen Seiten zusammen, ihm den Weg zu weisen. Einmal das Beispiel des Napoleonismus! Schon im Dezember 1861 hatte Napoleon III. dem damaligen preußischen Gesandten, dem Prinzen Reuß, gelegentlich die Einführung des „suffrage universel" mit der Motivierung empfohlen, daß man mit der konservativen Landbevölkerung die Liberalen in den Städten niederstimmen könne. Das war eine Argumentation, die in den Ohren Bismarcks, als er im nächsten Jahre Gesandter in Paris war, sehr verlockend wiederklingen mußte; einem scharfäugigen Beobachter wie ihm konnte nicht entgehen, mit welcher Leichtigkeit das zweite Kaiserreich, das „gouvernement du grand nombre", die Einrichtung des Plebiszits handhabte — während daheim die Landtage des Dreiklassenwahlrechts immer schwieriger wurden! Vereinzelte politische Köpfe unter den preußischen Konservativen trugen sich bereits mit ähnlichen Gedanken. Im Augenblick, als der Konflikt ausbrach, trat Hermann Wagener, der Redakteur der Kreuzzeitung, in einer konservativen Versammlung für die Wahlrechtsreform ein; er forderte einen Aufbau der Verfassung „von unten her", in dem zunächst noch die ständische Gruppenvertretung eine ziemliche Rolle spielte. Immerhin trug er schon im April 1862 keinen Anstand, zu erklären, „das Zensuswahlsystem sei die allerschlechteste Repräsentation, die jemals ein Mensch ausdenken könne, denn sie repräsentiere den gemeinsten Unterschied der Menschen" — man greift hier den ersten Wurzelstrang zu Bismarcks späterem Worte (das neuerdings erst eine Lieblingswendung der Liberalen wurde) von dem „elendesten aller Wahlrechte".[1]) Und allerdings, wenn Wagener zunächst noch mit seinen Ansichten in seiner Partei allein stand, bei dem neuen realpolitischen Ministerpräsidenten fand er bald Zugang und Gehör.

[1]) Nach Bismarcks Parlamentsantrag vom April 1866 ging die Kreuzzeitung noch schärfer vor. Sie verurteilte am 18. April 1866 das Dreiklassenwahlrecht: „Dies Wahlsystem ist nichts anderes als die Repräsentation des Geldkapitals mit dem lügnerischen Schein, daß es eine Vertretung des ganzen Volkes wäre. Es ist die Herstellung einer modernen Geldaristokratie, welche alles Höhere und Edlere nach oben wie nach unten je länger desto mehr in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht." Der Artikel soll von Bismarck inspiriert sein — seine Fassung deutet auf Wagener.

So sieht man denn Bismarck und Roon schon im Januar 1863 im Abgeordnetenhause sich damit vergnügen, der Majorität vorzuhalten, daß sie die Mehrheit des Landes gar nicht repräsentiere. Freilich beschränkte Bismarck sich noch darauf, höhnend die geringe Beteiligung an den Urwahlen, 27 % (i. J. 1861) und 34 % (i. J. 1862), hervorzuheben und sich danach auszurechnen, daß die selbstbewußte Majorität des Hauses möglicherweise nur etwa 13—15 % der Urwähler repräsentiere. Er ging noch nicht so weit, die Wahlbeteiligungsziffer in Gegensatz zu der Gesamtbevölkerung zu bringen und damit noch weiter herabzudrücken, er ließ vielmehr im selben Atemzuge fallen, daß das allgemeine Stimmrecht in Preußen nicht gelte — vermutlich um eben damit leise durchblicken zu lassen, daß bei anderen Wahlrechten sich das Verhältnis noch ganz anders stellen würde. Er hätte übrigens schon damals noch schonungsloser mit seinen Zahlen operieren können, wenn er auch die Wahlbeteiligung in den einzelnen Klassen zahlenmäßig gekannt hätte. Die Beteiligung der Urwähler betrug im Jahre 1861 in der ersten Klasse 55,8 %, in der zweiten Klasse 42 %, in der dritten aber nur 23,1 %; sie stieg zwar im Jahre 1862 auf 61 % bzw. 48 % bzw. 30,5 %, im ganzen 34,3 %, sank aber im Jahre 1863 — auf dem Höhepunkt des Konfliktes! — wieder auf 57 % in der ersten, 44 % in der zweiten, 27,3 % in der dritten Klasse und 30,9 % im ganzen. Die Schwäche der liberalen Position bestand also einmal darin, daß sie überwiegend auf der politischen Betätigung der ersten und zweiten Klasse beruhte, während die Urwähler der dritten Klasse ihren bescheideneren Anteil noch durch eine viel geringere Beteiligung schwächten; nur die Stadt Berlin, in der auch in der dritten Klasse 60—61 % wählten, und die Provinz Posen, in der der nationale Gegensatz eine Beteiligung von etwa der Hälfte der Urwähler in der dritten Klasse herbeiführte, bildeten eine Ausnahme. Angesichts dieser Verhältnisse wird der Notabelncharakter des preußischen Liberalismus erst vollends deutlich; man begreift nunmehr Bismarcks Spott über die „old important Whigs“ und gedenkt des lächelnden Wortes von Jakob Burckhardt über „die Zeit der Feste von 1862 und 1863, welche auch Konfliktszeit genannt wird“, über den Versuch „der erwerbenden

und räsonnierenden Klassen, den Staat zu erobern". Dazu kam noch ein zweites Moment. Das Maß der Beteiligungsziffer sank in den westlichen Provinzen, in Rheinland und Westfalen, noch weiter unter die Durchschnittsziffer, und zwar vor allem in der dritten Klasse. Im Regierungsbezirk Münster wählten im Jahre 1863 nur 40% in der ersten, 26% in der zweiten und nur 7,6% in der dritten Klasse; im Regierungsbezirk Koblenz fielen dieselben Zahlen von 37% in der ersten auf 24% in der zweiten und 11,7% in der dritten Klasse; um extreme Beispiele anzuführen, betrug die Wahlbeteiligung in dem Wahlkreise Ahaus (Rgbz. Münster) nur 7,8% aller Urwähler und 4,9% in der dritten Klasse, in dem Wahlkreise Schleiden (Rgbz. Aachen) 9% aller Urwähler und 4,8% in der dritten Klasse. Die Lösung dieses Rätsels, dieser unerhörten Indifferenz in den Provinzen von älterer politischer Betätigung liegt in der Indifferenz der katholischen Kirche, die von den liberalen Verfassungskämpfern durch ihre Weltanschauung und ihre deutsche und italienische Politik weit getrennt war.

Und zu dem allen setzte die Agitation Lassalles ein und bewies mit aufreizender Dialektik, daß durch das von ihm in seiner Rechtsgültigkeit bestrittene Dreiklassenwahlgesetz des Abgeordnetenhauses die eigentlichen Massen gar nicht vertreten würden, daß die Massen, welche Steuerlast und Wehrlast trügen, entrechtet draußen ständen, daß es somit nicht auf die Erhaltung *dieser* Verfassung ankomme, sondern auf ihre Umgestaltung im demokratischen Sinne. Man beobachtet, daß Bismarck die Lassallesche Argumentation aufgriff, sobald sie auftauchte. Während seines Karlsbader Aufenthaltes im Juni 1863, so erzählt uns ein hochstehender französischer Diplomat[1]),

[1]) Andreas Memor (nach allgemeiner Annahme Pseudonym für den Duc de Gramont), L'Allemagne nouvelle 1863—1867 (Paris 1879) S. 16: „Le corps électoral, disait-il, ne représentait en Prusse que tout au plus un dix-septième de la population et grâce à la mauvaise législation du pays, ce dix-septième était pour ainsi dire exclusivement composé de bureaucrates à l'esprit hostile et prévenu. Au lieu de citoyens, le suffrage n'envoyait que des professeurs et des pédants intraitables. Il était absolument nécessaire d'élargir le cercle des électeurs pour obtenir une Chambre plus nationale, moins dogmatique et moins hostile aux prérogatives légitimes de la monarchie".

schalt er unaufhörlich in den schärfsten Ausdrücken über die Opposition; die Wählerschaft bestehe höchstens aus einem Siebenzehntel der Bevölkerung, das fast ausschließlich aus übelgesinnten Beamten zusammengesetzt sei und statt der Bürger Professoren und Pedanten in die Kammer schicke: „es sei unbedingt nötig, den Kreis der Wähler zu erweitern, um eine Kammer zu erhalten, die nationaler, weniger doktrinär und weniger den rechtmäßigen Prärogativen der Krone entgegengesetzt sei". Das „Siebenzehntel" war natürlich ein Mißverständnis des nicht scharf hinhörenden Franzosen, aber ein Mißverständnis, dessen Auflösung auf die Argumentation keines anderen als Lassalles führt. Indem dieser in seinem „Arbeiterprogramm" die Zahl der Urwähler in der ersten mit derjenigen in der dritten Klasse verglich, kam er immer wieder zu dem aufreizenden Schluß: „e i n Reicher übt dasselbe Wahlrecht aus, das s i e b e n z e h n N i c h t besitzende ausüben"; es ergebe sich also durch den Vergleich mit dem Rechtszustande vom 8. April 1848, „daß immer 16 Arbeitern und Kleinbürgern unter 17 ihr gesetzliches Wahlrecht entrissen worden ist".

So dachte Bismarck in den Monaten, bevor der Frankfurter Fürstentag zusammentrat; die nationale Motivenreihe, die gegenüber den deutschen Gegnern durchschlug, ist selbst in der französischen Wiedergabe nicht völlig verblaßt. Er traf also, bei aller Verschiedenheit ihrer Voraussetzungen und ihrer Hintergedanken, mit Lassalle zusammen in der Kritik des bestehenden und in der Forderung eines veränderten Wahlrechts, des allgemeinen und vor allem des gleichen Wahlrechts. Das war die Basis ihrer bekannten Besprechungen im Herbst und Winter 1863—64, die im Januar 1864 gipfelten. Beide wollten sie die Kräfte der Tiefe aufrufen. Das Lieblingswort Lassalles taucht, gerade in den Tagen ihrer Besprechungen, ganz unvermittelt auch in einer Kammerrede des Ministers auf: „Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo"[1]) (1864

[1]) Und zwar in einer zum mindesten gezwungenen Anwendung. Virchow hatte das immer weitere Rücken nach Rechts als eine dem „Bösen" geschehene Auslieferung charakterisiert. Darauf antwortete Bismarck am 21. Januar 1864: „Wenn das in dem Sinne zuträfe, und wenn ich

Januar 21), und am andern Tage, nachdem er in seiner Weise den Kampf um die Herrschaft zwischen dem Hause der Hohenzollern und dem Hause der Abgeordneten erörtert hatte, rief er trotzig dem Gegner zu: „Das zeigt, wie Sie dem eigentlichen Volke fernstehen". Freilich kam es darauf an, wen man unter dem eigentlichen Volke verstand. Lassalle dachte vor allem an die von ihm ihrer Zahl nach weit überschätzten Massen der Industriearbeiter, die er mit seinem sozialistischen Programm an seine Führung ketten wollte. Bismarck dagegen dachte, für damals und die nächste Zukunft mit größerem Rechte, an die weit überlegene Zahl der Landarbeiter in den östlichen Provinzen, die er als königstreu, d. h. als unbedingt lenkbar durch den großen Grundbesitz und somit konservativ verwendbar einschätzte.

Ich habe früher angenommen, daß diese preußische Motivenreihe in der Wahlrechtsfrage sich lediglich als dienendes Glied in die deutsche, nationalpolitische Motivenreihe Bismarcks eingeordnet und dementsprechend nur indirekt dazu beigetragen habe, den deutschen Parlamentsgedanken in ihm flüssig zu machen; daß somit auch das deutsche Parlament den eigentlichen Gegenstand seiner geheimen Besprechungen mit Lassalle gebildet habe. Es ist mir jetzt jedoch klar geworden[1]) daß die preußische Motivenreihe auch selbständig den nahe genug liegenden Gedanken ihrer unmittelbaren Anwendung auf Preußen ausgelöst hat. Die Anwendung auf Deutschland setzte die Bundesreform, und das hieß für Bismarck die kriegerische Auseinandersetzung mit Österreich, voraus: es war ganze Arbeit, die die Lösung der deutschen Frage in sich schloß, aber vermutlich ein langer Weg, ohne Gewinn für die preußischen Nöte des Augenblicks. Damit verglichen, war die Anwendung auf Preußen das kleinere Mittel und der halbe Weg, allerdings mit dem unschätzbaren Vorteile der unmittelbaren Anwendbarkeit. Für Lassalle war die letztere Erwägung schlechthin entscheidend.

---

bei seiner Auffassung des „Bösen", dem ich verfallen wäre, stehen bleibe, so glaube ich, ihm meine Gedanken von seinem Standpunkte aus mundgerecht zu machen, wenn ich sage, ich habe nach dem Satze gehandelt: »Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo«.

[1]) Anläßlich der Bearbeitung der zweiten Auflage meines „Lassalle".

Mochte er im Frühjahr 1863, als er den Leipziger Arbeitern sein Programm des allgemeinen Wahlrechts und der Produktivgenossenschaften mit Staatskredit unterbreitete, noch an Deutschland gedacht haben: seit den Besprechungen mit Bismarck, die sich allein um die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen gedreht haben, ist er wenigstens ganz auf Preußen gestellt.

Über diese bisher übersehenen Erwägungen Bismarcks, das preußische Dreiklassenwahlgesetz zu ersetzen durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, handelt die folgende Untersuchung. Auch wenn diese Pläne nur Entwürfe geblieben sind, so reichen sie doch über das rein Bismarck-biographische Interesse hinaus. Sie geben über eine der zentralsten Fragen der heutigen deutschen Gesamtpolitik, die Fortbildung des preußischen Wahlrechts, zu denken.

III.

Für diese Untersuchung stehen uns die Quellen erster Hand, die Akten selbst, nicht zu Gebote. Sie werden wohl noch lange verschlossen bleiben — wenn nicht diese Erörterung das unverdiente Glück haben sollte, zur Lüftung des Schleiers beizutragen. So handelt es sich nur darum, nachdem einmal die richtige Fragestellung erkannt ist, mit ihr an unseren ganzen bekannten Quellenbestand heranzutreten. Wir werden da auf Aussagen stoßen, die in ihrem eigentlichen Sinne bisher nicht verstanden oder in ihrer Vereinzelung ganz übersehen waren, auf verschollene Zeitungsartikel, die von Wissenden stammten, auf zerstreute Notizen, die nur durch ihre kritische Verbindung ihre richtige Stellung im Indizienbeweise erhalten. Nur in konzentrischem Vordringen werden wir Schritt für Schritt aus der Sphäre der Wahrscheinlichkeit in die der Gewißheit uns erheben können.

Zu den wichtigsten Quellen[1]) für die Besprechungen zwischen Bismarck und Lassalle gehört ein Bericht, der in dem Organ

---

[1]) Ich habe inzwischen die Artikel aus dem „Wanderer“ und der „Breslauer Zeitung“ im Archiv für die Geschichte des Sozialismus IV, 190—99 zum Abdruck gebracht.

der föderalistisch-konservativen Partei in Österreich, der Wiener Zeitung „Der Wanderer“, im Jahre 1869 erschien. Ich glaube die Frage der Authentizität seines Inhalts, trotz der Irrtümer im einzelnen, nunmehr unbedingt in bejahendem Sinne beantworten zu können. Denn er geht direkt oder indirekt (durch das Medium irgendeines Journalisten) zurück auf die Freundin Lassalles, die Gräfin Hatzfeldt, die intime Vertraute seiner geheimsten politischen Entwürfe und eine der wenigen Personen, die überhaupt von dem Inhalt seiner Besprechungen mit Bismarck etwas wissen konnten. Der Verfasser bezeichnet sich als einen der Freunde Lassalles, die in den letzten Wochen vor seinem Tode in Genf mit ihm zusammen waren; wer aus diesem kleinen Kreise (man könnte vor allem an den Obersten Rüstow denken) in Betracht kommt, erkennt man deutlicher an der beiläufigen, interessanten und glaubhaften Notiz, daß Bismarck den Tod Lassalles sehr bedauert und „der Gräfin Hatzfeldt gegenüber sein innigstes Beileid“ ausgesprochen habe; auch die Bekanntschaft mit Angehörigen Lassalles führt auf dieselbe Spur. Dazu kommt, daß der Anstoß zu diesen Enthüllungen in den eben damals nach Österreich übergreifenden Fraktionsstreitigkeiten der deutschen Sozialdemokratie lag, in denen die echten Lassalleaner den Anschluß der Österreicher an die „Eisenacher“ verhindern wollten; wer die politischen Methoden der Gräfin Hatzfeldt aus diesen Jahren kennt, wird nicht erstaunt sein, daß sie auch diesmal mit Enthüllungen aus ihrer Erinnerung oder aus den Papieren Lassalles dazwischen zu fahren suchte.

Nun verweist dieser Artikel des „Wanderer“ auch auf einen Vorläufer. Indem er die Frage der Oktroyierung als Gegenstand der Besprechungen erwähnt, weiß er zu erzählen: „Durch indirekte Vermittlung gelangte das Projekt Bismarcks im Jahre 1865 in die Breslauer Zeitung und gab wieder Anlaß zu Aufsehen“. Und allerdings findet man in der „Breslauer Zeitung“, dem Hauptorgan der schlesischen Liberalen, in den Nummern vom 5., 12., 26. April drei mit einem sonst während des ganzen Jahres nicht vorkommenden Korrespondenzzeichen signierte Artikel (datiert vom 3., 10., 24. April), die von der Redaktion mit höchstem Nachdruck als „sehr gut unterrichtet“ bezeichnet

werden. Es ist an sich schon wahrscheinlich, daß ihr Verfasser oder ihr Urheber identisch ist mit dem Verfasser oder Urheber des „Wanderer“-Artikels von 1869, der noch einmal auf die seit vier Jahren in einem Provinzblatt verschollene außerordentliche Information zurückweist: um so mehr als der Inhalt der Information aus der gleichen Quelle stammen muß. Bemerkt man obendrein noch, daß gleich die erste Korrespondenz, die sich nur mit den inneren Fraktionshändeln der Sozialdemokratie beschäftigt, auf eine Verteidigung der „langjährigen und erprobten Freundin Lassalles, der Gräfin Hatzfeldt“ hinausläuft, so wird man über die Herkunft auch dieses Geschosses nicht im Zweifel sein; die Dinge, die in den Artikeln berührt werden, vor allem die Äußerungen Bismarcks, konnte nur die Gräfin und der eine oder der andere der Freunde Lassalles kennen. Was in dem Artikel von 1869 mehr im Stile des historischen Feuilletons als denkwürdige Reminiszenz wiedergegeben wird, ist im Jahre 1865 noch ein Gegenstand der praktischen Politik und wird mit dunklen Anspielungen halbverdeckt vorgetragen, um die im Momente günstige Situation zu einem bestimmten Zwecke voranzutreiben.

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen wird im April 1865 „nur noch als eine Frage der Zeit bezeichnet“. Diese Behauptung wird dadurch belegt, daß die Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts schon vor längerer Zeit den Gegenstand von schriftlich geführten Verhandlungen zwischen dem Minister und (dem nur in einem gewissen Helldunkel vorgeführten) Lassalle gebildet hätte. Es heißt darüber:

> „Herr v. Bismarck hat einen darauf bezüglichen Plan schon seit Jahresfrist in seinem Portefeuille, er gab einer hervorragenden Person schon vor dem Ausbruch der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ganz bestimmte Andeutungen, wurde aber an der Ausführung eben durch die äußere Politik gehindert.“

Und im nächsten Artikel:

> „Es existieren überhaupt in sicheren Händen und an sicherem Orte interessante Schriftstücke, die an die Öffentlichkeit manchen Aufschluß geben könnten.“

Diese höchst merkwürdigen Dokumente, die wir uns als Denkschriften Lassalles für Bismarck oder auch als Rückäußerungen Bismarcks vorstellen können, sind leider für uns unerreichbar. Nur indirekt läßt sich der Beweis führen, daß sie vorhanden gewesen sind und welches ihr Inhalt gewesen ist.

Man könnte ja zunächst überrascht fragen: ist überhaupt der sozialistische Demokrat Lassalle als Helfershelfer bei Oktroyierungen, womöglich gar als Verfasser von Staatsstreich-Denkschriften in der Konfliktszeit denkbar? Was war der Grundgedanke, welcher Art die Rechtsdeduktion des von ihm empfohlenen Oktroyierungsplanes? Der Korrespondent macht darüber ganz bestimmte Angaben:

> „Es handelt sich dabei nicht um neue Oktroyierung, sondern um Zurücknahme der Oktroyierung des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1849, an dessen Stelle dann das Wahlgesetz vom 8. April 1848 wieder treten soll. Das Recht der Krone zu diesem Schritt wird als zweifellos hingestellt."

Der hier vertretene Rechtsstandpunkt war derjenige der preußischen Demokratie. Nachdem am 5. Dezember 1848 die Verfassung oktroyiert worden war, vorbehaltlich einer Revision durch eine neue Volksvertretung, also einer nachträglichen Vereinbarung, war der auf Grund des Wahlgesetzes vom 6. Dezember 1848 zum Zwecke dieser Revision einberufene Landtag vor der endgültigen Lösung seiner Aufgabe am 27. April 1849 aufgelöst worden, und unmittelbar darauf war am 30. Mai 1849 das neue Wahlgesetz, das Dreiklassenwahlgesetz, im Wege der Notverordnung mit einer rein politischen Begründung[1]) oktroyiert worden. Die Rechtskräftigkeit der Verordnung war nicht ohne Bedenken. Nach der geltenden Auffassung läßt sich die formale Berechtigung nicht bezweifeln, da der Notverordnungsartikel der oktroyierten Ver-

[1]) In dem Erlaß des Staatsministeriums vom 29. Mai 1849 heißt es, die Änderung sei notwendig, um eine Volksvertretung zu schaffen, „die den Anforderungen der Bevölkerung entspreche, indem sie auch innerhalb des Kreises der 2. Kammer den einzelnen Volksschichten denjenigen Einfluß gestatte, welcher zu ihrer wirklichen Bedeutung im Staatsleben im richtigen Verhältnis stehe."

fassung vom 5. Dezember 1848 im Gegensatz zu dem der revidierten Verfassung von 1850 ganz unbeschränkt war. Aber mit Recht wendet Georg Meyer dagegen ein: „Materiell erscheint allerdings die Befugnis, auf solche Art im Verordnungswege einzugreifen, mindestens als zweifelhaft. Denn nach Art. 106 der Verfassung konnte die Abänderung der in dieser selbst enthaltenen Vorschriften nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung, also nicht im Wege der Notverordnung erfolgen. Und die Einführung einer Gliederung der Wähler in Steuerklassen widersprach, wenn auch nicht dem ausdrücklichen Wortlaut, so doch jedenfalls dem Sinne der Verfassungsurkunde". Die beiden Kammern beschlossen zwar später, dem Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 ihre Genehmigung unter Vorbehalt der Revision zu erteilen. Aber es waren Kammern, die nicht nach dem früheren, sondern bereits nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt worden waren.

Wie dem auch sei, die preußische Demokratie bestritt von Anfang an die Gesetzlichkeit des geltenden Dreiklassenwahlgesetzes und enthielt sich des Wählens. Keiner mehr als Lassalle hat an diesem Standpunkt festgehalten. Die Opposition gegen die Legalität des Wahlrechts und damit der ganzen Verfassung, die schon in der Assisenrede von 1849 einsetzt, zieht sich wie ein roter Faden durch seine Agitation von 1862—64, sie ist ihr Ausgangspunkt und Zielpunkt, und seine Anklagen gegen die Fortschrittspartei gipfeln gerade darin, daß sie sich aus Eigennutz in diese Lage gefunden hätte. Sein Rechtsboden liegt jenseits der Oktroyierungen vom 5. Dezember 1848 und vom 30. Mai 1849. Es ist nur echt Lassallesche Dialektik, wenn er vorschlägt, durch Wiederaufhebung der Oktroyierung von 1849 auf den von der Demokratie allein anerkannten Rechtsboden vom Frühjahr 1848 zurückzukehren. War das ein Staatsstreich, gut, so war es ein Staatsstreich mit dem Zielpunkt eines demokratisch-legalen Rechtszustandes: mochte der Absolutismus des Königtums immerhin der Freiheit eine Gasse brechen. Für Bismarck aber hätte sich diese Möglichkeit, legal aus dem Konflikt herauszukommen, dadurch empfohlen, daß sie von derselben Autorität der Krone vollzogen wurde, die er gegen die Versuche einer bürgerlich-liberalen Parlamen-

tarisierung des Staates verteidigte, und daß ihr Ergebnis auf das auch von ihm ersehnte Endziel hinauslief, das „eigentliche Volk“ mobil zu machen gegen die Honoratioren, Professoren und Kreisrichter des Dreiklassenlandtages.

Daß dies die Argumentation Lassalles nicht nur gewesen sein kann, sondern gewesen sein muß, können wir, trotzdem wir seine Denkschriften selbst nicht in Händen halten, mit Bestimmtheit behaupten: wir kennen diese Argumentation, und zwar überraschenderweise aus der Verteidigungsrede, die er in seinem Hochverratsprozeß am 12. März 1864 hielt. Es ist die Rede, in der dieser Demokrat, zum bis heute fortdauernden Entsetzen seiner Anhänger, einem louis-philippistischen Königtum, einer Schöpfung der Bourgeoisie, das preußische Königtum gegenüberstellt, „das noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dasteht, auf den Knauf des Schwertes gestützt“ — es ist die Lebensmacht, deren ungebrochene Autorität er für die Oktroyierung anrufen will. Und nun setzt er, es ist der Höhepunkt der Rede, den verblüffenden Fall, daß dieses Königtum wirklich das allgemeine Wahlrecht oktroyiere und dafür zur Rechenschaft gezogen werde, und führt seine Fiktion auf den Gipfel: „An diesem Tage also, meine Herren (ruft er den Richtern des Staatsgerichtshofes zu), an welchem Sie dem König den Prozeß machen werden und der Staatsregierung wegen Umsturzes der Verfassung durch Oktroyierung des allgemeinen und direkten Wahlrechts — an diesem Tage werde ich dem Staatsanwalt gestatten, mich als geistigen Mitschuldigen, als intellektuellen Urheber dieses Verfassungsumsturzes vor Ihre Barre zu laden! Und an diesem Tage werde ich mich und meine Mitangeklagten verteidigen wie folgt.“

Man mag die nun folgende Rechtsdeduktion in seiner Rede nachlesen: wenn es die Denkschriften an Bismarck gegeben hat, so können ihre Deduktionen nicht anders gelautet haben. Der Staatsgerichtshof mochte sich empören, daß dieser Hochverräter, über dessen Haupte eine mehrjährige Zuchthausstrafe schwebte, sich in solchen scheinbaren frechen Unmöglichkeiten erging. Nur Bismarck konnte wissen, mit welchem Rechte dieser „geistige Mitschuldige“ seinen Oktroyierungsplan verteidigte.

IV.

Bevor wir die Aufnahme dieses Oktroyierungsplanes durch Bismarck erörtern, haben wir einen Einwand zu erledigen. Diese Entwürfe würden ja rein preußischer Natur gewesen sein und keine Anwendbarkeit auf die deutsche Nationalpolitik, das oberste Ziel Bismarcks, gehabt haben. Von der preußischen Motivenreihe würde gar keine Verbindungslinie hinübergeführt haben zu der deutschen Motivenreihe, die jedenfalls die ursprünglichere und die im Jahre 1866 durchschlagende war. Oder war doch eine solche Verbindung denkbar?

Die letzte Korrespondenz der Breslauer Zeitung vom 26. April spricht zum Schluß noch von einem nach ihrer Auffassung zweiten Projekt:

> „Die Angehörigen aller deutschen Bundesstaaten, ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz, für wählbar zum preußischen Abgeordnetenhause zu erklären. Man wollte auf diese Weise ein deutsches Parlament nach Berlin verpflanzen, dem Beispiel Piemonts folgend, wo ja auch lange vor dem italienischen Kriege Italiener aus allen italienischen Staaten in das piemontesische Abgeordnetenhaus gewählt werden konnten. Da Herr Lothar Bucher, der über dieses Projekt sehr genau unterrichtet ist, jetzt schwerlich dasselbe der Öffentlichkeit anvertrauen dürfte, so haben wir die Pflicht übernommen" usw.

Es handelte sich jedoch nicht, darin täuscht sich der Korrespondent, um ein zweites Projekt, das von demjenigen Lassalles ganz unabhängig gewesen und auf seinen Freund Lothar Bucher als Urheber zurückgegangen wäre, oder gar — wie der in gleichem Irrtum befangene „Wanderer"-Artikel behauptet — die Spezialidee Bismarcks darstellte. Sondern es handelte sich um einen integrierenden Bestandteil von Lassalles eigenem Plan, um die Konstruktion, welche die Brücke von der preußischen zu der deutschen Motivenreihe schlagen sollte. Es mag sein, daß diese Ergänzung nicht Lassalles ursprüngliche Idee war und vielleicht erst durch Bismarcks Einwand hervorgerufen wurde; auch ist es sehr wohl möglich, daß erst Bucher, der in

diese Dinge eingeweiht war, sie dem Freunde angeregt hat; man weiß, daß der mit Mazzini befreundete Bucher von jeher, auch in der Zeit seines Londoner Exils, den Gang der italienischen Nationalstaatsentwicklung mit gespannter Aufmerksamkeit begleitete. Jedenfalls aber hatte Lassalle sich den Gedanken restlos angeeignet, um gerade mit ihm den zaudernden Minister fortzureißen: dafür halten wir ausnahmsweise einen aktenmäßigen Beweis in Händen. Das erste der beiden Billetts Lassalles an Bismarck, die überhaupt von dem ganzen Briefwechsel bekannt geworden sind, vom 13. Januar 1864, beginnt mit den Worten: „Vor allem klage ich mich an, gestern vergessen zu haben, Ihnen noch einmal ans Herz zu legen, daß die Wählbarkeit schlechterdings allen D e u t s c h e n erteilt werden muß. Ein i m m e n s e s Machtmittel! Die wirkliche ‚moralische' Eroberung Deutschlands". Die Wendung „allen Deutschen", auf die aller Nachdruck gehäuft ist, gibt nur einen Sinn, wenn man sie auf den preußischen Landtag bezieht, von dem die moralische Eroberung Deutschlands ausgehen soll — während sie, auf ein deutsches Parlament bezogen, nur eine platte Selbstverständlichkeit enthalten würde.

Der vorgeschlagene Weg bedarf keiner besonderen Erläuterung. In das Turiner Parlament waren einzelne außerpiemontesische Abgeordnete, namhafte Nationalpolitiker, eingetreten: nicht um ihre Herkunftsgebiete, sondern um die nationale Idee damit zu vertreten. Man könnte auch daran denken, daß nach dem Kriege von 1859 die provisorischen Regierungen in Toskana, Parma, Modena, der Romagna nach vorangegangenem Plebiszit, die Wahl von Abgeordneten in das Turiner Parlament anordneten, obgleich die Zugehörigkeit dieser Gebiete völkerrechtlich noch in der Luft schwebte. Ein noch weitergehendes Beispiel haben wir in der jüngsten Gegenwart erlebt, den Anspruch der Kreter, Abgeordnete zur griechischen Nationalversammlung zu entsenden; dieser nationalpolitische Versuch, völkerrechtliche Schranken durch parlamentarische Delegation zu durchbrechen, mußte schon daran scheitern, daß der Souverän des Landesteiles, der sich auf diese Weise losreißen wollte, dem andern Lande mit Krieg drohte. Innerhalb des Deutschen Bundes würden die Aussichten für ein solches

Experiment immerhin günstiger gelegen haben. Taucht doch noch in der deutschen Entwicklung wenigstens ein Nachklang dieses Mittels auf: beim Zusammentritt des Zollparlaments plante Bismarck anfangs, daß die nach allgemeinem Wahlrecht zu wählenden süddeutschen Abgeordneten einfach ad hoc in den Norddeutschen Reichstag treten sollten, und zog erst nachträglich den korrekteren und praktisch auf dasselbe hinlaufenden Weg vor, daß die norddeutschen Reichstagsabgeordneten mit den süddeutschen Abgeordneten zu einer besonderen parlamentarischen Körperschaft zusammentraten.

V.

Wie hat nun Bismarck diesen Oktroyierungsplan Lassalles, dessen entscheidende Umrisse wir kennen gelernt haben, aufgenommen? Hat er diese Entwürfe vorübergehend ernsthafter ins Auge gefaßt oder hat er nur mit diesen Möglichkeiten gespielt, etwa um den Agitator eine Weile an sich zu fesseln? Oder sind es für ihn nie mehr als Velleitäten gewesen, leichte Schaumspritzer, die an den durch die Wogen sich Bahn brechenden ehernen Koloß heranfliegen, ohne seine Richtung zu verändern?

Der Korrespondent der „Breslauer Zeitung", oder sagen wir gleich die Gräfin Hatzfeldt und ihre Freunde, weiß darüber ganz bestimmte Andeutungen zu geben:

> „wir sind nicht im Zweifel, daß bei der großen Anzahl ländlicher, unter feudalem Einfluß stehender Arbeiter, und wenn ferner das städtische Proletariat durch scheinbar arbeitsfreundliche Konzessionen gewonnen ist .... sehr leicht durch das allgemeine und direkte Wahlrecht eine ministerielle Majorität im Abgeordnetenhause ‚gemacht' werden könnte. Wir sagen ausdrücklich ‚gemacht', um einen gewissen Staatsmann an seine im Sommer 1863 und Frühjahr 1864 über diesen Punkt getane Äußerung zu erinnern, in welcher Äußerung das Wort ‚gemacht' mehrmals figuriert."

Leise drohend erinnerte die Erbin Lassalles den Minister an wörtliche Äußerungen, anscheinend sogar schriftlicher Art

die seine Geneigtheit zu dem Experiment des Oktroyierungsplans zu beweisen geeignet waren. Die Briefe Bismarcks an Lassalle, die existiert haben und einen unmittelbaren Aufschluß zu geben imstande wären, sind jedoch nicht mehr vorhanden oder wenigstens nicht zugänglich. Wir müssen uns daher auf indirekte Beweisstücke beschränken.

Am wertvollsten sind dafür die beiden Billetts von Lassalle an Bismarck: Trümmer einer Verhandlung, deren zufällige Erhaltung einen Rückschluß auf das Ganze, das uns verloren gegangen ist, gestattet. Sie beweisen den relativen Grad von Ernsthaftigkeit dieser Pläne. Bismarck war nicht der Mann, sich nur aus theoretischem Interesse so tief einzulassen mit einem radikalen Politiker, der von Gerichten und Staatsanwälten bis zum Hochverratsprozesse hinauf gejagt war: wenn er das, was dieser zu sagen hatte, nicht der wirklichen Überlegung für wert hielt; umsonst hätte er sich der politischen Diskretion eines Agitators nicht überlassen, vor dem die Sittlichkeit des preußischen Fortschritts sich bekreuzte. Die Briefe lassen sodann erkennen, daß nicht das deutsche, sondern das preußische Parlament, der Oktroyierungsplan, zugrunde gelegt war. Ja es läßt sich sogar herauslesen, daß über das Prinzip des Vorgehens, wenigstens nach Lassalles Auffassung, schon eine Art von Verständigung erzielt war; man war schon dazu übergegangen, gewisse Einzelfragen zu erörtern, an die man erst in einem vorgerückteren Stadium herantreten konnte. Das war einmal die Frage gesetzgeberischer Maßnahmen zur Vermeidung der Wahlenthaltung: möglicherweise riet Lassalle zu dem Mittel des Wahlzwanges. Das zweite Bedenken Bismarcks hatte in der Gefahr der „Stimmenzerbröckelung" gelegen: Lassalle beschäftigte sich vermutlich mit der Technik der Stichwahlen oder der damals häufig erörterten Frage der Vertretung der Minoritäten. Hier wie dort rühmte er sich seiner „Zauberrezepte". Man stand also bereits in den Einzelheiten der Wahltechnik: Beweis genug, daß Bismarck, wenn er auch das Ganze noch nicht bewußt plante, mit dem Gedanken doch tatsächlich umging.

Und in den nächsten Wochen hatten die Eingeweihten wenigstens von der Möglichkeit der Oktroyierung vernommen.

Im März 1864 schrieb Ludwig v. Gerlach, als er von einer politischen Gewissenserforschung bei dem einstigen Schüler heimkehrte, bekümmert in sein Tagebuch: „Im Innern dachte Bismarck wesentlich an Oktroyierungen", und selbst in der Sphäre der Geheimräte sickerte bald darauf schon etwas davon durch, „daß die Regierung ein neues Wahlgesetz oktroyieren wird, und daß dann Bismarck mit Hilfe eines gefügigen Abgeordnetenhauses die Verfassung verändern, namentlich das Budgetrecht der Landesvertretung lahmlegen werde."

Aber eben in dem Momente, als die Pläne in das Gebiet des Möglichen zu rücken schienen, begannen die Schwierigkeiten. Es gab e i n Hemmnis zu überwinden, das sich womöglich selbst einem ausgesprochenen Willen Bismarcks entgegengestellt haben würde: die Entschließung des Königs selbst. Insofern erscheint der in dem „Wanderer"-Artikel mitgeteilte Einwand Bismarcks gegenüber Lassalle als durchaus glaubhaft: „Der König sieht sich gebunden und wird nie seine Zustimmung zu einem offenen Verfassungsbruch geben." Der Prinz-Regent hatte 1858 die Verfassung als ein Ganzes beschworen und feierlich gelobt, im Gegensatz zu der Praxis der vorigen Regierung, sie zu halten und nicht zu beugen: und er war der Mann, ein fürstliches Wort gewissenhaft zu halten. Er hatte sich allerdings jene Rechtsdeduktion Bismarcks zueigen gemacht, die durch Interpretation der Verfassung ein Notrecht des Staates behauptete, Ausgaben und Einnahmen zu verfügen, auch im Falle, daß es nicht durch Mitwirkung der gesetzlich berufenen Faktoren zu einem Budgetgesetz käme. Aber ob er weiter zu treiben war, auf die schiefe Ebene des Oktroyierungsplanes, das war doch die Frage.

Ein anderes, unmittelbar wirkendes Hindernis trat in demselben Moment dazwischen, als die Besprechungen Lassalles mit Bismarck auf den Höhepunkt gestiegen waren: das war der Krieg um Schleswig-Holstein. Schon seine beiden Billetts, eben aus den Tagen des Ultimatums an Dänemark stammend, scheinen vergeblich zu drängen. Es ist ohne weiteres klar, daß Bismarck, wenn er damals das deutsche Parlament gewollt hätte, diese gegen Österreich gerichtete Waffe zunächst so lange zurückstellen mußte, wie er mit Österreich zusammen,

gegen den Willen der Nation und des Bundes, den schleswig-holsteinischen Krieg führte: das galt auch von dem Plan eines preußischen Parlaments, wenigstens insofern es am letzten Ende — nach Lassalles Entwurf — auf moralische Eroberung in Deutschland angelegt war. Die Oktroyierung selbst aber, mit allen schweren Erschütterungen des Rechtszustandes, die ihr gefolgt wären, war während eines Krieges ein Ding der Unmöglichkeit. Während des Krieges also mußte Lassalle abwarten, mit steigender Unruhe, aber in ungebrochener Zuversicht; seine intimen Freunde wußten, was für ihn an dem Ausgange des Krieges hing[1]). Seine ganze Agitation wurde in dem letzten halben Jahre seines Lebens auf diese Möglichkeit angelegt. Als er Mitte Februar 1864 den „Bastiat-Schulze von Delitzsch" vollendete, übersandte er nicht nur Bismarck ein Exemplar, sondern bat ihn, auch dem König persönlich (!) Mitteilungen daraus zu machen. In dem Schlußwort hieß es hier: „Schon zuckt in den Händen der Blitz des direkten und allgemeinen Wahlrechts! Auf diesem oder jenem Wege, bald fährt er zischend hernieder." Diese Alternative mag man auf den Weg der Reform oder der Revolution deuten, aber auch auf die Einführung in Preußen oder in Deutschland. Wenige Wochen später, am 12. März 1864, drängte er in dem Hochverratsprozesse schon lebhafter, in der Rede, deren oben gedacht ist, und prophezeite, daß kein Jahr vergehen werde und Bismarck habe die Rolle Robert Peels gespielt und oktroyiert. Im Mai 1864 suchte er in der Ronsdorfer Rede den Empfang der Weberdeputation durch den König, in dessen Vorgeschichte er ebenso wie Bismarck seine Hände hatte, fast als ein Vorspiel zur Oktroyierung auszubeuten. Seine letzte Hoffnung blieb, die Annexion von Schleswig-Holstein in den Kreis dieser Berechnungen einzubeziehen

[1]) Oberst Rüstow schreibt am 25. September 1865 an J. Ph. Becker (Die neue Zeit 6, 564): „Mit dem Eintritt der Krisis in der Schleswig-Holsteinischen Frage sah er dies selber ein — mit einem Male schwand seine ‚Notwendigkeit' Diese Notwendigkeit war schließlich keine andere als die, daß Bismarck aus Zorn über die Fortschrittler das allgemeine Stimmrecht oktroyieren werde, was dann als ein eklatanter augenblicklicher Sieg des Arbeitervereins auszuschreien und auszubeuten war."

und endlich damit das allgemeine Wahlrecht flott zu machen: vor der Verwirklichung dieses Planes schied er aus dem Leben.

Aber auch nach Lassalles Tode blieb der Plan in den regierenden Kreisen Preußens lebendig, und er kam wieder zum Vorschein, als die bisherige Eintracht mit Österreich in der schleswig-holsteinischen Frage einer ernsten Spannung zwischen den beiden Mächten Platz machte.

VI.

Als Österreich im Frühjahr 1865 den Antrag auf Einberufung der schleswig-holsteinischen Landstände stellte, um durch sie die Einsetzung des Herzogs von Augustenburg vollziehen zu lassen und die preußische Erwerbung zu verhindern, konnte Bismarck, so sehr er auch den Vorschlag Österreichs zu durchkreuzen entschlossen war, sich doch nicht völlig ablehnend verhalten. Aber er kannte Mittel, ihn unschädlich zu machen. Er stimmte dem Vorschlage am 17. April zwar prinzipiell zu, warf aber die Frage auf, ob die schleswig-holsteinischen Landstände nach dem Wahlgesetze von 1854 oder nach dem (demokratischeren!) von 1848 einzuberufen seien; Preußen würde für das eine Mal den letzteren Weg vorziehen. Als aber die Österreicher, den Hieb parierend, auch dafür zu haben waren, ging er noch einen Schritt weiter und stellte zur Erwägung: „ob man den Provinzialständen anstatt des Gesetzes von 1848 nicht lieber Wahlen nach allgemeinem und direktem Stimmrecht vorschlagen solle". Dieser neue Wunsch mochte einmal eine schlaue captatio benevolentiae gegenüber der plebiszitären Staatspraxis Napoleons sein, vor allem aber war er als eine neue, und zwar unangenehme Übertrumpfung Österreichs geplant. Was man sich dabei dachte, verriet Bismarcks Geheimrat Abeken an Bernhardi: „Österreich hat zwar allerdings keine Prinzipien, wohl aber gewisse Traditionen, von denen es nicht gern läßt. Der Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht einzuräumen, das ist etwas, das Österreich bei seiner eigenen Stellung in Ungarn, in Galizien doch nicht gut tun kann."

Aber mit solchen Hintergedanken ist die Bedeutung dieser Aktion noch nicht erschöpft. Der Plan hatte seine Konsequenzen. Man kann nicht — und ein Staatsmann wie Bismarck wäre

der letzte gewesen, das zu verkennen — auf einem Außenposten alles an eine prinzipielle Bedingung knüpfen, wenn man sich der Anwendung dieses Prinzips in dem eigenen Bereiche grundsätzlich versagen will. So bezeichnete Bernhardi sofort dem Könige von Belgien gegenüber die Anwendung des allgemeinen Stimmrechtes in Schleswig-Holstein als einen „sehr gefährlichen précédent", und brachte sie mit angeblichen Plänen Napoleons in Verbindung, „das suffrage universel als anerkannten Grundsatz in das europäische Staatsrecht einzuführen, damit es dann bei Gelegenheit auch anderwärts in Szene gesetzt werden kann." Und noch in seinem Geschichtswerke konnte H. v. Sybel es sich nicht versagen, den Schachzug Bismarcks als „die nochmalige Regung eines gefährlichen Gedankens" zu kritisieren. Die Gegner des allgemeinen Wahlrechts forderten das „principiis obsta" — mit demselben politischen Instinkte, aus dem heraus die preußischen Konservativen jüngst das Zugeständnis des allgemeinen Wahlrechts in Elsaß-Lothringen um der Konsequenzen willen verwarfen, die gegebenenfalls auch für Preußen daraus abgeleitet werden könnten. Bismarck aber wurde durch solche Konsequenzen bei der Aktion des Frühjahrs 1865 nicht mehr geschreckt. Als er die schwierige Aufgabe hatte, dem konservativen hannoverschen Gesandten seinen schleswig-holsteinischen Plan mundgerecht zu machen, gestand er offen ein, daß er den Bauern die Frage vorlegen wolle, „ob sie lieber für 70 Millionen einen Herzog haben wollen, der doch im Grunde nichts weiter als höchstens ein erblicher Oberpräsident sein würde, oder ob sie die 70 Millionen verdienen und preußisch werden wollen", und argumentierte weiter: „durch das von mir ausgedachte Wahlrecht, welches auf die Massen berechnet ist, will ich nicht der Demokratie Vorschub leisten. Wenn ich z. B. hier in Preußen von meinem Gute 100 Arbeiter zur Wahlurne schicken könnte, so würden die jede andere Meinung im Dorfe totstimmen. Dies hoffe ich mit Hilfe der Gutsbesitzer in den Herzogtümern zu erreichen." Weit entfernt, durch preußische Konsequenzen gestört zu werden, entnahm er gerade aus den preußischen Verhältnissen die entscheidenden Gründe für den vorgeschlagenen Weg, und selten hat er seinen Gedanken-

gang mit so robustem Realismus formuliert. Wie in dem letzten Plane Lassalles, Annexion und Wahlrecht zusammenzukuppeln, so klang es auch hier, nachdem der Agitator längst vom Schauplatz abgetreten war.

Ja, in eben diesen Monaten schien die Regierung den Gedanken, den sie in der äußeren Politik verwendete, von neuem auch in der inneren Politik zu erwägen. Und ein weiterer Beweis für den Ernst, mit dem Bismarck diese Entwürfe in sich bewegte, liegt wohl darin, daß er sogar seinen Mitarbeiter, den Kriegsminister v. Roon, für solche Versuche gewonnen hatte. Dieser sah sich in einer Rede am 23. März 1865 veranlaßt, diese Möglichkeiten dem preußischen Abgeordnetenhause ins Gesicht zu werfen. In einer Erörterung der konstitutionellen Prinzipien erkannte der Kriegsminister offen an, daß es so gut wie unmöglich sei, die Macht der Parteiorganisation der Majorität „bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung“ zu brechen, um dann unter allgemeiner Bewegung fortzufahren: „Ob das Gesetz nicht Mittel finden wird, um störend in diese Parteiorganisation einzugreifen, das wird die Folge lehren. Die Frage ist jedenfalls berechtigt: Soll die Regierung nach einem neuen Rezept suchen, um den Wahlen denjenigen Charakter zu geben, welcher den Interessen des Landes nach ihrer innigsten Überzeugung mehr entspricht als der bisherige Ausdruck der Wahlen?“ Vielleicht im Gefühle, schon zu viel gesagt zu haben, fuhr er mit erhobener Stimme fort: „Nein, meine Herren, das hat die Regierung eben nicht gewollt und will es auch heut nicht.“ Nach der Darlegung der vergeblichen Ausgleichsversuche der Regierung brach er jedoch von neuem in die drohenden Worte aus: „Unter diesen Umständen stehen wir allerdings in einer sehr bedenklichen Alternative: Sie spielen le tout pour le tout, Sie .....“, um von einer allgemeinen Unruhe unterbrochen zu werden. Und noch einmal sich bändigend und zurücklenkend, pries er die korrekte Haltung der Regierung, die „bis zu diesem Augenblicke“ zur Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes bereit sei, wofern nur das Abgeordnetenhaus die Hand dazu biete: „Wenn Sie das verschmähen, so steht allerdings die Frage auf einem ganz anderen Boden. Es handelt sich dann

nicht mehr um eine Rechtsfrage, sondern es handelt sich dann um eine Existenzfrage. Wählen Sie." Damit verließ er die Tribüne.

Nicht rasche Worte waren dem heißblütigen Minister jäh entschlüpft. Mit vollem Vorbedacht hatte er dreimal gedroht, ohne den Inhalt der Drohung bestimmt zu bezeichnen. Die Bedrohten begriffen daher gar nicht, was die dunkeln Worte bedeuteten. So verwahrten sie sich nur pathetisch gegen einen absolutistischen Staatsstreich (Neigungen dazu, über Bismarck hinweg, waren in preußischen Hof- und Militärkreisen tatsächlich vertreten) und rügten, daß ein bloßer Ressortminister im Tone eines wirklichen Ministerpräsidenten spreche — ohne daraus zu schließen, daß er es nur in genauer Fühlung mit dem Ministerpräsidenten wagen durfte! Das Pikante der Situation bestand vielmehr darin, daß der einst so reaktionäre Kriegsminister gar nicht mehr an Absolutismus und landtagsloses Regiment dachte, sondern dem liberalen Landtage verblümt mit der Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts drohte, mit einem Mittel, zu dem er sich, ohne es zu nennen, gleichwohl „aus innigster Überzeugung" bekannte, einem „neuen Rezept" — man glaubt den von Lassalle Bismarck gegenüber angewandten Ausdruck „Zauberrezept" von neuem zu hören. Und indem er sich immer wieder vorsichtig verwahrte, sagte er doch nicht mehr, als daß die Regierung auch noch „heute" oder „bis zu diesem Augenblicke" an dem geltenden Rechtszustande festhalte. Die Eingeweihten aber verstanden sofort, um was es sich handle. Eben damals glaubte die Gräfin Hatzfeldt die Stunde gekommen und ließ ihren Enthüllungspfeil in die Breslauer Zeitung abschießen. Die Folge war eine heftige Diskussion zwischen Marxisten und Lassalleanern über den Wert einer Oktroyierung für den Arbeiterstand. Während J. B. v. Schweitzer trotz aller Bedenken in einer Artikelserie des „Sozialdemokrat" vom 1.—16. Juli die Lassallesche Taktik fortsetzte, erklärte Engels in der Broschüre „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" (ebenso Liebknecht in einer Berliner Rede, die seine Ausweisung aus Preußen zur Folge hatte!) sich dagegen, und zwar aus denselben scharf erkannten Gründen, die Bismarck umgekehrt zum allgemeinen Wahlrecht bekehrt hatten.

Immerhin, das gebe ich zu, bedarf es zur beweiskräftigen Interpretation von Roons Worten noch etwas mehr als diese Berechnungen von Politikern des gegnerischen Lagers. Ich denke, man kann für seine wirkliche Absicht keinen besseren Interpreten finden als ihn selbst.

Als einige Wochen später der als politischer Tagebuchschreiber so wertvolle Theodor v. Bernhardi, der Varnhagen des Altliberalismus, zu dem Minister kam, um über die Möglichkeiten eines Staatsstreiches zu lamentieren und zugleich ihn ein wenig auszuhorchen, antwortete Roon lebhaft und dunkel: „Wer sagt Ihnen denn, daß dann ein unerträglicher Zäsarismus folgen würde? — daß nicht gerade dann die wahren Interessen des Landes durch zweckmäßige liberale Verfügungen gefördert werden würden? Oder, daß man dann bei einer absolutistischen Regierung stehen bleiben würde? Daß dann nicht neue Oktroyierungen folgen und uns eine Verfassung geben würden, wie sie unseren wirklichen Bedürfnissen entspricht" (28. Mai 1865). Bernhardi notiert dazu bekümmert: „Das war mir sehr merkwürdig — der Plan für einen solchen Fall ist also wohl fertig." Und ein Jahr später — Bismarck hatte soeben den deutschen Parlamentsantrag in die Öffentlichkeit geschleudert, aber freilich konnte noch niemand sein Schicksal voraussehen — sprach der Kriegsminister, indem er wiederum betonte, daß niemand den Absolutismus wolle, ausgenommen „40 Individuen von der äußersten Rechten", sich zu Bernhardi noch deutlicher aus: „Wenn mit der renitenten Kammer nichts zu machen ist, wird man vor der Frage stehen, ob die Regierung in die Hände Liberaler gelegt und alles aufgegeben werden soll, um das bisher jahrelang im Innern gekämpft worden ist, ‚oder ob man einen entschiedenen Entschluß fassen will' — es müsse dann in dem vorausgesetzten Falle ein energischer Entschluß gefaßt werden; das Wahlgesetz sei ohnehin provisorisch und stehe seinem Wesen nach in Widerspruch mit der Verfassung. Den Worten der Verfassungsurkunde zufolge müßten alle Gemeindewähler auch bei den politischen Wahlen Wähler sein" (15. Mai 1866)[1]. Den Sinn dieser Sätze erfaßte Bernhardi völlig zu-

[1]) Roon bezieht sich auf Art. 70 der preußischen Verfassung: „Jeder Preuße, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat und in

treffend, indem er notierte: „Das, ‚warum seit Jahren im Innern gekämpft wird‘, ist natürlich eine königliche Macht, die selbständig neben, wenn nicht über dem Parlament steht, die nicht in ein parlamentarisches Regiment ganz aufgehen soll. Dieses aufrecht zu erhalten, will man einen Staatsstreich nicht scheuen, und der würde in der Erteilung allgemeinen Stimmrechts nach französischem Muster bestehen.“

In unserm Zusammenhange ist zunächst von Wichtigkeit, daß Roon auch jetzt, nach der Aufrollung der deutschen Frage, noch immer ausschließlich an Preußen denkt. Noch bedeutsamer aber ist, daß sowohl sein Weg, die Oktroyierung eines weitgehenden Wahlrechts, als auch seine staatsrechtliche Motivierung, der „provisorische“[1]), d. h. der nicht rechtsverbindliche, Charakter des Dreiklassenwahlgesetzes durchaus den Plänen und der Beweisführung Lassalles von 1863/64 entspricht. Je mehr dieses Argument bei der Persönlichkeit des Kriegsministers überrascht, desto mehr hat man Grund zu der Annahme, daß er es nicht aus sich selber hat, sondern von Bismarck, als Bestandteil ernsthafter Entwürfe, übernommen hatte. Für die Intensität dieser Erwägungen spricht schließlich noch ein besonderes Argument, das zum ersten Male begegnet, wenn auch in der staatsrechtlich nicht präzisen Ausdrucksweise des Militärs: die tatsächliche Spannung zwischen dem geltenden Wahlrecht und § 70 der Verfassung, die Identifikation des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause mit einem Gemeindewahlrecht, das infolge der Sistierung der Gemeindeordnung am 19. Juni 1852 keine einheitliche Bestimmung für die Monarchie gefunden hatte.[2])

---

der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz hat, die Befähigung zu den Gemeindewahlen besitzt, ist stimmberechtigter Urwähler.“

[1]) Vgl. v. Rönne 1, 153 über den Vorrang der Notverordnung vor dem Gesetze: „Allein eine solche Kollision kann immer nur eine vorübergehende sein, denn der Erlaß solcher Verordnungen kann nur mit provisorischer Gesetzeskraft erfolgen.“

[2]) L. v. Rönne, Das Staatsrecht der preußischen Monarchie, bearb. von Ph. Zorn, Bd. 1, 309, Anm. 4: „Bei der Revision der Verfassungsurkunde hielt man die Identifikation des Wahlrechts schon aus dem Grunde der Vereinfachung des politischen Lebens für zweckmäßig und nahm an, „daß, wer nicht einmal zum Wahlrecht in der Gemeinde befähigt sei, auch nicht zu den Landtagswahlen konkurrieren könne.“ Hierbei wurde aber

Das war eine formale Lücke in der Verfassung, die durch den § 115 nur provisorisch verdeckt war — ob sie die Tür sein sollte, durch die man den Weg zur Oktroyierung ohne formellen Bruch der Verfassung hatte gehen wollen?

Die überraschenden Bemerkungen Roons, die man jetzt erst in ihrer Bedeutung ermessen kann, entschädigen dafür, daß von Bismarck selbst in der Episode von 1865 greifbarere Andeutungen über seine preußischen Absichten fehlen. Er hielt vorsichtig zurück — ob der Wille des Königs bereits einen Riegel vorgeschoben hatte?

Der Anlauf, wenn es einer gewesen, verlief rasch wieder im Sande. Die Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Frage ergab keinen Anlaß, die Sache zu forcieren. Noch einmal wurden in Gastein die Risse verklebt. Und als dann aus dem erneuten Provisorium schließlich doch der Bruch mit Österreich als unvermeidlicher Ausgang sich ergab, hat Bismarck den denkwürdigen Entschluß gefaßt, den Blitz des allgemeinen Wahlrechts „auf dem andern Wege", in einem deutschen Parlamente, niederfahren zu lassen. Seit dem 8. April 1866 war der preußische Weg definitiv verlassen.

VII.

Jedes Eindringen in die Entstehungsgeschichte des allgemeinen Wahlrechts gibt Gelegenheit, uns in die Unergründlichkeit der politischen Psyche Bismarcks zu vertiefen und die Spannung zu verstehen, die scheinbar zwischen der politischen Herkunft dieses Mannes und den von ihm aufgerufenen Kräften besteht.

In allen Wahlrechtsplänen, den preußischen wie den deutschen, die in seinem Kopfe lebten und sich kreuzten, hat der Machtpolitiker Bismarck das bestimmende Wort. Es ist nicht ein von objektiven Kräften geleiteter, von Ideen und

---

vorausgesetzt, daß die damals von den Kammern beratene und angenommene Gemeinde-Ordnung zur Ausführung gelangen werde. Nachdem indes diese Erwartung nicht erfüllt, sondern diese Gemeinde-Ordnung wieder aufgehoben worden ist, fehlt es an der wesentlichsten Voraussetzung des § 70 der Verfassungsurkunde, nämlich an der Basis eines gleichmäßig für Stadt und Land und für den ganzen Staat normierten Gemeinde-Wahlrechts."

Theorien bestimmter, sondern ein bewußt nach Zwecken handeln-der, ein intensiv wollender Mensch, dessen Ganzheit auch nur eine ausgesprochen voluntaristische Psychologie gerecht werden kann. Man sehe sich nur die Männer an, die ihn in dieser Frage von vornherein verstanden, die ihn beraten oder vielleicht gar beeinflußt haben und mit ihm, wenn auch in zweiter Reihe, an der Wiege des allgemeinen Stimmrechts stehen: den ex-tremen Konservativen Hermann Wagener, den ehemaligen Liberalen Lothar Bucher und den sozialistischen Demokraten Lassalle, Männer, die drei verschiedenen politischen Parteien entstammten, aber sich darin glichen, daß sie nicht zu den Buch-stabengläubigen der Doktrin gehörten, nicht an die politischen Worte glaubten, sondern nur die politischen Realitäten sahen. Sie waren spezifisch politische Köpfe mit dem Instinkt für die Macht, und darum verstand sich der Machtpolitiker Bismarck mit ihnen; Lassalle wußte, was er meinte, wenn er in seiner unvermeidlichen Ausdrucksweise zu Wagener sagte, sie beide und Bismarck seien die drei klügsten Menschen in Preußen. Bismarck hat von den Dreien, die alle keine amtliche Stellung besaßen, Bucher schon 1864 in das Auswärtige Amt berufen und Wagener im April 1866, als er das demokratische Par-lament amtlich als preußische Forderung aufgenommen hatte, in das Staatsministerium gezogen.

Aber dieser Machtpolitiker gehört nicht zu denen, die nur einen Weg kennen und auf ihm, es koste was es wolle, durch-zubrechen versuchen. Er hält sich in jedem Unternehmen mehrere Wege offen, er wechselt zwischen Möglichkeiten, die sich vielfach ineinander verschlingen und niemals bis zum letzten Ende festgelegt sind. So erscheint er auch in der Wahl-rechtsfrage als der vorsichtig Wagende, als der er sich selbst in immer neuen Bildern charakterisiert hat, als der Kletterer im Gebirge oder der Jäger im Sumpf, der keinen Schritt vor-wärts tut, ohne die Tragfähigkeit des nächsten Bültens zu erproben. Unerschöpflich in Auswegen und in der schweren Kunst des Abwartens und Entschließens, verfügt der Reichs-gründer über die geschmeidige Beweglichkeit, die Anpassungs-fähigkeit an alle Realitäten, die offene Empfänglichkeit für das fruchtbare Neue, die er neben seiner alles niederbrechenden

Willenskraft nötig hatte. Nichts ist reizvoller, als den noch in der Entwicklung begriffenen, von produktiven Ideen und Kräften überströmenden Kämpfer der sechziger Jahre zu verfolgen, den man gerade in den Kreisen, die Bismarck lieben, allzu gern hinter den unbeweglicher werdenden Staatsmann, womöglich gar hinter den kanonisierten Alten von Friedrichsruh zurückzuschieben liebt. Damals ist er, während Konservative und Liberale unter den alten Feldzeichen: königlicher Absolutismus oder bürgerlicher Parlamentarismus, gegeneinander rücken, der wahrhaft fortschreitende Staatsmann, der die Zeichen der Zeit zu deuten und darum die Zukunft zu bestimmen weiß. So hat er, der würdige Erbe der preußischen Reformer, das Fundament des Staates noch einmal tiefer in die Nation gelegt — er wäre vielleicht in Preußen selbst dazu bereit gewesen, wenn ihn die höhere Aufgabe nicht auf den deutschen Schauplatz gerufen hätte. Er erinnert wohl, in jenen Besprechungen mit Lassalle, an die politischen Idealfiguren, die Disraeli in seinen Romanen „Coningsby" und „Sybil" den wirklichen König und die wirkliche Nation miteinander verbinden läßt, um das „venetianische" Verfassungsideal der Whigs, den Parlamentarismus der Notabeln und ihre Partei- und Klasseninteressen siegreich zu bekämpfen. Auch er erscheint als ein Jung-Tory, frei von jener Unbelehrbarkeit, die für das Denken und das Interesse so bequem ist, sich nicht abschließend gegen das Neue, sondern es aufsuchend, um den Gegner zu überflügeln und dem Ganzen zu dienen. So vermag er, während die unpolitische Menge und ihre Günstlinge an den Namen und den Äußerlichkeiten der politischen Institutionen festhalten, darüber hinwegzuschreiten und neuen Wein in die alten Schläuche zu füllen. Ganz gewiß ist sein Entschluß nur von harter realistischer Machtrechnung ausgelöst worden, aber es ist das Schicksal der großen Staatsmänner in der Geschichte, daß auch ihr politischer Eigennutz, über das unmittelbar Gewollte hinweg, in bleibenden politischen Fortschritt für die Gesamtheit umschlägt.

Allerdings sind die Entwürfe, zu denen uns das Eindringen in die preußische Motivenreihe Bismarcks geführt hat, nur Entwürfe geblieben. Wir können, ohne die Akten zu kennen, nicht

einmal den Grad der Wahrscheinlichkeit bestimmen, der für ihre Verwirklichung bestanden hat. Und wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, daß er den deutschen Plan im entscheidenden Augenblicke doch dem preußischen vorgezogen hat.

Das eine Ergebnis aber bleibt, trotz allem, was hier im Dunkel liegt, bestehen: daß in die stete Auseinandersetzung zwischen Preußen und Deutschland, in der sich der Fortgang unserer nationalstaatlichen Entwicklung vollzieht, auch der Parlamentsgedanke bis zuletzt hineingezogen ist. So gut wie die Lösung der deutschen Frage in dem wagenden Geiste Bismarcks immer auf verschiedenen Wegen möglich blieb und nicht von vornherein auf den einen Weg hinauslief, auf dem er schließlich gelandet ist — ebensosehr waren die Verfassungsumgestaltungen, mit denen er sich trug, auf dem einen oder anderen Wege, in unmittelbarer Fortbildung der preußischen Institutionen oder durch Schaffung von neuen deutschen Institutionen zu verwirklichen. Wenn man sich einmal die Fortentwicklung der deutschen Frage ohne sofortigen Bruch mit Österreich, etwa unter Abfindung der Habsburger für Schleswig-Holstein und vorläufiger Vermeidung des deutschen Krieges von 1866 vorstellt; oder wenn man als denkbares Ergebnis des Krieges etwa die Verwirklichung der großpreußischen Pläne nördlich des Mains ins Auge faßt — in beiden Fällen stößt man auf Möglichkeiten, in deren Verlauf das allgemeine gleiche und direkte Stimmrecht in Preußen kraft königlicher Oktroyierung über das allgemeine Stimmrecht im Deutschen Reiche hätte triumphieren können.

Es ist die Frage, welches der beiden Vorgehen das gewagtere, das radikalere gewesen wäre. Wir haben heute neben der demokratischen Institution des Reichstages ein Abgeordnetenhaus von viel konservativerer Struktur. Bismarck würde also das, was heute als das „preußische Gegengewicht" bezeichnet wird, zerstört haben, und er würde es unbedenklich getan haben, weil er in der damaligen Situation keineswegs ein konservatives Gegengewicht vor sich sah; erst die Wahlen vom Juli 1866 mochten ihn darüber belehren, daß auch die Ergebnisse des Dreiklassenwahlrechts wandlungsfähig waren. Insofern erscheint zunächst eine „großpreußische"

Lösung als die radikalere. Und wenn den preußischen Konservativen von heute schon die bloße Vorstellung einen heilsamen Schrecken einjagen sollte, daß Bismarck und Roon tatsächlich die völlige Demokratisierung des preußischen Wahlrechts erwogen haben — so mögen sie sich damit trösten, daß allein das allgemeine Wahlrecht in Deutschland, das Überflügeltwerden der preußischen durch die deutsche Frage, sie davor bewahrt hat. Anderseits haben wir heute im Deutschen Reiche das allgemeine Wahlrecht innerhalb des Einkammersystems verwirklicht, während seine Einführung in Preußen innerhalb des Zweikammersystems, unter Beibehaltung des Herrenhauses, geschehen sein würde.

Legen wir uns die so häufig erörterte Frage vor, ob der Machtpolitiker Bismarck sich nicht überhaupt getäuscht hat mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, so müssen wir immer davon ausgehen, daß er hinsichtlich der Anwendbarkeit und der politischen Konsequenzen dieses Mittels wesentlich von preußischen Erfahrungen bestimmt war. Er glaubte, die sozialen Abhängigkeiten, auf die er spekulierte, durch die Versagung der Diäten, durch den rein ehrenamtlichen Charakter der parlamentarischen Funktion noch zu schärfen, und hielt Zeit seines Lebens an diesem Standpunkt fest: in Wahrheit aber hat das Reicherwerden unseres Volkes und der Ausbau der großen Parteiorganisationen dieses Hindernis schon lange vor der Einführung der Diäten unwirksam gemacht. Wenn Bismarck weiter mit der Leitung der ländlichen Massen durch den großen Besitz als dem Ausgangspunkt seines Entschlusses rechnete, so wurde in diese Rechnung ein Loch gemacht durch die Einführung auch des g e h e i m e n Wahlrechts durch den konstituierenden Norddeutschen Reichstag von 1867; aber man kann nicht sagen, daß wenigstens bis heute das Ergebnis wesentlich dadurch geändert worden sei. Mit der Möglichkeit einer demokratischen Arbeiterpartei und dem Anfall eines Teils der städtischen Mandate an sie hatte Bismarck gerechnet, aber er sah weder voraus, daß diese Arbeitermassen so stark wachsen würden, noch daß sie — nach dem Tode Lassalles! — allmählich von der Internationale erobert werden würden.

Am wenigsten aber hatte sich Bismarck auf die Möglichkeit einer großen ultramontanen Parteibildung auf der Basis des demokratischen Wahlrechts eingerichtet. Und wiederum geben seine preußischen Erfahrungen aus den Jahren 1862—66 uns den Schlüssel zu dieser Selbsttäuschung. Denn während des Konflikts war die Haltung der katholischen Fraktion eher regierungsfreundlich, den Liberalen entgegengesetzt, die Haltung der katholischen Massen absolut indifferent. Jene geringen Prozentsätze der Wahlbeteiligung in der dritten Klasse der Urwähler stammen aus den katholischen Bezirken Rheinlands und Westfalens — man kann fast von einer loyalen Unbeweglichkeit des katholischen Klerus und der von ihm bestimmten Massen reden. So kam es, daß Bismarck auch zu dem katholischen Klerus ein relatives Vertrauen hatte. Denn er ging wiederum von Preußen und dem preußischen Klerus aus; es ist hier ein Punkt, an dem die Anwendung des Wahlrechts auf Preußen unbedenklicher gewesen wäre. Erst die Anwendung auf Deutschland (schon 1868 warnten die Bayern!) hat die Dinge zuungunsten seiner Rechnung verschoben; und wenn die Unveränderlichkeit der Einteilung der Reichstagswahlkreise das Anwachsen der Sozialdemokratie nicht mehr annähernd zum Ausdruck bringt, so ist vor allem dem Zentrum dieser Zustand unserer Wahlverfassung über Gebühr zugute gekommen.

VIII.

Es würde unberechtigt sein, aus den Erwägungen Bismarcks in den Jahren 1863 bis 1865 eine unmittelbare Nutzanwendung auf den gegenwärtigen Stand der preußischen Wahlreform abzuleiten und etwa mit seinen Motiven von damals unmittelbar zu Felde zu ziehen. In mehrfacher Hinsicht haben sich die Dinge verschoben. Die Verbindung Preußens mit dem Deutschen Reiche, die soziale und politische Umbildung der Gesellschaft, die Erfahrungen mit dem allgemeinen Wahlrecht haben uns ganz neue politische Probleme und neue politische Gefahren gezeitigt. Wenn man sieht, wie auf Grund des allgemeinen Wahlrechts im Reichstage einmal die abhängige Privatbeamtenschaft der großen Interessenorganisationen an Boden gewinnt (der Direktoren, Generalsekretäre,

Abteilungsvorsitzenden des Bundes der Landwirte, des Zentralverbandes der Industriellen, des Hansabundes, der Gewerkschaften bis hinab zu den Standesvereinigungen bestimmter Beamtengruppen), sodann auf der anderen Seite die abhängige Bureaukratie der Parteimaschinen (besonders der Parteisekretäre, Redakteure, Kassierer der Sozialdemokratie), und schließlich eine Anzahl von Abgeordneten, deren scheinbare Unabhängigkeit durch eine ängstliche Diagonale zwischen diesen beiden Gewalten bestimmt ist, so wird man über die Wirksamkeit des „Zauberrezeptes" auch skeptischer denken, vielleicht bedauern, daß der Reichstag der Notabeln immer mehr durch einen Reichstag der Bosse abgelöst wird. Beobachtet man weiter, wie in England die Tories die repräsentative Idee des Parlamentarismus bereits aufzugeben beginnen und mit dem Vorschlag des Referendums, dessen Wirkung ihre vorausblickenden Köpfe an dem Schweizer Vorbild studiert haben, schon in die Sphäre der unmittelbaren Volksherrschaft hineingreifen, so mag man sich überhaupt fragen, ob die repräsentative Idee im Parlamentarismus von heute nicht schon an einem Wendepunkte angelangt ist.

Aber diese Sorgen kommen für die bevorstehende preußische Reform noch nicht in Betracht. Was man für sie aus den Bismarckschen Ideen von 1863—65 lernen kann, ist einmal, daß die Institution des in Preußen geltenden Wahlrechts an sich nicht die Ehrfurcht verdient, mit der die Interessierten den Glauben daran aufrechterhalten, und zweitens, daß die politischen Institutionen überhaupt flüssige Gebilde sind, deren Elastizität und Lebenskraft nur durch rechtzeitige Fortbildung erhalten wird. Beobachtet man freilich die bisherige Ängstlichkeit der Regierung und die Reformunfähigkeit der auf ihren kleinlichsten Fraktionsvorteil bedachten Parteien auf der einen Seite, die immer mehr wachsende Spannung zwischen dem Charakter dieser Landesvertretung und der sozialen Struktur des Landes wie der Gesamtentwicklung des Reiches auf der anderen Seite, so wird man auch in unseren Tagen nach der überlegenen Einsicht und Willenskraft des Staatsmannes sich sehnen, der wiederum die Zeichen der Zeit zu deuten und die Zukunft, zum Wohle des Ganzen, zu bestimmen weiß.

Zu Bismarck und Lassalle

Ein Schlußwort.

Politische Parteien pflegen ein kurzes Gedächtnis zu besitzen. Sie wollen es nicht Wort haben, daß sie über wichtige Fragen zu anderen Zeiten anders gedacht haben. Sie legen Wert darauf, und nirgends mehr als in Deutschland, immer dieselben, immer konsequent gewesen zu sein, und sie fürchten den Historiker, der den Gegenbeweis führt und ihnen zeigt, daß sie nicht erstarrte Petrefakte, sondern lebendige und entwicklungsfähige organische Gebilde sind. Am ungernsten hören sie es, daß die Männer, in denen sie „ihre" großen Männer mit Recht oder Unrecht erblicken, in ihrer ganzen Lebensbedeutung nichts mit ihrer Parteikodifikation gemein haben, daß auch sie einst auf Altären geopfert, die heute verödet daliegen, und Götzen verbrannt haben, die sich heute wiederum der Parteianbetung erfreuen. Der Historiker hat die Pflicht, gerade die lebendigen und schöpferischen Individualitäten der Vergangenheit zu retten vor einer Auffassung, die sie in verknöcherter und lebloser Gestalt überliefern möchte. Solche Arbeit im Dienste der historischen Wahrheit ist zugleich auch politische Arbeit. Sie trägt dazu bei, die zur Erstarrung neigenden politischen Parteien in Atem zu erhalten und damit innerlich zu beleben.

So konnte es mich nicht wundernehmen, daß mein in den Preußischen Jahrbüchern erschienener Aufsatz „Bismarck, Lassalle und die Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen während des Verfassungskonflikts", der in der Presse eine sehr ausgedehnte Besprechung fand, an einzelnen Stellen auf Widerspruch, ja auf jene Empörung stieß, die sich in ihrem Höchsten, im Parteidogma, getroffen fühlt. Auf den ersten Anblick mußte es ja vor allem die konservativen Zeitungen vor den Kopf stoßen, Bismarck und Lassalle wenigstens für einige Monate mit der Frage der Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen eifrig miteinander beschäftigt zu sehen.

Freilich, für den Geschichtskenner hat die Verbindung solcher Faktoren, der Autorität der Krone auf der einen und des demokratischen Wahlrechts auf der anderen Seite, keineswegs etwas Unbegreifliches. Datiert sie doch von den Anfängen des konstitutionellen Systems in Europa. Gleich nach dem Erlaß der französischen Charte von 1815 griffen die Ultraroyalisten zu dem Gedanken des Massenwahlrechts. Während König Ludwig XVIII. und die liberale Minorität der Kammer den Zensus von 300 Frs., auf Grund dessen damals weniger als 100 000 Wähler berechnet wurden, beibehalten wollten, schlugen die Ultras für die Kantonswähler eine Herabsetzung des Zensus auf 50 Frs., d. h. eine Ausdehnung des Wahlrechts auf beinahe 2 Millionen, vor. Ihr Führer, Graf Villèle, meinte, man müsse „möglichst tief herabsteigen", um den Einfluß der Mittelklasse, den er als „revolutionär in allen Staaten" ansah, zu brechen. Er rechnete — ganz ähnlich wie Bismarck 1863/64 — auf das Landvolk in den Departements des Südens und Westens als sichere Bundesgenossen und auf seine Führung durch den Landadel. Nur darum wollte er — ganz ähnlich wie Bismarck 1863/64 — die demokratische Überbietung wagen. Sehr früh hat dieser Gedankengang auch den preußischen Konservativen eingeleuchtet. Auf dem zweiten Vereinigten Landtag vom April 1848 erklärte Herr von Thadden-Trieglaff, da der Widerspruch gegen jedes neue Wahlgesetz doch aussichtslos sei, wolle er wenigstens „den Modifikationen beistimmen, die der dienenden und arbeitenden Klasse zu ihrem Recht verhelfen"; er trug sogar kein Bedenken, „besonders auch dem beizutreten, was unserer Armee das vollste Stimmrecht gewährt." Und daß Hermann Wagener im Laufe der sechziger Jahre sich immer entschiedener zum allgemeinen Wahlrecht bekehrte, ist längst bekannt und auch von mir ausgeführt worden.

Trotzdem ist es ausgerechnet das Organ der Thadden und Wagener, die Kreuzzeitung, gewesen, die in einem zornmütigen Artikel vom 2. November 1911 die historische Richtigkeit meiner These bestritt, ja sie in Grund und Boden zu stampfen suchte: es sei eine „Schauermär", die Beweise ganz kümmerlich, gestützt auf apokryphe Zeitungsartikel, die Untersuchungs-

methode verschmähe auch nicht das kleinste, entfernteſt liegende, an Klatsch und Hintertreppengeschwätz grenzende Argument. Ich habe diesen Zornausbruch nicht sehr tragisch genommen, da er allzu ersichtlich aus politischen Wurzeln stammte — auch das einzige Gegenargument, eine in der Sozialistengesetz-debatte des Jahres 1878 abgegebene Erklärung Bismarcks, er sei auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyierung einzuführen, in seinem Leben nicht gekommen, gehört in die Reihe der Dementis, die man nicht unter dem Gesichtspunkt der historischen Exaktheit, sondern des politischen Nutzeffekts werten darf. Bismarck hat erwiesene Tatsachen abzuleugnen gelegentlich für politisch geboten erachtet: hier aber handelte es sich nur um einen nicht einmal zur Tat gewordenen politischen Gedanken, den er erwogen, aber, als er ihn nicht mehr brauchte, wieder zurück-gestellt hat, und zu dem er nach 14 Jahren, in der Epoche des Sozialistengesetzes, keinen Anlaß empfand, sich zu bekennen. Die Richtigkeit meiner These — ich freue mich, daß noch neuer-dings ein konservativer Politiker, der gerade in Wahlrechts-fragen kompetente Historiker Georg v. Below in Freiburg, sie unumwunden anerkannt hat — hat in einem soeben bekannt gewordenen Briefe eine Bestätigung gefunden, die zugleich eine Ergänzung darbietet.

Am 24. März 1864 schrieb Lassalle an den ihm vertrauten Sozialisten Moses Heß, die preußische Regierung sei wieder sehr sicher geworden infolge der kriegerischen Erfolge, es sei wahrscheinlich, daß im Herbst die Fortschrittskammer von neuem einberufen werde, „was ohne die Schleswig-Holstein-Geschichte eine Unmöglichkeit war.“ „Ich weiß von guter Hand, daß die Regierung schon zur Oktroyierung des allgemeinen und direkten Wahlrechts entschlossen war, um es ein-mal auch auf diese Weise zu versuchen. Seit 6 Wochen dagegen denkt man, daß man dies nicht nötig hätte, daß man die Fortschrittlichen im Winter wieder zusammenberufen könne und diese dann hinreichend geknickt sein würden, um nachzu-geben.“ Die Ergänzung unserer bisherigen Kenntnisse liegt darin, daß wir jetzt mit chronologischer Sicherheit erfahren, wann die Fäden der seit Ende Oktober 1863 schwebenden und noch

im Januar 1864 eifrig gepflogenen Verhandlung wieder zerrissen worden sind. Sechs Wochen zurückgerechnet, das heißt: etwa seit dem 10. Februar 1864 hatte Lassalle das Gefühl, daß der Wind umgeschlagen sei und das bisher erreichte Einverständnis ein vorläufiges Ende gefunden habe. Es war der Krieg — am 1. Februar hatten Preußen und Österreicher die Grenze überschritten —, der dazwischen trat. Darüber war sich Lassalle völlig im klaren: „so hat uns der Krieg vorläufig", fuhr er in jenem Briefe an Heß fort, „wie ich gleich in den Knochen fühlte und in meiner Schleswig-Holsteinischen Resolution ausdrückte, großen Schaden getan." Auch alle anderen Aussagen bestätigen das Datum des Umschwunges. Schon am 15. Februar schrieb Lassalle, der soeben den „Bastiat-Schulze" vollendet hatte, enttäuscht, er treibe ein „métier de dupe", aber er wolle es nicht fallen lassen, solange „noch irgendein Hoffnungsflämmchen am Horizont" zu sehen sei. In den nächsten Tagen sandte er seine Schrift mit dem flammenden Appell, von dem sein sanguinisches Temperament sich das Äußerste versprach, an den Minister und — erhielt keine direkte Antwort, sondern nur ein Billett des Herrn v. Keudell. Vergeblich beschwerte er sich über die Form. Die Erzählung des Hergangs, wie Keudell ihn uns überliefert, findet jetzt erst ihre volle Erklärung. Es handelt sich nicht um einen Formfehler der einen Seite, oder um eine überhebliche Empfindlichkeit (wie es bei Keudell aussieht) auf der anderen Seite. Bismarck veränderte vielmehr bewußt die bisherige Form des Verkehrs, er nahm das Eisen, das er mit Lassalle hatte schmieden wollen, aus dem Feuer, weil er ein anderes hineingeschoben hatte. So ließ er auch die persönliche Beziehung zu Boden fallen. Alle Hoffnungen des enttäuschten Lassalle waren fortan an den sehnsüchtig erwarteten Ausgang des Krieges geknüpft. Alle seine Schritte in seinen letzten Monaten, vom März bis August 1864, sind auf die eine Möglichkeit eingestellt, wie er den Minister trotz des Krieges wieder vorwärts drängen könne. Das politische Element war immer das beherrschende in seiner Natur gewesen: in diesen letzten Monaten war er nur Politiker, ja nur Taktiker.

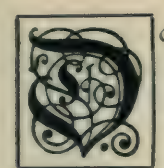
8.

Bennigsen

und die Epochen des parlamentarischen Liberalismus in Deutschland und Preußen

Vortrag
gehalten auf dem Deutschen Historikertage in Straßburg,
18. September 1909





as Problem des Liberalismus liegt in Deutschland völlig anders als in den führenden Staaten Westeuropas. Der Liberalismus hat bei uns zu keiner Zeit regiert, in keiner staatlich-gesellschaftlichen Ordnung sich völlig ausleben können, er hat keiner Periode unserer Geschichte bleibend seinen Stempel aufgedrückt. Selbst damals nicht, als die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen, die ihn in Westeuropa emporgetragen hatten, auch bei uns das öffentliche Leben beherrschten. Der Grund hierzu liegt auf der Hand: als er emporkam, fand der Liberalismus bei uns nicht den Nationalstaat und die politischen Organe vor, in die er seine Tendenzen hätte ergießen können, er mußte diesen Nationalstaat erst schaffen oder vielmehr, da er es nicht allein vermochte, ihn schaffen helfen. Er mußte in ein Bündnis mit einer nationalen Bewegung treten, die er mit seinem Geiste innigst durchtränkte, er war von vornherein auf die Mitwirkung des preußischen Staates angewiesen. In den Jahren 1848—1849 ist er in diesem Bemühen, sich selbst und ein neues deutsches Reich mit denselben Waffen durchzusetzen, zum ersten Male gescheitert. Als nachher von anderen Kräften der Nationalstaat geschaffen war, mußte der Liberalismus aus den Händen des Siegers seinen Anteil an dem Neuen entgegennehmen und sich die Grenze seiner Mitwirkung bestimmen lassen; nur mit gebrochenem Lichte, in mannigfacher Abwandlung und trotz alledem bedeutsam nachwirkend, konnte sein Geist in das neue Reich einziehen.

Nicht von der ersten Periode, dem ideenbildenden und vorbereitenden Liberalismus, gedenke ich zu sprechen, dessen Wollen hin und her schwankt zwischen der engen Wirklichkeit kleinstaatlicher Landtagsstuben und den glänzenden Träumen eines künftigen großen Nationalstaates; der auf das tiefste erfüllt ist von dem heißen Einheitsdrange unserer Nation und zugleich getragen von jenen fremden Auffassungen über Staat, Gesellschaft und Individuum, die in Westeuropa erwachsen waren; der hinüberführt von dem klassischen Zeitalter deutscher Dichter und Denker zu dem modernen

industriell-kapitalistischen Deutschland der Gegenwart, wie noch jüngst Joseph Hansen in seinem Buche über Mevissen an einem vorbildlichen Typus uns gezeigt hat.

Ich wende mich zu der zweiten Generation, die den Nationalstaat nicht nur herbeisehnte, sondern auch erlebte, die in das von Bismarck geschaffene Reich in parlamentarischer Tätigkeit ein gewisses Maß ihrer Überzeugungen überzuführen unternahm und eine Brücke von den Staats- und Gesellschaftsidealen, von denen sie herkam, zu dem historischen Staate, der das Reich schuf, zu schlagen versuchte. Es sind die Erben der Erbkaiserlichen in Nationalverein und Nationalliberalismus. Mitten in diese zweite Generation stelle ich als typischen Vertreter einen Mann, der sie nicht unbedingt beherrscht — in dem Sinne Emersons hat sie vielleicht keinen representative man aufzuweisen —, der aber, nach der Tiefe seiner Überzeugungen und Fähigkeiten, nach dem Umfange seines Wirkens und der charakteristischen Abwandlung seiner Eigenart, kurzum nach seiner ganzen Persönlichkeit, diese Stellung mehr als jeder andere verdient: Rudolf von Bennigsen.[1])

Parteigeschichtliche Stoffe des letzten Menschenalters waren allzulange ausschließlich parteipolitischer Behandlung vorbehalten. Aber der Historiker hat die Pflicht, was ihm aus dem bunten und reichen Flusse jüngster Vergangenheit zuwächst und seinem Erkenntnisstreben zugänglich wird, auch mit seinen Mitteln und Zielen zu erfassen, in der getrosten Zuversicht, daß ihm gleichzeitig ein höheres Maß innerer Freiheit und Unbefangenheit damit zuwachse; daß er wagen darf, was die Parteien selbst nicht tun wollen oder können. Wohl sind auch die Parteien mit dem Bilde ihrer Vergangenheit beschäftigt, konservieren es achtungsvoll oder halten es durch fleißige Übermalung frisch; aber da sie vor allem ihre historische Kontinuität gläubigen Anhängern beweisen wollen, scheuen sie nichts mehr als den Begriff der Entwicklung und das Zugeständnis des Relativen; sie lieben, statt der historischen, nur die dogmatische Betrachtung ihrer Vergangenheit und stellen neben ihre Parteikatechismen auch

[1]) Vergl. meine zweibändige Biographie: Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt 1910.

Parteikirchengeschichten und -heiligenlegenden, mit allem Zubehör politischer Orthodoxie, Ketzern und Zeugen der Wahrheit; alle aber wollen sie unveränderlich erscheinen, obgleich sie sich immerfort wandeln, und unfehlbar, obgleich sie immer wieder irren, und täuschen halb unbewußt sich und den Ihrigen vor, daß sie das Ganze seien, während sie nur Teile eines Körpers sind, denen man mit Bismarck das Wort Koriolans zurufen möchte: Get you home, you fragments! Um so eher darf der Historiker auf das Meer dieser Relativitäten hinausfahren, wenn er sich nur bewußt bleibt, daß er nicht der Forderung des Tages zu dienen hat — auch ich will mich ihrer streng enthalten —, sondern nur zu begreifen, wie es seines Amtes ist.

Mitten zwischen der ideologischen und der praktisch-parlamentarischen Periode des deutschen Liberalismus steht die Zeit des Nationalvereins, in allem, in den Personen, in den Mitteln und Zielen, eine Übergangsepoche. Auch das Programm des Nationalvereins: preußische Hegemonie und deutsches Parlament, rechnet, wie das der Erbkaiserlichen, von vornherein mit dem preußischen Staat: nur im Bündnis mit dieser Macht völlig anderen Wesens und Ursprungs emporzukommen, ist immer wieder das Schicksal des deutschen Liberalismus gewesen. Auch im Frankfurter Parlament waren die Erbkaiserlichen, wie Lenz einmal gezeigt hat, keineswegs die Doktrinäre in der deutschen Frage gewesen, obgleich sie aus ihrer professoralen oder juristischen Vorbildung genug privaten Doktrinarismus in ihre Beschäftigung mit der Politik übernahmen. Der eigentliche Doktrinarismus lebte in den republikanischen Träumen der Linken und in den direktorialen Verlegenheitsplänen der Großdeutschen — sie selbst aber waren Opportunisten, die mit dem historisch Gegebenen und mit dem politisch Möglichen rechneten. Freilich war ihr Plan nur lebensfähig, wenn die Woge ihn trug und der preußische Staat mitging; wenn er sich ihnen versagte, wie Friedrich Wilhelm IV. im April 1849 es tat, war alles nur eine Seifenblase, die in der blauen Luft verflatterte. Oder doch noch mehr: ein Phaetonsturz, der aus dem Gedächtnis der Menschen nicht wieder schwand, sondern unendliche Sehnsucht hinterließ.

Mit besserer Aussicht aber auf Erfolg nahm im Herbst 1859 der Nationalverein die Frankfurter Politik wieder auf, seitdem in Preußen mit der neuen Ära und ihrem Programm der moralischen Eroberungen ein anderer Wind wehte. Von seiner Begründung an war er nichts als eine deutsche Rückwirkung auf die in Preußen entfachten Hoffnungen; in dieser Erwartung und mit leiser Fühlung nach Berlin trat der Liberalismus in seine neue Epoche ein. Am 12. September 1859 schrieb v. Unruh an Bismarck: „Wie auch bei mir und meinen Freunden die nationale Frage ganz im Vordergrunde steht, jeden Hintergedanken ausschließt, können Sie daraus entnehmen, daß wir, auch Herr v. Bennigsen, uns aufrichtig freuen werden, wenn Ihre Ernennung zum Minister des Auswärtigen erfolgte. Preußen bedarf jetzt mehr als je einer klaren, festen und kühnen Politik. Die kühnste ist die verhältnismäßig gefahrloseste." Also selbst dem reaktionären Junker wollte man sich anvertrauen, weil er eine starke Hand hatte, weil man ihm zutraute, er möchte ein deutscher Cavour werden. Aber man wollte, durch das Scheitern der Erbkaiserlichen belehrt, ihrem Beispiel nicht ohne weiteres folgen. Vor allem ließ man den allzu doktrinär gefärbten Unitarismus fallen und ersetzte ihn durch ein bundesstaatliches Ideal; der Führer der hannoverschen Liberalen hätte ohne eine solche Umbildung des früheren Endzieles niemals an die Spitze der Agitation treten können. Anders als die Erbkaiserlichen, die Offiziere ohne Soldaten gewesen waren, wollten die Bennigsen und Schulze-Delitzsch eine starke Nationalpartei gründen und nach dem Vorbild der italienischen Società nazionale die breiten Massen organisieren; man war überhaupt ein Stück nach links gerückt, der taktische Zweck der Nationalpolitik hatte die alten Parteigruppen der Konstitutionellen und Demokraten in sich vereinigt; nicht auf gut Glück wieder, wie die Gothaer, wollte man eine Kaiserkrone in Berlin anbieten, sondern nur auf Bedingungen hin, auf ein freiheitliches Programm, es wagen. Einheit und Freiheit, so lautete das Losungswort, sollten zusammen für die Deutschen erkämpft werden; mit dieser von vornherein doppelpoligen Taktik wollte man auf die kleinen Fürsten drücken, den Großen aber locken

und fortreißen und die Massen in hinreißender Propaganda unter einem unwiderstehlichen Schlachtruf sammeln. So ging man vorwärts im Bunde mit einer Bewegung, die auch wirtschaftliche Befreiung und wirtschaftliche Einheit auf ihre Fahnen geschrieben hatte und auf den volkswirtschaftlichen Kongressen, in zahlreichen lauten Festen das wachsende Selbstgefühl eines aufstrebenden Bürgertums verkörperte.

Niemals floß der Strom einer nationalen und freiheitlichen Bewegung breiter. Mit ihm ging eine junge Fürstengeneration: der Koburger, der Badener, der preußische Kronprinz; mit ihm gingen Politiker und Enthusiasten, die nach der Enttäuschung von 1848 wieder das Haupt erhoben, von dem Utopischen und Ziellosen hinweggerichtet auf das Mögliche; mit ihm ging mancher kleine Mann, der in diesem Anteil an den Geschicken der Nation sein höheres Selbst wiederfand. Kein anderer als der niedersächsische Dichter Wilhelm Raabe hat in seinem kaum gelesenen Roman „Gutmanns Reisen", der auf der Koburger Tagung des Nationalvereins im Jahre 1860 spielt, diese Mischung von politischem Wollen und lauter Schwärmerei mit wundervollem Humor dargestellt.

Und in einem anderen Niedersachsen, in dem Präsidenten des Nationalvereins von 1859 bis 1867, dem Hannoveraner Rudolf v. Bennigsen, sind die vielfachen Bestandteile dieser Bewegung am besten zusammenzufassen, die Verbindung des Realpolitischen, des Agitatorischen, das die Massen aufwühlte, und des Diplomatischen, das die Fühlung mit Preußen suchte. Der Sohn einer exklusiven mittelstaatlichen Junkerkaste, Abkömmling eines alten Geschlechtes, das schon im 13. Jahrhundert den Namen der Scholle trug, auf der es im Herzen altwelfischer Lande saß, und zugleich ein Idealist des deutschen liberalen Nationalstaats der Zukunft: so trat dieser hannoversche Edelmann, der schon 1848 wie Chlodwig Hohenlohe in den auswärtigen Dienst des Frankfurter Parlamentsreiches hatte treten wollen, mit 35 Jahren an die Spitze einer demokratischen Bewegung, die das Ziel der Frankfurter wieder aufnahm. Kein Volksmann, sondern ein gemessener Hannoveraner, aber ein Politiker

von äußeren und inneren Führerqualitäten, die selbst den an Geisteskraft und Willensenergie Stärkeren manchmal versagt sind, Fähigkeiten des Regierens, wie die Rasse sie hervorbringt und vererbt: in der Sicherheit des Auftretens und dem Maße der Formen, in der Zuverlässigkeit und der Selbstbeherrschung, in der Summe seines diplomatischen Könnens, vor allem in seinem Sinne für das Erreichbare, für die Realitäten der politischen Welt. Er war ein Politiker, der zusammenzuhalten und zu vermitteln verstand und daher jahrzehntelang der Bucer des deutschen Liberalismus werden konnte; dieser aber brauchte ihn, um das deutsche Erbübel des individualistischen Meinens zu überwinden. Ja, dieser Führer einer Kampfpartei schien mit seinem politischen Temperament manchmal allzusehr über den Dingen zu stehen und auch die Motive der Gegner zu würdigen; jener objektive historische Zug, der ihn über die Routine erhebt, mochte ihm die Energie des Handelns zuweilen schwächen. Hätte doch solche historische Neigung ihn in seiner Jugend beinahe zur Wissenschaft geführt; ja, noch mit 75 Jahren saß er, wie einst als junger Bursch, ein Semester lang zu den Füßen der Göttinger Professoren, und noch im hohen Alter nahm er den Homer und das Neue Testament auf die Höhen der Gletscherwelt mit hinauf. Allein der große schöpferische Zorn des Handelnden, der nur sich und seinen Weg sieht, war dieser vornehmen niedersächsischen Natur nicht gegeben.

An der Spitze des Nationalvereins sollten seine Fähigkeiten schließlich doch verpuffen. Denn das Nationalvereinsprogramm zerbrach, sobald in Preußen seit dem Jahre 1862 der Konflikt ausbrach. Sobald die Liberalen in dem preußischen Staate das Ganze ihrer konstitutionellen Überzeugungen durchzudrücken versuchten, um ihn für seinen deutschen Beruf reif zu machen, trat ihnen dieses altpreußische Staatswesen, in Bismarck verkörpert, in seiner schroffsten und ursprünglichsten Art entgegen; aus dem Scheinkonstitutionalismus wurde ein verfassungswidriges Regiment und zuletzt ein unseliges Zerwürfnis, dessen Spuren so schwer wieder zu verwischen sein sollten. An der Stelle aber, an der man einen deutschen Cavour sich erträumt hatte, schien ein preußischer

Polignac sein Wesen zu treiben. Und so fühlten, schwerer noch als die Preußen selbst, die Nationalen draußen in Deutschland sich getroffen, alle, die an Preußens moralische Eroberungen geglaubt hatten und nun den Boden verwüstet sahen, den sie so hingebend bestellten. Sie gerieten in immer unhaltbarere Situationen und trieben in eine Politik, die der Tendenz ihrer Gründung völlig widersprach; aus den enttäuschten Patrioten wurden die bittersten Feinde Bismarcks, der ebenso gewaltsam zurückschoß. Nie erscheint sein Werk größer, als wenn man es in diesen Jahren mit den Augen derjenigen ansieht, die das Reich herbeisehnten, aber den einzigen, der es bringen konnte, um jeden Preis stürzen wollten.

Auf das höchste stieg die innere Zersetzung der Liberalen und der Nationalpartei, als Bismarck, auf dem Boden des Konflikts oder vielmehr hinter der Kulisse des Konflikts, seine große auswärtige Politik begann. Wie wurden die preußischen Liberalen in ihrem Bestande erschüttert, als der Vielgehaßte den Staat nach Düppel führte und Schleswig-Holstein gewann! Für Bennigsen freilich wie für viele andere schlossen die verschiedenen in dem Einzelfalle Schleswig-Holstein möglichen Lösungen — preußische Annexion oder Errichtung eines in seiner Souveränität mehr oder weniger beschränkten Bundesstaates — zugleich für ganz Deutschland die prinzipielle Entscheidung über die künftige Staatsform — Großpreußen, unitarisches Reich oder konstitutioneller Bundesstaat — in vorbildlicher Weise in sich. So sah sich der Anhänger des konstitutionellen Bundesstaats noch tiefer in die Opposition hineingetrieben. Jeder Schritt Bismarcks machte die Politik des Nationalvereins innerlich unmöglicher. Nachdem man lange den Sturz des Ministers als die einzige Rettung verkündet hatte, sah auch Bennigsen sich Anfang 1866 zu der Alternative gedrängt: wir müssen ihn mit Entschiedenheit unterstützen oder bekämpfen.

Da warf Bismarck, kurz vor dem Ausbruch des Deutschen Krieges, die alte Forderung der Liberalen: Parlament und allgemeines Stimmrecht, in die Wagschale; was eine Kriegserklärung gegen Österreich war, sollte zugleich ein Spreng-

mittel für die erschütterten Reihen der Opposition sein. Wie gern hätte er den Bürgerkrieg mit dem feurigen Chorus einer nationalen Bewegung durchgefochten! Aber dieser Plan, in einer Begegnung zwischen Bismarck und Bennigsen im Mai 1866 besprochen, mußte mißlingen. Eine von Ideen sich nährende politische Partei konnte — ohne völliges Einlenken Bismarcks in der inneren Politik — nimmermehr wagen, was das verschlagene Spiel eines Einzelnen auf sich nahm; die Mittelstaatler aber, Bennigsen voran, durften nichts als Neutralität versprechen. Als vollends Bismarck in der Stunde des Ausbruchs des Krieges in revolutionärem Stile Bennigsens Mitwirkung für Hannover forderte, wies dieser ihn ab, keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß ein Hannoveraner nicht so handeln konnte wie Klapka oder frühere bourbonische Minister in dem unterwühlten Italien. So besaß die doppelpolige Taktik des Nationalvereins kein Programm mehr, als statt der Revolution von unten, mit der man die kleinen Machthaber geängstigt hatte, die Revolution von oben kam.

War Bismarck das Schicksal der Liberalen gewesen, solange er mit ihnen kämpfte, so wurde er es vollends, als sein Sieg ihn mit den alten Gegnern zusammenführte. Sein Sieg brachte sofort zustande, was er im Frühjahr noch vergeblich erstrebt hatte: die Spaltung der Liberalen. Zunächst in Preußen selbst. Sobald er, den Konservativen zum Trotz, das Indemnitätsgesetz einbrachte, das er schon gleich nach Königgrätz, als Napoleon drohte, den Bennigsen und Miquel als deutsche Konzession versprochen hatte, trennten sich die Liberalen des preußischen Abgeordnetenhauses. Sowohl in der Fortschrittspartei als in dem linken Zentrum konnte eine große Anzahl den Konflikt nicht sobald überwinden; aber aus beiden Fraktionen sonderte sich eine Gruppe ab, die auf den Boden des Neuen trat und, ob mehr aus nationalen oder aus wirtschaftlichen Motiven, vor allem aber aus realpolitischem Instinkte die Indemnität bewilligte und damit eine neue parlamentarische Ära in Preußen eröffnete. Die hier beginnende Spaltung griff sofort auf die neupreußischen und

kleinstaatlichen Liberalen über. Noch schwankten die Grenzen der Fraktionen, und als Bennigsen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes abreiste, suchten ihn gleichzeitig Schulze-Delitzsch, sein alter fortschrittlicher Genosse aus dem Nationalverein, und Twesten, der Führer der neuen nationalen Fraktion, für sich zu gewinnen. Aber die Hannoveraner hatten im Grunde schon gewählt, wie sie wählen mußten. Kurz zuvor schrieb Bennigsen an Rochau: „Mehr kann die Nation zurzeit nicht verlangen, die doch an der heilsamen Krisis dieses Jahres ziemlich unschuldig ist und vorerst keinen begründeten Anspruch erheben kann, von der preußischen Krone und dem deutschen Richelieu den Parlamentarismus und den ganzen Komplex von Freiheiten in Gnaden verliehen zu erhalten.“ So trieb ihn seine realistische Veranlagung, als er endlich in die große Wirklichkeit eines nationalen Staatslebens hinübertrat, sich in positiver Weise an dessen Ausbau zu beteiligen. War doch die Stellung der hannoverischen Liberalen von vornherein unter den Opportunisten; frei von der verbitternden Erinnerung an die Konfliktszeit, sahen sie ihre alten konservativen Gegner in der Provinz geschlossen im Lager des welfischen Protestes, und sich selber an die Seite der Regierung gedrängt; obendrein vertraten sie eine Provinz, die zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Extremen deutschen Lebens eine Vermittlung darstellte und auch die in ihr wurzelnden Politiker auf die mittlere Linie wies.

So sollte der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes von 1867 die Spaltung der Liberalen vollenden. Während der alte Fortschritt den Verfassungsentwurf Bismarcks en bloc ablehnte, weil er der liberalen Doktrin nicht genügte, beschloß die neue nationalliberale Fraktion, ihn als Grundlage der Beratung anzunehmen, alle aber irgend erreichbaren Garantien für die freiheitliche Entwicklung der Nation in ihm durchzusetzen. Unter dem Zeichen dieser Taktik bildete sich im Eingang unserer neueren Parlamentsgeschichte die neue Partei, noch ohne Programm, überhaupt mehr politische Aktionspartei von vornherein als eine Programmpartei alten Stils, nur zusammengehalten durch eine programmatische Ansprache Bennigsens, die den neuen Weg

bestimmte. Wohl war ihre Zusammensetzung nach Herkunft und Tendenzen keineswegs einheitlich. Die Biegsamkeit der Taktik schloß mehrere Möglichkeiten in sich. „Unsere Fraktion," so schrieb Gustav Freytag, der in sie eintrat, an Herzog Ernst von Koburg am 15. März 1867, „hat ihre Rechte und ihre Linke; die erstere besteht aus den neuannektierten Abgeordneten (Braun, Miquel), die Linke aus den Berlinern (Twesten, Lasker, Unruh); Bennigsen hält die Mitte." Das scharfe Auge Bismarcks aber erfaßte vom ersten Augenblick an den inneren Gegensatz, und ein offiziöser Artikel der Provinzialkorrespondenz fragte schon am 7. März, „ob innerhalb dieser Fraktion die Liberalen aus den neuen Landesteilen, die größtenteils mit weit milderen Absichten in den Reichstag eingetreten seien, auf die Dauer mit den Mitgliedern aus den altpreußischen Provinzen zusammengehen würden, die bisher der Opposition in der preußischen Kammer angehörten". So sind von Anfang an alle jene Faktoren sichtbar, die die Entwicklung der Nationalliberalen bestimmen: ihre geographische Ausdehnung und Zusammensetzung, ihre vorläufige Programmlosigkeit, die Neigung Bismarcks, einen linken Flügel abzutreiben, und schließlich, wie es in dem Schlußwort Freytags heißt: Bennigsen hält die Mitte.

Also begann die Persönlichkeit Bismarcks und das Heraufsteigen des neuen Reiches für lange Zeit einen gemäßigten Liberalismus von einem entschiedenen, einen realpolitischen Liberalismus von einem doktrinären zu trennen — ähnlich wie er gleichzeitig von den altpreußischen Konservativen die opportunistischen Freikonservativen losriß. Mit diesen neuen Parteien vornehmlich brachte Bismarck die Verfassung des Norddeutschen Bundes zustande, und seine Kompromißverhandlungen mit Bennigsen, Unruh, Forckenbeck waren das erste Beispiel einer neuen Praxis, in der die Doktrin der Liberalen sich mit der Macht auseinandersetzte. Und da die Liberalen nationale Politik von dem preußischen Minister verlangten, so betrieb er gerade in den kritischen Tagen die innere Politik mit der Dampfkraft der auswärtigen, um die halb Widerstrebenden an sich zu fesseln: gerade Bennigsen suchte im Namen der Partei Bismarck in der Luxemburger Frage

anzuspornen, daß er mit der Front gegen Frankreich die Nation über die Mainlinie führe, und nur die Gefahr der Stunde, von Bismarck klug verwertet, beschwichtigte ihre konstitutionellen Bedenklichkeiten. Auch wo sie in der Verfassung ihre Wünsche durchsetzten, bestimmte Bismarck ihnen die Grenze. Bennigsen war es, der die Verantwortlichkeit des höchsten Bundesbeamten in die Verfassung brachte, so daß Bismarck die Geschäfte des Bundes nicht mehr, wie Jellinek neuerdings wieder nachgewiesen hat, einem in dienstlicher Abhängigkeit von ihm stehenden Beamten übertragen konnte, sondern sie selber übernehmen mußte. Die Liberalen hatten eine Mehrheit von verantwortlichen Ministern gewollt, Bismarck aber brach aus ihrem konstitutionellen Verfassungsgedanken das Kernstück heraus und schuf in fast monarchisch gearteter Ämterkombination für sich die Macht, mit der zu ringen das historische Schicksal der Liberalen blieb.

Auch als die Nationalliberalen einige Monate später erst ihre Taktik programmatisch formulierten, gestalteten sie nicht ein Programm im üblichen Sinne, sondern faßten in einer längeren Denkschrift eine Summe keineswegs in sich homogener Tendenzen zusammen. Aber es war das Programm, das die nächste Zukunft hatte. Keine Partei hatte die Aufgaben des deutschen Nationalstaates so rückhaltlos ergriffen; denn abgesehen von den mannigfaltigen Gruppen der gänzlich Widerstrebenden, die damals noch nicht unter Windthorst sich organisiert hatten, trugen sowohl die Konservativen als auch die Fortschrittler einen preußisch-partikularistischen Charakter gegenüber den Nationalliberalen, die mit dem großen Zuge der Zeit zum neuen Reiche gingen. Keine Partei ferner hatte bei allem Glauben an die konstitutionellen Staatsideale zugleich prinzipiell die tiefe und den Deutschen notwendige Erkenntnis ausgesprochen, daß es im politischen Leben nicht heißen darf: alles oder nichts, sondern daß alle politische Arbeit, zumal auf dem zerklüfteten Boden dieses werdenden Reiches, an den Ausgleich mit verwandten Kräften gebunden bleibt. Zugleich glaubt man in dem Programm die verschiedenen Hände seiner Urheber erkennen zu können, der Altpreußen fortschrittlicher Vergangenheit, der

Nationalen mehr unitarischer Richtung und schließlich der Angehörigen der annektierten Provinzen. Alles in eigenartiger, nicht ganz lückenloser Verschmelzung; man vernimmt noch den Nachklang der liberalen Doktrin, die nur in der milderen Tonart sich von der Sprache der Fortschrittspartei unterschied; zugleich aber fühlt man den belebenden, realpolitischen Luftzug, der neuerdings durch die Reihen der Liberalen ging. Kräfte, mit denen Bismarck einst auf Leben und Tod gerungen hatte, und Kräfte, mit denen zusammen er das nationale Werk vollenden konnte, trafen hier zusammen: die beiden Seelen des Nationalliberalismus. Sie wohnen auch in der Brust Bennigsens, aber von vornherein ist die realpolitische die stärkere.

Unter den Forderungen des Programms war eine, die verfassungsgeschichtlich bedeutsam, zugleich die nationalliberale Taktik im Abgeordnetenhause im nächsten Jahre zum Siege führte. Es war jene alte Gagernsche Idee, die Friedrich Meinecke jüngst in ihrem Ursprung und in ihrer Wirksamkeit wieder entdeckt hat, nämlich daß Preußen die Führung des neuen Deutschlands nur dann haben dürfe, wenn es sich in sich selber auflöse; sie war jetzt in dem Norddeutschen Bunde, von dem Preußen allein vier Fünftel umfaßte, mit größerem Rechte wieder aufgetaucht, von den alten Erbkaiserlichen begrüßt, von dem Kurhessen Friedrich Oetker scharf formuliert und von Bennigsen in dem Umfange, in dem sie jetzt noch Sinn hatte, realpolitisch verwertet. So hieß es im nationalliberalen Programm vom Juni 1867: „Wir sind entschlossen, die Bundeskompetenz zu befestigen und über alle gemeinsamen Angelegenheiten auszudehnen. Als Ziel schwebt uns vor, daß die parlamentarischen Funktionen des Staates möglichst vollständig in den Reichstag verlegt werden. Auch der preußische Landtag soll sich nach und nach mit einer Stellung begnügen, welche in keiner Weise geeignet sei, dem Ansehen und der Wirksamkeit des Reichstags Eintrag zu tun.“ So hat Bennigsen noch an dem Tage, als er im Oktober 1870 nach Versailles berufen war, seinen Wählern in den bremischen Marschen erklären lassen, daß er nur noch für dies eine Mal, nur für den bedeutsamen Übergang, eine Wahl in den

preußischen Landtag annehme; der Fortschrittler Virchow warf ihm sogar vor, er habe gleich in seiner ersten Landtagsrede geraten, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und Provinzialhäuser an die Stelle zu setzen.

So weit zu gehen war Bennigsen allerdings doch nicht Doktrinär genug, aber einen Bruchteil wenigstens jenes alten Programms, der ihm als Hannoveraner besonders am Herzen lag, vermochte er Anfang 1868 zu verwirklichen. Auf seinen Antrag hatte der hannoversche Provinziallandtag die Regierung um Aussonderung eines Teiles des Staatsvermögens zur Begründung einer ausgedehnten provinziellen Selbstverwaltung ersucht, und zunächst im Interesse der Versöhnung der Provinz hatten König und Ministerpräsident die Erfüllung des Wunsches zugesagt. Bismarck hatte sich selbst von der Notwendigkeit einer gewissen Dezentralisation überzeugt, aber nur mit Mühe im Staatsministerium einen Gesetzentwurf durchgesetzt, der das allgemeine Prinzip provinzieller Dotationen aussprach und als erstes Beispiel der Provinz Hannover eine Jahresrente von 500000 Talern überwies. Ein denkwürdiger Vorgang, daß der preußische Staat in dem ersten Jahre nach den Annexionen einen Anlauf zur Dezentralisation nahm, der wenigstens in der Richtung der Gagernschen Idee lag; dieser Anlauf vollzog sich zunächst noch ganz in der Sphäre der Verwaltung und griff nicht in die Sphäre der Gesamtpolitik hinüber, aber er schränkte doch die Befugnisse der Zentralinstanz sowohl im Ministerium wie im Landtag in etwas ein, und in den verfassungsgeschichtlich höchst interessanten Jahren des Provisoriums von 1867 bis 1870 schienen viele Möglichkeiten denkbar. Selbst Schäffle, der mit einem gut württembergischen Mißtrauen zum Zollparlament nach Berlin kam, wußte nach seiner Rückkehr davon zu erzählen, wie Bismarck an der Auflösung des preußischen Staates arbeite. Die altpreußischen Konservativen aber erhoben sich alsbald zur Gegenwehr; sie waren längst erbittert über Indemnität und allgemeines Wahlrecht, sie fühlten sich ausgeschaltet bei den nationalliberalen Kompromissen und fragten sich, ob das die Frucht der preußischen Siege sein solle, daß man um Deutschlands willen den Liberalen immer von neuem Kon-

zessionen mache. Ihr Selbstgefühl bäumte sich dagegen auf, daß das Schwergewicht aus dem preußischen in den deutschen Körper verlegt werden solle. So sahen sie in dem Entwurf über den hannoverschen Provinzialfonds nicht eine verwaltungstechnische, sondern eine allgemeinpolitische Angelegenheit, einen gefährlichen Ansatz zur Umbildung des Staates und beschlossen die Entscheidung darüber zur ersten Kraftprobe gegen den Junker zu machen, der aus ihren Reihen stammte und sich nun doch dem teutonischen Teufel verschrieben hatte. Sie verlangten von Bismarck Garantien für die Zukunft; als er sie versagte, verweigerten sie ihm die Heeresfolge, sie suchten ihn, wie er grimmig schalt, zum Eintritt in ihre Fraktion zu zwingen; sie hätten ihn gestürzt, wenn sie gekonnt hätten. Dieser Bruch Bismarcks mit seinen alten Freunden gab den Nationalliberalen unter Bennigsens Führung die Gelegenheit, mit geringer Majorität wenigstens den hannoverschen Kern der Vorlage zu retten und zum erstenmal in Preußen in die von den Konservativen verscherzte Position einzurücken — das erste Vorspiel der parteipolitischen Konstellation von 1871 bis 1877.

So konnten die Nationalliberalen schon seit 1868 sich führend an der Gesetzgebung beteiligen, die auf allen Gebieten wirtschaftlichen Lebens die Schranken des Polizeistaates und überlebter Wirtschaftsformen niederriß, und, wenn sie auch in einzelnen Dingen über das Ziel hinausschoß, damals eine nationalstaatliche wie volkswirtschaftliche Notwendigkeit war. Wenn allerdings die Liberalen Bismarck immer stürmischer drängten, diesen Nationalstaat auch über Süddeutschland auszudehnen, so begann er sich ihnen immer nervöser zu versagen, denn er wollte sich die letzte Entscheidung nicht aus der Hand nehmen lassen. Wie im Jahre 1866 mußten die Liberalen zur Seite stehen, als Bismarcks Diplomatie und die Waffen des Heeres in den Jahren 1870 und 1871 das neue Reich vollendeten. Bismarck konnte die patriotischen Bemühungen Bennigsens und Laskers in Süddeutschland nur so lange gebrauchen, wie sie als unitarische Treiber ihm dienen mochten, den Bayernkönig in sein Netz zu jagen; und er hat noch im November 1870, als das Werk zu guter Letzt stockte, auch Bennig-

sen und seine Presse mobil zu machen gesucht; sowie allerdings die Liberalen, unter Verzicht auf jede Art von unitarischem Doktrinarismus, mit einem eigenen bayerischen Programm einen Mittelweg zu finden suchten, schalt er, daß sie seine Kreise störten. Er aber konnte die Gesamtheit der föderalistischen Konzessionen an Bayern um so leichteren Herzens in den Kauf nehmen, als sie indirekt auch den geschlossenen Bestand Preußens gegen weitergehende Auflösungsgelüste konservierten. Die Dezentralisation wurde zwar in der Verwaltung durch die Provinzialordnung von 1875 auf ganz Preußen ausgedehnt, blieb aber ohne tiefergreifende politische Konsequenzen.

In dem neuen Reiche fiel Bennigsen und den Nationalliberalen als der führenden Partei die Aufgabe zu, zugleich den nationalen und den freiheitlichen Ausbau zu fördern: nun vollends auf die Brücke zu treten, die von den liberalen Ideen zu dem Wesen des altpreußischen Staates hinüberführte, aber in Gemeinschaft mit Bismarck, der von Haus aus so wenig Anlage zum parlamentarischen Minister hatte, wie einst Friedrich Wilhelm IV. zum konstitutionellen Monarchen. So begann die nationalliberale Ära in den Parlamenten von 1871 bis 1877. Das Zusammenwirken Bismarcks und der Nationalliberalen in dieser Ära ist völlig nur im Lichte ihrer gemeinschaftlichen Kampfstellung gegen das Zentrum zu begreifen. Denn diese Partei, das Komplement des kleindeutschen Liberalismus, ist von ihrer ersten Entstehung an — ihre Entstehung, nicht ihre Erhaltung läßt sich als historische Notwendigkeit auffassen — ein Erzeugnis unserer nationalen Geschichte. Sie ist die Reaktion der geschlagenen Großdeutschen und Katholiken gegen die kleindeutsche Lösung von 1866 und 1870. Es hat seine tieferen Gründe, daß jene konfessionelle Spaltung, die im 16. und 17. Jahrhundert unser Volk abgrundtief zerriß, die dann im 18. Jahrhundert in dem zerfallenden alten Reiche zurückwich, nun im 19. Jahrhundert zu neuem politischen Leben erweckt ward, sobald nur die Möglichkeit eines neuen Reiches, und zwar eines kleindeutschen Reiches unter preußischer Hegemonie, in Frage kam. Denn diese Lösung bedeutete ja für die deutschen Katholiken nicht allein

die Hinausdrängung des habsburgischen Kaiserhauses und den endlichen Sieg der Schmalkaldener, sondern fügte mit der Hinausdrängung der Österreicher ihrem konfessionellen Gesamtkörper die schmerzlichste Wunde zu, zerschnitt ihre kulturelle Einheit und warf sie in Kleindeutschland in die Minorität. So mußten sie von vornherein — auch wer anders denkt, kann das nachempfinden — die heißesten Gegner jener Lösung der deutschen Frage sein, die der Nationalverein wollte und Bismarck vollbrachte — bis zu dem Tage hin, an dem man in der Münchener Kammer um die Bewilligung der Gelder für den Krieg stritt. Sie waren es um so mehr, als die gleichzeitige italienische Einigung auf Kosten ihrer ehrwürdigsten Institution erfolgte. Da hatten sie wohl das Gefühl wie der wackere Preuße August Reichensperger, daß die ganze historische Welt, die ihnen teure Welt, versinke, und jede Freude an dem neuen Reiche, das heraufzog, war ihnen vergällt. So trat das Zentrum mit innerer Abneigung dem neuen Reiche entgegen und wurde unter der verschlagenen Führung eines anderen Hannoveraners der Sammelpunkt aller Opposition, konfessionellen, dynastischen oder partikularistischen Ursprungs. Wie klangen noch in jener Adreßdebatte vom 31. März 1871, als die Frage der Intervention oder Nichtintervention zugunsten des Kirchenstaates zur Debatte stand, die Schlachtrufe der Parteien gegeneinander, der Kleindeutschen und der Großdeutschen! Als wenn die historische Kontroverse zwischen Sybel und Ficker auf der Tribüne wieder aufgelebt wäre, so zogen auf der einen Seite die Männer des ehemaligen Nationalvereins, Bennigsen, Miquel, Schulze-Delitzsch, Völk, und auf der anderen die Männer des großdeutschen Reformvereins, Windthorst, Reichensperger, Bischof Ketteler, gegeneinander zu Felde, nach dem Faustwort:

> „als Guelfen und als Ghibellinen
> erneuen rasch den ew'gen Streit,
> fest, im ererbten Sinne wöhnlich,
> erweisen sie sich unversöhnlich."

Bismarck aber schwieg im Sinne der Nationalliberalen.

Wie sich dann der Kampf zwischen Staat und Kirche erhob, was schuld daran und was Notwendigkeit war, und

was schließlich Taktik auf beiden Seiten, das zu erörtern gehört nicht hierher. Genug, daß die einen glaubten, in der Nation, der das neue Reich gelungen, auch die alte Spaltung nicht wieder um sich greifen lassen zu dürfen, ja daß sie womöglich, wie Rachfahl in seinem Essay über Windthorst es ausdrückt, sich vermaßen, auch die katholische Kirche und den Klerus zu nationalisieren; daß man auf der anderen Seite einen Eingriff des Staates in die heiligsten Empfindungen der Minorität empfand und sich zur zähesten Gegenwehr erhob.

In diesem Kampfe aber hatte Bismarck die Nationalliberalen mit einem unzerreißbaren Bande an sich gekettet. Der ehemalige französische Minister Bourgeois hat einmal gesagt: eine Regierung könne auf die Dauer nicht gegen etwas regieren, sie müsse auch für etwas regieren. Nichts gewisser, als daß auch Bismarck in jedem Stadium ein positives Programm verfolgt hat; aber nie war ihm wohler, als wenn er es durchfechten konnte in einer Kampfstellung gegen ein anderes Programm, gegen eine andere Partei, vor allem, um die Seinigen, den König, die Mitarbeiter, die parlamentarischen Helfer durch den Kampf fest zusammenzuschmieden. So wurde die gemeinschaftliche Durchführung des Kulturkampfes — ich sehe darin natürlich kein primäres Motiv, sondern nur eine von Bismarck bewußt verwertete taktische Konsequenz — auf die Dauer auch das Mittel zur politischen Einschulung der in den beiden Parlamenten allmächtigen Liberalen. Denn in Deutschland wie in Preußen hatte er mit ihnen sich auseinanderzusetzen, und jene Hemmung von heute, die in der ungleichartigen Zusammensetzung des Reichstages und des Landtages liegt, war noch nicht vorhanden. Man hat neuerdings die Frage aufgeworfen, ob es nicht von vornherein ein arcanum imperii Bismarcks gewesen wäre, bald mit dem preußischen, bald mit dem deutschen Pferde zu fahren. In den ersten Jahren nach der Gründung des Reiches hatte die Ausnutzung solcher Möglichkeiten wenig praktische Bedeutung, weil die jedesmal fast gleichzeitigen Reichstags- und Abgeordnetenhauswahlen von 1871, 1873/74, 1877 trotz des verschiedenen Wahlrechts im wesentlichen zu einem gleichen Ergebnis führten. So wechselte Ben-

nigsen aus dem Vizepräsidium des Reichstags, in das er zuerst 1867 gewählt worden war, im Jahre 1874 in das Präsidium des Abgeordnetenhauses hinüber, wie sein Fraktionsgenosse Forckenbeck gleichzeitig aus dem Präsidium des Abgeordnetenhauses in das des Reichstags übertrat. Die parlamentarische Taktik hüben wie drüben lief in einem Gespann, und auch die Gesetzgebung fuhr in denselben Gleisen.

Aber die Nationalliberalen hätten nicht sie selber sein müssen, wenn nicht die beiden Seelen, die von vornherein in ihnen lebten, sich in dieser günstigen Situation wieder geregt hätten. Sie scheinen fast verkörpert zu sein, auf der einen Seite in Bennigsen, dem Idealisten des Nationalstaats, und auf der andern Seite in Lasker, dem Idealisten des Rechtsstaats; verkörpert, ohne sich auszuschließen, denn jeder hatte von den politischen Trieben des anderen genug in sich, um ihn ganz zu verstehen und mit ihm zusammenzuarbeiten. So repräsentierten sie innerhalb der biegsamen Taktik der Gesamtpartei die verschiedenen Möglichkeiten und suchten die verschiedenen Fühlungen: der eine mit dem Gesamtliberalismus, der andere, als der Diplomat der Partei, mit der Regierung Bismarcks. Diese niemals aufhörende Spannung aber wurde durch eine persönliche Freundschaft überbrückt, die den hannoverschen Edelmann zu jenem heute fast vergessenen politischen Charakter hinzog, der trotz aller Schranken seines Wesens die warme und gerechte Charakteristik Schmollers verdient. Laskers Chancen stiegen, als mit den Wahlen von 1874 die Nationalliberalen so stark anwuchsen, daß sie allein mit dem Fortschritt zusammen die Reichstagsmehrheit bilden konnten, und nun die Versuchung an sie herantrat, die parlamentarischen Ansprüche durchzukämpfen gegen die Bedürfnisse des historisch erwachsenen preußischen Staates. Aber in dem denkwürdigen Kampfe um das Militärgesetz von 1874, in dem die fundamentalen Ordnungen dieses Staates mit einem fundamentalen Anspruch der Doktrin, dem Budgetrecht, aufeinanderstießen, war es doch nicht Lasker, der seine Politik durchsetzte, sondern Bennigsen, der nach starkem Drucke Bismarcks den Militärkonflikt vermied

und in dem Septennat einen Mittelweg fand, auf dem die beiden Tendenzen sich begegnen mußten, wenn sie miteinander leben wollten. Um so stärker regte sich seitdem Bismarcks Bestreben, den Laskerschen Flügel der Nationalliberalen abzuspalten, die „Fortschrittsleute innerhalb der nationalliberalen Partei", wie er sie nannte, und somit die Spaltung von 1867 reinlicher herauszuarbeiten. Jeder Konflikt in den nächsten Jahren diente ihm dazu, den Keil tiefer hineinzutreiben. Immer aber gelang es Bennigsen, bis zu der Justizreform vom Dezember 1876 hin, den Bruch zu vermeiden, einen Kompromiß zu finden und doch die ganze Partei zusammenzuhalten. So vollzog sich der Ausbau des Reiches in diesen Jahren wohl unter ständigem Ringen, aber auch in ständigem Zusammenwirken des Meisters der Realpolitik mit der realpolitischen Partei des Liberalismus. Ihren Führer aber hat Bismarck selbst später, als ihre Wege sich wieder getrennt hatten, in einer Reichstagsrede im Mai 1881, als den Mitkämpfer unter seinen Fraktionsgenossen bezeichnet, „dem ich wirklichen Beistand verdanke, und dem das Deutsche Reich für seine Herstellung und für seine Konsolidierung so viel schuldig ist, für seine Politik von langen Jahren her".

Diese Zusammenarbeit mußte auf ihren Höhepunkt gelangen, als seit dem Jahre 1877 die letzte und entscheidende der grundlegenden Organisationen des Reiches, die Ordnung der Reichsfinanzen, notwendig wurde. Ihre Durchführung mußte die Probe auf das Exempel werden. Es handelte sich dabei nicht um rein finanztechnische Fragen, sondern um die höchsten wirtschaftlichen und politischen Probleme der Reichspolitik. Die Entscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern hing zusammen mit der Frage, ob man das Freihandelssystem, dem die Liberalen bisher angehangen hatten, verlassen und zu einem System des Schutzes der nationalen Wirtschaft übergehen sollte; eine grundlegende Wendung in der Wirtschafts- und Handelspolitik stand vor der Tür. Hinzukam, daß die Auseinandersetzung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten auch das immer noch nicht abschließend gelöste Problem Deutschland-Preußen aufrollte. Die höchsten Organisationsfragen, die

verfassungsgeschichtliche Fortbildung des Reiches — ob mehr nach der unitarisch-parlamentarischen oder mehr nach der föderalistisch-bundesstaatlichen Seite hin — mußten wieder in Bewegung kommen. Die Entscheidung aber war auf das engste verflochten mit dem Machtbedürfnis der Liberalen und dem noch viel stärkeren Machtbedürfnis Bismarcks. Es war klar, daß die Gesamtheit dieser Fragen diesmal nicht auf dem Wege eines Kompromisses im letzten Augenblick, wie ihn bisher Bennigsen in der Regel durchzudrücken verstanden hatte, erledigt werden konnte, sondern von langer Hand vorbereitet werden mußte.

Um diese Dinge hat es sich in den Verhandlungen Bismarcks mit Bennigsen gehandelt, die im März 1877 einsetzten, im Juli und Oktober wieder aufgenommen wurden und im Dezember bei dem zweiten Besuche in Varzin entschieden wurden. Mit diesen Verhandlungen trat der parlamentarische Liberalismus in eine entscheidende Krisis ein, die nicht nach ihrem Verlaufe, sondern nur nach ihren bestimmenden Momenten hier skizziert werden mag. Eine Auffassung möchte ich dabei abweisen, die schon damals im Lager der Fortschrittspartei auftauchte und später von Eugen Richter in die schärfste Formulierung gebracht worden ist: die Nationalliberalen seien von vornherein die Düpierten gewesen, Bennigsen ein zweiter Benedetti, die Gesamtheit der Verhandlungen nichts als Schein, eine Kulisse, hinter der der schutzzöllnerisch-reaktionäre Abmarsch Bismarcks sich vollzogen habe. Richter hat diese Auffassung geschöpft aus seiner doch nur mechanischen Gesamtanschauung Bismarckscher Politik, zugleich aus seiner Geringschätzung der nationalliberalen Taktik und dann vor allem — was ja auch den Historiker zu gleicher Ansicht verführen könnte — aus dem späteren Verlaufe, der seit 1878 eintrat. Trotzdem halte ich diese Vermutung für unrichtig und sehe mich darin bestärkt durch die wichtigen Aufzeichnungen, die uns neuerdings von einem Manne, der es wissen konnte, von Tiedemann, dem damaligen Chef der Reichskanzlei, zuteil geworden sind. Bismarck hat keineswegs, wie es auch nie seine Art war, von vornherein die Bahn seiner Politik fest abgesteckt und einen Rechtsabmarsch geplant, der ihm zugleich die

Einschränkung des Kulturkampfes und damit das Geständnis einer Niederlage kostete, sondern er hat ernsthaft an die Durchführung auch dieser Reformen in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen, oder wenigstens mit dem größeren und ihm homogeneren Teile der Partei, gedacht, er hat ernsthaft die Mitarbeit Bennigsens im Reiche und in Preußen durch Kombination eines Reichsamtes und eines preußischen Ministeriums herbeizuführen gesucht. Allerdings mit dem Hintergedanken, die seit kurzem wieder regierungsfähig gewordenen Deutschkonservativen in seine Kombination mit hineinzuziehen und von der Gesamtheit der Nationalliberalen sich zu emanzipieren.

Im voraus mußte Bismarck erkennen, daß von zwei Seiten seinem Plane Schwierigkeiten gemacht werden könnten: von dem 80 jährigen Kaiser, der aus kirchlichen und politischen Gründen eine stärkere Wendung nach rechts wollte, und von dem linken Flügel der Nationalliberalen, der bei dieser Gelegenheit die Gelüste parlamentarischen Mitregierens mit seiner freihändlerischen Opposition verbinden mochte. Aber er war entschlossen, gegen rechts und links seinen Plan durchzudrücken, durch das oft erprobte Mittel des Rücktrittsgesuches beim Kaiser seinen Willen zu erreichen und zugleich die langersehnte Abspaltung des linken Flügels bei dieser Gelegenheit vorzunehmen. Aber von rechts und links sollte diese allzu fein berechnete Taktik gestört werden: durch den Einspruch des Kaisers, der die Fortsetzung der Verhandlungen verbot, als Bennigsen kaum Varzin verlassen hatte, und zugleich durch die Bedingungen, die Bennigsen, um seine Partei zusammenzuhalten und sich selber einen Rückhalt zu sichern, für seinen Eintritt in das Ministerium gestellt hatte. Auch der linke freihändlerische Flügel hatte die Gefahr erkannt: er hatte Bennigsen mit parlamentarischen Forderungen überlastet, ihn mit gebundener Marschroute nach Varzin entsandt. Später hat sich Forckenbeck sogar gerühmt: nur um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, habe er den Bogen damals überspannt.

Auf diese Weise scheiterte, wenngleich Bennigsen sich noch längere Zeit zutraute, die Brücke schlagen zu können,

die Zusammenarbeit zwischen dem parlamentarischen Liberalismus und der Staatsgewalt des neuen Reiches, nicht so sehr an dem Willen Bismarcks und Bennigsens, die beide Realpolitiker genug waren, um sich zu finden, als an den politischen Mächten, von denen sie herkamen, deren Einfluß sie folgen wollten oder mußten. Sobald sie sich aber getrennt hatten, da schien jedem von beiden das Wollen des anderen durch eine Welt von dem eigenen Staatsideale getrennt. Da hatte der eine den Eindruck, als ob der Reichskanzler die eigene Partei hätte gouvernementalisieren wollen, der andere aber gedachte noch in seinen Memoiren mit einem Unwillen, der doch auch wieder den Ernst seiner damaligen Absichten spiegelt, jenes Versuches einer Fraktion von 1877, seine Regierung parlamentarisieren zu wollen.

Man weiß, daß der Abbruch der Verhandlungen erst im Februar 1878 erfolgte, fast in derselben Stunde, da auf den intransigenten ein versöhnlicher Papst folgte, da zum erstenmal die Möglichkeit auftauchte, den Kulturkampf abzubrechen und damit die parlamentarische Unentbehrlichkeit der Nationalliberalen zu erschüttern. Von jetzt an *konnte* wenigstens Bismarck ein zweites Eisen ins Feuer legen. Schon das erste Sozialistengesetz, mit der sicheren Erwartung der Ablehnung übereilt eingebracht, sollte ihm nur dazu dienen, das Sündenkonto der Nationalliberalen zu stärken. Aber erst das zweite Attentat gab ihm die Gelegenheit, mit demagogischer Meisterschaft die Nationalliberalen aus ihrer parlamentarischen Machtstellung hinauszuwerfen; die Zerstörung des linken Flügels, der die Verhandlungen mit Bennigsen zum Scheitern gebracht hatte, war das Hauptziel der Reichstagsauflösung, wie auch sein Generalstabsplan für die Wahlen (im 1. Bande des Bismarck-Jahrbuchs) beweist. Die Nationalliberalen kehrten nur geschwächt zurück und konnten in dieser Situation nicht anders als das Sozialistengesetz annehmen. Noch einmal betrat Bennigsen die Brücke der Kompromißpolitik und setzte gegen Lasker in selbständiger Verhandlung mit Bismarck den Abschluß durch. Seinem Geschick gelang es, sowohl die jetzt schon drohende Spaltung der Nationalliberalen als auch den Bruch mit Bismarck zu verhindern. So wurde das

Sozialistengesetz der letzte Kompromiß, ein Nachklang der nationalliberalen Ära. Weit genug hatten die Liberalen ihre freiheitlichen Ideale aufgeben müssen, um noch einmal mit Bismarck, dem die Gunst der Stunde eine unvergleichliche Überlegenheit gegeben, zusammengehen zu können. Als aber im Jahre 1879 die erschütterte und geschwächte Partei vor die Finanzgesetzgebung gestellt wurde, da brach, angesichts des Zolltarifs, die wirtschaftliche Einheitlichkeit, die seit 1867 das Komplement ihrer politischen Wirksamkeit gewesen war, hilflos auseinander. Bennigsen selber war, wie sein großer Gegenspieler Windthorst, ursprünglich Freihändler gewesen, aber weit entfernt, sich gegen die Bedürfnisse einer neuen Lage zu verschließen; bis zum letzten Augenblick hoffte er die ganze Partei für einen mäßigen Schutzzolltarif zu gewinnen: da versagte sich ihm die freihändlerische Linke vollständig. Er konnte Bismarck die zu einer Majorität notwendige Zahl von Anhängern nicht mehr bieten, und der Weg war freigegeben, auf dem das Zentrum in die parlamentarische Mitarbeit einrücken konnte. Bezeichnend aber für Bennigsen und für seine in erster Linie verfassungsrechtlich orientierte Partei war es, daß auch in diesen großen wirtschaftlichen Gegensätzen der letzte Bruch mit der Regierung nicht von einer wirtschaftlichen Einzelfrage ausging, sondern von der Klausel Franckenstein, durch die die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten in föderalistischem Sinne, unvollkommen genug, vorgenommen wurde.

Die Katastrophe der Nationalliberalen hatte begonnen. Noch sprang nicht die Linke ab, an deren Abtreibung Bismarck so lange gearbeitet hatte, sondern zunächst eine rechtsstehende und schutzzöllnerische Gruppe. Bennigsen selbst war entschlossen, im August 1879 die Niederlage seiner Partei, die auch die seine war, durch seine Resignation von aller parlamentarischen Tätigkeit anzuerkennen. Noch einmal ließ er sich, den Wünschen seiner Freunde, hinter denen doch wieder Bismarck stand, folgend, dazu bewegen, die undankbare Arbeit fortzusetzen. Aber im folgenden Jahre ging die Sprengung der Partei weiter: auf den Austritt Laskers im März folgte

im Sommer die Sezession des linken Flügels unter Forckenbeck und Stauffenberg.

So war Bismarck in den Jahren 1878 bis 1880 die zweite Spaltung der Liberalen geglückt. Er hatte ihre parlamentarische Machtstellung auseinandergetrieben und konnte die Teile der Partei in den nächsten Jahren sogar gegeneinandertreiben. Er war der Sieger und doch schon bald seines Sieges nicht recht froh; denn er hatte seine bisherige Stütze mehr zerbrochen, als in seinen eigenen Wünschen und Interessen lag, ohne zunächst sein letztes Ziel, eine dauernde gemäßigte konservativ-liberale Mehrheit, dafür einzutauschen. Auch der Abbruch der Kulturkampfgesetzgebung gewann ihm das Zentrum, das im Grunde ähnliche parlamentarische Tendenzen im Schoße barg wie einst die Nationalliberalen, nicht zum zuverlässigen Helfer. Aber es war, wenn wir von allem anderen absehen, doch der Zustand geschaffen, der bis heute hin fortdauert und immer neue Hemmungen in den Gang der Maschine hineinträgt: die Verhinderung einer weitergehenden Parlamentarisierung des Reiches durch die einander kompensierende Rivalität zersplitterter kleiner und großer Parteien.

In dieser neuen Situation hat Bennigsen während der Jahre 1881 bis 1883 noch vergeblich versucht, mit einer zusammenschmelzenden Mittelpartei, deren alleiniger Führer er war, seine Richtung einer selbständigen nationalen und liberalen Politik weiter zu verfolgen; auf die Länge war er nicht imstande, jeder jähen Wendung Bismarcks zu folgen und sich selbst dabei zu behaupten. Er empfand seine Tätigkeit als aussichtslos und legte im Juni 1883 beide Mandate nieder. Ja, er mochte sich die Frage vorlegen, ob die Taktik, die er mit seiner Partei Bismarck gegenüber verfolgt hatte, die richtige gewesen war — ob sie ihm nicht das letzte Ziel des Staatsmannes, an verantwortlicher Stelle zu wirken, verschlossen hatte.

Man hat diese Frage wohl verneint, von dem Standpunkte Bismarcks wie vom Standpunkte der Liberalen. In einem Briefe, den der ehemalige badische Minister Frhr. v. Roggenbach mir in seinen letzten Jahren schrieb, urteilte

dieser: „Nur Bismarck allein gewann durch seine (Schöpfung), durch die Staatsentwicklung in Preußen; seine Wesenheit und die begünstigenden Umstände der persönlichen Eigentümlichkeiten der Monarchen, denen er diente, (gaben ihm) eine Stellung, in der er er selber sein und als Charakter wirken konnte. Neben ihm mußten darum alle, die nicht seine Gegner sein wollten, notwendig politische Nullen neben der einen Zahl werden. Als Bennigsen das spät einsah, ging er mit Recht nach Hannover. Ich habe ihn öfters gewarnt, von dem Versuche abzustehen, eine Partei führen zu wollen, die Bismarck beeinflussen, aber ihm weder folgen noch ihn bekämpfen wollte. Es scheint mir das Tragische in Bennigsens Leben, daß er der Versuchung dieses Versuchs erlag." Ich bin jedoch weit entfernt, dieses Urteil zu unterschreiben. Es verrät zu sehr die Stimmung des liberalen Politikers, der allzufrüh resignierte und sich auf das Altenteil einer beobachtenden und untätigen Kritik zurückzog. Wohl enthält es, von der persönlichen Ambition und dem reinen Parteiinteresse aus gesehen, eine gewisse Wahrheit, nicht aber von einem höheren, dem Sinne Bennigsens entsprechenden Standpunkte, der über seine Person und über seine Partei hinweg immer auf das Ganze seines Vaterlandes und seiner Ideen gerichtet war — in der ersten, der eigentlich historischen Periode seines Wirkens bis 1883, wie in der zweiten Periode, in der er mit einer neuen Generation ging.

Heute empfinden wir tagtäglich stärker, daß alles Heil für die Fortentwicklung unseres Volkes in dem Problem beschlossen liegt, wie die historisch gewordenen, die autoritär geordneten Kräfte und die aus der freien Tätigkeit des Individuums entspringenden, die konstitutionell verfaßten Kräfte unseres Staatslebens sich immer organischer und innerlicher durchdringen. Von hier aus dürfen alle Parteien, die dieses Ziel verfolgen, sich eins fühlen mit einem Patrioten, der am erfolgreichsten im ersten Jahrzehnt des neuen Reiches am Einleben der alten Staatsgewalt und der neuen Ideen miteinander gearbeitet hat.



9.

Ludwig Bamberger

1900





Es bleibt für den Menschen immer ein wohltuendes Gefühl, zu beobachten, wie ein reiches Leben in innerlicher Harmonie friedevoll ausklingt. Mit Anteil sehen wir auf die Kämpfe eines rastlosen Daseins die wohlverdienten Jahre tätig-beschaulicher Muße folgen: es ist uns, als ob es zu einem ganzen Menschenleben gehörte, zu guter Letzt selber die Summe der Arbeit zu ziehen und am Abend das Irren und Gelingen des Tages noch einmal in der Erinnerung zu durchleben, mit sich allein zunächst, und wenn einer ein Großer war, zugleich für die anderen, um von den menschlichen Gemeinschaften, denen er diente, den langen Abschied zu nehmen.

Dürfen wir das ein Glück nennen, so war es Ludwig Bamberger beschieden. Es war dem Siebzigjährigen kein fremder Gedanke, das Vorrecht des Alters zu ergreifen und sich selber historisch zu fassen. Als er in seinen letzten Jahren unter seinen geistvollen Plaudereien auch Gedanken über das Alter niederschrieb, da sah er das eigentliche Problem darin, daß der alternde Mensch doch nie aufhöre, auch der junge zu sein, der er einst gewesen: die Kontinuität des Ich empfand dieser bewußte Individualist stärker als alle Wandlungen und Störungen, denen es im Laufe einer langen Entwicklung unterliegt; ihr bei sich selber rückblickend nachzuspüren, bildete zuletzt ein gutes Stück seines inneren Lebens. Ein äußerer Anlaß traf mit dieser Stimmung zusammen. Im Jahre 1893 hatte er der parlamentarischen Tätigkeit entsagt; befreundete Anregung vermochte ihn, von 1894 bis 1898 alljährlich einen Band seiner gesammelten Schriften herauszugeben. So fügte es sich, daß er gleichzeitig als Einführung in diese Sammlung und als eine Art Ergänzung eine Skizze seines persönlichen Entwicklungsganges aufzuzeichnen begann. Er wollte absichtlich keine Denkwürdigkeiten im eigentlichen Sinne schreiben, aber die behagliche Kunst des Erzählers sprengte bald den strengen Rahmen der ursprünglichen Absicht und mit dem Reiz des Erinnerns und Neugestaltens wuchs und wandelte sich der Plan unter seinen Händen. So hinterließ er doch, mitten aus dieser ihm lieb gewordenen Arbeit hinweggerufen, einen stattlichen Memoirenband, der nun, am Ausgange

seines Todesjahres, der Allgemeinheit dargeboten wird[1]). Allerdings hat das Ergänzungsverhältnis, wie der Autor es sich dachte, nicht ganz seine Geltung verloren. Der Leser der Memoiren wird öfter einen Band der Schriften zur Hand nehmen, und wer mit diesen bekannt ist, wird manchen vertrauten Ton in jenen wiederfinden. Beide gehören zueinander, aber stehen auf eigenen Füßen.

Da Bamberger die Feder mit jähem Abschluß niederlegen mußte, war es ihm nicht vergönnt, selber die Blätter durchzusehen, etwa um den Stoff künstlerisch abzurunden, Wiederholungen auszuscheiden und Verwandtes zusammenzurücken. In dem ersten Entwurfe halten wir sie in den Händen: um so unmittelbarer wirken sie. Einer der feinsinnigsten und gewandtesten Plauderer unserer Literatur — und wie wenige hat sie aufzuweisen — konnte getrost auch das unvollendete Buch in die Hände eines andern legen. Er erscheint in der ungezwungensten Haltung; wie Neigung und Stimmung ihn fesselten, lenkt er aus der fortlaufenden Geschichtserzählung heraus, mit Vorliebe Altes und Neues verknüpfend, manchmal gar wie im belebten Gespräch durch die loseste Gedankenverbindung von einem zum andern geführt. Das gibt den Erinnerungen einen ganz persönlichen Charakter und setzt seine schriftstellerischen Vorzüge nur noch in ein helleres Licht. Denn wo finden wir so bald einen Schriftsteller bei uns, der bei aller Feinheit des Esprits niemals gesucht wird und in aller Schärfe des Urteils immer liebenswürdig bleibt; nur einen Meister der Feder konnte ein sicheres Gefühl davor bewahren, jemals langweilig oder prätentiös zu werden. Daß solche Vorzüge ihm keineswegs die entsprechende Stellung in der deutschen Literatur verschafften, hat seine bestimmten Gründe. Man pflegte in Bamberger in erster Linie den Politiker zu sehen, der im Nebenamte auch schriftstellerte, vorwiegend aber diese Gabe in den Dienst seines obersten Berufes stellte. Ein Politiker aber wird auch als Schriftsteller nicht so leicht ein allgemeines literarisches

---

[1]) Erinnerungen an Ludwig Bamberger. Herausgegeben von Paul Nathan. Berlin, Georg Reimer. 1899.

Publikum finden, weil die verschiedenen fraktionell erzogenen Gruppen, halb aus Engherzigkeit, halb aus Vorsicht, nur ihre Leute lesen und die andern den andern überlassen. Und wenn der Politiker auf literarische Freundschaft zunächst nur unter den Gesinnungsgenossen rechnen darf, so war der Kreis für Bamberger nicht eben weit gezogen; vielleicht nicht so eng, wie die Zahl der Reichstagsmitglieder seiner Fraktionsgruppe schließen läßt, aber doch beschränkt auf gewisse wirtschaftlich bestimmt umgrenzte und gesellschaftlich abgeschlossene Schichten. So möchte man heute wünschen, daß die Erinnerungen des Dahingegangenen ein größeres Publikum fänden als die Schriften des Lebenden.

Die Sammlung der Schriften umspannt den ganzen geistigen Entwicklungsgang eines halben Jahrhunderts, von dem ersten jugendlich stürmischen Leitartikel bis zu der milden Weisheit seiner letzten Tage. Die Erinnerungen haben von diesen fünf nur die beiden ersten Jahrzehnte des Manneslebens begleiten können. Aber sie brechen nicht unvermittelt ab, sie umfassen ein in sich abgeschlossenes Ganze. Sie lehren uns, wie dieser Mann geworden ist, nicht aber, was er nach langer Vorbereitungszeit, als Fünfundvierzigjähriger in das Vaterland zurückgekehrt, hier gewirkt hat; nur bis zum Jahre 1866 etwa ist der Erzähler vorgeschritten, bis zum Abschluß seiner französischen Epoche, nicht ganz bis zum Beginn seiner 1868 einsetzenden Tätigkeit in Deutschland. Daher werden wir nicht unmittelbar angeregt, über den Anteil Bambergers an der Reichsgründung und seine Stellung in der neudeutschen Politik des vergangenen Menschenalters nachzudenken. Es ist die Zeit auch wohl noch nicht gekommen, den Versuch eines unbefangenen Gesamturteils zu wagen, und der praktische Politiker und der Nationalökonom werden mit Recht noch das erste Wort verlangen, wenn es gilt die tiefgehenden Wirkungen seiner parlamentarischen Tätigkeit abzumessen.

Eine andere Aufgabe möchte sich der Historiker zur Würdigung von Bambergers Erinnerungen stellen; ist sie vielleicht bescheidener, so sind ihre Wege doch einer unbefangenen Erfassung schon zugänglicher geworden. Es ist das Problem

der Wendung in den deutschen Dingen im Jahre 1866, die Frage, welcher Herkunft und Richtung die zum Anteil an der Reichsgründung Bismarcks aufgerufenen Kräfte aus dem liberalen und radikalen Lager gewesen sind. Handelt es sich zunächst auch nur um eine persönliche Entwicklung, die auf eigentümlich verschlungenen Pfaden zum Eingreifen in die deutschen Geschicke gelangt, so haben wir in diesem Individuum zugleich den Typus eines Einschlages in die 1866 vollzogene Entwicklung Deutschlands. Und es scheint mir, als ob jenes Problem gar nicht schärfer gestellt werden könnte, als in dieser an Geist und Charakter reich begabten Persönlichkeit. Er war Jude und blieb Jude; aus dem Revolutionskampf um die deutsche Reichsverfassung als ein zum Tode verurteilter Flüchtling hinausgetrieben, fand er in Frankreich ein neues Vaterland; die Jahre, die den Mann machen, und darüber hinaus die besten Mannesjahre fast führten ihn tief in das geistige und gesellige Leben des Paris unter dem zweiten Kaiserreich und zugleich in die Interessenkreise einer internationalen Großfinanz. Ist es zu verwundern, daß heute gewisse Richtungen, die einer tiefgehenden Stimmung des Volkes entgegenkommen, um eine Formel zur Erklärung dieses Phänomens nicht verlegen sind: der halbfranzösisierte jüdische Bankier, der, nachdem die preußischen Waffen den Tag von Königgrätz entschieden, in die Heimat zurückeilt, um das Deutsche Reich als Bundesgenosse Bismarcks mit „gründen" zu helfen? Man fragt nicht mehr nach den Zusammenhängen, die jene Konstellation möglich machten und nach ihrer innern Berechtigung, man verschließt sich ihrem historischen Verständnis. So mag der Versuch einer unbefangenen historischen Würdigung dieses Lebenslaufes auch der allgemeinen Erkenntnis der Zusammensetzung der reichsbildenden Elemente von 1866 und 1871 zunutze kommen. Mittelbar auch der Erkenntnis der Gegenwart, denn die damals wirksamen Kräfte leben noch heute in dem fortdauernden Gärungsprozeß, allerdings nicht mehr in dem ursprünglichen Verhältnis: eben die Wandlung dieses Verhältnisses hat in der Entwicklung nach 1871 den wichtigsten Markstein gebildet.

Mit Recht sucht die psychologische Analyse einer Individualität zuerst die kräftigsten Wurzeln bloßzulegen, die dem Baume aus den Tiefen des Erdreichs die meisten Säfte zuführen, die großen historischen Voraussetzungen: Familie und Erziehung, Landschaft und Stammesart, schließlich der Staat und der Charakter der in das Leben des Einzelnen eingreifenden staatlichen Funktionen. Es sind die Fragen nach der sittlichen und geistigen Anlage, die in den Menschen hineingeboren, durch Erziehung und Umgang gepflegt, in der Luft der großen Gemeinschaften Richtung und Farbe erhält. Für das Leben Bambergers enthüllt die Antwort auf diese Fragen bezeichnenderweise durchweg Voraussetzungen, deren Wirkung mehr nach der negativen als nach der positiven Seite liegt.

Bamberger spricht in seinen Erinnerungen so gut wie gar nicht von seiner Familie; Vater und Mutter, Geschwister, der Geist des häuslichen Lebens, nicht einmal Jahr und Tag seiner Geburt, alles das wird gar nicht erwähnt. Es liegt nicht daran, daß unser Autor selber unhistorisch empfände; er war tief gebildet genug und auch deutsch genug, um sich ganz in eine Auffassung einzuleben, die noch kurz vor dem Kriege den Franzosen predigte, wie schwer der Mangel an historischem Denken auf ihrem ganzen Geistesleben laste. Aber was er von Hause mitbrachte, das waren nur die allgemeinen Tugenden des Fleißes, der Mäßigkeit, der Ordnung; aus der gebundenen Enge und Starrheit des spezifisch jüdischen Lebens in der Familie war ihm nichts in das Blut übergegangen. Er war auch geistig nicht ein Sohn der Synagoge, sondern der Judenemanzipation. Man kann nicht sagen, daß die Emanzipation eine Entwicklung gleichsam auf einer kahlen, voraussetzungslosen Fläche aufbaut, denn ihr wohnen selber wiederum ganz bestimmte Voraussetzungen inne; aber es ist gewiß, daß ihre Tendenzen sich den bestehenden Gewalten des Lebens, eben jenen historischen Voraussetzungen, mit verneinender und auflösender Kraft gegenüberstellen. Befreiung und Freiheit sind grundverschiedene Dinge. Bamberger hat selber einmal in Alexander Herzen die Elemente seiner geistigen Individualität feinsinnig aufgewiesen, die deutsch-akademische Bildung, darüber die dem vornehmen Russen so

wahlverwandte französische Schicht: „Der Untergrund behielt natürlich Züge des Russischen, besonders jenen Zug der gradlinigen äußersten Konsequenz, die das Produkt des unvermittelten Übergangs aus der barbarischen Nacht zum freidenkerischen Tag zu sein pflegt." Er vergegenwärtigte sich im Augenblick dieser treffenden Bemerkung wohl kaum, daß auch das deutsche emanzipierte Judentum ein ähnliches Produkt ist und daher auch in großen Gruppen Züge ähnlicher Wirkungen aufweist. Wie häufig hat es nicht in unserem Jahrhundert die Wege eines in seiner formalistischen Dialektik bis ans letzte Ende stürmenden Radikalismus beschritten: auch den jungen Bamberger werden wir so anfangen sehen.

Das Wenige, was die Erinnerungen aus den Studienjahren erzählen, beweist jedenfalls, wie diese Naturanlage nur noch weitere Förderung erfuhr. Durch das juristische Fachstudium zunächst, mehr noch durch die Lieblingsbeschäftigung mit der damals unter dem Zeichen der Junghegelianer stehenden Philosophie. Das Disputieren über die höchsten Fragen war diesen jungen radikalen Philosophen so gut wie das tägliche Brot. Bamberger erzählt, wie er sich einst mit seinen Freunden über die Untersuchung des ontologischen Beweises für das Dasein Gottes besonders erhitzt habe und sich dann durch ein gleich darauf genommenes Bad in der Lahn einen Anfall von Blutspeien zuzog. „Aber einer unserer Philosophen, der sich gerade besonders dem Kant gewidmet hatte, beruhigte mich einfach mit der Betrachtung: „Was liegt daran, ob Du etwas früher oder später stirbst, die Zeit ist ja doch kein Ding an sich, sondern nur eine Form der Anschauung." Und natürlich, daß Bamberger an diesem jugendlichen Selbstgefühl seinen gewichtigen Anteil hatte. Als er im vierten Semester von Gießen nach Heidelberg ging, gab ihm Moritz Carriere an den Privatdozenten H. B. Oppenheim, der später sein persönlicher und politischer Freund fürs Leben werden sollte, eine Empfehlung mit, in der neben manchem Guten zu lesen stand, daß der Überbringer leider schon „zu fertig" sei.

Er war schon radikal zur Universität gekommen. Das Staatswesen, in dem er groß geworden, hatte ihm ebenso-

wenig historische Voraussetzungen bieten können wie die Herkunft. In Mainz 1823 geboren, erfreute er sich hessen-darmstädtischer Staatsangehörigkeit. Wie ein neuer Eindringling, wie ein Gebilde von gestern stand der Staat selber in der Stadt der ersten Kurfürsten des alten Reiches und der Erzkanzler für Germanien. Der Mainzer aber und überhaupt der „Rheinhesse", wie die unhistorische Bezeichnung lautete, blickten auf den „hungrigen" Darmstädter mit der gleichen hochmütigen Abneigung herab wie der Kölner und Trierer auf die altpreußischen Eroberer: nur daß diese wenigstens in ein großes Staatswesen mit ruhmreichen Erinnerungen und erprobten Institutionen eintraten und damit, wenn auch noch so widerwillig, einen Anteil an einer großen historischen Respektabilität gewannen, während der Mainzer im Jahre 1815 durch den Wechsel seines Fürsten weder eine stolzere Vergangenheit noch eine kräftigere Gegenwart eingetauscht hatte. Man betont mit Recht, daß der Ansturm der Revolution an dem Widerstand der partikularen Kräfte in den Einzelstaaten gescheitert ist: wo sie den besten Boden fand, das waren großenteils die 1815 neu annektierten Landesteile dieser Staaten, die Tausende von „Seelen", die von der Kabinettspolitik des Wiener Kongresses hin und her geschoben waren. Der große Denker des historischen Konservatismus, Leopold Ranke, sagte seinem König in einer Denkschrift vom März 1849: „Der Mensch lebt in allgemeinen Ideen, die den Geist nähren, indem er ihnen nachhängt oder sie hervorbringt: wie der Religion, so bedarf er des Vaterlandes. Läßt sich aber erwarten, daß ein Nassauer oder ein Neuwürttemberger im Gefühle seiner neuen und aufgedrungenen Landesherrschaft seine Seele befriedigt fühlen sollte? Er gewann weder geschichtlichen Grund und Boden, noch eine Aussicht auf die Zukunft." Das war es, was die künstlichen Staatsbildungen des Südwestens zum eigentlichsten Sitze deutsch-unitarischer Gesinnung gemacht hat. Dieser radikale Unitarismus ist der stärkste politische Gedanke des jungen Bamberger gewesen. Seinetwegen mußte er 1849 Deutschland verlassen, und seinetwegen kehrte er, als die Zeiten andere geworden, nach zwei Jahrzehnten wieder zurück.

In Mainz selber stand bis zum Jahre 1848 die deutsche Gesinnung hinter ganz anderen Neigungen zurück, hinter den Erinnerungen der Franzosenzeit. Mehr als irgendeine deutsche Stadt war das goldene Mainz eine Herberge des französischen Revolutionsgeistes gewesen und fuhr auch nach 1815 fort sich an diesen Ideen zu erwärmen. Wenn somit bei Bamberger Abkunft und Staatsangehörigkeit mehr indirekt dem Radikalismus Vorschub leisteten, so führte eine positive Linie seines historischen Stammbaums, der öffentliche Geist seiner Vaterstadt und -landschaft, unmittelbar in den Radikalismus der Ideen von 1789 zurück. Er hat selbst später einmal einen historischen Versuch über den Ursprung der Französelei am Rhein geschrieben: es ist ein Stück seiner eigenen Entwicklungsgeschichte. Der Kampf der Mainzer Klubisten gegen das ancien régime in allen seinen Erscheinungsformen treibt sie schließlich zum freiwilligen Anschluß an die große Nachbarrepublik: es sind Gegensätze, die 1848 wiederum ausbrechen, nun aber statt des fremden Ideales um den Kampfpreis der deutschen Republik ringen. Stärker als die Episode von 1792/93 hat in Mainz die lange Franzosenzeit von 1797 bis 1814 nachgewirkt. Wie man keinen Anteil an dem nationalen Sturm des Freiheitskrieges gewonnen hatte, so konnte man auch nicht mit herzerhebendem Stolz auf die deutschen Waffentaten zurückblicken; was man vor den Augen hatte, war das Treiben des österreichischen und preußischen Militärs, das als Sieger eingezogen war und als Besatzung zurückblieb; der Dünkel der fremden Offiziere und die barbarische Disziplin des Exerzierplatzes ließen sie diesen Städtern wenig liebenswert erscheinen. Statt dessen fuhr man fort, sich an der Erinnerung napoleonischer Gloire andächtig zu erbauen und in den Veteranenvereinen einen Kaiserkultus zu treiben; die hessische Regierung aber — „Monsieur de Darmstadt" hatte ja an denselben Dingen seinen Anteil gehabt — ließ diesen ungefährlichen Imperialismus lieber gewähren als deutschradikale Neigungen. Die eigentliche Wurzel der Anhänglichkeit an das Fremde aber saß im bürgerlichen Rechtsleben, und nirgends haftete die Französelei fester als in dem Juristenstande selbst, in den Bamberger 1845 zur praktischen Vorberei-

tung als „stagiaire“ eintrat. Begreiflich, daß man mit Stolz in der Einheit und Klarheit des code Napoléon lebte, wenn man sich im eigenen Lande mit den Ordnungen des Starkenburger, Solmser, Lycher, Katzenelnboger Landrechts abfinden mußte; und was man von deutscher Rechtspflege in nächster Nähe kennen lernte, war das Treiben der sog. schwarzen Kommission und der Demagogenverfolgung. Gar zu gern knüpfte sich die halbkokettierende Vorliebe an die Eitelkeiten der fremden Form. „Schauer der Unendlichkeit“, so erzählte Bamberger damals, „rieselten den Rücken herab, wenn die Sprache auf die roten Talare des Pariser Kassationshofes kam, und mit ehrfurchtsvoller Rührung erzählten die ergrauten Kanzlisten uns spätgeborenen Kandidaten, wie zur guten alten Zeit der Assisenpräsident seinen feierlichen Aufzug gehalten und einer Schildwache vor seiner Türe genossen habe.“ Genug: wir sehen in diesen stillen Lehrjahren auf vielfach verzweigten Kanälchen den radikalen halbfranzösierten Mainzer Geist in den jungen Juristen einziehen. Wenn er sich später mit rascher Empfänglichkeit in französische Verhältnisse einlebte, so war der Boden dafür längst bereitet.

Die deutsche Revolution, die in Mainz der Französelei erst ein Ende machte, entschied auch über Bambergers Leben. Gleich vielen unserer besten Deutschen ist er ein Sohn des Jahres 1848. Wie manche schlummernde politische Talente der Nation hat nicht der Sturm dieses zeugungskräftigen Frühlings ans Licht gerufen, aus der Stille der Studierstube und des Bureaus auf den Markt des Lebens, aus partikularer Beschränkung in die jauchzend erwachte Öffentlichkeit eines großen ganzen Volkes geführt! Gewiß ein Segen, wenn eine außergewöhnliche Konstellation auch einmal die Kräfte losreißt, die an die Scholle des Berufs und die niedern Sprossen einer Amtshierarchie gefesselt, im natürlichen Lauf der Dinge ihre Bestimmung niemals hätten finden können. Und mancher damals einsetzende Lebenslauf des neuen Deutschlands trägt auch die Zeichen seiner politischen Geburtsstunde, denn für sie auch gilt die Weisheit des orphischen Urwortes: „wie an dem Tag, der dich der Welt verliehen, die Sonne stand zum Gruße der Planeten,

bist also fort und immer fort gediehen." Der größte Sohn des Jahres, Bismarck, ist allerdings — eines der viel selteneren Beispiele, nicht aus der Bewegung, sondern aus ihrer Gegenwirkung herausgekommen; aber auch für ihn blieben auf gewissen Gebieten der innern Politik die Erfahrungen von 1848/49 Zeit seines Lebens beherrschend. Bamberger dagegen mußte, das konnte nach seiner ganzen Entwicklung nicht zweifelhaft sein, zu den Tausenden gehören, die sich über Kopf in den wogenden Strom stürzten.

Der erste Tag zeigte, daß er schwimmen konnte. Es war der Tag, an dem für Hessen die Preßfreiheit verkündigt wurde: er gab Deutschland einen seiner besten Publizisten. Als wenn ein lange unterdrücktes, nach Entfaltung drängendes Talent ihn getrieben hätte, keine Minute mehr zu verlieren, so stürzte er damals in die Redaktion der Mainzer Zeitung und schrieb seinen ersten Leitartikel. Und nun war jeder Tag ein Erfolg, in wenigen Wochen hatte er die Leitung des Blattes in den Händen, der unbekannte junge Jurist war eine politische Macht in seiner Vaterstadt. Mit jugendlicher Sicherheit und Überschwenglichkeit führt er die Feder: „Jugend, deine Zeit ist da," ruft er bald am Anfang im seligen Gefühl des freiesten Wirkens aus. Denn er ist kein Unfertiger und kein Schwätzer; was er sagt, verrät mannigfache Kenntnisse und geschultes Denken, mit gewandtester Dialektik wird es in eine gute Form gebracht, mit demagogischem Geschick auf eine fortreißende Wirkung berechnet. Als sein Radikalismus ihn im Mai vorübergehend in seiner Stellung unmöglich machte, durfte er es wagen, siebenundzwanzig dieser Leitartikel unter dem zärtlichen Titel „Flitterwochen der Preßfreiheit" in Buchform herauszugeben; und noch mehr, nach einem halben Jahrhundert konnte der Greis unbedenklich — wer würde in gleicher Lage den Mut finden? — eine Auswahl in die Sammlung seiner Schriften aufnehmen. Ihm konnte diese Probe jugendlichen Beginnens nur seinen Lieblingssatz bestätigen, „daß der Mensch im Laufe der Jahre sich zwar ändert, aber doch in vielem derselbe bleibt." Und in Wahrheit: wie viel Axiome seines spätern politischen Glaubensbekenntnisses sind hier schon im Keime vorhanden! Fertig ist der

Unitarier sans phrase; die kleinen Staaten sind kein Boden, politische Charaktere zu bilden, weil sie dem Staatsmann die großen Probleme gar nicht bieten; da der Einigung Deutschlands nur die Interessen der Fürsten im Wege stehen, so vermag er sich keine andere Lösung vorzustellen als durch das radikale Heilmittel der Republik; also müssen die Fürsten gehen, wie er in einem äußerst charakteristischen ökonomischen Vergleiche ausführt: „der moderne Geist, der unerbittlich dahinschritt über die unglücklichen durch verbesserte Produktionswerkzeuge brodlos gewordenen Proletarier, wird früher oder später auch den Arbeitern an der deutschen Staatsmaschine verkünden, daß sie entlassen sind, weil das Werk durch eine neue Erfindung, die deutsche Einheit, vervollkommnet wurde." St. Manchester wird auch den deutschen Bund schmerzlos kurieren: es klingt wie der kalte philosophische Trost jenes Kantischen Freundes! Aber wer einmal von der flachen Gleichung ausging, der Staat sei nichts als ein erweiterter Haushalt, den mochte die konsequente Abstraktion wohl zu dem Schlusse führen, daß aus der freien Konkurrenz auch das harmonische Gleichgewicht in der deutschen Reichsverfassung hervorgehen würde.

So klingen die ersten Trompetenstöße, man kann sich denken, welche Reise die Entwicklung geht. Bald drängt er in die nächste Arena: in die Volksversammlung. Um Mitte April erficht er den ersten Erfolg als Redner. Wiederum der Beginn einer Laufbahn, nach deren Abschluß ihm der Nachruf Th. Mommsens das Zeugnis eines der glänzendsten Redner des Jahrhunderts ausstellen konnte. Natürlich war er so links, wie man es irgend sein konnte. Der Neuling gehörte ja nicht in das erste Glied der alten liberalen Vorkämpfer, noch in das zweite der bekannten „Männer des öffentlichen Vertrauens" aus den letzten Jahren, die nun beide in die Paulskirche einzogen; er konnte sich jugendhalber nicht einmal aktiv an der Wahl beteiligen und fand sich in der Phalanx jener Journalisten und Volksredner, die jenseits der äußersten Parlamentslinken stand und in den Volksversammlungen mit Heftigkeit auf die „Parlamentler" drückte. Der Mainzer Vertreter Zitz lieferte in Frankfurt gleich am Anfang der

Tagung den Beweis, daß er der Radikalsten einer war; er gehörte nachmals zu den Rednern der Pfingstweide, die vor dem Septemberaufstande das Volk haranguierten, endlich einmal „Fraktur zu schreiben". Nun liest man gar in Bambergers Erinnerungen, daß dieser gesinnungstüchtige Mainzer Demokrat und Preußenfresser, der wie der Kölner Raveaux aus dem volkstümlichen Amte des Karnevalspräsidenten in die politische Führerrolle hineingewachsen war, anfänglich noch gar nicht so rot war, sondern sich erst von unserem jungen Redakteur — eben das war der Erfolg seines ersten öffentlichen Auftretens — in der Frage der deutschen Republik weiter nach links drängen ließ; ja, die „Wohlgesinnten" erklärten bald den schmächtigen Jüngling für seinen bösen Geist.

Nun können wir Bamberger nicht durch den ganzen Verlauf des Revolutionsjahres begleiten. In angespanntester Tätigkeit ging er den üblichen Weg politischer Laufbahn. Er war Berichterstatter beim Vorparlament und bei der Nationalversammlung; hier schloß er Bekanntschaften mit Julius Fröbel, Arnold Ruge, Johann Jacoby, Ludwig Simon, mit denen er noch lange in politischer und persönlicher Freundschaft, bis ihre Wege sich wieder trennten, verbunden blieb. Er gründete in Mainz einen demokratischen Verein und dehnte dessen Organisation über die ganze Landschaft aus, er redete in Volksversammlungen in Stadt und Land, bei Festbanketten und in Turnvereinen; er nahm als Vertreter seines Vereins am demokratischen Kongreß in Berlin teil; heftige Zeitungskämpfe mit der Regierung und den „Wohlgesinnten" liefen zwischen durch. Bis Anfang Mai 1849 ging das fort, bis nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm jede Aussicht schwand, mit den Fürsten das neue Einheitsreich zu begründen. Dann war die Zeit der Leitartikel ebensogut zu Ende wie die der Parlamentsreden; auch Bamberger hatte einen anderen Platz einzunehmen als den im Parlamente, in das ihn eine tumultuarische Spätlingswahl noch als Ersatzmann für seinen Freund Zitz entsenden wollte.

Die Führer konnten nicht mehr anders als losschlagen. Man hatte sich und andere solange mit revolutionären Phrasen

berauscht, bis man mit der Dialektik an die äußerste Grenze gelangt war und nur noch das letzte Mittel der Entfesselung der revolutionären Kräfte vor sich sah: man mußte einen Versuch machen. Die Gewehre gingen nun wirklich los, und die Volksredner und Redakteure mußten vor die Front. Manche von ihnen mochten sich gewöhnt haben, in Überschätzung der eigenen Kräfte die Redensarten als Realitäten zu fassen, bei den meisten fand sich doch eine Unterströmung des Mißtrauens gegen sich selber, ja, der Hoffnungslosigkeit, zurückgedrängt vor den Genossen, selten ganz betäubt, das Geheimnis des einzelnen. Bamberger erzählt: „Mit einem Herzen voll Unruhe, aber mit dem klaren Bewußtsein eines unvermeidlichen ‚Muß' entschlossen wir uns zum äußersten Schritt." Auch in ihm war häufig der nagende Zweifel aufgestiegen, denn sein Radikalismus hatte seinen nüchternen Blick für die Wirklichkeit niemals getrübt. Er mochte sich als Fanatiker geben und so erscheinen, innerlich war er das Gegenteil, der geborene Skeptiker. Schon nach seinen ersten persönlichen Erfolgen hatte er im April 1848 in einem vertraulichen Briefe geschrieben: „Der Mangel an tüchtigen Leuten ist ebensosehr die Ursache dieser leichten Karriere, als das, was einen darin nicht froh werden läßt. Ist es nicht ein Armutszeugnis für die ganze Geschichte, daß ich so schnell an die Spitze gedrungen bin, und daß ich, trotzdem ich lange nicht so viel von mir halte wie die Leute, und wie die Leute meinen, trotzdem nur so wenige sehe, die sich mit mir messen können?" Immer war diese Stimmung wiedergekehrt. Nach dem demokratischen Kongreß in Berlin urteilte er: „Er war der Superlativ aller Erbärmlichkeiten, und ich war so von Ekel gegen die dummen Jungen erfüllt, welche das große Wort führten, daß ich an mir und an der Sache zu zweifeln anfing." Jetzt aber mußten die Zweifel schweigen, jetzt mußten die Hoffnungen und Kräfte zu der letzten großen Probe zusammengerafft werden. Und da stand Bamberger die schwerste Enttäuschung noch bevor.

Es scheint, als ob sein Anteil an der pfälzischen Revolution für seine innere Entwicklung noch mehr bedeutet, als er selber annimmt. Er hat sich damals seinen Erlebnissen merkwürdig

rasch objektiv gegenübergestellt; während der ersten Flüchtlingstage zeichnete er sie auf und gab sie in Druck. Die Memoiren enthalten hier eine Lücke: indem sie einfach auf diese Schrift verweisen, verzichten sie auch darauf, die Summe zu ziehen. Der Ton des Berichtes enthält nichts von Rekrimination, dem Lieblingssport der Flüchtlinge, und nichts von Beschönigung, keine Spur von Tiraden gegen die Sieger. Er will wohl tadeln, aber ohne Selbstgerechtigkeit, denn er meint demütig genug aus der Revolution gekommen zu sein. Es heißt allein für ihn, in ruhiger Erwägung praktische Lehren aus der Niederlage zu ziehen: „möge man sich in Deutschland daran gewöhnen, den Schwierigkeiten einer Revolution ins Auge zu sehen und sich von seinen Kräften Rechenschaft zu geben."

Aber er nahm doch noch bessere Lehren mit, als wie man Revolutionen zweckmäßiger vorbereite und inszeniere. In diesem Pfälzer Monat kam er zur Erkenntnis, was die verhetzten Massen denn im ernsten Kampfe zu leisten vermochten, was Mangel an Disziplin und Schulung, an Einheitlichkeit und Sachkenntnis in der Leitung bedeuten mußten, Mangel an allen denjenigen Fähigkeiten, die die historischen Gewalten nur durch lange Übung den Massen anerziehen: wie schmerzlich rief das zu den Pfälzern gerückte rheinhessische Hilfskorps von 1500 Mann, unter Zitz und Bamberger, nach einem ehemaligen preußischen Leutnant oder doch einem altgedienten Unteroffizier, und mußte froh sein, einen abgelegten und ganz unbrauchbaren Polen als General zu bekommen. Ebenso neu war die Erkenntnis, daß in dem gelobten Lande des Radikalismus die Revolution gar nicht den breiten Boden besaß, von dem man in den Redaktionsstuben geträumt hatte; mit den Biedermännern der provisorischen Regierung der Rheinpfalz war ebensowenig anzufangen wie mit den zwangsweise ausgehobenen Revolutionssoldaten. So jagten sich in diesen Wochen die Rückschläge. Die lange schleichenden Zweifel an dem hoffnungslosen Treiben, der Ekel über die Genossen ist jedenfalls noch viel stärker ausgebrochen, als seine Darstellung verraten durfte. Er war gewiß nicht zum Krieger geboren und gänzlicher Laie in militärischen Dingen; diese

Freischärlergestalt paßte eher unter die Karikaturen aus der pfälzischen Revolution. Aber sein ganzes Ingenium war durch Erziehung und Gewöhnung auf Ordnung im bürgerlichen Leben gestimmt und sträubte sich gegen den Jammer dieser heillosen Unordnung, es war mit scharfem Urteil und Sinn für das Reale, mit großen praktischen Gaben ausgestattet und wurde nun in die klägliche Hilflosigkeit und Planlosigkeit des Ganzen hineingerissen. Von Anfang bis Ende eine Tragikomödie: das war das ernüchternde Wasserbad für die künstliche Siedehitze des Revolutionsjahres und die himmelstürmenden Abstraktionen seiner politischen Theorie.

Nicht jedem ist es beschieden, daß das Leben so prompt und streng ein Exempel an seinen Irrtümern statuiert, und die wenigsten wissen dann den richtigen Gebrauch von der empfangenen Lehre zu machen, sondern mühen sich nur, sie immer von neuem sich zu verdienen. Manchen, den meisten, ist die Flüchtlingsschaft keine vita nuova geworden, sondern der trübe Ausgang eines verlorenen Lebens. Bamberger war einer von denen, die sich durchkämpften, ausgetrieben von Vaterland, Familie und Beruf von vorn anfingen. Als er am 22. Juni 1849 aus dem verunglückten Freischarenzug mit Zitz in Basel eintraf, war sein Urteil zwar noch längst nicht gesprochen (erst im Laufe der nächsten drei Jahre wurde er in Mainz zu 8 Jahren Zuchthaus und in Zweibrücken zum Tode verurteilt), aber es konnte kein Zweifel für ihn sein, daß er sich das deutsche Vaterland verscherzt hatte, vielleicht für immer.

Die Sorge um die Zukunft meldete sich, und es war längst nicht mehr die Sorge um ihn allein. Ein ganz persönlicher Antrieb spielte für ihn mit, sich möglichst rasch aus der ihm antipathischen Unordnung und Bummelei des schweizerischen Flüchtlingslebens emporzuheben: er hatte sich einige Jahre zuvor mit einer jungen Base verlobt. Das Kapitel über die Entwicklung dieses Verhältnisses ist eines der ansprechendsten des ganzen Buches und führt uns den Erzähler menschlich am nächsten. Es ist die überraschende Kehrseite bei dem blutroten Demagogen: wir sehen, daß er doch nicht völlig in dem radikalen Treiben des Revolutionsjahres aufge-

gangen war, sondern sich mitten darin die Wärme und Herzlichkeit menschlicher Empfindung bewahren konnte. Auch für den Biographen ist es ein Trost, wenn sich das Leben nicht wie ein kaltes Rechenexempel aus den allgemeinen Voraussetzungen heraus abspielt, sondern immer wieder aus der Tiefe individuellsten Begehrens seine besten Kräfte zieht. Es ist wieder einmal ein hübsches Beispiel, daß die Menschen nicht allein nach dem Charakter ihres öffentlichen Auftretens zu beurteilen sind. Und ganz eigenartig war dieses Problem hier gestaltet. Bamberger durfte wohl von sich sagen, daß seine innersten Herzensschicksale sich mit politischen Bewegungen in eins verschmolzen, im Guten wie im Schlimmen, wie sie sich in den Besitz seines ganzen Fühlens teilten. Der Drang, vor der Braut die Fähigkeiten seines Ingeniums zu beweisen, hatte mitgewirkt, seinen Ehrgeiz stürmisch voranzudrängen; glückstrahlend hatte er ihr die ersten Erfolge gemeldet, als wenn sie die erste Staffel einer gesicherten Laufbahn bedeuteten; und in diesen Briefen war auch die Stelle, wo seine geheimen Zweifel an sich selber und an seinem ganzen Tun sich auszusprechen suchten. Wie das Steigen und Fallen der großen Bewegung ihn mit sich forttrug, so stiegen auch seine vom Ernst der Abstraktion merkwürdig durchsetzten Liebesbriefe die ganze Skala zärtlicher Empfindung auf und ab. Beides war unzertrennlich ineinander verwoben. Der Privatmensch, so urteilt er selbst, schlug und vertrug sich mit dem öffentlichen, die unmittelbare Empfindung mit doktrinärer Selbstanalysierung. Je mehr ihn der Gedanke an das Gemachte des Revolutionstreibens überkam, drängte es ihn, in dieser freundlichen Beziehung „den eigentlichen Menschen" wiederzufinden; noch aus dem Freischarenzuge eilte er manchmal zum Stelldichein hinüber.

Jetzt, nach dem Zusammenbruch, blieb von der Romantik nur der Druck einer ernsten Verantwortung. Zuerst faßte er den Plan, zusammen mit Zitz und Friedrich Kapp eine internationale Advokatur in New York zu begründen. Während die Freunde voraneilten, reiste Bamberger auf polizeilich abgesteckter Reiseroute durch Frankreich — ein freundlicher republikanischer Expräfekt dedizierte ihm unterwegs Bastiats „Sophismes économiques" als Reiselektüre — nach England,

um sich in das unmethodische Chaos der englischen Jurisprudenz einzuarbeiten. Nach wenigen Monaten aber faßte er einen Entschluß, einen anderen Lebensweg einzuschlagen: in der Alten Welt zu bleiben und Kaufmann zu werden. Die Anregung ging von seinen Verwandten mütterlicherseits aus. Es waren zwei mit Glück und Gaben begünstigte Bankiers Namens Bischoffsheim, Brüder seiner Mutter, Typen der internationalen jüdischen Großfinanz, die zuerst in dem liberalen belgischen Musterstaat emporgekommen, sich mit Geschick über den ganzen Westen Europas ausgedehnt hatten, Häuser in Brüssel, Antwerpen, Amsterdam, Paris und London besaßen; Bambergers jüngerer Bruder gehörte bereits der Firma an, auch für ihn selber boten sich auf diesem Wege gewissere Aussichten als in Amerika. So faßte er den Entschluß; der Republikaner, der aus Deutschland die Dynastien hatte wegfegen wollen, trat nun in den Dienst einer Dynastie jüngeren Datums und bestieg zunächst in London, dann in Antwerpen als Lehrling den Kontorsessel. Unter schweren Beklemmungen fügte er sich in das neue Leben, manchmal nur durch die Pflicht, die ihn band, aufrechterhalten. Unendlich schwer fiel ihm der Übergang aus einem akademischen Berufe, er meinte gar keine Gaben zum Geschäft mitzubringen und urteilte noch am Ende seines auch auf diesem Gebiete erfolgreichen Wirkens, seine Fähigkeiten hätten eigentlich nicht nach der Seite des geschäftlichen Talentes (er meinte allerdings besonders die Spekulation) gelegen. Aber er tat sich damit wohl unrecht. Das eigentümliche Ingenium seiner Rasse, in seiner Blutverwandtschaft besonders glücklich bewährt, versagte sich auch bei ihm nicht. Trotz alles Zweifels an sich selber lebte er sich doch so rasch in seinen neuen Beruf ein, daß er im September 1851 mit erborgtem Kapital und der Hilfe seiner Verwandten ein bescheidenes Bankhaus in Rotterdam errichten und im Mai 1852 die Braut heimführen konnte. Und als nach einem Jahre selbständiger Geschäftsführung ihm der Antrag gemacht wurde, in das Pariser Haus Bischoffsheim einzutreten, nahm er ihn an.

So blieb er in der plötzlichen Wandlung seines Geschickes, während ungezählte Existenzen strandeten, davor bewahrt,

den ganzen Jammer der deutschen Emigration in der Schweiz, in England und Amerika, mit ihrem Bodensatz von Not und Gemeinheit, von kannegießerndem Müßiggang und schlechtem Verschwörerhandwerk an sich selber zu erfahren. In der nüchternen und gewissenhaften Pflichterfüllung seines Berufes wurde er der Verwilderung eines großen Teiles der alten Parteigenossen, für die in dem Paris des dezembristischen Kaiserreiches überhaupt kein Boden war, bald völlig entfremdet. In wenigen Jahren verwandelte sich der junge Mainzer Revolutionär in ein Mitglied der Pariser haute finance: Beweis genug, daß die Anpassungsfähigkeit seiner Natur ihn im Sommer 1849 doch nicht auf den ihr entsprechendsten Weg geführt hatte. Hatte schon damals, als seine Flüchtlingsfahrt ihn über Besançon führte, der Präfekt die schmale Gestalt mit der ironischen Frage gemustert: „Vous avez donc renversé des gouvernements?", so sollte man es bald dem soliden Bankier und beliebten Plauderer der Salons nicht mehr ansehen, daß die Pariser politische Polizei ein dickes Faszikel Personalakten: Bamberger, Louis, chef des bandes qui ont ensanglanté le Palatinat" zu führen fortfuhr und damit bei der Polizei mehrerer deutscher Bundesstaaten dankbare Gegenliebe fand.

Die kräftigste Epoche des Manneslebens, vom dreißigsten bis zum fünfundvierzigsten Jahre (1853—1868), hat Bamberger in Paris verbracht. Seine Lebenserfahrung, seine politische Bildung, seine geistige Individualität sind vollendet worden in einem Berufe, den er weder als das Ziel seines Strebens noch als das eigentliche Feld seiner Begabung ansah, und in einem Lande, in dem er bis zuletzt nur ein tatsächlich anwesender Fremdling blieb. Ein ganz außerordentliches Moment für die Analyse seines politischen Lebens. Auf den ersten Blick fällt vielleicht nur der Umweg ins Auge. Aber der größte Umweg, wenn er nur zum Ziele führt, bietet auch seinen Ertrag, freilich einen andern als die große Heerstraße. Was im Sinne normaler Entwicklung gewiß einen Verlust bedeutet, hat doch auch wieder seine positive Seite. Es ist natürlich, daß gerade ihr der Erzähler der Erinnerungen

in dem starken Gefühle der Kontinuität seiner Persönlichkeit sich mit Vorliebe zuwendet. Der Historiker hat das Fördernde und Hemmende gleichmäßig zu beachten.

Mit der Wahl seines Berufes söhnte Bamberger sich nur langsam, erst nach dem ersten halben Jahrzehnt des Pariser Aufenthaltes aus. Die praktische Berührung mit großen Aufgaben des Kulturlebens und der tägliche Verkehr mit angenehmen und gebildeten Leuten verschiedenster Berufsarten befreiten sein Bewußtsein allmählich von allem Druck. Mit der Zeit lernte er die Vorteile der Schulung für das praktische Leben immer höher schätzen, in vollem Maße erst, als er sich später objektiv zu einer abgeschlossenen Periode stellen konnte. Was er damals an Belehrung davontrug und zur Sicherung einer ökonomischen Unabhängigkeit (erst seit dem Ausgang der fünfziger Jahre begann er ein wohlhabender und bald auch reicher Mann zu werden) erwarb, das mußte dem Rückblickenden später als die unersetzliche Vorbedingung für die Laufbahn seines Lebens erscheinen.

Es ist allbekannt zunächst, welche Früchte die spezifisch banktechnische Erfahrung ihm in der Glanzzeit seiner politischen Tätigkeit im Vaterlande getragen hat. Sein verdienstvoller Anteil an der Einführung der Goldwährung und an der Begründung der deutschen Reichsbank — der auf privatwirtschaftlichem Gebiete seine Mitwirkung bei der Errichtung der Deutschen Bank zur Seite steht — ist vornehmlich die Frucht der Pariser Lehrjahre gewesen. Der weite, an große Verhältnisse gewöhnte Blick, die jahrzehntelange Vertrautheit mit den Lebensbedingungen des internationalen Geldmarktes und allen Zweigen industrieller Unternehmung: solche Vorzüge bildeten bei dem Ausbau der deutschen Reichsinstitutionen eine um so willkommenere Mitgift, als sie bei dem preußischen Beamtentum und bei den unitarischen Politikern der Kleinstaaten nur sehr sparsam vertreten waren.

Auch von dieser unmittelbaren Nachwirkung abgesehen, hat die Berufstätigkeit Bambergers einen tiefen allgemeinen Einfluß auf die Erziehung seiner politischen Anschauungen ausgeübt. Es ist erklärlich, daß die ausschließlich auf dem Gebiete der Privatwirtschaft gesammelten Erfahrungen sich

ihm in ausgesprochen individual-wirtschaftliche Überzeugungen umsetzten. Seine ganze Geistesrichtung kam der Ausprägung dieses Ideals entgegen. So wird später seine politische Wirksamkeit in Deutschland, im Parlament und in der Publizistik, gekennzeichnet durch die konsequenteste Vertretung der auf die Befreiung der individuellen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft gerichteten Ideen, sowohl in der Periode ihres Sieges bis 1876, als in der Periode ihrer Zurückdrängung durch eine von der sozialen Motivationsweise beherrschten Ideenwelt. Man müßte die Geschichte seines ganzen politischen Lebens schreiben, wenn man den Nachweis dieser Zusammenhänge im einzelnen durchführen wollte. Nur auf den Ursprung gewisser Schranken seiner politischen Bildung aus der Einseitigkeit seiner Erfahrungen möge noch hingewiesen werden. Bamberger hat die neudeutsche Kolonialpolitik niemals anders beurteilt als vom Standpunkt des vorsichtigen Bankiers, der seine Hände nicht in unsolide Geschäfte steckt und unsichere Chancen als unsolide einschätzt. Er hatte in Paris zu häufig den lehrreichen Typus des windigen Projektenmachers kennen gelernt und den Geschäftsgrundsatz des zugeknöpften Portemonnaies als beste Abwehr erprobt: da erschien ihm später jede koloniale Unternehmung wegen ihres zumal in den Anfängen unvermeidlichen abenteuerlichen Anstrichs von vornherein als ein Handel, bei dem es, scharf ausgedrückt, nur Betrüger und Betrogene geben könnte. Ein merkwürdiges Verhängnis, daß die im kleinen Bankierleben erworbene Geschäftsreellität ihm die Organe für die neue große Entwicklung der Weltwirtschaft abstumpfte; vielleicht würden Londoner Erfahrungen anders auf ihn gewirkt haben als die viel beschränkteren der Pariser Finanz. Er gehörte, wie viele der Besten seiner Zeit, zu denen, die in der freien Konkurrenz der wirtschaftlichen Tüchtigkeit der einzelnen Völker das Ideal der Weltwirtschaft erblickten. Er hat es später nicht sehen wollen, daß in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen das nationale Sonderinteresse allmählich die weltbürgerliche Arbeitsteilung zurückdrängte, und das Deutsche Reich, wie jede Großmacht, die sich in diesem Kampfe behaupten wollte, die Konsequenzen

zu ziehen und die nationalen Machtmittel einzusetzen genötigt wurde. Die Doktrin verschloß ihm den Blick für die wirtschaftliche Notwendigkeit der deutschen Kolonialpolitik und einer starken Flotte; das natürliche Volksempfinden sollte das eher als dieser kluge und erfahrene Mann begreifen.

Aber daß die Behauptung der Nationen in ihrer Individualität innerhalb der großen Gemeinschaften der Erde das letzte Ziel aller Politik und daher der Kern aller weltgeschichtlichen Bewegung sei, das ist niemals seine Überzeugung gewesen. So gewiß er ein deutscher Patriot von reinem Streben war, ebenso gewiß scheint mir, daß er die notwendige Einseitigkeit aller nationalen Kraft vornehmlich als störendes Moment in der allgemeinen Entwicklung auffaßte. Die ganze Richtung seines Bildungsganges ging dahin, und die Geschäftstätigkeit in Paris mußte ihn darin bestärken. Das Milieu, in dem er sich hier bewegte, war kein Nährboden für die herbe Ursprünglichkeit nationalen Geistes: die ihrer Abstammung nach deutsch-jüdischen, aber in Frankreich naturalisierten Männer der Finanz, die Bischoffsheim, die Königswarter und alle Großen und Kleinen ihres Schlages: eben die Kreise, in die Bamberger selber eingetreten war. Er erzählt einmal in seinen Erinnerungen, wie der später als Unternehmer der türkischen Bahnen reich und berühmt gewordene Baron Moritz Hirsch — nebenbei Schwiegersohn des Brüsseler Bischoffsheim, also angeheirateter Vetter Bambergers — während des luxemburgischen Konfliktes zwischen Preußen und Frankreich zuerst Bismarck einen neuen Betriebsvertrag mit der Luxemburger Bahn angeboten und ihn mit der Aussicht auf eine wichtige Handhabe zur Beeinflussung des Landes und für militärische Bewegungen geködert habe, dann aber spornstreichs nach Paris zurückgeeilt sei, um auf die napoleonische Regierung mit der Ausmalung dieser bedrohlichen Möglichkeiten zu drücken und ihr dadurch die vorher vergeblich verlangten Vorteile seitens der französischen Ostbahn, den eigentlichen Kern des Handels, abzunötigen. Im Privatleben mag das ein Geschäft wie viele andere sein und im Sinne der geschäftlichen Individualmoral nicht als unsittlich bezeichnet werden. Und doch revoltiert unsere natür-

liche Empfindung sofort dagegen. Wer sich Bambergers Urteil: „sein Scharfsinn und seine erfinderische Kombinationsgabe lieferten bei dieser Gelegenheit ihre erste Meisterprobe", gefallen lassen will, wird sich doch das Recht vorbehalten, zur Charakteristik der glücklichen Gaben des Herrn Hirsch anders nuancierte Bezeichnungen zu wählen, und hinterdrein mit Befriedigung lesen, daß Bismarck dem Unternehmer das Stück nicht vergaß, sondern während des Berliner Kongresses sich weigerte, von ihm Notiz zu nehmen. Das sittliche Urteil — nicht das des Deutschen in specie, sondern ebensogut das des Franzosen — gibt sich hier mit der Individualmoral nicht zufrieden, sondern fordert die soziale Motivationsweise, die Anwendung des Sittengesetzes der nationalen Gemeinschaft. Wir kommen nicht darüber hinweg, daß in der Luxemburger Frage zwei große Kulturvölker von der nationalen Erregung an den Rand des Krieges gedrängt sind, und daß diese Spannung von einem deutsch-französischen Spekulanten zur Erringung privaten Vorteils ausgebeutet wird. Es gibt Momente im Leben der Völker, wo jeder zu den Seinen stehen muß, wo diese zwieschlächtigen Wesen dem gesunden Empfinden der Volksgemeinschaft unerträglich sind.

Es liegt mir fern, Bamberger mit diesen Elementen auf eine Stufe zu stellen. Er unterschied sich von ihnen durch den wirklichen Gehalt eines unverwüstlichen deutschen Idealismus; er hatte, um mich eines volkstümlichen Ausdruckes zu bedienen, doch etwas unter den Füßen, was jene anderen seines Kreises nicht besaßen. Was einem im Herzen wohnt, kann einem das Milieu nicht rauben: aber daß es immerhin anders wirkte, als die stete Berührung mit der vaterländischen Mutter Erde getan haben würde, das läßt die Weitherzigkeit in Bambergers Urteil doch auch wieder ahnen.

Im Vergleich zu seiner Geschäftstätigkeit erschien Bamberger sein Anteil an dem geistig-geselligen Leben doch als die wärmende und leuchtende Sonne des Daseins. Mit welcher Liebe er noch als Greis bei diesen Erinnerungen verweilte, verrät uns die nun in der Pariser Zeit ganz behaglich werdende Ausgiebigkeit des Erzählers. Man wird es nachfühlen, wenn man diesen Reichtum persönlicher, durch eine feine Gesellig-

keit zusammengehaltener Beziehungen überschaut. Die Ausbildung der geistigen, insbesondere auch der schriftstellerischen Individualität Bambergers hat aus diesem eigenartigen deutsch-französischen Milieu die bleibendsten Anregungen geschöpft.

In den ersten Jahren steht die deutsche Flüchtlingsgruppe mit ihren Neigungen und Verbindungen noch im Vordergrunde des Verkehrs, wenn auch auf einen kleinen Freundeskreis beschränkt: da war Ludwig Simon, der Trierer Advokat, einst in der Paulskirche gleich hinreißend durch radikale Redegewalt und zierliche Schönheit, jetzt gleichfalls Kommis in einem Bankgeschäft, dessen Chef auf die Vergangenheit seines Untergebenen selbstgefällig herabsah; dann der Dichter Moritz Hartmann, schon als Sänger von „Kelch und Schwert“ zum Mitglied der Frankfurter Linken berufen, auch auf dem Krankenlager ein verwöhntes liebes Kind der Frauen; der schwäbische Naturbursche und Dichter Ludwig Pfau, den die Freunde wegen seines Berufes als Kunstgärtner ohne Erfolg in den Gärten des Barons Rothschild zu Ferrières seßhaft zu machen versuchten; vor allem der scharfsinnige und kluge H. B. Oppenheim, schon seit der Studentenzeit Bambergers diesem verbunden und später im Reichstage sein Fraktionsgenosse; ab und zu kam auch der joviale Karl Vogt von Genf herüber und brachte einen Luftzug aus der Atmosphäre der schweizerischen Flüchtlingsschaft mit. Einen Anschluß an diesen Kreis suchte auch das bewegliche Völkchen deutscher Journalisten und Zeitungskorrespondenten, unter denen das jüdische Element gleichfalls stark vertreten war. Berührungen mit den Mitgliedern anderer Emigrationen war dagegen seltener; außer einigen Ungarn trat Bamberger der „herkulisch-milden Gestalt“ Iwan Turgenieffs näher. Im Laufe der Jahre verschwanden die Schicksalsgenossen in dem rein französischen Umgang. Den Übergang bildeten auf der einen Seite einzelne ganz französierte Deutsche seines Umganges, wie der Maler Heilbuth und der Orientalist Jules Mohl, und vor allem die deutsch-jüdischen Kreise der Finanz, auf der anderen Seite die elsässischen Journalisten, wie August Nefftzer, der Begründer des „Temps“ und Louis Ulbach, die Kreise der „Revue germanique“, später

„Revue moderne“, meistens zur anti-napoleonischen Fronde gehörig und daher den radikalen Deutschen in der Oppositionsstimmung verwandt, sonst reine Franzosen, nur aus alemannischem Blute und mit deutschen Namen.

Bamberger erörtert, ein gewichtiger Zeuge, an dieser Stelle das nach seiner Meinung unlösbare Problem der deutschen Politik, die Elsässer nach 1871 mit ihrem Schicksal zu versöhnen. „Die Deutschen“, urteilt er, „haben durch eigene Fehler zum Mißlingen beigetragen, aber es wäre nicht gelungen, auch wenn sie Engel vom Himmel gewesen wären . . . im Grunde war weder mit guten, noch mit bösen Künsten etwas zu machen. Das ganze französische Leben mit seiner Gravitation nach Paris, selbst mit seiner, nur adoptierten Sprache, war den elsässischen Bürgerkreisen zur lieben Gewohnheit geworden, und da es ebensoviel anziehende Eigentümlichkeiten hatte, wie namentlich das norddeutsche abstoßende, so blieb das dem entsprechenden Gefühl ausschlaggebend. Die Elsässer fühlten sich nicht als Deutsche und entbehrten die französische Lebens- und Staatsgemeinschaft schmerzlich. Das ist eine Tatsache, die jenseits von Lob und Tadel, als ein Ereignis auf eigenen Füßen steht.“ Er hält die Wirkung „des eigentümlichen Reizes, den französisches Wesen auf die Menschen ausübt“, für unüberwindlich. Es hat wohl sein Urteil mit bestimmt, daß er selber diese Wirkung auf das tiefste erfahren hatte. Er vermochte sich ganz in dieses französische Wesen einzuleben. Die lebendige Anpassungsfähigkeit seiner Rasse traf hier mit den besonderen Einflüssen aus seiner Mainzer Jugendzeit zusammen, um ihm den Übergang zu erleichtern. Der Reiz einer politisch, national, religiös vorurteilsfreien Geselligkeit mochte um so stärker auf ihn wirken, als er sie in dieser Ausdehnung in Deutschland niemals genossen hatte.

Schon der geschäftliche Verkehr vermittelte ihm manche äußerliche Bekanntschaft. Es ist charakteristisch für die Anforderungen und Gewohnheiten des Pariser Lebens, daß viele Größen, auch aus der Schriftstellerwelt, in ihren Finanznöten die Hilfe des Bankiers in Anspruch nehmen mußten. Aus allen politischen Lagern kamen sie, die Männer der

Februarrevolution, wie Alphonse de Lamartine mit der chronischen Verlegenheit des grand seigneur und der südfranzösische Jude Adolphe Crémieux, der Orleanist Mortimer Ternaux, der Historiker der Schreckenszeit so gut wie der Imperialist van Heeckeren, von Haus aus des Namens d'Anthès, aus Kolmar gebürtig und durch das Duell bekannt, in dem er seinen Schwager Puschkin erschoß. Und allmählich erschlossen Bambergers ausgezeichnete gesellschaftliche Gaben ihm und seiner Frau auch den intimen Umgang mit den erlesensten Vertretern französischen Geistes: in eine reiche Galerie von französischen Charakterköpfen, von Männern und Frauen führen uns die Erinnerungen ein. Durchweg gehören sie wie der größte Teil des literarischen Paris dem Lager der Opposition gegen das Kaiserreich an: der Historiker Pierre Lanfrey, dessen Geschichtswerk geradezu zur Diskreditierung der Napoleonischen Legende bestimmt war, Emanuel Arago, schon durch seine Herkunft aus der republikanischen Aristokratie zu seiner politischen Laufbahn prädestiniert, der radikale Graf d'Alton-Shée, der einst die Pairskammer durch sein „Moi qui ne suis ni Catholique ni Chrétien" entsetzt hatte, der vielgewandte Jules Simon (ob man aber, wie die anonyme Anspielung Bambergers anscheinend möchte, seinen Charakter und seine Laufbahn mit Miquel vergleichen darf?); Gelehrte wie Littré, Renan, Henri Martin und Schriftsteller wie Prosper Mérimée, Stendhal, Sainte-Beuve, dessen geistvolle Plauderart den literarischen Charakter unseres Erzählers vorbildlich beeinflußt haben dürfte; die Maler Gustave Ricard und Paul Chenavard, dem Bamberger noch vor wenigen Jahren einen Freundesnachruf widmete, und der begabte Bohémien Henri Monnier, der Schöpfer der Gestalt des Monsieur Joseph Prud'homme; die Gräfin d'Agoult, George Sand und die Damen, deren gastliche Salons diese angeregte Gesellschaft zu vereinigen pflegten, wie Mme. Didier und Mme. Juliette Adam. Als die wertvollste dieser Erinnerungen bewahrte Bamberger noch lange in seine deutsche Zeit hinein seine Beziehungen zu dem berühmten Salon der Mme. Karoline Jaubert, der Schwester d'Altons. Ihr rühmt er nach, daß sie durch den gemeinsamen Sinn für die Freuden

der praktischen Psychologie, den auf Wohlwollen und Beobachtungsfreude gegründeten Reiz der feinen Wechselbeziehungen ihm besonders eng verbunden gewesen sei. So war ihr Umgang nicht nur eine der reichsten Quellen, aus der er für seine Kenntnis des französischen Lebens schöpfen konnte, sondern bot ihm noch mehr, eine Freundschaft bis zum Ende.

Wenn er bald auf eine befestigte Stellung in der Pariser Gesellschaft blicken durfte, so war er selbst nicht ohne Verdienst daran. Er verfügte nicht nur über eine ausgedehnte und vielseitige Bildung, sondern auch über die den Menschen willkommenere Gabe, sie im Kleinverkehr belebten Gespräches auszumünzen. Und indem sich die aus der Jugend und dem Studium überkommene abstrakte Denk- und Sprechweise allmählich verlor, wurde er ein glänzender und doch nicht oberflächlicher Causeur, dessen graziöse Form beide Sprachen gleich sicher bemeisterte: so kennt ihn die deutsche Literatur, so zeigt er sich noch in dem Buche, von dem wir sprechen, manchmal von seiner liebenswürdigsten Seite, wenn er über Redner und Publikum und Claque, über Unternehmer und Spekulanten, über französische Chansonniers oder etwa den jüdischen Hang zu grotesker Komik, mit reifer Erfahrung plaudert, vor allem, wenn er in feinen Umrissen das Bild einer Persönlichkeit entwirft. Wie vieles brachte er dazu mit! Er gehörte selbst zu den Lebenskünstlern. Er gesteht einmal: „Mich interessierten immer und überall die Menschen mehr als die Dinge. Ich habe mich nie mit Anempfinden von Kunstgenüssen genarrt, für die mir die technischen Voraussetzungen fehlten, und an den schönen Künsten nur so viel Freude gehabt, wie ein Mensch mit gesunden Sinnen und nach einiger Belehrung aus Leben und Lernen natürlicherweise empfinden kann.“ Mehr als die Kunst zogen ihn die erlesenen künstlerischen Reize des Lebens, die intimen Freuden der Geselligkeit und Menschenbeobachtung an. Und dieser für andere Individualitäten aufgeschlossene Sinn fand seine Wurzel in einem echten menschlichen Wohlwollen, in der Liebenswürdigkeit des Herzens: wie es ihm einmal eine Dame als Grund einer rasch sich bildenden Harmonie bezeichnete: „je remarquais que vous ne

teniez pas à vos idées", daß Sie nicht auf Ihre Ideen versessen sind. Das Leben selber besiegte die jugendliche Selbstgewißheit des Radikalen von 1848 und die Einbildung seiner unbarmherzigen Dialektik. Leben und Leben lassen, das entsprach dem überzeugten Individualisten viel besser, nicht mehr richten, sondern verstehen. Ja, auch die Kehrseite dieser Entwicklung bleibt nicht aus. Wir sehen die Kunst, sich keinem Menschlichen fremd zu fühlen, zuweilen zu einer für ein positiver veranlagtes Empfinden unerfreulichen Weitherzigkeit des sittlichen Urteils führen. Man kann gewisse charakteristische Züge des französischen Wesens kaum feiner zeichnen als Bamberger, z. B. den Einfluß der persönlichen, insbesondere der geschlechtlichen Beziehungen auf Gesellschaft und Sittlichkeit, und doch möchte man wünschen, daß die deutsche Art zu empfinden sich mit einem stärkeren Bewußtsein der Unterscheidung von der gallischen Leichtlebigkeit und ihrem Firnis von elegantem Esprit abhöbe.

So werden wir noch einmal zu der Frage zurückgelenkt, wie diese französische Epoche sich zu den Forderungen nationaler Erziehung und nationaler Kultur verhält, die das deutsche Volk wie jedes andere in seinen Führern auf politischem Gebiete erfüllt wissen will.

Niemals hat Bamberger ein Hehl aus seinem Bedauern gemacht, von dem Inhalt jenes gemeinsamen Lebens durch den Krieg von 1870 und seine Folgen wie durch einen unheilbaren Schnitt getrennt zu sein. Gelang es ihm auch, mit manchen der alten Freunde allmählich ein äußerliches Verhältnis wieder herzustellen, mit einzelnen sogar die Intimität ungestört zu bewahren, die meisten konnten es nicht verwinden, den gastfreundlich aufgenommenen, fast zu einem der Ihrigen gewordenen Fremden plötzlich im Lager der Feinde, unter den Führern der deutschen Reichsgründung zu erblicken. Und man versteht, daß sie sich so entschieden. Es ist wohl ein Lieblingsgedanke Bambergers und ein Stück seiner individualistischen Ideale, daß die Menschen in ihrem rein persönlichen Verhalten eine viel höhere Stufe der Kultur erlangen als in allen öffentlichen, durch Vorurteile eingeengten Beziehungen. Der Gedanke ist nichts weniger als

unanfechtbar: das zeigt sich in dieser Frage. Wir sind nun einmal nicht allein Einzelwesen, sondern auch Glieder von einem überindividuellen Ganzen, und unser Sittlichkeitsbegriff nimmt seine Motive aus beiden Sphären. Der höchste dieser menschlichen Verbände, die weniger auf individualistischen als sozialen Beweggründen beruhen, ist das Vaterland, und sein Sittengesetz voranzustellen, bleibt immer das Postulat eines stark empfindenden Volkes. Das ist kein Vorurteil, das ist etwas Großes an sich. So ehrenwert Bambergers Bemühen war, zwischen 1866 und 1870 für eine Annäherung und Verständigung der beiden Völker zu wirken, so natürlich war auch die Absage, die er persönlich nach dem Kriege erfuhr.

Denn dasselbe nationale Sittengesetz hatte ihn ja selber inzwischen dem Leben seines Volkes wiedergegeben. Niemals war er das Gefühl losgeworden, daß die Pariser Jahre für ihn doch der schönsten Vollendung entbehrten. Ist der Mensch nach dem Aristotelischen Worte von Natur ein politisches Wesen, so blieb ihm die wichtigste menschliche Funktion, die Krone des Ganzen, versagt. Er war in Paris nichts als ein staatloses Geschöpf, ungleich den alten Parteigenossen in den Vereinigten Staaten, die sich in ein kulturverwandtes Ganze einleben konnten; selbst das „droit de domicile civil", die Rechtsstellung gleich dem Inländer im bürgerlichen Prozeß, wurde ihm von der kaiserlichen Regierung dauernd versagt. Die politische Anlage Bambergers bewahrte ihn davor, Kosmopolit zu werden. Die große Leidenschaft des einen und freien Deutschlands hatte in dem Revolutionsjahr den ganzen Menschen ergriffen und ließ ihn nicht wieder los. Wenn in diesen Jahren ein Grundton innerer Unzufriedenheit niemals zur Ruhe kam, so geschah es, weil ihm die Möglichkeit eines aktiven Anteils an den vaterländischen Dingen versperrt war. Gewiß war die Stellung eines deutschen Patrioten in Frankreich nicht unbedenklich; sie hat ihm die inneren Konflikte so wenig ersparen können, wie den Vorwurf einer allzustarken Empfänglichkeit für das fremde Wesen; daß wir allerdings das Exil in Frankreich heute mit etwas kritischeren Augen ansehen als das seiner Leidensgefährten in Amerika,

liegt an der Nachwirkung der Ereignisse von 1870. Er hat wie alle Schicksalsgenossen anderer Zeiten den Tribut mit der Entfremdung von der nationalen Arbeit, der unvermeidlichen Folge jeder dauernden äußerlichen Entfernung, zahlen müssen. Aber müssen wir, Söhne einer glücklicheren Zeit, des neuen Deutschen Reiches, aufwachsend unter den gleichmäßigen Bedingungen einer sich immer positiver gestaltenden nationalen Kultur, darum ungerecht werden gegen die Generationen, die dieses Glückes nicht teilhaftig, nicht auf dem geraden Wege zum Ziel gelangten, sondern erst auf beschwerlicher Reise die Kraft ihres nationalen Charakters bewähren mußten? Mancher würde sich in diesem Zwiespalt nicht mit dem Takte haben behaupten können, der Bamberger vor jeder wirklich schiefen Stellung bewahrt hat. Es war darum eine ungerechtfertigte Verdächtigung, wenn Bismarck, schonungslos wie er war gegen den parlamentarischen Gegner, in den achtziger Jahren den Führer der Sezession als „sujet mixte" zu brandmarken versuchte; da er selber die Worte nicht aufrechterhielt, wird es nicht ausdrücklicher Verteidigung dagegen bedürfen. Bamberger war doch ein anderer als die vaterlandslosen Zwittergeschöpfe der internationalen Großfinanz; er war auch kein Winckelmann, der in bewußtem Entschluß Glauben und Vaterland hinter sich ließ, um nur seiner individuellen Bestimmung nachzuleben; flüchtend, wider Willen hatte er vielmehr die Heimat verlassen müssen, weil er im Kampfe um sein Ideal eines deutschen Vaterlandes unterlegen war. Wie man in der italienischen Renaissance fast zwei Klassen von Politikern unterschied, die intrinseci, die in der Vaterstadt weilten, und die extrinseci, die zeitweilig vor der herrschenden Partei in die Verbannung gewichen waren, so empfand auch er als ein Besiegter in der großen Entscheidung der deutschen Frage, ein Verbannter, immer des Umschwunges und der Rückkehr gewärtig. Schon die erste Möglichkeit einer Annäherung ergriff er mit ganzem Herzen und zu seinem Teile begann er aus der Ferne mitzuarbeiten an der Wendung der Dinge. So konnte der Umsturz der Entscheidung von 1849 im Jahre 1866 auch ihm den Weg zurück zu seinem Vaterlande und zum Berufe seines Lebens bahnen.

In der zweiten Hälfte der Pariser Epoche setzt der Anteil Bambergers an der deutschen Politik langsam wieder ein, nun auf einem neuen Wege.

Die Wendung brachte der Neujahrstag von 1859. Bamberger war sofort überzeugt, daß der Entschluß Napoleons zum Kriege mit Österreich und zur Einigung Italiens eine die Zukunft Deutschlands entscheidende Rückwirkung ausüben müsse. Es ist bekannt, daß der Krieg eben deswegen auch in Deutschland zu der stärksten Parteienverschiebung seit 1848 führte; in allen Lagern trennten sich alte Freunde, von den preußischen Legitimisten über die Elite der Erbkaiserlichen hinweg bis in die revolutionäre Linke hinein ging der Zwiespalt. In dieser Verwirrung griff der Publizist Bamberger zum erstenmal fast nach einem Jahrzehnt wieder zur Feder, in der Schrift „Juchhe nach Italia". Mit dem scharfen Blicke des geborenen Politikers entdeckte er in der süddeutschen Begeisterung für Österreich die verborgene Triebfeder, die Sorge der Kleinen um die Erhaltung ihrer partikularen Landessouveränitäten, die durch ein neues Anfachen der nationalen Bewegung in Europa und die Erschütterung des österreichischen Absolutismus bedroht waren. Da saß für ihn der Kernpunkt der Frage: Konservierung des Partikularismus oder freie Bahn für den Einheitsstaat; immer lenkt er dahin zurück, daß es sich für ihn in dieser Krisis nicht um Bonaparte und Italien handle, sondern um die Zukunft der deutschen Einheit. Deren Gegner aber erblickte er zurzeit nicht in Napoleon, sondern im Hause Habsburg und den ihm ergebenen kleinen Höfen. Darum sollte Preußen keinen Finger für Österreich rühren, sondern die Gelegenheit benutzen. Denn, so schloß er, „das ist und bleibt doch der einzige Ausweg aus Deutschlands Jammerzustand, daß Preußen möglichst weit das Raubstaatensystem absorbiere". Von einem ganz anderen Ausgangspunkt und unter ganz anderen Beweggründen gelangte der große preußische Realpolitiker damals zu einer verwandten Auffassung der Lage. Sympathien in dem Streite selbst kannte Bismarck ebensowenig: „wer in Frankreich oder Sardinien herrscht, ist mir, nachdem die Gewalten einmal anerkannt sind, ganz gleichgültig", schrieb er im Mai 1860 an seinen Freund Gerlach;

allein mit seinem preußischen König wollte er stehen und fallen. Von hieraus sah er noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" in der preußischen Politik von 1859 eine versäumte Gelegenheit: „die Situation wurde nicht unter dem Gesichtspunkt einer vorwärtsstrebenden deutschen Politik betrachtet ... Mein Gedanke war, immerhin zu rüsten, aber zugleich Österreich ein Ultimatum zu stellen, entweder unsere Bedingungen in der deutschen Frage anzunehmen oder unsern Angriff zu gewärtigen." Bismarck wurde von seinen Parteigenossen des Bonapartismus beschuldigt; manche alten Freunde Bambergers, die jetzt im österreichischen Lager standen, sprachen von der Clique, die sich an der Tafel des Prinzen Napoleon schmarotzend mäste oder, wie Fröbel, von den revolutionären Bankiers unter dem Schirme des französischen Kaiserreichs.

Verleugnete Bamberger seine Vergangenheit, als er den Weg beschritt, der ihn aus dem revolutionären Lager an die Seite des Schöpfers von Kaiser und Reich führte? Soviel ist klar: die treibende Kraft seiner politischen Lehrjahre, der Unitarismus, ist in voller Stärke wieder aufgewacht. Das Ziel ist das gleiche geblieben, aber die Mittel, es zu erreichen, werden jetzt anders gewählt; eben ihre Modifikation zeigt die Linie an, in der er mit dem Werke Bismarcks zusammentreffen wird. Damals hatte er der großen deutschen Republik zuliebe die Fürsten insgesamt beseitigen wollen; das war ihm in Wahrheit der Siegespreis gewesen, selbst als er unter dem Banner der deutschen Reichsverfassung mit dem preußischen Erbkaiser ins Feld zog. Die Unmöglichkeit dieses Beginnens hatte er am eigenen Leibe erfahren müssen. Das republikanische Ideal war ihm weniger an sich, denn als Voraussetzung der Einheit erstrebenswert; einer theoretischen Schwärmerei zuliebe wollte er nicht auf das Ziel selber verzichten, wenn statt des ungangbaren Weges eine andere Möglichkeit des Sieges sich bot. Er stellte sich auch wohl die Frage: Sollten die Demokraten den Anschluß an die Entscheidung der deutschen Geschicke verlieren oder nicht? In den nächsten Jahren erlebte er, wie der mächtige Einfluß seines Freundes Herzen im „Kolokol" zu Falle kam, als er im Polenaufstand von 1863 aus Doktrinarismus für die Polen Partei nahm und sofort von

den slavischen Patrioten und dem radikalen Jungrußland im Stich gelassen ward. Auf der anderen Seite sah er Italien auf einem anderen Wege sich dem Siege nähern, als Mazzini einst gewollt hatte, und auch für Deutschland schien ihm eine ähnliche Wendung allein das Heil bringen zu können: die Erzwingung der Einheit durch den einen Starken und Lebensfähigen in der deutschen Staatenwelt, als den Nothelfer gleich dem sardinischen Königreich, als den Vollstrecker des allmächtigen Willens der Nation.

Die Beteiligung an der politischen Kontroverse von 1859 ließ ihn von neuem an Zusammenschluß der Gesinnungsgenossen denken. In den Jahren 1860/61 fanden sie sich in dem auf seine Anregung gegründeten und von Ludwig Walesrode geleiteten „Demokratischen Studien" zusammen, vor allen Dingen sein spezieller Freundeskreis, H. B. Oppenheim, K. Vogt, Ludwig Simon, Moritz Hartmann, Fr. Kapp, neben anderen auch Ruge und Lassalle. Als Oppenheim dann infolge der Amnestie nach Berlin zurückkehrte, bot seine Monatsschrift „Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur" (September 1861 bis Dezember 1864) ein Organ; von hier aus trugen dann neue Anknüpfungen mit den preußischen Fortschrittspolitikern, v. Unruh, Löwe-Calbe, v. Rappard, Twesten dazu bei, Bamberger auf dem eingeschlagenen Wege festzuhalten. Der publizistische Kampf dieser Unitarier richtet sich besonders scharf gegen die Mittelstaaten als Gegner Preußens und der deutschen Einheit. Aus diesem Grunde nahm Bamberger lebhaften Anteil an der Entstehung von Friedrich Kapps „Geschichte des deutschen Soldatenhandels", die nicht aus Liebe zu historischen Studien, sondern in erster Linie wegen der politischen Tendenz gegen die Mittelstaaten (die Idee ist schon im „Juchhe nach Italia" angelegt) geschrieben wurde und in den fürstlichen Seelenverkäufern des vorigen Jahrhunderts ihre Nachfolger im Jahre 1864 treffen wollte; er empfahl das ihm gewidmete Buch in einem Artikel der „Deutschen Jahrbücher". Eben deswegen besprach er 1865 mit revolutionärer Schärfe die Waldheimer Zuchthauserlebnisse eines Opfers sächsischer Reaktion; deswegen hießen die „Demokratischen Studien" eine anonyme Abhandlung von Alfred

Klauhold: „Kurhessen unter dem Vater, dem Sohn und dem Enkel", ihren packendsten Beitrag, willkommen. Alle fürstenfeindlichen Tendenzen der achtundvierziger Demokraten erhoben sich hier von neuem, aber sie wurden nicht mehr wie damals auf das Haupt des mächtigsten Fürsten gesammelt, sondern gegen die preußenfeindlichen Regierungen abgelenkt, die zugleich die Feinde der neuerwachten Einheitsbestrebungen waren.

So wurde Bamberger ein Bundesgenosse Bismarcks, aber nur bis zum nächsten Ziel des Kampfes. Bismarck wollte die Hegemonie der friderizianischen Monarchie in Deutschland; so viel dazu an Verstärkung Preußens durch Gebietserweiterung oder Verfügung über die gesamten Machtmittel der Nation notwendig war, wollte er erkämpfen; indirekt mußte sein Plan den Traum der deutschen Einheit realisieren. Was ihm nur ein Hebel zur Erreichung seines Zieles war, das bedeutete für Bamberger den leitenden Gedanken, die Einheit selbst, zentralistisch wie er sich 1848 seine Republik vorgestellt hatte, auf eine ausgedehnte Mitwirkung des geeinten Volkswillens gestützt, repräsentiert durch das in Deutschland aufgehende Preußen. Die Differenz liegt klar zutage; sie mußte später deutlich werden, als Bismarck nach errungenem Siege in dem Reiche auch dem Föderalismus sein Daseinsrecht sicherte, als er den Volksrechten und den Zentralisierungsversuchen des parlamentarischen Unitarismus gegenüber auch die Macht der preußischen Krone und die individuellen Kräfte des preußischen Staates in ihrer Ursprünglichkeit erhielt. Im Jahre 1866 trat diese Differenz zurück. Als Bismarck selber im letzten Momente mit der Proklamierung des Deutschen Parlamentes auch die Mithilfe der liberalen und radikalen Unitarier aufrief, als der Verbündete des neuen Italiens, selbst vor einer Anknüpfung mit Kossuth und Klapka nicht zurückscheuend, für den einen großen politischen Zweck jedes Mittel in die Wagschale warf: da konnte auch der ehemalige Parteigänger der deutschen Einheitsrepublik, der Feind des Partikularismus, der seinen hessischen Spezialfeind von 1848, den Minister v. Dalwigk, nun als den Bestgehaßten der kleinstaatischen Gegner Bismarcks im anderen Lager wiederfand,

den Sieg der preußischen Waffen mit ungeteilter Freude begrüßen.

Die Zeit der Verbannung war damit auch für ihn zu Ende. Nachdem er nach dem Nikolsburger Frieden zu mehreren Malen längere Zeit in Deutschland geweilt hatte, kehrte er im Jahre 1868 dauernd zurück. Als Vertreter seiner Vaterstadt im Zollparlament begann er seine politische Laufbahn.

Der Sieg der Politik Bismarcks hatte ihm die Rückkehr zu einer nationalen Wirksamkeit verschafft: unter ihrem Zeichen nahm er auch von dem gastlichen Nachbarlande Abschied. Im Februar 1868 veröffentlichte er einen historisch-politischen Essay „Monsieur de Bismarck“ in der „Revue moderne“ (die „Revue des deux mondes“ hatte ihn als zu preußisch abgelehnt); sein Grundgedanke war, den gebildeten Franzosen eine andere als die durchgängige Auffassung von dem Inhalt der letzten großen Ereignisse, zum Zwecke besseren Einvernehmens zwischen der öffentlichen Meinung in Frankreich und dem neugestalteten Deutschland, beizubringen und zumal die führende Persönlichkeit ihnen ins rechte Licht zu rücken. Und die Persönlichkeit dieses Einzigen, für den feinen Beobachter immer eine Quelle unerschöpflichen Studiums, begrenzt fortan Bambergers Wirken in dem neugewonnenen Vaterlande: literarisch sogar, denn das letzte Erzeugnis seiner Feder ist der im vorigen Jahre, noch kurz vor seinem eigenen Hingang unternommene Versuch, den großen Toten in dem Buche „Bismarck Posthumus“ von seinem Standpunkt aus zu würdigen. Vor allem aber politisch: das Zeitalter Bismarcks ist der Hintergrund seiner eigenen parlamentarischen Tätigkeit und das Maß, an dem diese gemessen werden muß, sowohl während des ersten Drittels, als die Bundesgenossen von 1866 noch nebeneinander streiten konnten, in schöpferischer Tätigkeit für den Ausbau der deutschen Reichsinstitutionen wirkend, und dann in der Zeit nach 1877, in der die Bedingungen eines gemeinsamen Wirkens in der Hauptsache geschwunden waren und die unausbleibliche Trennung auch wieder die verschiedene Herkunft ihrer politischen Überzeugungen offenbaren mußte. Die beiden

Epochen dieser Entwicklung, in deren Abwandlung das wichtigste Problem neudeutscher Reichsgeschichte liegt, führen uns über die Grenze schon hinaus, an denen die Erinnerungen Bambergers stehen geblieben sind. Wir entbehren sie von jetzt an weniger, denn sie würden die Kämpfe der Gegenwart erzählt haben, in denen wir alle leben, und es war ein sichtbarer Platz, den der Dahingeschiedene in ihnen einnahm.



10.

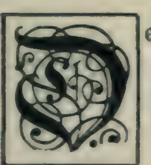
Aus dem Lager der deutschen Whigs

Freiherr von Roggenbach — Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg — Gustav Freytag und General von Stosch — Ludolf Camphausen — Mevissen



I.

Freiherr von Roggenbach

em Staatsmann, der so lange die Hoffnung der deutschen Whigs gewesen ist, hat ein Sohn des bekannten augustenburgischen Politikers einen knappen biographischen Nachruf gewidmet.[1] Da kann es kaum ausbleiben, daß über diesen Blättern in doppeltem Sinne etwas von der Stimmung liegt, die in der Biographie Georg v. Bunsens (von seiner Schwester) in dem Titel schon zum Ausdruck gebracht wurde: „Aus dem Lager der Besiegten". Und weil Roggenbach selbst diese Stimmung im Innersten empfand und skeptisch dachte über den historischen Wert von politischen Velleitäten, die sich nicht zur Wirklichkeit hatten gestalten können, so hat er leider die meisten seiner Papiere vernichtet und damit eine der reichsten Quellen für den Liberalismus seiner Generation zerstört, vor allem für jene liberale Oberschicht, die mit den fürstlichen Kreisen in Fühlung stand. So beruht denn die ansprechende Schilderung dieses Lebens überwiegend auf bekanntem und nur zu einem kleinern Teile auf unbekanntem Material, ohne daß die Herkunft der einzelnen Nachrichten jedesmal deutlich erkennbar wäre.

In einem großen und bewußten Zuge hat Roggenbach sein Leben frühzeitig auf die Laufbahn des Staatsmannes angelegt. Der Abkömmling eines alten zähringischen Dienstmannengeschlechtes auf dem Schwarzwalde, das wiederholt den Bistumsstuhl in Basel besetzte, der Sohn eines badischen Offiziers, wollte er sein Leben allein der deutschen Nation widmen. Das stand für ihn fest, seitdem er in dem Heidelberg der vierziger Jahre, unter dem Einfluß der liberalen Historiker, in der Freundschaft mit J. Jolly, in jene die Besten fortreißende nationale Strömung gezogen war, die ihm fortan die Lebens- und Staatsanschauung bestimmte: auch er einer der damals

[1] Karl Samwer, Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach. Wiesbaden, J. F. Bergmann. 1909.

zahlreichen nationalen Liberalen aus der katholischen Hälfte unserer Nation. Schon 1848 glaubte er fest an den Bestand der neu aufgerichteten Ordnung; wie es Fürst Chlodwig Hohenlohe getan hatte, wie es der nur wenige Wochen jüngere Rudolf v. Bennigsen gleichzeitig beabsichtigte, trat er in den auswärtigen Dienst der jungen Zentralgewalt, als freiwilliger Sekretär in Frankfurt. Und nach dem Zusammenbruch dieser Hoffnungen blieb er seinen deutschen Zielen getreu.

In zwiefacher Weise legte er die Ausrüstung für seine politische Laufbahn an. Einmal durch politische Reisen und Studien in Frankreich, England, der Schweiz. Dazu aber kam noch etwas Zweites: seiner anmutenden Persönlichkeit gelang es, zahlreiche persönliche Beziehungen zu den fürstlichen Kreisen zu gewinnen, in die der nationale und liberale Geist der Zeit hineingeweht war. Schon in seinem Berliner Jahre 1849/50 wurde der Fünfundzwanzigjährige der Vertraute der Prinzessin Augusta von Preußen, die ihn fast jeden zweiten Tag sah, bald auch mit ihrem Gemahl und ihrem Sohne bekannt machte; während seines wiederholten längeren Aufenthaltes in Bonn, wo er mit den liberalen und nationalen Kreisen Fühlung gewann, trat er in eine enge Verbindung mit dem Fürsten Hermann von Wied, in dessen Hause er die augustenburgischen Prinzen kennen lernte und den künftigen preußischen Thronerben wiederfand; nach dem Tode des Fürsten wurde er lange Jahre der nächste Freund seiner Witwe, und über die Tochter Carmen Sylva knüpften sich auch Beziehungen zu den süddeutschen Hohenzollern an; während eines Londoner Winters wurde er durch Stockmar in die englische Königsfamilie eingeführt. Als im Jahre 1856 die badisch-preußische und im Jahre darauf die preußisch-englische dynastische Verbindung geschlossen wurde, schienen die Fäden dieser Freundschaften sich auch für ihn zu verknüpfen, und der Mann, der jetzt auch der Vertrauensmann seines badischen Landesherrn wurde, durfte sich bald als einer der kommenden Männer dieser liberalen Fürstenpolitik fühlen.

So gesellte er sich zu denen, die vor allem einmal Preußen aus dem entgegengesetzten Lager herauslösen wollten, um es seiner vorbestimmten deutschen Aufgabe zuzuführen. Charak-

teristisch für die Dreistigkeit dieser Privatpolitik während der Krisis des Krimkrieges ist seine von Sammer im Dezember 1854 veranlaßte Reise nach England, durch die er den preußischen Spezialgesandten Usedom vorwärtsdrängen sollte. Sein Rat an diesen Diplomaten, der doch nebenbei auch ein preußischer Beamter war, ging dahin, „er möge sich eine bestimmte Zurückweisung des Vorschlages von seiten der englischen Regierung holen, verbunden mit einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Manteuffel; er solle dann versuchen, herauszubekommen, unter welchen Bedingungen England mit Preußen im Falle eines Systemwechsels abschließen würde, und diese Bedingungen nachdrücklich in Berlin vertreten." Die deutschen Liberalen hatten den Namen „Kamarilla" zwar ausschließlich für die konservativen Männer in der Umgebung Friedrich Wilhelms IV. geprägt, aber dieser nationalen und liberalen Kamarilla fehlte kaum einer der Rechtstitel für die gehässige Kennzeichnung, die man mit dem Schlagwort verband.

Nach der Zeit des Wartens kam dann seit der Wendung von 1858 die Stunde der Erfüllung. Im Frühjahr 1860 gelang es Roggenbach, das konservativ-klerikale Ministerium in Baden zu stürzen und den Weg für eine liberale und nationale Politik frei zu machen; erst ein Jahr später trat er selbst in die Regierung ein, um sie nach außen hin zu leiten. Die vier Jahre vom 2. Mai 1861 bis zum 19. Oktober 1865 sind die einzige Periode seiner aktiven Politik; sie bleiben denkwürdig als ein Versuch, die Nationalvereinstendenzen in einem Mittelstaate und mit Hilfe dieses Mittelstaates für Gesamtdeutschland zur Geltung zu bringen; mit ihm — vielleicht schon zu spät — faßten die populären Agitationen festen Fuß in den Kabinetten. Die Pläne Roggenbachs schlossen jede preußische Annexions-, aber auch Unionspolitik, d. h. allzu unitarische Konzentration aus; sie waren bundesstaatlich-konstitutionell, wollten aber selbst im Nationalverein das Schwergewicht von der Einheit nach der Seite der Freiheit hinüberdrängen und „Preußen dem deutschen Gedanken unterwerfen", in einem Maße, daß nicht nur die Ängstlichkeit von Schleinitz, sondern auch das Preußentum des Grafen Schwerin leidenschaftlich widersprach. Sein Entwurf ist immerhin von Interesse als einer der vernünftigsten unter

den unzähligen Versuchen, die Quadratur des Zirkels zu finden, aber es kam eben nicht auf die größere oder geringere Vernünftigkeit der theoretisch-verfassungsmäßigen Lösungsversuche an, als auf das Vorhandensein von politischer Energie, sie mit realen Mitteln durchzusetzen. Als der erste Anlauf Roggenbachs vor dem schneidenden Widerspruche Österreichs am 27. November 1861 zu Boden fiel, war unwidersprechlich bewiesen, daß die Entscheidung allein zwischen Wien und Berlin lag, und von den diplomatischen Aktionen der Kleinstaaten ebensowenig abhing wie von der Erregung der öffentlichen Meinung durch den Nationalverein. Die zweite Aktion Roggenbachs, der Versuch, in dem Kampfe um Schleswig-Holstein die nationale Frage mittels des augustenburgischen Erbrechts in Fluß zu bringen, hatte von Haus aus ungleich stärkere Chancen, aber sie stieß auf den großen Gegenspieler Bismarck. Die Lösung durch die preußische Annexion war Roggenbach, der seit langem mit Sammer befreundet war, nicht allein wegen des dynastischen Interesses der Augustenburger antipathisch, sondern vor allem seinen deutschen Idealen entgegengesetzt, weil er, wie die meisten nationalen Liberalen, in der Art der Erledigung dieser Einzelfrage einen für Gesamtdeutschland bestimmenden Präzedenzfall sah. Es war die patriotische Sorge, die Sammer in einem Brief an Bennigsen am 24. April 1865 zum Ausdruck brachte: „Die Frage, um die es sich handelt, ist doch am Ende die, ob es zu der bisher von uns fast ein Jahrzehnt gewünschten Entwicklung Deutschlands zum Bundesstaat kommen soll oder ob der Versuch eines Einheitsstaates gemacht werden soll, welcher es auf dem Wege des Bürgerkrieges und des auswärtigen Krieges langsam, vielleicht auch gar nicht, zur Vereinigung von ganz Deutschland bringen würde."

Der Anlaß zu dem oft getadelten Rücktritt Roggenbachs im Herbst 1865 lag einmal in dem Durchbruch der sachlichen Erkenntnis, daß man von einem Kleinstaat aus nicht große Politik treiben könne; er wußte, wie er zu Bernhardi sagte, daß er Wechsel ausgestellt habe, die er nicht einlösen könne; der spezielle Anlaß im Momente lag wohl in der Konvention von Gastein, in der noch einmal die preußische und die österreichische Politik mit souveräner Nichtachtung aller anderen

deutschen Gewalten ausgewichen waren. Es kam aber noch ein persönliches Motiv hinzu, und das hieß: „sich aufsparen für eine bessere Zeit“ — so schrieb Treitschke an G. Freytag am 1. Oktober 1865. Vielleicht schon in solcher Stimmung versagte er sich und seinen Namen, als Bismarck in der Krisis des Frühjahrs 1866 an die Liberalen heranzurücken begann, und wenn er auch, von der großen Stunde fortgerissen, in seinem bekannten Briefe vom 1. Juli 1866, noch vor Königgrätz, sich offen auf die Seite Bismarcks stellte, so fiel er doch bald wieder in die Stimmung des vorsichtigen Abwartens zurück.

Es war die Neigung mancher Liberaler, die übrigens von 1862 bis 1888 eine verderbliche Unterströmung in ihrem politischen Wollen gebildet hat; die angesichts des greisen Königs auf den Kronprinzen rechnete und sich Bismarck gegenüber auch nach 1866 mit der eitlen Hoffnung tröstete: er mag das Reich gegründet haben, wir werden es aufbauen und einrichten. Heute klingt es vermessen genug, wenn Roggenbach am 26. Mai 1868 an Jolly über das Berliner Staatsschiff schrieb: „Die Mannschaft wollen wir doch lieber allein aussterben lassen. Es wird Arbeit genug machen, das infizierte Wrack dann glücklich dem Spiel der Wellen anheim zu geben.“ Das war nicht eine Politik großen und nationalen Stiles, sondern nichts als eine Spekulation, die diese Whigs betrogen hat. Die aktiveren und gewissenhafteren unter den Liberalen gaben sie bald auf. Roggenbach aber war nach seiner ganzen Laufbahn allzu persönlich auf den kommenden Kaiser eingestellt und hat die Konsequenzen bis zum bitteren Rest am schärfsten getragen. Schon während des Zollparlaments und der ersten Reichstagssession hielt er sehr zurück, um dann gänzlich auszuscheiden. Seine spätere Tätigkeit für die Straßburger Universität und im Verein für Sozialpolitik waren nur ein Notbehelf. Er blieb der Mann, der sich als Vierzigjähriger zurückgezogen hatte, um sich nicht vorzeitig zu verbrauchen, und niemand wußte schärfer als Bismarck, worauf er wartete.

Wenige unter den namhaften Männern des Liberalismus konnten sich der äußeren und inneren Unabhängigkeit seines politischen Charakters vergleichen, verbanden gleich ihm die Bildung des Geistes mit der Sicherheit der großen Welt und

dem Idealismus des Herzens. Es war wie ein Verhängnis für den Liberalismus, vielleicht für unser politisches Leben, daß diese Kraft ungenutzt brach lag. Wie weit seine Fähigkeiten für die höchsten Aufgaben ausgereicht hätten, ist schwer zu beurteilen, eben weil er nicht zu ihnen berufen ward. Bismarck sagte nach dem Eintritt der schleswig-holsteinischen Krisis, am 17. Januar 1864, zu dem französischen Botschafter Talleyrand: „Herr v. Roggenbach ist weniger ein Staatsmann als ein Mann von Überzeugungen"; er bestritt spottend dem Gegner den Ehrentitel, mit dem die Liberalen den Mann ihrer Hoffnung bezeichneten. Auch die Charakteristik Robert v. Mohls, der doch nicht zum gegnerischen Lager gehörte, vermißt in ihm bei aller Achtung vor seinen menschlichen Eigenschaften die Klarheit des Urteils und des Wollens, die Menschenkenntnis. Immerhin, er war weder nach oben noch nach unten ein Schmeichler und keineswegs ein Doktrinär. Er hatte im Jahre 1870 wie im Jahre 1885 Urteil und Mut genug, der gehegten Lieblingsidee des Kronprinzen, der Annahme des Kaisernamens Friedrich IV. mit allen ihren romantischen Konsequenzen, unbedingt zu widersprechen. Er nahm auch gegenüber den obersten Verfassungsfragen des Reiches, vor allem dem Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten, eine realistische Stellung ein, die ihn viel leichter zur Verständigung mit Bismarck würde geführt haben als mit den Liberalen. So sprach er sich in einem an mich gerichteten Briefe vom 9. Juni 1906, der mir immer ein kostbares Vermächtnis aus der Zeit der Reichsgründung bleiben wird, sich dahin aus, daß seine Stellung zu den Kardinal-Entwicklungsfragen des Reiches eine von der nationalliberalen Fraktion des Reichstages vielfach abweichende gewesen sei: „Z. B. hielt ich das Streben nach Reichsministerien für geradezu verhängnisvoll, da es das sog. Reich vollends in den Nebel weiterführen mußte, in den zu geraten schon der bloße Titel ‚Kaiser' eine verhängnisvolle Versuchung bildet. — Nach meiner Auffassung ist alles vom Übel, was die Führung der Reichsgeschäfte von engstem Zusammenhange mit den preußischen Staatsbehörden und deren eventuellen Ergänzung aus den Bundesstaaten loslöst. — Das Verlangen nach verantwortlichen Reichsministern

und der Traum ihrer Vereinbarkeit mit der Institution des Reichskanzlers und des Bundesrates, und gar mit der Tatsache, daß der Staat Preußen, trotz aller ‚Reichsdekoration', vor wie nach als lebendiger Organismus fortbesteht, war meinem einfachen Verstande stets unverständlich. In dem Nachjagen nach solchen Trugbildern mußte die politische Bedeutung der nationalliberalen Partei notwendig zugrunde gehen. Mein alter Freund und Gönner, der Geschichtsforscher Schlosser in Heidelberg, hat mir oft gesagt: ‚Glauben Sie mir, die Deutschen sind kein politisches Volk.' Ich bin oft versucht, in der Behandlung politischer Fragen, der in- und auswärtigen Angelegenheiten, diese Warnung bestätigt zu finden."

Diese Resignation am Ausgang seiner Laufbahn hatte sich wohl eingestellt, als nach dem langen Harren sich die Aussicht politischer Tätigkeit in der zweiten Hälfte seines Lebens nur für einen Augenblick zeigte, um unter schweren Enttäuschungen alsbald für immer zerstört zu werden.

Erst im Sommer 1885, nach dem schweren Ohnmachtsanfall Kaiser Wilhelms, schien die Stunde gekommen. Die authentischen Mitteilungen Sammers über die Vorgeschichte der Proklamation Kaiser Friedrichs, zu deren Entwurf sich Roggenbach und Stosch auf Veranlassung des Kronprinzen damals verbanden (auch der Justizminister Friedberg nahm an der Verhandlung teil; zufällig und ungern gesehen, drängte sich Professor Geffcken ein), gehören zu dem wichtigsten Inhalt seines Buches. Roggenbach übernahm die Umarbeitung der Entwürfe und die Vorlegung, während der Kronprinz vom 11. bis 15. August bei dem Großherzog von Baden zu Besuch war. In seinem Entwurfe ist dreierlei bemerkenswert. Weder die Liberalen noch der Kronprinz, der sich gleich darauf mit Bismarck in Potsdam aussprach, dachten an eine Entfernung des Reichskanzlers. Sie waren jedoch in der eigentümlichen Lage, die Stärkung der Kronautorität gegenüber einem allmächtigen Minister wünschen zu müssen, „dem künftigen Kaiser einen selbständigen Boden gegenüber dem Reichskanzler unter die Füße zu geben"; übrigens wirken die konstitutionellen Tüfteleien Roggenbachs wie Zwirnsfäden, die einen Titanen binden sollen. Schließlich wollte man „die Befugnisse des preußischen

Ministerpräsidenten bis zur Zuständigkeit eines englischen Premierministers erweitern"; ob das nun praktische Vorausberechnung oder konstitutioneller Doktrinarismus war, sie trafen mit dieser Forderung merkwürdigerweise den Punkt, um den Bismarck, und zwar in ihrem Sinne, mit dem dritten Kaiser seinen letzten Zusammenstoß gehabt hat.

Vorausblickend schrieb Roggenbach bald darauf: „Schließlich freilich wird entscheidend sein, wer am Tage des Gerichts zur Stelle ist." Man begreift, daß er, als der Charakter der Erkrankung des Kronprinzen nicht mehr zu verkennen war, im November 1887 gestand: „Wir alle sind in diesen Tagen um Jahre älter geworden."

Die taktlose Veröffentlichung des Tagebuchs Kaiser Friedrichs durch Geffcken gab dann Bismarck den gierig ergriffenen Anlaß, in das Lager derer, die einen Augenblick schon sich als Erben seiner Macht gefühlt hatten, eine große Pulverladung abzufeuern. Allerdings hatten weder Stosch noch Roggenbach um die Veröffentlichung des Tagebuchs gewußt. Aber während Stosch sich klug zurückgehalten hatte, hatte Roggenbach, früherer Vorsicht vergessend, sich mit Geffcken näher eingelassen. Aus einem mir vorliegenden Briefe von Stosch an einen militärischen Freund vom 21. Januar 1889 entnehme ich die folgenden Sätze: „Ich habe nun aber mit Geffcken wirklich gar keine Beziehung gehabt, denn daß er unaufgefordert hier bei mir war, kann ich doch nicht als solche rechnen. Ja, selbst wenn ich ihn gesehen, habe ich aus meinem Herzen eine Mördergrube gemacht. Wie ist es also möglich, daß der Kerl mich unausgesetzt im Munde führt. Wie mein Freund Roggenbach sich derart von Geffcken hat umgarnen lassen, ist und bleibt mir ein Rätsel. Geffcken war ein durch Vielseitigkeit seiner Kenntnisse und Beziehungen unterhaltender Mensch, aber seine Unzuverlässigkeit und seine Sucht, überall dabei zu sein, schreckten vor Vertraulichkeit ab." Geffcken war es auch, der den Gedanken einer Denkschrift aufbrachte, die dem jungen Kaiser durch den Großherzog von Baden überreicht werden sollte, und Roggenbach hatte diesen Gedanken nicht von sich gewiesen. Was man von den Vorschlägen Roggenbachs in seinem Briefe an Geffcken vom 6. September 1888 liest, verdient zwar nicht den schlimmen Vor-

wurf einer Verschwörung, gegen den der Biograph den badischen Staatsmann verteidigt, aber es war immerhin ein Versuch, das Vertrauen des Kaisers zum Reichskanzler an mehr als einer Stelle zu erschüttern. Allerdings ließ Roggenbach den Plan fallen, da er mit Geffckens Entwurf unzufrieden war; aber dessen unmittelbar hernach auf eigene Faust erfolgende Veröffentlichung des Tagebuchs erscheint in diesem Zusammenhang tatsächlich als ein publizistisches Vorgefecht in einem Kampfe um die Macht.

Roggenbach hat noch kurz vor seinem Ende, im Mai 1907, sehr treffende Bemerkungen über Bismarcks Art, die Geschäfte zu führen, gemacht: „daß er gegen alle Personen, von denen sein ausgebildeter Mißtrauenssinn ihn die Möglichkeit von Schwierigkeiten befürchten ließ, stets eine Reihe von Schutzbatterien bereit stellte, um dieselben unter vernichtendes Feuer zu nehmen." Nach der Lektüre seiner Verhandlungen mit Geffcken im Herbst 1888 kann ich mich, trotz der beschwichtigenden Bemerkungen seines Biographen, nicht dem Eindruck entziehen, den anscheinend auch Stosch hatte, daß Roggenbach sich im vordersten Feuerterrain mit verdächtigen Absichten bewegt und dadurch den Angriff des Bedrohten mit zugezogen hat. Vielleicht kämpfte Bismarck damals nicht in erster Linie um die Vergangenheit, um das in dem Tagebuch Kaiser Friedrichs ein wenig gestörte Gedächtnis seiner Taten von 1870, sondern um seinen zukünftigen Einfluß bei dem jungen Kaiser, freilich mit einer unüberlegten Gewaltsamkeit der Mittel, die doch wohl dazu beigetragen hat, seine eigene Stellung zu erschüttern. Dem unbeteiligten Stosch wenigstens gelang es, sich bald darauf an der höchsten Stelle völlig zu rechtfertigen; aus jenem mir vorliegenden Briefwechsel darf ich noch eine Bemerkung des klugen Generals vom 11. März 1889 entnehmen: „Um den dabei auf mich geworfenen Schatten im Interesse meines Sohnes unschädlich zu machen, habe ich einen Lesebrief an Hahnke geschrieben, welcher ihn dem Kaiser gegeben und mir dessen Dank übermittelt hat."

II.

Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg

Voll Sympathie und Bewegung lebt man die beiden reichen Menschenleben mit, deren freundschaftliche Verknüpfung den Inhalt des Briefwechsels zwischen Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg bildet[1]). Man weiß aus den Lebenserinnerungen der beiden Männer, in welchem Geiste sie ihre dauernde Freundschaft aufgefaßt haben: nun erschließt sich uns in den 257 Briefen (zu denen noch 52 Briefe Freytags an die Herzogin kommen) das Werden und das allmähliche Sichvertiefen dieses Bundes, durch vier Jahrzehnte hindurch, in lebendigster Wechselrede, und jeder von ihnen kommt uns, von dem Freunde gesehen, menschlich näher gerückt, in greifbarer Wirklichkeit entgegen.

Der literarisch-politische Verein, von dessen Bestrebungen wir aus den Memoiren des Herzogs wissen, schuf im Frühjahr 1853 die erste Beziehung zwischen den liberalen Gesinnungsgenossen; sie blieb immer literarisch und politisch zugleich, schon in dem Briefe des Herzogs vom 31. Dezember 1853 in den Ton wechselseitigen Vertrauens übergehend; und zumal seit ihrer offenherzigen Auseinandersetzung vom Juni 1856 erhebt sich neben dem Literarischen und Politischen das rein Menschliche, ein immer vollerer Unterton in der bunten Fülle der Gedanken und Interessen, die an uns vorüberziehen. Vergeblich dürfte man im 19. Jahrhundert einen ähnlichen Briefwechsel zwischen Fürst und Bürger suchen: denn auf Freytags Seite erscheint der Mensch in dieser Beziehung überwiegend unter der besonderen Note des Bürgers, des selbstbewußten Angehörigen einer aufstrebenden Klasse, die im staatlichen Leben sich den fest umschriebenen Anteil erkämpft und auf geistigem Gebiet sich als Gleichberechtigte dem hohen Adel zur Seite gestellt hat. So aufrecht erscheint Freytag neben dem Fürsten, der selbst sich mit dem Geiste dieser liberalen Generation durchdrungen hat und aus ihm die Kräfte für einen beweglichen neufürstlichen Ehrgeiz ziehen möchte; gerade aus

[1]) Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg im Briefwechsel. Herausgegeben von Eduard Tempeltey. Leipzig, Hirzel. 1904.

dem ein wenig altfränkisch-submisssesten Klang der Worte Freytags weht uns solcher Bürgerstolz entgegen, aggressiv manchmal, einzeln gar von unnötiger Empfindlichkeit, aber immer, wenn es darauf ankommt, mit mannhaftem Mut für seine Überzeugung eintretend. Man möchte sich ja vorstellen, daß heute ein großer Künstler schon mit ruhigerem und selbstverständlicherem Bewußtsein sich in solchen Beziehungen bewegte als der Sohn einer Zeit, die sich erst das Anrecht zu erobern begann, über jene sozialen Schranken hinwegzusteigen; umgekehrt aber wäre auch zu sagen, daß unsere deutsche Gegenwart in ihrer Auffassung des Verkehrs zwischen Fürst und Untertan viel wieder eingebüßt hat. Die demokratischer sich entwickelnde Gesellschaft wird gleichzeitig wieder byzantinischer.

Manches fällt aus diesem Briefwechsel für unsere Kenntnis der literarischen Arbeit beider Männer ab. Schon auf den ersten Blättern führen Freytags Urteile über den Großgrundbesitz Schlesiens und seinen Freund Molinari in Breslau uns in die Gegensätze der Atmosphäre von „Soll und Haben" ein. Die Welt der „Journalisten" öffnet sich in den mannigfaltigsten Typen aus dem eigenen Lager und aus den Nachbarlagern rechts und links; für manchen wackeren „Bellmaus" bemüht sich der Dichter-Journalist bei seinem Herzog; man sieht mit Interesse, wie unter ihnen auch der entwicklungsfähige Moritz Busch, „einer von meinen besten Leuten, ein sehr braver, ehrlicher, warmherziger Junge" empfohlen und auch vom Herzog als brauchbar, als „der sanfte Busch", anerkannt wird. Aus dem ganzen Briefbande empfangen wir Eindrücke, die an manche Gespräche der „Verlorenen Handschrift" über die antiquierte und die neue Auffassung fürstlicher Stellung und fürstlichen Berufes erinnern. In die Entstehungsgeschichte der „Ahnen" führen die Erläuterungen über das thüringische Lokal des Romans in alter und neuer Zeit ein. Kurzum, Freytag konnte mit Recht dem Herzog bei der Übersendung der letzten Bände seiner Gesammelten Werke sagen: „In jedem Werk könnte ich auf Stellen weisen, denen die Bekanntschaft mit Ew. Hoheit und die Anschauungen, welche der Verkehr mit Ew. Hoheit Lebenskreise mir gestattete, zum Vorteil geworden sind. So gehören diese Bände noch in besonderem

Sinne dem Landesherrn und hohen Freunde zu.“ Die geistige Einheit seines Schaffens tritt lebendig in diesen Briefen zutage. Und zugleich sehen wir ihn als den literarischen Berater des Herzogs, von den Textbüchern der Opern und dem Reisewerk über Ägypten an bis zu den drei Bänden der Memoiren, die den alten Schriftsteller mit herzlicher Freude erfüllten und zu rückhaltlosester Anerkennung veranlaßten; nur fügt er hinzu: „für einen alten Freund, der viel Liebes und Holdes in Ihnen sah, ist der Herzschlag zuweilen allzusehr durch Purpur und Küraß verdeckt. Es ist ganz recht, daß es so ist, mir aber bleibt die Empfindung, daß ich mehr von Ihnen weiß, und Herzlicheres, als das Buch erzählt.“

Damit kommen wir zu dem, was den historisch und politisch interessierten Leser am meisten in diesen Briefen fesselt. Der Herzog und Freytag stimmen miteinander überein in ihren allgemein politischen Ansichten, sie sind Söhne derselben Generation und derselben Ideenwelt; im besonderen verband sie das grundsätzliche Einverständnis über die Lösung der deutschen Frage durch Preußen. Aber auf dem Boden dieser gemeinsamen Ziele ließ Stellung und Temperament sie häufig getrennte Wege gehen: der Preuße und der thüringische Kleinfürst, der in den internationalen Beziehungen seines Hauses lebt, der Doktrinär mit seiner politischen Sittenstrenge und die ehrgeizig bewegliche Natur des Koburgers, der sich selbst nur als einen „vorwärts strebenden Privatmann“ bezeichnet: dieser Gegensatz mußte immer wieder zum Ausdruck kommen. Und Freytag, nicht etwa der Herzog war es, der den Freund und Gesinnungsgenossen anders haben wollte, am liebsten dessen Individualität nach seinem eigenen Ideal geformt hätte. Er liebte die vielseitig dilettantischen Neigungen des Herzogs nicht; er hielt ihm strenge Vorlesungen über seine Opernkompositionen oder etwa über sein Komödienspielen („indem ich das Vorhergehende durchlese, merke ich, daß ich ungewöhnlich grob geschrieben habe. Seien Ew. Hoheit darüber nicht böse, es ist doch alles wahr“); er schalt gar noch allgemeiner und deutlicher, z. B. bei den Schützenfestspielereien des Herzogs von 1862: „Mein lieber Herr ist in Gefahr, sich wie ein Schauspieler, der zu viel spielt, abzunutzen“. Statt dessen

verlangte er Konzentration und festen Lebensplan. Was in Freytag an Philiströsem lag (auch in dem verschnörkelten und steifleinenen Humor dieser Briefe empfindet man solcherlei Mitgift), kommt in diesen ehrlichen und mannhaften Erziehungsversuchen so zum Ausdruck, daß man sich selbst dann auf die Seite des Herzogs stellt, wenn er, wie nicht selten, im Unrecht ist; denn er wahrt doch das Recht seiner Persönlichkeit, indem er etwa in seinen Liebhabereien das verteidigt, was ihm die Poesie und Sonne des Lebens ist, und er wahrt es in vornehmer und herzlicher Weise: der überlegene Weltmann neben dem ernsthaften Schulmeister, der doch auch nur überströmt von dem, wessen sein Herz voll ist. Im Grunde das Bild einer echten Freundschaft, die beide Männer ehrt: den einen, der mit tadelnder Kritik so häufig die schwerste Freundespflicht nach seiner Überzeugung übt, und den anderen, der immer großen Zug genug hat, solche Proben der Freundschaft zu bestehen und herzlich die Hände hinüberzustrecken. Der Grund der Meinungsverschiedenheiten ist vorwiegend politisch. Schon in dem Briefe von 1856 stellte Freytag dem fürstlichen Freunde vor Augen, was ihm als dessen eigentliche und höchste Lebensaufgabe erscheine: „der Feldherr des protestantischen Deutschlands, das heißt Preußens zu werden, der Vertraute und intime Helfer der künftigen Monarchen von Preußen, welcher die große politische Idee, für die Ew. Hoheit jahrelang gekämpft und verhandelt: Deutschland ein Bundesstaat, Preußen sein Führer, den preußischen Fürsten gegenüber vertritt." Der Herzog aber erkannte zwar die preußische Hegemonie als das wünschenswerte Ziel an, meinte jedoch: „Sollen wir in Geduld und Ruhe warten? Das wäre zuviel verlangt und Europa wartet nicht, und wir dürften wie die Juden stets auf unseren Messias harren. In einer jeden Konstellation, jeder großen, will ich sagen, liegt etwas Gutes für uns, wir dürfen uns nicht auf einen bestimmten ausgearbeiteten Plan endoktrinieren und die Hände ruhen lassen, bis die Konstellation für ihn günstig wird." Also machte er das Recht des Politikers geltend gegenüber den Versuchen, ihn als Parteimann zu werben und in Pflicht und Eid zu nehmen; freilich verführten ihn dann Ehrgeiz und Temperament zu Handlungen, von denen der engere

Sinn des andern bewahrt blieb. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Differenzen immer von neuem hervorbrachen, besonders in den Jahren 1859 bis 1863, und wiederholt zog Freytag sich, zürnend ob des Abfalls seines Freundes von ihren gemeinsamen Zielen, von ihm zurück. Er hatte recht, manchen unbedachten Schritt und manchen sprunghaften Einfall zu tadeln. Aber welcher Doktrinarismus lag auch in seiner harten Parteigesinnung, wenn er etwa im Januar 1860 nach langer Abrechnung mit den Plänen des Herzogs ausrief: „In der Politik sind in Deutschland nur zwei Parteien, Protestanten und Altgläubige, Lebendige und Tote, Preußen und Österreicher; hie ficht, wie Luther sagt, Gott und der Teufel, ein drittes gibt's nicht. Ew. Hoheit Ahnen haben in schwerster Zeit, in Not und Gefangenschaft ihrem politischen Glauben Treue erwiesen. Mein gnädiger Herr wird das auch tun." Mit relativem Rechte durfte der Herzog darauf antworten: „Ich wünschte, Ihr Vergleich wäre richtig; leider ist er es nicht. Die protestantische Sache, für die meine Ahnen kämpften und fielen, war eine heilige; die preußische ist es bis jetzt noch nicht. Der Vordersatz ist falsch, man ist in Preußen nicht deutsch und man will es, weder offiziell noch inoffiziell, nicht sein. Man möchte Deutschland preußisch, aber nicht Preußen deutsch machen. Lassen Sie uns für Deutschland, für den Fortschritt und die Aufklärung fechten, nicht aber einseitig für das Preußen, das jetzt vor uns liegt." Da gab es keine Vermittlung. Freytag schrieb an R. v. Bennigsen am 27. Juni 1863: „Die Reise des Herzogs nach Wien war mir persönlich sehr unlieb, weil ich bei seiner Persönlichkeit jedes Betreiben großer Politik für ein kompromittierendes Geschäft halte, und weil für ihn, wie er ist, alle künftige Befriedigung seines Selbstgefühls doch in Preußen liegt." Die Neigung zum Mahnen verging ihm manchmal; als er im Dezember 1863 dem Herzog abriet, sich allzu innig mit der Sache des Augustenburgers zu verbrüdern und dadurch „der verantwortliche Anordner einer wirkungslosen Staatsaktion" zu werden, fügte er resigniert hinzu: „Was ich Ew. Hoheit hier schreibe, tue ich, obwohl ich recht gut weiß, daß Ihre unruhige Phantasie Ihnen sehr schwer macht, still zu halten, und daß Sie jetzt geneigt sind, mich

für Ihren Gegner zu halten. Diese Ansicht zu widerlegen, bin ich zu stolz. Ich bin seit Ihrer unseligen Teilnahme an dem Reformprojekt Ihnen gegenüber still geworden, weil ich mit Bedauern sehe, daß mein Warnen nichts mehr fruchtet." Erst als in der Entscheidung von 1866 Herzog Ernst sich als einer der ersten auf Preußens Seite stellt, jubelt Freytag aus vollem Herzen dem Entschlusse zu, und alle Zeiten schmerzlicher Trennung sind vergessen.

Es scheint mir für die geschichtliche Betrachtung außerordentlich lehrreich zu sein, an dem Beispiel eines so gemäßigten und so preußischen Politikers wie Freytag zu beobachten, wie schwer sich der Liberalismus mit allen seinen Idealen in die Zeit nach 1866 hineinfand, in der wenigstens das eine Ziel seines Strebens nahe gerückt war. Auf der einen Seite tadelte er die Beschränkung der Kompetenz des Norddeutschen Reichstages hinsichtlich des Militäretats, es bleibe nichts übrig als „eine große Delegiertenversammlung für Zoll- und Verkehrssachen"; auf der andern Seite aber wollte er von dem allgemeinen Wahlrecht, „dem leichtsinnigsten aller Experimente" Bismarcks, nichts wissen. Fast naiv klingt seine Klage: „Niemand weiß, ob er gewählt wird." Viel rascher, mit rückhaltloser Freude, lebte sich die sanguinische Natur des Herzogs in das Neue ein als der doktrinäre Freund, der sich nicht von der Anbetung des Erfolges verführen lassen wollte. Aber so war eben der Notabelncharakter des Altliberalismus beschaffen; man wollte parlamentarische Herrschaft in weitgehendem Sinne, scheute jedoch vor der demokratischen Basis des Parlaments zurück; man hatte sich lange erbaut an der „loyalen Konspiration" und den kleinen Mitteln der Preßagitation im geschlossenen Kreise der Gesinnungsgenossen, und stand zunächst ratlos, als 1867 der Kampf um die Massen begann. Freilich glückte dem Dichter die Wahl in Erfurt; in humorvollem Freytagsstil werden Wahlversammlung und Agitation geschildert. Es ist bekannt, daß er keine Lorbeeren im Reichstage pflückte und zu stolz für eine bloße Statistenrolle den mannhaften Entschluß der Entsagung faßte. Schon nach der ersten Session legte er sein Mandat nieder: „Ich habe für mein Volk eine andere Aufgabe zu erfüllen. Ich bin in einer Zeit, die in

energischer, aber einseitiger Kraftentfaltung begriffen ist, einer der wenigen Bewahrer der idealen Habe unseres Volkes . . . dies Frühjahr war ein großer Wendepunkt in meinem Leben, so schön und lockend lag die große Wirklichkeit vor mir wie selten einem Menschen. Es war ein harter Kampf. Aber ich bin fertig. Ich bleibe der bescheidene Hausfreund meines Volkes, ich bleibe bei der Poeterei, ich krieche in meinen Federtopf zurück."

Schon aus Freytags Briefwechsel mit Treitschke wissen wir, wie merkwürdig ablehnend der Dichter auch weiterhin der Wirksamkeit Bismarcks gegenüberstand. Er blieb bei seiner Auffassung eines Provisoriums und vertagte alle Hoffnungen auf die Zukunft. „Es gilt", schrieb er 1867, „ein paar Jahre gegen diese persönliche Politik zweier Menschen (d. i. des Königs Wilhelm und Bismarcks) sich zu behaupten, und die Forcen derselben ebensowohl für Deutschland zu benutzen als ihre fixen Ideen, soweit man sie nicht brechen kann, zu ertragen"; oder 1868 „Über Politik und Völkerleben zu schreiben, wird dem denkenden Menschen darum sehr schwierig, weil derselbe immer mehr als ein Malheur empfindet, daß der Eine alles machen will und darum selten etwas recht gemacht wird." Eine wirkliche Befriedigung kam nicht in ihm auf, ja er meinte, indem er 1869 über die neue Zeit und den Fortschritt schrieb, um den man gekämpft und nach dem man sich gesehnt habe: „und jetzt, da er gekommen ist, wird die Seele doch seiner nur in einzelnen Stunden froh." Solche Stimmung zeitigte in ihm den Entschluß, das Leben Karl Mathys zu schreiben, dieses starke und feine Buch, von allem, was Freytag geschrieben, wohl am wenigsten gelesen und am würdigsten gelesen zu werden. Da wollte er den Deutschen ihre nächste Vergangenheit zurückrufen, die viele über den Ereignissen von 1866 vergessen zu haben schienen: „Daß nämlich nicht e i n Mann und e i n Waffengang allein die Grundlagen eines neuen Staates geschaffen, sondern daß viele in aufreibendem geistigen Kampfe seit zwei Jahrzehnten daran gearbeitet haben, die Gedanken und die einzelnen Bestimmungen der Verfassung des neuen Bundes als volkstümliche Forderungen hinzustellen." Die historische Leistung seiner Generation und seiner Partei wollte er sicher-

stellen inmitten des großen Stromes, der nun in anderer Richtung die deutschen Geschicke zu treiben begann.

Es sind hier nicht alle schwarzseherischen Bemerkungen Freytags zusammenzustellen. Ging er doch so weit, am 1. Juli 1870 — in dem Moment, wo aus dem genialen Spiele Bismarcks das Kriegsgewitter emporstieg, das die Einigung bringen sollte — über die hoffnungslose Trennung Süddeutschlands zu klagen: „Zweiteiligkeit in sempiternum, es wird eine allmähliche Entfremdung." In seinem Innern begann er seine Hoffnungen auf ein Regiment des Kronprinzen zu stellen; es wäre zu wünschen, daß über diese Beziehungen einmal eine Veröffentlichung der Briefe Freytags mit v. Stosch und v. Normann weitere Aufklärung gäbe. Aber schon aus diesen Briefen begreifen wir die Stimmung, die Freytag später in seinem Buche über den Kronprinzen und die deutsche Kaiserkrone in tiefen Sätzen ausprägte über die „Ergänzungsfarbe", die den Deutschen durch den Hingang Kaiser Friedrichs III. ausgefallen sei: die ganze Welt der Vorstellungen, die von 1848 bis 1864 auf dem deutschen Grunde erblüht war, und auch der Seele des Kronprinzen Inhalt und Farbe verliehen hatte: das war der feste Kern auch seiner Natur allezeit gewesen. In den damaligen schmerzvollen Eindrücken über den tragischen Ausgang des Kaisers ist jene kleine Schrift wohl als pietätlos verurteilt worden; heute wird man diesen Vorwurf gegen den gerechten Geist jenes Nachrufs nicht erneuern wollen. Erfahren wir doch auch aus der vorliegenden Publikation von neuem, daß unser jetziger Kaiser die Arbeit vor ihrer Veröffentlichung gelesen und „zu allem Beistimmung und Beifall" ausgesprochen hat.

III.

Gustav Freytag und General von Stosch

Zu dem politischen Briefwechsel Freytags mit dem Herzog Ernst von Coburg und mit Treitschke, den wir schon seit längerer Zeit besitzen, gesellt sich jetzt der umfänglichste und auch wohl intimste briefliche Meinungsaustausch, in dem der Dichter von „Soll und Haben" ein Menschenalter lang, von 1864 bis

1895, mit dem General v. Stosch gestanden hat[1]). Einzelne Bruchstücke davon waren uns schon aus den bis zum Jahre 1871 reichenden Denkwürdigkeiten von Stosch — die für diese ersten Jahre zur Ergänzung heranzuziehen sind — bekannt. Dagegen bleiben uns die Briefe von Stosch an Freytag, deren historischer Wert wohl noch höher steht, zunächst noch versagt; die Fortsetzung der Herausgabe der Denkwürdigkeiten wurde seinerzeit nach dem ersten Bande bekanntlich eingestellt, da der Herausgeber, der Sohn des Generals, sich durch die ganz unberechtigten, aber vermutlich wohlberechneten Empfindlichkeiten Dritter einschüchtern ließ; nachdem fast ein Jahrzehnt verflossen ist und die vorliegenden Briefe Freytags in den Charakter dieses Meinungsaustausches einen tiefen Einblick gewährt haben, sollte von neuem an den Herausgeber die Mahnung gerichtet werden, daß er dem historischen Gedächtnis einer so starken und verdienten Persönlichkeit, unbekümmert um die Meinung derer, denen an diesem historischen Gedächtnis nichts liegt, durch einen mutigen Entschluß gerecht werden möge.

Bis dahin wollen wir uns dieses anregungsreichen Briefbandes freuen. Wie man auch zu Freytag stehen mag: er fesselt immer durch das, was er zu sagen hat, und durch die Form, in der er es sagt. Es ist eine in sich geschlossene und sich immer treu bleibende Persönlichkeit, die sich ganz offen in vertraulichem Zwiegespräch über vieles äußert, was die Deutschen in jenen Jahrzehnten auf vielen Gebieten des Lebens bewegte. Das historische und politische Profil Freytags ist uns allen vertraut: der selbstbewußte Bürgerliche, der Whig der alten Schule, der ausgesprochene Preuße und Protestant, der Moralist in der Politik. Dieser bürgerliche Liberalismus ist von 1830 bis 1870 die herrschende Strömung gewesen, er vertritt die aufsteigende Welle in der gesellschaftlichen Umwälzung, er ist national und historisch — bei allen ausgesprochenen Antipathien und Sympathien — auf das tiefste angeregt; weniger tief reicht, das sieht man auch wieder bei Freytag, die philosophische und ökonomische Fundamentierung seiner Weltanschauung. Sehr charakteristisch schreibt er ein-

[1]) Gustav Freytags Briefe an Albrecht von Stosch. Herausgegeben von Hans Fr. Helmolt. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1913.

mal: „Jede Zeit hat ihre Philosophie. Unsere braucht einen tapferen Kerl, der den Egoisten verkündet, daß der Mann für die Nation da ist, die Nation für die Menschheit, die Menschheit aber unter anderem auch dazu, das Leben ihrer Erde zu konservieren und zweckvoll für sich umzubilden." Der Sinn der Philosophie hat sich ihm bewußt zu einer nationalen und liberalen Ethik verengert.

Gerade Freytag war, von seiner innersten Natur her, einer der bewußten Erzieher zu solchen Zielen, Erzieher viel mehr als die meisten der Männer, die man nachträglich und künstlich dazu hat machen wollen. Er war es den einzelnen gegenüber. Die Menschen, die er schätzte oder liebte, sollten jedesmal diejenige Entwicklung nehmen, die er um ihretwillen oder im Interesse gemeinsamer höherer Ziele für die richtige hielt; in solchen Fällen war er eigenwillig genug, ihnen sogar das Milieu zu bestimmen, von dessen Einwirkung er sich das meiste versprach; wie er Bennigsen in der Zeit, wo er Präsident des Nationalvereins war, wiederholt zu bereden suchte, nach Preußen überzusiedeln und die preußische Staatsangehörigkeit zu gewinnen, so hätte er den preußischen Kronprinzen während der Konfliktszeit am liebsten in einer landwirtschaftlichen Betätigung großen Stils, fern von den politischen Entscheidungen, untergebracht. Unermüdlich hat er in seinen Briefen Herzog Ernst von Coburg auf den Wegen preußisch-deutscher Nationalpolitik festzuhalten oder von seinen Seitensprüngen dorthin wieder zurückzuführen gesucht; der weichen Natur des Kronprinzen aber hörte er nicht auf, trotz mancher Enttäuschung, durch mittelbare Einwirkung sich zu nähern, auf daß er zu dem hohen Berufe eines modernen Fürsten, wie er ihn verstand, tüchtig werde. Und so, als bewußter Erzieher, hat Freytag sich auch dem ganzen deutschen Volke gegenüber verhalten: als Journalist, als Historiker, als Dichter, bald mit wahrem Schwunge, bald in etwas schulmeisterlicher Art, immer eifervoll bestrebt, an einem nationalen und liberalen Einschulungsprozeß seiner lieben Deutschen zu arbeiten.

Stosch aber war unter den Männern des kronprinzlichen Hofes und der Liberalen derjenige, von dem Freytag nach Lebensstellung und Fähigkeit das Höchste in Krieg und Frieden

erwartete. Eben darum gesellt er sich zu ihm als ein guter Genius, anregend, ratend, auch wohl ein wenig zu lenken versuchend — soweit das der überlegenen und kräftigen Persönlichkeit des Generals gegenüber möglich war. Liebevolle Freundschaft knüpfte ihn an den Mann, seitdem er ihn in den sechziger Jahren als Mitarbeiter für die Grenzboten — es wäre eine dankbare Aufgabe, einmal dem militärischen Publizisten Stosch nachzugehen — gewonnen hatte. So gab er sich hier am intensivsten, offensten und bewegtesten: das alles verleiht dem Briefwechsel, in dem so viel von der inneren Geschichte Deutschlands an uns vorüberzieht, einen besonderen Reiz und eine wahrhaft historische Bedeutung.

Innerhalb dieses Meinungsaustausches steht von vornherein, fast bis ans Ende, die Auseinandersetzung mit zwei Persönlichkeiten, mit Bismarck und mit dem Kronprinzen, im Vordergrunde: mit dem Repräsentanten der entgegengesetzten Staatsanschauung und mit dem erhofften Repräsentanten, der die eigenen Ideale eines Tages zu verwirklichen berufen war. Es ist bekannt, wie Freytag zu Bismarck stand und nach der Welt seiner Ideale stehen mußte; der Herausgeber hätte es kaum nötig gehabt, das kritische Unterfangen Freytags wohlmeinend zu erklären. Es handelt sich um die innerliche Auseinandersetzung der liberalen bürgerlichen Ideale mit der Staatsidee und der Persönlichkeit Bismarcks. Freytag war kein oberflächlicher Erfolganbeter, der nun einfach umdachte, als von wesensanderen Mächten der nationale Staat geschaffen wurde; er hat mit der Wirklichkeit, die ihm hier entgegentrat, jahrzehntelang innerlich gerungen, weil er sich selbst nicht aufgab. Wenn er schon ehrlich genug war, einer Persönlichkeit wie Stein gegenüber sich einzugestehen: „Mir war die originale Gestalt dieses trotzigen Reichsritters niemals recht nach dem Herzen“, so war ihm das Wesen und die Politik Bismarcks vollends entgegengesetzt. Er überwand den Eindruck der Konfliktszeit auch im Jahre 1866 nicht mit einem Schlage, und als im Jahre 1869 Gerüchte von Bismarcks Rücktritt umliefen, da atmete er auf, daß ein Bann von ihm genommen werde: „Ein unsicherer, grilliger, aus schlechter Gesellschaft heraufgekommener Mann hatte durch Verwegenheit, Glück

und wahrhaft große Qualitäten verstanden, sich so mit dem Ruhm und der Größe Preußens zu identifizieren, daß, wer ihn schlug, zugleich dem Staate wehe tat." Bismarck hat über die katonische Sittenstrenge der „old important Whigs" manchmal gespottet; es dämmert auch Freytag wohl zuweilen: „in der Politik freilich waren die Spießbürger nicht immer die Stärkeren", aber er will den Boden der bürgerlichen Moral auch in politicis nicht verlassen. Da bleibt es nicht aus, daß einzelne Urteile des klugen Mannes nur eine hochgebildete Philisterhaftigkeit verraten. Räumt man das ein, so wird man von anderen Urteilen, gerade weil sie auch die Schwächen Bismarcks realistisch erfassen, mehr lernen können, als von den Propheten der reinen Kanonisierung. Es ist doch ein Stück wirklicher Einsicht darin beschlossen, wenn Freytag schon im September 1871 schreibt: „Wenn ein willenskräftiger, in der Wahl seiner Mittel wenig bedenklicher Mann einen kleinen Herrengeist zwingt, das Größte zu tun, so bezahlen solch unnatürliches Verhältnis alle Beteiligten, der eigentliche Regent, der Fürst, das benutzte und behandelte Volk. Die Größe haben wir erreicht; jetzt werfen die Mittel, wodurch sie uns geworden, ihren Schatten über unsere Zukunft. Wir alle werden's noch bezahlen, daß Einer sich gewöhnt hat, selbstherrlich mit Puppen zu spielen." So hat er manchmal auch der politischen Psyche des Kanzlers auf den Grund zu blicken vermocht; es klingt gewiß nicht liebevoll, wenn er 1881 von der „Mischung von Löwe, Wolf und Fuchs, welche in der Seele dieses dramatischen Charakters vereinigt sind", spricht. Das Urteil verbittert sich, was in diesem Briefwechsel nicht überraschen wird, in den Zeiten, wo Bismarck mit Stosch härter zusammenstößt; im Alter aber wird auch Freytag noch zu wahrhaftem Begreifen emporgehoben, wie etwa in dem dichterisch gesehenen Bilde: „Er ist wie der Riese Wate mit der Eisenstange in unserer alten Heldensage, der immer an einer Kette geführt werden mußte, weil er schonungslos gegen Freund und Feind um sich schlug."

Daß gerade Freytag zum Kritiker Bismarcks werden mußte, ist zu begreifen. Schwerer hat er wohl selber daran getragen, und aus seinem Munde überrascht es am meisten, daß er mit so viel Schärfe und Resignation dem kronprinzlichen Hofe

gegenübertritt. Manches haben die Männer, die diesem Hofe nahe standen und den Kronprinzen liebten, unzweifelhaft richtig gesehen; es gibt Ansätze zur Legendenbildung, die vor ihrem Urteil nicht bestehen können. Anderes dagegen hat auch Freytag, gerade weil er nahe stand und weil er liebte, nicht zu werten vermocht; die Sphäre der Vertrauten, in der alle Scheingröße entlarvt wird, ist manchmal auch ungünstig für wirkliches Verdienst, und daß vor Freytags Urteil die menschlichen und militärischen Fähigkeiten des Kronprinzen nicht ganz zu ihrem Rechte kommen, hat schon vor Jahrzehnten Hans Delbrücks Essay überzeugend nachgewiesen. Der erzieherische Zug wird in diesem Falle durch die Distanz so verschärft, daß die eigentliche Tragik, die in den Personen und den Verhältnissen lag, darüber doch zu kurz kommt.

IV.

Ludolf Camphausen

Als historische Biographie ist das Buch von Anna Caspary[1]) keine sonderliche Leistung, aber es besitzt einen ausgezeichneten historischen Quellenwert.

Die Verfasserin, aus dem Familienkreise Camphausens zu ihrer Arbeit angeregt, begnügt sich damit, an der Hand der allernötigsten sachlichen Orientierung nur das vorgefundene Material aufzuarbeiten, vor allem die umfangreiche Korrespondenz Camphausens, unter der wiederum der Briefwechsel mit seinem Bruder Otto, dem späteren preußischen Finanzminister, voransteht. Darüber hinaus bescheidet sie sich ausdrücklich: „Der Bedeutung des Mannes auf dem Gebiete des Handelns und der Politik in eingehender Darstellung gerecht zu werden, ging weit über den der Verfasserin gewordenen Auftrag hinaus und bleibt berufeneren Händen vorbehalten." Für die Bearbeitung von überwiegend politischen Materialien

---

[1]) Ludolf Camphausens Leben. Nach seinem handschriftlichen Nachlaß dargestellt von Anna Caspary. Stuttgart und Berlin. Cotta Nachf. 1902.

— denn der größte Teil des Buches behandelt die politische Tätigkeit Camphausens in den Jahren 1847 bis 1850 — klingt freilich eine solche selbstgewählte Beschränkung merkwürdig genug; aber man müßte ja eher mit den Auftraggebern als mit der Verfasserin darüber rechten, ob die wertvollen Papiere auch in die rechten Hände gelangt sind. Während andere Bücher dieser Gattung ihr Material wenigstens vollständig bringen, werden hier manchmal die wichtigsten Schriftstücke nur in Bruchstücken mitgeteilt, so namentlich, was am bedauerlichsten und bedenklichsten ist, die Briefe Friedrich Wilhelms IV.; wer garantiert dem Historiker dafür, daß in jedem Einzelfall die Auswahl der Sätze richtig getroffen ist und nicht gerade Dinge weggelassen sind, die für die historische Einzelarbeit unerläßlich sind? Solche Bücher machen es eigentlich niemandem recht: die Erzählung des Persönlichen wird mit vielerlei sachlichem Material belastet, das dem minder unterrichteten Leser nicht leicht verständlich ist, und höhere Anforderungen kommen doch nirgends auf ihre Kosten. Auch der Stil ist nichts weniger als historisch; ich will nicht sagen, daß man die durchaus unakademische Lebendigkeit in der Schilderung des Menschlichen an keiner Stelle goutieren könnte, aber der familienmäßige Ton auch in den Abschnitten, die Camphausen an der Spitze der preußischen Staatsverwaltung vorführen, wirkt bei aller Liebenswürdigkeit doch wie ein Geplauder am unrechten Orte.

Also ein Buch, an dem als Buch viel zu tadeln bleibt, und dem man doch für reiche Belehrung dankbar sein muß; man hätte gern über manchen anderen preußischen Politiker ähnliche Veröffentlichungen.

Als politischer Typus scheint Camphausen ja leicht zu fassen zu sein: der Vertreter der rheinischen liberalen Bourgeoisie, die in der Krisis von 1848 den Versuch macht, die Führung des preußischen Staates an sich zu reißen. Aber merkwürdig, wie wenig die Individualität dieses Mannes die typischen Züge seiner Klasse aufweist. Seine Art wird wohl von dem Bildnis wiedergespiegelt, das wir in dem Buche finden. Wir sehen in offene, klar und kühl forschende Augen unter einer geräumig gewölbten Stirn; die Züge weder kräftig noch schön geschnitten, aber verinnerlicht, gesammelt, geschlossen

wie der feine und beredte Mund; alles ruhige, nachdenkliche Bestimmtheit. Das Ganze verrät nicht den Handelsherrn, hat eher, auch in dem ein wenig abgespannten Habitus, etwas von einem geistigen Arbeiter, und vielleicht noch mehr von der nüchternen Reserve eines hohen Bureaukraten an sich; zum politischen Handeln scheint dieses Temperament zunächst nicht geschaffen zu sein.

Und so erscheint er auch auf den Blättern, die seine Entwicklung in der Jugend schildern. Geistig ein selbstgemachter Mann im vornehmsten Sinne, sein Leben lang an sich arbeitend, vorwiegend kritisch und kühl gestimmt, ein überskrupulöser Selbstbeobachter, ernst und herb vor den Jahren. Man lese einmal — für das innerste Wesen ist ja dergleichen sehr bezeichnend — die mitgeteilten Brautbriefe. Welch ein Gegensatz zu der Kraft und Poesie einer Natur wie der Bismarcks liegt in der gemessenen Grandezza, mit der der junge Kaufmann seine verhaltene Zärtlichkeit vorträgt. Feierlich stolzieren die Worte, wie in einer liberalen Thronrede: „Deutlich bewußt des Wunsches und der Hoffnung, des Willens und der Kraft, fühle ich, daß weder Irrung noch Wechsel mehr möglich sind. Fühlen Sie das auch?" Oder gar: „Mit vieler Rührung sah ich, daß die Vorliebe für Ihren glücklichen Freund Sie zur Überschätzung seines Wertes veranlaßte, allein das Gefühl ist mir sehr drückend, und ich bitte Sie freundlich und dringend, nicht mehr Gedanken nachzuhängen, die mich beschämen und die fern von Ihnen bleiben sollten." Die Angehörigen sprachen wohl von den beiden als von einem Paar des 18. Jahrhunderts; ist es nicht, als ob die „staatsmännische" Beredsamkeit des liberalen Führers hier schon vorgezeichnet erscheint?

Aber er war zugleich ein praktischer Kaufmann. Begabung und Eifer befähigten ihn, die großen Veränderungen der Verkehrsmittel in ihrer Bedeutung für sein Vaterland zu erkennen; immer suchte sein Blick aus der Sphäre der unmittelbaren praktischen Zwecke die universalen Probleme des Wirtschafts- und Staatslebens aufzusuchen. So stieg er von den kleinen Anfängen des ererbten Tabak- und Ölgeschäftes auf. Er wurde der tätigste Vorkämpfer des Bahnprojekts Köln—Antwerpen und der Gründung der rheinischen Eisenbahngesellschaft; in

parallelen Bestrebungen rührte sich der 12 Jahre ältere Hansemann in dem benachbarten Aachen; die beiden bedeutendsten Typen der rheinischen Bourgeoisie sieht man hier schon rivalisieren und mit der umständlichen Bureaukratie sich abmühen. Nach der Verschmelzung der beiden Eisenbahngesellschaften warf Camphausen sich auf die Gründung einer Dampfschleppschifffahrt auf dem Rhein: Verbindung Kölns mit der See und Emanzipation der rheinischen Schiffahrt von den Niederlanden wurde sein Ziel. Wieder war es nicht bloß der Geist der Nützlichkeit, des Profitmachens, der ihn beseelte. Um ihn kennen zu lernen, lese man seine Apotheose des Dampfschiffs: „Wen möchte der erste Anblick des mystischen Geschöpfes nicht überraschen, hinreißen, verwirren? Wer zum erstenmal sähe, wie die ehernen Flossen die bestürzten Wellen auseinandertreiben, wie im wilden Laufe die stolze Brust sich mit weißem Schaum bedeckt, wie ein einziger Schlag des kaum sichtbaren Schweifes den Koloß herumwirft; wie bei seiner Annäherung die Wogen am Strande sich rauschend brechen, wie es mit verwegenem Fluge dem Hafen entgegenschießt, die dicken Mauern zu durchbohren sucht und sich sanft und ruhig an das Ufer legt; wer dieses Schauspiel zum erstenmal genösse, der dürfte wohl ausrufen: Bist du kein geistiges Wesen fürwahr, so bist du doch das schönste Tier der Schöpfung." Aus dieser poetischen Verklärung der neuen Verkehrsformen spricht noch etwas vom Geiste des idealistisch-ästhetischen Zeitalters der Deutschen, zugleich aber der Stolz über den materiellen Fortschritt, den er befördern hilft.

Wohl lebt Camphausen in der Welt- und Geschichtsanschauung des liberalen Bourgeois; er sieht den Geschichtsfortschritt in dem Wandel der vorwaltenden Tendenzen, nach dem Zeitalter der Glaubenskämpfe sei auch der Kampf um Reformen des bürgerlichen und politischen Rechtszustandes erloschen und das Streben aller Völker nach materiellem Wohl an die Stelle getreten. Aber er wird in den rheinischen Provinziallandtagen von 1843 und 1845, in denen er seine politische Laufbahn beginnt, doch einer der besonnensten und glücklichsten Vorkämpfer der Forderungen, die Reformen des bürgerlichen und politischen Rechtszustandes in Preußen,

Fortentwicklung der ständischen Gesetzgebung zu den modernen konstitutionellen Formen hin in sich schlossen. Und er trat hier, wie im Vereinigten Landtag von 1847, auf mit dem Selbstbewußtsein seiner aufsteigenden Klasse und ihrer die Allgemeinheit ergreifenden Ideen. Die Doktrinen des Liberalismus waren auch die seinigen, wie er einmal ausrief: die Ständeversammlungen in ihrer Gesamtheit werden immer und bei jeder Frage der Forderung des Gewissens verfallen, das Recht und das Rechte für a l l e zu finden.

Aber er nimmt von vornherein seine besondere Stellung unter den Liberalen. Zu einem richtigen Doktrinär fehlt dem praktischen Kaufmann doch das Zeug; seine berühmte Kritik der ständischen Gesetzgebung von 1847 gipfelte in dem immer wiederholten Nachweis, daß sie „nicht zweckmäßig" sei. Er ist vielmehr Opportunist, von dem Standpunkt der starren Rechtsfanatiker hinsichtlich der Kompetenz des Vereinigten Landtages weit entfernt; so mußte er der Regierung von den Führern der ständischen Opposition bald als der Annehmbarste erscheinen. Sichtbar bleibt er weiterhin von seinem Parteigenossen Hansemann geschieden. Mit Recht sagt ein bei aller enormen Einseitigkeit doch feiner Kenner dieser Dinge wie Franz Mehring in seiner Ausgabe der älteren Schriften von K. Marx: „Die naive Unbefangenheit, womit Hansemann die kapitalistischen Interessen vertrat, war bei Camphausen durch des Gedankens Blässe angekränkelt. Er gab sich bedenklicher und unentschlossener oder, je nachdem man die Sache nahm, eigensinniger und halsstarriger als der andere Führer der rheinischen Bourgeoisie." Von dem Rückständigen in der sozialen Anschauung, das die sozialdemokratische Historie den vormärzlichen Liberalen anheftet, hat gerade er von Hause aus am wenigsten mitgebracht. Seine idealistische und humane Gesinnung bewahrte ihn davor; zugleich wohl der Umstand, daß er nicht eigentlich von der Industrie, sondern von der Verkehrsunternehmung herkam. Schon 1845 wandte er sich gegen die Schutzzöllner in der Kölner Handelskammer mit den Worten: „Daß die Fabrikindustrie vorzugsweise dahin führt, die Leiden der arbeitenden Klassen zu stillen, dies ist einer der traurigsten Irrtümer; die Menschenanhäufung in Fabriken ist kein Glück, sondern ein Unglück.

Die übermäßige Bereicherung Einzelner (eine notwendige Folge großer Fabriken) ist kein Glück, sondern ein Unglück. Eine Ahnung der Verpflichtung der Besitzenden gegen die Besitzlosen hat die Welt berührt; sie sei davon erbebt. Da sei Gott für, daß sich der Wahn verbreite, die Schuld gegen die leidende Menschheit könne durch Schutzzölle abgetragen werden." Und dann in einer Denkschrift von 1847: „Nicht mehr dies ist die Aufgabe und der Drang der Zeit, die Staatsgewalt auf viele Köpfe zu verteilen; eine andere Idee sucht sie zu gebären: sie will die Pflichten ermitteln, welche das Recht des Besitzes auferlegt." So fordert er gerechtere Verteilung der Steuern und Selbsteinschätzung bei der Einkommensteuer.

Das war der Mann, der im März 1848 an die Spitze des schwankenden Staates berufen ward. Man erfährt jetzt, daß, gleichwie an Vincke, sich Bodelschwingh schon am 14. März auch an Camphausen mit einem Rufe nach Berlin gewendet hatte. Nach wenigen Wochen richteten sich die Blicke aller auf ihn als auf den Retter, er war, wie Marx spottete, der „notwendige" Mann, und selbst ein Bismarck nannte „dies Ministerium das einzige, welches uns aus der gegenwärtigen Lage einem geordneten und gesetzmäßigen Zustande zuführen kann". Camphausen hätte eine Stelle als preußischer Handelsminister sehr gut ausgefüllt; das war ein Gebiet, auf dem sein Unternehmungsgeist den Mangel des alten Beamtentums an fähigen Leuten längst empfunden hatte und wohl dazu angetan war, freien Raum für neue Formen zu schaffen. Statt des Handelsministeriums übernimmt er aber jetzt die Ministerpräsidentschaft. Und bei allen seinen Fähigkeiten überrascht dieses plötzliche Aufsteigen im März 1848 ohne Frage. Er kommt eben weniger als individueller Politiker an die Spitze, denn als Typus der neu aufsteigenden bürgerlichen Gesellschaftsschicht; nicht als der ausgesprochenste und konsequenteste Vertreter dieser Klassen (das wäre eher Hansemann gewesen), sondern als der für die Regierung annehmbarste, der „staatsmännischste" der Liberalen.

Es handelt sich aber nicht allein um den Eintritt einer neuen „Klasse", sondern zugleich, und vielleicht in noch stärkerem Grade, um den Eintritt der westlichen Provinzen in die

Leitung des Staates. Die preußische Geschichte verläuft ja in der Richtung, daß die Hausmacht der Markgrafen von Brandenburg immer weiter in den Westen des Reiches eindringt und allmählich aus den vereinzelten territorialen Außenposten, die noch unter Friedrich dem Großen Staatsmaxime war, als ein Preußen zweiter Klasse anzusehen, einen einheitlichen Staat schafft: daß dann aber diese westlichen Gruppen, je mehr sie sich konsolidieren, auf den altpreußischen Staat einen Einfluß zu gewinnen suchen. Diesen Gegensatz hat jüngst Max Lehmann in seinem hervorragenden Buche über den Freiherrn vom Stein zur Anschauung gebracht; in der Bureaukratie der westlichen Provinzen ist der fränkische Reichsritter emporgekommen und mit den Gedanken erfüllt worden, die in der Reformperiode, als der Staat eben jener Provinzen beraubt ist, die erste Bresche in das alte System legen. Dann nach 1815, als diese westlichen Provinzen, durch neue große Gebiete verstärkt und abgeschlossen, zurückgekehrt sind, da beginnt ihre Bevölkerung einen viel stärkeren Einschlag in dem Gewebe des Ganzen zu bedeuten. Sie ringen ein Menschenalter lang um Geltung und Mitarbeit im Staate, bis sie 1848 durchdringen und nun die liberal-bürgerliche Gedankenwelt nicht mehr durch die Vermittlung des Beamtentums wie in der Steinschen Periode, sondern unmittelbar, geführt von den besten Söhnen ihres Erwerbsstandes zum Siege führen. So wurde der Kölner Kaufmann der Minister des Überganges zu den neuen Formen.

Mit den Abschnitten über das Ministerium Camphausen setzt der historisch wertvollste Teil des Buches ein. Ich verfehle nicht darauf aufmerksam zu machen, daß man eine Reihe neuer Belege für die von mir und Rachfahl vertretene Auffassung der Politik Friedrich Wilhelms sammeln kann. Schon am 13. März war das Programm Camphausens: „Der König muß bereitwillig von seinen Souveränitätsrechten opfern, um an die Spitze treten zu können und um demnächst Kaiser von Deutschland zu werden." Eine große Bereicherung unseres Wissens erfahren wir sodann durch die Mitteilungen über den persönlichen Verkehr des Königs Friedrich Wilhelm mit seinem liberalen Minister.

Die neue Stellung Camphausens bot der Schwierigkeiten genug. Auf der einen Seite wurde er von der Revolution bald überholt. Am 9. März schrieb er noch dem Bruder, daß „seine Richtung (d. h. die augenblickliche, die übermorgen nötige kenne ich noch nicht)“ bestimmend für die „Elite“ der Kölner Bürgerschaft sei; ein paar Tage darauf brachte ihm der erste Tag der Preßfreiheit in Preußen die eigentümliche Erfahrung, daß sein auf Wunsch von Dumont für die „Kölnische Zeitung“ geschriebener Leitartikel ihm von dem Verleger, der „im Geiste seine Druckerei zerstört sah“, zurückgesandt wurde, und er stöhnte über die aufrührerische Kanaille, zu der man mit süßen Worten reden müsse. Und sobald er ins Ministerium getreten war, wandten manche alte Freunde sich von ihm ab; Karl Marx zeterte in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ über „die Regierung der Vertreter der großen Bourgeoisie“ und bezeichnete als Ergebnis der siegreichen Revolution: „Die hohe Bourgeoisie, von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, d. h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion.“ Auf der andern Seite sehen wir den König schon sehr früh bemüht, seine Stellung dem aufgenötigten Minister gegenüber zu behaupten, ihm den Rücken zu steifen (schon am 30. März von Potsdam aus) und ihn nach Möglichkeit im Sinne der schüchtern sich regenden Kontrerevolution zu leiten.

Camphausen suchte sich der störenden Einwirkung zu entziehen; es spricht eine deutliche Sprache, wenn sein jüngerer Bruder Otto, schon vor dem März Geheimer Finanzrat, Anfang April schreibt: „Der König fühlt sich in Potsdam, unter dem Schutze seiner Garden, viel behaglicher als in Berlin und hat wieder ein Gefühl der Sicherheit erlangt, was bald herabgestimmt werden muß.“ Am 27. April machte der „Bürgerminister“, wie ihn seine Kölner Freunde wohl nannten, einen zarten Versuch, den König aus Potsdam und seiner reaktionären Umgebung herauszuholen; Dinge, die wir bisher nur aus dem Gegenspiele der Gerlachs kannten. Da aber stößt er auf den bestimmten Widerstand des Königs: „ich lasse eher alles über mich ergehen“; und immer von neuem sucht der König denjenigen Minister, der ihm anscheinend am wenigsten

unsympathisch war, in seiner frauenhaft schmeichelnden Manier zu sich herüberzuziehen: „Ich weiß, teuerster Camphausen, Sie haben Mut und besten Willen, Graf Schwerin auch. Setzen Sie es durch“ (Mai 6/7); oder: „Wie ich Ihnen heut sagte, Wir müssen inniger zusammenwirken als bisher. Zu Ihnen hab' ich ein Herz ... die anderen achte ich und damit gut. Gott leite ihr Herz!“ (Mai 18.) Über die Rückberufung des Prinzen von Preußen, über das Schicksal des Verfassungs-Entwurfes erfahren wir viel Neues. In der letzten Frage wallt das Blut des Königs unter dem Druck seiner liberalen Minister leidenschaftlich empor, und nachdem er in einer hochwichtigen Darlegung seine Auffassung von dem Verhältnis des Monarchen zu seinen konstitutionellen Ministern gegeben hat, ruft er schließlich aus: „Wie unwürdig und unköniglich bin ich vorgestern und gestern vor Ihnen allen dagesessen!!!! So regiert man mit dem geistesschwachen Kayser Ferdinand oder dem tierähnlichen Herzog von Bernburg, so mit einem Wüterich wie der dicke König Friedrich von Würtemberg, schrecklichsten Andenkens oder mein Vetter von Kur-Hessen ... aber nicht mit Friedrich Wilhelm von Hohenzollern, König von Preußen!“

Genug der Blütenlese. Die Geschichte des Ministeriums Camphausen können wir jetzt erst schreiben, und eine Lücke in der gefährlichsten Krisis des preußischen Staates und Königtums läßt sich jetzt erst ausfüllen. Nicht ganz von gleichem historischem Quellenwert, aber immer noch bedeutend und reich an neuer Kunde ist das folgende Kapitel über Camphausens Stellung als preußischer Bevollmächtigter bei der provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt; auch dieser Abschnitt ist durch einzelne Stücke aus der Korrespondenz des Königs ausgezeichnet. Friedrich Wilhelm hatte ihm geschrieben, daß es seine heilige Pflicht sei, „als Teutscher und vor allem als Preuße und als mein Freund, die Stellung als Ministerpräsident in Frankfurt anzunehmen“; dagegen blieb Camphausen fest darin, nur als preußischer Kommissar nach Frankfurt zu gehen. Besonders über die Zeit, da das Herannahen der Kaiserwahl die preußische Regierung zu offener Stellungnahme provozierte, über die Vorgeschichte der preußischen Zirkularnote vom 29. Januar 1849, der gemeinsamen Arbeit von Bülow und Camphausen,

sowie über die diplomatischen Vorgänge nach der Kaiserwahl wird neues Licht verbreitet. Bekümmert trat Camphausen, nach vergeblichen Versuchen, das endgültige Scheitern des ganzen Werkes in irgendeiner Form hintanzuhalten, am 22. April 1849 zurück. In einem längeren Schreiben setzte sich der König mit ihm auseinander und wiederholte ihm die auch zu Beckerath gesprochenen Worte: „Versteh' ich Sie recht, so raten Sie mir, ich soll es machen wie der Prophet Daniel und in die Löwengrube steigen in der Zuversicht, daß Gott mir beistehen wird? — Da ist nur ein schlimmer Umstand. Ich bin nicht der Prophet Daniel und würde glauben, Gott zu versuchen, wenn ich so täte." Er antwortete in würdiger Weise; mit demjenigen Mitgliede des preußischen Königshauses aber, dem die von ihm empfohlene deutsche Politik als die beste einleuchtete, mit der Prinzessin von Preußen, blieb er nach seinem Rücktritt in einem dauernden Briefwechsel verbunden.

Das Kapitel: Erfurt bis Olmütz bringt eigentlich nur noch Nachklänge. Der Abschluß des preußischen Verfassungswerkes führt den König und Camphausen, als Abgeordneten der Ersten Kammer, noch einmal zusammen; über Olmütz haben wir ein höchst interessantes Schreiben der Prinzessin von Preußen.

Sein politisches Leben war seitdem abgeschlossen. In dem Preußen der Reaktionszeit fand er keine Stelle mehr, und den Versuchen, ihn im Jahre 1859 wieder heranzuziehen, wich er aus. Das Geschäft und seine Studien füllten sein Leben immer mehr aus; sein häusliches Leben ward durch eine ganze Kette von Unglücksfällen, den frühen Tod aller seiner Söhne, verdüstert; aber in einer rein wissenschaftlichen, astronomischen Tätigkeit fand er seine eigentümlichsten Anlagen zur Vollendung kommen; bei seinem Tode sprach es ein hervorragender Astronom aus: „Dann erst begann Camphausen seine astronomischen Arbeiten, die weit über das gewöhnliche Maß dessen, was ein Liebhaber in der Wissenschaft leistet, hinausgehen und ihm ein unvergängliches Andenken in der Astronomie sichern werden." Es ist eine politische Muße von fast vierzig Jahren, in der dies in raschem Anstieg aufstrebende Leben ausgeht; er hat die Ministerschaft und den Sturz seines Bruders Otto

noch erlebt. Aber das Temperament des Politikers, wenn es je in ihm als treibende Kraft lebendig gewesen, war in diesem stillen Zuschauer längst zur Ruhe gekommen. Als er am 3. Dezember 1890 starb, ging ein langes Leben zu Ende, das nur für einige Monate, höchstens für einige Jahre, dafür aber auch in der Zeit der entscheidendsten Krisis politisch kulminiert hatte und mit den Geschicken des preußischen Staates verflochten gewesen war.

V.

Mevissen

Der seit den dreißiger Jahren in Preußen einsetzende Umwandlungsprozeß von Staat und Gesellschaft, der den entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Fortschritt in sich schließt, hängt zu einem großen Teile von dem Eintritt des liberalen Bürgertums der westlichen Provinzen, besonders des Rheinlandes, in das öffentliche Leben der Gesamtheit ab. Der Anstoß kommt von jenen Landen alter deutscher Kultur, deren wirtschaftliche Grundlagen den Fortschritt der Zukunft vorbereiten konnten, und deren soziale Struktur während der napoleonischen Ära noch stärker als das übrige Deutschland von den Ideen einer neuen Zeit beeinflußt war: so mußten gerade sie nach ihrer Einverleibung in den preußischen Staat am lebhaftesten gegen alle Momente rückschrittlicher Gesetzgebung sich erheben und ihrerseits zu Trägern aller modernen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsgedanken werden, die in der preußischen Reformperiode bereits angelegt, dann wieder zurückgedrängt waren und nun immer ungestümer auf die Umgestaltung des ganzen Gebäudes von Grund aus hinarbeiteten. Diese historische Mission, die, wenn auch nicht ausschließlich, so doch vornehmlich von einer bestimmten Gruppe innerhalb dieser Landschaften getragen wird, gibt deren führenden Persönlichkeiten eine besonders wertvolle Bedeutung. Die meisten von ihnen (nunmehr auch der in das andere Lager hinübertretende v. d. Heydt) haben daher auch eine biographische Behandlung erfahren, wissenschaftlich

freilich in ungleicher Weise: Beckerath und Camphausen, der eine Sonderstellung einnehmende kernige Westfale Harkort, zuletzt Hansemann in dem gehaltvollen Buche von A. Bergengrün. Dem jüngsten der rheinländischen Gruppe, aber doch wohl demjenigen, dessen Gesamtpersönlichkeit die reichste war und dessen Gesamtwirkung sich nach Zeit und Intensität am weitesten dehnte, ist nun vor allen seinen Mitstrebenden auch das Glück einer Biographie großen Stiles zuteil geworden[1]).

Ich halte das Buch von Joseph Hansen über Mevissen für eine der gediegensten und gedankenreichsten Leistungen zur deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert, die seit längerer Zeit hervorgebracht worden sind. Mit Recht sagt der Verfasser dieses „rheinischen Lebensbildes": „Am Wachsen seines ein langes Leben hindurch ringenden Charakters tritt uns das 19. Jahrhundert in seinen wesentlichen Wendungen — zugleich aber auch die Tatsache entgegen, daß doch nur einzelne, seltene Personen imstande waren, in dem Übergang die Einheit des Ganzen aufrechtzuerhalten." Schon im einzelnen erforderte der Unterbau dieser Biographie, in den mannigfachen allgemein geistigen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen und ihrer wechselseitigen innerlichen Durchdringung eine imponierende Vielseitigkeit der Kenntnisse und Sicherheit des Urteils. Jene Einheit des Ganzen aber aufzuzeigen und dauernd festzuhalten, erforderte eine umfassende Bildung und eine reife historische Kunst. Die Persönlichkeit Mevissens wird begriffen nicht als eine isolierte Erscheinung, sondern aus den großen allgemeinen Entwicklungen heraus, von denen sie einen Teil bildet und sich doch wieder als ursprüngliche Individualität abhebt. Und wenn wir diese allgemeinen Entwicklungen mit den Schlagworten bezeichnen: Übergang von der philosophisch-literarischen Epoche unseres Volkes zu seiner praktisch-materiellen, Eintreten der liberalen rheinischen Bourgeoisie in die Führung des preußischen Staates und für das Ideal eines einigen deutschen Vaterlandes, Überführung der absolutistisch-bureaukratischen Formen des alten Staates zu den konstitutionellen der Gegenwart, vorbildliche Grundlegung

[1]) Joseph Hansen, Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild 1815—1899. 2. Band. Berlin, Georg Reimer 1906.

der industriell-kapitalistischen Wirtschaftsformen und Organisationen im Westen — so erkennt man, daß es kaum ein Problem deutscher Geschichte in jenen beiden Menschenaltern gibt, das nicht zur Erörterung kommen müßte. Durchweg werden die Gedankenreihen, die der Biograph auf seinem Wege aufgreifen muß, in ihre großen historischen Zusammenhänge eingereiht, werden die politischen Fragen und die wirtschaftlichen Bildungen, an denen dieses in so seltener Weise zugleich empfängliche und tatkräftige Leben vorbeigeht, aus allen ihren Beziehungen heraus begriffen. Wir blicken stets vorwärts und rückwärts, und so dient die Biographie dieses Einzellebens, das den ganzen Reichtum seiner Periode tätig in sich aufnimmt und dadurch eigentümlich vermehrt, unserem Verständnis der ganzen Zeit.

Hansen hat in dem Nachlasse Mevissens, besonders in den Aufzeichnungen seiner jüngeren Jahre, ein überreiches Material vorgefunden und es durch umsichtige archivalische Nachforschungen ergänzt. Für die geistige Bildung ist dieses Material von einer ganz seltenen Ausführlichkeit. Mevissens Bildung war großenteils selbsterarbeitet; er hatte nur die Quarta des Gymnasiums und die Tertia der Bürgerschule besucht, als er zunächst in das väterliche Geschäft eintrat. Aber er besaß nicht nur den nimmermüden Fortbildungsdrang und die allseitige dankbare Empfänglichkeit des Autodidakten, sondern auch jene Kraft des Geistes, die statt bloßen Wissens Bewältigung des geistigen Stoffes sucht, ja aus ihm den befruchtenden Lebenskern zu gewinnen weiß: so fällt das Gewonnene nicht wieder von ihm ab, wie das so manchem Widerwilligen von der Schule Aufgezwungene und Angeklebte, sondern es durchdringt alles Tun seines Lebens mit schöpferischer Kraft und verbindet auch das Entfernteste in Harmonie. Wie in dieser Werkstatt die Weltanschauung Mevissens, „eine mit den Elementen geschichtlicher Erfahrung und subjektiver Empfindung durchsetzte Aufklärung“, erwächst, hat Hansen vortrefflich deutlich machen können.

Eine kurze Anzeige kann sich nicht mit den einzelnen Problemen dieses Buches auseinandersetzen und hat auch etwas anderes zu tun, als hier und da eine andere Meinung zu äußern. Ich mache besonders aufmerksam auf das vortreffliche

Kapitel über das politische und wirtschaftliche Leben am Rhein und in Köln am Anfang der vierziger Jahre, da es in die Hauptprobleme des Buches, die Bedeutung der Westprovinzen für den preußischen Staat, hineinführt, dieselben Probleme, die für ein früheres Stadium preußischer Geschichte Max Lehmann in dem ersten Bande seines Stein im gleichen großen Gedankengange angeschaut hat. Unsere Gesamtanschauung der vierziger Jahre steht zweifellos noch unter dem tiefen Eindruck von Treitschkes glänzender Darstellung in seinem fünften Bande, die großenteils auf preußische Staatsakten gegründet ist und daher häufig aus dem Gesichtswinkel der alten Bureaukratie urteilt. Im Gegensatz dazu arbeitet Hansen, neben einer allseitigen Heranziehung des Stoffes, mit den Papieren der liberalen rheinischen Bourgeoisie, und kommt von selbst dazu, sich ihrer Argumente und Urteile zu bedienen und ihre Forderungen zu vertreten. Hier und da scheint mir daher sein Urteil allzusehr von seinem Material bestimmt, scheinen mir die entgegenstehenden Momente nicht genügend berücksichtigt, wird die Gesamtheit des preußischen Staates, wie er einmal war, mit allen seinen hemmenden Konstruktionsmerkmalen nicht hinlänglich gewürdigt. Im ganzen aber liegt auf Hansens Seite ein entschiedener Fortschritt, stillschweigend fällt manche Korrektur Treitschkes ab. In der Beurteilung preußischer Geschichte wird sich doch immer wieder diejenige Geschichtsanschauung als die stärkere erweisen, die entschlossen den vorwärtsschreitenden Elementen des Staates die völlige Würdigung zuteil werden läßt.

Der Höhepunkt von Mevissens politischer Tätigkeit liegt nach seiner Beteiligung an allen rheinischen Bestrebungen der vierziger Jahre und nach der vorbereitenden Schulung im Rheinischen Provinziallandtage von 1845 doch in dem ersten Vereinigten Landtage von 1847. In dem großen Sturmjahr selbst tritt der erst Dreiunddreißigjährige hinter den anerkannten Namen Hansemanns und Camphausens noch zurück; nur vorübergehend kommt er im September für eine preußische Ministerkombination unter Beckerath in Betracht; seine Tätigkeit im Frankfurter Parlament beschränkt sich auf eine einflußreiche Wirksamkeit in der Kasinopartei hinter den Kulissen,

und das Amt des Unterstaatssekretärs im Handelsministerium bedeutete nicht viel mehr als eine Vertretung jener rheinischen Bourgeoisie, die gleichzeitig in Berlin am Ruder war. Er trat aber schon im September von dem Amte zurück und wandte sich, trotz gelegentlichen Anteils an politischen Dingen, der wirtschaftlichen Betätigung zu. Nach ihrem energischen Anlauf ziehen sich die Führer der rheinischen Bourgeoisie nach dem Revolutionsjahre doch überraschend schnell aus der aktiven politischen Beteiligung wieder zurück. Der Umfang von Mevissens Geschäften erklärt das zwar zur Genüge, aber über die tieferen Gründe dieses Rückzuges erfährt man auch aus Hansens Darstellung nicht eben viel.

Die Freiheit der wirtschaftlichen Unternehmung in der modernen Form der Aktiengesellschaft war vor der Revolution auf die schärfste Abneigung der traditionellen Bevormundungssucht der preußischen Bureaukratie gestoßen, in den fünfziger Jahren kam sie zwar rascher voran, aber hatte doch den Boden Schritt für Schritt zu erkämpfen. Im ganzen befestigt auch diese Seite von Hansens Buch die Erkenntnis (gegenüber allzu staatlich-regulativ oder gar dynastisch gefärbten Vorstellungen), daß bei uns die entscheidenden wirtschaftlichen Fortschritte des 19. Jahrhunderts nicht durch den Staat, eher trotz des Staates geschehen; der privaten Initiative, dem Unternehmungsgeist, der Erfindungskraft, dem technischen und geschäftlichen Geschick, der Arbeitsamkeit des Volkes war es doch wesentlich zu danken, daß sich im Westen eine neue Welt erhob. Hier wurde Mevissen, der jüngste des rheinischen Trios, da Camphausen sich vom Geschäft zurückzog und Hansemann nach Berlin übersiedelte, der glückliche Führer. Eine gewaltige Leistung ist von ihm vollbracht worden, es ist das zweite und geschichtlich doch wohl bedeutsamste Stück seiner Lebensarbeit. Er war Präsident der Rheinischen Eisenbahngesellschaft seit 1844 und des Schaaffhausenschen Bankvereins seit 1849; dann wurden von ihm geplant und entworfen, geleitet und gefördert der Kölner Bergwerksverein, das für die deutsche Eisenindustrie führende Unternehmen des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins, die Kölner Baumwollspinnerei und Weberei, die Kölner Maschinenbaugesellschaft, daneben die Kölner Rück-

versicherungsgesellschaft, die Kölner Lebensversicherungsgesellschaft Colonia, dann die Darmstädter Bank für Handel und Industrie, die erste moderne Aktien-Kreditbank auf deutschem Boden, und die Internationale Bank in Luxemburg. In diesen Jahrzehnten wurde Mevissen, zeitweilig auch Präsident der Kölner Handelskammer, einer der führenden captains of industry, vor allem für Deutschland einer der Hauptvertreter der kapitalistischen Großunternehmung, ihrer bahnbrechenden Organisationen und ihres ineinandergreifenden Mechanismus. Es ist ein besonderes Verdienst des Buches, diese Verhältnisse, die in der geschichtlichen Würdigung noch über Gebühr zurückstehen und für die moderne Entwicklung Deutschlands einfach grundlegend sind, mit einer jedenfalls nicht leicht erarbeiteten Sachkunde in die Biographie einbezogen zu haben.

Das Schöne an Mevissens Persönlichkeit ist, daß sie in diesen Dingen, die an sich wohl ein Leben ausfüllen, doch wieder nicht ganz aufgeht, sondern das eigene Selbst mit aller geistigen Empfänglichkeit bewahrt. Es lebt in ihr ein Idealismus, der über den bloßen Erwerb hinweg sich immer wieder höhere, eigentliche Ziele gesteckt sieht; so trachtet er, den Zwiespalt zwischen den hergebrachten Formen des Staates und der Struktur der neuen Gesellschaft, die er selbst hat heraufführen helfen, in der Idee zu überwinden, und zugleich den Bildungsidealen, aus denen er die Kraft seines Lebens gezogen hatte, treu zu bleiben. Aus seinen Entwürfen und zum Teil mit Hilfe seiner Mittel entstanden so die Städtische Handelshochschule in Köln, die Gesellschaft für rheinische Geschichte und das Kölner Archiv: sein jetziger Leiter hat nicht bloß eine Biographie Mevissens geschrieben, sondern in ihr auch der ganzen reichen und starken bürgerlichen Art dieser Generation ein Denkmal aus ihrem Geiste errichtet.

In seiner Biographie Lassalles hat Georg Brandes als Leitmotiv die Frage vorangestellt, wie aus dem Deutschland Hegels das Deutschland Bismarcks geworden sei. Es ist das eine Gegenüberstellung, der man im Auslande häufig begegnet, und begreiflicherweise zieht man dort das Deutschland Hegels (man sagt dafür auch Goethes) vor. Es handelt sich dabei natürlich nur um schiefe Abstraktionen, wie denn auch Brandes

seine einseitigen Gegensätze rein ideell sieht und darum ganz auf der Oberfläche bleibt. In dem Hegelianer Mevissen, der noch im höchsten Alter meinte, daß er in dem tatsächlich Gewordenen die einzige und notwendige Verwirklichung des Möglichen sehe, haben wir auch einen, der aus jenem „alten" Deutschland stammte und zugleich das gegenwärtige mitbegründen half. Wenige Männer aber verkörpern in sich die Einheit im Übergang aus der einen Epoche zu der andern in so hohem Grade: dieser Nachweis ist wohl eine der stärksten Seiten von Hansens Buch.

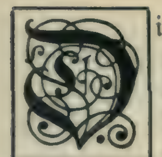


11.

August Reichensperger

1900





Die Biographie August Reichenspergers darf man wohl als einen der lehrreichsten und interessantesten Beiträge zur politischen und geistigen Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert bezeichnen, den wir seit längerer Zeit erhalten haben.[1]) Freilich hat der Held des Buches ein erheblich größeres Verdienst daran als der Herausgeber. Auf Bestimmung Reichenspergers ist sein gesamter handschriftlicher Nachlaß dem ihm seit langem persönlich befreundeten Historiker ausgehändigt worden, und die Schätze dieser Materialiensammlung sind es, die Pastor nun weniger verarbeitet denn vor uns ausbreitet, ordnet, gruppiert und hier und da mit Begleitworten versieht. Im ganzen ein Reichtum, wie ihn nur eine so mitteilungsfrohe und lebhafte Natur wie die des deutschen Montalembert zu erklären vermag: seine Tagebücher, von 1825—1892 geführt (wenn auch nicht ganz vollständig erhalten), ein reichhaltiger, mit Männern der verschiedensten Lebensstellungen und Geistesrichtungen gepflogener Briefwechsel noch von der alten ergiebigen Art, die Reden und schließlich die Fülle von Schriften, Artikeln und Rezensionen als Inbegriff seiner politischen, kunstwissenschaftlichen und literarischen Wirksamkeit. Die Rohmassen einer Biographie liegen hier in einem Umfange bereit, wie ihn der Historiker sich nur wünschen kann, und es war natürlich Pastors gutes Recht, auf der von ihm gewählten Stufe ihrer Verwertung stehen zu bleiben; zutreffend ist es von verschiedenen Seiten mit hohem Lobe anerkannt worden, daß schon darin eine starke Arbeitsleistung eines vielbeschäftigten Gelehrten enthalten ist. Es muß zugleich aber gesagt werden, daß es nur eine primitive Form der Geschichtschreibung bleibt, und daß eine so lebensvolle und künstlerisch durchgebildete Persönlichkeit wie die Reichenspergers wohl etwas Größeres und Eigeneres aus der Feder eines kongenialen Historikers verdient hätte. Für die deutsche biographische Literatur ist es kein Gewinn, wenn solcherlei Technik bei den Historikern Bürger-

[1]) August Reichensperger 1808—1895. Sein Leben und sein Wirken auf dem Gebiete der Politik, der Kunst und der Wissenschaft. Mit Benutzung seines ungedruckten Nachlasses dargestellt von Ludwig Pastor. 2. Bde. Freiburg i. Br., Herder. 1899.

recht gewinnt, wie denn — wohl nicht zufällig — gerade die geistigen Führer des katholischen Deutschlands durchweg von ihren Epigonen mit Biographien dieses Stiles scheinen beschenkt werden zu sollen; diesen Büchern von dem Jesuiten Pfülf über den Kardinal v. Geißel, Hermann v. Mallinckrodt, den Bischof v. Ketteler, von Pastor selbst über Joh. Janssen reiht sich auch das vorliegende Buch an. Die life and letters-Manier läßt sich bei einem stillen und umfriedeten, von den Schätzen seines Innern zehrenden Menschenleben wohl ertragen; bei einem Manne aber, der in das Leben seiner Zeit mit so entschiedenem Handeln eingegriffen hat, so recht mitten in dem Strome einer weltgeschichtlichen Entwicklung steht wie August Reichensperger, wird man ein starkes Gefühl der Enttäuschung nicht los, wenn die gestaltende Kraft und das historische Urteil seines Biographen sich in solchem Maße zurückhält, zumal in den politischen Kapiteln „rein referierend" bleiben will und nur in den Abschnitten, die Reichenspergers kunstgeschichtlichen Bestrebungen gewidmet sind, ein eigenes Wort zu sagen hat.

Nun scheint diese „aktenmäßige" Methode ja den Vorzug zu haben, eine möglichst objektive Ausnutzung des Stoffes zu verbürgen. Aber man hat trotzdem nicht den Eindruck, daß sie gegen jede Einwendung gesichert wäre. Es ist auffallend und jedem Beurteiler bisher aufgefallen, daß in diesem Buche von tausend Seiten das große Jahrfünft von 1866—1870 kaum dreißig Seiten, das Jahr 1870 mit seinen gewaltigen Ereignissen auf politischem und kirchlichem Gebiete nur drei Seiten füllt — nichts als ein paar dürftige Notizen über die Stellung der deutschen Katholiken zum Unfehlbarkeitsdogma und über die Spaltung, die so viele alte Mitkämpfer Reichenspergers nach schwerer Gewissensqual von seiner Seite losriß. Als F. X. Kraus in einer sehr lesenswerten Anzeige des Buches (Allg. Ztg. Jg. 1900) an dieser Stelle die Möglichkeit eines absichtlichen Hinweggleitens über diese Dinge vorsichtig andeutete, erklärte Pastor, ihm habe jede derartige Absicht ferngelegen: „Wenn ich nichts Eingehenderes bot, so hat dies seinen Grund darin, daß die mir vorliegenden Quellen (Tagebücher und Briefe) nicht mehr enthielten, als in meinem Werke gedruckt steht." Schon dieser

Satz erledigt die Frage keineswegs, da natürlich die Möglichkeit bestehen bleibt, daß das Pastor übermittelte Material sich bei der Übergabe bereits in einem gereinigten Zustande befunden hat: das absichtliche Hinweggleiten würde dann zwar nicht dem Biographen, aber seinem Helden zur Last fallen. Reichensperger selbst, wo er einmal — in seinen Jugendjahren — als Kritiker spricht, zeigt sich für eine derartige Argumentierung nicht unzugänglich; er schreibt im Jahre 1834 von dem Briefwechsel Goethes mit Zeller: „Goethe hat gewiß in späteren Jahren ... viele Briefe weggelassen, weil sie wichtigere Gegenstände berührten; z. B. aus der Periode von 1806 und 1807, die doch Weimar wie Berlin so gewaltig nahe anging, finden sich nur sehr wenig Briefe vor, und in diesen wird kaum Meldung getan von den damaligen Erschütterungen." Ein entsprechender Schluß wird daher vermutungsweise auch uns erlaubt sein: was Reichensperger anfänglich über die Inopportunität der Unfehlbarkeitserklärung gedacht und niedergeschrieben hat, mag er hinterdrein, als er sich mit allem abgefunden hatte, ängstlich ausgemerzt haben. So hören wir aus dem Jahre 1870 von ihm so gut wie nichts darüber, erst später schreibt der Bekehrte gelegentlich an einen Protestanten: „Der bisherige Verlauf der Döllingerei (!) bringe ihn dem Gedanken näher, daß er sich im Irrtume befand, als er den betreffenden Konzilsausspruch für inopportun hielt." Irrtum und Erkenntnis des Irrtums aber führen in die Tiefen der Persönlichkeit hinab; so wird die Lücke dieser Jahre zur bedenklichsten Lücke dieser Biographie. Für die Epigonen der Ultramontanen mag es erwünscht sein, daß ihre Größten niemals ernstlich gezweifelt haben; der Historiker will den Menschen menschlich sehen, um ihn zu verstehen.

Über die Beweiskraft eines weiteren Erklärungsversuches Pastors auf die Anfrage von Kraus hat man Ursache, noch skeptischer zu denken: „Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich A. Reichensperger gegenüber seinem Bruder Peter über die Ereignisse des Jahres 1870 ausführlich ausgesprochen; leider sind diese Briefe nicht erhalten, da Peter Reichensperger, wie mir glaubwürdig versichert wurde, seine sämtlichen Papiere vernichtet hat. Aufschluß bieten könnten vielleicht noch die

Schreiben Reichenspergers an Lord Beresford Hope; allein die Einsicht in diese Papiere wurde verweigert. Es lag mithin nicht an mir, sondern an den Quellen, daß der Bericht über Reichenspergers Stellung im Jahre 1870 so kurz ausfiel." Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Leider hat Pastor bereits in seinem Vorwort mitgeteilt, daß eben diese beiden Quellen „unwiederbringlich verloren" bzw. „unerreichbar" seien. Da sie ihm somit für sein g a n z e s Werk nicht zu Gebote gestanden haben, so vermag ihr Mangel keine Erklärung dafür zu bieten, daß die sonst auf das breiteste angelegte Darstellung gerade 1870 so mager wird — und das hatte man ja auffallend gefunden. Eine wissenschaftliche Beweisführung kann durch die dem Advokaten erlaubte Einführung irrelevanter Beweisstücke nur verlieren.

Auch die Art, wie Pastor das mitgeteilte Rohmaterial erläutert, stimmt nicht immer zu dem erstrebten Ziel, die eigene Persönlichkeit auszulöschen und die Dinge in ihrer Objektivität erscheinen zu lassen. Schon eine bloße Personalnotiz vermag ihm Anlaß zu geben, seinen Antipathien die Zügel schießen zu lassen; gleich auf den ersten Seiten wird dem Vetter Reichenspergers, Knoodt, folgender kurzer Lebenslauf in der Anmerkung gewidmet: „Er ward später ohne Beruf Priester, als seine Absicht, sich mit Elisabeth Reichensperger zu verloben, vereitelt wurde, dann Professor der Philosophie in Bonn und seit 1870 eifriger Parteigänger der Altkatholiken." Wie harmlos da in diesen persönlichen Motiven verschmähter Liebe oder gekränkter Eitelkeit die Wurzeln des häretischen Ausganges von dem Eingeweihten bloßgelegt werden! An anderen Stellen tut der Herausgeber wieder zu wenig. Die Tagebuchnotizen eines vielbeschäftigten Politikers zumal über Dinge, denen er ferner steht, enthalten naturgemäß den Niederschlag vielfach unbeglaubigten Geredes, das häufig vom Herausgeber entweder hätte ausgeschieden oder auf Grund einer besseren Information hätte richtiggestellt werden müssen; statt unterschiedslos alles abzudrucken, war es häufig geboten, das Wesentliche von dem Unwesentlichen, das Beglaubigte von dem Unbeglaubigten, das Tatsächliche von dem Irrtümlichen zu sondern, damit nicht jedes Zufallsurteil Reichenspergers in der grellen

Beleuchtung des Moments, in der es erklärlich ist, sich fortpflanze und zumal weiteren Kreisen als eine Kundgebung von bleibendem Werte erscheine. Pastor erklärt, wo noch lebende Persönlichkeiten in Betracht gekommen seien, Diskretion geübt zu haben; so kommt den Toten der Spruch: „de mortuis nil nisi bene" nicht zugute; leider, denn wie die bösartige Insinuation gegen den damaligen päpstlichen Kämmerer Prinzen Hohenlohe und sein Verhältnis zum Kardinal Diepenbrock durch den von F. X. Kraus aus einer Abschrift H. Finkes mitgeteilten Brief Hohenlohes in nichts aufgelöst worden ist, so dürfte es auch in anderen Fällen gehen.

Doch nun von dem Buche zu seinem Helden. August Reichensperger, einer der Gründer und Vorkämpfer der Zentrumspartei, ist wohl der beste Typus der Verbindung, welche die Ausläufer der katholischen Romantik mit dem westdeutschen Liberalismus eingehen, um mit den von hier geschöpften Kräften die moderne ultramontane Bewegung, den „Kampf der preußischen Katholiken um politische und soziale Emanzipation" zu führen. Ein Romantiker, der den „süßen Duft des katholischen Mittelalters" innerlichst empfand, wie nur Brentano und Eichendorff, und zugleich ein Liberaler, der aus der französisch-belgischen konstitutionellen Doktrin der vierziger Jahre die politischen Grundgedanken entnahm: aber in dieser doppelten Richtung entwickelt er sich erst unter dem Einfluß der ihm von Hause überkommenen Oppositionsstimmung des annektierten Rheinländers und Neupreußen. Hier haben wir die Wurzel seiner Individualität zu suchen. Er war ein Koblenzer, wie sein großer Landsmann und Gesinnungsgenosse Görres, aber ein paar Jahrzehnte später, auf der Höhe des napoleonischen Regimes, geboren. Nicht von dem früh verstorbenen Vater, einem französischen Juristen und „napoleonischen Katholiken", sondern mehr von mütterlicher Seite, aus einer strengkatholischen, kurtrierischen Beamtenfamilie, stammen die wirksamsten Einflüsse. Der Sturm der Freiheitskriege ist dieser ganzen Sphäre fremd geblieben, und noch während des Krieges haben sich die französischen Sympathien fortgesetzt, wie denn eine Familienaufzeichnung die Franzosen rühmt: „die Preußen waren aber am meisten gehaßt, weil voll

Dünkel und Ansprüche." Als dann die preußischen „Hungerleider" die Herren der Rheinlande werden, da wächst sich dieser Gegensatz zu einer der kräftigsten Empfindungen in dem jungen Reichensperger aus. Von einem gesunden Landschaftsgefühl getragen, schwelgte er während seiner Berliner Semester förmlich in seinen Antipathien gegen das Nüchterne, Kalte, Gemütslose, Strenge des preußischen Wesens, er gesundet von einer langwierigen Jugendhypochondrie der Übergangsjahre erst, als er wieder an den Rhein zurückgekehrt ist; aber auch hier überläuft es ihn beim Anblick des preußischen Militärs „heiß und kalt", wenn er daran denkt, selber „so ein gehudelter Friedenssoldat" zu sein. Sein Leben lang nach innerer Bereicherung begierig, sucht er andere Anlehnung, jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle; auf einer halbjährigen Reise nach Frankreich, wohin seine innerste Neigung ihn führt, wird Paris für ihn eine zweite Universität, die Hochschule der neuen Tendenzen, der fortschreitenden Kräfte. Ein gemäßigter Liberalismus französischer Färbung wird für ihn wie für die meisten seiner Landsleute zur politischen Überzeugung, liefert der rheinischen Oppositionsstimmung den positiven Gehalt, nur nach Gelegenheit zur Betätigung spähend. Als rheinischer Jurist greift er zum ersten Male zur Feder, zur Verteidigung der rheinischen Rechtsinstitutionen gegen den Minister Kamptz (1834), und der Rheinländer in erster Linie ist es, der sich im Jahre 1837 bei der Verhaftung des Erzbischofs Droste-Vischering in ihm empört. Nicht etwa konfessionell katholischer Eifer führt ihn an die Front, denn er stand bis dahin der Kirche ganz gleichgültig gegenüber, auch nicht bloß ritterlicher Eifer für den Verfolgten, sondern vor allem, daß die Preußen sich an dem rheinischen, an seinem Kirchenfürsten vergreifen, das wird für ihn entscheidend.

Das große Ereignis der preußischen Geschichte, das auch den jungen Referendar v. Ketteler aus dem Staatsdienst trieb, bringt die Wendung für sein Leben. Er kehrt zur Kirche zurück, nachdem in der Lektüre der Schriften von Görres, insbesondere des wilden „Athanasius", sich seine Sinnesänderung vollzogen hat, und alsbald tritt er als katholischer Publizist an die Seite des Mannes, dem er — neben Montalembert — später alles

zu verdanken glaubte, was er irgend sei und leiste. Es verstand sich von selbst, daß er — in der vormärzlichen Zeit! — seine Feder nur in außerpreußischen und außerdeutschen ultramontanen Organen tummelte, ein skrupelloser Gegner seines absolutistischen und protestantischen Staates. Wir erfahren erst jetzt aus seiner Biographie, daß es die von ihm und seinem Bruder Peter gesammelten Materialien waren, die der Vicomte Gustave de Failly 1842 zu dem von Treitschke noch dem französischen Legitimisten Cazalès zugeschriebenen Buche „De la Prusse et sa domination" verarbeitete, dessen leidenschaftliche Bitterkeit sogar bei den „Historisch-politischen Blättern" auf Widerspruch stieß: so stand dieser preußische Richter damals zu dem Staate, in dessen Namen er Recht sprach. Seine politischen Grundsätze begannen sich allmählich um den Satz zu kristallisieren, daß der Katholizismus eine Sache der Freiheit und seiner Natur nach stets dem Absolutismus entgegengesetzt sei; auf seiner Romreise verkündete ihm Lacordaire schon die neue Wahrheit, daß Rom die liberalen Ideen als mehr förderlich denn hinderlich für sich selber erkannt habe. Dem glänzendsten Vertreter der Kombination dieser beiden Tendenzen, dem Grafen Montalembert, sollte er erst in den fünfziger Jahren persönlich nahe treten, als er selber in verwandtem Entwicklungsgange fertig geworden war, aber die geistigen Grundlagen, auf denen der in Frankreich seit 1830 emporkommende liberale Katholizismus beruhte, haben auch die kirchlich-politische Doktrin Reichenspergers zum großen Teile bestimmt. Er steht hier inmitten von weltgeschichtlichen Zusammenhängen, die sein Biograph sich nicht hätte nehmen lassen sollen, einmal in großen Zügen zu entwickeln.

Während er so das äußere Rüstzeug für den Kampf seines Lebens anlegte, hatte er längst begonnen, mit eifrigem Studium sich einen eigenartigen Lebensinhalt zu schaffen, aus dem ihm die besten Kräfte zugeflossen sind, der unversiegliche Idealismus einer Weltanschauung von geistigem und künstlerischem Gehalte. Die romantisch-katholische Grundströmung findet ihr eigentliches Bett in der Liebe zur Kunst, zur christlich-katholischen Kunst des Mittelalters. Der Sinn dafür war ihm schon in den Jugendjahren, dann in der Heidelberger Universitätszeit aufgeschlossen,

nach der Wendung von 1837 nicht nur auf das rein Ästhetische gerichtet, sondern mit der Idee einer Erneuerung katholischen Lebens innig verbunden; gleichartige Bestrebungen in Frankreich und Belgien vertieften und befestigten ihm diese Richtung. Schon angesichts der Peterskirche überfällt ihn der Gedanke: „Hätte man doch solche Kräfte auf einen Kölner Dom verwandt! Eine katholische Kirche im Geiste des Kölner Domes wäre nie von Luther erstürmt worden.“ Und dieser Dom tritt nun in den Mittelpunkt seines Wirkens: eine Jugendliebe, der er bis zum Ende treu geblieben ist. Seit seiner Schrift zur Wiederaufnahme des Dombaues und seinem Anteil an der Gründung des ersten Dombauvereins (1840), dem zweiten Wendepunkt in seinem Leben, steht er, zumal seitdem er 1841 an den Appellationsgerichtshof in Köln berufen ist, in der vordersten Reihe derjenigen, deren Enthusiasmus, Sachkunde und Propaganda sich um die Neuschöpfung des Domes verdient gemacht haben. Und die Sache des Domes bleibt für ihn keine Sonderangelegenheit, sondern steigert sich in ihm zu einem allgemeinen Impulse, an diesem einzigen Werke überhaupt eine neue Ära lebendiger Kunstübung in der Architektur und zugleich liebevoller Erforschung der vaterländischen Kunstdenkmäler zu entzünden. So ist er selbst mit diesen Bestrebungen gewachsen. Seine glänzende Schrift: „Die christlich-germanische Baukunst und ihr Verhältnis zur Gegenwart“ (1845) mit ihren goldenen Worten über das Bauen von innen nach außen, den Zusammenhang von Kunst und Handwerk, über den Geist der gotischen Baukunst und die Hohlheit einer falschen Antike eröffnet eine ebenso ausgedehnte wie erfolgreiche Schriftstellertätigkeit, die nach ihren Einzelleistungen und ihren praktischen Wirkungen abzuschätzen nur besonderer Sachkunde zusteht; zwar nehmen diese Bestrebungen immer eine besondere Richtung auf eine katholische „Rechristianisierung“ der Kunst, aber sie laufen zugleich anderen interkonfessionellen Bestrebungen des großen historisch gebildeten Jahrhunderts parallel, überall von feinem Verständnis und edler Pietät durchdrungen; man muß aus der verwandelten Zeit, von der heutigen Fürsorge für die Bau- und Kunstdenkmäler der Vergangenheit, in jene Anfänge zurückblicken, um die Verdienste Reichenspergers würdigen zu

können. Er hat bis zuletzt auf diese Dinge einen großen Teil seiner Geisteskraft verwandt, immer von neuem durch persönliche Berührung, durch Reisen — zumal nach England, wo er die gotische Baukunst mit Entzücken noch in lebendiger Übung fand — Erweiterung und Belebung seiner Anschauungen aus diesem Jungbrunnen geschöpft. Hier hat der Politiker, der parlamentarische Parteiführer mit seinem Herzen, mit seinem Besten und Eigensten geweilt.

Die letzten Jahre vor der Revolution sind bei Pastor verhältnismäßig kurz behandelt; für die Zeit von 1844—1848, in der Reichensperger als Landgerichtsrat in Trier weilte, hat F. X. Kraus aus persönlicher Erinnerung interessante Nachträge geliefert, um das Milieu zu vergegenwärtigen, in dem Reichensperger sich bewegte. Wie entschieden er damals bereits Partei ergriffen hatte, zeigt seine Haltung bei der Ausstellung des Trierer Rockes; noch die Erinnerung des Greises greift, bei der späteren Wiederholung dieses Schauspiels, sehnsüchtig nach der poetisch-weihevollen Stimmung zurück, in der dem Jünger der Romantik das unerhörte Kirchenfest erschienen war.

So war Reichensperger eigentlich ein fertiger Mann, mit ringsum abgesteckter Welt- und Staatsanschauung, wenn auch nach allen Seiten noch in der Vertiefung begriffen, als er, ein Vierzigjähriger, im Revolutionsjahr offen in das politische Leben hinaustrat, nach seinem Rufe sofort in den vordersten Reihen stehend; zugleich in das Frankfurter Parlament und die Berliner Nationalversammlung entsandt, nahm er die entschiedene Wendung auf die Politik, die fortan, immer aber neben der Kunst, sein vornehmster Lebensinhalt wurde; während er selbst in Frankfurt wirkte, blieb Berlin die Domäne seines Bruders Peter. In das Verhältnis der parallelen politischen Lebensläufe des Brüderpaares können wir leider, wegen mangelnder Quellen, nicht sehr tief hineinblicken; das ist wohl eine der schmerzlichsten Lücken, mit denen der Biograph sich abzufinden hatte.

Wir können hier nicht die parlamentarische Laufbahn Reichenspergers im einzelnen verfolgen, wie er, schon im Frankfurter Parlament von der Vereinigung katholischer Abgeordneter zum Vizepräsidenten erwählt, nach dem Erfurter Intermezzo

in das preußische Abgeordnetenhaus eintrat und im Jahre 1852 zusammen mit seinem Bruder Peter Gründer und Leiter der unter dem Eindruck der Raumerschen Erlasse gegründeten katholischen Fraktion wurde, wie er, nach einer siebenjährigen Ruhepause (1863—1870), im deutschen Reichstag wiederum zusammen mit seinem Bruder, Savigny und Mallinckrodt die Zentrumsfraktion gründete, um allmählich aus der alten Führerstellung vor der Geschicklichkeit Windthorsts in den Schatten zu treten: diese ganze Entwicklung darstellen, hieße die neuere Geschichte des politischen Katholizismus in Preußen und Deutschland schreiben. Es ist eine Laufbahn, die seit Frankfurt durch Niederlagen und Enttäuschungen, durch Irrtümer und Schwankungen hindurchgeht, im ganzen aber doch von der Schwungkraft einer gewaltigen Erhebung getragen, sich stetig aufwärts bewegt; an dem politischen Aufschwunge des preußisch-deutschen Katholizismus hat Reichensperger mit den vornehmsten Anteil, und schon lange, bevor er 1885 aus dem parlamentarischen Leben ausschied, war er bei seinen Gesinnungsgenossen der gefeierte Veteran. Die schwierige Aufgabe, eine parlamentarische Tätigkeit im Zusammenhange darzustellen, scheint mir von Pastor nicht befriedigend gelöst zu sein; freilich müßte man bei uns in Deutschland nach musterhaften Beispielen solcher Leistung suchen. Man empfindet auch hier, schon während der Frankfurter Periode und fortan in steigendem Maße, die Unzulänglichkeit der Methode, vor allem die (auch sonst zugänglichen) Reden des Einen in extenso wiederzugeben und durch eine kurze Kritik der anderen — die natürlich gegenüber den „glänzenden" Reden des Einen stets schlecht abschneiden — einen vorwiegend auf parteigenössische Quellen gegründeten verbindenden Text zu schaffen. Nur mit Widerstreben und ohne große Belehrung arbeitet man sich durch diese Monologe hindurch. Wir bekommen eine Materialiensammlung, die nur im Rahmen der Parlamentsgeschichte zu nutzen sein würde; eine solche aber zu schreiben, auch nur insoweit sie zum Verständnis der Aktion Reichenspergers erforderlich ist, hat Pastor nur einen geringen Anlauf genommen; nicht einmal eine Fraktionsgeschichte nach Maßgabe seiner Quellen setzt er sich zum Ziele; nur sehr selten können wir einen flüchtigen Blick hinter die Kulissen

der Fraktion werfen und über die öffentlichen Parlamentssitzungen hinweg in die innere Parteigeschichte eindringen. So bemerkt Kraus treffend, daß wir über die Gründe des Kulturkampfes eigentlich ebensowenig erfahren wie über die entscheidenden Vorgänge, die zu seiner Beilegung führten.

Es ist ein interessantes Problem, den Wechsel der politischen Haltung Reichenspergers in den Kämpfen dieser vier Jahrzehnte zu verfolgen. Man hat diesen Wandlungen wohl zu viel Bedeutung beigemessen. Nicht die politische Doktrin an sich ist für Reichensperger das Entscheidende, sondern die in den wechselnden Konstellationen der großen Auseinandersetzung zwischen Staat und katholischer Kirche taktisch gebotene Haltung: von hier aus bestimmt sich sein Verhältnis zu den Verfassungskämpfen innerhalb des preußischen Staates, zur deutschen Frage, zur Beurteilung der europäischen Politik. Ein oberstes ultramontanes Prinzip reguliert seine politischen Überzeugungen in der innern und äußern Politik. Schon beim Ausbruch der Revolution von 1848 wird dieser Grundgedanke Reichenspergers einsichtig dahin formuliert: „daß möglicherweise das große Imbroglio der Kirche und dem Christentum Vorschub leisten könne, indem einesteils der Polizeistaat auf die Dauer der bedenklichste Vormund beider ist und andernteils das Christentum allein noch einen innern Halt darbietet, wenn alle andern Stützen wanken und weichen." So nimmt er, nachdem der Polizeistaat ohne sein Zutun gebrochen worden ist, seine Stellung im Lager der gemäßigten Konservativen und sucht den glaubens- u n d staatsfeindlichen Radikalismus abzuwehren. Unter demselben Gesichtspunkt wird seine liberale Ader wieder kräftiger, als der besiegte Polizeistaat sich alsbald vom Boden erhebt und die oben einsetzende Reaktion auch den Katholiken unbequem wird; im Kampfe dagegen und für die Verfassung haben auch die katholische Fraktion und ihr Führer, als Verfechter „des antibureaukratischen Prinzips der Autonomie und Selbstregierung", ihre wirklichen Verdienste. Als in der Konfliktszeit die linksliberalen, im Grunde antikirchlichen Elemente wieder stärker vorandrängen, stellt sich Reichensperger zur Regierung wieder erheblich freundlicher, auf die Gefahr hin, seine eigenen Wähler damit vor den Kopf

zu stoßen. In diesen Jahren vor allem ist seine Haltung nur im Zusammenhange der internationalen Politik als Gegenspiel der mit Italien sympathisierenden liberalen Gothaer und Demokraten, zu verstehen. Als aber deren Wege und die Bismarcks 1866 zusammenmünden, muß Reichensperger, an seinen besten Idealen verzweifelnd, beiseite stehen.

Es ist Reichensperger im parlamentarischen Kampfe mehrfach der Vorwurf fremdbrüderlicher Sympathien, französischer und belgischer in früherer, österreichischer oder bayerischer in späterer Zeit gemacht worden, und er hat sich sarkastisch gegen den wechselnden Inhalt dieser Vorwürfe verteidigt. Nichts ist gewisser, als daß der eifrige Katholik von Haus aus dem Wesen des protestantischen preußischen Staates innerlichst widerstrebte und unter den auswärtigen Glaubensgenossen Anknüpfung suchte, ebenso gewiß, daß der überzeugte Großdeutsche den Weg, der Preußen zu seiner Hegemonie in Deutschland führte, nicht nur ohne Teilnahme, sondern mit Abscheu betrachtet hat. Zugleich aber müssen wir gerechterweise die Tatsache anerkennen, daß Reichensperger allmählich, schon im Laufe der fünfziger Jahre, zu einem bessern Preußen geworden und zu einem Teile doch in den ihm ursprünglich unsympathischen Staat hineingewachsen ist; und auch mit den Entscheidungen von 1866 und 1870/71 hat er sich, wie der größte Teil des Zentrums, im Laufe der Zeit doch mehr ausgesöhnt, als sie nach außen hin Wort haben wollen. Verloren hat er freilich das Mißtrauen gegen den preußischen Staat niemals. Er konnte wohl den Grundsatz aufstellen: „Um katholische Lande sicher zu besitzen, gibt es für die Regierung kein anderes Mittel, als den katholischen Glauben und durch ihn die Treue und Pietät zu fördern", ohne sich Gedanken darüber zu machen, daß die evangelische Regierung eines überwiegend evangelischen Staates sich ihres eigenen Wesens entkleiden müßte, um durch das empfohlene Mittel die Treue ihrer katholischen Untertanen erkaufen zu können. Vor allem beurteilt er die auswärtige preußische Politik ständig unter dem Einfluß der katholischen Interessen. Weil er Katholik ist, ist er großdeutsch gesinnt und verlangt von seinem Staate großdeutsche Politik. Im Jahre 1855 erscheint ihm „der Dualismus dauernd als eine Lebens-

bedingung Deutschlands in politischer — ja selbst wie die Sachen zurzeit noch stehen, in religiöser, in konfessioneller Beziehung." Es ist klar, daß das Festhalten an diesen Sätzen ihn in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem unfruchtbaren Doktrinarismus verurteilte, der mit steigender Erbitterung den Gang der Dinge verfolgte und beim Ausbruch des Krieges von 1866 von vornherein verzweifelte: „Wird Österreich besiegt, so stürzt das noch aufrechtstehende Stück der historischen Welt zusammen. Deswegen schon halte ich es für wahrscheinlich, daß Preußen siegt, da der ganze Zug der Welt antihistorisch ist". Er will die lebendigen und gesunden Kräfte der Geschichte nur dort sehen, wo sie in Beharrung verbleiben! Und nach dem Siege von Königgrätz: „Es kostet sehr viel Mühe, sich in solche Ratschlüsse Gottes zu fügen. Alles stürzt ein, was zu meinen Idealen gehört". Selbst nach den ersten deutschen Siegen in Frankreich kommt ihm kein erhebenderes Gefühl (soviel wir aus den dürftigen Notizen sehen) als der Trost: „Gut ist, daß Napoleon den Papst im Stiche gelassen hat, bevor er geschlagen war" und schließlich nach Sedan: „dem einen gegenüber hat die Nemesis sich wunderbar zu Ehren gebracht." Es ist leider keine Frage, welchen „anderen" Reichensperger dabei im Auge hatte.

In demselben Gedankengange erschien dem alten katholisch-großdeutschen Parteimann gelegentlich noch später als Bismarcks letzte Absicht im Kulturkampf: „die Wittelsbacher Dynastie zu entwurzeln . . . über Bayern dann nach Österreich, und das Empire deutscher Nation ist fertig." Mit diesem Mißtrauen, diesem Mangel an Verständnis stand der Reichsgründung Bismarcks derjenige Führer des Zentrums gegenüber, zu dem der Reichskanzler am 20. April 1872 sagte: „Sie und Ihren Bruder halte ich trotz Ihres Ultramontanismus für loyale Deutsche." Bismarck hatte die Haltung Reichenspergers in der Konfliktszeit, sowie seine besonnene Beurteilung der Polenfrage nicht vergessen: jetzt mochte er einen Augenblick hoffen, in dem früheren Fraktionsführer eine Abneigung gegen die neuerliche Verbindung des Zentrums mit direkt reichsfeindlichen Elementen, wie Polen und Welfen, zu erwecken. Es ist bekannt, daß Reichensperger sich in einzelnen Fällen von seiner Fraktion ge-

trennt und, ebenso wie sein Bruder, zu Abstimmungen in regierungsfreundlicherem Sinne entschlossen hat; gegen den Ausgang der siebziger Jahre verloren aber beide den maßgebenden Einfluß auf ihre Parteigenossen, die großen Entscheidungen waren in andere Hände geraten. August Reichensperger empfand diese Wandlung anfangs nicht ohne Schmerz. Allmählich wurde er gerade dadurch instand gesetzt, seine gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen in größerer Muße wieder aufzunehmen.

Alle diese Bestrebungen aber bleiben dauernd den kirchlich-politischen Idealen untergeordnet, die von der Persönlichkeit Reichenspergers Besitz ergriffen haben. Friedrich Paulsen hat diese Persönlichkeit in einer gedankenreichen Besprechung analysiert, indem er zugleich aus der persönlichen Freundschaft, die ihn mit dem Zentrumsführer verband, Stoff zur Beurteilung des Mannes entnahm; dieses Porträt scheint mir jedoch in einem Grade idealisiert zu sein, daß es trotz aller Feinheit in der Auffassung der Einzelzüge im großen und ganzen historischer Treue ermangelt. Ich will die Ansicht Paulsens: „Er war wirklich ein innerlich freier Mann, der das Berechtigte der andern Gedanken zu empfinden imstande war", nicht auf der Schwelle zurückweisen, möchte sie aber auf ihren berechtigten Kern beschränkt wissen. Soviel ist allerdings richtig: das Fanatische liegt von Haus aus der Natur Reichenspergers fern, er ist für die verschiedensten Eindrücke bis zu einem gewissen Grade zugänglich, er ist leicht zu überzeugen, er hat sich in der Vielseitigkeit seiner Bestrebungen immer für persönliche Beziehungen in fremde Lager — Paulsen ist nicht das einzige Beispiel dafür — freigehalten, und die liebenswürdige Umgänglichkeit seines Wesens hat häufig genug an Stelle des einseitig doktrinären Politikers den lernbegierigen, bescheidenen und feinen Menschen hervortreten lassen. Am letzten Ende aber wird diese innere Anlage zur Freiheit regelmäßig von einer nichts weniger als freien Weltanschauung bedingungslos diszipliniert. Der kirchlich gebundene Wille beugt die Einsicht und modelt sie nach seinem Geiste. Reichensperger hatte auf seiner Jugendreise die Mißwirtschaft des römischen Kirchenstaates in seinem Tagebuch auf das schärfste verurteilt; eine

Aufzeichnung etwas späteren Datums jedoch, die von Pastor in die Darstellung verwebt ist, sieht die Dinge bereits in ganz anderem Lichte und spottet der Gemeinplätze, „die den Obskurantismus des Vatikans, die Ränke der Jesuiten, die Verderbnis der hohen und die Stumpfheit der niederen Klassen, das Heer von Mönchen, Bettlern und Gaunern mit der vollen Indignation des gebildeten Nordeuropäers brandmarken": fast genau dieselben Gemeinplätze, die Reichensperger selber zuvor vorurteilsfrei genug gewesen war, seinem Tagebuch anzuvertrauen. Der Vorgang ist typisch für ihn: wie häufig erscheint die innerliche Freiheit des Urteils in den großen Zusammenhängen seiner Weltanschauung aufgehoben, zur Dienerin eines in fester kirchlich-politischer Überzeugung wurzelnden Willens bestellt. Dieser Wille schafft sich seine Weltanschauung, baut sie aus zu einem System von imponierender Einheitlichkeit, gliedert ihr an, was sich in irgendeiner Form damit vereinen läßt, und scheidet unbarmherzig aus, was er für unvereinbar hält; nach beiden Seiten hin bestimmt nicht ein objektiver Erkenntnisdrang, sondern die vorgefaßte Meinung dogmatischen Eifers sein historisches Urteil. Die Elemente und den Aufbau der neueren katholischen Geschichtsauffassung können wir kaum irgendwo besser beobachten als in dem geistigen Entwicklungsgange Reichenspergers, der reicher, vielseitiger, ursprünglicher als die meisten seiner im politischen Parteigetriebe aufgehenden Epigonen, ihnen unermüdlich die Wege wies, in Wort und Schrift, durch Vereinsgründungen und Volksbücher, durch Agitation und Anregungen. Das Buch Pastors enthält somit manche Bausteine zu einer Kulturgeschichte der geistigen Erneuerung des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert.

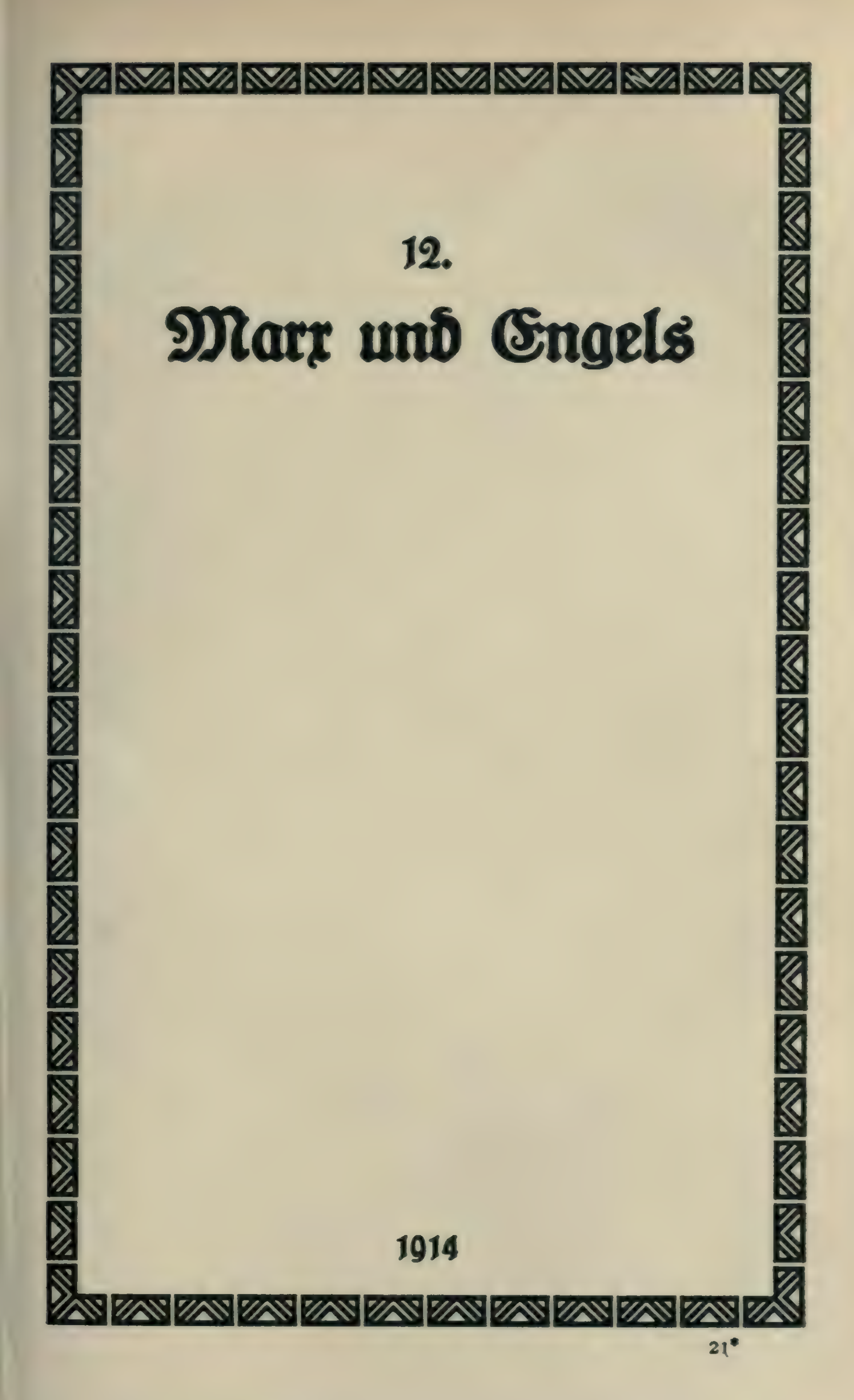
Für die besondere Art Reichenspergers können hier nur einzelne Beispiele gegeben werden. So wächst aus der Tiefe seiner Überzeugungen seine Ansicht über den gotischen Stil hervor; er urteilt nicht nach der Weise des Historikers, der einen französischen Nationalstil kraft seiner universalen Fähigkeiten die Welt erobern und auch über den ursprünglichen deutschen Nationalstil den Sieg davontragen sieht, sondern es ist für ihn Glaubenssache, in der Gotik den christlich-germanischen Stil schlechthin zu besitzen. So bestreitet er die bekannte Ansicht

von der evangelischen Gesinnung Albrecht Dürers, indem er für das Gegenteil den nach Dürers Tode geschriebenen Brief des verärgerten und grilligen Willibald Pirckheimer ins Feld führt, als wenn für die religiöse Stimmung Dürers — allein darauf und nicht auf die bestimmte konfessionelle Zugehörigkeit kann es ankommen — nicht Zeugnisse von ihm selber von ganz anderer Beweiskraft vorlägen. Fast noch mehr ins Unrecht gerät er, wenn er Shakespeare für die katholische Religion mit Beschlag belegen will; sieht er doch „die poetische Kraft und Herrlichkeit des Mittelalters in seinen Dichtungen den Gipfelpunkt erreichen, um dann für die Dauer von Jahrhunderten zu verschwinden." Ohne dagegen Shakespeare als protestantischen Dichter aufzuwerfen (auch diese Auffassung hat viel gesündigt), wird man das feine Urteil eines Neueren unterschreiben: „Er stand dem neuen Wesen immer noch näher als dem alten, aber er war selber etwas Drittes"; dieses Dritte aber, die Sonnenhöhe einer weltlichen und individualistischen Renaissancekultur, die den großen Engländer zum Antipoden der spanisch-katholischen Dichter und Künstler des 17. Jahrhunderts macht, läßt sich nicht in die konfessionellen Gegensätze hineinpressen. Aber eben der Geist dieser Kultur ist für Reichensperger Zeit seines Lebens ein ebenso verschlossenes Buch gewesen wie die Antike selber; soweit seine Auffassung die bildende Kunst der Renaissance betrifft, hat auch Pastor ihr kräftig widersprochen. In der Shakespearefrage kommt es Reichensperger nur darauf an, eine Größe, der er sich nicht entziehen kann, um jeden Preis unter die Heroen seiner Weltanschauung zu versetzen: er will in dem größten Dichter der germanischen Renaissance nur die Elemente des Alten sehen und ist blind für dessen Eigenstes, das für ihn im Grunde genommen eine andere Welt bedeutet. Er hat mit verständlicher Tendenz oft darüber geklagt, daß das merry old England des Mittelalters und Shakespeares von dem Geist des Puritanismus verbannt worden sei, und er selbst ist eigentlich der Vater derjenigen Bestrebungen der Zentrumspartei, die der lebensfreudigen Freiheit der modernen Kunstübung am liebsten mit Gesetzen und Polizei den Garaus machen möchten. Er hat selbst diese Tendenzen durch seinen traurigen Haß gegen Goethe gekrönt.

Sollte man den einen innerlich freien Mann nennen dürfen, der in seinen Briefen an P. Baumgartner das denkbar Unverständigste und Roheste über Goethe geschrieben hat? Wer diese Seiten liest, blickt in Reichenspergers innerstes Wesen hinab und begreift erst, welche Macht über diesen geschmackvollen und liebenswürdigen Geist die Ausschließlichkeit einer gebundenen Weltanschauung ausübte. Und dann wird auch der Reichensperger von 1870 verständlich, der anfangs die Erklärung des Unfehlbarkeitsdogmas als inopportun betrachtete und sich bald dazu bekehrte, sie als eine Notwendigkeit anzusehen, „um den latent gewordenen Widerstreit zwischen der hochmütigen deutschen Wissenschaft und der Autorität zu einer Krisis zu bringen.“ Paulsen meint zwar: „Es hat etwas Tragisches, daß der Verteidiger der Freiheit gegen den Staatsabsolutismus gleichzeitig den Sieg des absoluten Systems innerhalb der Kirche erleben und in gewissem Sinne unterstützen mußte.“ Umgekehrt aber scheinen mir die Dinge zu liegen. Allein im Dienste dieser ultramontanen Welt- und Staatsanschauung hat Reichensperger gegen die protestantische Staatsregierung seines paritätischen Vaterlandes den Kampf für politische Freiheit geführt: darin mag der Freund der Freiheit allerdings eine gewisse Tragik erblicken. Seine primären politischen Triebkräfte entstammen dem System, das 1870 im Vatikanum triumphierte: daß sie unter gegebenen Verhältnissen, wie bei uns in Deutschland, praktisch als Schutzwehr bürgerlicher Freiheit gegen Absolutismus und Radikalismus wirken können, darf den Historiker wenigstens nicht hindern, zwischen den prinzipiellen Voraussetzungen geschichtlicher Mächte und den zufälligen Mitteln, durch die sie wirken, zu unterscheiden: denn diese wandeln und passen sich an in der unendlichen Mannigfaltigkeit des Lebens, jene aber bleiben bestehen, sie verlangen entweder Glauben und Unterwerfung — dieses Teil hat August Reichensperger unter Aufwand seiner starken Geistes- und Willenskräfte sich erwählt — oder sie unterliegen selber der Kritik, der Verneinung und der Befreiung.







12.

Marx und Engels

1914



Gleichheit ist die Seele der Freundschaft, sagt Aristoteles. Daß aber noch etwas Wesentlicheres dazu gehöre als die nackte Uniformität, lehrt die einfache Tatsache, daß die wertvollsten Freundschaften zwischen sehr verschiedenen Individualitäten, trotzdem und weil sie ihr Selbst nicht aufgeben, geschlossen werden. Es muß etwas Höheres, die einzelnen Naturen sich wahrhaft Gleichsetzendes hinzukommen: eine Gleichheit des den Lebensweg weisenden Willens, wie sie in dem tieferdringenden Wort des Sallust verlangt wird: „idem velle atque idem nolle ea firma amicitia". Nur eine Gleichheit der obersten idealen Zielsetzung führt Menschen dauernd und innerlich zusammen. Vielleicht ist es deutscher Geistesgeschichte eigentümlich, daß sie sogar auf ihren Höhen — die großen Namen aus der Reformationszeit und klassischen Dichtung sind allen geläufig — Gemeinschaften solchen Inhalts aufweist. Und wie man auch im einzelnen Falle über die innere Zusammengehörigkeit urteilen mag: unleugbar hat das deutsche Volksempfinden — vielleicht weil gerade dieses Ideal männlichen Verhaltens zueinander dem innersten Wesen unseres Volkscharakters entspricht — ein gewisses Bedürfnis, solche Doppelgestalten zum Bilde einer neuen Einheit zusammenzuschmelzen. Wir lieben sie nicht nur da, wo wirklich der große Wurf gelungen, eines Freundes Freund zu sein, sondern neigen manchmal dazu, auch das nur scheinbar Zusammengehörende äußerlich aneinander zu binden.

In die Reihe der wahrhaften Lebensgemeinschaften unseres Volkes gehören Karl Marx und Friedrich Engels, als Individualitäten weit genug voneinander entfernt und doch zu untrennbarer Einheit verschmolzen, für sich, für ihre Arbeit und für die Nachwelt. Gewiß möchten manche von uns gerade den Gründern der Internationale nicht ohne weiteres die Ehre einer Doppelherme im Tempel nationaler Größe bewilligen und vielmehr den Einwand erheben, daß in ihrer Kampfstellung im Exil nur das „idem nolle", nicht aber harmonische Schöpferkraft zum Ausdruck gebracht worden sei, daß der Schlackenhaufen zu hoch gelagert sei, der das edle Metall ausgeglüht habe. Es ist auch keine Frage: die un-

mittelbare Verknüpfung dieser Männer mit den erregtesten politischen Kämpfen der Gegenwart macht ein Werturteil über ihre historische Stellung nicht leicht; auch die geistige Absperrung, in der die Sozialdemokratie sich selbst hält und herrschende politische Tendenzen sie halten möchten, erschwert die Verständigung. Aber schon um ihrer, man ist versucht zu sagen: weltgeschichtlichen Nachwirkung willen, muß man immer wieder fragen, was diese Männer für die Nation bedeuten.

Wie man auch über sie denken mag, das eine wird niemand leugnen, daß hier eine der stärksten Fortbildungen einer Ideengemeinschaft zur Arbeitsgemeinschaft und dann zur Lebensgemeinschaft vorliegt, die wir überhaupt kennen. Für die Vorstellungen vieler waren die beiden Individualitäten zu einer neuen Unteilbarkeit verwachsen, so daß es lange unmöglich schien, ihre Abgrenzung gegeneinander vorzunehmen, und nur auf Kosten der einzelnen Persönlichkeiten konnte es geschehen. Es ist überraschend, wie die Persönlichkeit Marxens in der unabsehbaren Literatur des Marxismus bisher zu kurz gekommen und das Menschliche in ihr lange auch der Sozialdemokratie fremd geblieben ist. Während Lassalle, dessen politische Nachwirkung später vom Marxismus erdrückt wurde und erst heute wieder durchzudringen scheint, auch in allem Persönlichen seinen Anhängern höchst lebendig geblieben ist, gibt es von Marx nicht einmal eine seiner würdige Biographie. Diese Unzugänglichkeit des Menschen Marx hat nicht nur daran gelegen, daß das Chaos seiner politischen, ökonomischen und geistigen Auswirkungen überhaupt eine wesensverwandte, also enzyklopädisch gerichtete Empfänglichkeit vom Biographen verlangt, sondern auch an der Tatsache, daß bisher für weite Strecken seines Lebens, so lange nur gelegentliche und nebensächliche Teile seines Briefwechsels bekannt waren, ein eigentliches Material nicht vorlag. So verschwand der Mensch hinter seinem Werke. Und hinter Marx, dessen mächtige Persönlichkeit doch immer wieder durchbrach, war der andere vollends im Halbdunkel verborgen geblieben. Wie wenig man von dem Menschen Engels wußte, erkennt man an der Mühe, die Sombart hatte, bei seinem Tode die Grundlinien der Persönlichkeit zu ziehen. Für weitere

Kreise wird die soeben von Gustav Mayer, dem Biographen Schweitzers, bewirkte Veröffentlichung seiner Jugendbriefe einen großen Unbekannten enthüllt haben.

Für beide Männer aber gilt das Wort: daß nur die Auseinandersetzung des einen mit dem andern sie sichtbar herausstellen kann. Vor diesem Ereignis, vor den vier Bänden ihres durch vierzig Jahre hindurch sich erstreckenden Briefwechsels stehen wir heute[1]). Mit einem Male sind die bisher Unzugänglichen in ihren intimsten Verborgenheiten, in plastischer Greifbarkeit und voller Blutwärme uns nahe gebracht. Jetzt erst wird die Biographie — oder bezeichnen wir die Aufgabe gleich so, wie sie doch immer nur lösbar sein wird — wird die Doppelbiographie möglich.

Die Herausgeber Bebel und Ed. Bernstein (der wohl die eigentliche Editionsarbeit geleistet hat), haben das unbestreitbare Verdienst, dem historischen und biographischen Erkenntniszweck jede andere Rücksicht untergeordnet zu haben. Sie geben, mit alleiniger Ausnahme des ganz Unwesentlichen, alles wieder; sie unterdrücken weder den trüben Niederschlag der persönlichen und häuslichen Misere, die Marx getragen hat, noch die Maßlosigkeiten seiner Werturteile, selbst da nicht, wo die Empfindlichkeiten der heutigen Sozialdemokratie peinlich dadurch berührt werden. Die Folge ist gewesen, daß Kautsky gegen Fr. Mehring, der als Vertreter von Laura Lafargue, der (jetzt verstorbenen) Tochter Marxens, die Interessen der Familie Marx bei der Herausgabe wahrzunehmen hatte, den Vorwurf eines Vertrauensbruches erhoben hat. Die Herausgeber sind sich, das gilt für Bernstein und Mehring ohne Zweifel, von vornherein klar darüber gewesen, daß eine gewisse Umwertung aller Werte die Folge der Publikation sein müsse; sie werden gesehen haben, daß Engels, zum mindesten im Menschlichen, über Marx hinauswächst und jetzt seine historische Stellung, zum Teil auch auf Kosten von Marx gewinnt. Sie werden sich auch einer für die orthodoxe Sozialdemokratie

---

[1]) Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844 bis 1883. Herausgegeben von A. Bebel und Ed. Bernstein. Vier Bände. XX, 448: XXIV, 429; XXIX, 442; XX, 536 Seiten. Stuttgart, J. H. W. Dietz, 1913.

noch bedenklicheren Konsequenz bewußt gewesen sein. Durch den rückhaltlosen Abdruck der, übrigens von Engels stets geteilten, vernichtenden und verächtlichen Urteile über Lassalle werden die Leser, die diese Verdammung nicht mitmachen wollen und aus Gründen historischer Gerechtigkeit nicht mitmachen können, dazu gereizt, auch hinter andere Werturteile Marxens ein Fragezeichen zu setzen; sie werden sich auch zu der Persönlichkeit und dem Lebenswerk Marxens historisch, d. h. kritisch stellen müssen, und Mehring hat offen eingeräumt, daß er mit seiner Zurückhaltung der Partei einen kleinen Dienst habe erweisen wollen, indem er dazu beitrage, den öden Marx-Kultus in der „Neuen Zeit" und im „Vorwärts" zu beseitigen. Wie dem auch sei, wir sehen, wie die Historie, ja schon die bloße Ausbreitung historischen Stoffes, auch in diesem Falle ihre immerwährende Funktion ausübt, die Legende, die ein geheiligter Besitz der Partei war, in sich aufzulösen, und damit jenseits vom Streit des Tages ein Verständnis vorzubereiten, das auch auf die politischen Anschauungen wieder zurückwirken muß.

Das vorgelegte Material ist schon äußerlich von enormem Umfang: gegen 1400 Briefe, von 1844 bis 1883 reichend und gegen 2000 Seiten umfassend; es ist aber nach der Schätzung der Herausgeber nur etwa die Hälfte erhalten, die sich auf die verschiedenen Perioden und die beiden Briefschreiber ziemlich ungleich verteilt. Während aus den Jahren bis zur Februarrevolution mit verschwindenden Ausnahmen allein Briefe von Engels an Marx erhalten sind, und die beiden Revolutionsjahre, in denen sie nebeneinander standen, nur wenig aufweisen, beginnt der eigentliche Briefwechsel erst mit dem Jahre 1850, wo Engels in Manchester und Marx in London ihren dauernden Wohnsitz nahmen, und reicht, wenn auch mit Lücken bald von der einen, bald von der anderen Seite, in der vollen Ausdehnung bis zum Herbst 1870. In diesen beiden Jahrzehnten ruht das Schwergewicht. Von dem Augenblick an, wo auch Engels nach London übersiedelt, fällt der regelmäßige briefliche Meinungsaustausch fort und beschränkt sich auf die Monate der Reisezeit, um nur noch in den letzten Jahren, während der langen Krankheit von Marx, wieder reichlicher zu fließen.

Unübersehbar aber, von verwirrender Buntheit und nur in letzter Synthese einheitlich ist der stoffliche Inhalt dieses Briefwechsels. Menschliches, Allzumenschliches und trotzdem zwei Lebensläufe, die ganz in der Arbeit an den allgemeinsten Strebungen der Menschheit aufgehen; von den intimsten Kreisen des Hauses wird man unaufhörlich in den weitest gespannten Rahmen der Weltpolitik und Weltwirtschaft versetzt, Klatsch und Zank des Tages wechseln mit den Tiefen philosophischer Spekulation und ökonomischer Einsicht. Diplomatie und Krieg aller Völker, die Interna der englischen Politik, in einer gewissen Entfernung der leidenschaftlich verfolgte Gang unserer deutschen Entwicklung in den Jahrzehnten der Einigung; Parteibildung und Spaltung in unaufhörlichen Kämpfen, von den vormärzlichen Ansätzen kommunistischer Gruppenbildung bis zur Begründung der Internationale im Jahre 1864, Presse, Broschüren, Resolutionen, Blaubücher und parlamentarische Reports, ein Kleinkampf von aufreibender Kleinlichkeit, aber immer über alle Völker, von Rußland bis nach Amerika sich spannend: was zieht nicht an Menschen, an Namen und Namenlosen hier vorüber. Den Hintergrund aber bildet die unabsehbare geistige Arbeit von Marx; Adam Smith und Ricardo, Carey und Proudhon, Lassalle und Dühring lösen sich ab; die ganze Werkstatt, aus der „das Kapital" hervorgegangen ist, öffnet sich vor uns; aber weit über Nationalökonomie im weitesten Sinne dehnt sich die Aufnahmefähigkeit dieses Mannes. Engels hat von dem ersten Besuch, zu dem er Marx in das Britische Museum führte, einmal einem Freunde erzählt: „Er stopfte sich voll mit der Leidenschaft einer unersättlichen Schlange." Jetzt sehen wir die Riesenschlange an jener unvergleichlichen wissenschaftlichen Arbeitsstätte jahrzehntelang in Tätigkeit, und wenn Marx einmal über einige Wochen ernster Erkrankung schreibt: „in dieser Zeit, wo ich ganz arbeitsunfähig, gelesen: Carpenters Physiology, Lord ditto, Kölliker, Gewebelehre, Spurzheim, Anatomie des Hirns und Nervensystems, Schwann und Schleiden über die Zellenschmiere", so mag man danach den geistigen Umsatz in normalen Zeiten ermessen. Gewiß überwiegt auch hier der Eindruck der Massenhaftig-

keit und manchmal Wahllosigkeit, die Grenzen zwischen Dilettantismus und Wissenschaftlichkeit fließen bei beiden Männern ineinander, aber am letzten Ende scheint doch alles einer neuen Weltanschauung zu dienen und sich einzuordnen. Und das bleibt das letzte: wie wir auch immer von dem Boden unseres Staates und unserer Gesellschaft, den jene bekämpften und wir behaupten, über diese Menschen, ihre Ideen, ihr Tun und Lassen urteilen, wir können uns nicht dagegen verschließen, daß viel von ihrem individuellen Wähnen und Trachten zu einer fortlebenden Wirklichkeit geworden ist. Wir stehen in der Schmiede Vulkans, wild und ungeordnet türmt sich das Werkzeug übereinander, Dampf und Rauch und Schmutz verwirrt das Auge, ein ohrenbetäubender Lärm erschallt, die Funken stieben vom Amboß, aber eine kunstreiche, eine Leben und Tod bringende Waffe wird geschmiedet. Es ist eine Werkstatt historischer Dinge.

Und nun nehme man noch hinzu, daß auch die Form der Briefe die Lektüre weder bequem noch erfreulich macht. Gewiß ist sie dem Gewollten immer adäquat, konsequent und klar in sich, ohne falsche Töne und halbe Worte, aber die Beiden schreiben nicht Briefe um der Briefe willen, sondern betreiben einen lebendigen Meinungsaustausch — den sie in Wochen persönlichen Zusammenseins noch zu höherer Intensität steigern — in dem Stil ihrer vertraulichsten Umgangsart. Sie fallen mit Vorliebe in einen derben Bummelton, den sie aus jüngeren Jahren als Ausdruck einer engern Gemeinsamkeit überkommen haben und als Anpassung an einen bohemienartigen Lebensstil, wie es der Deutsche gern tut, dauernd beibehalten. Dagegen wäre an sich nicht viel zu sagen, wenn nicht der Druck, an den die Briefschreiber nicht denken konnten, nachträglich manche Verletzung des Geschmacks peinlicher machte; in diesen Briefen, die sich nicht selten zu ernsthaften wissenschaftlichen Abhandlungen weiten, sind Wendungen wie Schmiere und Dreck nicht die stärksten ihrer Art, denn sie bezeichnen nur die eigene theoretische Arbeit und keine Personen. Dazu kommt noch, daß beide, Marx noch mehr als Engels, aus Gründen der gewollten Übung oder des rascheren Verständnisses, ihren deutschen Briefstil mit englischen

und französischen Wendungen und Satzteilen buntscheckig durchsetzen. So spiegelt sich auch in der unruhig bewegten Mischform der Briefe das Bild der deutschen Emigranten, die in internationalen Zusammenhängen denken und arbeiten. Sie schreiben einen revolutionären Stil.

Marx hat gelegentlich, als er die aufopfernde Hilfe von Engels annahm, für ihr beiderseitiges Verhältnis die Formel gewählt: „daß wir zwei ein Kompagniegeschäft treiben, wo ich meine Zeit für den theoretischen und Parteiteil des business gebe." (31. 7. 1865.) Das Wort entspricht den Tatsachen. Er leistete in den Londoner Jahrzehnten einmal die gelehrte Arbeit, aus der, nach dem Vorläufer „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1859), schließlich das „Kapital" erwachsen ist; daneben war er führend in die aufreibenden Wirren und Geschäfte verwickelt, die sich aus der Leitung des Kommunistenbundes bis zu seiner Auflösung (November 1852) und aus der Auseinandersetzung mit allen Fraktionen und Nationen der Londoner Emigration ergaben; und von neuem hatte er seit der Begründung der Internationale im Jahre 1864 die Leitung und Verantwortung im wesentlichen auf seine Schultern zu nehmen. Das steht von vornherein außer Frage: als geistiges und politisches Parteihaupt hat er in allen diesen Jahren die schwerere Last getragen, um so mehr, als er zugleich im blutigsten Daseinskampf für sich und seine Familie stand und dafür seine Hauptarbeitskraft hergeben mußte. Daß er aber diese doppelte Last tragen konnte, daß er von ihr nicht völlig zermalmt worden ist, das hat er allein Engels zu danken.

Die Freunde lebten und arbeiteten allerdings unter sehr verschiedenen Bedingungen. Engels blieb, trotz des Niederbruches in der Revolution, der Sohn des wohlhabenden rheinischen Fabrikantenhauses, der in dem Manchesterer Zweiggeschäft „Ermen & Engels" als Kommis, Prokurist und schließlich Teilhaber für die väterliche Firma in Barmen mit seinen hervorragenden kaufmännischen Fähigkeiten unentbehrlich wurde. Seine Tätigkeit in Manchester bedeutete für ihn nicht in dem Sinne ein Exil, wie für fast alle deutschen

achtundvierziger Emigranten, die mit dem Vaterlande jeden sozialen und wirtschaftlichen Boden unter den Füßen verloren hatten; rein ökonomisch gesehen, blieb er mit Heimat, Vaterhaus, Beruf durchaus verbunden, wenngleich entschlossen, seinen Posten sofort zu verlassen, sobald ein politischer Umschwung auf dem Kontinent heraufziehe; eben deswegen kam der Vater, der ihn am liebsten politische Urfehde hätte schwören lassen, sogar einmal auf den Gedanken, ihn vorsichtshalber von Manchester in eine Filiale nach Calcutta zu „versetzen". So haben ihn die gemeinen Lebenssorgen nie ergriffen; er verstand als umsichtiger Kaufmann zu rechnen und konnte alle Bedürfnisse seiner lebenslustigen Natur befriedigen, so daß er manchem darbenden und sittenstrengen Emigranten wohl als „Genießer" verdächtig war; anfangs knapp gestellt, konnte er mit der Zeit an den Lebensgewohnheiten der Manchesterer Bourgeoisie nach Gefallen Anteil nehmen. Sorgen und Mühen, auch Einschränkungen, nahm er für einen andern auf sich. Denn Marx kam aus der Revolution mit Frau und Kindern nach England, als ein mittelloser Mann, der mit dem Untergang der „Neuen Rheinischen Zeitung" auch den Rest eines kleinen Vermögens eingebüßt hatte; er hatte fortan die Not der Verbannung mit einer in London noch wachsenden Familie zu teilen und sich zunächst, nachdem der Versuch einer Fortsetzung eines politischen Zeitungsunternehmens mißglückt war, nach neuen Möglichkeiten für die Erhaltung der nackten Existenz umzusehen.

Bitter hat Marx einmal ausgerufen: „Es gibt keine größere Eselei für Leute von allgemeinen Strebungen, als überhaupt zu heiraten und sich zu verraten an die petites misères de la vie domestique et privée." Er hat diese Nöte ausgekostet wie wenig Menschen. Die deutsche Geistesgeschichte ist an ergreifenden Blättern reich, sie weiß von Hungerjahren idealistischer Entwicklungszeit zu erzählen, die selbst starke Naturen, wie die Hebbels, fast zermürbt haben: hier aber wird von dieser Not ein ganzes Leben überschattet; nicht eines jugendlichen Ringenden, der sich darüber hinweghebt, sondern eines Mannes auf der Höhe der Reife, bis in das Alter hinein, der, wie man auch über seine Gesamtwirkung denken mag,

in dem Bewußtsein einer großen historischen Stellung lebt und sie schließlich behauptet hat. Nun aber sehe man die Reihe der Bitterkeiten, mit denen er sein Lebenswerk erkauft hat! Die Sorgen vor allem in dem Jahrzehnt, wo er in Dean Street, Soho Square, wohnte, das während der Cholera von 1854 das Zentrum des Seuchenherdes war; die Szenen, wie er einen Artikel für die New York Tribune nicht schreibt, „weil ich den penny nicht hatte, um Zeitungen lesen zu gehen", oder ein andermal den Rock versetzt, um Schreibpapier zu kaufen, oder wie er am Begräbnistage seines einzigen Knaben, dessen Tod er nie verwinden konnte, zu benachbarten Franzosen laufen muß, um Geld für die Ermöglichung der Beerdigung zu leihen; das unaufhörliche Drängen der Gläubiger, des Hauswirts, des Metzgers und des Bäckers, die wohl zuweilen alle Lieferung verweigern und dadurch die Familie zu proletarischer Kartoffelnahrung nötigen, während das Pfandhaus, die unökonomischste aller Institutionen, einen großen Teil des Verdienten auffrißt; die Schulden und Wechsel, die Bettelbriefe, die die unter alledem furchtbar leidende Gattin, die Schwester des preußischen Ministers des Innern, hinter dem Rücken ihres Mannes, schreiben muß; die Vorwürfe und Klagen, die sie ihm nicht hat ersparen können, die Krankheiten, die schließlich auch die starke Natur Marxens vorzeitig erschüttert und aufgerieben haben — dieses ganze Leben aus der Hand in den Mund, das niemals aufhört, durch Jahrzehnte hindurch, und mit seiner dunklen Endlosigkeit vollends niederdrückt. Marx neigte nicht zu weinerlicher Schwäche, aber einmal entringt sich auch ihm der Ausruf: „Lieber 100 Klafter tief unter der Erde. Ich persönlich arbeite mir die Misère weg, durch starke Beschäftigung mit allgemeinen Dingen. Meine Frau hat natürlich nicht dieselben Ressourcen." Und mit bitterer Selbstironie schreibt er ein Jahrzehnt später: „In ein paar Tagen werde ich Fünfzig. Wenn jener preußische Leutnant zu Dir sagte: ‚Schon zwanzig Jahre im Dienst und immer noch Leutnant', so kann ich sagen: ‚Ein halbes Jahrhundert auf dem Rücken und immer noch Pauper!'"

Marx ist nicht eigentlich ein Mensch, den man liebgewinnen kann; aber noch weniger — man würde das sofort als

einen falschen Ton empfinden — eignet er sich dazu, sentimental bejammert zu werden. War doch in dieser Verstandesnatur der Blick für die schwachen und schlechten Seiten des Menschen erbarmungslos ausgebildet; und wenn man das Wort des Goethischen Prometheus: „Des tät'gen Manns Behagen sei Parteilichkeit", auf ihn anwendet, so ist niemals alles Empfinden und Denken eines Menschen in solchem Maße politischem Parteisinn untergeordnet worden. Dagegen erscheint die eigentliche Gefühlswelt, wenn sie auch in den Beziehungen zu seinen Angehörigen immer wieder durchbricht, meist wie mit starrer Kruste bedeckt, und nicht selten schlägt ein diabolisch-mephistophelischer Zug durch, der „aus bloßem Spaß an mischief mongering" sein Spiel mit den Menschen treibt. Die einzige ernsthafte Verstimmung, die einmal zwischen den Freunden ausbrach, hatte ihre Ursache in dem eisigen Zynismus, den Marx in einem Falle, wo der stets edeldenkende Engels auch einmal Zartsinn hätte erwarten dürfen, nicht zu unterdrücken vermochte. Alle Nöte haben die gallige Verbitterung steigern, aber dem wahren Wesen dieses Mannes nichts anhaben können. Es hat ja etwas unfruchtbar Peinigendes, wenn man nachträglich in solchen persönlichen Erinnerungen immer und ewig Geldsorgen aufgetürmt findet; und ein Leben voll kavalierer Finanzmisere, wie es jüngst in den beiden Briefbänden Liliencrons ausgebreitet wurde, hinterläßt schließlich nichts als Überdruß. Hier tritt doch eine andere Nachwirkung ein. Was an tausend Stellen in den Briefen von Marx immer wiederkehrt, das kann auch für den nachempfindenden Leser ein Erlebnis von wahrhafter Tragik werden: daß ein die Gesellschaft und Wirtschaft mit umgestaltenden Ideen antastender Denker selbst in seinem kleinen Kreise von den wirtschaftlichen Erbärmlichkeiten dermaßen heimgesucht wird: daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats mit einem immer wieder ins Proletarierhafte versinkenden Dasein dieses Mannes erkauft wird. Und darum müssen wir bekennen, daß in diesem Kampfe — unbeschadet aller diabolischen Unfreundlichkeiten — ein gutes Stück von unerschütterlichem deutschen Idealismus steckt. Wenn die satte Behaglichkeit der bourgeoisen Emp-

findung in der Gegenwart weit über ihre ursprünglichen Kreise hinausdrängt und hier und da die Lebensformen selbst der Beamten, Gelehrten und Offiziere mit oberflächlichem Genusse zu färben droht, so darf man ihr auch dieses Beispiel als eine Kraft von höherer Sittlichkeit, als die Betätigung eines Idealismus, auf den wir Deutsche früher stolz waren, mit Fug entgegenhalten.

Freilich noch einmal: Marx wäre ohne Engels unterlegen. Nur mit Hilfe dieses Mannes, dessen Persönlichkeit so gar nicht kompliziert war, sondern von allen guten Geistern harmonischer Kräfteverteilung, gesunden Menschenverstandes, von Hilfsbereitschaft und Hilfsgeschicktheit, und vor allem von nobler Gesinnung getragen war. Als Engels jenes Buch verfaßte, das auch für die geistige Entwicklung Marxens so bedeutsam wurde, die „Lage der arbeitenden Klassen in England" (1845), da schrieb der junge Kaufmann dem älteren Freunde, der, soeben aus Paris ausgewiesen, in Brüssel Fuß zu fassen versuchte: „So versteht es sich von selbst, daß mein Honorar für das erste englische Ding, was ich hoffentlich bald wenigstens teilweise ausbezahlt bekomme, Dir mit dem größten Vergnügen zur Disposition steht. Die Hunde sollen wenigstens das Pläsier nicht haben, Dich durch ihre Infamien in pekuniäre Verlegenheiten zu reißen." (22. 2. 1845.) Die Worte stehen wie ein Motto vor den Lebensbeziehungen eines ganzen Menschenalters. Das Gegenbild der Nöte des Marxschen Hauses war die niemals versagende Opferwilligkeit seines Freundes. Auf jeden Anruf schickte er Geld, soviel er entbehren konnte, anfangs das wenige teilend, später sich zu immer höherer Anspannung steigernd; und wenn es wenig war, so sandte er wenigstens einen Korb voll Rotwein und Portwein nach London hinüber; an jeder Sorge nahm er einen Anteil des Gemütes und alles wurde gegeben in vornehmster Form und Gesinnung. So viel Sehnsucht Engels selbst empfand, aus dem „hündischen Kommerz" herauszukommen und ganz seinen Neigungen zu leben, er hielt, nur um Marx und der Seinen willen, auf die Dauer darin aus; er war erst beruhigt, als er seine Unterstützung in ein regelmäßiges System bringen konnte,

und er schied schließlich 1865 aus dem Geschäfte in der Weise, daß die ihm gewährleistete Abfindungssumme ihn instand setzte, Marx die (hernach wieder weit überschrittene) Summe von 350 Pfund jährlich zu überweisen. Ganz äußerlich und finanziell gesprochen, ist ein Vermögen den Weg von Manchester nach London gegangen. Diejenigen, die in dem Kommunismus nur die rohe Gütergemeinschaft sehen, werden zugeben müssen, daß sie von diesen Kommunisten tatsächlich untereinander geübt wurde. Marx war ursprünglich bei Beginn der vierziger Jahre im Bunde mit den Führern der vormärzlichen rheinischen Bourgeoisie in die politische Laufbahn eingetreten; aber nachdem dieser Rückhalt sich längst wieder aufgelöst hatte und die Wege der einst Verbündeten weit auseinandergegangen waren, sehen wir einen Sohn dieser rheinischen Bourgeoisie dem großen Bekämpfer der bourgeois-liberalen Weltanschauung sein ganzes Dasein erst ermöglichen. Erzeugen doch die geschichtlichen Gewalten die Kräfte, die sie ablösen und überwinden, immer wieder aus ihrer eigenen Tiefe.

Man darf das sagen, denn Engels tat und bedeutete für Marx weit mehr. Dieser konnte seinen Lebensunterhalt in London nur dadurch fristen, daß er eine regelmäßige Korrespondenz für auswärtige Zeitungen übernahm. Die wichtigste Verbindung, die einzig dauernde und diejenige, bei der er von seinen Überzeugungen nichts zu opfern hatte, war die „New York Tribune“. Da Marx aber zunächst die englische Sprache noch nicht beherrschte, so blieb für Engels nichts anderes übrig, als in den Abendstunden den ganzen Rohstoff der Artikel für Marx stilistisch vorzubereiten, und wenn nun bald mit dem Krimkrieg für den Korrespondenten große strategische und taktische Fragen zu erörtern waren, dann war er vollends unentbehrlich: seine Briefe wurden zu militärischen Abhandlungen, in denen er dem Freunde die leitenden Gesichtspunkte auseinandersetzte. Er wurde auf diese Weise zu einem verborgenen Mitarbeiter Marxens, und da es bei dieser Tätigkeit für die Zeitungen nicht blieb, so erstreckte sich der Kreis seiner Anregungen immer weiter.

Damit kommen wir zu der Frage, was Engels in diesem geistigen Austausch für Marx bedeutet hat, und wir können diese Frage nicht beantworten, ohne uns von der geistigen Individualität von Engels ein Bild zu machen.

„Du weißt, daß alles erstens bei mir spät kommt, und zweitens ich immer in Deinen Fußstapfen nachfolge", so hat Marx im Jahre 1864 an Engels geschrieben. In welchem Umfange und innerhalb welcher Grenzen das richtig ist, kann man noch kaum abschließend beantworten. Aber die Umrisse dieses einzigartigen Austauschverhältnisses lassen sich nunmehr ziehen.

Der Hegelsche Anspruch auf die Bewältigung aller Empirie in der Wissenschaft lebt auch in seinen Epigonen fort. Fand er in diesem ganzen Geschlechte wohl keine höher dafür befähigte Natur, als die von Karl Marx, so brachte auch die naturwüchsige und bewegliche Begabung von Engels ihm einen weiten Tummelplatz. Man muß sich immer vorstellen, daß dieser nur die Mußestunden eines vom Kontor und der Manchesterer Börse ausgefüllten Daseins zur Verfügung hatte; schon danach wird man schließen, daß die vorhandene geistige Kraft vermutlich mehr rezeptiv als produktiv sich äußern konnte; aber die Spannweite seiner Aufnahmefähigkeit wird doch immer Erstaunen erregen. Geben wir zunächst nur einige Beispiele für den Eifer, mit dem er eine Lieblingsneigung seiner Abendstunden, die Sprachwissenschaften, betrieb, nicht nur aus einer dilettantischen Freude an dem bunten Reichtum, sondern zugleich ein Mittel zum Zweck in die Hand nehmend. Im März 1852 schreibt er nach 14 Tagen russischer Studien: „mit den slawischen Sprachen muß ich dies Jahr fertig werden, und au fond sind sie gar nicht so schwer. Außer dem linguistischen Interesse, was die Sache für mich hat, ist es auch die Konsideration, daß wenigstens einer von uns bei der nächsten Haupt- und Staatsaktion die Sprachen, die Geschichte, die Literatur und die Details der sozialen Institutionen gerade derjenigen Nationen kennt, mit denen man sofort in Konflikt kommt." Oder ein Jahr darauf wird die Gelegenheit von orientalischen Studien benutzt, um Persisch zu

lernen; das Arabische erscheint ihm zu weitläufig, „persisch ist dagegen ein wahres Kinderspiel von einer Sprache. Ich habe mir drei Wochen als Maximum für das Persische angesetzt." Später, im Jahre 1859, kommen die germanischen Sprachen heran: „ich sitze jetzt tief in Ulfilas, ich mußte doch endlich einmal mit dem verdammten Gotisch fertig werden, das ich immer bloß so desultorisch trieb. Zu meiner Verwunderung finde ich, daß ich viel mehr weiß, als ich dachte; wenn ich noch ein Hilfsmittel bekomme, so denke ich in vierzehn Tagen komplett damit fertig zu sein. Dann geht's an Altnordisch und Angelsächsisch, mit denen ich auch immer so auf halbem Fuße gestanden. Bis jetzt arbeite ich ohne Lexikon oder andere Hilfsmittel, bloß gotischen Text und den Grimm, der alte Kerl ist aber wirklich famos." Oder in den sechziger Jahren heißt es: „ich treibe jetzt Grimms Märchen, Deutsche Heldensage, Altfriesisches Recht und Lehre", und später: „ich habe mich diese Woche so ziemlich ins Holländisch-Friesische hineingelesen und ganz nette philologische Sachen darin gefunden." Bald darauf wagt er sogar „auch etwas Keltisch-Irisches zu lesen (natürlich mit Übersetzung daneben), die Sache scheint doch so schwierig nicht zu sein, aber tiefer laß ich mich doch auf den Kram nicht ein, ich habe schon philologischen Blödsinn genug am Bein." Trotzdem ist er gleich darauf auf der Suche nach einer irischen Grammatik, und am 15. Mai 1870 heißt es bereits: „Die fortwährende Lektüre irischer Bücher, das heißt der nebenstehenden englischen Übersetzung, war nicht auszuhalten, ohne wenigstens ganz oberflächliche Kenntnis der Laut- und Flexionsgesetze der Sprache. Ich habe hier eine scheußliche irische Grammatik von Anno 1773 entdeckt und vorgestern durchgeochst, dadurch einiges gelernt, aber der Mann selbst hatte keine Ahnung von den eigentlichen Gesetzen des Irischen."

Erst der Deutsch-Französische Krieg scheint diesen Studien ein Ende zu machen, und damit kommen wir zu einer zweiten, noch viel stärkeren Neigung, den militärwissenschaftlichen Studien. Hier allerdings wirkte bei einem so tatkräftigen und auf Aktion gestellten Manne der Gedanke an die praktische Nutzanwendung in noch höherem Grade mit. Er hatte einst

als Einjährig-Freiwilliger bei der Garde-Artillerie in Berlin gedient und blieb immer sehr befriedigt, daß er als einziger von den Kommunisten an dem badischen Aufstand teilgenommen habe. Wenn er auch im Exil seine militärwissenschaftlichen Studien fortsetzte, so geschah es anfangs wohl, um der fachlichen Überheblichkeit der ehemaligen Berufsoffiziere unter den Revolutionären zu begegnen: „damit wenigstens Einer vom Zivil ihnen theoretisch die Stange halten kann"; und wenn ihm auf dem Kontinent die Zeichen für einen Neuausbruch günstig schienen, wurde ihm das letzte Ziel seiner Nebenbeschäftigung höchst lebendig.

Aber es war etwas in seiner Natur, das ihn gerade diese Studien an sich mit Freude betreiben ließ, und sein gesunder Menschenverstand, sein sicherer und praktischer Blick, seine Fähigkeit zur Synthese geben seinem Urteil einen besonderen Wert. Man ist überrascht, diesen nationalökonomisch interessierten Kaufmann in Manchester immer wieder den ganzen Umkreis militärischer Fachliteratur durcharbeiten zu sehen. Da fehlt, um nur ein Beispiel zu nennen, auch Clausewitzens „Vom Kriege" nicht, um mit dem Urteil: „sonderbare Art zu philosophieren, der Sache nach aber sehr gut" an Marx empfohlen zu werden, der mit der grimmigen Anerkennung: „der Kerl hat einen common sense, der an Witz grenzt" nicht zurückhält. Es wäre eine dankbare Aufgabe, diesen theoretischen Generalstabschef der Roten einmal auf die Gesamtheit seiner Studien hin zu behandeln. Mit welcher Sicherheit urteilt er von Wellington: „Er ist groß in seiner Art, nämlich so groß, wie man es sein kann, ohne aufzuhören mittelmäßig zu sein." Mit welcher Energie arbeitete er für Marxens Berichterstattung für die „New York Tribune" die militärischen Situationen des Krimkrieges durch, und hernach für die Berichte des Freundes in der Wiener „Neuen Freien Presse" die Schlachten des amerikanischen Sezessionskrieges: in beiden Fällen hatte Marx den Darlegungen nur die letzte Form zu geben. So übernahm er mit Feuereifer den eigentlichen Teil der Arbeit, als Marx für ein in New York erscheinendes Konversationslexikon, die „American Cyclopedia", sämtliche militärischen und kriegsgeschichtlichen Artikel

zu liefern hatte. Im ersten Jubel meinte er sogar mit einem Selbstgefühl, das nur in dem Munde dieser Leute nicht ganz absurd klingt: „an Deiner Stelle würde ich ihm offerieren, das ganze Konversationslexikon allein zu machen, wir brächten das schon fertig." Und wenn bei der Herstellung der Artikel auch der finanzielle Gesichtspunkt naturgemäß überwog, so wird man schon in den eingehenden Ausführungen des Briefwechsels (man lese z. B. Bd. 2, S. 188 ff. über Blücher) erkennen, mit welcher Einsicht und Sorgfalt Engels an die Arbeit ging. In dem großen publizistischen Streit von 1859 trat er mit der Schrift „Po und Rhein" hervor, die insofern dem großdeutschen Lager zuzurechnen ist, als sie die Verteidigung Oberitaliens gegen den Angriff Dritter verlangte: erst der Gewinn der deutschen Einheit werde die Aufgabe dieser Defensivposition erlauben. Aber wie man auch über ihre politische Tendenz urteilen mag, die Sicherheit des militärischen Urteils machte damals großen Eindruck, und die Gräfin Hatzfeldt, „die bei ihrem Schwager, General v. Nostitz, die ganze preußische Generalität spricht", berichtete später Marx, daß die Schrift „in hohen und höchsten militärischen Kreisen (unter anderen auch dem des Prinzen Friedrich Karl) als Produkt eines preußischen Geheimgenerals betrachtet wurde." Und beim Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges war Engels fast in fieberhafter Spannung, um aus dem Aufmarsch der deutschen Truppen den Kriegsplan zu enträtseln, er übernahm sofort die regelmäßige Berichterstattung für die „Pall Mall Gazette"; „als Korrespondent ins deutsche Hauptquartier zu gehen, hat viele Haken, der größte heißt Stieber[1]), und dabei würde ich doch weniger kritischen Blick haben."

Es ist auffallend, wie häufig Engels durch das Waltenlassen der militärischen Gesichtspunkte zu Einsichten gelangt, die den anderen verschlossen waren. Beim Studium der Periode Cromwells erkennt er sofort den springenden Punkt, „daß die Sache auch in England eine andere Wendung ge-

[1]) Der Chef der politischen Polizei während des Feldzuges, der in den fünfziger Jahren die Verfolgung des Kommunistenbundes mit den unbedenklichsten Mitteln betrieben hatte.

nommen haben würde, wenn nicht in Irland die Notwendigkeit gewesen, militärisch zu herrschen und eine neue Aristokratie zu schaffen". Oder es kommt ihm, indem er im September 1870 die Panik der Franzosen in Paris beobachtet, erst die eigentliche Idee von der Schreckenszeit: „Wir verstehen darunter Herrschaft von Leuten, die Schrecken einflößen; umgekehrt, es ist die Herrschaft von Leuten, die selbst erschrocken sind. La terreur, das sind großenteils nutzlose Grausamkeiten, begangen von Leuten, die selbst Angst haben, zu ihrer Selbstberuhigung. Ich bin überzeugt, daß die Schuld der Schreckensherrschaft Anno 1793 fast ausschließlich auf den überängsteten, sich als Patrioten gebarenden Bourgeois, auf den kleinen Spießbürger und auf den bei der terreur sein Geschäft machenden Lumpenmob fällt." Er beurteilt auch die gegenwärtige Machtverteilung der Staaten immer nach der militärischen Brauchbarkeit ihrer Grenzlinien, indem er z. B. betont: „jeder Zoll, den wir an der Grenze von Memel bis Krakau den Polen nachgeben, ruiniert diese ohnehin schon miserabel schwache Grenze militärisch vollständig und legt die ganze Ostseeküste bis Stettin bloß"; und analog weiß er, obschon ein Gegner der Annexion von Elsaß-Lothringen, doch das militärisch Berechtigte an dieser Forderung Marx sofort auseinanderzusetzen. Selbst seine Werturteile werden häufig von der Gefühlsseite her durch die Vorliebe für militärische Kraftentwicklung bestimmt. So kommt er während des amerikanischen Bürgerkrieges immer wieder trotz seiner ausgesprochenen Sympathie für die Sache des Nordens auf dessen für ihn unerträgliches Versagen im Felde zurück: „Ich muß sagen, ich kann mich für ein Volk nicht enthusiasmieren, das in einer so kolossalen Frage sich fortwährend von einem Viertel seiner eigenen Bevölkerungszahl klopfen läßt und nach 18 Monaten Krieg nichts weiter erreicht hat als die Entdeckung, daß alle seine Generale Esel und seine Zivilbeamten Spitzbuben und Verräter sind". (5. 11. 1862.) Und gegenüber Liebknechts Spekulation auf den französischen Sieg im Jahre 1870 bricht er in den entrüsteten, halb auch gegen Marx gerichteten Spott aus: „Ein Volk, das immer nur Hiebe bekommt und Tritte, ist allerdings das wahre, um soziale Revolution zu machen." (15. 8. 1870.)

Auch militärische Organisationsfragen beurteilt er rein vom Standpunkt ihrer praktischen Leistungsfähigkeit. Er glaubt nicht an die Miliz: „Der amerikanische Krieg — Miliz auf beiden Seiten — beweist nichts, als daß das Milizsystem ganz unerhörte Opfer an Geld und Menschen kostet, weil eben die Organisation nur auf dem Papier steht ... Seit Einführung des Hinterladers ist es mit der puren Miliz erst recht am Ende. Womit nicht gesagt ist, daß nicht jede nationale Militärorganisation irgendwo zwischen der preußischen und schweizerischen in der Mitte liegt — wo? Das hängt von den jedesmaligen Umständen ab. Erst eine kommunistisch eingerichtete und *erzogene* Gesellschaft kann sich dem Milizsystem sehr nähern und auch da noch asymptotisch." (16. 1. 1868.) Und so sehr er auch in Gegnerschaft gegen den preußischen Staat stand, so hielt er seine Wertschätzung der preußischen Heereseinrichtungen auch gegen die gehässigere Kritik von Marx jederzeit aufrecht. Es ist nicht anders: er sah in der Reihe der Kriege, die unser Reich schufen, seine längst gehegte Auffassung sich bestätigen, und es erfüllte ihn mit einem Hochgefühl, daß er Marx gegenüber recht behalten habe. Schon nach Düppel schrieb er: „Daß die Preußen in 20 Minuten die ersten sechs Schanzen und dann in zwei Stunden die ganze Halbinsel inklusive des Brückenkopfes nahmen und den ca. 13 000 Dänen einen Verlust von 5000 Mann beibrachten, ist mehr als man den Burschen zutrauen durfte. Du wirst Dich übrigens erinnern, daß ich immer sagte, die preußischen Feuerwaffen — Gewehr wie Geschütz — seien die besten der Welt, und das hat sich hier bewährt." Und nun noch lebhafter nach Königgrätz: „Du siehst übrigens, wie richtig ich die preußische Armee beurteilte, wenn ich immer behauptete, daß viel mehr darin stäke, als man gewöhnlich zugeben wollte. Nach diesen Erfolgen und nach dem unbedingt brillanten Benehmen der Truppe ist ihr Selbstgefühl und zugleich ihre Kriegserfahrung so gewachsen, daß sie morgen den Franzosen gegenübertreten können, selbst wenn diese Hinterlader hätten." Nach den ersten Schlachten von 1870 triumphiert der rote Patriot vollends: „Du siehst aber, wie recht ich hatte, in dieser preußischen Militärorganisation eine

ganz enorme Kraft zu sehen, die bei einem Nationalkriege wie jetzt vollständig unbesieglich ist."

Wenn Engels somit im allgemeinen als ein geistiger Schrittmacher für Marx anzusprechen ist, so ist auf einem Gebiete, und gerade auf dem zentralsten, die Bedeutung dessen, was er dem anderen zu geben hatte, noch viel höher zu veranschlagen.

Es ist einmal der erste Anstoß gar nicht zu unterschätzen, den Engels mit seinen Jugendarbeiten, den „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie" (1844) und der „Lage der arbeitenden Klassen in England" (1845) seinem Freunde gegeben hat. In geistesgeschichtlichem Zusammenhange ist es ein Ereignis gewesen, daß dieser junge Kaufmann damals den philosophischen deutschen Radikalen und ihren erlesenen und erkonstruierten sozialistischen Ideen ein erlebtes und verstandenes Bild der Praxis aus seinem ersten Aufenthalt in Manchester entgegenstellen konnte. Eine geniale Intuition, trotz alles nationalökonomischen Dilettantismus, gab hier ein konstruktives Bild von dem kapitalistischen Wirtschaftsprozeß, „von der explosiven Entfaltung aller Produktivkräfte, von der wirtschaftlichen Eroberung weiter jungfräulicher Anbaugebiete, von der Erschließung neuer Märkte, von der Not des Proletariats, von den Gefahren des Geldes und den Unsicherheiten des Kredits, und von dem gewaltigen Wechsel des Auf und Ab der Konjunktur." Die ganze Welt der Probleme, die ihm an dem englischen Paradigma aufgegangen war, und in einer Anschaulichkeit und Vergeistigung vorgetragen, wie sie nur der extremen Tendenz möglich ist, war für die geistige Entwicklung des älteren Marx etwas Neues und Grundlegendes.

Nicht minder bedeutsam ist es, daß Engels in den 50 er und 60 er Jahren dauernd der theoretischen Arbeit von Marx ein Maß von praktisch-ökonomischen, kaufmännischen wie technischen Kenntnissen vermittelte, das dieser weder aus der Stoffbewältigung in den Büchermassen des Britischen Museums, noch aus der reinen Gedankenarbeit seiner einsamen Nächte gewinnen konnte. Es blieb von providentieller Bedeutung für Marx, daß Engels gerade an der Stelle stand, wo er stand.

Inmitten einer Industrie, die vermöge ihrer Spezialisierung, Differenzierung und Arbeitsteilung, vermöge ihrer Verflechtung mit einer immer mehr monopolisierten, aber vielfältigen Wechselfällen unterworfenen Rohproduktion auf der einen Seite und ihrer den höchsten Schwankungen der Konsumtion ausgesetzten und von vornherein größtenteils auf den Export angewiesenen Absatzbedingungen auf der anderen Seite, tiefer als irgendeine andere Industrie vom Handel erfaßt war: einer Industrie, die eben deswegen um so unmittelbarer und einschneidender auf die Arbeitsbedingungen und die soziale Lage der in ihr beschäftigten Arbeiter zurückwirken mußte und das Schicksal der „hands“ bedingungslos an das Auf und Ab ihres Lebensprozesses schmiedete. Ein Schema, wie kein anderes geeignet, die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und die Verschlingungen des kapitalistischen Mechanismus darzulegen: es konnte von keiner Stelle aus von dem, der das Auge dafür hatte, so von Grund aus studiert werden, wie von der Manchesterer Baumwollbörse. In der Stadt, die ihren Namen zur Bezeichnung der extremen bürgerlich-freihändlerischen Wirtschaftslehre hergegeben hat, hat Engels in steter kritischer Beobachtung des hier sichtbaren Wirtschaftsprozesses den theoretischen Untergrund einer entgegengesetzten Wirtschaftslehre legen helfen. Er konnte hier die Wirkung der Wirtschaftskrisen, wie der von 1857, studieren, er erlebte an der Quelle die große weltgeschichtliche Probe auf das Exempel, als in den Jahren 1861/65 die durch den Sezessionskrieg herbeigeführte Schließung der amerikanischen Baumwollmärkte die englischen Fabriken lahmlegte und bis in die letzte Hütte der Lancashire-Arbeiter der erbarmungslose Sinn der ökonomischen Abhängigkeiten sich enthüllte. Das alles sind Dinge, aus dem „Kapital“ bekannt, die durch den Briefwechsel zwischen Engels und Marx in der lebhaften Beleuchtung der Stunde vorgeführt werden.

Engels konnte also Marx außerordentlich viel geben, und seine Natur besaß die Fähigkeiten, die seine Gabe für den andern wertvoll machten. Er verfügte über eine zupackende, frische Kraft der Anschauung, die vielleicht nicht in die Tiefe stieß und sich manchmal dilettantisch genügen ließ, aber — wie

schon die allen Eindrücken geöffnete geistige Beweglichkeit der Jugendbriefe beweist — mit außerordentlicher Unmittelbarkeit ein Gesamtbild in sich aufnahm. Was Engels nicht besaß, war die Fähigkeit, das Bild der Anschauung in eine abstrakte, philosophisch begründete, ökonomisch und mathematisch durchdachte Erkenntnis umzusetzen. Hier setzt Marx ein, man ist versucht zu sagen: tritt der arischen Begabung eine spezifisch semitische ergänzend und sie überhöhend zur Seite. Engels' frühe Entwicklung hatte sich zwar mit Hegel berührt, aber sie war längst nicht so tief durch ihn hindurchgegangen wie Marx selbst; so hoch er das formale Instrument der dialektischen Methode schätzte, so war abstraktes Denken nicht eigentlich seine Sache; auch aus dem Briefwechsel fühlt man heraus, daß selbst er manchmal gewisse Schwierigkeiten hatte, den theoretischen Gedanken des andern zu folgen. Er hat selber bekanntlich mit höchster Bescheidenheit sich über seine eigene Rolle, die zweite Violine, ausgesprochen und das Verhältnis ihres Arbeitsanteils in folgenden Sätzen ausgedrückt: „Daß ich vor und während meinem vierzigjährigen Zusammenwirken mit Marx sowohl an der Begründung wie namentlich an der Ausarbeitung der Theorie einen gewissen selbständigen Anteil hatte, kann ich nicht leugnen. Aber der größte Teil der leitenden Grundgedanken, besonders auf ökonomischem und geschichtlichem Gebiet, und speziell ihre schließliche scharfe Fassung, gehört Marx. Was ich beigetragen, das konnte — allenfalls ein paar Spezialfächer ausgenommen — Marx auch wohl ohne mich fertig bringen. Was Marx geleistet, hätte ich nicht fertig gebracht. Marx stand höher, sah weiter, überblickte mehr und rascher als wir alle andern. Ohne ihn wäre die Theorie heute nicht das, was sie ist. Sie trägt daher auch mit Recht seinen Namen." Der originale Anteil der Leistung von Marx erscheint damit zutreffend bestimmt, nicht aber der Umfang und die Bedeutung der Leistung von Engels: diese wird von der nationalökonomischen Fachwissenschaft gerade auf Grund dieses Briefwechsels, der für die Entstehung und Interpretation des „Kapitals" einen Quellenstoff ersten Ranges enthält, noch wesentlich höher bemessen werden müssen.

Denn die Anschauung, die Engels gab, leistete nicht nur stoffliche Kärrnerdienste, selbst wenn sie in der abgerissenen Form eines Einfalls auftauchte (z. B. „Kalifornien und Australien sind zwei Fälle, die im Manifest nicht vorgesehen waren: Schöpfung großer neuer Märkte aus nichts. Sie müssen noch hinein", 21. 8. 1852), sondern sie bot in der Regel bereits, so scheint mir, eine intuitive Vergeistigung, wenn auch noch nicht eine theoretische Erschöpfung des Rohstoffs: sie eröffnete dem theoretischen Denken auch die Perspektiven und Horizonte. Solche mehr künstlerisch bestimmte Naturen verfügen auch über die Gabe des leichten und treffenden Ausdrucks. Die rein schriftstellerische Befähigung von Engels steht höher als die von Marx. Es ist merkwürdig, wie Marx, scharf und schlagend in seinen kürzeren Artikeln, in seinen größeren Arbeiten die Proportion der Teile und die Ökonomie der Maße aus den Augen verliert. Engels dagegen besaß diesen Sinn für die Architektonik aller geistigen Arbeit. Er war schon 1845 entsetzt gewesen über die Unform, zu der Marx ihre gemeinsame Arbeit, die „Kritische Kritik", hatte anschwellen lassen, und seine Ausstellungen an der Anlage gewisser Teile des „Kapitals" sind einsichtig und zutreffend.

Die Art dieser Zusammenarbeit von Engels und Marx bringt uns vollends zum Bewußtsein, wie fast ausschließlich aus dem englischen Wirtschaftsleben der vierziger bis sechziger Jahre das Anschauungsmaterial, aus dem das „Kapital" abstrahiert, entnommen worden ist. Ihr Briefwechsel bestätigt von neuem eindringlich, wie gering ihre Fühlung mit dem deutschen Wirtschaftsleben, seinen Bedingungen und seiner Umwälzung in den Jahrzehnten, wo das „Kapital" entstand, gewesen ist. So wird der historisch begrenzte Wert der Vorstellungswelt, auf der jener unerhörte Anspruch des Werkes auf kanonische Allgemeingültigkeit ruht, aus dieser Vorgeschichte noch deutlicher als aus dem Buche selbst.

Es ist erstaunlich zu sehen, welchen Raum in diesem Briefwechsel die Beschäftigung mit der auswärtigen Politik einnimmt. Gewiß läuft dabei manchmal der herkömmliche Sanguinismus der Emigranten unter, die vor allem aus

den Bewegungen der großen Mächte eine Möglichkeit zu erneuter Aktion für sich selber ableiten, aber der Jünger Rankescher Geschichtsauffassung wird mit Befriedigung wahrnehmen, wie hoch die Beiden, trotzdem ihre Anschauung von dem geschichtlichen Verlauf nach seinen ökonomischen Grundlagen orientiert ist, den Einfluß der auswärtigen Politik veranschlagen und bis zu welchem Grade sie in universalen Kategorien denken.

Die auswärtig. Politik von Marx — es ist ganz unrichtig, daß der Marxismus überhaupt keine auswärtige Politik gehabt habe — wird durch die beiden Pole des Urquhartismus und des wesentlich ökonomisch unterbauten Revolutionarismus bestimmt.

Der heute fast vergessene David Urquhart hatte aus dem Studium der orientalischen Politik schon in den zwanziger Jahren die doppelte Erkenntnis, Gegensatz gegen Rußland und Vorliebe für die Türkei, heimgebracht und machte fortan aus der Verkündung dieser politischen Prinzipien seinen Lebenszweck. Daß dieser eigensinnige Schotte mit seiner Auffassung europäischer Politik weit über den Kreis der englischen öffentlichen Meinung hinaus auch auf die Vorstellungen der festländischen Liberalen einen indirekten Einfluß geübt hat, ist bekannt. Entscheidender jedoch und von weitgreifender Nachwirkung ist es gewesen, daß zwei Deutsche, Lothar Bucher vor allem, aber auch Karl Marx, unmittelbar unter diesem Einfluß ihre außerpolitische Auffassung gebildet haben.

Das Wertvolle an Urquhart war seine Einsicht in den besonderen Charakter der zielbewußt und hemmungslos vorgehenden russischen Politik: daß hier ein ungeheurer Mechanismus, der durch die Gunst seiner europäisch-asiatischen Lage am längsten kontinentalen Hebelarme saß, mit unheimlicher Geschäftigkeit in die europäischen Verhältnisse eingreife. In der praktischen Anwendung seiner These verfiel er jedoch in maßlose Übertreibungen, er witterte überall russische Intrigen, im Deutschen Zollverein wie in der Zusammensetzung englischer Kabinette, er sah mit Vorliebe „den Rubel auf Reisen“ und redete sich schließlich ein, daß Lord Palmerston, der doch mit

der russischen Macht von seiner Leitung der auswärtigen Politik her rechnen mußte, von ihr „gekauft" sei: in dem Kampfe gegen diesen Minister erblickte er den englischen Teil seiner politischen Aufgabe. Denn als liberaler Freihändler vertrat Urquhart zugleich das Bedürfnis seiner Parteigruppe, die Verfolgung ihrer innerpolitischen Ziele von den unsichtbaren Einflüssen des Kabinetts und der auswärtigen Politik unabhängig zu machen, die auswärtige Politik unter ihre unmittelbare Kontrolle zu nehmen und ihrer inneren Politik anzupassen, das heißt auch die Weltzusammenhänge nach dem Freihandelsinteresse zu bewerten. Das brachte ihn und die Tätigkeit der „foreign committees" der Palmerstonfeindlichen Radikalen auch den Chartisten nahe, von denen der Weg zu Marx nicht weit war.

Die Bedeutung Urquharts für Bucher und Marx bestand darin, daß sie durch ihn einen tieferen Einblick gewannen in den politischen und ökonomischen Mechanismus der internationalen Zusammenhänge, wie er schon im „Portfolio", wenn auch in gewaltiger Verzerrung, bloßgelegt worden war und in seinen Organen, der „Free press" und später der „Diplomatic review", fortdauernd erörtert wurde. Sie wurden dadurch, wir würden heute sagen, weltpolitisch zu denken geübt, was sich aus der englischen oder russischen Perspektive allerdings erfolgreicher tun ließ, als vom Standpunkt kleinstaatlicher deutscher Enge und Zersplitterung. Es war natürlich, daß diese festländischen Demokraten, die Geschlagenen von 1848/49, sich mit einer Politik, deren letztes Wort die Gegnerschaft gegen Rußland war, auch von ihrer Grundstimmung aus begegnen mußten. So schrieb Marx am Vorabend des Krimkrieges an Engels: „Kurios wie es Dir erscheinen mag, ich bin durch das genaue Nachgehen in die Fußstapfen des noblen Viscount seit 20 Jahren auf denselben Schluß gekommen wie Monomane Urquhart, daß Palmerston seit mehreren Dezennien an Rußland verkauft ist." Während Bucher, der eine Zeitlang Urquhart jeden Sonntag auf seinem Landsitz besuchte, tatsächlich von Grund aus beeinflußt wurde, ist Marx allerdings niemals ein strenger Urquhartist gewesen: davor bewahrte ihn schon die freihänd-

lerisch-bourgeoise Motivierung ihrer auswärtigen Politik. Nach einer Zusammenkunft im Februar 1854, bei der ihn, den Selbstbewußten, das selbstbewußte Auftreten des Sektenhauptes sehr abstieß, erklärte er sogar, daß er in nichts mit ihm übereinstimme, „außer Palmerston, ein Punkt, zu dem er mir nicht verholfen hat". Er spottete wohl über Buchers Jüngerschaft und war diabolisch genug, auch selbst einmal Urquhart einen Floh ins Ohr zu setzen — daß auch Peels Bankakte von 1844 auf russischen Einfluß (!) zurückzuführen sei, um dann zum höchsten Schrecken mit seinem Namen öffentlich dafür eintreten zu müssen. Aber er trug kein Bedenken, an den Organen Urquharts mitzuarbeiten, und ging in seiner „The story of the life of Lord Palmerston" von ganz ähnlichen Voraussetzungen aus; auch stand er mit deutschen Urquhartisten, unbekümmert um deren politische Parteistellung, in enger Verbindung. Engels aber rechtfertigte bei Gelegenheit eines Streits mit Lassalle diese getrennte politische Buchführung mit den bezeichnenden Worten: „Was würde unser Revolutionsdenker (Lassalle) sich erst entsetzen, wenn er hört, daß Urquhart die Macht der Krone vergrößern will. Übrigens ist ja auf diesem Spezialgebiet der auswärtigen Politik eine so hübsche spekulative Trennung von der inneren Politik möglich, daß Du Dir gewiß den Spaß machen wirst, das Subjektiv-Reaktionäre als das in auswärtiger Politik Objektiv-Revolutionäre ihm klarzumachen, worauf der Mann Ruhe haben wird."

Vor allem aber: Marx dachte durchaus ähnlich über den russischen Einfluß und über den Umfang des „Gekauftseins" — dieser Vorwurf stellte sich bei der Gemütsverfassung der Emigranten leicht ein. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, zweifelte Marx (und auch Engels) bei dem Heraufziehen der preußisch-österreichischen Krisis im Frühjahr 1866 keinen Augenblick, „daß hinter Preußen Rußland steckt, und daß die Österreicher, die dies wissen, nolens volens sich mit dem französischen Hinterhalt vertrösten" (2. 4. 1866). Lag doch der Beweis zur Hand: „Es muß nicht (um à la Hegel zu sprechen) übersehen werden, daß die Danubian mine was sprung gleichzeitig mit Bismarcks Vorgehen"

(6. 4. 1866). So war ihm auch in dem Luxemburger Handel im Frühjahr 1867 „die russische Einmischung in die deutschen Verhältnisse sonnenklar", und während Engels bereits vorsichtig hinzufügte, daß die Russen ihre preußische Allianz noch nie so teuer gezahlt hätten, urteilte Marx noch am Ende dieses Jahres kurzab: „Unser Bismarck — obgleich ein Hauptwerkzeug der russischen Intrigen — hat das Gute, daß er die Sache in Frankreich zur Krisis treibt" (2. 11. 1867). Auch nachdem durch die deutsche Reichsgründung der große Umschwung in den kontinentalen Machtverhältnissen eingetreten war, dachte Marx in den von Urquhart übernommenen Welthorizonten weiter, um dadurch manchmal zu überraschender Einsicht zu gelangen. Beim Beginn schon des Deutsch-Französischen Krieges sah er einen neuen Gegensatz, den zwischen Deutschland und Rußland, aus dem Kriege auftauchen, und schrieb: „Rußland wird also, ganz wie Bonaparte es von 1866 bis 1870 tat, mit Preußen mogeln, um Konzessionen nach der türkischen Seite hin zu erlangen, und alle diese Mogeleien, trotz der russischen Religion der Hohenzollern, werden in Krieg zwischen den Moglern enden. Wie albern der deutsche Michel immer sei, sein neugestärktes Nationalgefühl (namentlich jetzt, wo man ihm nicht mehr vorreden kann, er müsse sich alles gefallen lassen, um die deutsche Einheit erst zustande zu bringen), wird sich kaum in russischen Dienst pressen lassen, wozu gar kein Grund mehr vorhanden ist." Und noch in den Tagen, da Bismarck das deutsch-österreichische Bündnis einleitete, stellte sich ihm der Zusammenhang also dar: „Das Charakteristische für Bismarck ist die Art und Weise, wie er in seinen Gegensatz zu Rußland hineingeriet. Er wollte Gortschakoff ab- und Schuwaloff einsetzen. Da das fehlschlug, verstand sich's von selbst: voilà l'ennemi! und ich zweifle auch nicht, daß Bucher die Gereiztheit seines Meisters aufzustacheln nicht verfehlt hat. On retourne toujours à son premier amour . . . Das Geheimnis der Erfolge der russischen Diplomatie abroad war die Grabesstille of Russia at home. Mit der inneren Bewegung war der Zauber gebrochen. Ihr letzter Sieg war der Pariser Vertrag von 1856. Seitdem nur Böcke geschossen" (10. 9. 1879).

Neben dieser von Urquhart bestimmten antirussischen Auffassung der auswärtigen Politik, die bei der Sozialdemokratie lange nachgewirkt hat, teilten Marx und Engels mit den meisten der Emigranten den Glauben an eine kontinentale Revolution, aber sie unterschieden sich von ihnen allen durch die sachlich kühle Beurteilung ihrer Möglichkeiten; sie hatten nichts gemein mit dem unbelehrbaren Sanguinismus der deutschen und europäischen Demokraten der fünfziger Jahre, oder gar mit den Tollhausplänen der Fraktion Willich-Schapper; sie wußten allzu gut, daß man eine Revolution nicht „machen" könne. Sie waren Realisten genug, um am ehesten mit der Unbelehrbarkeit der herrschenden Gewalten zu rechnen. Schon im Jahre 1848 hatte Engels, beim Übergreifen der revolutionären Bewegung von Frankreich auf Deutschland, nicht auf die Schwäche, d. h. ein Einlenken in den Konstitutionalismus, Friedrich Wilhelms IV., sondern auf sein Festhalten am alten System spekuliert. So schrieb er am 9. März 1848: „Wenn doch Friedrich Wilhelm IV. sich starrköpfig hielte! Dann ist alles gewonnen, und wir haben in ein paar Monaten die deutsche Revolution. Wenn er nur an seinen feudalen Formen hielte! ... In Köln ist die ganze kleine Bourgeoisie für Anschluß an die französische Republik; die 1797 er Erinnerungen herrschen augenblicklich vor"; und einige Tage später: „In Deutschland geht die Sache wahrhaft sehr schön; überall Emeuten und die Preußen geben nicht nach. Tant mieux". In demselben Gedankengange frohlockte er nach Bismarcks Eintritt in das Ministerium: „Die Sache geht brillant, und schöner konnte es gar nicht kommen ... Wenn Er nur nicht wieder schlapp wird" (15. November 1862). Und mit dem Ausbruch des polnischen Aufstandes glaubte auch Marx die Aera der Revolutionen wieder eröffnet: „aber die gemütlichen delusions und der fast kindliche Enthusiasmus, mit dem wir vor Februar 1848 die Revolution begrüßten, sind zum Teufel" (13. 2. 1863).

Ihrer Weltanschauung entsprechend, konnten sie sich den Ausbruch einer großen Revolution nicht anders als durch eine ökonomische Weltkrise vorbereitet und eingeleitet denken. Sie glaubten mit dieser Erkenntnis über die eigentliche Quelle aller Ereignisse zu verfügen, in die den kenntnislosen Durch-

schnittsrevolutionären jede Einsicht verschlossen war. Niemals flatterten ihre Hoffnungen höher auf, als zu der Zeit, da der Ausbruch der amerikanischen Krise im Herbst 1857 seine zerstörenden Rückwirkungen auf die englische und weiter auf die kontinentale Volkswirtschaft ausübte. In Manchester begannen zuerst die Importhäuser, die Spinnereien, die Banken zusammenzubrechen, ein Zweig der Produktion nach dem andern wurde ergriffen; eine Geldpanik brach aus, die Bankakte mußte suspendiert werden; die Weiterwirkung auf das aus der Arbeit geworfene Proletariat begann sich bereits einzustellen. Engels aber saß im Zentrum der ökonomischen Brandung und versorgte den fieberhaft wartenden Marx, der in drei große Bücher: England, Frankreich, Deutschland, die Wirkungen der Weltkrise eintrug, mit Nachrichten vom Kriegsschauplatze; es war ihm gleichgültig, daß die Barmer Firma seines Vaters beinahe in Mitleidenschaft gezogen wurde, denn etwas anderes stand auf dem Spiele: „Der chronische Druck ist für eine Zeitlang nötig, um die Bevölkerungen warm zu machen. Das Proletariat schlägt dann besser, in besserer connaissance de cause."

Es ist höchst charakteristisch, wie jetzt, da es ernst zu werden schien, jeder von ihnen sein eigenstes Rüstzeug hervorzuholen begann. Engels schrieb am 15. November 1857: „Jetzt geht's um den Kopf. Meine Militärstudien werden dadurch sofort praktischer, ich werfe mich unverzüglich auf die bestehende Organisation und Elementartaktik der preußischen, österreichischen, bayerischen und französischen Armeen, und außerdem nur noch auf Reiten, das heißt Fuchsjagen, was die wahre Schule ist"; noch im Rückblick auf diese Monate urteilt er, daß es ihm absolut unmöglich war, „an etwas anderes zu denken, als den general crash. Ich konnte weder lesen noch schreiben" (6. 1. 58). Marx aber stellte die Arbeit an der American Cyclopedia sofort ein, obgleich, wie gewöhnlich, die Rückwirkungen der allgemeinen Krisis auch seine erbärmlichen häuslichen Nöte bis zur Unerträglichkeit steigerten, und meldete: „Ich arbeite wie toll die Nächte durch an der Zusammenfassung meiner Ökonomischen Studien, damit ich wenigstens die Grundrisse im klaren habe, bevor dem déluge" (7. 12. 57).

Unter diesem Hochdruck ist, als die Krisis schon längst wieder abgelaufen und durch eine Ära politischer Bewegungen von viel weitergreifender Bedeutung abgelöst war, der Vorläufer des „Kapitals“, die Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (1859) vollendet worden.

Und unter ähnlicher elektrischer Hochspannung der gesamten kontinentalen Atmosphäre ist dann der erste Band des „Kapitals“ niedergeschrieben worden — als die theoretische Grundlegung für den großen Umsturz aller Dinge. Wieder begann Engels den von finanziellen Nöten und körperlichen Leiden gepeinigten Marx eifernd voranzutreiben. Als der preußisch-österreichische Krieg drohend heraufzog, rief er: „Möglichkeit ist da. Was kann es da helfen, daß vielleicht ein paar Kapitel am Ende Deines Buches fertig sind und nicht einmal ein 1. Band zum Druck kommen kann, wenn wir von den Ereignissen überrascht werden“ (10. 2. 66). Wieder begann er zu drängen, daß Marx seine schweren Karbunkelleiden, deren Anfälle ihn jedesmal an den Rand des Grabes brachten, durch eine energische Arsenikkur aus der Welt schaffen solle, da er sonst zum Teufel gehe: „Und wo ist dann Dein Buch und Deine Familie?“ Das Buch zuerst! „Was soll aus der ganzen Bewegung werden, wenn Dir etwas passierte; wahrhaftig, ich hab' Tag und Nacht keine Ruhe, bis ich Dich über Deine Geschichte hinaus habe, und jeden Tag, wo ich nichts von Dir höre, bin ich unruhig“ (22. 2. 66). Er trug Fürsorge, daß Marx ein Bad aufsuchen konnte, er steigerte die finanzielle Hilfsbereitschaft zu immer stärkeren Opfern. Mit höchster Erregung sah er der Vollendung entgegen: „die Anzeige, daß Manuskript abgegangen ist, wälzt mir einen Stein von der Seele. Endlich also ein commencement d'exécution, wie der Code pénal sagt“ (11. 11. 66), und schließlich: „Hurra! Dieser Ausdruck war irrepressibel, als ich endlich schwarz auf weiß las, daß der 1. Band fertig ist und Du gleich damit nach Hamburg willst“ (4. 4. 67). Er tröstete den Freund: „Es ist mir immer so gewesen, als wenn dies verdammte Buch, an dem Du so lange getragen hast, der Grundkern von allem Deinem Pech war und Du nie herauskommen würdest und könntest, solange dies nicht abgeschüttelt.“ Dankbar aber gesteht Marx,

wem er eigentlich die Vollendung eines Werkes schuldet, an das nun einmal seine ganze historische Stellung geknüpft ist: „Ohne Dich hätte ich das Werk nie zu Ende bringen können, und ich versichere Dir, es hat mir immer wie ein Alp auf dem Gewissen gelastet, daß Du Deine famose Kraft hauptsächlich meinetwegen kommerziell vergeuden und verrosten ließest und, into the bargain, noch alle meine petites misères mitdurchleben mußtest" (7. 5. 67). Als er den letzten Bogen korrigiert hatte, wiederholte er mit einer für sein Wesen ungewöhnlichen Wärme: „Bloß Dir verdanke ich es, daß dies möglich war! Ohne Deine Aufopferung für mich konnte ich unmöglich die ungeheuren Arbeiten zu den drei Bänden leisten. I embrace you, full of thanks!" (16. 8. 1867.)

Freilich, als das Buch erschien, war die Welt doch schon verändert. Wenn Beide ursprünglich gehofft hatten, daß das „Kapital", ähnlich wie einst das Kommunistische Manifest vor der Februarrevolution, Kern und theoretische Grundlage einer Partei im Momente des großen Zusammenbruchs in Deutschland sein würde, so hatte diese Hoffnung sie getrogen. In demselben Jahre, wo das Werk vollendet wurde, hatte Bismarck die Grundlagen einer neuen Ordnung gelegt, die eine allgemeine von Deutschland ausgehende Befestigung einleiteten. Die Macht stand aufrecht da, die fortan allen Zukunftsstaatträumen begegnete.

Die ganze geistige Arbeit, alle Hoffnungen und Sorgen in diesen Jahrzehnten galten der „Partei". Sie erschien den beiden Männern als der oberste Daseinszweck. Wer war denn diese „Partei", für deren Körper der Geist der „Theorie" in Bewegung gesetzt ward?

Die Partei der „Neuen Rheinischen Zeitung" war auch in dem Revolutionsjahre niemals stark gewesen, und sowohl unter den in Deutschland Zurückgebliebenen wie unter den in die Verbannung Gegangenen schmolz sie im Laufe der Jahre sehr zusammen; manche der Akademiker und jungen Kaufleute, der Handwerker und Arbeiter, die ihr angehört hatten, fielen der Not des Exils in England und Nordamerika zum Opfer, „von den lebendig Verstorbenen gar

nicht zu reden." Neue Anhänger aber kamen kaum hinzu. „Der supply von Köpfen, der bis 48 dem Proletariat aus anderen Klassen zugeführt wurde, scheint seitdem total versiegt zu sein", schreibt Engels einmal später. Unter den deutschen Kommunisten Londons aber kam es schon in den ersten Jahren zu schweren Spaltungen, die in dem Briefwechsel einen breiten Raum einnehmen, bis die offizielle Organisation, der Kommunistenbund, sich im November 1852 auflöste. So schrumpfte die eigentliche „Fraktion Marx" immer mehr zusammen. Freiligrath, der nunmehr in London als Bankbeamter in gesicherten Verhältnissen lebte, begann sich allmählich von der Partei zu entfernen, in die der dichterische Schwung und ein menschliches Mitgefühl, nicht aber ein eigentlich politisch-ökonomisches Verständnis ihn vorübergehend hineingetrieben hatten; er wurzelte als Poet und Kaufmann doch zu sehr in dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, um die ganze Intransigenz von Marx mitmachen zu können. So blieb von den alten Getreuen allein der Schlesier Wilhelm Wolff übrig, der einst in den vierziger Jahren das Breslauer Wohnungselend beschrieben und jene Darstellung der schlesischen Weberunruhen verfaßt hatte, die später Gerhart Hauptmann als eigentliche Quelle für seine „Weber" gedient hat; die historische Rolle dieses Kommunisten bestand darin, daß er, bei einer späten Nachwahl in das Frankfurter Parlament gelangt, in einer der letzten Sitzungen eine maßlos herausfordernde Brandrede gegen die bürgerliche Linke gehalten hatte, die dem „Parlamentswolff" die größte Empörung der deutschen „Republikaner" eintrug. Im übrigen war er ein Mann mit einem biederen, bebrillten Konrektorgesicht, der sich in Manchester als Sprachlehrer rechtschaffen durchschlug, so daß er schließlich sogar Marx sein kleines Vermögen vermachen konnte; niemals sehr produktiv, lebte „Lupus" bis zu seinem Tode (1864) in ständigem Verkehr mit Engels, von den beiden Häuptern wegen seiner Zuverlässigkeit geschätzt, ein Getreuer, wie ihn die Größeren brauchen. Er war ein Gläubiger und führte gewissenhaft (oder doch mit leisem Zweifel) Buch über alle Krisenvoraussagungen, die aus Marxens Studium der ökonomischen Weltzusammenhänge emporstiegen — man denkt

unwillkürlich daran, daß noch in den neunziger Jahren der Führer der deutschen Sozialdemokraten solche periodische Krisenvoraussagungen vergröberten Stiles solange in die Massen warf, bis die Gläubigen ausstarben.

Marx und Engels standen von Anfang an fast isoliert auch in der aus soviel Köpfen, Parteien und Nationen zusammengesetzten Londoner Emigration, auf deren Treiben und Organisationsversuche der Briefwechsel grelle Schlaglichter wirft. Nach ihren Idealen konnten sie mit fast allen Gruppen nichts gemein haben; denn die meisten von ihnen waren national bestimmt, aus nationalen Revolutionen hervorgegangen, sie standen entweder bewußt oder unbewußt auf bürgerlichem Boden oder gehörten Nationen an, für deren Bewußtsein die soziale Frage, wie Marx und Engels sie verstanden, überhaupt noch nichts bedeutete. Es war klar, daß von Marx zu Mazzini und Kossuth kein Weg hinüberführte, und Engels urteilte daher kurzab: „Den Italienern, Polen und Ungarn werde ich deutlich genug sagen, daß sie in allen modernen Fragen den Mund zu halten haben.“ (5. 2. 1851.) Mit dem Putschismus, wie ihn die meisten Franzosen, die „crapauds“, und die Russen von der Gefolgschaft Bakunins vertraten, konnten sie ebensowenig zusammengehen. Aber auch von den deutschen bürgerlichen Republikanern, wie Kinkel und Ruge, trennte diese sozialistischen Revolutionäre eine Welt; sie blickten auf deren große und leere Worte, auf das Spiel mit der revolutionären Phrase und das uferlose Kannegießern mit Verachtung herab. Es ist wahr, in den unerquicklichen Auseinandersetzungen dieser zwischen der Not des Tages und den Hoffnungen der Zukunft hin und her getriebenen Menschen, in dem unaufhörlichen persönlichen Zank und Klatsch, der in den eng aneinander gedrängten Gruppen zumal der deutschen Emigration zu Hause war, bewährte auch Marx die giftigen Seiten seines Wesens; er gehörte nun einmal zu jenen streitbaren Naturen, die ihren Kraftüberschuß bis in die geringsten Dinge hinein rechthaberisch entladen. Aber trotz aller Unerfreulichkeit muß man sagen, daß er sachlich ein überlegenes Prinzip vertrat. Es kümmerte ihn auch nicht, daß selbst ein Flügel der Kommunisten unter

Willich und Schapper in Fühlung mit den deutschen bürgerlichen Republikanern trat, daß er schließlich in fast völlige Isolierung gegenüber der ganzen Emigration geriet. Engels meinte: „Man sieht mehr und mehr ein, daß diese Emigration ein Institut ist, worin jeder notwendig ein Narr, ein Esel und ein gemeiner Schurke wird, der sich nicht ganz von ihr zurückzieht, und dem die Stellung des unabhängigen Schriftstellers, der auch nach der sog. revolutionären Partei den Teufel fragt, nicht genügt. Es ist eine reine school of scandal and of meanness, worin der letzte Esel zum ersten Vaterlandsretter wird." So beschränkte sich die einzige nähere Fühlung, die die kleine Gruppe bewahrte, auf die englischen Chartisten; man war stolz darauf, daß man die einzigen intimen Alliierten der Chartisten vorstelle und es jederzeit in der Gewalt habe, „die uns schon historisch zukommende Position wieder einzunehmen."

Denn trotz der Isolierung lebten Marx und Engels in dem Bewußtsein einer historischen Stellung. Mit Stolz rief wiederum Engels aus: „Haben wir nicht seit soundsoviel Jahren getan, als wären Krethi und Plethi unsere Partei, wo wir gar keine Partei hatten, und wo die Leute, die wir als zu unserer Partei gehörig rechneten, wenigstens offiziell, auch nicht die Anfangsgründe unserer Sachen verstanden? Wie passen Leute wie wir, die offizielle Stellungen fliehen wie die Pest, in eine Partei? ... Wir können der Sache nach immer noch revolutionärer sein als die Phrasenmacher, weil wir etwas gelernt haben und sie nicht, weil wir wissen, was wir wollen, und sie nicht" (13. 2. 1851). Es war nicht anders: die „Partei" bestand, von einigen persönlichen Mitläufern abgesehen, mit der Zeit aus den beiden Männern allein. Und als Freiligrath in seinem Konflikt mit Marx im Jahre 1860 seine Lösung von der Partei mit der Auflösung des Kommunistenbundes motivierte, schloß Marx seine Antwort ganz von oben herab mit den selbstbewußten Worten: „Ich habe das Mißverständnis zu beseitigen gesucht, als ob ich unter ‚Partei' einen seit acht Jahren verstorbenen ‚Bund' oder eine seit zwölf Jahren aufgelöste Zeitungsredaktion verstehe. Unter Partei verstand ich die Partei im großen historischen Sinne."

In aller Not und Isolierung haben Marx und Engels dieses Bewußtsein niemals aufgegeben. Welches Maß von Ideologie gehörte doch dazu, für diese Verächter aller Ideologie, eine solche Rolle durchzuhalten!

Auch in Deutschland waren nur vereinzelte der Partei unterstehende Gruppen von offiziellen Anhängern übrig geblieben. Und die stärkste von ihnen wurde im Kölner Kommunistenprozeß von 1852 völlig zersprengt. Aber es gab auch einzelne Anhänger, und darunter wenigstens zwei Persönlichkeiten, damals noch unbekannte junge Leute, aber Anwärter auf eine große Zukunft: der Göttinger Advokat Johannes Miquel und Ferdinand Lassalle.

Es steht doch nicht so, daß Miquel als junger Student im Jahre 1849 einen einzigen Brief an Marx geschrieben hätte, jenen Brief eben, der hernach von den Sozialdemokraten dem Minister höhnend entgegengehalten und von diesem als eine Jugendverirrung leichthin beiseite geschoben wurde. Vielmehr hat er, wie wir jetzt erfahren, auch in den Jahren 1850—1857 in einem lebhaften Briefverkehr mit Marx gestanden, der diese Briefe, wie er es mit Parteibriefen zu tun pflegte, jedesmal auch Engels zukommen ließ. Denn sie sahen in Miquel, der ihnen persönlich anscheinend nicht bekannt war, nicht nur einen ihrer „kontinentalen Jünger", sondern er gehörte aller Wahrscheinlichkeit nach auch dem Kommunistenbunde als Mitglied an. Als nach der Neubegründung des Bundes eine Entsendung von Emissären mit Statuten, Schriftstücken und Adressen an die deutschen Gemeinden erfolgte und es dabei zu jenen Verhaftungen kam, aus denen der Kölner Kommunistenprozeß hervorging, wurden von der hannoverschen Polizei auch bei Miquel Haussuchungen vorgenommen; sie verliefen aber bei dem klugen Manne, der auch späterhin alles zu verbrennen pflegte, ergebnislos. Dem Berichte von Miquel entnimmt Marx die weitere Meldung: „es sind von Göttingen aus fünf neue Emissäre — Gentlemen — nach Berlin gegangen", und es bleibt nach dem Zusammenhange kaum ein Zweifel, daß sie von Miquel instruiert worden waren. So waren denn auch die Häupter

durchaus mit ihm zufrieden. Engels bemerkt über seinen Bericht: „Der Brief von Miquel gefällt mir. Der Kerl denkt wenigstens und würde gewiß sehr gut werden, wenn er einige Zeit ins Ausland käme." Zu zweien Malen hat Miquel im Laufe der nächsten Jahre den Versuch gemacht, die persönliche nähere Bekanntschaft von Marx anzubahnen. Im Sommer 1854 meldete er seinen Besuch an, wurde aber auf der Hinreise in Paris von Cholera und Blutsturz befallen und mußte, notdürftig genesen, die Rückreise antreten. In den letzten Tagen des Juli 1856 meldete er sich wiederum „für die nächsten 8—10 Tage" an, doch ist wegen einer Lücke in den Briefen nicht zu ersehen, ob es tatsächlich zu einer Zusammenkunft gekommen ist.

Aus den Jahren des Briefwechsels ergibt sich, daß Marx und Engels nicht immer mit Miquel übereinstimmten, und es ist charakteristisch, daß sie in solchen Meinungsverschiedenheiten jedesmal auf den Taktiker Miquel stießen.

So erhob Miquel, der von seiner kleinen Universitätsstadt aus hauptsächlich auf die bäuerliche Demokratie Hannovers rechnete, taktische Bedenken wegen der Rückwirkung der gegen die bürgerliche Demokratie gerichteten Aktenstücke, die bei den Verhaftungen im Sommer 1851 bekannt wurden. Dagegen meinte Engels unwirsch: „Alliierten sie sich pro tempore mit den Kommunisten, so waren sie über Bedingung und Dauer der Allianz vollständig instruiert, und es kann bloß hannoverschen Mittelbauern und Advokaten einfallen zu glauben, die Kommunisten hätten sich seit 1850 von den Prinzipien und der Politik der Neuen Rheinischen Zeitung bekehrt." Eine Anfrage Miquels aus dem April 1856 setzte Marx von vornherein in Unruhe und ließ es ihm wünschenswert erscheinen, die Meinung von Engels einzuziehen: „Dies ist etwas schlüpfrige Sache. ‚Fragen mitunter verfänglich', und es ist schwer, das richtige Maß in der Antwort zu beobachten." Es beruhigte ihn erst, als Engels und Wolff seine Ansicht teilten: „es war mir innerlich ‚sehr übel' zumute, als ich diese ‚Klugheit' verdauen sollte." Daß Miquel überhaupt, ähnlich wie Lassalle es tat, politische Gewissensberatung einholte, beweist, daß er auch nach Auflösung des Kommunisten-

bundes den Parteizusammenhang anerkannte. Aus welchem Anlaß er anfragte, wissen wir nicht, können es nur vermutungsweise aus dem Datum der Anfrage und der damaligen hannoverschen Situation erschließen.

Nach dem Verfassungsbruch im Sommer 1855 hatten die Dinge in Hannover sich immer weiter zugespitzt. Anfang April 1856 wurde dem Assessor Rudolf von Bennigsen die Erlaubnis zum Eintritt in die hannoversche Ständeversammlung abgeschlagen und er faßte den Entschluß, den Staatsdienst aufzugeben und sich ganz der politischen Laufbahn zu widmen; gleichzeitig wurde G. Planck wegen seiner Schrift gegen das Ministerium zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Schon damals muß es gewesen sein, daß Bennigsen seinen Freunden Planck und Miquel, die ihn vorantrieben, die Antwort gab: „Ich bin entschlossen, ich will in die Hannoversche Kammer eintreten, ich will brechen mit meiner ganzen Stellung, aber nur wenn Ihr bereit seid, die nationale Bewegung aufzunehmen und für die große deutsche Nation einzutreten" — es war der erste Keim einer neuen deutschen Bewegung, als deren Führer er 1859 hervortrat. Auch Miquel ging in diesem Momente ein neues Bündnis ein — man begreift, daß er jetzt, eben im April 1856, über die Zulässigkeit dieses Bündnisses sich in London Rats erholen mußte, und wer ihn kennt, mag sich vorstellen, daß er die tatsächliche Wendung mit diplomatischer Geschicklichkeit Marx mundgerecht zu machen suchte. Vielleicht sollte auch sein Besuch im Sommer 1856 der mündlichen Auseinandersetzung über diese Frage dienen. Wenn es auch noch nicht zum Bruch kam, so begannen fortan die Wege auseinanderzugehen; eine Aufforderung Miquels zur Mitarbeit an einer wesentlich von bürgerlichen Demokraten unterstützten Wochenschrift lehnte Marx im Februar 1857 ab; auch ein späterer Brief ökonomischen Inhalts fand bei Marx und Engels keine Gnade; der briefliche Verkehr scheint dann, während Miquel in immer engere Verbindung mit Bennigsen trat, allmählich eingeschlafen zu sein. Im Laufe der sechziger Jahre verfolgten die beiden Häupter der Kommunisten die neuen Wege des „wiseacre" (Klugtuer) Miquel, „wie er auf dem Nationalverein in echt nationalvereinlicher Weis-

heit paukt". Als Miquel im Februar 1865 zum Bürgermeister von Osnabrück gewählt wurde, setzte er wenigstens noch einem Freunde von Marx seine Grundsätze auseinander, und Engels ironisierte den nach London übersandten Brief, „dessen kluge Verarbeitung der Theorie als Piedestal der Bürgermeisterwürde und Bürgerfreundlichkeit mich sehr amüsiert hat." Immerhin noch: der „Theorie" im Sinne von Marx — erst im Dezember 1867 erklärte dieser, daß Miquel „nun offener Renegat" geworden sei.

Man sieht, es handelt sich nicht um eine Episode, sondern um einen stärkeren Entwicklungsstrang in der politischen Ideenwelt des spezifischsten politischen Talents der Liberalen — und das einmal gewonnene sozialpolitische Verständnis hat Miquel von vornherein und für immer von dem gerade in seiner Partei vertretenen Manchestertum auf das schärfste geschieden. Für Marx und Engels bedeutete Miquels Abschwenken die Trennung von einem Manne, der persönlich ihre Kreise nur vorübergehend streifte und sie nachher nicht störte. Ganz anders lag, tiefer greifend, bitterere Gegensätzlichkeiten aufreißend, ihre Auseinandersetzung mit Lassalle.

Das Verhältnis zwischen Marx und Lassalle konnte bisher noch nicht endgültig beurteilt werden, solange man nur die Briefe von Lassalle an Marx besaß. Jetzt liefert das briefliche Zwiegespräch zwischen Marx und Engels, das die ganze öffentliche Laufbahn Lassalles von der Mitte der fünfziger Jahre an begleitet, einen so gut wie völligen Ersatz dafür, daß die Briefe von Marx an Lassalle uns wohl noch lange oder für immer vorenthalten bleiben. Und darin liegt nun für die weiteren Kreise der Sozialdemokratie die peinliche Überraschung, daß jeder Schritt Lassalles kaum von seiten seiner Feinde mit soviel Spott und unbarmherziger Kritik beurteilt worden ist, wie von den beiden Männern, deren Parteigänger er sein wollte und tatsächlich war. Der Eindruck von Lassalles Briefen an Marx war immerhin, trotz ihrer Streitigkeiten und Mißverständnisse, das Bild eines Freundschaftsverhältnisses, und es läßt sich nicht leugnen, daß der jüngere solche Empfindung ehrlich entgegentrug — nun wirkt es peinlich, zu sehen, wie von

einer entsprechenden Gesinnung bei dem anderen auch nicht das geringste vorhanden war. Sie waren einander nicht nur häufig politisch, wie man annehmen durfte, sondern auch persönlich in hohem Grade entgegengesetzt. Lassalle war ein Mensch mit vielen, vor allem äußerlichen Schwächen, die er offen vor sich hertrug und die niemandem entgingen: jene aber sahen allein diese Schwächen. Sie verkannten nicht gewisse Fähigkeiten, aber sie hielten von seinem Charakter sehr wenig, und wenn Marx sich immerhin eine gewisse Schätzung abringen konnte, so wollte Engels eigentlich niemals etwas von ihm wissen. Die Sozialdemokratie hat häufig mit Worten den Heroenkultus abgelehnt: nun muß sie erleben, daß in ihrem Ehrentempel die beiden ersten Heroen vom Postamente steigen und die Bildsäule des dritten in Trümmer schlagen.

Die eigentliche Ursache der Voreingenommenheit von Marx und Engels lag darin, daß sie Lassalle persönlich nur aus den Jahren 1848/49 als den mit üblen Gerüchten überladenen Anwalt und Liebhaber der Gräfin Hatzfeldt kannten. Über diesen Eindruck kamen sie nie recht hinweg; erfährt man doch auch zum ersten Male, daß, als Marx — doch wohl im Jahre 1848 — Lassalle in den Kommunistenbund aufnehmen wollte, „ein einstimmiger Beschluß der Zentralbehörde in Köln ihn wegen seines Rufes nicht akzeptierte.“ Fast ein ganzes Jahrzehnt noch wollten sie den Menschen überhaupt nicht für voll ansehen — begreiflich, solange Lassalle nicht eine Leistung irgendwelcher Art aufzuweisen hatte. Noch im März 1856 meinte Marx halb belustigt: „er scheint sich ganz anders zu nehmen, wie wir ihn nahmen, er hält sich für weltbezwingend, weil er rücksichtslos in einer Privatintrige, als ob ein wirklich bedeutender Mensch zehn Jahre einer solchen Bagatelle opfern würde.“ Engels aber ging noch einen Schritt weiter, um seiner tiefen Abneigung Luft zu machen: „Er war immer ein Mensch, dem man höllisch aufpassen mußte; als echter Jud von der slawischen Grenze war er immer auf dem Sprunge, unter Parteivorwänden jeden für seine Privatzwecke zu exploitieren.“ Diese Verdammung erfolgte allerdings nach einer Denunziation Lassalles durch die Düsseldorfer Arbeiter,

über die man jetzt Näheres erfährt: sie läuft, neben anderem Klatsch, darauf hinaus, daß Lassalle nach Erledigung der Hatzfeldtprozesse sich von den Arbeitern zurückziehe, ein Abtrünniger sei, der in Berlin den großen Herrn spielen und zu den Bürgerlichen übergehen wolle. Das meiste daran war wohl ohne Zweifel nichts als gehässige und unwahre Nachrede, aber für Marx und Freiligrath wirkte sie ebenso überzeugend wie für Engels und Wolff; sie nahmen die Anklagen zu den Bundesakten, beschlossen Lassalle zu überwachen und brachen die Korrespondenz ab; zu einem offiziellen Bruche kam es nur darum nicht, weil sie ihm die Anklage nicht einmal mitteilten.

Und nun begann dieser stillschweigend ausgestoßene Mensch allmählich an Marx wieder heranzutreten, ja noch mehr mit eigenen Leistungen hervorzukommen. Als Lassalle im Dezember 1857 den „Heraklit" übersandte, antwortete Marx „kurz und kühl"; er fand „das Zeug zu dick, um es durchzulesen", erkannte aber sofort den althegelschen Charakter dieser „posthumen Blüte einer vergangenen Epoche". Nach dem ersten Eindrucke spottete er über die philologische Gelehrsamkeit: „man sieht, wie sonderbar groß der Mensch sich selbst in diesem philologischen Flitterstaat erscheint und bewegt, ganz mit der Grazie eines Kerls, der zum ersten Male in seinem Leben fashionable dress trägt." In der Sache aber urteilte er, es sei absolut nichts Neues zu dem hinzugefügt, was Hegel in der Geschichte der Philosophie sage. Eine Wonne vollends war es für ihn, in einer versteckten Anmerkung des Heraklit ein Stück Geldtheorie Lassalles zu entdecken, nach der das Geld nur eine „unwirkliche Gedankenabstraktion des Wertes sei". Sein Mißtrauen witterte alsbald weitere wissenschaftliche Absichten: „Ich sehe aus dieser einen Note, daß er vorhat, die politische Ökonomie hegelsch vorzutragen in seinem zweiten großen Opus. Er wird zu seinem Schaden kennen lernen, daß es ein ganz anderes Ding ist, durch Kritik eine Wissenschaft erst auf den Punkt bringen, um sie dialektisch darstellen zu können, als ein abstraktes, fertiges System der Logik auf Ahnungen eben eines solchen Systems anzuwenden."

Immerhin, in einen gewissen Respekt hatte Lassalle sich bei Marx gesetzt, und da dieser für sein nationalökonomisches Buch jemanden brauchen konnte, um die Verbindung mit deutschen Verlegern herzustellen, so geriet er wieder in einen Briefwechsel und ließ sich von Engels Absolution erteilen „wegen der Elogen", die er Heraklit dem Dunkeln machen mußte. Man stellte also Gehässigkeit und Gegnerschaft aus praktischen Gründen ein wenig zurück. Marx begann daher, trotz der Vorfälle von 1856, die alte Parteiverbindung, als wenn sie nie gestört gewesen wäre, wieder herzustellen: „Lassalle hat wirklich zu viel Interesse ‚an der Sache', um nicht coûte que coûte mit uns zu halten. Also bei klugem management gehört uns der Mann mit Haut und Haaren, so viele ‚zu endende' Bocksprünge er immer machen mag." Damit unterlag er allerdings einer zweiten Täuschung in seiner Einschätzung des anderen. Das äußerlich hergestellte Verhältnis der nächsten Jahre brachte nichts als neue Mißverständnisse; sie setzten mit der Debatte über den „Sickingen" ein und steigerten sich bei dem „italienischen Krieg" Lassalles schon zu solcher Schärfe, daß Marx und Engels sich auf die „Parteidisziplin" — die sie beide von dem dritten zu verlangen hätten! — besannen. Selbst was sie in geschäftlichen Dingen gemeinsam anfaßten, gedieh für Marx zu Verdruß und Mißtrauen; Lassalles Vermittlung bei der Drucklegung der „Kritik der politischen Ökonomie" wie bei der publizistischen Verbindung mit der „Neuen Freien Presse" führte nur zu Ärgernissen. Und als Lassalle in dem Falle „Vogt" — in dem allerdings für Marx die Ehrenhaftigkeit seiner Person und Partei in der Vergangenheit auf dem Spiele stand — sich mit Rat und Tat vorsichtig zurückhielt, da entlud Marx seine lange angesammelte Erbitterung in einem Briefe, den ein Polemiker von seinen Maßstäben selbst als „bohnengrob" dem Vertrauten gegenüber bezeichnete. Die Frage nach Recht und Unrecht soll im einzelnen nicht berührt werden; man mag zugeben, daß auch Lassalle in seinen meisten menschlichen Beziehungen auf irgendwelche Weise zum Bruche kam; hier liegt die Sache doch so, daß er in seinen oft unerträglich langen Schriftstücken auf eine günstige Gesinnung des anderen gut-

gläubig rechnete, während er sich von vornherein einer erbarmungslos geschlossenen Kampfgemeinschaft gegenübersah. Im Grunde ertrug Marx nicht, daß er auf einen eigenen Willen und ein ihm ebenbürtiges Selbstbewußtsein gestoßen war.

Immerhin, als Lassalle schließlich beleidigt schwieg, lenkte er diplomatisch, eben aus praktischen Gründen, um die Verbindung mit Berlin nicht preiszugeben, wieder ein; er wollte mit einem Manne, den er immerhin als „a horse-power" einzuschätzen gelernt hatte, nicht vorzeitig brechen und schickte Engels vor, der für seine Person nicht im Briefwechsel stand und es nicht einmal für nötig erachtete, Lassalle für die Zusendung seiner Schriften überhaupt zu danken: Lassalles Antwort werde zeigen, ob man noch länger mit ihm gehen könne oder nicht. Als jedoch Lassalle nach Wiederaufnahme des Briefwechsels, in dem nun auch die alten Denunziationen zur Sprache kamen, sich in seiner breitspurigen Art zur Wehr setzte, da brach bei Marx ein förmlicher Wutanfall aus: „Nun sieh den gespreizten Menschen! Kaum glaubt er uns auf einem schwachen Punkte zu ertappen, wie wirft er sich in — allerdings possierliche Positur ... Wie widerspricht er sich! Wie wird er gemein!" So war das menschliche Verhältnis gestaltet, bevor die ersten Ansätze zu einer gemeinsamen politischen Aktion der alten Parteifreunde von Lassalle unternommen wurden. Sie versprachen von vornherein nicht viel, sie mußten vielmehr den endgültigen Bruch herbeiführen.

Lassalle entwickelte Anfang 1861 den Plan einer Erneuerung der „Neuen Rheinischen Zeitung" von Berlin aus und glaubte die Mittel dafür beschaffen zu können; die Gräfin Hatzfeldt hatte bereits eine Denkschrift ausgearbeitet; für den Fall, daß Marx nach dem Thronwechsel amnestiert wurde, war die Möglichkeit des Zusammenwirkens gegeben. Trotzdem zögerte Marx: „die Wellen in Deutschland schlagen noch nicht hoch genug, um unser Schiff zu tragen"; selbst für das von Engels vorgeschlagene Wochenblatt fürchtete er „die Taktlosigkeit unseres Freundes, wenn er an Ort und Stelle sitzt, die Hauptredaktion führt und so in der Lage ist, uns alle hineinzureiten". Als ihm bei seinem Besuch im Hause Lassalles im Frühjahr 1861 der Vorschlag erneuert wurde, vermied

er daher die sofortige Antwort um so lieber, als Lassalle, falls auch Engels in die Redaktion eintreten würde, den beiden Parteigenossen aus guten Gründen nicht mehr Stimmen als sich selber zubilligen wollte. Marx aber dachte nicht daran, mit jemandem, der so ebenbürtig auftrat, sich zu verbinden. Mit Behagen zählte er alle seine Sünden auf: „seine Rechthaberei,„ sein Stecken im spekulativen Begriff (der Kerl träumt sogar von einer neuen Hegelschen Philosophie auf der zweiten Potenz, die er schreiben will), seine Infektion mit altem französischen Liberalismus, seine breitspurige Feder, Zudringlichkeit, Taktlosigkeit usw. Lassalle könnte als einer der Redakteure, unter strenger Disziplin, Dienste leisten. Sonst nur blamieren." Während Lassalle noch den preußischen Ministerien die Türen einlief, um die Amnestierung von Marx herbeizuführen, spielte dieser ein nicht gerade offenes Spiel, um nach seiner Rückkehr von London aus offen abzulehnen. Der zweite Versuch, den Lassalle bei seinem Besuch in London im Sommer 1862 machte, zeigte die Unvereinbarkeit noch schärfer. Schon in seiner jämmerlichen Mittellosigkeit mochte Marx das geräuschvolle Auftreten Lassalles bitter genug empfinden: „um gewisse Dehors ihm gegenüber aufrechtzuerhalten, hatte meine Frau alles nicht Niet- und Nagelfeste ins Pfandhaus zu bringen"; bittrer war ihm wohl, daß er die Gefälligkeit des anderen mit einem Wechsel in Anspruch nehmen mußte, dessen Schicksal wieder neue Ärgernisse bereitete. Politisch stellte er fest, daß er nichts mehr mit Lassalle gemein habe. Er war ganz im Recht, wenn er die garibaldischen Abenteurerpläne Lassalles mit Spott überhäufte und jede Mitwirkung an solchen Dingen ablehnte. Mit Sarkasmus zerpflückte er das Selbstgefühl des einst von oben herab Behandelten: „Er ist nun ausgemacht nicht nur der größte Gelehrte, tiefste Denker, genialste Forscher usw., sondern außerdem Don Juan und revolutionärer Kardinal Richelieu." Für die von neuem vorgetragenen Zeitungspläne aber erklärte er sich nur zu Korrespondenzen bereit, „ohne irgend sonstige responsibility oder politische partnership zu übernehmen, da wir politisch in nichts übereinstimmten als in einigen weitab liegenden Endzwecken."

Also lagen die Dinge, bevor die selbständige Propaganda Lassalles begann. Sie wurde von Marx mit der absprechendsten und feindseligsten Kritik verfolgt, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Einmal blickte er auf die nationalökonomischen Kenntnisse Lassalles sehr von oben herab. Schon das „Arbeiterprogramm“ galt ihm nur „als schlechte Vulgarisation des Manifestes und anderer von uns so oft gepredigter Sachen, daß sie gewissermaßen schon Gemeinplätze geworden sind“; wenn Lassalle sich agitatorisch in die Brust warf, mußte er dem Älteren vollends als Renommist erscheinen. Von dem Offenen Antwortschreiben hieß es: „Er gebärdet sich — sehr wichtig mit den uns abgeborgten Phrasen um sich werfend — ganz als künftiger Arbeiterdiktator.“ Von den indirekten Steuern: „Es ist einzelnes darin gut, aber das Ganze erstens unerträglich zudringlich, schwatzhaft und mit der lächerlichsten Gelehrt- und Wichtigtuerei geschrieben. Außerdem ist es doch essentiellement das Machwerk eines ‚Schülers‘, der in aller Hast sich als ‚grundgelehrten‘ Mann und selbständigen Forscher hinausschreien will. Es wimmelt daher von historischen und theoretischen blunders.“ Mitten in der aufreibenden und tiefbohrenden Arbeit am „Kapital“ erschien ihm Lassalle „als Sextaner, der mit der breitspurigsten Waschweiberei Sätze in die Welt posaunt — als seine neueste Entdeckung — die wir vor 20 Jahren zehnmal besser schon als Scheidemünze unter unsere partisans verteilten.“ Bei dem „Bastiat-Schulze“ schließlich verdichtete sich sein steigendes Mißempfinden zu dem massiven Vorwurf des geistigen Plagiats: „vor ein paar Tagen sah ich zufällig nach meiner Artikelreihe über Lohnarbeit und Kapital in der Neuen Rheinischen Zeitung (1849) — in der Tat bloßer Abdruck der Vorlesungen, die ich 1847 im Brüsseler Arbeiterverein hielt. Da fand ich meines Lassalles nächste Quelle, und aus besonderer Freundschaft werde ich als Note den ganzen Wisch aus der Neuen Rheinischen Zeitung als Anhang zu meinem Buch abdrucken lassen, natürlich on false pretences, ohne Anspielung auf Lassalle.“ Er verlangte gereizt sein geistiges Eigentum zurück, aber er tat dem anderen unrecht, daß er an dessen agitatorische

Gelegenheitsreden den Maßstab seiner eigenen theoretischen Arbeit legte; er tat ihm unrecht, weil dieser auch in selbständigen philosophischen und ökonomischen Zusammenhängen stand, die von Marx unabhängig waren.

Zu der theoretischen Rivalität kam noch verschärfend die politische Rivalität hinzu: „Der Kerl denkt offenbar, er sei der Mann, um unser Inventarium anzutreten." Auch Engels meinte ärgerlich: „Die Lassalleschen Geschichten und der Skandal, den sie in Deutschland erregen, fangen doch an, unangenehm zu werden. Es ist die höchste Zeit, daß Du Dein Buch fertig machst, und wenn auch nur, damit wir wieder Breittreter anderer Art bekommen. Im übrigen ist es ganz gut, daß auf diese Weise wieder ein Boden für antibürgerliche Sachen gewonnen wird, nur ist es fatal, daß dieser Mensch sich dabei die Position macht." (20. 5. 1863.) Marx und Engels, die ihre ganze geistige Tätigkeit auf den Wiederausbruch einer Revolution in Deutschland gerichtet hielten, sahen sich durch einen von ihnen als unlauter empfundenen Wettbewerb aus ihrer „historischen Stellung" herausgedrängt; sie hatten das Gefühl, daß ein früher von ihnen gering geschätzter Mann auf eigenen Wegen — „der Kerl arbeitet jetzt rein im Dienste von Bismarck" — ihr Werk aufnehme und damit ihnen das einzige raube, was sie besaßen, den historischen Rechtstitel in der Vergangenheit und die Hoffnungen für die Zukunft. Sie fühlten sich politisch überholt, ohne es in ihrer Machtlosigkeit von dem Exil aus vorerst ändern zu können. In diesem Gefühl der Eifersucht begannen sie selbst jedes Augenmaß für die „historische Stellung" und die Persönlichkeit des Rivalen zu verlieren. Vom Beginn des Jahres 1863 an brach Marx daher jeden Briefwechsel mit Lassalle ab und lauerte auf einen Angriff oder eine Blöße. So ist die Neubegründung einer sozialdemokratischen Agitation in Deutschland ohne Mitwirkung, unter feindseligem und schweigendem Beiseitetreten von Marx und Engels vor sich gegangen.

Sie waren froh, diese abwartende Stellung eingenommen zu haben, als die Nachricht von Lassalles plötzlichem Tode sie überraschte. Dem toten Gegner — so sehr hatte er sich doch

in Respekt gesetzt — zollte man im geheimen eine Anerkennung, die man in der Zeit feindseliger Rivalität nicht hatte aufbringen können. Engels bewahrte zwar hinsichtlich der Art von Lassalles Ende seinen in den Kern stoßenden Scharfblick für das Problematische in dieser Natur: „Das konnte nur dem Lassalle passieren bei dem sonderbaren Gemisch von Frivolität und Sentimentalität, Judentum und Chevalierstuerei, das ihm ganz allein eigen war. Wie kann ein politischer Mann, wie er, sich mit einem walachischen Abenteurer schießen." Aber selbst er verschloß sich nicht mehr gegen die eigentümlichen Fähigkeiten, die hier zugrunde gegangen waren: „Lassalle mag sonst gewesen sein, persönlich, literarisch, wissenschaftlich, was er war, aber politisch war er sicher einer der bedeutendsten Kerle in Deutschland. Er war für uns gegenwärtig ein sehr unsicherer Freund, zukünftig ein ziemlich sicherer Feind, aber einerlei, es trifft einen doch hart, wenn man sieht, wie Deutschland alle einigermaßen tüchtigen Leute der extremen Partei kaputt macht". Und Marx, der in diesem Falle mit seinem Gemüte, in Haß und in Zuneigung, stärker beteiligt gewesen war als der kühlere Freund, antwortete in seinem charakteristischen Kauderwelsch, aber bewegter, als es seiner Feder in der Regel möglich war: „Das Unglück des Lassalle ist mir verdammt durch den Kopf gegangen. Er war doch noch immer einer von der vieille souche und der Feind unserer Feinde. Dabei kam die Sache so überraschend, daß es schwierig ist zu glauben, daß ein so geräuschvoller, stirring, pushing Mensch nun maustot ist und altogether das Maul halten muß. Was seinen Todesvorwand angeht, so hast Du ganz recht. Es ist eine der vielen Taktlosigkeiten, die er in seinem Leben begangen hat. With all that tut's mir leid, daß in den letzten Jahren das Verhältnis getrübt war, allerdings durch seine Schuld." Engels kehrte bald dazu zurück, als etwas von den letzten politischen Zielen Lassalles durchsickerte, den „Tory chartist" Charakter der Bewegung scharf zu verurteilen: „Subjektiv mag seine Eitelkeit ihm die Sache plausibel vorgestellt haben, objektiv war es ein Verrat der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen." Marx aber schrieb noch im Frühjahr 1866, als das von Lassalle so ersehnte all-

gemeine Wahlrecht nun wirklich proklamiert wurde: „Welcher Verlust für Lassalle, daß er maustot ist. Den hätte Bismarck jetzt Rolle spielen lassen" (17. 5. 1866). Und einige Wochen darauf: „Ich kann meinen Lassalle nicht vergessen. Wenn er jetzt noch lebte, welchen Skandal würde er machen" (7. 6. 1866).

Die Auseinandersetzung aber mit dem Manne, an den sie Lassalle als (im politischen Sinne) „verkauft" ansahen, sollte auch Marx selber nicht erspart bleiben.

Bismarck hat nie aufgehört, mit der sozialistischen Arbeiterbewegung schon als einem Gegengewicht gegen das liberale Bürgertum zu rechnen. Sobald ihm Lassalle durch seinen frühen Tod entrissen war, sah er sich nach Ersatz um; je ernsthafter er den Gedanken des allgemeinen und gleichen Wahlrechts wälzte, um so geneigter wurde er, auch mit diesem Lager die Fühlung wieder aufzunehmen und den Epigonen Lassalles, namentlich Schweitzer, gegenüber die erprobte Taktik fortzusetzen. Aber es scheint, als ob er gern noch höher gegriffen hätte. Hatte er doch seit Ende 1864 Lothar Bucher zur Seite, der ihn wohl belehren konnte, wo die eigentliche Kraft verborgen lag, und auch den Zugang zu ihr zu finden wußte. Am 8. Oktober 1865 schrieb Bucher den bekannten wohlerwogenen Brief an Marx, mit allen Finessen seiner Feder sich mühend, sich eines delikaten Auftrages zu entledigen. Harmlos hob er an: „Zuerst business!" Der preußische Staatsanzeiger wünsche monatlich einen Bericht über die Bewegungen des Geld- und Warenmarktes; auf Nachfrage habe er erklärt, niemand würde das besser machen als Marx. Die näheren Bedingungen enthielten nichts als Entgegenkommen. Im Inhalt seiner Artikel möge er nur nach seiner wissenschaftlichen Überzeugung gehen, wenn auch unter Vermeidung der Polemik, und mit Rücksicht auf den Leserkreis „den innersten Kern nur eben für den Sachverständigen durchscheinen lassen"; seine Forderungen möge er selbst bezeichnen. Dann folgten ein paar persönliche Wendungen: wieviel seit ihrer letzten Begegnung im Jahre 1862 geschehen und zerstört worden sei, und eine Bemerkung über das psychologische Rätsel in Lassalles

Hingang. Er selbst sei, schloß er mit beiläufiger Harmlosigkeit, wie Marx wisse, zu seiner ersten Liebe, den Akten, zurückgekehrt: „Ich war immer mit Lassalle darüber verschiedener Meinung, daß er sich die Entwicklung so schnell dachte. Der Fortschritt wird sich noch oft häuten, ehe er stirbt; wer also während seines Lebens noch innerhalb des Staates wirken will, der muß sich ralliieren um die Regierung."

Daß Bucher den Antrag, so wenig wie die Redaktion des Staatsanzeigers, nicht aus sich selbst, sondern nur im Einverständnis mit seinem Vorgesetzten, dem Ministerpräsidenten, machen konnte, liegt auf der Hand. Den Sinn des Antrages aber enthüllen die letzten Sätze seines Briefes. Was stand hier nicht alles zwischen den Zeilen! Nur von seiner Gesamtpolitik her mochte es zu erklären sein, wenn Bismarck gerade jetzt die überraschende Fühlung mit dem Haupte der Internationale suchte. Der Moment war allerdings dazu angetan, die Erklärung zu liefern. Seit dem Verkleben der Risse in Gastein war die deutsche Krise von neuem im Anzuge. Bismarck war am letzten Septembertage zur Besprechung mit Napoleon nach Biarritz geeilt — ob man sich für den Fall einer Beschleunigung der äußeren Krise nicht auch rechtzeitig im Innern darauf einrichten wollte, wenn die Bombe des allgemeinen Wahlrechts platzte?

Man würde was darum geben, wenn man wüßte, wie Marx den Antrag aufnahm. Aber leider finden wir nur ein kurzes Billett an Engels vom 19. Oktober: „Ich bin morgen nachmittag gegen 4.40 in Manchester und werde mich nach Deiner offiziellen Wohnung verfügen." Er muß es vorgezogen haben, sich mündlich mit Engels auszusprechen. Daß er den Antrag ablehnte, verstand sich von selbst für einen Mann, der kurz zuvor in seinem Nachruf auf Proudhon „selbst jedes Scheinkompromiß mit der bestehenden Gewalt" als Verletzung des einfachsten sittlichen Taktes getadelt hatte. Daß die Annahme dieses an sich unverfänglichen Antrages seine Rückkehr auf den Boden des deutschen Staates einleiten konnte, eben das wollte das Haupt der Internationale um jeden Preis vermeiden: in diesen Jahren trieb ihn Engels zur Vollendung des ersten Bandes des „Kapital", gerade mit dem Ansporn, er

müsse fertig sein, wenn eine kontinentale Revolution ausbräche. Bismarck hatte mit dem untrügerischen Blick der Macht für die Macht auch diese Brücke schlagen wollen, unbekümmert um alles, was vorher lag, nur um seines höchsten Zweckes willen. Die Revolutionäre von 1848 aber dachten immer noch in ihren Horizonten von der europäischen Bewegung der Dinge und waren den nationalen Möglichkeiten, die sich bei uns vorbereiteten, völlig entfremdet.

Bismarck jedoch kam, nachdem er den Sieg erfochten hatte, zum zweitenmal. Anfang April 1867 brachte Marx das Manuskript des „Kapital" nach Hamburg in ein verändertes Deutschland — soeben war die Verfassung des Norddeutschen Bundes fertig geworden. Während er in Hannover bei einem Freunde weilte und mit Genugtuung eine respektvolle Aufnahme seiner theoretischen Gedanken bei dem preußischen Beamtentum beobachtete, hatte er am 24. April 1867 dem Freunde zu melden: „Bismarck schickte mir gestern einen seiner Satrapen, den Advokaten Warnebold (dies unter uns). Er wünscht mich und ‚meine großen Talente im Interesse des deutschen Volkes zu verwerten.'" Auch Bennigsen würde ihm morgen aufwarten. Engels war nicht einmal erstaunt: „Daß Bismarck bei Dir anklopfen würde, hatte ich erwartet, wenn auch nicht die Eile"; er meinte spöttisch, aber mit realistischem Spott, gewisse kaufmännische Eigenschaften in Bismarcks Politik wiedergespiegelt zu sehen: „das Verfolgen eines bestimmten Zwecks durch Abwarten und Experimentieren, bis der richtige Moment getroffen, die Diplomatie der stets offenen Hintertür, das Akkordieren und Abdingen, das Einstecken von Insulten, wenn das Interesse es erfordert, das „ne soyons pas larrons". Daß auch Marx die Sache ernsthaft nahm, geht aus einem späteren Schreiben vom 7. Mai hervor: „Die Bismarcksche Affäre mußt Du ganz geheim halten. Ich versprach, niemandem davon zu sprechen. Letzteres hielt ich. Ich hatte jedoch die reservatio mentalis gemacht, Dich auszunehmen".

Hier brechen unsere Nachrichten wieder ab. Der innere Beweis für ihre Echtheit wird durch die frühere Annäherung Buchers im Jahre 1865 gestützt. Das eine wird außer Frage stehen:

Marx hätte die Amnestie im Vaterlande, die ihm das liberale Ministerium der Neuen Ära im Jahre 1861 versagt hatte, aus den Händen Bismarcks im Jahre 1867 haben können. Denn der norddeutsche Bundeskanzler hatte im Moment mit bedrohlicheren Gegnerschaften in der Welt und in Deutschland zu rechnen, als dem Manne, der soeben in London Kleidung und Uhr hatte aus dem Pfandhaus nehmen müssen, um nur nach Deutschland reisen zu können zum Druck des ersten Bandes eines theoretischen Werkes, von dem Engels sarkastisch bemerkte: „es ist ein Glück, daß das Buch sozusagen fast nur in England ‚spielt', sonst würde § 100 des Preußischen Strafgesetzbuchs eintreten — und Konfiskation nach sich ziehen."

Man sieht nicht, daß Marx die Rückkehr in der nächsten Zeit wirklich erwogen hätte. Er traute sich damals noch zu, den zweiten und dritten Band des „Kapital" rasch vollenden zu können. Die Hoffnungen auf einen baldigen Umschlag auf dem Kontinent waren weit zurückgewichen. Es ist doch sehr bemerkenswert, daß Marx, und besonders Engels, in den Jahren des Norddeutschen Bundes von der verbissenen Befeindung der Politik Bismarcks zurückkamen. Schon während des Krieges, am 28. Juli 1866, hatte Engels mit gewohnter Schnelligkeit entschieden: „Wir können meiner Ansicht nach gar nichts anderes tun, als das Faktum einfach zu akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt jedenfalls darbieten müssenden größeren Facilitäten zur nationalen Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können." Er vor allem verurteilte die leidenschaftlich preußenfeindliche Opposition Liebknechts und dessen Spekulation auf den Wiederumsturz der Neuordnung von 1866. Mit Spott blickten sie auf das ohnmächtige Ringen dieses einzigen „marxistischen" Parteigängers in Deutschland und nahmen innerlich dieselbe Stellung ein, wie das ihnen sonst so sehr verdächtige Haupt der Lassalleaner, v. Schweitzer. Freilich war ihre Stimmung doch nicht ganz die gleiche und daher die Taktik, zu der sie rieten, doch etwas verschieden. Marx betonte die Schwierigkeit von Liebknechts Position: „Um ganz korrekt zu handeln, wäre viel mehr dialektische Gewandtheit nötig, als unser Wilhelm besitzt. Im übrigen ist die Preußen-

feindlichkeit das Pathos, dem er allein Verve und singleness of purpose verdankt" (17. 12. 67). Für dieses Pathos hatte er selbst von je Verständnis gehabt! Engels aber urteilte sehr richtig: „Wir können ja dem Bismarck keinen größeren Gefallen tun, als uns mit den Österreichern und süddeutschen Föderalisten, Ultramontanen und depossedierten Fürsten zusammenwerfen zu lassen" (28. 11. 1867), und riet, Liebknecht zu instruieren „1. sich zu den Ereignissen und Resultaten von 1866 nicht rein negativ, d. h. reaktionär, sondern kritisch zu verhalten, und 2. die Feinde des Bismarck ebensosehr anzugreifen, wie diesen selbst, da sie ebenfalls nichts wert sind" (19. 12. 1867). Er vor allem glaubte fortan an den Fortbestand von Bismarcks Werk.

Und so sahen beide Männer, Engels ungleich stärker als Marx, dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges mit Sympathie für die deutsche Seite und mit dem richtigen Instinkt zu, daß der deutsche Einheitsstaat auch im Interesse ihrer Ideen in Deutschland und in der Welt lag. „Siegen die Preußen", so schrieb Marx unmittelbar nach der Kriegserklärung, „so ist die Zentralisation der State power nützlich der Zentralisation der Arbeiterklasse. Das deutsche Übergewicht wird ferner den Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen, und man hat bloß die Bewegung von 1866 bis jetzt in beiden Ländern zu vergleichen, um zu sehen, daß die deutsche Arbeiterklasse theoretisch und organisatorisch der französischen überlegen ist. Ihr Übergewicht auf dem Welttheater über die französische wäre zugleich das Übergewicht unserer Theorie über die Proudhons." Welch eine geistesgeschichtliche Prognose! Und welch eine Inversion ist für das eigene Bewußtsein von Marx eingetreten: von dem Einmarsch der deutschen Regimenter in Frankreich erwartet er — und in gewissem Sinne ist diese Prophezeiung eingetroffen — den Sieg des Marxismus, um dieses Wort vorwegzunehmen, in der Welt. Nicht mehr von der kontinentalen Revolution! Man erkennt auch hier, was das Werk Bismarcks für die europäische Geschichte im ganzen genommen bedeutet. Der greise Ranke hat den Entschluß zu seiner Weltgeschichte mit der Bemerkung vor sich selber

gerechtfertigt, daß erst durch die Entscheidung von 1870/71, in einer neu befriedeten und geordneten Welt, eine universale Aussicht möglich geworden, daß erst nach der Niederlage der revolutionären Kräfte eine regelmäßige Fortentwicklung gesichert, ein unparteiischer Rückblick auf die früheren Jahrhunderte gestattet und eine Weltgeschichte in objektivem Sinne möglich geworden sei. So der rückwärts gewandte Denker. Vor dem geistigen Auge des in die Zukunft gerichteten Geistes, der mit diesen revolutionären Kräften selber unterlegen schien, blieb die Bedeutung des Umschwungs nicht verborgen, nur daß seine Dialektik in der Zukunft sofort die neuen Möglichkeiten für die Verwirklichung seiner Ideen erkannte.

Selbst ein so extremer und „international" orientierter Radikalismus, wie ihn Marx und Engels vertreten, kann sich, das sollten sie alsbald erfahren, in solchen weltpolitischen Krisen nicht über die nationalen Gegensätze hinwegsetzen. Daß man beim Ausbruch des Krieges mit den Franzosen in der Internationale in Schwierigkeiten geriet, läßt sich begreifen. Marx aber, der so häufig als Revolutionär und Urquhartist andere als „verkauft" angegriffen hatte, wurde jetzt selbst von dem Schicksal ereilt, daß in dem Kreise der Anhänger Bakunins das alberne Gerücht verbreitet wurde, er sei ein Agent Bismarcks und von diesem erkauft (die dabei angegebene Summe von 250 000 francs erfüllte Marx mit ebensoviel heiterer Genugtuung wie Selbstironie). Er erwiderte, immer noch in Urquhartistischen Welthorizonten, mit innerlichen Mißtrauensvoten ganz anderer Art; hatte doch Engels schon im Jahre zuvor von dem „fetten Bakunin" geschrieben: „Wenn dieser verdammte Russe in der Tat daran denkt, sich an die Spitze der Arbeiterbewegung hinaufzuintrigieren, so ist es Zeit, daß ihm einmal gehörig gedient und die Frage gestellt wird, ob ein Panslawist überhaupt Mitglied einer internationalen Arbeiter-Assoziation sein kann." (30. 7. 1869.) Jetzt aber brach bei Engels, der während des Krieges auch in seinem militärischen Herzen auf das heftigste gepackt war, der nationale Gedanke durch alle parteipolitische Erwägung noch viel kräftiger als bei Marx durch. Es stand für ihn fest, daß Deutschland durch Napoleon in einen Krieg um seine nationale

Existenz hineingedrängt worden sei. Unter den schärfsten Hieben auf die völlige Obstruktion, die die deutsche (marxistische) Sozialdemokratie unter Liebknechts Führung übte, und verdeckten Ausfällen auch auf Marx, der diese Haltung billige, wiederholte er den Satz: „Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen." So klingt, wenn auch bald wieder gedämpft, der Ton der Einheitsmusik, der jene kriegerischen Tage erfüllte, auch in den Briefwechsel der Gründer der Internationale hinüber, ununterdrückbar, stärker als alles.

Der tiefe und unauslöschliche Eindruck dieses Briefwechsels haftet zunächst doch daran, daß diese Persönlichkeiten, trotz allem Vergänglichen, das auch sie mit sich schleppen, einen Reichtum von Strebungen umfassen, deren Nachwirkung zu einem die Gegenwart überschattenden historischen Prozeß geworden ist; und es gibt ihrem Lebenszuschnitt etwas Heroisches, daß die Kraft der Idee — welch ein Widerspruch gegen ihren eigenen historischen Materialismus! — sich in ihnen verpersönlicht, lange bevor die Reihe ihrer Auswirkungen am Horizonte sichtbar wird. Wenn das Höchste menschlichen Willens sich darin äußert, daß er unabsehbare Massen zur Annahme seiner Gedanken nötigt und damit bleibend in ihre soziale Ordnung eingreift, dann gehören Marx und Engels — wir werden sie von nun an wohl immer zusammen zu nennen haben — in die Reihe der großen historischen Figuren. Wie wirken selbst ihre persönlichsten Antriebe, manchmal agitatorisch noch weiter vergröbert, wie sie schon agitatorisch konzipiert waren, in der späteren Sozialdemokratie, in Worten und Werturteilen, in ihrem geistigen Gesamthabitus nach: welchen Anstoß vollends haben sie als soziale Organisatoren gegeben!

Aber dieser Briefwechsel enthüllt auch die Schranken der Persönlichkeiten, die Grenzen der Leistung, das historisch Bedingte und Vergängliche: das wird an den politischen Wirkungen die marxistische Orthodoxie schon zu spüren haben. Der große Fluß aller historischen Dinge trägt wohl die großen

Figuren, aber er reißt sie auch fort und weist jedem seine Stelle in einer umfassenderen und allgemeinen Bewegung an. Man vermißt auch manches in diesem Briefwechsel. Ich spreche nicht von einer etwaigen Ausmalung des Endziels und der Herbeiführung des Zukunftsstaats: von solchen Dingen ist unter Vertrauten keine Rede. Aber man könnte nach den eigentlichen ethischen Antrieben dieses Kraftaufwandes fragen und muß alsbald gestehen: wie wenig schwingt der unmittelbare und ursprünglich doch vorhandene menschliche Anteil an der Not der Gedrückten, des vierten Standes — abgesehen von dem persönlichen Mitgefühl an dem Geschicke der wenigen proletarischen Genossen in der Emigration — als sichtbar treibende Kraft mit. Im Grunde ist das alles in Theorie und Politik umgesetzt, und da die geistige Arbeit wiederum ganz in den Dienst des politischen Kampfes gestellt wird, so erdrückt der politische Kampf, fast ganz zum Selbstzweck werdend, alle anderen Antriebe. Wir haben es eben mit politischen Willensmenschen, mit spezifischen Machtnaturen zu tun, wie auch diejenigen es waren, mit denen sie sich berühren, die Bismarck und Miquel, die Lassalle und Bucher. Die Politik, in der sie sich bewegen, ist an Weltzusammenhängen orientiert, sie nährt sich von der Idee einer internationalen Klassenbefreiung, aber sie ist vornehmlich auf den deutschen Staat gerichtet: trotzdem vollzieht sie sich fern von dem Staatsleben der deutschen Nation, von der deutschen Wirtschaft und Arbeiterschaft, in einer Entfremdung auch von ihren geistigen Kräften. Das sind eben die Folgen der Exilstellung — welcher Vorsprung lag schon darin für Lassalle! Aus diesem inneren Verhältnis aber, das sich für die achtundvierziger Emigranten gegenüber der Deutschen Staatsgründung in diesen Jahrzehnten ergab, ist vieles, das „Pathos der Preußenfeindlichkeit", um mit Marx zu reden, von der späteren Sozialdemokratie übernommen worden und wird allmählich in der Gegenwart, als ein sinnlos gewordenes Erbteil, abgestreift werden können und müssen.

Die positive Seite ihrer Antriebe bleibt auch in den negativen politischen Verkleidungen, in denen sie sich äußerten, für die Gesamtentwicklung deutscher Geschichte bestehen. Ein

philosophisch vertiefter Nationalökonom hat diesen Gedanken neuerdings energisch ausgesprochen: „Marx hat den großen Gedanken an die Möglichkeit hoher gesellschaftlicher Organisationsformen in die Massen gebracht, auf deren tragfestem Glauben solche Formen allein erwachsen und lebenskräftig bestehen können. Karl Marx und seine Jünger haben das meiste getan, die amorphe soziale Masse zu organisieren. Sie haben in diesen gegen den alten Staat teilnahmslosen Scharen, wenn auch nur als antagonistisches Klassenbewußtsein, das neue Bewußtsein geschaffen, daß alle als Glieder im gesellschaftlichen Ganzen stehen und stehen müssen. Karl Marx und seine Jünger haben das bewußte gesellschaftliche Denken in Kreise getragen, die vorher keinen Anteil an unserem höheren Geistesleben hatten, sie haben in zahllosen Seelen den Respekt für den Geist, das Streben nach Wissenschaft, die Sehnsucht nach Kultur geweckt, und man darf hoffen, daß diese Wirkung stärker war als alle materialistische Verrohung der agitatorischen Sprache. Die Zeit wird es lehren. Wenn aber je die Tage einer organischen Sozialisierung kommen, so war Karl Marx mit allen seinen Fehlern und mit allen seinen Irrtümern derjenige, der durch die grundlegende Sozialisierung des Proletariats ein Fundament da gelegt hat, wo es am schwersten zu legen war."

Also würde der Politiker Marx sein Lebenswerk nicht eingeschätzt haben. Aber auch er und Engels haben, wie noch Größere vor ihnen, zu Dingen mitwirken müssen, die sie nicht wollten, und auch von der nationalen Gemeinschaft gilt, sofern sie gesund und kräftig bleibt, das Wort, daß ihr alle Dinge zum Besten dienen. Ja, wenn wir die Worte jener Aufforderung Bismarcks an Marx als beglaubigt ansehen und noch einmal wiederholen dürfen, es wird in dem geschichtlichen Ablauf auch ihm das Schicksal wider Willen zufallen, „seine großen Talente im Interesse des deutschen Volkes zu verwerten."

Mitten in dem heutigen Parteikampfe werden viele nicht geneigt sein, gerade dieses Lebenswerk und seine Auswirkungen von der Höhe philosophisch-historischer Betrachtung anzuschauen; sie werden sich an die Außenseiten, die

verhängnisvoll agitatorischen Nachwirkungen, die Negierung alles dessen, was für Nation und Gesellschaft immer unzerstörbar bleiben muß, die Saat des Hasses, die hier gesäet worden ist, halten und danach ihr Werturteil bestimmen. Das ist für den Politiker natürlich. Für die historische Betrachtung können, nach dem Worte Lord Actons, Ideen, die in der Religion und Politik Wahrheiten sind, nur als Kräfte gewertet werden, die geachtet, aber nicht bestätigt werden wollen. So sehen wir auch in dem Wollen dieser beiden Männer geschichtliche Kräfte am Werke, die an der Gestaltung unserer Gesellschaft, gerade in ihren schwerst erreichbaren Tiefen, gearbeitet und damit für den Fortschritt der ganzen Gemeinschaft gekämpft haben. Und blicken wir noch einmal zurück auf die unabsehbare Fülle aller widerstreitenden Kräfte und Persönlichkeiten, mit denen die Deutschen in zwei Menschenaltern die Durchführung ihres Nationalstaats und eine beispiellose gesellschaftliche Umwälzung zu gleicher Zeit vollbracht haben, so wird auch von diesem Lebenswerke das erhebende Bewußtsein ausgelöst werden dürfen:

Tantae molis erat Germanam condere gentem.



Nachweise

S. 1. Zur Genesis der preußischen Revolution von 1848, zuerst veröffentlicht in: Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte 13 (1900), 123—152. Die Anregungen meines Aufsatzes wurden aufgenommen und weitergeführt von Felix Rachfahl in dem wertvollen Buche „Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution" (Halle 1901), vgl. darüber — auch als Ergänzung meines Aufsatzes — meine Besprechung in der Histor. Vierteljahrsschrift 1902, S. 539—558. Das Buch Rachfahls gab dann einen weiteren Anstoß zu einer ausgedehnten und von lebhaftem Widerspruch durchzogenen Kontroverse, in deren Verlauf auch neues Material herausgebracht und die Einzelforschung zu weiteren fruchtbaren Ergebnissen geführt wurde. Ich bringe meinen Aufsatz trotzdem unverändert zum Abdruck, ohne damit jede Einzelwendung — jede energische Herausarbeitung einer neuen Grundidee wird naturgemäß eine gewisse Schematisierung zur Folge haben — ausdrücklich aufrechtzuerhalten. An meiner Grundauffassung halte ich jedoch fest; ich habe mit Befriedigung gesehen, daß der Verlauf der Kontroverse nur zu ihrer Bestätigung beigetragen hat. Man braucht nur an den Stand der Frage vor 1900 zurückdenken, um den auch im Lager der Widersprechenden inzwischen erfolgten Umschwung in der Beurteilung König Friedrich Wilhelms IV. im März 1848 zu erkennen.

S. 35. Großherzog Peter von Oldenburg (1827—1900), zuerst in: Preußische Jahrbücher 102 (1900), 464 bis 509. Nachdem Ottokar Lorenz in seinem Buche „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866/71" (Jena 1902), S. 576—581 die Denkschrift Peters über die Verfassung des Norddeutschen Bundes veröffentlicht hatte, ergänzte ich meinen Nachruf durch den Artikel: Großherzog Peter und die deutsche Frage im Jahre 1866 (Jahrbuch f. d. Geschichte des Herzogtums Oldenburg 11, 129—140). Bei der biographischen Wichtigkeit dieses Quellenstücks erschien es mir zweckmäßig, den wesentlichen Teil dieses Artikels nachträglich in meinen Nachruf (oben S. 74—81) hineinzuarbeiten.

S. 93. Ein Freund Bismarcks: Graf Alexander Keyserling, zuerst in: Preußische Jahrbücher 114 (1903), 254—272.

S. 117. Zum Gedächtnis Bismarcks. Die Ansprache ist als besondere Broschüre 1908 im Verlage von C. Winter in Heidelberg erschienen.

S. 131. Bismarck und sein Werk in der neuesten Geschichtschreibung, zuerst in: Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte 15 (1902).

S. 149. Vom jungen Bismarck, zuerst in: Deutsche Literaturzeitung, hrg. von P. Hinneberg 34 (1913), Sp. 1029—1034.

S. 157. Bismarck, Lassalle und die Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen, zuerst in: Preußische Jahrbücher 146 (1911), 107 bis 140. Breite polemische, aber sachlich ergebnislose Erörterungen in der Presse aller Parteien veranlaßten mich, das publizistische Quellenmaterial in C. Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 4 (1913), 190—199 abzudrucken und gewisse Einzelfragen in einem Schlußwort „Bismarck und Lassalle", Preußische Jahrbücher 152 (1913), 117—121 weiterzuführen; dieses Schlußwort ist oben S. 193—196 in seinem wesentlichen Umfange wieder abgedruckt worden. Im übrigen verweise ich auf die Darstellung in meinem „Lassalle", 2. Aufl. Stuttgart, Fr. Frommanns Verlag 1911.

S. 197. Bennigsen und die Epochen des parlamentarischen Liberalismus in Deutschland und Preußen, zuerst in: Historische Zeitschrift 104 (1909), 53—79. Zur Begründung meiner einzelnen Urteile darf ich mich auf meine Biographie beziehen: Rudolf v. Bennigsen, ein deutscher liberaler Politiker, 2 Bde. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1910.

S. 203. Zu der Bemerkung über W. Raabes Roman „Gutmanns Reisen" siehe die besondere Nachweisung in meinem „Bennigsen" Bd. 1, 475. Von diesem sandte ich, um mich zu vergewissern, dem Dichter den betreffenden Aushängebogen zu, und freute mich, darauf von Wilhelm Raabe unter dem 1. Nov. 1908 — es war in den Tagen der nationalen Erregung über die Daily Telegraph-Veröffentlichungen über den Kaiser — eine Antwort zu erhalten, deren Wiedergabe an dieser Stelle in mehr als einer Hinsicht erwünscht sein mag:

> „Meinen besten Dank sage ich Ihnen für Ihre freundliche Zuschrift und den Ausschnitt aus Ihrem Buch über R. v. Bennigsen. Jawohl gehört das Buch von „Gutmanns Reisen" ein wenig da mit hinein, es ist ein wirklicher „historischer Roman", und es entspricht desbalb vollkommen dem „historischen Sinn" des deutschen Volkes, daß die ganze Auflage heute noch unverkauft beim Verleger „auf Lager liegt". —

Es waren gute Tage damals, als man noch jung war und an eine Mutter Germania glauben konnte, die das irdische politische Himmelreich in der Schürze trug!

Als gestern Abend das klägliche Telegramm aus Berlin kam, da konnte ich mich einmal wieder in die Reitbahn des Herzogs Ernst von Koburg im Jahre 1860 versetzen und seufzen: „O du arme Reiterin, wie wackelst du in dem Sattel, in welchen man dich Anno 66 und 70 so stolz und zukunftssicher hineingehoben hat".

S. 225. Ludwig Bamberger, zuerst in: Preußische Jahrbücher 100 (1900), 63—94.

S. 265. Aus dem Lager der deutschen Whigs: Freiherr v. Roggenbach, zuerst in: Historische Zeitschrift 108 (1909), 624—633. Zu S. 270: Von dem längern an mich gerichteten Briefe von Roggenbach habe ich andere Teile in meinen „Bennigsen" Bd. 2, 503 aufgenommen. Zu S. 272: Der Brief von Stosch an einen jüngern militärischen Freund war an den kürzlich in Heidelberg verstorbenen Generalleutnant Bendemann gerichtet, der mir in diesen Briefwechsel einen Einblick in liebenswürdiger Weise verstattete.

S. 274. Gustav Freytag und Herzog Ernst von Koburg, zuerst in: Historische Zeitschrift 96 (1904), 271 bis 278.

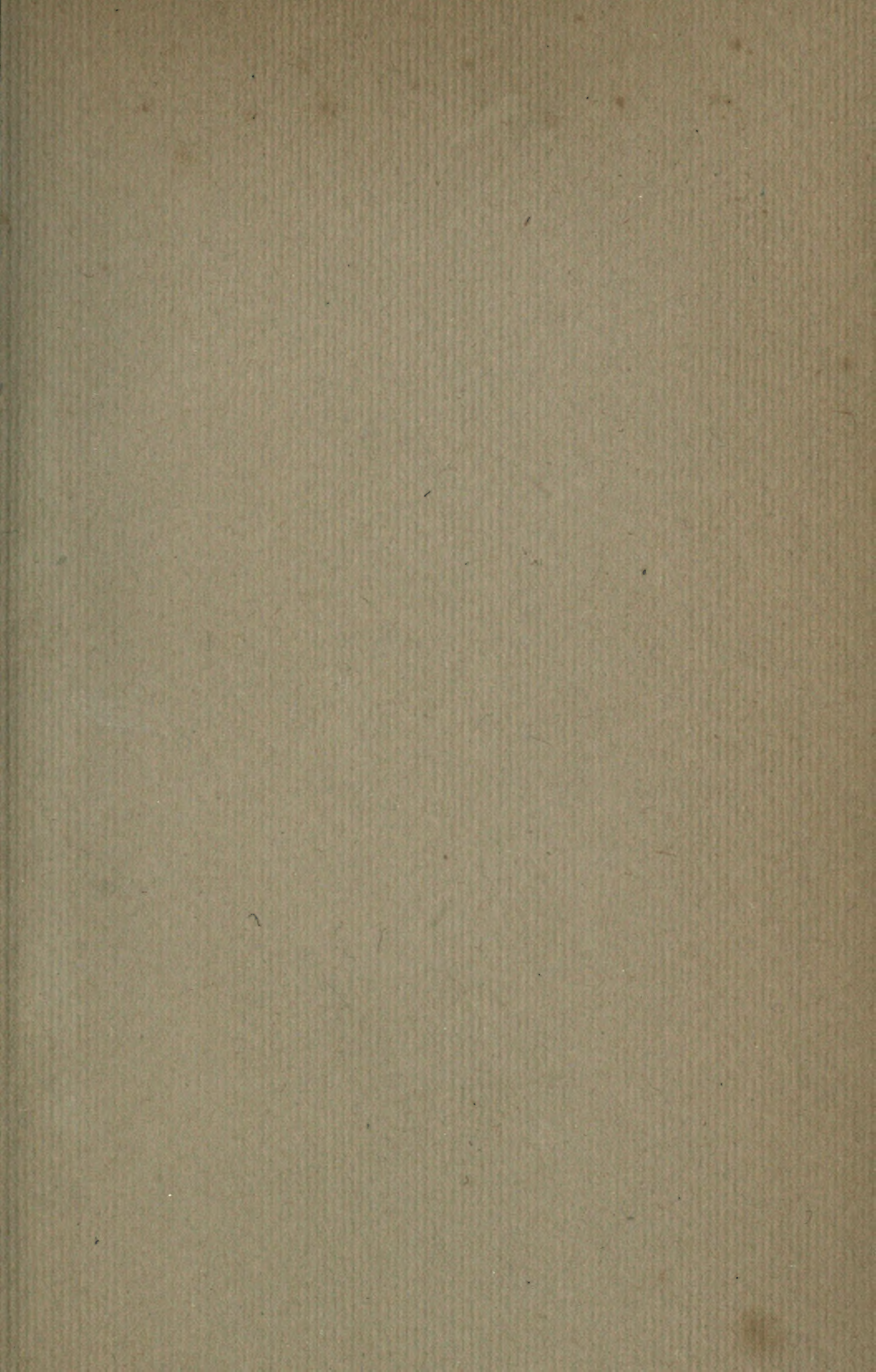
S. 281. Gustav Freytag und General von Stosch, zuerst in: Preußische Jahrbücher 155 (1914), 148—151.

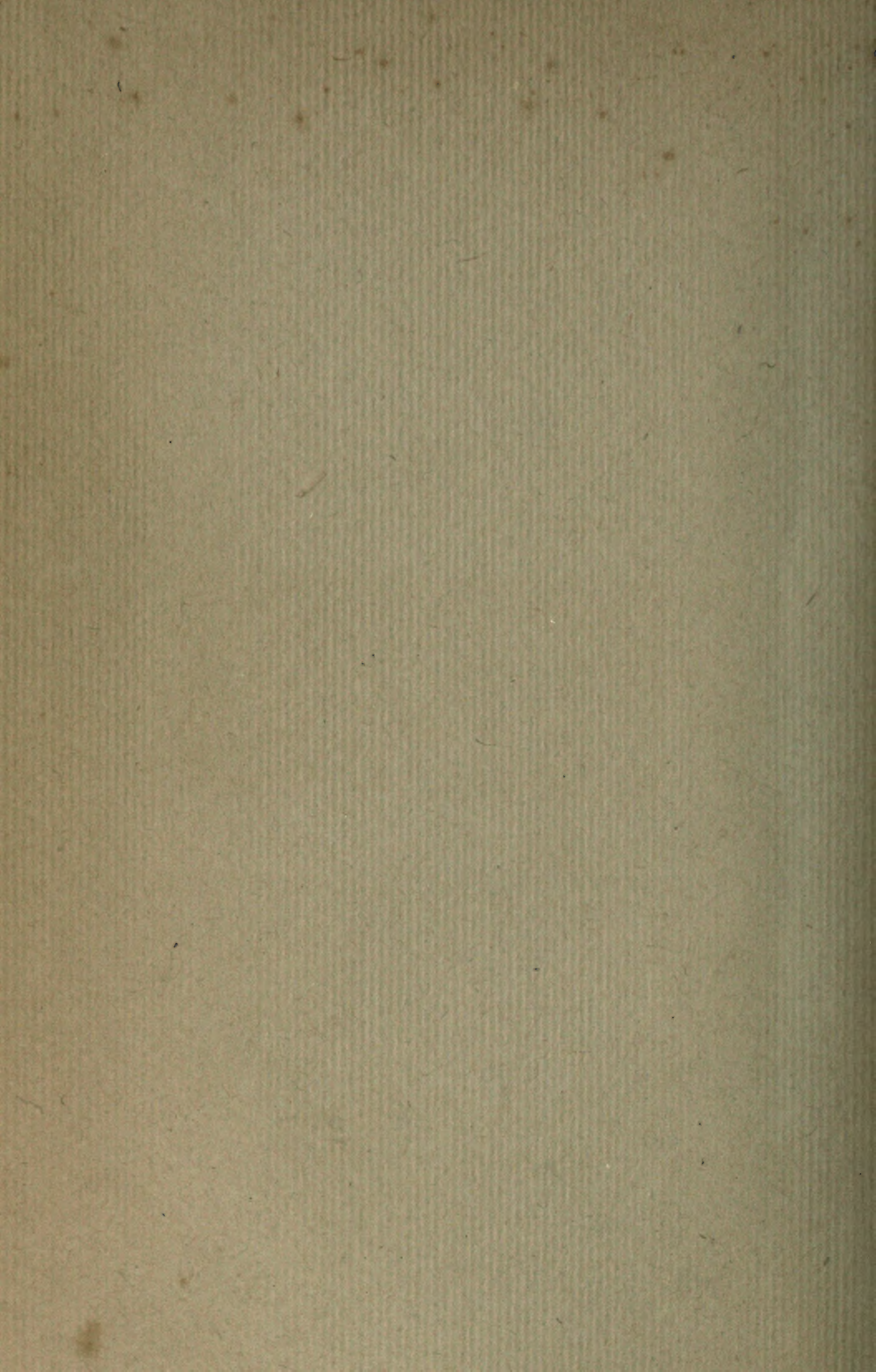
S. 286. Ludolf Camphausen, zuerst ebenda 110 (1902), S. 321—328. Das Unzulängliche des Buches von A. Caspary ist zu einem Teile durch Erich Brandenburgs Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und Camphausen ersetzt worden.

S. 296. Mevissen, zuerst in: Historische Vierteljahrsschrift 1907, 451—456.

S. 303. August Reichensperger, zuerst in: Historische Zeitschrift 88 (1901), 247—263.

S. 333. Marx und Engels, zuerst in: Preußische Jahrbücher 155 (1914), 209—256. Zu S. 358: Die Briefe von Miquel an Marx beruhen, wie ich mit Hilfe der gütigen Bemühung von Fr. Thimme feststellen konnte, im Archiv der Sozialdemokratischen Partei in Berlin und sollen demnächst von Eduard Bernstein veröffentlicht werden.






R. Oldenbourg Buchbinderei Münch